

Kurznachrichten	615
-----------------------	-----

Textteil

Grundlagen und Daten der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998	623
Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe	640
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997	653
Agrarstatistik auf neuen Wegen	661
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1997	672
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1997 ..	680
Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	689
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1997	699
Preise im Juli 1998	709
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	713

Tabellenteil

Übersicht	425*
Statistische Monatszahlen	426*
Ausgewählte Tabellen	454*

Statistisches
Bundesamt

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	615

Texts

Bases and data of the elections to the 14th German Bundestag to be held on 27 September 1998	623
Considerations on a new concept of the statistics in production industries	640
First results of the microcensus in 1997	653
New paths for agricultural statistics	661
Public road passenger transport, 1997	672
Budgets of selected households, 1997	680
Time use of juveniles and adolescents	689
Results of wage statistics for 1997	699
Prices in July 1998	709
List of the contributions published in the current year	713

Tables

Summary	425*
Monthly statistical figures	426*
Selected tables	454*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Table des matières	Pages
Informations sommaires	615

Textes

Bases et données relatives aux élections du 14 ^e Bundestag au 27 septembre 1998	623
Considérations sur une conception nouvelle de la statistique des industries productrices	640
Premiers résultats du microrecensement de 1997 ..	653
La statistique agricole sur une voie nouvelle	661
Trafic public routier de voyageurs	672
Budgets de quelques ménages particuliers sélectionnés en 1997	680
Emploi du temps des adolescents et des jeunes adultes	689
Résultats de la statistique des salaires pour 1997 ...	699
Prix en juillet 1998	709
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	713

Tableaux

Résumé	425*
Chiffres statistiques mensuels	426*
Quelques tableaux sélectionnés	454*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990.

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Bundesstatistik beim Euro flexibel

Am 2./3. Mai 1998 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Teilnehmer der Europäischen Währungsunion bestimmt. Wie erwartet, gehört auch Deutschland dazu.

Um die Einführung des Euro flexibel und bürgerfreundlich handzuhaben, werden die Statistischen Ämter den Auskunftgebenden die freie Wahl lassen, ob sie bei Meldungen zur Bundesstatistik ab dem 1. Januar 1999 die D-Mark oder den Euro verwenden möchten. Diese Wahlfreiheit gilt für die dreijährige Übergangszeit bis zur Einführung des Euro als allgemeines Zahlungsmittel Anfang 2002.

Die Statistischen Ämter akzeptieren damit Meldungen in Euro zum frühestmöglichen Termin; allerdings wird bis Ende 2001 noch einheitlich in D-Mark gerechnet und veröffentlicht. Bis dahin wird also die den Nutzern vertraute D-Mark grundsätzlich weiter für die Darstellung der Ergebnisse verwendet werden. Falls bereits im Übergangszeitraum auch Euro-Veröffentlichungen benötigt werden, werden die Ämter bedarfsgerechte Lösungen finden. Ab 2002 werden alle Statistikergebnisse nur noch in Euro veröffentlicht, auch die Zeitreihen für zurückliegende Jahre.

Bundestagswahl im Internet

Zur Einstimmung auf die Bundestagswahl am 27. September dieses Jahres steht im Internet unter der Adresse

<http://www.statistik-bund.de/wahlen>

ein umfassendes Informationsangebot des Bundeswahlleiters in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung, das ständig durch aktuelle Informationen ergänzt wird.

Dieser Informationsservice des Bundeswahlleiters umfaßt

- Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen,
- künftige Wahltermine,
- umfangreiche Hintergrundinformationen zur Bundestagswahl 1998 (z. B. Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1998, ein alphabetisches Stichwortverzeichnis mit Erläuterungen),
- die Anschriften der in der Sammlung des Bundeswahlleiters geführten Parteien sowie

- die Bewerber und Bewerberinnen zur Wahl des 14. Deutschen Bundestages.

Hinzu kommen laufend die Pressemitteilungen des Bundeswahlleiters und in der Wahlnacht können die eingehenden Wahlkreis- bzw. Länderergebnisse der Bundestagswahl 1998 aktuell im Internet abgerufen werden.

Aus dem Inland

Durchschnittsverdienste in der Landwirtschaft im September 1997

Landwirtschaftliche Betriebe melden auf repräsentativer Grundlage zum September jeden Jahres – in der Regel dem Erntemonat – Verdienst- und Arbeitszeitangaben für die familienfremden, ständig vollzeitig beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Hierbei wird u. a. zwischen sogenannten Stundenlöhnen und Monatslöhnen unterschieden. Die Monatsverdienste der Stundenlöhner werden maßgeblich durch die Länge der Arbeitszeit bestimmt, Monatslöhner erhalten dagegen – in der Regel unabhängig von der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden – einen vereinbarten Monatslohn. Faßt man die Stunden- und Monatslöhner zusammen, so prägen diese Besonderheiten je nach dem Gewicht der Gruppen die durchschnittliche Verdienstentwicklung in der Landwirtschaft und damit auch die Anpassung der Verdienste in Ost und West.

Alle in der Landwirtschaft (ohne Gartenbau) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen – das heißt Stundenlöhner und Monatslöhner zusammen – verdienten im September 1997 im früheren Bundesgebiet mit durchschnittlich 3 443 DM 3,4 % mehr und in den neuen Ländern mit 2 736 DM 1,7 % weniger als im September 1996. Hierbei ist zu beachten, daß im Osten im Vergleich zum Vorjahresmonat die bezahlte Arbeitszeit im Stundenlohn um gut 7 auf 211 Stunden abgenommen hat, im Westen dagegen um 2 auf 196 Stunden angestiegen ist.

Im Westen wurde ein Drittel der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf Stundenlohnbasis beschäftigt. In den neuen Ländern waren es fast fünf Sechstel. Der durchschnittliche Stundenverdienst nahm im Westen um 2,5 % auf 19,24 DM zu (Arbeiter: 19,50 DM, Arbeiterinnen: 15,62 DM). In den neuen Ländern lag der Vergleichswert bei 13,13 DM je Stunde (+0,8 %). Die Arbeiter verdienten hier 13,42 DM und die Arbeiterinnen 12,30 DM.

Im Gartenbau lagen die Monatsverdienste aller Arbeiter und Arbeiterinnen in den neuen Ländern

Kurznachrichten

trotz eines Anstiegs um 3,9% mit 1925 DM im September 1997 noch weit unter dem westdeutschen Durchschnittsverdienst von 3295 DM (+3,6%). Die bezahlte Arbeitszeit der männlichen und weiblichen Stundenlöhner nahm in den neuen Ländern um 6 auf 180 Stunden zu. Sie kamen auf einen Verdienst von 18,74 DM (+0,9%) im Westen und von 10,76 DM (+1,0%) je Stunde in den neuen Ländern.

Kompakt

Statistische Woche 1998 in Lübeck

Die jährlich von der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStG) und dem Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) veranstaltete Statistische Woche findet in diesem Jahr vom 5. bis 9. Oktober in der Hansestadt Lübeck statt. Das Thema der DStG-Hauptversammlung lautet „Soziale Sicherungssysteme“, der Schwerpunkt der VDSt-Hauptversammlung liegt auf dem Thema „Der demographische Wandel und intraregionale Mobilität“. Daneben gibt es wieder etliche Ausschuß- und Fachbereichssitzungen der DStG und des VDSt.

Die DStG-Ausschüsse für Regionalstatistik und Methodik statistischer Erhebungen erörtern gemeinsam mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker Fragen zur Volkszählung 2001. Im Rahmen des DStG-Programms befaßt sich die Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie mit interregionalen Wanderungen in Deutschland. Das Sitzungsthema des DStG-Ausschusses für Unternehmens- und Marktstatistik ist die Abbildung der Dienstleistungen in der Statistik. Ferner tagen der DStG-Ausschuß für Ausbildungsfragen sowie die DStG-Ausschüsse „Neuere Statistische Methoden“, „Statistik in Naturwissenschaft und Technik“ sowie „Empirische Wirtschaftsforschung und Angewandte Ökonometrie“.

Die Sitzung der DStG-Arbeitsgruppe „DDR-Statistik“ sowie Informationen des Verbundes KOSIS (Kommunales Statistisches Informationssystem) zu raumbezogenem Informationsmanagement und der KOSIS-Tag zum Thema „Integriertes Informationssystem für die dezentrale Stadtsteuerung“ runden das Programm ab.

Tagungsort ist die Musik- und Kongreßhalle Lübeck.

Die lokale Organisation der Statistischen Woche liegt beim Bereich Statistik und Wahlen der Hansestadt Lübeck. Von dort sind weitere Informationen erhältlich unter den Rufnummern (0451) 122-4406 oder -4512 sowie über Fax -4535.

Wissenschaftliches Kolloquium „Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates“

Das vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft – Ausschuß Methodik statistischer Erhebungen – veranstaltete Kolloquium am 19. und 20. November 1998 in Wiesbaden ist das siebte in der 1992 begonnenen gemeinsamen Reihe, die jährlich ein Forum bietet für den wissenschaftlichen Dialog zwischen amtlicher Statistik und ihren wichtigsten Nutzergruppen, insbesondere Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden.

1999 wird die Bundesrepublik Deutschland 50 Jahre alt, das wissenschaftliche Kolloquium ist deshalb diesem Jubiläum gewidmet. Ein demokratischer Rechtsstaat mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung muß allen Akteuren im staatlichen Gefüge eine allgemein zugängliche Informationsquelle in Form einer amtlichen Statistik zur Verfügung stellen. Auf der anderen Seite hat die rasante Entwicklung hin zu einer Informations- und Wissensgesellschaft erhebliche Auswirkungen auf die Aufgabenerledigung der amtlichen Statistik. Beides soll Thema der Tagung „Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates“ sein. Moderator des Kolloquiums ist der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen.

Das Auftaktreferat zum Thema „Amtliche Statistik und ihre Bedeutung für die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland“ hält die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Dr. Christine Hohmann-Dennhardt.

Prof. Dr. Peter von der Lippe von der Universität Essen beleuchtet den Mißbrauch der Statistik in der Politik am Beispiel der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR; anschließend berichtet Willem F. M. de Vries, stellvertretender Generaldirektor des Statistischen Amtes der Niederlande, über die Rolle der amtlichen Statistik im europäischen Einigungsprozeß.

Unter dem Stichwort „50 Jahre Deutsche Mark“ analysiert Prof. Dr. Dr. h. c. Otmar Issing die statistischen Grundlagen der Geldpolitik.

Der erste Veranstaltungstag endet mit einer von Dr. Hans D. Barbier von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung moderierten Podiumsdiskussion zum Thema „Ist amtliche Statistik auch in Zukunft unverzichtbar?“ Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind Frau Dr. Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach, Prof. Dr. Richard Hauser von der Universität Frankfurt a. M., der Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Dr. Eberhard

Kurznachrichten

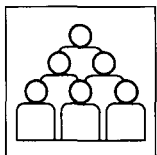
Leibing, und Prof. Dr. Rüdiger Pohl vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Mit Ausführungen von Prof. Dr. Dennis Tsichritzis von der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung in St. Augustin zum Thema „Deutschland im Wandel zur Informationsgesellschaft“ beginnt der zweite Veranstaltungstag. Durch diesen Wandel notwendige Paradigmenwechsel in der Statistik sind Thema von drei weiteren Referaten. Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes, Heinrich Lützel, berichtet über „Registergestützte Datengewinnung – Überlegungen zur Umsetzung der EU-Unternehmensstatistik“, Prof. Dr. Peter Ph. Mohler von ZUMA, Mannheim, über „Neue Erhebungsinstrumente“ und Prof. Dr. Ullrich Heilemann vom RWI in Essen über „Die amtliche Statistik – Dienstleister in der Informationsgesellschaft“.

Weitere Informationen sind bei Gruppe I B im Statistischen Bundesamt zu erhalten, Telefon (06 11) 75-2077 und -2695, Fax -3950.

Aus diesem Heft

Grundlagen und Daten der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998



Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, die dritte gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten vom 27. Februar 1998 (BGBl. I S. 389) am Sonntag, dem 27. September

1998 statt. Sie wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), vom 9. Juli 1997 (BGBl. I S. 1691) sowie vom 1. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2772), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 705), durchgeführt.

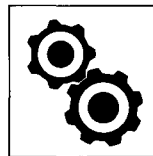
Im Zusammenhang mit der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag sind insbesondere

- Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen und
 - Ergebnisse vorangegangener Wahlen
- von Interesse.

Zunächst wird in diesem Beitrag auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren eingegangen. Der folgende Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten

Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf die Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 durch den Gesetzgeber eingegangen.

Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe



Die Europäische Union benötigt als Grundlage für eine rationale europäische Politik in allen Ländern der Gemeinschaft einheitliche Statistiken, die vergleichbar sind und termingerecht vorliegen, so daß sie

auch kurzfristig zu Gesamtergebnissen für die Europäische Union zusammengefaßt werden können. Dazu hat der Rat der Europäischen Union ein ganzes Bündel von Verordnungen zur Einführung und Harmonisierung von europäischen Statistiken erlassen, in denen einheitliche Klassifikationen, Definitionen, Erhebungsmerkmale, Termine und Methoden zur Durchführung verschiedener Statistiken verbindlich vorgeschrieben werden. Die europäischen Verordnungen sehen für alle Unternehmen ein einheitliches Grundsystem von kurzfristigen Konjunkturstatistiken sowie jährlichen und mehrjährigen Strukturerhebungen vor. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche werden in mehreren Anhängen zu den Verordnungen zum Teil spezifische Erhebungsprogramme vorgegeben.

Die von verschiedenen Produzenten und Nutzern der deutschen Statistik schon lange geforderten Verbesserungen und Weiterentwicklungen sind in den neuen europäischen Verordnungen weitgehend verwirklicht worden. Dadurch bringen sie aber auch zusätzliche Belastungen für die deutsche Statistik, das heißt für die statistischen Ämter und die auskunftgebenden Unternehmen, hauptsächlich durch verstärkte Einbeziehung der kleinen Unternehmen und die Erhebung zusätzlicher Merkmale sowie durch die Verpflichtung, ein umfassendes statistisches Unternehmensregister aufzubauen und jährlich zu aktualisieren.

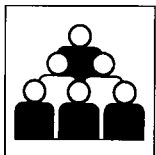
Im Rahmen der Bemühungen um Einsparungen im öffentlichen Dienst in Deutschland werden andererseits von vielen Seiten Vorschläge für eine schlankere Unternehmensstatistik vorgetragen, mit dem Ziel, die Berichtsfirmen und statistischen Ämter zu entlasten. Insbesondere für den Bereich des Produzierenden Gewerbes, in dem die deutsche Statistik seit Jahrzehnten über ein gut ausgebautes System von Statistiken verfügt, werden Entlastungen gefordert.

Kurznachrichten

Die statistischen Ämter versuchen, diesen Mehranforderungen aus Europa und der Forderung nach Entlastung der Unternehmen durch die Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe gerecht zu werden. In einer Arbeitsgruppe, die von der Konferenz der Amtsleiter der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe eingesetzt wurde, sind bereits die ersten Vorschläge zu einer wesentlichen Verschlinkung der Produktionserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe vorgelegt worden. Sie wurden in einer Novellierung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe von den parlamentarischen Gremien verabschiedet und sollen Anfang 1999 umgesetzt werden. Auch bei den jährlichen Investitionserhebungen bei Unternehmen und Betrieben konnten durch Kürzungen des nationalen Merkmalskataloges erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Der Beitrag gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Überlegungen zur Neukonzeption des gesamten Systems der Statistik im Produzierenden Gewerbe, umfaßt also neben dem Bergbau und dem Verarbeitenden Gewerbe auch die Statistik der Energie- und Wasserversorgung sowie des Baugewerbes.

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997



Der Mikrozensus als wichtigste amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit bildet seit 1957 in jährlichem Rhythmus in einer Vielzahl von Variablen die Struktur des sozioökonomischen Wandels im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost ab und liefert wichtige Informationen über den Arbeitsmarkt.

Aufgrund von Zuwanderungen hat die Bevölkerungszahl von April 1991 bis April 1997 um 2,2 Mill. auf 82,0 Mill. Menschen in Deutschland zugenommen. Dabei stieg die Zahl der Erwerbspersonen im gleichen Zeitraum von knapp 40,1 Mill. um 0,5% auf etwa 40,3 Mill. an. Die Erwerbsquote – das heißt der Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren – lag bei den Männern bei 80,3% und bei den Frauen bei knapp 63%. Insgesamt waren im April 1997 in Deutschland 35,8 Mill. Menschen erwerbstätig, und zwar 29,2 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,6 Mill. Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Die von einer erwerbstätigen Person tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden betrugen im April 1997 in

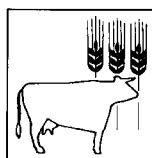
Deutschland durchschnittlich 36,6 Stunden je Woche. Dabei arbeiteten die Männer im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 40,5 Stunden, während die Frauen mit wöchentlich 29,5 Stunden eine geringere Arbeitszeit aufwiesen. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 42,4 Stunden (Männer) bzw. 36,2 Stunden (Frauen).

Nach den Angaben des Mikrozensus vom April 1997 stuften etwa 5,7 Mill. Menschen ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein. Hiervon waren knapp 5 Mill. bzw. 87,6% Frauen. Die Frauen waren auch in den sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen besonders stark vertreten. So gaben etwa 1,9 Mill. Menschen an, im April 1997 in Deutschland eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben. Hiervon waren 1,4 Mill. (75,3%) Frauen.

Im Jahr 1997 bezogen in Deutschland etwa 41% der Menschen den überwiegenden Lebensunterhalt direkt aus der Erwerbstätigkeit. Rund ein Viertel der Männer und Frauen deckte seine Ausgaben für den Lebensunterhalt aus Renten, Pensionen und anderen Transfereinkommen. Knapp ein Drittel (30,5%) der Befragten gab an, in erster Linie vom Unterhalt durch Angehörige zu leben.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1997 suchten 1,1 Mill. Erwerbstätige eine andere oder weitere Tätigkeit. Jede(r) vierte davon strebte nach besseren Arbeitsbedingungen. Von den insgesamt 4,5 Mill. Erwerbslosen waren 2,6 Mill. zuvor entlassen worden.

Agrarstatistik auf neuen Wegen

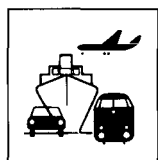


Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht das Konzept einer „Integrierten Erhebung“, das heißt die zeitgleiche Erfassung der Merkmale über Bodennutzung, Viehbestände und Arbeitskräfte sowie anderer Strukturmerkmale land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Die Zusammenlegung von produktionsstatistischen und strukturstatistischen Erhebungen, die erstmals bei der Landwirtschaftszählung 1999 verwirklicht wird, führt bei gleichzeitiger Vereinheitlichung und Anhebung bisher unterschiedlicher unterer Erfassungsgrenzen zu erheblichen Rationalisierungen und Einsparungen in der Agrarstatistik.

Der Beitrag befaßt sich außerdem mit der Umgestaltung des Konzeptes der Viehbestandserhebungen, die eine der wichtigsten Voraussetzungen war für die Einführung einer „Integrierten Erhebung“.

Kurznachrichten

Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1997



Der erste Teil dieses Beitrags beschreibt die Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr, die Gesamtzahl ihrer Beschäftigten und den von ihnen erzielten Gesamtumsatz. Trotz einer leichten Zunahme der Zahl der Unternehmen um 0,5% zum Stichtag 30. September 1997 beschäftigten sie insgesamt 1,1% weniger Personen. Der im Geschäftsjahr 1996 erwirtschaftete Gesamtumsatz stieg um 2,7% an.

Im weiteren Verlauf wird ein Überblick über die wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Unternehmen gegeben, die öffentlichen Straßenpersonenverkehr betreiben, also auch der Unternehmen, deren Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs liegt. Umsatz, Beschäftigte, Fahrzeug- und Platzkapazitäten sowie Linienlängen aller auskunftspflichtigen Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs werden dargestellt.

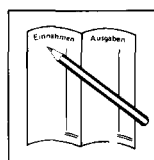
Am 30. September 1997 waren 6463 Unternehmen und damit 1,3% mehr Unternehmen als im Vorjahr im Straßenpersonenverkehr tätig; sie beschäftigten etwa 188 000 Personen (+0,5%) mit ausschließlicher oder überwiegender Tätigkeit im öffentlichen Straßenpersonenverkehr. Die im Straßenpersonenverkehr erzielten Einnahmen stiegen im Geschäftsjahr 1996 um 2,4% auf 17,97 Mrd. DM. Dabei verfügten die Verkehrsunternehmen über 93 000 Fahrzeuge (+0,6%).

Im zweiten Teil werden zusätzlich die Verkehrs- und Betriebsleistungen der größeren Unternehmen, die über mindestens sechs Omnibusse verfügen bzw. Straßenbahn-, Stadtbahn- oder Obusverkehr betreiben und deshalb auch zur vierteljährlichen Verkehrstatistik meldepflichtig sind, erläutert.

Die 2389 größeren Unternehmen (-1,1%) beförderten im Berichtsjahr 7,76 Mrd. Fahrgäste im Linienverkehr (+0,1%) und 78,4 Mill. im Gelegenheitsverkehr (-3,3%), die zusammen 0,5% weniger Personenkilometer zurücklegten. Diese Verkehrsunternehmen steigerten die gefahrenen Wagenkilometer um 1,6% und erhöhten ihre Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen und Beförderungsleistungen um 2,3%.

Je Unternehmen betrugen im Berichtsjahr 1997 die Einnahmen aus dem Straßenpersonenverkehr 4,6 Mill. DM, das Fahrgastaufkommen im Linienverkehr 4,0 Mill. und im Gelegenheitsverkehr rund 36 000 beförderte Personen, die Verkehrsleistung 31,9 Mill. Personenkilometer und die Betriebsleistung 1,7 Mill. Wagenkilometer.

Budgets ausgewählter privater Haushalte 1997



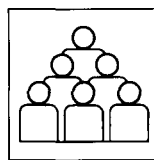
Der vorliegende Beitrag kommentiert die Ergebnisse der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen für das Berichtsjahr 1997. Diese Statistik gibt für drei ausgewählte Haushaltstypen ein komplettes Bild über die Einnahme- und Ausgabestrukturen privater Haushalte im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Darüber hinaus wird die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern nachgewiesen.

Es zeigt sich, daß auch im siebten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands die Einnahmen und die Ausgaben der in der Statistik erfaßten Haushalte sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Höhe als auch hinsichtlich ihrer Struktur zum Teil noch deutliche Unterschiede aufweisen.

Auf der Einnahmenseite sind unterschiedliche Lohn- und Gehaltsniveaus, Unterschiede im Umfang und der Struktur von Geld- und Sachvermögen oder Unterschiede im Erwerbsverhalten hierfür maßgeblich verantwortlich. Bei Rentnerhaushalten sind in diesem Zusammenhang auch unterschiedliche Erwerbsbiografien von Bedeutung.

Als besonders markante Entwicklung auf der Ausgabenseite ist bei Haushalten in den neuen Bundesländern vor allem auf die in den letzten Jahren stark gestiegenen Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie zu verweisen. Nachdem die Ausgaben für das Wohnen in den alten Bundesländern bei den in der Statistik erfaßten Haushaltstypen bereits seit einigen Jahren die quantitativ größte Ausgabengruppe im Rahmen der privaten Verbrauchsausgaben bilden, finden sich die wohnungsbedingten Ausgaben nun auch in den neuen Ländern bei vielen Haushalten auf Platz 1 der Verbrauchsausgaben.

Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

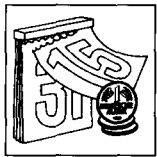


Die Zeitbudgeterhebung, vom Herbst 1991 bis zum Sommer 1992 durchgeführt, ist die aktuellste Erhebung der amtlichen Statistik zur Zeitverwendung. Der Beitrag geht der Frage nach, wie Jugendliche und junge Erwachsene ihre Zeit verbringen. Soziale Basisverpflichtungen bzw. soziale Notwendigkeiten – darunter Erwerbstätigkeit, Hausarbeit und Kinderbetreuung – bestimmen im Durchschnitt nahezu 8 Stunden

Kurznachrichten

des Tages der deutschen Bevölkerung zwischen 15 und 30 Jahren. Hausarbeit und Kinderbetreuung gehen besonders zulasten der jungen Frauen. Bereits 15- bis unter 20jährige Frauen sind hiermit doppelt solange beschäftigt wie gleichaltrige Männer, 20- bis unter 25jährige 2,7mal und 25- bis unter 30jährige sogar dreimal solange. Mediennutzung, gefolgt von geselligen Aktivitäten machen den Hauptanteil der täglichen Freizeitgestaltung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus, insbesondere gilt mit 1 1/2 Stunden das Fern- und Videosehen als „die“ Beschäftigung schlechthin (1 Std. 40 Min. bei den Zuschauern, 1 Std. 20 Min. bei den Zuschauerinnen) sowie gegenseitige Besuche, auch von Parties, mit rund einer Dreiviertelstunde (für beide Geschlechter). Das Freizeitverhalten der Frauen ist stärker an die häusliche Umgebung gebunden. Für die jungen Männer sind es eher die Personen im außerhäuslichen Bereich, für die jungen Frauen Haushaltsmitglieder, und nicht zuletzt die Kinder, mit denen mehr freie Zeit verbracht wird.

Ergebnisse der Lohnstatistik für 1997

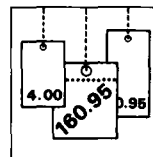


Die Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe verzeichneten im Jahr 1997 den geringsten jährlichen Anstieg seit der deutschen Vereinigung. Mit 1,6% im früheren Bundesgebiet und 2,6% in den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die Verdienstzunahmen gegenüber 1996 deutlich unter der Steigerung der Arbeitsproduktivität in diesem Sektor von 5,4 bzw. 8,7%. Die Arbeitnehmerinnen des Produzierenden Gewerbes erzielten mit +2,4% im Westen etwas höhere Verdienstzuwächse als die Männer (+1,5%), während ihre Kolleginnen in den neuen Ländern nicht ganz die Steigerungsrate der Männerverdienste erreichten (+2,5 gegenüber +2,7%). Der Beitrag unterrichtet ferner über die Verdienstentwicklung im Produzierenden Gewerbe nach Arbeitnehmer- und Leistungsgruppen sowie nach Wirtschaftszweigen und informiert über den Einfluß von Änderungen in der Arbeitnehmerstruktur auf das Verdienstniveau.

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erzielten die Angestellten mit 2,3% in den alten und mit 4,3% in den neuen Ländern höhere Verdienststeigerungen als im Produzierenden Gewerbe. Gleichwohl lagen ihre Gehälter auch 1997 unter den Verdiensten der Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes.

Die tarifliche Anhebung der Monatsgehälter lag bei den westdeutschen Angestellten mit 1,1% im Handel und mit 1,0% im Kredit- und Versicherungsgewerbe noch deutlich unter den Zuwachsraten der Effektivverdienste. Auch die tariflich vereinbarten Steigerungen der Wochenlöhne sowie der Monatsgehälter im Produzierenden Gewerbe (+1,3 bzw. 1,2%) entsprachen nicht ganz der Entwicklung der Effektivverdienste. Für die Arbeiter/-innen in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden die tariflichen Wochenlöhne im Handel um 4,1% und im Produzierenden Gewerbe um 4,3% erhöht.

Preise im Juli 1998



Im Juli 1998 wurde in Deutschland auf allen hier betrachteten Wirtschaftsstufen eine im Monatsvergleich rückläufige Preisentwicklung beobachtet:

Im Großhandel kam es zu Preissenkungen von 0,9%; Rückgänge um durchschnittlich 0,2% verzeichneten sowohl die Einzelhandelspreise als auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte. Lediglich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wies mit +0,3% eine – allerdings für die Jahreszeit übliche – Erhöhung auf.

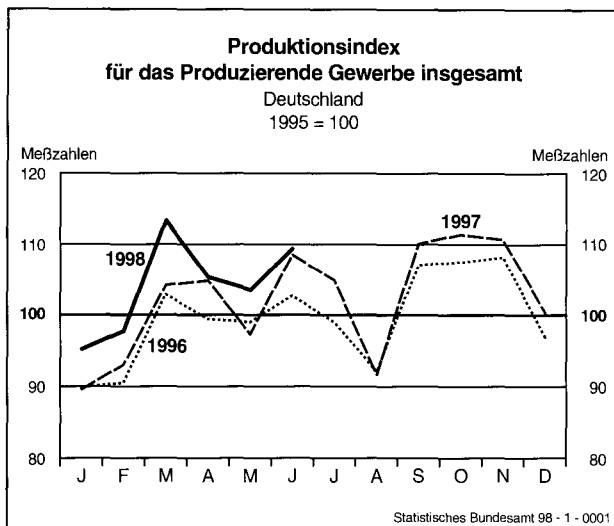
Die Jahresveränderungsraten bewegten sich weiterhin durchweg auf niedrigem Niveau. Der Index der Großhandelsverkaufspreise verzeichnete mit –2,0% zum Vorjahr erneut eine negative Rate, ebenso der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte mit –0,4%. Im Einzelhandel stiegen die Preise von Juli 1997 auf Juli 1998 im Durchschnitt um 0,6%. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zeigte mit +0,9% im Juli die geringste Steigerung seit der erstmaligen Berechnung gesamtdeutscher Indizes im Jahr 1991.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Juni 1998 mit einem Stand von 109,4 (1995=100) um 0,8% höher als im Juni 1997.

Kurznachrichten



Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Juni 1998 nominal 2 und real 3 % weniger als im Juni 1997 um. Der im ersten Halbjahr 1998 erzielte Umsatz entsprach nominal und real dem im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

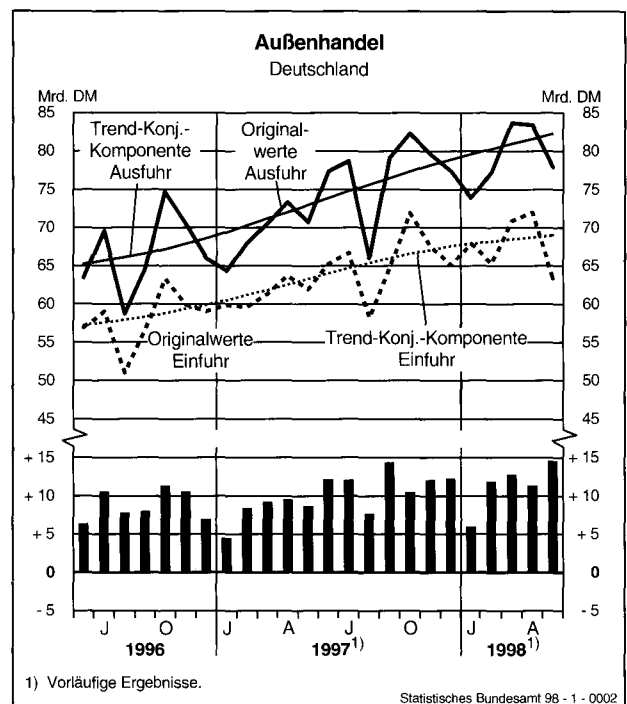
In den Hauptbereichen des Einzelhandels war die Umsatzentwicklung im Berichtsmonat Juni 1998 sehr unterschiedlich: Nur der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – dazu zählen die Kauf- und Warenhäuser, SB-Warenhäuser sowie die Verbrauchermärkte – erreichte nominal das Umsatzergebnis des Vorjahresmonats, real wurde aber 1 % weniger abgesetzt. In den anderen Branchen des Einzelhandels war die Umsatzentwicklung im Juni 1998 gegenüber den Ergebnissen des Juni 1997 weniger günstig. Im sonstigen Einzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet, sank der Umsatz um nominal –3 %, real –4 % und im Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem auch der Versandhandel zählt, um nominal –5 %, real –1 %. Noch größere Umsatzrückgänge verbuchte der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, zu dieser Branche zählen insbesondere die Feinkostgeschäfte (nominal –6 %, real –7 %) und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal –6 %, real –8 %).

Im Vergleich zum Mai 1998 wurde im Einzelhandel im Juni 1998 nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal und real jeweils 3,1 % weniger abgesetzt. Der hohe Umsatzrückgang im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat führt nun zu einer anderen Einschätzung der aktuellen konjunkturellen Entwicklung im Einzelhandel als noch nach dem Vorliegen der Monatsergebnisse des Jahres 1998 einschließlich

Mai erfolgte. Die Trend-Konjunktur-Komponente weist nun auf eine eher negative Entwicklung hin.

Außenhandel

Im Mai 1998 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 77,9 Mrd. DM und importierten Güter für 63,3 Mrd. DM. Daraus ergab sich ein Anstieg der Exporte um 10,0 %, während die Importe um lediglich 1,8 % gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zunahmen. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Außenhandelspreise ist hierbei anzumerken, daß der Anstieg der Exporte fast ausschließlich auf einer deutlichen mengenmäßigen Ausweitung der Ausfuhr beruht, da sich die Ausfuhrpreise nur geringfügig änderten (Index der Ausfuhrpreise im Mai 1998: +0,6 % gegenüber Mai 1997). Bei den Einfuhren ist jedoch aufgrund gesunkener Einfuhrpreise (–1,6 %) von einem im Vergleich zum tatsächlichen Nachweis höheren mengenmäßigen Zuwachs auszugehen.



In der Außenhandelsbilanz stellte sich im Mai 1998 ein Exportüberschuß in Höhe von 14,6 Mrd. DM ein, womit der höchste monatliche Wert seit Ermittlung gesamtdeutscher Außenhandelsergebnisse erzielt wurde. Trotz Defiziten in anderen Teilbilanzen (Dienstleistungsbilanz –5,9 Mrd. DM, Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen –2,9 Mrd. DM, Bilanz der unentgeltlichen Leistungen –3,3 Mrd. DM)

Kurznachrichten

schloß die Leistungsbilanz deshalb im Mai 1998 mit einem Überschuß von 2,2 Mrd. DM ab.

Im Vergleich zum Vormonat April 1998 gingen die nominalen Außenhandelswerte deutlich zurück (Ausfuhr – 6,6 %, Einfuhr – 12,0 %). Kalender- und saisonbereinigt (Berliner Verfahren, Version 4) schwächt sich dieser Rückgang jedoch erheblich ab (saisonbereinigte Werte im Mai 1998 gegenüber April 1998: Ausfuhr – 2,6 % und Einfuhr – 5,4 %), was vornehmlich auf die gegenüber April 1998 (trotz der Osterfeiertage) geringere Anzahl von Arbeitstagen im Mai 1998 zurückzuführen ist.

Grundlagen und Daten der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998

Vorbemerkung

Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, die dritte gesamtdeutsche Wahl, findet entsprechend der Anordnung des Bundespräsidenten vom 27. Februar 1998 (BGBl. I S. 389) am Sonntag, dem 27. September 1998 statt. Sie wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), vom 9. Juli 1997 (BGBl. I S. 1691) sowie vom 1. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2772), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 706), durchgeführt.

Im Zusammenhang mit der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag sind insbesondere

- Fragen, die das Wahlrecht und das Wahlverfahren betreffen, und

- Ergebnisse vorangegangener Wahlen

von Interesse.

Zunächst wird in diesem Beitrag auf das Wahlrecht und das Wahlverfahren eingegangen. Der folgende Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Sitzverteilung und Ausführungen zu den angefallenen Überhangmandaten. Abschließend wird auf die Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 durch den Gesetzgeber eingegangen.

1 Wahlgebiet, Wahlkreise, Wahlberechtigte

Der 14. Deutsche Bundestag wird, wenn sich keine Überhangmandate ergeben, aus insgesamt 656 Abgeordneten bestehen, von denen 328 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt werden.

Mit der Wiedergewinnung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 hat sich bereits bei der Bundestagswahl 1990 das Wahlgebiet um die Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin-Ost, das heißt um 72 Wahlkreise, erweitert. Seitdem sieht das BWG 328 Wahlkreise vor, die sich auf die 16 Bundesländer wie folgt verteilen:

Schleswig-Holstein	11
Hamburg	7
Niedersachsen	31
Bremen	3
Nordrhein-Westfalen	71
Hessen	22
Rheinland-Pfalz	16
Baden-Württemberg	37
Bayern	45
Saarland	5
Berlin	13
Mecklenburg-Vorpommern	9
Brandenburg	12
Sachsen-Anhalt	13
Thüringen	12
Sachsen	21

Insgesamt ... 328

Die deutsche Bevölkerung je Wahlkreis betrug Ende 1997 durchschnittlich rund 227 000. Nach § 3 BWG soll die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl aller Wahlkreise nicht mehr als 25 % nach oben oder unten abweichen. Beträgt die Abweichung mehr als 33 1/3 %, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Nach der Bundestagswahl 1998, das heißt für die dann folgenden Wahlen zum Deutschen Bundestag, hat der Gesetzgeber im Rahmen der Überlegungen zur Verkleinerung des Deutschen Bundestages diese Spanne mit Blick auf den Wahlrechtsgrundsatz der gleichen Wahl und zur Vermeidung von Überhangmandaten enger gefaßt. Artikel 1 Nr. 2 des Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) schreibt für die Zeit ab der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vor, daß die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen muß und die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen soll; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung der betroffenen Wahlkreise vorzunehmen. Zugleich ist die Zahl der Wahlkreise von 328 auf 299 und damit die Größe des Deutschen Bundestages von 656 auf 598 Abgeordnete herabgesetzt worden.

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl ist – wie bei der Bundestagswahl 1994 – mit etwa 60,5 Mill. Wahlberechtigten zu rechnen, darunter 31,8 Mill. Frauen und 28,8 Mill. Männer. Etwa 3,3 Mill. Wahlberechtigte der Jahrgänge 1977 bis 1980 können am 27. September 1998 zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teilnehmen (1,7 Mill. Männer und 1,6 Mill. Frauen). Die Altersstruktur der Wahlberechtigten bei der Wahl des 14. Deutschen Bundestages stellt sich voraussichtlich wie folgt dar:

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Bundestagswahl 1998 (geschätzt)		
	insgesamt	Männer 1 000 (gerundet)	Frauen
unter 21	2 400	1 200	1 200
21 – 45	25 900	13 200	12 700
45 – 60	14 600	7 300	7 300
60 und mehr	17 700	7 100	10 600
Insgesamt ...	60 500	28 800	31 800

2 Wahlorgane, Wahlvorbereitung und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung folgende Wahlorgane zuständig:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses¹⁾. Wieviele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.

2.1 Aufgaben der Gemeinden

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt bei den Gemeindebehörden. Sie haben zunächst für Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützen, jeweils sogenannte Wahlrechtsbescheinigungen auszustellen. Für Wahlbewerber müssen sie deren Wählbarkeit bescheinigen (für die Bundestagswahl 1998 etwa 6 700 Bescheinigungen).

Außerdem haben die Gemeinden Wahllokale zu bestimmen und einzurichten. Bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird es insgesamt rund 80 000 Wahllokale geben, wobei die einzelnen Wahlbezirke nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein sollen, daß möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Nach § 12 Bundeswahlordnung (BWO) soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Der Kreiswahlleiter kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt er, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Die Gemeinden müssen dann die Wählerverzeichnisse, in denen alle Wahlberechtigten mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und Anschrift enthalten sein müssen, aufstellen. Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintra-

gung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse von Amts wegen für die Bundestagswahl am 27. September 1998 ist der 35. Tag vor der Wahl, das heißt der 23. August 1998. Vom 7. September bis einschließlich 11. September 1998 (20. bis 16. Tag vor der Wahl) sind die Wählerverzeichnisse öffentlich auszulegen. Durch die öffentliche Auslegung, auf die die Gemeinden durch öffentliche Bekanntmachung hinweisen müssen, kann jeder Bürger feststellen, ob er für die Bundestagswahl 1998 als Wahlberechtigter geführt wird. Gegen Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses kann er Einspruch bei der Gemeindebehörde erheben.

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhalten die Wahlberechtigten bis zum 6. September 1998 (21. Tag vor der Wahl) eine Mitteilung (Wahlbenachrichtigung), auf der u. a. ihr Familienname und die Vornamen, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung ist in der Regel dem Wahlvorstand im Wahllokal vorzulegen. Für Wahlberechtigte, die dies beantragen, erteilen und übersenden die Gemeindebehörden die Briefwahlunterlagen.

Eine nicht einfache Aufgabe für die Gemeinden ist vor jeder Bundestagswahl die Gewinnung von ausreichend vielen ehrenamtlich tätigen Bürgern für die Wahlvorstände in den Wahllokalen, die sich jeweils aus dem Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter sowie weiteren drei bis fünf Beisitzern zusammensetzen. Hierfür werden etwa 600 000 Bürger benötigt.

2.2 Entscheidungen des Bundeswahlausschusses zur Vorbereitung der Wahl

Diejenigen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren bzw. sind, und an der Bundestagswahl 1998 teilnehmen wollten, mußten dem Bundeswahlleiter bis spätestens zum 90. Tag vor der Wahl, das heißt bis zum 29. Juni 1998, ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes, darunter die des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters anzeigen. Die schriftliche Satzung, das Programm und ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Bundesvorstandes waren beizufügen. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes.

Der Bundeswahlausschuß²⁾ hat dann in seiner Sitzung am 17. Juli 1998 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, daß folgende Parteien bei der Einreichung ihrer Wahlvorschläge für die Bundestagswahl am 27. September 1998 keine Unterstützungsunterschriften beizubringen haben, weil sie im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren bzw. sind:

¹⁾ Seit der Bundestagswahl 1990 können zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb eines Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

²⁾ Der Bundeswahlausschuß besteht aus dem Bundeswahlleiter als Vorsitzendem und acht von ihm berufenen Beisitzern. Für die Ablehnung der Anerkennung als Partei für die Wahl ist im Bundeswahlausschuß Zweidrittelmehrheit erforderlich.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
2. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),
3. Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. (CSU),
4. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE),
5. Freie Demokratische Partei (F.D.P.),
6. Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS),
7. DIE REPUBLIKANER (REP),
8. DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU),
9. Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V. (AFB).

Der Bundeswahlausschuß hat außerdem am 17. Juli 1998 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, daß folgende weitere Vereinigungen für die Bundestagswahl 1998 als Parteien anzuerkennen sind und infolgedessen als solche sich auch mit Landeslisten (und Kreiswahlvorschlägen) an dieser Bundestagswahl beteiligen können³⁾:

1. Deutsche Zentrumspartei – ZENTRUM –
2. Humanistische Partei – HP –
3. CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten – CM –
4. Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands – APPD –
5. Bürgerrechtsbewegung Solidarität – BüSo –
6. Nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD –
7. DIE GRAUEN – Graue Panther – GRAUE –
8. Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit/Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen – PASS –
9. Ab jetzt . . . Bündnis für Deutschland – Deutschland –
10. Ökologisch-Demokratische Partei – ödp –
11. BUND FREIER BÜRGER – OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND Die Freiheitlichen – BFB – Die Offensive –
12. FREISOZIALE UNION – Demokratische Mitte – FSU –
13. DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – DPD –
14. Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale – PSG –
15. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – MLPD –
16. CHANCE 2000
17. Feministische Partei DIE FRAUEN
18. STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN – STATT Partei –
19. Europäische Regional-Partei in Bayern Baiern-Franken-Schwaben – EuRePa –
20. Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei – Pro DM –
21. Mensch Umwelt Tierschutz – Die Tierschutzpartei –

22. Bayernpartei – BP –
23. Partei der Nichtwähler (Köln)
24. Partei Bibeltreuer Christen – PBC –
25. FAMILIEN-PARTEI DEUTSCHLANDS – FAMILIE –
26. Partei der Alternativen Bürgerbewegung 2000 Deutschlands – AB 2000 –
27. DEUTSCHLAND PARTEI – DLP –
28. Deutsche Kommunistische Partei – DKP –
29. NEUES FORUM – FORUM –
30. Freiheitliche Partei Deutschlands – FP Deutschlands –
31. Deutsche Soziale Union – DSU –
32. Die MittelstandsPartei – DMP –
33. AUTOFAHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS – APD –
34. NATURGESETZ PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN – NATURGESETZ –

In der Regel reichen nicht alle anerkannten Parteien tatsächlich Landeslisten ein oder verfehlen mitunter die nötige Zahl an Unterstützungsunterschriften, so daß an der Wahl tatsächlich meist weniger Parteien teilnehmen.

Der Bundeswahlausschuß ist im Vorfeld der Wahl auch die letzte Entscheidungsinstanz, wenn sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder ein Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschwert. Diese Entscheidungen müssen bis spätestens am 52. Tag vor der Wahl getroffen sein. Außerdem hat der Bundeswahlausschuß bis spätestens am 30. Tag vor der Wahl über Erklärungen über den Ausschluß von der Listenverbindung zu entscheiden. Grundsätzlich gelten alle Landeslisten derselben Partei als verbunden. Das bedeutet u. a., daß eine Partei mit ihren Landeslisten insgesamt 5% der abgegebenen gültigen Stimmen im Wahlgebiet erringen muß und sie schwache Ergebnisse einer Landesliste durch bessere Ergebnisse anderer Landeslisten kompensieren kann. Bei nicht verbundenen Landeslisten entfällt diese Möglichkeit und jede Landesliste muß 5% der im Bundesgebiet insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erreichen.

2.3 Entscheidungen der Landes- und Kreiswahlausschüsse über die Zulassung von Wahlvorschlägen

Den Kreiswahlleitern waren bis spätestens am 66. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr, das heißt bis zum 23. Juli 1998, 18.00 Uhr, die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreis-kandidaten und den Landeswahlleitern bis zum gleichen Zeitpunkt die Landeslistenvorschläge der Parteien einzureichen. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter ist es dann, u. a. vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärungen der Bewerber für ihre Kandidatur vorliegen,
- die Bewerber wählbar sind,

³⁾ Die Reihenfolge entspricht dem Datum des Eingangs der Beteiligungsanzeigen beim Bundeswahlleiter.

- die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind,
- die gegebenenfalls beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in ausreichender Anzahl und in der vorgeschriebenen Form eingereicht worden sind,
- für jede Unterstützungsunterschrift eine Wahlrechtsbescheinigung vorliegt.

Die Landes- und Kreiswahlleiter wirken darauf hin, daß bei der Vorprüfung festgestellte Mängel beseitigt werden. Damit bereiten sie zugleich die Sitzungen der Wahlausschüsse vor, die am 58. Tag vor der Wahl über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten zu entscheiden haben.

2.4 Feststellung des Wahlergebnisses

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung des Wahlergebnisses für ihr jeweiliges Wahlgebiet sowie die Bekanntgabe und Weitermeldung der Ergebnisse an die nächsthöheren Wahlorgane. Nach der Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk durch den Wahlvorstand meldet der Wahlvorsteher es auf schnellstem Wege (z.B. Telefon, Telefax) der Gemeindebehörde, welche die aus den Wahlbezirken eingehenden Meldungen zu einem Gemeindergebnis zusammenfaßt und dieses dem Kreiswahlleiter meldet. Dieser leitet das Wahlkreisergebnis an den Landeswahlleiter, der die Wahlkreisergebnisse und nach Vorliegen aller Wahlkreisergebnisse des Landes das Landesergebnis dem Bundeswahlleiter mitteilt. Der Bundeswahlleiter ermittelt das vorläufige amtliche Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet und gibt es noch in der Wahlnacht bekannt. Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses nach Prüfung der Wahlniederschriften durch den jeweiligen Wahlleiter. Der Bundeswahlleiter macht das endgültige Wahlergebnis für das gesamte Wahlgebiet etwa zwei Wochen nach dem Wahltag im Bundesanzeiger bekannt.

Neben der Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler und der abgegebenen Stimmen im Bund und in den Ländern hat der Bundeswahlausschuß auch die Namen der Abgeordneten festzustellen, die über die Landeslisten gewählt sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgt durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

3 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht nach § 13 BWG vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch diejenigen Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes,

- die am Wahltag als Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes,
- die in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben⁴⁾ (außer der Bundesrepublik Deutschland gehören dem Europarat gegenwärtig an: Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern).
- die in anderen Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben und seit dem Fortzug nicht mehr als 25 Jahre verstrichen sind.⁴⁾ Entsprechendes gilt für Seeleute auf Schiffen, die nicht die Bundesflagge führen, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Die Fortzugsfrist ist durch das 14. Gesetz zur Änderung des BWG vom 20. April 1998 (BGBl. I S. 706) von zehn auf 25 Jahre verlängert worden. Damit hat der Gesetzgeber der verbesserten Möglichkeit kommunikativer Teilnahme am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland vom Ausland aus Rechnung getragen.

Vom Wahlrecht ausgeschlossen ist nach § 13 BWG ein Deutscher, der infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt, sowie derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist. Außerdem sind Personen ausgeschlossen, die sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 in Verbindung mit § 20 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus befinden.

Die Wahlbewerber müssen am Wahltag mindestens seit einem Jahr Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar ist, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 BWG) ausgeschlossen oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt.

Wählen kann in der Regel nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann – sofern er keinen Wahlschein besitzt – nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerver-

⁴⁾ Eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost ist entsprechend zu berücksichtigen.

zeichnung er geführt wird. Wer einen – auf Antrag unter bestimmten Voraussetzungen erhältlichen – Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen. Durch die Verbindung mit dem jeweiligen Heimatwahlkreis ist eine Manipulation des Wahlausgangs durch absichtliche Konzentration von Wahlscheinstimmen (d.h. überwiegend von Briefwahlstimmen) auf bestimmte Wahlkreise ausgeschlossen.

Die Briefwahl ist seit der dritten Bundestagswahl (1957) möglich. Ein Wahlberechtigter, der in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann sein Wahlrecht durch Briefwahl ausüben, wenn er

- sich am Wahltag während der Wahlzeit aus wichtigem Grunde, dazu gehören auch Urlaubsreisen, außerhalb seines Wahlbezirks aufhält,
- seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat und nicht in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks eingetragen worden ist,
- aus beruflichen Gründen oder infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder sonst seines körperlichen Zustands wegen den Wahlraum nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten aufsuchen kann.

Für die Briefwahl muß der Bürger bei der Gemeindebehörde die Erteilung eines Wahlscheines schriftlich oder mündlich beantragen. Für die Schriftform ist in diesem Fall Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopie ausreichend, eine fernmündliche Antragstellung ist aber unzulässig. Der Antrag auf Briefwahlunterlagen sollte möglichst bald bei der für den Wahlberechtigten zuständigen Gemeindebehörde gestellt werden. Mit der Wahlbenachrichtigung erhält jeder Wahlberechtigte, der in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines. Briefwahlunterlagen können bis Freitag vor der Wahl, 18.00 Uhr, beantragt werden, in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen noch bis zum Wahltag 15.00 Uhr. Die Ausgabe der Briefwahlunterlagen kann, weil dazu ja der Stimmzettel gehört, erst nach der endgültigen Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten sowie nach Druck der Stimmzettel erfolgen.

Der Briefwähler erhält auf seinen Antrag folgende Unterlagen ausgehändigt bzw. übersandt:

- Einen Wahlschein, der von dem mit der Erteilung beauftragten Bediensteten der Gemeindebehörde eigenhändig unterschrieben und mit dem Dienstsiegel versehen sein muß,
- einen amtlichen Stimmzettel seines Wahlkreises,
- einen amtlichen Wahlumschlag,
- einen amtlichen Wahlbriefumschlag und
- ein ausführliches Merkblatt für die Briefwahl, auf dem alles verzeichnet und durch anschauliche Bilder näher erläutert ist, was bei der Briefwahl zu beachten ist.

Nach Ausfüllen des Stimmzettels und der Versicherung an Eides Statt, daß der Stimmzettel von dem Wahlberechtigten persönlich gekennzeichnet wurde, sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle zu senden. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden besondere Briefwahlvorstände gebildet. Der Wahlbrief muß spätestens am Wahlsonntag bis 18.00 Uhr bei der dafür zuständigen Stelle vorliegen, da um 18.00 Uhr der Wahlakt abgeschlossen und mit der Auszählung der Stimmen begonnen wird.

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern betrug bei der Bundestagswahl 1994 13,4 %, 9,4 % bei der Bundestagswahl 1990.

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, die getrennt ausgezählt werden.

Während die Wähler mit der Erststimme für 328 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei und für das Stärkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen für die Landeslisten der Parteien ausschlaggebend.

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

- nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
- in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
- nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
- keine Kennzeichnung enthält,
- den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
- einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den ersten vier Fällen sind beide Stimmen ungültig.

Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, zum Beispiel nur die Zweitstimme, so ist diese gültig, die nicht abgegebene Erststimme ungültig.

4 Sitzverteilungsverfahren nach Niemeyer

Die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten der Parteien erfolgt nach einem von dem Marburger Professor Niemeyer für den Verhältnisausgleich entwickelten Berechnungssystem. Es beruht darauf, daß zunächst die für die verbundenen Landeslisten der einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen addiert werden. Berücksichtigt werden dabei nur die

Parteien, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Danach werden die 656 zu vergebenden Abgeordnetensitze mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmenden Parteien dividiert. Dabei erhält jede Partei so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten „Reste“ (Zahlenbruchteile), die sich bei der Berechnung ergeben, verteilt. Bei gleichen „Resten“ entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los. Die so ermittelte Anzahl der Sitze für eine Listenverbindung werden dann wiederum im Verhältnis-ausgleich auf die einzelnen Landeslisten der jeweiligen Partei aufgeteilt, was ebenfalls nach dem oben erläuterten Rechenverfahren erfolgt.

Das Berechnungsverfahren nach Niemeyer bewirkt eine exaktere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf die Mandatsverteilung im Bundestag als das bis zur Wahl zum 10. Deutschen Bundestag (im März 1983) angewandte Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt, da es noch stärker als das d'Hondtsche Verfahren an den Relationen der jeweiligen Stimmenzahlen ausgerichtet ist. Es wird damit dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen besser gerecht. Nähere Informationen zur Umstellung der Verhältnisrechnung für die Mandatsverteilung vom Berechnungssystem d'Hondt auf das Verfahren Niemeyer enthält der in dieser Zeitschrift erschienene Aufsatz „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“.⁵⁾

5 Ergebnisse vorangegangener Bundestagswahlen

5.1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 1994 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse 60,45 Mill. Personen wahlberechtigt; gewählt haben 47,74 Mill. Bürger. Daraus ergab sich eine Wahlbeteiligung von 79,0%. Damit lag die Wahlbeteiligung um 1,2 Prozentpunkte über der von 1990 (77,8%). 1990 hatte es die geringste Wahlbeteiligung aller Bundestagswahlen seit 1949 (78,5%) gegeben. Über dem Bundesdurchschnitt lag die Wahlbeteiligung 1994 in acht Ländern und zwar in Schleswig-Holstein mit 80,9%, in Hamburg und in Baden-Württemberg mit jeweils 79,7%, in Niedersachsen mit 81,8%, in Nordrhein-Westfalen mit 81,9%, in Hessen und Rheinland-Pfalz mit jeweils 82,3% und im Saarland mit 83,5%. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 70,4 und 78,6%. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt mit 70,4%. Bemerkenswert ist hier, daß die Wahlbeteiligung in den alten Bundesländern lediglich in Bremen, Bayern und Berlin unter dem Bundesdurchschnitt lag, in allen neuen Bundesländern jedoch weit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Wahl-

beteiligung im früheren Bundesgebiet insgesamt betrug 80,5% (1990: 78,6%), in den neuen Ländern und Berlin-Ost 72,6% (1990: 74,5%).

Wie 1987 und 1990 konnten unter bestimmten Voraussetzungen Deutsche im Ausland an der Bundestagswahl 1994 teilnehmen. Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter waren 34 103 solcher Anträge, die in der Gesamtzahl der 60,45 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden. Aus den EU-Staaten wurden 15 207 und aus den übrigen Europaratstaaten 11 089 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt. Aus den restlichen Staaten Europas hatten lediglich 211 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas hatten 1 447, Amerikas 3 362, Asiens 2 345 und Australiens und Ozeaniens 442 Deutsche entsprechende Anträge gestellt.

5.2 Ungültige Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1994 waren von den Erststimmen 788 643 (1,7%) und von den Zweitstimmen 632 825 (1,3%) ungültig.

Seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, sank der Anteil der ungültigen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6%; in der gleichen Zeit hatte sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 3,3 auf 4,0% erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 war der Anteil der ungültigen Erststimmen geringfügig auf 2,9% gestiegen, fiel dann aber bis 1983 auf 1,1%. 1987 betrug er 1,3%. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich 1965 auf 2,4% vermindert und war ab 1972 auf unter 1% gefallen. Seit 1976 lag der Anteil bei 0,9%, wenn auch die absolute Zahl der ungültigen Stimmen 1987 gegenüber der Bundestagswahl 1972 zugenommen hatte. 1990 lag der Anteil der ungültigen Erststimmen bei 1,5% und war damit leicht angestiegen; er war aber dennoch wesentlich niedriger als vor 1972 mit seinerzeit wesentlich weniger Wählern. Das gleiche gilt für die 1,1% ungültigen Zweitstimmen. 1994 betrug wie bereits erwähnt der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,7%, von den Zweitstimmen waren 1,3% ungültig. Der Anteil der ungültigen Stimmen stieg damit 1994 im Vergleich zu 1990 sowohl für Erst- als auch für Zweitstimmen um 0,2 Prozentpunkte.

Tabelle 1: Ungültige Stimmen bei den Bundestagswahlen

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9
1983	434 176	1,1	338 841	0,9
1987	482 481	1,3	357 975	0,9
1990 ²⁾	720 990	1,5	540 143	1,1
1994 ²⁾	788 643	1,7	632 825	1,3

⁵⁾ Siehe Gaspers, K.: „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“ in WiSta 12/1986, S. 959 f.

¹⁾ Ohne das Saarland. – ²⁾ Nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Auffallend ist bei der Bundestagswahl 1994 der Anteil der ungültigen Erststimmen in den Ländern Nordrhein-Westfalen (2,3%), Saarland (4,4%), Mecklenburg-Vorpommern (2,4%) und Thüringen (2,8%). Auch bei den ungültigen Zweitstimmen liegen die Werte dieser Bundesländer neben Bremen über dem Bundesdurchschnitt. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, daß in diesen Ländern – ausgenommen Bremen – gleichzeitig Kommunal- bzw. Landtagswahlen stattfanden.

Aus welchem Grund die Stimmen ungültig waren, ergab sich für die Bundestagswahl seit 1953 aus der repräsentativen Wahlstatistik. Im Rahmen dieser Statistik wurde u. a. auch festgestellt, bei wieviel Wählern beide Stimmen oder nur eine der beiden Stimmen ungültig waren. Für die Bundestagswahl 1994 konnten diese Feststellungen nicht getroffen werden, da die repräsentative Wahlstatistik für die Bundestagswahl 1994 vom Gesetzgeber ausgesetzt wurde (siehe auch Kapitel 6 dieses Aufsatzes).

Kennzeichnend für die Wahlberechtigten mit Briefwahlunterlagen war nicht nur die höhere Wahlbeteiligung, sondern – wie schon immer – auch der geringere Anteil der von ihnen abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen. Bei der Bundestagswahl 1994 lagen die Anteile der von den Briefwählern abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen um 50 bzw. 57% niedriger als bei den Wählern ohne Wahlschein. Bei der Bundestagswahl 1965 hatten diese Anteilsätze sogar 71 bzw. 72% betragen. Der Anteil der ungültigen Erststimmen betrug bei den Briefwählern 0,9% und bei den Wählern ohne Briefwähler 1,8%. Bei den ungültigen Zweitstimmen lagen diese Anteile bei 0,6 bzw. 1,4%. Gegenüber 1990 hatte sich bei den ungültigen Erststimmen nur der Anteil der Wähler ohne Briefwähler leicht (um 0,2 Prozentpunkte) erhöht. Die Anteile der ungültigen Zweitstimmen waren bei den Briefwählern gegenüber 1990 um 0,1 Prozentpunkte, bei den Wählern insgesamt und den Wählern ohne Briefwähler jeweils um 0,2 Prozentpunkte leicht gestiegen. Der Grund für die niedrigen Anteilsätze der ungültigen Stimmen dürfte bei den Briefwählern nicht nur darin gelegen haben, daß sie in vertrauter Umgebung den Stimmzettel ausfüllen konnten und genügend Zeit für das Durchlesen der Hinweise besaßen; es wird wohl auch das größere politische Interesse, das daran zu erkennen ist, daß sie sich der Mühe unterzogen, die Unterlagen für die Briefwahl zu besorgen, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

5.3 Erst- und Zweitstimmen sowie Sitzverteilung

5.3.1 Erststimmen

Mit der Erststimme entscheidet sich der Wähler für einen Wahlkreis(Direkt-)kandidaten. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten gültigen Erststimmen erhält (relative Mehrheitswahl).

Die CDU hat 1994 177 Wahlkreissitze gewonnen; auf die SPD entfielen 103 und auf die CSU 44 Sitze. Die PDS errang vier Wahlkreise. Wie Tabelle 3 auf S. 630 zeigt, ging bei der Wahl 1994 in 18 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der CDU auf die SPD über; einen Wechsel der Mehrheit

Tabelle 2: Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Ins-gesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten							
		CDU	SPD	F.D.P.	CSU	GRÜNE	PDS	B 90/Gr	Son-stige
1949	242	91	96	12	24	-	-	-	19 ¹⁾
1953	242	130	45	14	42	-	-	-	11 ²⁾
1957	247	147	46	1	47	-	-	-	6 ³⁾
1961	247	114	91	-	42	-	-	-	-
1965	248	118	94	-	36	-	-	-	-
1969	248	87	127	-	34	-	-	-	-
1972	248	65	152	-	31	-	-	-	-
1976	248	94	114	-	40	-	-	-	-
1980	248	81	127	-	40	-	-	-	-
1983	248	136	68	-	44	-	-	-	-
1987	248	124	79	-	45	-	-	-	-
1990 ⁴⁾	328	192	91	1	43	-	1	-	-
1994 ⁴⁾	328	177	103	-	44	-	4	-	-

¹⁾ Davon BP: 11; DP: 5; Wählergruppen: 3. – ²⁾ Davon DP: 10; Zentrum: 1. – ³⁾ DP. – ⁴⁾ Nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

von der SPD an die CDU gab es in drei Wahlkreisen, von der SPD an die CSU wechselte ein Wahlkreis. Die SPD verlor drei Wahlkreise an die PDS, und von der F.D.P. an die SPD wechselte ein Wahlkreis. Die CDU hatte 1990 192, die CSU 43 und die SPD 91 Wahlkreissitze. Die F.D.P. und die PDS hatten jeweils einen Wahlkreissitz.

Die CDU gewann 1994 von ihren 177 Wahlkreissitzen 49 jeweils mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 27 (Cloppenburg – Vechta) erreichte sie mit 67,7% ihren höchsten Erststimmenanteil. Acht ihrer Wahlkreisgewinner hatten weniger als 40% der Wähler hinter sich. Mit nur 36,1% der gültigen Erststimmen errang die CDU sowohl im Wahlkreis 302 (Jena – Rudolstadt – Stadtroda) als auch im Wahlkreis 310 (Leipzig II) das Direktmandat. 54% aller Wahlkreise fielen der CDU zu. In den Ländern Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen gewann sie alle Wahlkreise. In den Ländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern konnte die CDU jeweils zwei Wahlkreise nicht erringen. In Bremen, im Saarland und in Brandenburg brachte sie keinen Wahlkreiskandidaten durch.

Von ihren 103 Wahlkreissitzen hatte die SPD 35 jeweils mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 85 (Duisburg II) vereinigte sie 62,6% der Erststimmen auf sich. In acht Wahlkreisen benötigten die Bewerber weniger als 40% der gültigen Erststimmen des Wahlkreises. Im Wahlkreis 255 (Berlin-Kreuzberg – Schöneberg) genügten zur Erringung des Wahlkreissitzes bereits 32,2%. In Bremen, im Saarland und in Brandenburg gewann die SPD alle Wahlkreise, in Hamburg erreichte sie lediglich einen Wahlkreissitz nicht und in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen konnte sie keinen Wahlkreissitz erringen.

Die CSU errang von ihren 44 Wahlkreissitzen 33 mit absoluten Mehrheiten. In elf Wahlkreisen erreichte sie über 60% der Erststimmen. Lediglich in einem Wahlkreis in Bayern konnte sie kein Direktmandat erzielen.

Die PDS errang vier Wahlkreissitze. Alle vier gewonnenen Wahlkreise der PDS lagen in Berlin. In einem Wahlkreis (261 Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee) genügten 36,8% zur Erreichung des Wahlkreissitzes.

Für den Übergang eines Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft wenige Stimmen, da es viele Wahlkreise gibt, in denen die Erststimmenanteile von SPD und CDU

Tabelle 3: Wahlkreise bei der Bundestagswahl 1994, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1990 zu 1994 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis		Anteil der Erststimmen								1994 gegenüber 1990			
		CDU, CSU ¹⁾		SPD		PDS		F.D.P.		CDU bzw. CSU	SPD	PDS	F.D.P.
		1994	1990 ²⁾	1994	1990 ²⁾	1994	1990 ²⁾	1994	1990 ²⁾				
Nr.	Name	%								Prozentpunkte			
Übergang von der CDU an die SPD													
24	Cuxhaven	44,7	46,3	46,0	42,5	x	x	x	x	- 1,6	+ 3,5	x	x
34	Nienburg – Schaumburg	43,8	45,5	47,1	44,2	x	x	x	x	- 1,7	+ 2,9	x	x
45	Braunschweig	43,0	44,3	44,6	39,7	x	x	x	x	- 1,3	+ 4,9	x	x
71	Solingen – Remscheid	42,7	42,0	44,7	41,4	x	x	x	x	+ 0,7	+ 3,3	x	x
98	Steinfurt II	44,6	44,8	45,1	42,3	x	x	x	x	- 0,2	+ 2,8	x	x
129	Marburg	42,4	42,3	43,1	41,4	x	x	x	x	+ 0,1	+ 1,7	x	x
250	Berlin-Tiergarten – Wedding – Nord-Charlottenburg	34,6	45,6	43,5	33,4	x	x	x	x	- 11,0	+ 10,1	x	x
255	Berlin-Kreuzberg – Schöneberg ..	29,3	38,0	32,2	35,6	x	x	x	x	- 8,7	- 3,4	x	x
263	Schwerin – Hagenow	32,8	36,9	35,2	33,6	x	x	x	x	- 4,1	+ 1,6	x	x
271	Neuruppin – Kyritz – Wittstock – Pritzwalk – Perleberg	30,0	41,9	50,1	33,8	x	x	x	x	- 11,9	+ 16,3	x	x
274	Eberswalde – Bernau – Bad Freienwalde	25,3	35,9	44,6	34,3	x	x	x	x	- 10,6	+ 10,3	x	x
277	Fürstenwalde – Strausberg – Seelow	25,8	34,0	45,3	33,6	x	x	x	x	- 8,2	+ 11,7	x	x
279	Frankfurt/Oder – Eisenhüttenstadt – Besskow ..	26,6	34,6	42,4	30,6	x	x	x	x	- 8,0	+ 11,8	x	x
280	Cottbus – Guben – Forst	30,7	40,2	41,5	31,1	x	x	x	x	- 9,5	+ 10,4	x	x
281	Senftenberg – Calau – Spremberg ..	38,0	45,3	39,4	29,7	x	x	x	x	- 7,3	+ 9,7	x	x
282	Bad Liebenwerda – Finsterwalde – Herzberg – Lützen – Luckau ..	38,3	44,0	44,5	30,3	x	x	x	x	- 5,7	+ 14,2	x	x
283	Altmark	37,8	38,9	38,6	29,9	x	x	x	x	- 1,1	+ 8,7	x	x
286	Magdeburg	32,6	34,5	36,2	28,4	x	x	x	x	- 1,9	+ 7,8	x	x
Übergang von der SPD an die CDU bzw. CSU													
141	Groß-Gerau	42,7	41,5	42,2	41,8	x	x	x	x	+ 1,2	+ 0,4	x	x
143	Darmstadt	40,5	38,7	37,9	39,3	x	x	x	x	+ 1,8	- 1,4	x	x
179	Mannheim	42,5	40,6	41,8	40,8	x	x	x	x	+ 1,9	+ 1,0	x	x
230	Nürnberg-Nord	44,5	40,8	39,7	42,3	x	x	x	x	+ 3,7	- 2,6	x	x
Übergang von der SPD an die PDS													
249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg ...	x	x	37,2	36,7	40,6	27,8	x	x	x	+ 0,5	+ 12,8	x
258	Berlin-Friedrichshain – Lichtenberg	x	x	30,7	34,9	44,4	31,1	x	x	x	- 4,2	+ 13,3	x
261	Berlin-Hohenschönhausen – Pankow – Weißensee	x	x	32,0	36,9	36,8	25,6	x	x	x	- 4,9	+ 11,2	x
Übergang von der F.D.P. an die SPD													
291	Halle-Altstadt	x	x	33,1	20,6	x	x	6,4	34,6	x	+ 12,5	x	- 28,2

¹⁾ CSU nur in Bayern. – ²⁾ In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1994.

bzw. CSU nicht weit auseinander liegen. In 5 Fällen war bei der Bundestagswahl 1994 die Zahl der Erststimmen für Wahlkreisgewinner der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU und in weiteren 7 Fällen die Zahl der Erststimmen für Wahlkreisgewinner der CDU und CSU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der SPD. Bis zu 5 % machte der Vorsprung von 15 gewonnenen Wahlkreisen der SPD und von 12 errungenen Wahlkreisen der CDU und CSU, bis zu 10 % der Vorsprung von 26 Wahlkreissiegern der SPD und von 33 Wahlkreissiegern der CDU und CSU aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 26 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der SPD von weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der SPD-Wähler zur CDU bzw. CSU genügen, damit die SPD 26 Wahlkreise verliert und die CDU und CSU 26 Wahlkreise gewinnt. Das würde dazu führen, daß die CDU und CSU rund 75 % aller Wahlkreisabgeordneten stellt. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 33 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der CDU bzw. CSU von weniger als 10 % würde dagegen für die CDU und CSU eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 221 auf 188 zur Folge haben. Je nach der Entwicklung der parteipolitischen Präferenzen der Bürger können sich also sehr unterschiedliche Wahlergebnisse ergeben. Allerdings müßte es bei vielen Wahl-

Tabelle 4: Erststimmen für die Parteien 1994 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen
Anzahl der Wahlkreise

Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis der Erststimmen	Mehrheit der Erststimmen			
	insgesamt	SPD	CDU	CSU
Relativer Abstand von ... bis unter ... %				
unter 1	3	1	2	-
1 – 2	9	4	5	-
2 – 5	15	10	5	-
5 – 10	33 ¹⁾	11	19	2
10 – 20	77 ¹⁾	28	46	2
20 – 30	55	14	33	8
30 – 40	48 ¹⁾	12	29	6
40 – 50	46 ¹⁾	16	22	7
50 – 60	30	7	9	14
60 und mehr	12	-	7	5
Insgesamt	328	103	177	44
Absoluter Abstand von ... bis unter ... Stimmen				
unter 1 000	11	5	6	-
1 000 – 2 000	8	5	3	-
2 000 – 5 000	30 ¹⁾	14	14	1
5 000 – 10 000	50 ¹⁾	13	34	2
10 000 – 15 000	58	22	32	4
15 000 – 20 000	42	12	25	5
20 000 – 30 000	54 ¹⁾	20	29	4
30 000 – 40 000	37 ¹⁾	9	20	7
40 000 – 50 000	23	3	11	9
50 000 – 60 000	8	-	2	6
60 000 – 70 000	5	-	1	4
70 000 und mehr	2	-	-	2
Insgesamt	328	103	177	44

¹⁾ Darunter 1 PDS.

kreisen auch ganz erhebliche Wählerwanderungen geben, damit eine andere Partei den jeweiligen Wahlkreissitz gewinnt, weil 1994 CDU bzw. CSU in 188 (von 221 gewonnenen Wahlkreisen) und SPD in 77 (von 103 gewonnenen Wahlkreisen) Wahlkreisen einen Stimmenvorsprung von 10 % und mehr hatten.

Tabelle 5 enthält die 49 Bundestagswahlkreise 1994 mit dem Abstand des zweithöchsten Erststimmenergebnisses bis unter 5 000 Stimmen. In 204 Wahlkreisen betrug der Abstand zwischen 5 000 und 30 000 Stimmen, bei 75 Wahlkreisen lag er über 30 000 Stimmen.

Tabelle 5: Die 49 Bundestagswahlkreise 1994 mit einem Abstand des zweithöchsten Erststimmenergebnisses bis unter 5 000 Stimmen

Wahlkreis		Partei mit dem		Abstand zwischen den Ergebnissen	
		höchsten	zweit-höchststen		
		Erststimmenergebnis			
Nr.	Name			Anzahl	% ¹⁾
291	Halle-Altstadt	SPD	CDU	192	0,2
194	Tübingen	CDU	SPD	247	0,2
120	Siegen-Wittgenstein I	CDU	SPD	484	0,4
252	Berlin-Spandau	CDU	SPD	549	0,4
265	Rostock	SPD	PDS	713	0,5
13	Hamburg-Altona	SPD	CDU	753	0,6
262	Wismar – Gadebusch – Grevesmühlen – Doberan	CDU	SPD	793	0,7
179	Mannheim I	CDU	SPD	799	0,8
98	Stuttgart II	SPD	CDU	839	0,5
141	Groß-Gerau	CDU	SPD	963	0,5
283	Altmark	SPD	CDU	988	0,8
129	Marburg	SPD	CDU	1 060	0,7
42	Hannover-Land II	CDU	SPD	1 250	0,7
6	Plön – Neumünster	CDU	SPD	1 255	1,0
281	Senftenberg – Calau – Spremberg	SPD	CDU	1 461	1,4
24	Cuxhaven	SPD	CDU	1 584	1,3
131	Gießen	SPD	CDU	1 591	0,9
150	Kreuznach	SPD	CDU	1 766	1,2
1	Flensburg – Schleswig	CDU	SPD	1 863	1,1
154	Mainz	CDU	SPD	2 276	1,2
47	Goslar	CDU	SPD	2 345	1,9
54	Kreis Aachen	SPD	CDU	2 506	1,4
156	Frankenthal	SPD	CDU	2 575	2,1
45	Braunschweig	SPD	CDU	2 582	1,6
40	Gifhorn – Peine	CDU	SPD	2 583	1,5
130	Lahn-Dill	SPD	CDU	2 588	1,6
300	Erfurt	CDU	SPD	2 728	2,5
290	Bernburg – Aschersleben – Quedlinburg	CDU	SPD	2 762	2,4
263	Schwerin – Hagenow	SPD	CDU	2 961	2,5
71	Solingen – Remscheid	SPD	CDU	3 104	1,9
68	Leverkusen – Rheinisch-Bergischer Kreis II	SPD	CDU	3 140	2,6
160	Pirmasens	CDU	SPD	3 388	2,9
157	Ludwigshafen	CDU	SPD	3 540	2,7
125	Kassel	SPD	CDU	3 766	2,6
60	Köln II	CDU	SPD	3 791	2,9
259	Berlin-Köpenick – Treptow	SPD	PDS	3 866	2,8
56	Düren	CDU	SPD	3 911	2,5
203	München-Mitte	SPD	CSU	3 945	3,4
11	Lübeck	SPD	CDU	4 138	3,2
31	Lüneburg – Lüchow-Dannenberg	CDU	SPD	4 182	3,3
255	Berlin-Kreuzberg – Schöneberg	SPD	CDU	4 199	2,9
231	Nürnberg-Süd	CSU	SPD	4 208	2,9
286	Magdeburg	SPD	CDU	4 285	3,7
178	Heidelberg	CDU	SPD	4 414	2,9
249	Berlin-Mitte – Prenzlauer Berg	PDS	SPD	4 483	3,4
143	Darmstadt	CDU	SPD	4 499	2,6
257	Berlin-Neukölln	CDU	SPD	4 625	2,8
90	Essen III	SPD	CDU	4 640	3,1
28	Diepholz	CDU	SPD	4 959	4,0

¹⁾ Anteil an den gültigen Erststimmen insgesamt.

5.3.2 Zweitstimmen und Sitzverteilung

5.3.2.1 Zweitstimmen nach Parteien und Ländern

Bei der Bundestagswahl 1994 wurden 47 105 174 gültige Zweitstimmen abgegeben; bei der Bundestagswahl 1990 46 455 772. Davon erhielten:

Partei	1994		1990	
	Anzahl	%	Anzahl	%
SPD	17 140 354	36,4	15 545 366	33,5
CDU	16 089 960	34,2	17 055 116	36,7
CSU	3 427 196	7,3	3 302 980	7,1
GRÜNE	3 424 315	7,3	1 788 200	3,8
F.D.P.	3 258 407	6,9	5 123 233	11,0
PDS	2 066 176	4,4	1 129 578	2,4
B 90/Gr.	–	–	599 207	1,2

Die restlichen 1 698 766 (3,6 %) bzw. 1 952 092 (4,2 %) gültigen Zweitstimmen verteilten sich auf die folgenden Parteien:

Partei	1994		1990	
	Anzahl	%	Anzahl	%
REP	875 239	1,9	987 269	2,1
APD	21 533	0,0	–	–
BP	42 491	0,1	31 315	0,1
Solidarität	8 103	0,0	4 687	0,0
BSA	1 285	0,0	826	0,0
LIGA	5 195	0,0	39 640	0,1
CM	19 887	0,0	36 446	0,1
ZENTRUM	3 757	0,0	–	–
GRAUE	238 642	0,5	385 910	0,8
NATURGESETZ	73 193	0,2	–	–
MLPD	10 038	0,0	–	–
Tierschutz	71 643	0,2	–	–
ÖDP	183 715	0,4	205 206	0,4
PBC	65 651	0,1	–	–
PASS	15 040	0,0	–	–
STATT Partei	63 354	0,1	–	–
DSU	–	–	89 008	0,2
DDD	–	–	1 009	0,0
ÖKO-UNION	–	–	4 661	0,0
Mündige Bürger	–	–	492	0,0
FRAUEN	–	–	12 077	0,0
KPD	–	–	1 630	0,0
NPD	–	–	145 776	0,3
SpAD	–	–	1 610	0,0
VAA	–	–	4 530	0,0

Die SPD, die 36,4 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet erzielte, ist bei den Zweitstimmen stärkste Partei. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1990, bei der ihr Zweitstimmenanteil 33,5 % betragen hatte, gewann sie 2,9 Prozentpunkte hinzu.

Stimmengewinnen von 1,1 bis 12,2 % bei der SPD in 13 Bundesländern standen Stimmenverluste zwischen 0,8 und 2,4 % in drei Bundesländern, verglichen mit der Bundestagswahl 1990, gegenüber. Besonders hohe Stimmengewinne erzielte sie in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Die SPD war in Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, im Saarland, in Berlin und Brandenburg stärkste Partei.

Die CDU erreichte einen Zweitstimmenanteil von 34,2 %. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 1990 2,5 Prozentpunkte und hatte mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt, wo sie 0,2 Prozentpunkte hinzugewann, in allen Bundesländern Verluste zwischen 0,6 % (Hessen) und 8,2 % (Brandenburg) hinnehmen müssen.

Auch für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 1994 eine Abnahme des Stimmenanteils, und zwar von 51,9 % im Jahr 1990 auf 51,2 % der in Bayern abgegebenen Zweitstimmen.

Die F.D.P., die einen Anteil von 6,9 % gegenüber 11,0 % bei der Bundestagswahl 1990 errang, hatte in allen Bundesländern Verluste zu verzeichnen, die zwischen 1,7 % im Saarland und 15,6 % in Sachsen-Anhalt betrugen.

Die GRÜNEN erreichten einen Zweitstimmenanteil von 7,3 % (1990: auf Bundesebene kein vergleichbares Ergebnis).

Tabelle 6: Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 und der jeweils letzten Landtagswahl nach Ländern

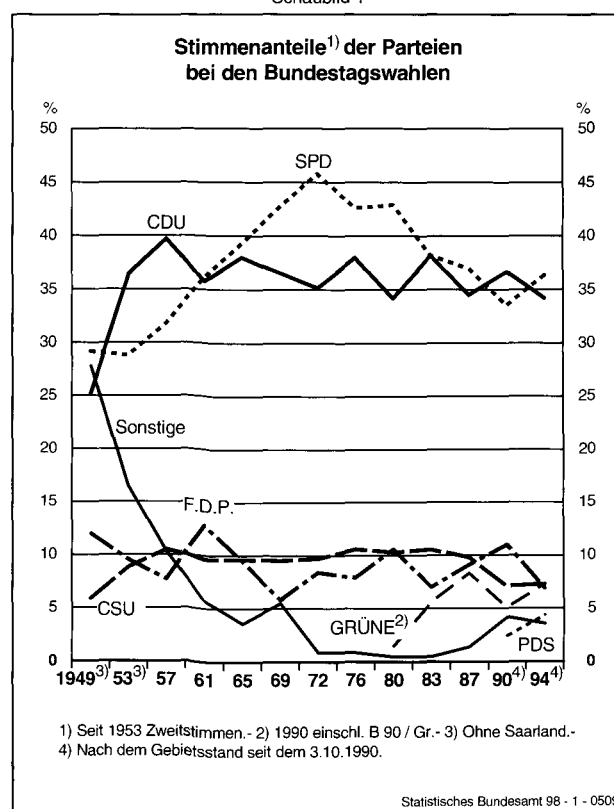
Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil an der Stimmen							
	CDU/ CSU ²⁾	SPD	F.D.P.	GRÜNE	PDS	B 90/Gr.	zu- sam- men	Sonstige dar- REP
Schleswig-Holstein								
BW 1990	43,5	38,5	11,4	4,0	0,3	-	2,2	1,2
BW 1994	41,5	39,6	7,4	8,3	1,1	-	2,0	1,0
LW 1996	37,2	39,8	5,7	8,1	-	-	9,1	-
Hamburg								
BW 1990	36,6	41,0	12,0	5,8	1,1	-	3,5	1,7
BW 1994	34,9	39,7	7,2	12,6	2,2	-	3,3	1,7
LW 1997	30,7	36,2	3,5	13,9 ³⁾	0,7 ⁴⁾	-	15,0	1,8
Niedersachsen								
BW 1990	44,3	38,4	10,3	4,5	0,3	-	2,2	1,0
BW 1994	41,3	40,6	7,7	7,1	1,0	-	2,4	1,2
LW 1998 ¹⁾	35,9	47,9	4,9	7,0	-	-	4,3	2,8
Bremen								
BW 1990	30,9	42,5	12,8	8,3	1,1	-	4,4	2,1
BW 1994	30,2	45,5	7,2	11,1	2,7	-	3,3	1,7
LW 1995	32,6	33,4	3,4	13,1	2,4	-	15,2	0,3
Nordrhein-Westfalen								
BW 1990	40,5	41,1	11,0	4,3	0,3	-	2,8	1,3
BW 1994	38,0	43,1	7,6	7,4	1,0	-	2,8	1,3
LW 1995	37,7	46,0	4,0	10,0	-	-	2,3	0,8
Hessen								
BW 1990	41,3	38,0	10,9	5,6	0,4	-	3,9	2,1
BW 1994	40,7	37,2	8,1	9,3	1,1	-	3,7	2,4
LW 1995 ¹⁾	39,2	38,0	7,4	11,2	-	-	4,2	2,0
Rheinland-Pfalz								
BW 1990	45,6	36,1	10,4	4,0	0,2	-	3,7	1,7
BW 1994	43,8	39,4	6,9	6,2	0,6	-	3,1	1,9
LW 1996 ¹⁾	38,7	39,8	8,9	6,9	-	-	5,7	3,5
Baden-Württemberg								
BW 1990	46,5	29,1	12,3	5,7	0,3	-	6,1	3,1
BW 1994	43,3	30,7	9,9	9,6	0,8	-	5,7	3,1
LW 1996	41,3	25,1	9,6	12,1	-	-	11,9	9,1
Bayern								
BW 1990	51,9	26,7	8,7	4,6	0,2	-	8,0	5,0
LW 1994 ⁵⁾	52,8	30,0	2,8	6,1	-	-	8,2	3,9
BW 1994	51,2	29,6	6,4	6,3	0,5	-	5,9	2,8
Saarland								
BW 1990	38,1	51,2	6,0	2,3	0,2	-	2,3	0,9
LW 1994	38,6	49,4	2,1	5,5	-	-	4,4	1,4
BW 1994	37,2	48,8	4,3	5,8	0,7	-	3,2	1,6
Berlin								
BW 1990	39,4	30,6	9,1	3,9	9,7	3,3	3,9	2,5
BW 1994	31,4	34,0	5,2	10,2	14,8	-	4,4	1,9
LW 1995 ¹⁾	37,4	23,6	2,5	13,2	14,6	-	8,6	2,7
Mecklenburg-Vorpommern								
BW 1990	41,2	26,5	9,1	-	14,2	5,9	3,0	1,4
LW 1994 ¹⁾	37,7	29,5	3,8	3,7	22,7	-	2,6	1,0
BW 1994	38,5	28,8	3,4	3,6	23,6	-	2,1	1,2
Brandenburg								
BW 1990	36,3	32,9	9,7	-	11,0	6,6	3,4	1,7
LW 1994 ¹⁾	18,7	54,1	2,2	2,9	18,7	-	3,3	1,1
BW 1994	28,1	45,1	2,6	2,9	19,3	-	2,0	1,1
Sachsen-Anhalt								
BW 1990	38,6	24,7	19,7	-	9,4	5,3	2,3	1,0
BW 1994	38,8	33,4	4,1	3,6	18,0	-	2,1	1,0
LW 1998 ¹⁾	22,0	35,9	4,2	3,2	19,6	-	15,0	0,7
Thüringen								
BW 1990	45,2	21,9	14,6	-	8,3	6,1	3,8	1,2
LW 1994 ¹⁾	42,6	29,6	3,2	4,5	16,6	-	3,6	1,3
BW 1994	41,0	30,2	4,1	4,9	17,2	-	2,5	1,4
Sachsen								
BW 1990	49,5	18,2	12,4	-	9,0	5,9	5,0	1,2
LW 1994 ¹⁾	58,1	16,6	1,7	4,1	16,5	-	2,9	1,3
BW 1994	48,0	24,3	3,8	4,8	16,7	-	2,4	1,4
Deutschland								
BW 1994	41,4 ⁶⁾	36,4	6,9	7,3	4,4	-	3,6	1,9

1) Zweitstimmen. - 2) CSU nur in Bayern. - 3) GRÜNE/GAL. - 4) PDS/Linke Liste. - 5) Gesamtstimmen. - 6) Davon CSU: 7,3 %.

nis; siehe Abschnitt 5.3.2.2). Sie erhielten in allen alten Bundesländern und Berlin Gewinne zwischen 1,7 % (Bayern) und 6,8 % (Hamburg). In den neuen Bundesländern erreichten sie einen Stimmenanteil zwischen 2,9 % in Brandenburg und 4,9 % in Thüringen.

Die PDS, die einen Zweitstimmenanteil von 4,4 % erzielte, lag damit zwar unter der sogenannten 5 %-Hürde, konnte jedoch nach Gewinn von vier Wahlkreismandaten (drei Direktmandate sind mindestens erforderlich) die Berücksichtigung ihres Zweitstimmenergebnisses erreichen. Sie gewann in allen Bundesländern Stimmen hinzu: In den alten Bundesländern zwischen 0,3 % in Bayern und 1,6 % in Bremen. In Berlin hatte sie 5,1 % mehr, in den neuen Bundesländern lagen die Stimmengewinne zwischen 7,7 % in Sachsen und 9,4 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Schaubild 1



Faßt man die Zweitstimmen für die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition (CDU, CSU und F.D.P.) und für die Opposition (SPD, GRÜNE und PDS) zusammen, ergaben sich für die Koalition 48,4 % und für die Opposition 48,0 %. Alle übrigen Parteien konnten zusammen nur 3,6 % der Zweitstimmen auf sich vereinen.

5.3.2.2 Vergleich der Zweitstimmen früheres Bundesgebiet – neue Länder und Berlin-Ost

Betrachtet man das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Ländern und Berlin-Ost getrennt, so sind hinsichtlich des Wahlerfolges der Parteien ausgeprägte Unterschiede festzustellen.

Die Unionsparteien CDU und CSU konnten in den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West rund 42 % der

Tabelle 7: Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1994 und 1990

Wahlbeteiligung Zweitstimmenanteile der Parteien	1994	1990	Veränderung 1994 gegenüber 1990
	%		Prozent- punkte
Deutschland			
Wahlbeteiligung	79,0	77,8	+ 1,2
CDU/CSU	41,4	43,8	- 2,4
CDU ¹⁾	39,8	42,5	- 2,7
CSU ²⁾	51,2	51,9	- 0,7
SPD	36,4	33,5	+ 2,9
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7,3	5,1	+ 2,2
F.D.P.	6,9	11,0	- 4,1
PDS	4,4	2,4	+ 2,0
Sonstige	3,6	4,2	- 0,6
Früheres Bundesgebiet			
Wahlbeteiligung	80,5	78,6	+ 1,9
CDU/CSU	42,1	44,3	- 2,2
CDU ¹⁾	40,2	42,8	- 2,6
CSU ²⁾	51,2	51,9	- 0,7
SPD	37,5	35,7	+ 1,8
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	7,9	4,8	+ 3,1
F.D.P.	7,7	10,6	- 2,9
PDS	1,0	0,3	+ 0,7
Sonstige	3,9	4,4	- 0,5
Neue Länder und Berlin-Ost			
Wahlbeteiligung	72,6	74,5	- 1,9
CDU	38,5	41,8	- 3,3
SPD	31,5	24,3	+ 7,2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4,3	0,1	+ 4,2
F.D.P.	3,5	12,9	- 9,4
PDS	19,8	11,1	+ 8,7
Sonstige	2,4	9,8	- 7,4

1) Ohne Bayern. - 2) Bayern.

gültigen Zweitstimmen auf sich vereinen. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost kam die CDU lediglich auf 38,5%. Trotz starker Zugewinne lag auch die SPD im Beitrittsgebiet mit 31,5% weit hinter ihrem Ergebnis in den alten Bundesländern und Berlin-West von 37,5%. Auch die F.D.P. und die GRÜNEN fanden bei den Wählern im früheren Bundesgebiet wesentlich mehr Rückhalt als bei den Wählern in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost. So erzielte die F.D.P. in den alten Bundesländern und Berlin-West 7,7%, in den neuen Ländern sowie Berlin-Ost lediglich 3,5%. Der Zweitstimmenanteil der GRÜNEN lag im früheren Bundesgebiet bei knapp 8%, im Beitrittsgebiet bei lediglich gut 4%.

Am auffallendsten ist das unterschiedliche Abschneiden der PDS in den alten Bundesländern einschließlich Berlin-West und den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost: Die Partei des Demokratischen Sozialismus erwies sich bei der Bundestagswahl 1994 als Partei mit regionalem Schwerpunkt im Beitrittsgebiet. Mit einem Zweitstimmenanteil von nahezu 20 % konnte sie in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost nach CDU und SPD den dritten Platz belegen. Im übrigen Bundesgebiet zählte sie hingegen mit einem Zweitstimmenanteil von 1 % zu den sogenannten Splitterparteien.

In den alten Bundesländern brachte die Bundestagswahl 1994 nur relativ geringe Veränderungen der Parteienstärke im Vergleich zum Ergebnis der vorhergehenden Bundestagswahl. Die Unionsparteien CDU und CSU verloren im früheren Bundesgebiet und Berlin-West 2,2 Prozentpunkte an Zweitstimmen, die Verluste der F.D.P. beliefen sich auf knapp 3 Prozentpunkte. Dagegen konnte die SPD ihren

Zweitstimmenanteil um 1,8 Prozentpunkte verbessern; die GRÜNEN gewannen 3,1 Prozentpunkte hinzu und konnten ihre Position wieder festigen; die PDS erhöhte ihren Zweitstimmenanteil um 0,7 Prozentpunkte.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ergaben sich dagegen weitaus umfangreichere Veränderungen. Die Verluste für die CDU im Beitrittsgebiet entsprachen – der Größenordnung nach – denen im früheren Bundesgebiet. Die F.D.P. hatte jedoch dagegen in den neuen Ländern und Berlin-Ost große Verluste (–9,4 Prozentpunkte) hinzunehmen. Die SPD (+7,2 Prozentpunkte) und die PDS (+8,7 Prozentpunkte) konnten im Beitrittsgebiet starke Zugewinne verbuchen.

Die Wahlergebnisse für die GRÜNEN von 1990 und 1994 sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht vergleichbar, da die Listenverbindung BÜNDNIS 90/GRÜNE bei der Bundestagswahl 1990 Vereinigungen umfaßte, die 1994 nicht mehr zu den GRÜNEN gehörten.

5.3.2.3 Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag richtet sich, wie ausgeführt, grundsätzlich nach den für die Gesamtheit ihrer – verbundenen – Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten in diesem Zusammenhang als verbunden (§ 7 Bundeswahlgesetz). Es werden jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklauseln“).

Infolgedessen kamen für die Sitzverteilung nur SPD, CDU, CSU, F.D.P., GRÜNE und PDS in Betracht.

Übersicht: Verteilung der Sitze auf die Parteien bei der Bundestagswahl 1994

Partei	Sitze ins- gesamt	Zweit- stimmen nach Parteien	Zweit- stimmen ins- gesamt	Ganz- zähliger Anteil	„Reste“	Sitze nach dem größten Rest	Sitze ins- gesamt
CDU		16 089 960		232,456 479			232
SPD		17 140 354		247,631 836		+ 1	248
F.D.P.		3 258 407	45 406 408	47,075 183			47
CSU	656 x	3 427 196		49 513 728		+ 1	50
GRÜNE ..		3 424 315		49 472 106			49
PDS		2 066 176		29,850 664		+ 1	30
		45 406 408		653		+ 3	656

Nach dem Bundeswahlgesetz werden die Mandate im Deutschen Bundestag – dem föderalen Aufbau unseres Staatswesens folgend – entsprechend der Zahl der Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien verteilt. Dabei findet das Berechnungsverfahren Niemeyer Anwendung. Die Sitzverteilung wurde vom Bundeswahlleiter nach § 6 BWG in folgenden drei Stufen vorgenommen:

1. Verteilung der 656 Sitze auf die SPD, CDU, CSU, F.D.P., GRÜNEN und PDS nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des obengenannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich für die

CDU	232	Sitze,
SPD	248	Sitze,
F.D.P.	47	Sitze,
CSU	50	Sitze,
GRÜNEN	49	Sitze,
PDS	30	Sitze.

2. Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf deren Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen für deren einzelne Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel Verteilung der 232 Sitze der CDU auf die Landeslisten der CDU in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen usw.

3. Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) von den Sitzen, die ihr in dem betreffenden Land nach der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustanden. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Dabei bleiben auf den Landeslisten diejenigen Bewerber außer Betracht, die auch in einem Wahlkreis kandidiert hatten und über eine Erststimmenmehrheit in ihrem Wahlkreis ein Mandat erreicht hatten.

Dieses Verfahren kann dazu führen, daß eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete erzielt, als ihr in diesem Land nach den Zweitstimmen Abgeordnete zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, kommen alle in Wahlkreisen

Tabelle 8: Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1990 nach Ländern

Wahl-jahr Sitze	Deutsch-land	Schles-wig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nord-rhein-Westfalen	Hessen	Rhein-land-Pfalz	Baden-Württem-berg	Bayern	Saarland	Berlin	Mecklen-burg-Vor-pommern	Branden-burg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen
CDU																	
1994 ...	244	10	5	28	2	58	20	15	37	—	4	9	7	6	10	12	21
Wahl-kreis	177	9	1	17	—	31	14	12	37	—	—	6	7	—	10	12	21
Landes-liste	67	1	4	11	2	27	6	3	—	—	4	3	—	6	—	—	—
1990 ...	268	11	6	31	2	63	22	17	39	—	4	12	8	8	12	12	21
SPD																	
1994 ...	252	10	6	28	3	66	19	14	25	29	5	9	4	12	7	6	9
Wahl-kreis	103	2	6	14	3	40	8	4	—	1	5	3	2	12	3	—	—
Landes-liste	149	8	—	14	—	26	11	10	25	28	—	6	2	—	4	6	9
1990 ...	239	10	6	27	3	65	20	13	24	26	6	9	4	7	6	5	8
F.D.P.																	
1994 ...	47	2	1	5	—	12	4	2	8	6	—	2	1	1	1	1	1
Wahl-kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landes-liste	47	2	1	5	—	12	4	2	8	6	—	2	1	1	1	1	1
1990 ...	79	3	2	7	1	17	6	4	10	9	1	3	1	2	5	3	5
CSU																	
1994 ...	50	—	—	—	—	—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	—	—
Wahl-kreis	44	—	—	—	—	—	—	—	—	44	—	—	—	—	—	—	—
Landes-liste	6	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—
1990 ...	51	—	—	—	—	—	—	—	—	51	—	—	—	—	—	—	—
GRÜNE																	
1994 ...	49	2	2	5	1	11	5	2	8	6	—	3	—	—	1	1	2
Wahl-kreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Landes-liste	49	2	2	5	1	11	5	2	8	6	—	3	—	—	1	1	2
1990 ...	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
PDS																	
1994 ...	30	—	—	1	—	1	1	—	1	1	—	4	3	4	4	4	6
Wahl-kreis	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—
Landes-liste	26	—	—	1	—	1	1	—	1	1	—	—	3	4	4	4	6
1990 ...	17	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	3	2	3	2	2	4
B90/Gr.																	
1990 ...	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	2	1	1	2
Insgesamt																	
1994 ...	672 ¹⁾	24	14	67	6	148	49	33	79	92	9	27	15	23	23	24	39
Wahl-kreis	328	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5	13	9	12	13	12	21
Landes-liste	344	13	7	36	3	77	27	17	42	47	4	14	6	11	10	12	18
1990 ...	662 ²⁾	24	14	65	6	146	48	34	73	86	11	28	16	22	26	23	40

1) Einschl. 16 Überhangmandaten: 12 für die CDU (2 in Baden-Württemberg, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 2 in Sachsen-Anhalt, 3 in Thüringen, 3 in Sachsen), 4 für die SPD (1 in Bremen, 3 in Brandenburg). — 2) Einschl. 6 Überhangmandaten für die CDU (2 in Mecklenburg-Vorpommern, 3 in Sachsen-Anhalt, 1 in Thüringen).

Gewählten in den Deutschen Bundestag. In der Folge erhöht sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch sogenannte „Überhangmandate“ entsprechend. Bei der Bundestagswahl 1994 gab es 16 solcher Überhangmandate (Einzelheiten siehe unter Abschnitt 5.3.3, S. 636 f.).

Die Verteilung der Wahlkreis- und Landeslistensitze geht aus Tabelle 8 hervor. Sie zeigt, daß bei der Bundestagswahl 1994 CDU und CSU 221 Wahlkreissitze gegenüber 103 der SPD errangen. Dagegen erreichte die SPD 149 Landeslistensitze gegenüber 73 der CDU und CSU.

Insgesamt gesehen erzielte die SPD gegenüber 1990 13 Sitze mehr, CDU und CSU zusammen hatten 25 Sitze weniger. Die F.D.P. verlor 32 Sitze. Die GRÜNEN erreichten 49 Sitze. Die im Bundestag 1990 mit 17 Sitzen vertretene PDS gewann 13 Sitze hinzu und hatte 30 Sitze.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen, hängt von der Zahl der je Land gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) ab. Deshalb kann es vorkommen, daß

Landeslistenbewerber, deren Plätze im Vorderfeld der Landesliste durchaus aussichtsreich waren, nicht mehr zum Zuge kommen, weil nach Abzug der gewonnenen Wahlkreissitze von den der Partei im Land insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. So kann bei einer Partei ein unerwarteter Wahlkreissieg die Aussichten eines Landeslistenbewerbers dieser Partei zunichte machen. Umgekehrt können aber auch bei geringeren Wahlkreiserfolgen einer Partei mehr Landeslistenbewerber dieser Partei zum Zuge kommen als vorher angenommen.

Unter den bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 672 gewählten Abgeordneten waren 177 Frauen. Sie gehören folgenden Parteien an: CDU 36, SPD 85, F.D.P. 8, CSU 6, GRÜNE 29 und PDS 13. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten lag bei den Wahlen bis 1983 unter 10%. Ihr Anteil ist seit der Bundestagswahl 1972 kontinuierlich von 5,8 auf 9,8% im Jahr 1983 angestiegen. Er erreichte 1987 15,4%, stieg 1990 auf 20,5% und bei der Bundestagswahl 1994 auf 26,3%. Gemessen an der Zahl der wahlberechtigten Frauen sind die weiblichen Abgeordneten jedoch nach wie vor im Bundestag unterrepräsentiert.

Untersucht man die Altersstruktur der bei der Bundestagswahl 1994 gewählten Abgeordneten, so zeigt sich, daß die unter 35jährigen und die über 65jährigen Abgeordneten am geringsten vertreten sind. Die meisten Abgeordneten (65,2%) stellt die Gruppe der 45- bis 59jährigen. Der jüngste Abgeordnete (23 Jahre) war Mitglied der GRÜNEN, der mit 81 Jahren älteste war Abgeordneter der PDS. Das Durchschnittsalter der 672 Abgeordneten beträgt 49,1 Jahre. Bei der CDU beträgt es 49,7, bei der SPD 49,8, bei der F.D.P. 51,5, der CSU 49,3 und der PDS 47,3. Die GRÜNEN haben das geringste Durchschnittsalter von 41,7 Jahren.

5.3.3 Überhangmandate bei der Bundestagswahl 1994

Nach §§ 6 Abs. 5 und 7 Abs. 3 Satz 2 BWG verbleiben einer Partei in den Wahlkreisen errungene Sitze auch dann, wenn sie die Zahl der in dem betreffenden Land von der Partei gewonnenen Landeslistenmandate übersteigen. Die Differenz zwischen gewonnenen Wahlkreis- und Landeslistensitzen bestimmt die Anzahl der von der Partei in dem betreffenden Land gewonnenen Überhangmandate. Bei der Bundestagswahl 1994 sind insgesamt 16 Überhangmandate angefallen (12 für die CDU, 4 für die SPD). Die Gesamtzahl der Sitze des 13. Deutschen Bundestages hat sich dementsprechend von 656 auf 672 erhöht (siehe auch Abschnitt 5.3.2.3, S. 633 ff.).

Bei der Verteilung der 232 Sitze, die der CDU bei der Bundestagswahl 1994 nach ihrem Zweitstimmenanteil zufielen, auf die 15 Landeslisten der CDU ergab sich, daß ihr

- in Baden-Württemberg 35 Sitze zufielen, sie aber alle 37 Wahlkreissitze gewonnen hatte, dort also 2 Überhangmandate erzielte,

Schaubild 2

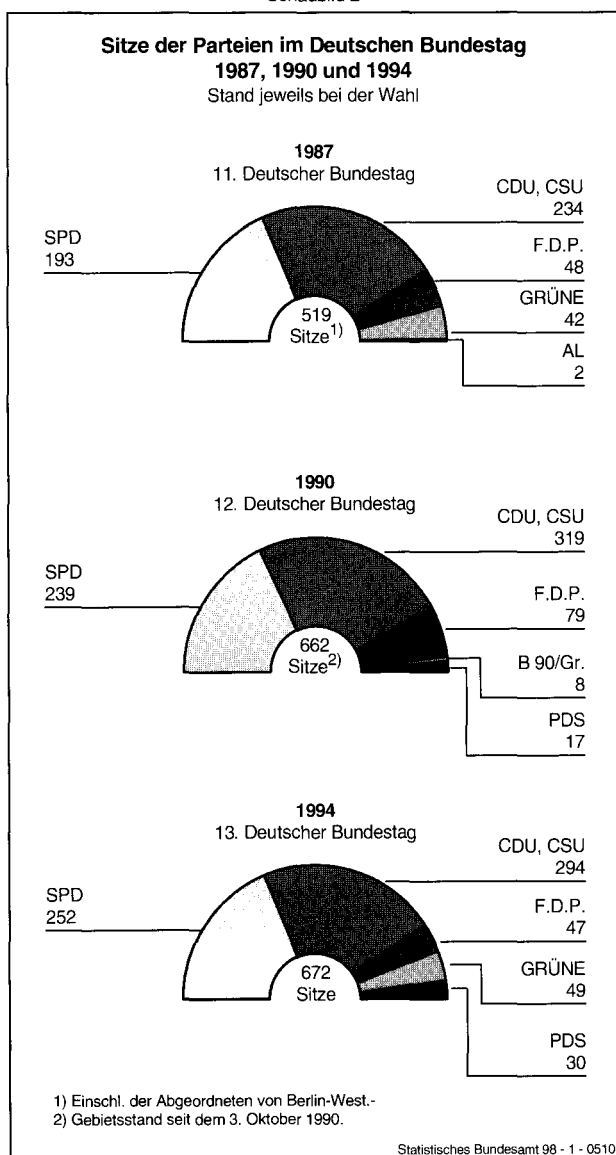


Tabelle 9: Abgeordnete im 13. Deutschen Bundestag
nach Alter, Geschlecht und Partei

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Alter Ende 1994 von ... bis ... Jahre									
		unter 30	30 – 34	35 – 39	40 – 44	45 – 49	50 – 54	55 – 59	60 – 64	65 – 69	70 und mehr
CDU											
Abgeordnete	244	3	11	25	25	39	65	56	16	3	1
Anteile in %	100	1,2	4,5	10,2	10,2	16,0	26,6	23,0	6,6	1,2	0,4
Männer	208	2	10	23	21	30	55	51	12	3	1
Frauen	36	1	1	2	4	9	10	5	4	–	–
SPD											
Abgeordnete	252	1	4	14	28	56	80	53	11	5	–
Anteile in %	100	0,4	1,6	5,6	11,1	22,2	31,7	21,0	4,4	2,0	–
Männer	167	1	2	5	16	32	60	38	9	4	–
Frauen	85	–	2	9	12	24	20	15	2	1	–
F.D.P.											
Abgeordnete	47	1	–	1	7	8	15	6	6	3	–
Anteile in %	100	2,1	–	2,1	14,9	17,0	31,9	12,8	12,8	6,4	–
Männer	39	–	–	1	6	7	13	5	4	3	–
Frauen	8	1	–	–	1	1	2	1	2	–	–
CSU											
Abgeordnete	50	–	1	5	7	8	17	6	5	1	–
Anteile in %	100	–	2,0	10,0	14,0	16,0	34,0	12,0	10,0	2,0	–
Männer	44	–	1	5	5	7	14	6	5	1	–
Frauen	6	–	–	–	2	1	3	–	–	–	–
GRÜNE											
Abgeordnete	49	4	5	10	10	11	7	1	1	–	–
Anteile in %	100	8,2	10,2	20,4	20,4	22,4	14,3	2,0	2,0	–	–
Männer	20	2	1	2	4	7	2	1	1	–	–
Frauen	29	2	4	8	6	4	5	–	–	–	–
PDS											
Abgeordnete	30	1	2	4	6	7	2	1	3	2	2
Anteile in %	100	3,3	6,7	13,3	20,0	23,3	6,7	3,3	10,0	6,7	6,7
Männer	17	1	–	–	4	4	1	–	3	2	2
Frauen	13	–	2	4	2	3	1	1	–	–	–
Insgesamt											
Abgeordnete	672	10	23	59	83	129	186	123	42	14	3
Anteile in %	100	1,5	3,4	8,8	12,4	19,2	27,7	18,3	6,3	2,1	0,4
Männer	495	6	14	36	56	87	145	101	34	13	3
Frauen	177	4	9	23	27	42	41	22	8	1	8

- in Mecklenburg-Vorpommern fünf Sitze zuzielen, sie aber sieben Wahlkreissitze errungen hatte, was zu 2 Überhangmandaten führte,
 - in Sachsen-Anhalt acht Sitze zuzielen, sie aber zehn Wahlkreissitze erreicht hatte, dort also 2 Überhangmandate erzielte,
 - in Thüringen neun Sitze zuzielen, sie aber alle zwölf Wahlkreissitze gewonnen hatte, dort also 3 Überhangmandate erzielte und
 - in Sachsen 18 Sitze zuzielen, sie aber ebenfalls alle 21 Wahlkreissitze errungen hatte, dort also 3 Überhangmandate erzielte.
- Für die SPD ergab sich bei der Verteilung der 248 Sitze auf ihre Landeslisten, daß ihr
- in Bremen zwei Sitze zuzielen, sie aber alle drei Wahlkreissitze gewonnen hatte, dort also ein Überhangmandat erzielte und
 - in Brandenburg neun Sitze zuzielen, sie dort ebenfalls alle zwölf Wahlkreissitze errungen hatte, also dort drei Überhangmandate erzielte.

Demzufolge erhöhte sich die Gesamtzahl der von der CDU gewonnenen Sitze von 232 um zwölf auf 244 und die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 248

auf 252. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöhte sich von 656 auf 672.

Auch bei früheren Bundestagswahlen sind – seit 1949 – Überhangmandate entstanden:

Jahr der Bundestagswahl	Land	Anzahl der Überhangmandate	Partei
1949	Bremen	1	SPD
	Baden-Württemberg	1	CDU
1953	Schleswig-Holstein	2	CDU
	Hamburg	1	DP
1957	Schleswig-Holstein	3	CDU
1961	Schleswig-Holstein	4	CDU
	Saarland	1	CDU
1980	Schleswig-Holstein	1	SPD
1983	Hamburg	1	SPD
	Bremen	1	SPD
1987	Baden-Württemberg	1	CDU
1990	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	3	CDU
	Thüringen	1	CDU
1994	Baden-Württemberg	2	CDU
	Mecklenburg-Vorpommern	2	CDU
	Sachsen-Anhalt	2	CDU
	Thüringen	3	CDU
	Sachsen	3	CDU
	Bremen	1	SPD
	Brandenburg	3	SPD

Die Gründe für die bislang größte Anzahl von Überhangmandaten (16) bei der Bundestagswahl 1994 – weitaus mehr als bei den vorhergegangenen Wahlen zum Deutschen Bundestag – sind vielfältig, wobei keine Ursache allein oder ganz für das Entstehen von Überhangmandaten verantwortlich gemacht werden kann.

Überhangmandate entstehen dann, wenn die von einer Partei in einem Land errungenen Wahlkreise nicht einem entsprechenden Zweitstimmenanteil dieser Partei in diesem Land entsprechen. Dazu kann es beispielsweise kommen, wenn ein Bundesland einen höheren Anteil an Wahlkreisen besitzt als dem Verhältnis der in den Ländern abgegebenen Zweitstimmen entspricht. So fallen sechs der sieben Länder mit Überhangmandaten – nämlich alle neuen Bundesländer sowie in geringem Umfang Bremen – durch einen höheren Anteil an Wahlkreisen als an Zweitstimmen auf. Dieser höhere Anteil an Wahlkreisen kann darauf beruhen, daß die Wahlkreise eines Landes, was ihre deutsche Bevölkerung angeht, erheblich unter dem Durchschnitt der Einwohnerzahl aller Wahlkreise liegt. In allen Ländern, in denen bei der Bundestagswahl 1994 Überhangmandate anfielen, lag die Zahl der Deutschen je Wahlkreis im Landesdurchschnitt – von Baden-Württemberg abgesehen – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Außerdem beruht die Wahlkreiseinteilung nach dem BWG auf den amtlichen Bevölkerungszahlen der deutschen Bevölkerung einschließlich der (nicht wahlberechtigten) Minderjährigen. Wenn nun der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der deutschen Bevölkerung in einem Land überdurchschnittlich hoch ist, vermindert dies die Zahl der Wahlberechtigten und damit der potentiellen Zweitstimmen, die den Anteil der auf die Parteien dieses Landes entfallenden Landeslistensitze bestimmen. Der Anteil der Minderjährigen an der deutschen Bevölkerung lag im Jahr der Bundestagswahl 1994 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Schließlich kann der geringere Anteil eines Bundeslandes an Zweitstimmen durch eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung verursacht sein. Die neuen Länder, in denen 1994 allein 13 der 16 Überhangmandate anfielen, wiesen sämtlich eine weit unter dem Bundesdurchschnitt von 79 % liegende Wahlbeteiligung auf. Thüringen, das mit rund 75 % die höchste Wahlbeteiligung der neuen Länder erreichte, lag immer noch etwa 4 % unter dem Bundesdurchschnitt, während Sachsen-Anhalt mit einer Wahlbeteiligung von 70,4 % die Wahlbeteiligung im gesamten Wahlgebiet um fast neun Prozentpunkte unterschreitet (Wahlbeteiligung in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei der Bundestagswahl 1994: 72,6 %, siehe Tabelle 7, S. 633).

Daneben kann auch eine „breitere“ Verteilung der Zweitstimmen in einem Land verbunden mit knappen Mehrheiten für die Wahlkreisbewerber das Entstehen von Überhangmandaten begünstigen: Wenn mehr Parteien nach Überspringen der Sperrklausel an der Sitzverteilung nach Zweitstimmen teilnehmen, diese Parteien aber keine Wahlkreise erringen, steigt die Wahrscheinlichkeit für das Anfallen von Überhangmandaten, und zwar auch ohne daß Wähler individuelles Stimmensplitting betreiben, also ihre Erst- und Zweitstimme jeweils der gleichen Partei geben. Die Wahlkreismandate teilen sich dann die „großen“ Parteien CDU, CSU und SPD. Die für die „kleineren“ Parteien abgegebenen Zweitstimmen fehlen dann den „großen“ Parteien bei der Berechnung der Sitzverteilung. Das Ergebnis können Überhangmandate sein. Das „Überhangpotential“ wird noch größer, wenn die Wähler in einem

Land Stimmensplitting betreiben und womöglich dort noch ausgeprägte Parteipräferenzen bestehen, indem alle Direktmandate von einer Partei gewonnen werden (bei der Bundestagswahl 1994 gelang dies der SPD u.a. in Brandenburg und Bremen, der CDU in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen). Dann entsprechen die Zweitstimmen einer Partei unter Umständen recht schnell nicht mehr den von ihr gewonnenen Wahlkreismandaten. In diese Richtung kann auch eine regionale Konzentration anderer Parteien, insbesondere der PDS, in vermindertem Maße auch der GRÜNEN und der F.D.P., wirken, weil dann den in den Wahlkreisen erfolgreichen „großen“ Parteien in diesen Ländern Zweitstimmen fehlen. So betrug der Zweitstimmenanteil der PDS bei der Bundestagswahl 1994 in den neuen Ländern 18,3 %, was die „Verteilungsmasse“ für die CDU und SPD zur „Absicherung ihrer Direktmandate durch Zweitstimmen“ erheblich verringerte.

Da sich an den dargestellten Einflußfaktoren, die bei der Bundestagswahl 1994 zu Überhangmandaten führten, zwischenzeitlich – jedenfalls zum Teil, wie etwa der Verteilung der 328 Wahlkreise auf die Bundesländer – nichts geändert hat, sind auch bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag Überhangmandate nicht auszuschließen. Ob sich wieder erhebliche Unterschiede von Land zu Land bei der Wahlbeteiligung ergeben, ob und in welchen Kombinationen die Wähler ihre Erst- und Zweitstimme splitten und ob es wieder in einigen Ländern zu recht knappen Wahlkreisergebnissen, möglicherweise verbunden mit regionalen Zweitstimmenerfolgen anderer Parteien kommt, läßt sich indessen nicht voraussehen.

Ob, von welcher Partei und in welchem Land bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag Überhangmandate errungen werden, wird erst nach Vorliegen des gesamten Zweitstimmenergebnisses auf Bundesebene und der Erststimmenergebnisse für alle 328 Wahlkreise feststehen. Prognosen am Wahlabend zu Überhangmandaten sind deshalb mit größter Vorsicht zu betrachten.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seinem Urteil vom 10. April 1997 – 2 BvF 1/95 – (BVerfGE, Bd. 95, S. 335 ff.) bekanntlich die Verfassungsmäßigkeit von Überhangmandaten bejaht.

In einem weiteren Beschluß vom 26. Februar 1998 (2 BvC 28/96) hat das BVerfG die bisherige Anwendung des § 48 Abs. 1 BWG (Berufung von Listennachfolgern) für zukünftig unzulässig erklärt, nach der ein aus dem Deutschen Bundestag ausgeschiedener Wahlkreisabgeordneter auch dann durch einen nachrückenden Landeslistenbewerber ersetzt wird, solange die Partei dieses Wahlkreisabgeordneten in dem betreffenden Bundesland über Überhangmandate verfügte. Nach den Ausführungen des BVerfG könnte der Gesetzgeber zwar eine Mandatsnachfolge auf Wahlkreisabgeordnete trotz Überhangmandaten etwa durch Nachwahl im Wahlkreis oder Aufstellung von Ersatzkandidaten für die Wahlkreisbewerber anordnen. Da der Gesetzgeber aber von einer Neuregelung abgesehen hat, werden Mandate von ausscheidenden Wahlkreisabgeordneten in der kommenden 14. Wahlperiode erst dann von der Landesliste nachbesetzt, wenn die Überhangman-

date dieser Partei in dem betreffenden Land dort durch Ausscheiden von Abgeordneten „ausgeglichen“ sind.

6 Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahlen 1994 und 1998

Bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 1990 (seit 1957 unter Beteiligung aller Länder) wurde jeweils eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahlstatistik, bei der es sich um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse und der dort angefallenen Informationen (insbesondere Zahl der Wahlberechtigten, der Wähler, der gültigen und ungültigen Stimmen für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten gegliedert nach Ländern, Wahlkreisen, kreisfreien Städten bzw. Kreisen, Gemeinden und Wahlbezirken sowie Angaben zu den einzelnen Wahlbewerbern) handelt, werden mit der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlberechtigten, die Wahlbeteiligung sowie das Wählervotum (für Kreiswahlvorschläge und Landeslisten) nach Alter und Geschlecht der Wähler in ausgewählten Wahlbezirken untersucht.

Die repräsentative Bundestagswahlstatistik für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl 1990 wertete in 2593 ausgewählten Wahlbezirken die Wahlbeteiligung und in 2710 ausgewählten Wahlbezirken die Stimmabgabe aus. Die Stichprobenwahlbezirke waren nach dem Zufallsprinzip aus rund 80 000 Wahlbezirken (ohne Briefwahlbezirke) je Bundesland ausgewählt worden, so daß sie für die Gesamtheit des Wahlgebietes und die einzelnen Bundesländer repräsentativ waren.

Für die Ermittlung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter wurden die Wählerverzeichnisse in den Stichprobenwahlbezirken ausgewertet. Die Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck (Frau/Mann, Geburtsjahrgruppe) ermöglichte eine Auswertung der Wählervoten nach Geschlecht und Alter. Die Stimmabgabe wurde nach Frauen und Männer sowie fünf Geburtsjahrgruppen analysiert, die Wahlbeteiligung nach 10 Geburtsjahrgruppen.

Die angewandte Methode zur Feststellung der Stimmabgabe von Männern und Frauen in den fünf Altersgruppen wahrt das Wahlgeheimnis. Da die für die Stichprobe ausgewählten Wahlbezirke mindestens 300 Wahlberechtigte umfaßten und nur fünf Geburtsjahrgruppen festgelegt wurden, waren Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Wähler nicht möglich. Die Mitglieder der Wahlvorstände können beim Auszählen der Stimmzettel zwar sehen, wieviele Frauen oder Männer einer Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt hatten. Da aber zu jeder Altersgruppe (von Männern und Frauen) zahlreiche Personen gehören, kann daraus nicht auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers geschlossen werden. Außerdem erfolgt die statistische Auswertung der Stimmabgabe nicht in den Wahllokalen, sondern in den Statistischen Ämtern der Länder oder in den statistischen Ämtern der Gemeinden. Für Einzelbewerber oder sehr kleine Parteien abgegebene Stimmen werden nicht gesondert, sondern unter

der Rubrik „Sonstige“ statistisch erfaßt. Ergebnisse für einzelne Stichprobenwahlbezirke durften nicht bekanntgegeben werden (§ 85 Abs. 2 Satz 3 BWO).

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik ermöglicht Parteien, Politik, Behörden, Presse, Wissenschaft und Öffentlichkeit Wahlanalysen etwa zu folgenden Fragen: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten einzelner Bevölkerungsgruppen (Jungwähler, mittlere Altersgruppen, ältere Generation, Frauen, Männer), Wahlbeteiligung und Wahlverhalten dieser Bevölkerungsgruppen in den alten und neuen Bundesländern, Zusammensetzung und Altersstruktur der Nichtwähler, Parteipräferenzen von Bevölkerungsgruppen sowie Nutzung der Möglichkeit des Stimmensplittings durch einzelne Bevölkerungsgruppen.

Die repräsentative Wahlstatistik gehörte bislang zu den wichtigsten Datenquellen der empirischen Wahlforschung und kann durch demoskopische Untersuchungen, etwa der Sozialforschungsinstitute, nicht ersetzt werden. Solche demoskopischen Untersuchungen beziehen eine wesentlich geringere Anzahl von Personen ein und können sich nur auf Angaben der befragten Personen vor oder nach der Wahl, nicht aber auf die Stimmabgabe selbst stützen. Die Umfrageforschung benötigt im übrigen die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur methodischen Absicherung.

Für Bundestagswahlen hat der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik erstmals 1994 kurzfristig ausgesetzt (Gesetz zur Aussetzung der Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik für die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag vom 28. September 1994, BGBl. I S. 2734). Die Gesetzesbegründung verweist auf nicht näher erläuterte Bedenken, „mit einem nach Alter und Geschlecht gekennzeichneten Stimmzettel an der Wahl teilzunehmen“ (Bundestags-Drucksache 12/8152, S. 3). Der Bundesrat hat diese Bedenken seinerzeit nicht geteilt. Nach seiner Auffassung ist die repräsentative Wahlstatistik unverzichtbar, um Erkenntnisse über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie über die Gruppe der Nichtwähler zu gewinnen und den Wahlforschungsinstituten Grundlagen für Wahlforschung und Hochrechnungen zu liefern (Entschließung vom 23. September 1994, Bundesrats-Drucksache 841/94 (Beschluß)). Auch der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft und Vertreter von Forschungsinstituten haben in der Folgezeit auf die Notwendigkeit einer repräsentativen Wahlstatistik hingewiesen und das Aussetzungsgesetz kritisiert. In der oben erwähnten Entschließung hat der Bundesrat nicht nur das erhebliche öffentliche Interesse an der repräsentativen Wahlstatistik betont, sondern auch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich nach der Bundestagswahl 1994 Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der repräsentativen Wahlstatistik vorzulegen. Entsprechende Gesetzesinitiativen sind jedoch in der 13. Wahlperiode nicht erfolgt. Vielmehr hat der Deutsche Bundestag am 25. Juni 1998 einen Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und der F.D.P. zur – erneuten – Aussetzung der repräsentativen Wahlstatistik (für die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag) beschlossen. Der Bundesrat hat diesem Entwurf am 10.

Juli 1998 zugestimmt. In einer erläuternden EntschlieÙung (Bundesrats-Drucksache 661/98 (BeschluÙ)) begründet der Bundesrat seine Zustimmung – wie schon vor der Bundestagswahl 1994 – damit, daÙ die Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1998 zu weit fortgeschritten seien und den Wählern und Wahlbehörden wenige Wochen vor dem Wahltag keine UngewiÙheiten über die Modalitäten der Stimmabgabe mehr zugemutet werden könnten. Zugleich bekräftigte der Bundesrat das erhebliche öffentliche Interesse an den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik und forderte Bundestag und Bundesregierung auf, „unverzöglich eine inhaltliche Überarbeitung der bundesrechtlichen Vorschriften über die repräsentative Wahlstatistik einzuleiten und sicherzustellen, daÙ die Änderungen der Rechtsgrundlagen rechtzeitig vor der am 13. Juni 1999 bevorstehenden Europawahl in Kraft sind“. Aus der Sicht des Statistischen Bundesamtes bleibt zu hoffen, daÙ dem Anliegen des Bundesrates Rechnung getragen und zu Beginn der 14. Wahlperiode eine neue rechtliche Grundlage für die repräsentative Wahlstatistik bei Bundestags- und Europawahlen geschaffen wird.

*Klaus Gaspers/
Heinz-Christoph Herbertz
und Mitarbeiter*

Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe

Vorbemerkung

Die Europäische Union (EU) benötigt als Grundlage für eine rationale europäische Politik in allen Ländern der Gemeinschaft einheitliche Statistiken, die vergleichbar sind und in allen Ländern termingerecht vorliegen, so daß sie auch kurzfristig zu Gesamtergebnissen für die Europäische Union zusammengefaßt werden können. Dazu hat der Rat der Europäischen Union ein ganzes Bündel von Verordnungen zur Einführung und Harmonisierung von europäischen Statistiken erlassen, in denen einheitliche Klassifikationen, Definitionen, Erhebungsmerkmale, Termine und Methoden zur Durchführung verschiedener Statistiken verbindlich vorgeschrieben werden.¹⁾ In einem Beitrag im Juli-Heft dieser Zeitschrift wurden bereits ausführlich die Überlegungen zur Umsetzung der EU-Verordnungen in der deutschen Unternehmensstatistik beschrieben.²⁾

Die neuen europäischen Verordnungen zur Unternehmensstatistik bringen, hauptsächlich durch verstärkte Einbeziehung der kleinen Unternehmen und die Erhebung zusätzlicher Merkmale sowie durch die Verpflichtung, ein umfassendes statistisches Unternehmensregister aufzubauen und jährlich zu aktualisieren, zunehmende Belastungen auch für die deutsche Statistik, das heißt für die statistischen Ämter und die auskunftgebenden Unternehmen. Inzwischen wurden andererseits von verschiedenen Seiten Vorschläge für eine schlankere Unternehmensstatistik in Deutschland vorgetragen, mit dem Ziel, die Berichtsfirmen und statistischen Ämter zu entlasten. Insbesondere für den Bereich des Produzierenden Gewerbes, in dem die deutsche Statistik seit Jahrzehnten über ein gut ausgebautes System von Statistiken verfügt³⁾, werden Entlastungen gefordert.

Die statistischen Ämter versuchen, diesen Mehranforderungen aus Europa und der Forderung nach Entlastung der Unternehmen durch die Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe gerecht zu werden. In einer Arbeitsgruppe, die von der Konferenz der Amtsleiter der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe eingesetzt wurde, sind bereits die ersten Vorschläge zu einer wesentlichen Verschlankung der Pro-

duktionserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe⁴⁾ vorgelegt worden. Sie wurden in einer Novellierung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe von den parlamentarischen Gremien verabschiedet und sollen Anfang 1999 umgesetzt werden. Auch bei den jährlichen Investitionserhebungen bei Unternehmen und Betrieben konnten durch Kürzungen des nationalen Merkmalskataloges erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Überlegungen zur Neukonzeption des gesamten Systems der Statistik im Produzierenden Gewerbe, umfaßt also neben dem Bergbau und dem Verarbeitenden Gewerbe auch die Statistik der Energie- und Wasserversorgung sowie des Baugewerbes.

1 Neukonzeption und Weiterentwicklung

1.1 Ziele der Neukonzeption

Ziele der Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe sind hauptsächlich die Umsetzung der europäischen Verordnungen und die Entlastung der Unternehmen. Sie soll aber auch gleichzeitig dazu beitragen, das Gesamtkonzept der Statistik im Produzierenden Gewerbe weiter zu verbessern, wobei insbesondere der schon bei der letzten Reform entwickelte Systemgedanke⁵⁾ weiterhin im Vordergrund stehen muß. Alle Erhebungen im Produzierenden Gewerbe sind so aufeinander abzustimmen, daß aus kurzfristigen Konjunkturstatistiken sowie jährlichen und mehrjährigen Strukturerhebungen ein Gesamtbild über die konjunkturelle Entwicklung und die Struktur in diesem Bereich entsteht. Dabei soll es keine Doppel-erhebungen geben. Vielmehr werden mit Hilfe einer Zuordnung durch ein Betriebs- und Unternehmensregister die erhobenen Daten soweit möglich mehrfach genutzt.

Allerdings erfordern die europäischen Verordnungen eher eine größere Belastung der Unternehmen, denn gefordert werden zusätzliche Merkmale sowie Angaben auch für kleine Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die in Deutschland bisher in der Regel nicht vorliegen. Ein Ausgleich für diesen Mehrbedarf läßt sich unseres Erachtens nur erreichen, wenn an den großen monatlichen Erhebungen gespart werden kann. Bei den Produktionserhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe kann, wie unten gezeigt wird, eine erhebliche Einsparung durch Zusammenlegen des monatlichen Produktionserhebungsberichts und der vierteljährlichen Produktionserhebung zu einer Erhebung erzielt werden. Auch zur Einsparung beim Monatsbericht im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe wurden viele Vorschläge vorgelegt, doch konnte bisher keiner bei allen Beteiligten eine Mehrheit für die Umsetzung finden. Während bei den Produktionserhebungen durch das neue Konzept eine Verbesserung der Daten-

¹⁾ Siehe Glaab, H.: „Auswirkungen des Binnenmarktes auf die deutschen Unternehmensstatistiken“ in Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (Hrsg.), „Unternehmensstatistik im Gemeinsamen Binnenmarkt“, 1993, S. 71 ff.

²⁾ Siehe Angermann, O./Polte, V./Doll, A.: „Überlegungen zur Durchführung der europäischen Verordnungen über die Unternehmensstatistiken in Deutschland“ in WiSta 7/1998, S. 555 ff.

³⁾ Siehe Sobotschinski, A.: „Die Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes“ in WiSta 7/1976, S. 405 ff.

⁴⁾ Der in diesem Aufsatz vereinfachend verwendete Begriff „Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe“ schließt, sofern nichts anderes vermerkt ist, grundsätzlich die Gewinnung von Steinen und Erden mit ein.

⁵⁾ Siehe Jäger, M.: „Die Statistiken im Produzierenden Gewerbe nach Abschluß der Reform“ in „Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel“, Band 1 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Hrsg.: Statistisches Bundesamt 1984, S. 65 ff.

Übersicht 1: Vorschläge zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe

Erhebung	Ist bis 1998			Vorschläge zur Neukonzeption, Bemerkungen
	Berichtskreis	Periode	Nomenklatur	
I. Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
Konjunkturstatistiken				
1. Monatliche Produktionserhebung	20 und mehr ¹⁾	monatlich	EB 95	Erfassung der Produktion in der Gliederung des GP 95 bei etwa 17 000 ausgewählten Betrieben (gleiche Klassifikation wie vierteljährliche Produktionserhebung); Vorteile: Entlastung des bisherigen Berichtskreises um etwa 11 000 Betriebe, verbesserte Datenbasis zur Berechnung der Produktionsindizes, Monatsmeldungen werden zu Quartalsergebnissen zusammengefaßt und den Meldungen zur vierteljährlichen Produktionserhebung zugesteuert.*)
2. Vierteljährliche Produktionserhebung	20 und mehr ¹⁾	vierteljährlich	GP 95	Entlastung der rund 17 000 Monatsmelder (siehe Nr. 1); sonst unverändert.*)
3. Monatsbericht	20 und mehr ²⁾	monatlich	WZ 93	Es wird zur Zeit geprüft, ob eine Kürzung des Merkmalskatalogs, eine Heraufsetzung der Abschneidegrenze und eine Stichprobenerhebung bei den kleinen Unternehmen möglich ist. Gegebenenfalls Energiemerkmale streichen, sofern diese nach einem neuen Energiestatistikgesetz erhoben werden.
4. Handwerk	Zusatzstichprobe	vierteljährlich	WZ 93 / Gewerbezeige	Erhebung wird vorerst fortgeführt; es wird geprüft, ob mittelfristig administrative Quellen genutzt werden können.
Strukturerhebungen				
1. Kleinbetriebsenerhebung	Alle industriellen Kleinbetriebe	jährlich	WZ 93	Bei funktionstüchtigem Register kann Erhebung künftig entfallen.
2. Investitionserhebung	20 und mehr ³⁾	jährlich	WZ 93	Anpassung an Anforderungen der EU (Beibehaltung des bisherigen Berichtskreises und Schätzung der Angaben für die Unternehmen < 20 Beschäftigte); Kürzung des bisherigen nationalen Merkmalskatalogs.
3. Kostenstrukturerhebung	Stichprobe 18 000 aus Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	WZ 93	Anpassung an Anforderungen der EU; Einbeziehung der Unternehmen < 20 Beschäftigte in die Stichprobe. Beschränkung der Erhebung bei Unternehmen < 50 Beschäftigte auf wenige Grundmerkmale.
4. Material- und Wareneingangserhebung	Stichprobe 18 000 aus Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	4jährlich	WZ 93 / WE 95	Straffung der Warengliederung, ansonsten wie bisher.
5. Arbeitsstättenzählung	Alle Unternehmen und Arbeitsstätten	zuletzt 1987	WZ 79	Bei funktionstüchtigem Register können künftig jährlich Grunddaten für alle Unternehmen und Betriebe vorgelegt werden; Zählung könnte dann entfallen.
II. Energie- und Wasserversorgung				
Konjunkturstatistiken				
1. Monatsbericht Elektrizitätsversorgung	Alle Unternehmen	monatlich	WZ 93	Auswahl von höchstens 2 000 Betreibern und Ergänzung um Unternehmen mit Kraft-Wärme-Kopplung (1 000 Betriebe).
2. Monatsbericht Gasversorgung	Alle Unternehmen	monatlich	WZ 93	Auswahl von höchstens 100 Betreibern.
3. Monatsbericht über Beschäftigung	Betriebe von höchstens 1 300 Unternehmen aus dem Energiebereich sowie Betriebe von Unternehmen anderer Bereiche	monatlich	WZ 93	Erhebung könnte entfallen, sofern Angaben aus anderen Quellen verfügbar.
Strukturerhebungen				
1. Kostenstrukturerhebung	Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten (höchstens 1 400)	jährlich	WZ 93	Alle Unternehmen, wegen Anpassung an die Anforderungen der EU.
2. Jahres- und Investitionserhebung	Alle Unternehmen und ihre Betriebe (ausgenommen Wasserversorgung = höchstens 3 000 Unternehmen)	jährlich	WZ 93	Alle Unternehmen und Betriebe, wegen Anpassung an die Anforderungen der EU; Kürzung des bisherigen nationalen Merkmalskatalogs.
3. Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Industriebetriebe mit Anlagen 1 000 kVA und mehr	jährlich	WZ 93	Wie bisher; Ergänzung um Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen.
4. Stromabsatz sowie Gasabsatz und -erlöse	Alle Unternehmen	jährlich	WZ 93	Wie bisher.
III. Baugewerbe				
Konjunkturstatistiken				
1. Monatsbericht im Bauhauptgewerbe ⁴⁾	20 und mehr ¹⁾	monatlich	WZ 93	Bei den Betriebserhebungen im Baugewerbe wurde bereits im Rahmen der Statistikänderungsverordnung vom 20.11.1996 und des 3. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19.12.1997 (BGBl. I S. 3158) eine Reihe von Änderungsvorschlägen (Kürzungen der Merkmalskataloge, Verlängerung der Periodizitäten) rechtlich umgesetzt; weitere Änderungen sind kurzfristig nicht vorgesehen.
2. Vierteljahresbericht im Ausbaugewerbe ⁵⁾	20 und mehr ¹⁾ (begrenzt auf 9 000 Betriebe)	vierteljährlich	WZ 93	
3. Auftragsbestandsstatistik im Bauhauptgewerbe ⁴⁾	20 und mehr ¹⁾	vierteljährlich	WZ 93	
Strukturerhebungen				
1. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe ⁴⁾	Alle Betriebe	jährlich	WZ 93	Bei den Unternehmenserhebungen steht die Anpassung an die Anforderungen der EU im Vordergrund; durch Kürzung der bisherigen nationalen Merkmalskataloge soll Zusatzaufwand in Grenzen gehalten werden.
2. Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe ⁵⁾	Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten	jährlich	WZ 93	
3. Jahres- einschl. Investitionserhebung	Bauhauptgewerbe ⁴⁾ : Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten Ausbaugewerbe ⁵⁾ : Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten	jährlich	WZ 93	
4. Kostenstrukturerhebung (Bauhaupt- ⁴⁾ und Ausbaugewerbe ⁵⁾)	Stichprobe: 6 000 aus Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	jährlich	WZ 93	

*) Umstellung ab Januar 1999 (aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe).

¹⁾ Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes. – ²⁾ Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen außerhalb des Produzierenden Gewerbes; Mehrbetriebsunternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – ³⁾ Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und deren Betriebe. – ⁴⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. – ⁵⁾ Bauinstallation, Sonstiges Baugewerbe.

Abkürzungen: EB 95 = Erzeugnisliste zum Produktions-Eilbericht, Ausgabe 1995. – GP 95 = Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995. – WZ 93 = Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – WE 95 = Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 1995. – WZ 79 = Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

basis bei gleichzeitiger Reduktion des Erhebungsumfangs möglich ist, sind beim Monatsbericht ohne Abstriche bei der regionalen oder fachlichen Gliederungstiefe keine Einsparungen zu erzielen. Denkbar erscheint ein Konzept, bei dem, wie in der neu konzipierten Produktionsstatistik, eine Kombination aus monatlicher Erhebung bei einer relativ kleinen Zahl von Betrieben und einer vierteljährlichen Erhebung bei den übrigen Betrieben vierteljährlich die gleiche Aussagefähigkeit wie bisher erzielt werden könnte. Monatlich allerdings wären Abstriche in fachlicher und/oder regionaler Aussagefähigkeit zu akzeptieren. Diese ersten Überlegungen werden unten noch näher ausgeführt und müssen noch in der bereits erwähnten Arbeitsgruppe zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe ausführlich geprüft und diskutiert werden.

Auch bei den Strukturhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sind größere neue Anforderungen aus EU-Verordnungen zu erfüllen, dies gilt auch für die Erhebungen im Baugewerbe und in der Energiewirtschaft. Die vielen Vorschläge zur Neukonzeption der verschiedenen Erhebungen sind in der Übersicht 1 kurzgefaßt beschrieben. Dabei ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Übersicht 1 lediglich einen Überblick über das Gesamtsystem der Statistiken im Produzierenden Gewerbe und die Vorschläge zur Weiterentwicklung geben soll. Sie ist weder eine umfassende Beschreibung aller Details der bestehenden Erhebungen, noch eine vollständige Sammlung aller Änderungsvorschläge. Eine Beschreibung der einzelnen Vorhaben und Überlegungen folgt in den Kapiteln 2 bis 4.

1.2 Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes

Natürlich muß eine Neukonzeption auch versuchen, die Statistiken insgesamt zu verbessern. Zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes wurden seit der letzten großen Reform in den 70er Jahren eine ganze Reihe von Vorschlägen erarbeitet.⁶⁾ Auf diese Vorschläge im einzelnen kann hier nicht eingegangen werden. Ein Großteil der Vorschläge zur Weiterentwicklung von Merkmalen, Erfassung von fehlenden Teilbereichen und Einführung einheitlicher Klassifikationen wird spätestens mit der Einführung der europäischen Verordnungen zu den Unternehmensstatistiken realisiert werden. Das gilt zum Beispiel hinsichtlich der Forderung nach einheitlichen Klassifikationen wie auch für die Erfassung der Ausgliederung von Unternehmensfunktionen (z.B. Transportieren, Verkaufen, Lagern) in rechtlich selbständige Unternehmen (outsourcing). Mangels entsprechender Statistiken werden diese ausgegliederten Tätigkeiten bisher nur in wenigen Fällen als Zugang in anderen Bereichen (z. B. Handel) registriert. In den Wirtschaftsbereichen, in denen es bisher keine entsprechenden Erhebungen gibt (z. B. in vielen an-

deren Dienstleistungsbereichen), werden die Tätigkeiten statistisch nicht erfaßt. Durch das umfassende statistische Unternehmensregister, das die Unternehmen aller Bereiche umfaßt und das nach EU-Verordnung künftig von allen Ländern aufzustellen und jährlich zu aktualisieren ist (siehe Fußnote 2), könnten diese Vorgänge künftig im Rahmen einer Unternehmensdemographie nachgewiesen werden.⁷⁾

Überhaupt kommt dem Unternehmensregister im Rahmen der Weiterentwicklung aller Unternehmensstatistiken eine zentrale Rolle zu. Das Register wird alle Unternehmen, also auch die außerhalb des Produzierenden Gewerbes, umfassen und aus administrativen Dateien (der Finanzverwaltung und der Arbeitsverwaltung) Angaben über Umsätze und Beschäftigte enthalten und damit einen Rahmen für die Ziehung und Hochrechnung von Stichproben darstellen. Darüber hinaus wird zur Zeit im Rahmen einer Machbarkeitsstudie im Statistischen Bundesamt geprüft, ob die in der Finanz- und Arbeitsverwaltung vorliegenden Angaben auch für monatliche und vierteljährliche Statistiken verwendet werden können. Das könnte die Chance bieten, die Wirtschaft von primärstatistischen Erhebungen zu entlasten.

Hinweise zu den künftig nach Konjunkturverordnung (KonjunkturVO), Strukturverordnung (StrukturVO) und Registerverordnung (RegisterVO) zu erfassenden Merkmalen, Bereichen und Periodizitäten finden sich in dem eingangs zitierten Aufsatz über die Durchführung der europäischen Verordnungen sowie in den folgenden Abschnitten. Es ist darauf hinzuweisen, daß es sich zum Teil noch um Überlegungen seitens des Statistischen Bundesamtes handelt, die noch mit den Statistischen Landesämtern sowie mit Auftraggebern und Nutzern der Statistiken abgestimmt werden müssen. Erste Erfahrungen mit der Durchführung der einheitlichen europäischen Verordnungen von seiten der Wirtschaft, der Verbände, der Wissenschaft und der Statistik wurden auf einer Sitzung der Deutschen Statistischen Gesellschaft anläßlich der Statistischen Woche 1995 beschrieben und diskutiert.⁸⁾

2 Neukonzeption der Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

2.1 Kurzfristige Konjunkturerhebungen

2.1.1 Konjunkturstatistiken als Teil eines Gesamtsystems

Das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe in Deutschland stellt für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe (Industrie) ein umfassendes Angebot an monatlichen und vierteljährlichen Daten zur Beobachtung und Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung und des Produktionsausstoßes dieses Wirtschaftsbereiches bereit.

⁶⁾ Siehe z.B. Jäger, M./Strohm, W./Laux, G./Mai, H./Schmid, O./Röttgers, D.: „Gedanken zur Weiterentwicklung der Statistik des Produzierenden Gewerbes“ in WiSta 7/1985, S. 543 ff.

⁷⁾ Siehe Stock, G.: „Beitrag der Kartei im Produzierenden Gewerbe zur Demographie von Unternehmen und Betrieben“ in WiSta 11/1997, S. 858 ff.

⁸⁾ Siehe Müller, M.: „Die Industriestatistik Europas im Umbruch“ in Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 31, 1998.

In der Vergangenheit konnte die Nachfrage nach kurzfristigen Daten daraus grundsätzlich befriedigt werden.

Auch die Anforderungen aus den europäischen Statistikverordnungen an kurzfristigen Indikatoren für den Wirtschaftsbereich Industrie können im wesentlichen ohne gravierende Eingriffe oder gar Ausweitung des deutschen industriestatistischen Systems erfüllt werden. So waren bei der Einführung der europäischen Produktionsstatistik PRODCOM⁹⁾ im Jahr 1995 die nationalen Produktionserhebungen lediglich auf das neue auf der PRODCOM-Liste basierende Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95)¹⁰⁾ umzustellen. Die Konzeption der Produktionserhebungen sowie das Berichts- und Aufbereitungssystem konnten weitgehend unverändert beibehalten werden.

Die künftigen monatlichen bzw. vierteljährlichen Lieferungen von Daten über Beschäftigte, Arbeitsstunden, Lohn- und Gehaltsummen, Auftragseingang und Umsatz an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) aufgrund der Bestimmungen im Industriemodul der Verordnung des Rates bezüglich Konjunkturindikatoren (KonjunkturVO), die inzwischen verabschiedet worden ist,¹¹⁾ können aus dem Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ermittelt werden. Diese Monats-erhebung aus dem System der Statistik im Produzierenden Gewerbe bietet eine breite Palette von konjunkturrelevanten Merkmalen für Betriebe, fachliche Betriebsteile sowie Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs an. Für die künftige Datenlieferung nach den in der europäischen KonjunkturVO vorgegebenen Abgrenzungen müssen gegebenenfalls noch Schätzungen (für die kleineren nicht erfaßten Betriebe) und eventuell Anpassungen der Merkmalsdefinitionen vorgenommen werden. Eine konzeptionelle Änderung des Monatsberichts wird für europäische Zwecke nicht erforderlich werden.

Ebenso können die Produktionsindizes für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, für deren Berechnung die monatliche Produktionserhebung die wichtigsten Basisdaten liefert, uneingeschränkt für die Lieferung der im Industriemodul der KonjunkturVO geforderten Produktionsindizes verwendet werden.

In der Vergangenheit ist das Programm der Statistik im Produzierenden Gewerbe vor allem im Rahmen der Statistikbereinigungsbestrebungen auf Möglichkeiten von Einsparungen und Anpassungen an den aktuellen Datenbedarf sowie auf Entlastungsmöglichkeiten der berichtenden Unternehmen und Betriebe sowie der statistischen Ämter hin überprüft worden. Im Bereich der kurzfristigen Industriestatistik wurden bei diesen Programmüberprüfungen nur wenige Reduzierungen vorgenommen, zum Beispiel Streichung der vierteljährlichen Auftragsbestandsstatistik oder die Verlängerung der Periodizität von monatlich auf vierteljährlich bei den Energiemerkmalen (außer elektri-

scher Strom) des Monatsberichts. Das Statistikangebot wurde grundsätzlich als notwendig und für die verschiedenen Nutzergruppen bedarfsgerecht angesehen, bei vertretbarer Belastung der Berichtspflichtigen.

Die massiven Sparzwänge sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich und auch die Ankündigung der Bundesregierung, die amtlichen Statistiken auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen, haben dazu geführt, daß in jüngster Zeit von den unterschiedlichsten Nutzergruppen Vorschläge zur weiteren Reduzierung des statistischen Programms und Streichung ganzer Erhebungen und Erhebungsteile gemacht werden. Häufig werden Vorschläge aus der engen Sicht der jeweiligen Interessenslage heraus gemacht und punktuelle Eingriffe gefordert, ohne daß dabei beachtet wird, daß es sich bei den Statistiken im Produzierenden Gewerbe hinsichtlich der Merkmalsauswahl und -abgrenzungen, der Erhebungs- und Darstellungseinheiten, der Periodizität und des Erfassungsbereichs um ein System eng miteinander verzahnter Statistiken handelt, die exakt aufeinander abgestimmt sind und Doppelbefragungen weitgehend vermeiden.

Bei den meist aus der jeweiligen Interessenslage heraus verständlichen und nachvollziehbaren Forderungen müssen die statistischen Ämter und insbesondere das Statistische Bundesamt darauf achten, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen der Systemcharakter der Statistiken im Produzierenden Gewerbe mit all den Vorteilen der rationellen Erhebung und Zusammenführung von Unternehmens- und Betriebsmeldungen und der Bereitstellung eines in sich schlüssigen und vergleichbaren Datenangebots für diesen Wirtschaftsbereich nicht verlorengeht.

Die in den letzten beiden Jahren mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe „Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ intensivierten Bemühungen, die Weiterentwicklung in den Statistiken des Produzierenden Gewerbes voranzutreiben und gleichzeitig Rationalisierungseffekte und die Entlastung der Berichtspflichtigen zu erreichen, haben im Bereich der kurzfristigen Industriestatistiken mit der Neukonzeption der Produktionsstatistiken bereits zu einem vorzeigbaren konkreten Ergebnis geführt.

2.1.2 Produktionserhebungen

Die Produktionsstatistik besteht derzeit aus zwei getrennten Erhebungen. Wert und Menge der gesamten Produktion der Betriebe von Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten werden vierteljährlich in der Untergliederung nach etwa 6400 Erzeugnissen des „Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995“ (GP 95) erhoben. Zusätzlich wird monatlich im Rahmen des sogenannten Produktionseilberichts die Produktion (Wert und Menge) von rund 1000 ausgewählten Gütern und Gütergruppen der „Erzeugnisliste zum Produktionseilbericht, Ausgabe 1995“ (EB 95) bei allen Betrieben des vierteljährlichen Berichtskreises erfaßt, die diese Güter produzieren. Diese Monatserhebung ist vor allem zur Ermittlung von Basisdaten für die Berechnung der monatlichen Produktionsindizes eingerichtet worden. Die zum

⁹⁾ Products of the Community.

¹⁰⁾ Siehe Nowack, M./Weisbrod, J.: „Auswirkungen der NACE-Verordnung und der PRODCOM-Verordnung auf die kurzfristigen Statistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“ in WiSta 3/1995, S. 192 ff.

¹¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken, ABl. EG Nr. L 162, S. 1.

Eilbericht auskunftspflichtigen Betriebe müssen zur Zeit noch für zwei Produktionserhebungen, nämlich monatlich und vierteljährlich, berichten.

Im Rahmen der in der Arbeitsgruppe „Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ eingeleiteten Überlegungen über Rationalisierungsmöglichkeiten in den Produktionsstatistiken kristallisierte sich bald heraus, daß ein erheblicher Entlastungseffekt (vor allem bei den befragten Betrieben) erreicht werden könnte, wenn die Meldungen zum monatlichen Produktionseilbericht je Betrieb zu Quartalsergebnissen zusammengefaßt werden und so eine vierteljährliche Befragung der Monatsmelder entfallen könnte. Vierteljährlich wäre dann nur noch das Produktionsergebnis der monatlich nicht befragten Betriebe zu ermitteln und jeweils mit den drei kumulierten Monatsergebnissen der Monatsmelder zu einem vollständigen Vierteljahresergebnis zusammenzufassen. Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist aber, daß die monatliche und vierteljährliche Produktionsgliederung nach einer einheitlichen Güterklassifikation, nämlich dem GP 95, erfolgt und gleichzeitig die monatliche Erhebung auf repräsentative Betriebe beschränkt wird.

Die entscheidende Änderung in der monatlichen Produktionsstatistik ist also, daß von einer repräsentativen Erzeugnisauswahl auf die Befragung repräsentativer Betriebe übergegangen wird. Die ausgewählten Betriebe sollen mindestens 75% der gesamten Produktion eines jeden Wirtschaftszweiges repräsentieren. Bei der Auswahl repräsentativer Betriebe wird so vorgegangen, daß je Wirtschaftszweig so viele der nach der Produktion größten Betriebe ausgewählt werden, bis 75% der gesamten Produktion des Wirtschaftszweiges auf Landesebene erreicht sind. Bei dieser Auswahl verringert sich die Zahl der monatlich erfaßten Betriebe von derzeit knapp 29 000 auf rund 17 000 Betriebe. Das Auswahlverfahren stellt sicher, daß insbesondere kleine und mittlere Betriebe von der monatlichen Berichterstattung entlastet werden. Gleichzeitig ist eine bessere Repräsentanz der Fortschreibungsreihen zur Berechnung der monatlichen Produktionsindizes zu erwarten und die – wegen der Beschränkung auf 1 000 Produktreihen – für derzeit rund 70 Wirtschaftszweige behelfsweise Fortschreibung der Produktionsindizes auf der Basis von Umsatzreihen aus dem Monatsbericht kann entfallen. Damit wird eine Verbesserung der Qualität der Produktionsindizes einhergehen.

Vierteljahresberichte sind künftig nur noch von rund 30 000 statt bisher rund 47 000 Betrieben abzugeben. Die monatlichen und vierteljährlichen Meldungen können nahtlos zu einem Quartalsergebnis zusammengefaßt werden, so daß weiterhin ohne jegliche Abstriche vierteljährlich die gesamte Produktion nach Wert und Menge, nach den rund 6 400 Erzeugnissen des GP 95 gegliedert, vorliegt.

Allerdings ist die Umstellung auch mit Nachteilen für die Betriebe der Wirtschaftszweige verbunden, die bisher nicht zur monatlichen Berichterstattung herangezogen wurden, weil ihre Erzeugnisse nicht in der Auswahl der Erzeugnisliste für die monatliche Produktionserhebung enthalten waren. Betriebe dieser Branchen werden, soweit sie zur

Abdeckung von mindestens 75% des Produktionswertes des jeweiligen Wirtschaftszweiges benötigt werden, künftig monatlich meldepflichtig sein.

Wenn auch die monatliche Produktionsstatistik in erster Linie Basisdaten zur Berechnung von Produktionsindizes liefert, hat sie sich aber auch zunehmend zu einer Quelle für monatliche Absolutzahlen über Wert und Menge der ausgewählten Produkte und Produktzusammenfassungen entwickelt. Nach dem neuen Konzept wird die Verwendbarkeit der Absolutzahlen aus der monatlichen Produktionserhebung eingeschränkt sein, weil der Repräsentationsgrad von 75% lediglich für die gesamte Produktion eines Wirtschaftszweiges gilt, für die einzelnen Güter des GP 95 aber sehr unterschiedlich sein wird und sich außerdem im Zeitablauf ändern kann.

Diesen Nachteilen steht aber vor allem der Rationalisierungseffekt des neuen Konzeptes gegenüber, der je Quartal rund 50 000 Meldungen weniger zu den monatlichen und der vierteljährlichen Berichterstattung bedeutet und Doppelmeldungen zu monatlichen und vierteljährlichen Erhebungen vermeidet. Außerdem brauchen die Betriebe ihre Produktion nur noch nach einer Nomenklatur zu klassifizieren.

Dieser Vorschlag aus der amtlichen Statistik fand breite Zustimmung bei allen Nutzergruppen. Der Statistische Beirat hat das neue Konzept der Produktionsstatistiken bereits auf seiner Sitzung im Sommer 1997 grundsätzlich begrüßt und sich für eine schnelle Realisierung eingesetzt. Die Leiter der statistischen Ämter der Länder haben schließlich auf ihrer Konferenz im November 1997 das vorgeschlagene Konzept künftiger Produktionserhebungen und seine Realisierung ab Januar 1999 befürwortet, und der Fachausschuß „Produzierendes Gewerbe“ betrachtet das neue Konzept einmütig als Fortschritt. Im März 1998 brachte das Land Baden-Württemberg einen entsprechenden Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in den Bundesrat ein. Inzwischen ist das Änderungsgesetz¹²⁾ verabschiedet worden. Die Umstellung der Produktionserhebungen auf das neue Konzept kann ab Januar 1999 erfolgen.

In den statistischen Ämtern sind die methodischen, technischen und organisatorischen Vorbereitungsarbeiten zur Umstellung der Produktionserhebung in vollem Gang. Gleichzeitig werden die Auswirkungen der neuen Datenbasis auf die Produktionsindizes und die erforderliche Anpassung der Indexberechnung mit den wichtigsten Nutzern (Bundesministerium für Wirtschaft, Deutsche Bundesbank) sowie im Bund-Länder-Arbeitskreis „Produktionsindex“ erörtert.

2.1.3 Monatsbericht

Im Gegensatz zur Produktionsstatistik wird über die künftige Gestaltung des Monatsberichts im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe noch intensiv diskutiert und nach

¹²⁾ Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2036).

Möglichkeiten der Vereinfachung und Rationalisierung gesucht. Der Monatsbericht liefert derzeit Informationen über Beschäftigte, Arbeiterstunden, Löhne und Gehälter, Auftragseingang und Umsatz sowie über den Energieeinsatz der Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereichs. Darüber hinaus werden diese Merkmale zum Teil für fachliche Betriebsteile und für Unternehmen ermittelt. Der Monatsbericht ist zusammen mit der monatlichen Produktionserhebung die wichtigste Quelle zur Erfüllung der Anforderungen der europäischen KonjunkturVO. Einmal abgesehen vom Informationsbedarf auf der nationalen Ebene, sind Einschränkungen oder der Umgestaltung des Monatsberichts dort Grenzen gesetzt, wo die Erfüllung der KonjunkturVO gefährdet ist.

Die Vorschläge zur Neukonzeption des Monatsberichts, die an die amtliche Statistik herangetragen werden, sind vielfältig und zielen fast ausnahmslos auf Einschränkungen ab, und zwar insbesondere hinsichtlich ganzer Erhebungsteile (z.B. Streichung der Erhebung bei Mehrbetriebsunternehmen), des Merkmalskatalogs (z.B. Streichung der Energiemerkmale), der Periodizität (z.B. Verlängern der Periodizität auf vierteljährlich), des Erfassungsbereichs (Anhebung der Abschneidegrenze) und der Repräsentativität (Umstellung auf Stichprobenerhebungen).

Derzeit werden drei grundsätzliche Möglichkeiten der Umgestaltung des Monatsberichts erörtert, durch die eine Entlastung der meldenden Unternehmen und Betriebe sowie der statistischen Ämter erreicht werden könnte.

Wie Untersuchungen der Arbeitsgruppe „Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ gezeigt haben, könnte mit einer generellen Anhebung der Abschneidegrenze von bisher 20 auf 50 und mehr Beschäftigten zwar die Zahl der monatlich meldenden Einheiten stark verringert werden (um fast die Hälfte), der damit verbundene Informationsverlust wäre aber erheblich. Das System der aufeinander abgestimmten kurzfristigen Statistiken über Produktion einerseits und Beschäftigte, Auftragseingang und Umsatz andererseits mit weitgehend vergleichbaren Berichtskreisen wäre stark gestört. Darüber hinaus verlor die absoluten Zahlen des Monatsberichts erheblich an Repräsentativität, dies gilt um so mehr, je tiefer die Daten fachlich und regional gegliedert werden. Untersuchungen haben außerdem gezeigt, daß die Entwicklung bei den dann nicht mehr erfaßten kleinen Betrieben zum Teil anders verläuft als bei den großen Unternehmen. Das würde insbesondere in den Ländern mit großem Anteil von Klein- und Mittelbetrieben zu falschen Ergebnissen führen. Deshalb wird vor allem von seiten der Statistischen Landesämter mehrheitlich eine generelle Anhebung der Abschneidegrenze abgelehnt. Der Informationsbedarf nach Monatsdaten auf Landesebene und tieferer regionaler Ebene (bis zu Kreisen) könnte nämlich nicht mehr erfüllt werden.

Die Durchführung des Monatsberichts auf der Basis einer repräsentativen Zufallsstichprobe, eventuell kombiniert mit einer Totalerhebung ab einer bestimmten Betriebsgröße, wäre sicherlich der methodisch bessere Weg zur Ent-

lastung der meldenden Unternehmen und Betriebe. Dieses Verfahren bietet die Möglichkeit, die Stichprobenergebnisse auf die Gesamtheit des derzeitigen monatlichen Berichtskreises hochzurechnen mit Angaben zur Genauigkeit der hochgerechneten Ergebnisse. Da die Beobachtungseinheit im Industriemodul der europäischen KonjunkturVO die „fachliche Einheit“ ist, kommt der Genauigkeit und der noch vertretbaren wirtschaftssystematischen Gliederung der Monatsberichtsdaten für fachliche Betriebsteile besondere Bedeutung zu. Derzeit laufen im Statistischen Bundesamt Untersuchungen hierzu, die aber noch nicht abgeschlossen sind. Fest steht jedoch jetzt schon, daß Abstriche beim Nachweis von Merkmalsunterteilungen sowie bei der wirtschaftssystematischen und regionalen Gliederung gemacht werden müssen.

Damit wenigstens vierteljährlich das gesamte bisherige Datenmaterial unverändert verfügbar ist, gibt es erste Überlegungen hinsichtlich einer weiteren Variante der Neukonzeption des Monatsberichts, die zur Umgestaltung des Monatsberichts für Betriebe ähnlich der künftigen Produktionserhebung führen würde. Nach dieser Variante wird monatlich lediglich eine Auswahl der Betriebe des vollen Berichtskreises zur Meldung herangezogen. In einer ergänzenden vierteljährlichen Erhebung werden die Betriebe befragt, die nicht zur monatlichen Berichterstattung ausgewählt wurden. Eine solche Kombination von monatlichen und vierteljährlichen Befragungen würde monatliche Ergebnisse liefern, die hinsichtlich ihrer Repräsentativität, Aussagekraft sowie der fachlichen und regionalen Gliederung stark eingeschränkt sind. Es ist zu prüfen, inwieweit die daraus ermittelten Indikatoren zur Beurteilung der aktuellen Konjunktursituation von den Nutzern akzeptiert werden. Bisher fand noch kein Vorschlag zur Reduktion des Programms eine mehrheitliche Zustimmung.

Durch eine Zusammenfassung der monatlichen und der vierteljährlichen Meldungen könnte ein Vierteljahresbericht für den vollständigen Berichtskreis mit dem vollen Merkmalskatalog des Monatsberichts für Betriebe zusammengestellt werden. Es gibt u.a. den Vorschlag, für den Monatsbericht den identischen Berichtskreis der monatlichen Produktionserhebung zu wählen, so daß direkte Beziehungszusammenhänge zwischen den Ergebnissen der beiden Monatserhebungen infolge der vergleichbaren Berichtskreise herstellbar wären. Jedoch wären die Ergebnisse des Monatsberichts für eine so abgegrenzte Auswahl schwer interpretierbar und nicht hochrechenbar. Deshalb ist eingehend zu prüfen, ob für die Interpretation und Aussagekraft der Ergebnisse des Monatsberichts an Stelle des Produktionswertes die Auswahl anhand eines Merkmals des Monatsberichts, zum Beispiel Beschäftigtenzahl, vorzuziehen ist. Als weitere Variante für die monatliche Auswahl kommt auch eine Zufallsauswahl in Frage.

Um die „beste“ Lösung für die Umgestaltung und Weiterentwicklung des Monatsberichts zu finden, sind umfangreiche und langwierige Untersuchungen erforderlich. Insbesondere muß geprüft werden, ob ein „neuer“ Monatsbericht noch veröffentlichungsfähige Absolutzahlen liefert und ob aussagefähige monatliche Konjunkturindikatoren berechnet werden können, die auch den Anforderungen

der nationalen Konjunkturanalyse und der europäischen KonjunkturVO und hinsichtlich ihrer Qualität den geforderten Standards genügen.

Zu prüfen ist auch, wie ein neugestalteter Monatsbericht nahtlos in das bestehende System der miteinander verzahnten Statistiken im Produzierenden Gewerbe eingepaßt werden kann. Die Auswirkungen auf die übrigen kurzfristigen Erhebungen und die Strukturhebungen und die gegebenenfalls notwendigen Änderungen in diesen Statistiken sind im Detail zu analysieren, um zu vermeiden, daß das leistungsfähige System von aufeinander abgestimmten und verzahnten Statistiken im Produzierenden Gewerbe zu einer Sammlung mehr oder weniger gut zueinander passenden Einzelstatistiken zurückgebildet wird.

2.1.4 Angaben für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten

Die jährliche Erhebung für industrielle Kleinbetriebe, die hinsichtlich der Merkmale Umsatz und Beschäftigte eine Ergänzungserhebung zum Monatsbericht darstellt und Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung der Kleinbetriebe liefert, sollte nicht nur für die Industrie, sondern auch für handwerkliche Kleinbetriebe repräsentative Ergebnisse bringen. Dies würde auch den europäischen Anforderungen entsprechen, die sich auf das Verarbeitende Gewerbe, das heißt Industrie und Handwerk, erstrecken. Die Kleinbetriebserhebung könnte ganz entfallen, sofern die dabei erfragten Angaben über Umsatz und Beschäftigte aus einem aktuellen Unternehmensregister entnommen werden können.

2.2 Strukturhebungen

2.2.1 Das bisherige nationale System

Die Strukturhebungen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe umfassen zur Zeit die dezentral über die statistischen Ämter der Länder durchgeführte Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben sowie die zentral vom Statistischen Bundesamt vorgenommene Kostenstrukturhebung, mit der Informationen über die betriebliche Leistungserstellung und die damit verbundenen Kosten bei Unternehmen erfragt werden. Die Ergebnisse der Kostenstrukturhebung dienen zugleich als Grundlage für die Ermittlung von Produktionswerten und Wertschöpfungsgrößen.

Beide Erhebungen erfolgen jährlich; während die Investitionserhebung sämtliche Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten einbezieht, wird für die Kostenstrukturhebung, die einen recht umfangreichen Merkmalskatalog erfragt, aus dieser Gesamtheit eine Stichprobe von 18 000 Unternehmen ausgewählt.

Zur Analyse des materiellen Inputs werden darüber hinaus im vierjährigen Turnus Material- und Wareneingangserhebungen zentral bei den Unternehmen der jeweiligen Kostenstrukturstichprobe durchgeführt.

Der Berichtskreis der Strukturhebungen umfaßt neben den industriellen auch die handwerklichen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Dabei liegt der Anteil der

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten an der Zahl der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt etwa bei einem Sechstel; diese Unternehmen tragen aber zu mehr als fünf Sechstel zur gesamten Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs bei.

Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten sind nur in sehr begrenztem Umfang in statistische Erhebungen einbezogen. So werden kleine Industriebetriebe – wie bereits erwähnt – einmal jährlich in einer Totalerhebung nach ihren Umsätzen und der Zahl der Beschäftigten befragt; bei kleinen Handwerksunternehmen geschieht dies vierteljährlich, allerdings nur bei einer Stichprobe von etwa 10% der Unternehmen. Darüber hinaus gibt es für kleine Handwerksunternehmen vierjährlich eine weitere Stichprobenerhebung, in der umfassende Angaben zur Kosten- und Leistungsstruktur der Unternehmen erfragt werden. Diese „Kostenstrukturstatistik“ hat einen vorgeschriebenen Repräsentationsgrad von 5% aller Unternehmen und wurde in der Vergangenheit auf freiwilliger Grundlage durchgeführt; seit 1998 besteht Auskunftspflicht. Für kleine Industrieunternehmen gibt es keine entsprechende Erhebung.

2.2.2 Die Anforderungen der europäischen Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik

Die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (StrukturVO), ABl. EG Nr. L 14 S. 1, bildet seit dem 6. Februar 1997 auf europäischer Ebene die neue Rechtsgrundlage für die Strukturhebungen im Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbereich. Für den Bereich des Produzierenden Gewerbes löst sie die bisherigen Richtlinien 64/475/EWG und 72/221/EWG ab.

Die Verordnung gliedert sich in den eigentlichen Rechtstext sowie in vier Anhänge mit wirtschaftsbereichsspezifischen Regelungen und Programmen, wobei Anhang 2 die Industrie (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung) betrifft. Als EU-Verordnung ist sie auch auf nationaler Ebene grundsätzlich unmittelbar verbindlich; sie muß nicht erst rechtlich umgesetzt werden.

Die wichtigsten Regelungen sind:

- Die StrukturVO ordnet keine Erhebungen an, sondern legt das Lieferprogramm an Eurostat fest. Die Daten können aus verbindlichen Erhebungen, aus geeigneten administrativen Quellen oder auch aus sorgfältigen Schätzungen stammen. Regelmäßige Berichte der Mitgliedstaaten zur Qualität der Daten sollen dafür sorgen, daß die Daten den für notwendig erachteten Qualitätsanforderungen entsprechen und vergleichbar sind.
- Es werden Angaben für Unternehmen, Betriebe und fachliche Einheiten verlangt.¹³⁾ Im Unterschied zum bisherigen deutschen System ist eine Abschneidegrenze

¹³⁾ Zur Definition der verlangten Einheiten siehe „Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft“, ABl. EG Nr. L 76, S. 1.

für kleine Unternehmen nicht vorgesehen. Die Angaben sind in der Regel in einem Zeitraum von 18 Monaten nach Ende des Berichtsjahres zu liefern; für ausgewählte Daten gilt jedoch ein Lieferzeitraum von 10 Monaten (sogenannte Schnellergebnisse).

- Für die Mehrzahl der Daten ist eine jährliche Periodizität vorgesehen; dabei geht es überwiegend um Daten, die auch für den Jahresabschluß der Unternehmen benötigt werden und somit dem betrieblichen Rechnungswesen entnommen werden können. Daneben gibt es mehrjährige Erhebungen mit Fragen zu spezifischen Themen, wie zum Beispiel den Energiekäufen, oder zu schwierig erhebbaren Tatbeständen, wie zum Beispiel zu den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände. Neben den bereits fest vorgeschriebenen Liefermerkmalen gibt es eine Reihe von Tatbeständen, deren Erhebbarkeit erst in Pilotstudien geprüft werden soll und die möglicherweise das Lieferprogramm später noch erweitern.
- Erstes Berichtsjahr für die Datenlieferung nach der StrukturVO war das Jahr 1995. Es kann jedoch ein vierjähriger Übergangszeitraum bis zur vollen Umsetzung in Anspruch genommen werden; somit ist spätestens für das Berichtsjahr 1999 das volle Lieferprogramm zu berücksichtigen. Diese Frist kann sich nochmals verlängern, wenn die Verzögerung dadurch begründet ist, daß das derzeit (gemäß der RegisterVO¹⁴) der EU) im Aufbau befindliche umfassende Unternehmensregister noch nicht die zur Umsetzung der StrukturVO notwendigen Voraussetzungen bietet.

Vergleicht man das in der StrukturVO für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe vorgesehene Lieferprogramm mit dem bisherigen Erhebungsprogramm auf nationaler Ebene (siehe Übersicht 2), zeigt sich, daß es zusätzliche Fragen zum Beispiel zur Teilzeitarbeit, zu Forschung und Entwicklung, zu den Zahlungen an Unterauftragnehmer und zu den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände (mehrfährlich) enthält, die sowohl bei der Kostenstrukturhebung als auch bei der Investitionserhebung eine Erweiterung des Merkmalskatalogs erfordern. Hinzu kommen voraussichtlich einige der Merkmale, die zunächst in Pilotuntersuchungen auf die Möglichkeiten einer Erhebung geprüft werden sollen. Hierbei geht es insbesondere um das finanzielle Ergebnis und den Gewinn bzw. Verlust des Unternehmens im Geschäftsjahr, darüber hinaus um die Aufteilung der Umsätze aus Lieferungen und der Warenkäufe in „innergemeinschaftliche“ und „außergemeinschaftliche“, um die laufenden Ausgaben für den Umweltschutz und um die Investitionen in Finanzanlagen.

Wichtig für den mit der Umsetzung der StrukturVO verbundenen Aufwand für die Unternehmen und die statistischen Ämter ist aber nicht nur der Umfang des Merkmalskatalogs; auch die Definitionen der Merkmale und die Gliederungstiefe der Ergebnisse wirken sich hier aus. Von der festgelegten Gliederungstiefe (z. B. nach Beschäftigten-

Übersicht 2: Zusätzliche Merkmale der StrukturVO gegenüber dem bisherigen nationalen Programm:

Fest vorgeschriebene Liefermerkmale		
Code	Zusätzliche Merkmale	Periodizität
13 13 1	Aufwendungen für Leiharbeiter/-innen	jährlich
13 41 1	Zahlungen für langfristig gemietete und mit Operating-Leasing beschaffte Produktionsanlagen	jährlich
15 31 0	Wert der mit Finanzierungsleasing beschafften Sachanlagen	jährlich
15 42 0	Bruttoinvestitionen in Konzessionen, Patente, Lizenzen, Warenzeichen und ähnliche Rechte	mehrfährlich
15 44 1	Investitionen in beschaffte Software	mehrfährlich
16 13 1	Zahl der Teilzeitbeschäftigten	jährlich
16 13 2	Zahl der Auszubildenden	jährlich
16 14 0	Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger/-innen in Vollzeiteinheiten	jährlich
16 15 0	Zahl der von Lohn- und Gehaltsempfängern/-innen geleisteten Arbeitsstunden	jährlich
20 21 0 bis 20 31 0	Einkauf von Energie nach Arten	mehrfährlich
22 11 0	Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche Forschung und Entwicklung	jährlich
22 12 0	Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger/-innen für Forschung und Entwicklung	jährlich
23 11 0	Zahlungen an Unterauftragnehmer	mehrfährlich

Merkmale der Pilotuntersuchungen		
Code	Bezeichnung	Anmerkung
12 16 0	Einkünfte aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	Nur juristische Personen
12 18 0	Finanzüberschuß	Nur juristische Personen
12 19 0	Bruttoüberschuß aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	Nur juristische Personen
12 20 0	Gewinn oder Verlust für das Jahr	Nur juristische Personen
14 11 0	Umsatz aus innergemeinschaftlichen Lieferungen von Waren und Dienstleistungen	
14 12 0	Umsatz aus außergemeinschaftlichen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen	
14 21 0	Innergemeinschaftliche Erwerbe von Waren und Dienstleistungen	
14 22 0	Außergemeinschaftliche Einfuhren von Waren und Dienstleistungen	
15 43 0	Ausgaben für die Absatzförderung	
15 61 0	Käufe von Aktien und Beteiligungen	Nur juristische Personen
15 62 0	Verkäufe von Aktien und Beteiligungen	Nur juristische Personen
21 12 0	Investitionen in Einrichtungen und Anlagen in Verbindung mit sauberen Technologien („integrierte Technologie“)	
21 14 0	Gesamte laufende Ausgaben für Umweltschutz	
23 12 0	Einkünfte aus Unteraufträgen	

größenklassen, in regionaler Hinsicht oder in bezug auf die Ebene der Wirtschaftszweignomenklatur) ist u. a. der erforderliche Stichprobenumfang abhängig.

Was die Definitionen betrifft, so ist zu begrüßen, insbesondere auch aus Sicht der auskunftspflichtigen Unternehmen, daß sie sich weitgehend an der für die Rechnungslegung in der Gemeinschaft maßgeblichen sogenannten 4. Richtlinie¹⁵) orientieren, die durch das Bilanzrichtliniengesetz vom 19. Dezember 1985 in deutsches Recht umgesetzt wurde, und zudem nationale Besonderheiten (wie z. B. das Aktivierungsverbot selbsterstellter immaterieller Vermögensgegenstände in Deutschland) berücksichtigen. Auch bei der Gliederung der Ergebnisse konnten in langen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und der

¹⁴) Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke, ABl. EG Nr. L 196, S. 1.

¹⁵) Vierte Richtlinie des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Art. 54 Abs. 3 Buchstabe g) des Vertrages über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen (78/660/EWG), ABl. EG Nr. L 222, S. 11.

Kommission Kompromisse erzielt werden, die insbesondere im Bereich der kleinen Unternehmen die Verwendung relativ schmaler Stichprobenumfänge und auch von geeigneten Schätzungen ermöglichen.

2.2.3 Vorschläge zur Umsetzung der StrukturVO

Die Aufgabe, die EU-Verordnung zur strukturellen Unternehmensstatistik umzusetzen, fällt in eine Zeit, in der man sich auf nationaler Ebene in den verschiedensten Gremien bemüht, zu Einsparungen im öffentlichen Dienst, insbesondere auch im Bereich der amtlichen Statistik zu kommen. Die Straffung der Statistik ist zur Daueraufgabe geworden und auch mit dem 3. Statistikbereinigungsgesetz¹⁶⁾ wohl keineswegs abgeschlossen. Ziel muß es deshalb sein, die neuen Anforderungen so in die bestehenden Erhebungs- und Aufbereitungssysteme zu integrieren, daß sich der von der Wirtschaft zu erbringende Aufwand nicht oder nur unwesentlich erhöht und zugleich die knapper werdenden Ressourcen der statistischen Ämter berücksichtigt werden.

Bei der Entwicklung eines Konzepts für die Umsetzung der StrukturVO im Bereich der Industrie zeigte sich schnell, daß die in der Verordnung vorgesehene Übergangsfrist von vier Jahren angesichts der Fülle der für die Umstellung erforderlichen Arbeiten voll ausgeschöpft werden muß, so daß die Anforderungen der StrukturVO erstmals für das Berichtsjahr 1999 vollständig zu erfüllen sind. Betrachtet man die notwendigen Arbeiten, handelt es sich hier um einen eher knapp bemessenen Zeitraum.

Wie zuvor bereits erwähnt, können die Mitgliedstaaten die an Eurostat zu liefernden Daten durch eine Kombination aus verbindlichen Erhebungen, anderen Quellen, die in bezug auf Genauigkeit und Qualität zumindest gleichwertig sind und statistischen Schätzverfahren, falls einige Merkmale nicht für alle Einheiten beobachtet wurden, beschaffen.

In Deutschland werden im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auch künftig die verbindlichen Erhebungen die Hauptquelle für die nach der StrukturVO zu liefernden Daten sein, weil entsprechende Angaben aus administrativen Quellen kaum vorliegen. Die Mehrzahl der Daten für Unternehmen und Betriebe kann dabei schon jetzt den beiden jährlichen Strukturerhebungen, der zentralen Kostenstrukturerhebung und den dezentralen Investitionserhebungen bei Unternehmen und Betrieben entnommen werden. In einigen Punkten sind allerdings Erweiterungen des bisherigen Frageprogramms erforderlich. Umweltspezifische Daten können aus der Umweltstatistik übernommen werden.

Zusätzliche demographische Angaben zur Grundgesamtheit der Unternehmen sowie zu den Unternehmensgründungen und -schließungen sollen aus dem Unternehmensregister ermittelt werden.

Daten für fachliche Unternehmensteile werden national bereits näherungsweise durch Zusammenführung von

Informationen aus verschiedenen Statistiken berechnet bzw. geschätzt.¹⁷⁾ Auch das für Unternehmen nachzuweisende Merkmal „Umsatz aus der Haupttätigkeit auf der Viersteller-Ebene der NACE Rev. 1“ soll im Rahmen dieses Schätzverfahrens ermittelt werden, so daß auf eine gesonderte zusätzliche Befragung der Unternehmen verzichtet werden könnte.

Schnelleregebnisse, die bereits zehn Monate nach Ende des Berichtsjahres vorliegen müssen, können zum Teil den monatlichen Konjunkturstatistiken entnommen werden, zum Teil sind Schätzungen notwendig.

Um die durch die europäische StrukturVO verursachte Mehrbelastung der Befragten zumindest teilweise auszugleichen, wurde der bisherige nationale Merkmalskatalog der Strukturerhebungen auf Kürzungsmöglichkeiten hin überprüft. Als Ergebnis wurde von Seiten der statistischen Ämter vorgeschlagen, im Rahmen der Investitionserhebungen bei Unternehmen und Betrieben auf die Erfassung der „Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, aus eigenen Erzeugnissen und aus Handelsware“ sowie der „Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen“ zu verzichten und sie künftig nur noch im Rahmen der Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen (auf Stichprobenbasis) zu erfragen. Eine Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft zur Aussetzung dieser Erhebungsmerkmale nach dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe ist im Juli 1998 mit Zustimmung des Bundesrates verabschiedet worden, so daß die Unternehmen und Betriebe bereits ab dem Berichtsjahr 1998 deutlich entlastet werden können. Für die Wirtschaft ergibt sich hierdurch eine Reduzierung der geforderten Angaben in der Investitionserhebung bei Unternehmen um etwa 40 %, bei Betrieben um fast 50 %.

Diese Straffung des Merkmalskatalogs bedeutet, daß sich die Investitionserhebung künftig nur noch auf die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens beschränken wird, das heißt es werden alle Zugänge zu den Sachanlagen (durch Kauf, durch Leasing, durch eigene Herstellung) und zu den immateriellen Vermögensgegenständen sowie die Verkaufserlöse aus dem Abgang von Sachanlagen erfaßt. Nach Abschluß der zuvor bereits angeführten Pilotstudien muß der Katalog gegebenenfalls noch um die Zu- und Abgänge an Finanzanlagen erweitert werden.

Die bisherigen Ausführungen zur Umsetzung der StrukturVO bezogen sich weitestgehend auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Nach der StrukturVO der EU sind aber Ergebnisse für alle Unternehmen, also einschließlich der kleinsten Einheiten zu liefern. Dabei unterstellt die StrukturVO, daß in den Mitgliedstaaten ein umfassendes, regelmäßig aktualisiertes Unternehmensregister (entsprechend der RegisterVO der EU) existiert. Die Erhebungen könnten dann überwiegend auf Stichprobenbasis durchgeführt werden, wobei das Register die Auswahlgrundlage bietet.

¹⁶⁾ Drittes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

¹⁷⁾ Siehe Opfermann, R.: „Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ab 1995“ in WiSta 2/1998, S. 102 ff.

Wie eingangs dargestellt, sind im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland die Mehrzahl (rund fünf Sechstel der Gesamtzahl, das sind fast 200 000) Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Von diesen Unternehmen werden etwa drei Viertel dem Handwerk zugeordnet; sie werden vierjährlich im Rahmen einer Stichprobenerhebung umfassend nach ihren Kostenstrukturen befragt. Rund ein Viertel der kleinen Unternehmen zählen zur Industrie; für sie liegen bislang keinerlei Angaben zur Kostenstruktur vor. Obwohl sich kleine Industrieunternehmen in vielen Fällen kaum von kleinen Handwerksunternehmen unterscheiden, werden sie in der deutschen Statistik bisher anders behandelt. Die StrukturVO sollte hier Anlaß sein, diese Ungleichbehandlung auf statistischem Gebiet zu beenden – bei den größeren Unternehmen gibt es sie seit Mitte der siebziger Jahre schon nicht mehr. Angaben über die Investitionstätigkeit liegen für kleine Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe bislang generell nicht vor.

Welche Möglichkeiten werden nun gesehen, die StrukturVO auf dieser Basis für die betroffenen Unternehmen mit vertretbarem Aufwand und für die amtliche Statistik möglichst rationell umzusetzen?

Nach den Ausführungsbestimmungen zur StrukturVO sind die Angaben zu den Kostenstrukturen für eine Reihe von Merkmalen nach Beschäftigtengrößenklassen gegliedert zu liefern, u. a. für die Größenklassen 1 bis 9 und 10 bis 19 Beschäftigte. Da es deutliche Unterschiede zwischen den Kostenstrukturen großer und kleiner Unternehmen gibt, erscheint es nicht vertretbar, die Angaben für die kleinen Größenklassen einfach aus den vorliegenden Daten der größeren Unternehmen zu schätzen. Auch eine Übernahme von Daten aus vorhandenen administrativen Dateien scheidet aus, weil es für die meisten der benötigten Angaben keine entsprechenden Dateien gibt.

Die Daten müssen somit erhoben werden; dabei sollten keine neuen Erhebungen installiert werden, sondern eine Lösung innerhalb des vorhandenen Erhebungssystems im Verarbeitenden Gewerbe gesucht werden. Unverzichtbare Voraussetzung für eine rationelle Durchführung der Erhebung in diesem Bereich ist, daß auch der Berichtskreis der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten vollständig im Register enthalten ist und die dort gespeicherten Angaben über Umsätze und Beschäftigte dieser Unternehmen – wie in der RegisterVO der EU vorgesehen – jährlich aktualisiert werden.

Ein denkbare Konzept zur Ermittlung von Kostenstrukturangaben für die kleinen Unternehmen wäre es dann, die vierjährliche repräsentative Kostenstrukturstatistik für kleine Handwerksunternehmen auf den Bereich der kleinen Industrieunternehmen zu erweitern und ihren Merkmalskatalog an die Anforderungen der StrukturVO anzupassen. Damit lägen vierjährlich verlässliche und detaillierte Angaben für alle kleinen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes vor. In den Zwischenjahren müßten Schätzungen vorgenommen werden. Dabei könnten die Strukturen aus den vierjährlichen Erhebungen entsprechend der Entwicklung der Umsatz- und Beschäftigtenangaben aus dem Unternehmensregister jährlich fortgeschrieben werden.

Alternativ könnte die bisherige jährliche Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe, die ebenfalls als Stichprobenerhebung durchgeführt wird, um den Berichtskreis der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten erweitert werden. Diesen Kleinunternehmen kann der volle Katalog der nach der StrukturVO zu stellenden Fragen aber kaum zugemutet werden; er müßte vielmehr drastisch reduziert werden. Dabei erscheint es aus unserer Sicht zweckmäßig, künftig auch Unternehmen mit 20 bis unter 50 Beschäftigten (auch sie zählen nach dem Handelsrecht zu den „kleinen Unternehmen“¹⁸⁾) nur mit diesem reduzierten Fragenkatalog zu belasten. Das würde die Erhebungswiderstände gerade bei diesem Teil des Berichtskreises, der durch statistische Auskunftspflichten härter getroffen wird als größere Unternehmen, deutlich abbauen und für das Statistische Bundesamt den durch die Erweiterung des Berichtskreises entstehenden Mehraufwand zumindest teilweise ausgleichen. Die für die kleineren Unternehmen nicht erhobenen Merkmale wären auf dem Wege der Schätzung zu ermitteln.

Legt man den bisherigen Qualitätsstandard der Kostenstrukturhebung zugrunde, wäre die Stichprobe dieser Erhebung nach ersten Schätzungen von bislang 18 000 auf rund 24 000 Unternehmen zu vergrößern. Nimmt man Qualitätsabstriche insbesondere in den Größenklassen der kleinen Unternehmen in Kauf, dann könnte gegebenenfalls sogar mit dem bisherigen Stichprobenumfang weitergearbeitet werden. (In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es von Seiten Eurostats bisher noch keine festen Qualitätsvorgaben gibt.) Die zusätzliche Belastung der kleinen Unternehmen wird zum Teil dadurch wieder kompensiert, daß für den Bereich des Verarbeitenden Gewerbes auf die vierjährliche Kostenstrukturstatistik im Handwerk, die sich an immerhin mehr als 7 000 kleine Handwerksunternehmen dieses Bereichs mit einem umfangreichen Fragenkatalog wendet, künftig verzichtet werden könnte.

Bei einem Vergleich der beiden dargestellten Erhebungskonzepte sprechen folgende Aspekte für die zweite Variante:

- Diese Variante ist aus rechtssystematischer Sicht schlüssiger – für die Kostenstrukturhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wäre nur eine Rechtsgrundlage maßgeblich, unabhängig davon, ob es sich um ein großes oder kleines, ein Industrie- oder Handwerksunternehmen handelt.
- Die zweite Variante führt zu besseren Ergebnissen bei der Ermittlung der Wertschöpfungsgrößen. Zwar sind die Kostenstrukturen der Unternehmen über mehrere Jahre hin relativ stabil, nicht aber die Wertschöpfung, auf die sich die konjunkturelle Situation auswirkt. Mit diesen jährlich aktuellen Angaben würde sich damit auch die Datenlage für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbessern.

¹⁸⁾ Zur Definition kleiner Kapitalgesellschaften siehe § 267 des Handelsgesetzbuches.

- Diese Erhebung „aus einem Guß“ wäre vom Arbeitsablauf her rationeller (keine Zusammenführung der Ergebnisse notwendig) und könnte das bereits für die Kostenstrukturerhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe verfügbare Fachwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unmittelbar nutzen.
- Die betroffenen Unternehmen würden nach dieser Variante zwar jährlich (statt vierjährlich) befragt, dafür wären aber weniger Unternehmen von der Erhebung betroffen und diese hätten nur wenige Eckdaten zu liefern. Für die Unternehmen mit 20 bis unter 50 Beschäftigten ergäbe sich sogar eine deutliche Entlastung.

Die Investitionen sind für eine Erfassung auf Stichprobenbasis weniger geeignet. Ihre Entwicklung ist unstet. Sie unterliegen von Jahr zu Jahr großen Schwankungen; vom Verhalten eines Unternehmens kann kaum auf das mehrere anderer geschlossen werden. U. a. wurde deshalb die Erhebung auch bislang als Totalerhebung bei Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten durchgeführt. Es erscheint zweckmäßig, dieses Verfahren beizubehalten. Der Anteil der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten an den Investitionen liegt nach grober Schätzung bei rund 10%. Es erscheint deshalb vertretbar, die Investitionen für diesen Berichtskreis unter Zuhilfenahme der im Unternehmensregister für diesen Berichtskreis verfügbaren Informationen zuzuschätzen, zumal die Ausführungsbestimmungen zur StrukturVO keine nach Größenklassen gegliederten Angaben über die Investitionstätigkeit verlangen.

2.2.4 Weiteres Vorgehen

Die vorstehend dargestellten Vorschläge zur Umsetzung der StrukturVO im Verarbeitenden Gewerbe müssen nunmehr noch mit den zuständigen Stellen abgestimmt werden. Dabei ist auch zu prüfen, ob gegebenenfalls Anpassungen der nationalen Gesetzgebung erforderlich sind. Ob es gelingt, wie in der StrukturVO vorgesehen, erstmals für das Berichtsjahr 1999 Ergebnisse nach dem neuen Konzept vorzulegen, hängt nicht zuletzt vom termingerechten Fortgang der Arbeiten zum Aufbau des umfassenden Unternehmensregisters ab, das bei allen dargestellten Varianten als Basis für die repräsentativen Erhebungen und die Schätzungen dient.

3 Energie- und Wasserversorgung

Der Energiesektor ist zentraler Bestandteil einer Volkswirtschaft. Er hat besondere Bedeutung für die Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse sowie für die Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse. Zentrale energiepolitische Aufgabe ist die Bereitstellung eines ausreichenden, sicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energieangebots. Bei der Verfolgung dieser Zielsetzung sind weitreichende Auswirkungen auf viele andere Politikbereiche zu beachten.

Das in der Bundesrepublik Deutschland vorhandene energiestatistische Datenangebot bedarf erheblicher Verbesserung, um der umfassenden Bedeutung des Energiesek-

tors gerecht werden zu können. Insbesondere ermöglicht die amtliche Energiestatistik keine zusammenhängende Erfassung des Aufkommens, der Umwandlung und der Verwendung aller Energieträger. Statt dessen gibt es eine Reihe von Einzelgesetzen¹⁹⁾, die mittelbar oder unmittelbar energierelevante Tatbestände berühren.

Das wichtigste Gesetz zur Erhebung energiestatistischer Daten ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 in der Fassung des Gesetzes vom 30. Mai 1980²⁰⁾. Dieses Gesetz bildet die Rechtsgrundlage für Erhebungen bei Betrieben und Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Außerdem enthält es Regelungen für die Erhebung über die Verwendung von Brennstoffen sowie von Elektrizität in den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Die Energiestatistiken wurden in dieser Zeitschrift bereits früher ausführlich dargestellt.²¹⁾

Aus Sicht der Datennutzer ist diese Zersplitterung der Energiestatistik von erheblichem Nachteil für die statistische Aufbereitung und Interpretation von Energiedaten. So erfordert eine Gesamtdarstellung des Energieflusses (Energiebilanz) einen erheblichen Aufwand für die Auswertung der verschiedenen Einzelstatistiken, deren Erhebungsmerkmale bisher nicht genügend aufeinander abgestimmt sind. Wichtige Teilbereiche der Energieversorgung werden außerdem durch die gegenwärtige Energiestatistik nicht oder nur unzureichend erfaßt.

3.1 Mengenstatistiken

Vorschläge zur Neukonzeption des Mengengerüsts der Energiestatistiken wurden seit Jahren zwischen Ressorts, den statistischen Ämtern und Nutzern erörtert. Die Ergebnisse sind in einem ersten Entwurf eines Energiestatistikgesetzes (EStatG) zusammengefaßt. Dabei geht es in erster Linie um eine Zusammenführung und Systematisierung bewährter Standarderhebungen, wie zum Beispiel den Statistiken über die Erzeugung/Gewinnung und Abgabe von Elektrizität und Gas sowie der Energieverwendung in der Industrie. Letztere soll auch zu einer deutlichen Entlastung der auskunftgebenden Betriebe beitragen. Um gravierende Datenlücken schließen zu können, wird seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft die Einführung neuer Erhebungen über den Wärmemarkt einschließlich der Kraft-Wärme-Kopplung, der erneuerbaren Energieträger²²⁾ sowie über die Energieverwendung im nichtindustriellen Bereich als unabdingbar erachtet.

Mit dem EStatG soll insbesondere für die Energiepolitik ein energiestatistischer Rahmen geschaffen werden, der möglichst alle Energieträger- und Verwendungsbereiche um-

¹⁹⁾ Gesetz über Statistiken der Rohstoff- und Produktionswirtschaft einzelner Wirtschaftszweige, Gesetz über die statistische Erfassung der in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachten festen Brennstoffe, Mineralölstatistikgesetz, Gesetz über die Statistik des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte, Mikrozensusgesetz.

²⁰⁾ Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewG) in der Neufassung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert durch Artikel 15 des 3. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

²¹⁾ Siehe Bayer, W.: „Zur gegenwärtigen Praxis der Energiestatistiken in der Bundesrepublik Deutschland“ in WiSta 11/1994, S. 897 ff.

²²⁾ Siehe dazu Bayer, W.: „Erneuerbare Energieträger 1991 bis 1996“ in WiSta 5/1998, S. 438 ff.

faßt. Dabei wird weitgehend ein einheitliches Erhebungskonzept zugrunde gelegt und somit eine Energiefachstatistik aufgebaut. Ausgenommen bleibt im Rahmen dieses Entwurfs der Mineralölbereich, dessen Daten auf der Grundlage des Mineralölstatistikgesetzes (1988) erfaßt werden. Eine Integration dieses Gesetzes in das Energiestatistikgesetz ist nicht sinnvoll, da das Mineralölstatistikgesetz vorrangig dem Verwaltungsvollzug dient.

Bei der Formulierung des EStatG-Entwurfs ist darauf zu achten, daß die Berichtskreise nur im unbedingt erforderlichen Umfang zu statistischen Meldungen herangezogen werden. Im Vergleich zu bisher geltenden Regelungen ist vorgesehen, die Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes zu entlasten, doch können die Energiemerkmale im Monatsbericht des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes erst nach Verabschiedung des EStatG ohne Informationsverlust für die Nutzer in Bund und Ländern gestrichen werden. Die sich aus den Einsparungen und zusätzlichen Kosten ergebenden Fragen zur Finanzierung des Vorhabens werden derzeit noch intensiv vom federführenden Ressort geprüft.

3.2 Strukturhebungen

Bei der Umsetzung der EU-Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik (StrukturVO) in der Energie- und Wasserversorgung wird ähnlich wie im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe verfahren. Bekanntlich beziehen sich nach der StrukturVO die Statistiken auf die Gesamtheit aller Unternehmen, die entsprechend ihrer Haupttätigkeit einem bestimmten Wirtschaftszweig zugeordnet sind. Für die Datenlieferung an Eurostat ist künftig der komplette Berichtskreis vorzusehen, also auch Angaben für kleinere Unternehmen und Betriebe. Verlangt werden Daten für Unternehmen, fachliche und örtliche Einheiten im Sinne der Verordnung vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft²³⁾. Daraus ergeben sich für den Bereich der Energie- und Wasserversorgung besondere Anforderungen. Angaben über Zahl und Tätigkeit der unterhalb der bisherigen Abschneidegrenzen liegenden Einheiten sind bisher weder im Unternehmensregister noch an anderer Stelle in der amtlichen Statistik bekannt, werden aber für die anstehenden Entscheidungen über die methodische Ausgestaltung der Statistiken dringend benötigt. Derzeit bemühen sich die statistischen Ämter des Bundes und der Länder intensiv, entsprechende Quellen ausfindig zu machen.

4 Baugewerbe

Das bisherige nationale System der Statistiken im Baugewerbe entspricht in seinen Grundzügen dem System im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Auch hier gibt es ein kurzfristiges Berichtssystem, mit dem Monatsbericht im Bereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ und dem Vierteljahresbericht im Bereich „Bau-

installation, Sonstiges Baugewerbe“ als Herzstück, und jährliche Strukturhebungen. Die Erhebungen wenden sich in der Regel an Unternehmen oder Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Eine Ausnahme bildet die jährliche Totalerhebung der Betriebe im Bereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“, in der für alle Betriebe dieses Bereichs Eckdaten über Beschäftigte, Arbeitsstunden, Löhne und Gehälter sowie Umsatz erfaßt werden. Im Bereich „Bauinstallation, Sonstiges Baugewerbe“ wird bei den Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten eine jährliche Zusatzerhebung durchgeführt, die die gleichen Eckdaten umfaßt.

Als weitere Strukturhebungen werden eine jährliche Unternehmenserhebung, die auch die Investitionen einbezieht, und eine repräsentative Kostenstrukturhebung durchgeführt.

Auch im Baugewerbe umfaßt der Berichtskreis neben den industriellen die handwerklichen Unternehmen; dabei werden Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in der Statistik wiederum gleich behandelt, kleinere Handwerksunternehmen werden auf repräsentativer Basis vierjährlich im Rahmen der Kostenstrukturstatistik befragt, für kleine Industrieunternehmen gibt es keine entsprechende Erhebung.

Betrachtet man die Auswirkungen der europäischen Konjunktur- und StrukturVO auf das System der Statistiken im Baugewerbe, dann zeigt sich, daß die Anforderungen an kurzfristigen Indikatoren voraussichtlich auf der Basis der national bereits vorhandenen Statistiken erfüllt werden können, so daß eine konzeptionelle Änderung des Monatsberichts nicht erforderlich erscheint. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Angaben für die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten geschätzt werden können. Darüber hinaus werden in einigen Fällen Anpassungen an die von Eurostat vorgegebenen Abgrenzungen notwendig sein.

Schwieriger wird auch im Baubereich die Erfüllung der Anforderungen der StrukturVO sein, die in Anhang 4 dieser Verordnung aufgeführt sind.

Sie ähneln, zum Beispiel hinsichtlich der Periodizitäten, der Übermittlungsfristen und des Übergangszeitraums, den Regelungen für die Industrie in Anhang 2, so daß nur einige wenige zusätzliche Anmerkungen gemacht werden. Auch das Merkmalsprogramm ist vergleichbar und unterscheidet sich lediglich um einige bauspezifische Besonderheiten. Wie auch im Verarbeitenden Gewerbe

- sind Ergebnisse für Unternehmen, Betriebe und fachliche Einheiten jährlich bzw. mehrjährlich an Eurostat zu übermitteln,
- sind bestimmte Merkmale zunächst in Pilotstudien zu untersuchen,
- ist der vierjährige Übergangszeitraum aufgrund der Fülle der für die Umsetzung der StrukturVO notwendigen Arbeiten voll auszuschöpfen, so daß auch hier erstmals für das Berichtsjahr 1999 das volle Programm zu erfüllen ist,

²³⁾ Siehe Fußnote 13.

– ist für ausgewählte Daten ein verkürzter Lieferzeitraum von 10 Monaten vorgesehen (Schnellergebnisse), ansonsten beträgt er 18 Monate.

Auch die Ausgangslage zur Umsetzung der StrukturVO ist vergleichbar. Die meisten Daten werden bereits heute aus der als zentrale Stichprobenerhebung durchgeführten Kostenstrukturerhebung und aus der dezentralen Jahreseinschließlich Investitionserhebung gewonnen. Diesen Erhebungen liegt ebenfalls – wie zuvor schon ausgeführt – grundsätzlich der Berichtskreis der Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten zugrunde. Das heißt die Umsetzung der StrukturVO bedeutet auch hier insbesondere eine Erweiterung des Berichtskreises um die kleinen Unternehmen und die Ausweitung des Merkmalskatalogs um einige wenige Merkmale, wie zum Beispiel Wert der mit Finanzierungsleasing beschafften Sachanlagen, Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeiteneinheiten, Zahl der von Lohn- und Gehaltsempfängern geleisteten Arbeitsstunden, Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche Forschung und Entwicklung, Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger für Forschung und Entwicklung (jeweils jährlich), Investitionen in beschaffte Software, Anzahl der Auszubildenden (jeweils mehrjährlich).

Für einige Merkmale soll noch geprüft werden, ob sie für Unternehmen aller Größenklassen relevant sind oder ob sie nur bei größeren Unternehmen erfragt werden müssen (z.B. Angaben zur innerbetrieblichen Forschung und Entwicklung). Auch im Baugewerbe ist die Ausgestaltung der Erhebungen (z.B. Stichprobenumfang, reduzierter Merkmalskatalog für kleinere Unternehmen) letztendlich von den Ausführungsbestimmungen zur Gliederungstiefe der Ergebnisse abhängig.

Um die Mehrbelastung der Bauwirtschaft mit statistischen Fragestellungen zumindest teilweise zu kompensieren, wurde auch hier der „nationale“ Merkmalskatalog auf Kürzungsmöglichkeiten hin überprüft. Wie im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe werden die Merkmale „Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, aus eigenen Erzeugnissen und aus Handelsware“ sowie die „Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen“ gestrichen. Zusätzlich wird im Rahmen der Jahreseinschließlich Investitionserhebung durch die Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft ab dem Berichtsjahr 1998 auf die Erhebung des Merkmals „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen am Anfang und Ende des Jahres“ verzichtet. Des weiteren werden bei der Jahres- bzw. Kostenstrukturerhebung verschiedene Merkmale zusammengefaßt (z.B. Bruttolöhne mit Bruttogehältern) bzw. ganz gestrichen werden (z.B. Vermögensteuer, Abschreibungen auf die Substanz nach § 7 VI Einkommensteuergesetz). Hierzu bedarf es keiner Änderung der nationalen Rechtsgrundlage.

Was die Ermittlung von Angaben für die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten betrifft, so bieten sich bei den Strukturerhebungen im Baugewerbe die gleichen Konzepte an wie im Verarbeitenden Gewerbe. Ein koordiniertes, abgestimmtes Vorgehen bei der Umsetzung der neuen europäischen Verordnungen in den verschiedenen Bereichen des Produzierenden Gewerbes würde nicht nur

die Transparenz des Erhebungssystems für den externen Nutzer erhöhen, sondern auch die Vergleichbarkeit der Ergebnisse fördern.

Dipl.-Volkswirt Oswald Angermann/

Dipl.-Volkswirt Gunter Laux/

Dipl.-Ökonom Wolfgang Reimann

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997

Vorbemerkung

Der Mikrozensus als wichtigste amtliche Stichprobenerhebung über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit bildet seit 1957 in jährlichem Rhythmus in einer Vielzahl von Variablen die Struktur des sozioökonomischen Wandels im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost ab. Der Mikrozensus gibt unter anderem Auskunft über die sich wandelnde Bevölkerungsstruktur und die Entwicklung der Haushaltsgröße. Seine Ergebnisse zeichnen die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen nach und zeigen, in welchen Wirtschaftsbereichen die meisten Menschen beschäftigt sind. Darüber hinaus erhellt er die soziale und wirtschaftliche Lage der ausländischen Bevölkerung und vieles mehr.

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt ein Prozent der Bevölkerung. Rund 7 000 Interviewerinnen und Interviewer besuchen jährlich im Mai und Juni rund 350 000 nach einem objektiven mathematisch-statistischen Zufallsverfahren ausgewählte Haushalte mit insgesamt etwa 800 000 Personen und befragen sie nach der Situation in der letzten feiertagsfreien Woche im April. Aus der Anpassung des Erhebungsprogramms an aktuelle Fragestellungen erhält der Mikrozensus seine Flexibilität. So können mit jedem Mikrozensusgesetz Erhebungsmerkmale neu aufgenommen werden, und andere, die im Laufe der Zeit entbehrlich wurden, entfallen. Neben der Bereitstellung zeitnaher Ergebnisse für die verschiedensten Zwecke sowie auch des Datenmaterials als faktisch anonymisiertes Einzelmateriale für die Wissenschaft bildet der Mikrozensus den Bezugsrahmen für eine Vielzahl kleinerer Erhebungen. Speziell in der Markt- und Meinungsforschung wird immer wieder auf die im Mikrozensus abgebildeten Bevölkerungsstrukturen zurückgegriffen.

Das heute geltende Mikrozensusgesetz vom 17. Januar 1996 regelt die Erhebungen der Jahre 1996 bis 2004. Ziel bei der Gesetzgebung 1996 war es, den Mikrozensus unter Beibehaltung seiner konzeptionellen Grundelemente als modernes, bedarfsorientiertes Instrument der Datengewinnung weiterzuentwickeln. Ein wichtiges Ziel war es, die Belastung der Befragten durch ihre Teilnahme an der Erhebung möglichst gering zu halten. Ebenso wurde versucht, den organisatorischen Aufwand in der Durchführung und Aufbereitung der Erhebung zu reduzieren. Im Hinblick auf die Mehrzweckverwendung der Ergebnisse knüpft das Mikrozensusgesetz von 1996 an die Vorgängergesetze an.

Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus findet sich in der Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ und Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“ sowie Reihe 3 „Haushalte und Familien“. Einen Querschnitt aus 40 Jahren

Mikrozensus bietet der Anfang 1998 erschienene Band „Im Blickpunkt: Leben und Arbeiten in Deutschland“. Darüber hinaus gehen die Ergebnisse des Mikrozensus in eine Vielzahl von Spezial- und Querschnittsveröffentlichungen sowohl der amtlichen Statistik als auch staatlicher wie privater Forschungsinstitute ein.

Demographischer Rahmen

Im April 1997 lebten in Deutschland 82,0 Mill. Menschen. Von 1991 bis 1997 hat die Bevölkerungszahl in Deutschland vor allem infolge von Zuwanderungen um 2,2 Mill. Menschen zugenommen. Während in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um 523 000 auf 15,4 Mill. abnahm, stieg sie im früheren Bundesgebiet um 2,7 Mill. auf 66,6 Mill. Menschen.

Gleichzeitig läßt sich eine Verschiebung der Altersstruktur im früheren Bundesgebiet feststellen, die unter anderem zur Folge hatte, daß die Gruppe der 20- bis unter 65jährigen – jene, die in der Regel aktiv im Erwerbsleben stehen – seit 1991 von 40,7 Mill. um rund 860 000 Personen auf 41,5 Mill. angewachsen ist. Hier wird allein durch die Bevölkerungsentwicklung ein Druck auf den Arbeitsmarkt erzeugt. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen sank die Zahl der 20- bis unter 65jährigen von 9,8 Mill. 1991 um rund 260 000 auf 9,5 Mill. 1997.

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die 65 Jahre und älter sind, hat von 1991 bis 1997 um 1,4 Mill. oder 12 % auf 13,5 Mill. zugenommen. Gleichzeitig ist die Zahl der jüngeren Menschen unter 20 Jahren um knapp 1 % gestiegen. Diese Entwicklung ist in Ost und West gegenläufig: Im früheren Bundesgebiet lebten 1997 rund 815 000 mehr Menschen unter 20 Jahren als 1991 (+6 %), in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 645 000 weniger (–16 %) als 1991.

Im April 1997 lebten 7,2 Mill. Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in Deutschland. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 8,8 %. 1991 hatte ihr Anteil noch bei 7,1 % gelegen (5,6 Mill. Menschen).

Tabelle 1: Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	April 1997	April 1991	Veränderung April 1997 gegenüber April 1991	
	1 000		%	
Deutschland				
Bevölkerung	82 029	79 829	+ 2 200	+ 2,7
männlich	39 971	38 548	+ 1 423	+ 3,6
weiblich	42 058	41 281	+ 777	+ 1,8
Deutsche	74 789	74 189	+ 600	+ 0,8
männlich	36 048	35 443	+ 605	+ 1,7
weiblich	38 741	38 746	- 5	- 0,0
Ausländer/-innen	7 240	5 640	+ 1 600	+ 22,1
männlich	3 923	3 105	+ 818	+ 20,8
weiblich	3 317	2 535	+ 782	+ 23,6
Früheres Bundesgebiet				
Bevölkerung	66 612	63 889	+ 2 723	+ 4,1
männlich	32 457	30 947	+ 1 510	+ 4,7
weiblich	34 155	32 942	+ 1 213	+ 3,6
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bevölkerung	15 417	15 941	- 523	- 3,4
männlich	7 514	7 601	- 87	- 1,2
weiblich	7 903	8 340	- 437	- 5,5

Erwerbsbeteiligung

Die Zahl der Erwerbspersonen, also jener, die nach ihren Angaben erwerbstätig oder erwerbslos sind, stieg in Deutschland zwischen 1991 und 1997 von 40,09 Mill. um 0,5 % auf 40,28 Mill. Da sich die Erwerbspersonen aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammensetzen, ist hierin auch die im selben Zeitraum um 69,4 % von 2,64 Mill. auf 4,48 Mill. gestiegene Zahl der Erwerbslosen enthalten.

Die Erwerbslosenzahl unterscheidet sich von der Zahl der registrierten Arbeitslosen dadurch, daß die Befragten sich selbst dieser Kategorie zuordnen, das heißt sie werden als erwerbslos eingestuft, wenn sie keinerlei Erwerbstätigkeit ausüben und sich nach eigenen Angaben um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind. Dadurch kann die Zahl der Erwerbslosen von der Arbeitslosenzahl, die die Bundesanstalt für Arbeit meldet, abweichen. Andererseits ist auch die Definition der Erwerbstätigkeit extensiv, da nach der im Mikrozensus zur Anwendung kommenden internationalen Definition jede und jeder vom Alter von 15 Jahren an als erwerbstätig gilt, der bzw. die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang einer Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, unabhängig von der Höhe der Entlohnung, dem Beitrag zum Lebensunterhalt und unabhängig davon, ob es sich um eine Gelegenheitstätigkeit oder eine reguläre Tätigkeit handelte.

Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen stieg von 1991 bis 1997 im früheren Bundesgebiet um 725 000 oder 5,7 % auf 13,51 Mill., während sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 337 000 oder 8,1 % auf 3,84 Mill. sank. Bei den Männern entwickelte sich die Erwerbsbeteiligung ähnlich. Während die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet im genannten Zeitraum leicht um 27 000 (+0,1 %) auf 18,60 Mill. stieg, ging sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 223 000 oder 4,9 % auf 4,33 Mill. zurück.

Die Erwerbsquote der Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren lag 1997 in Deutschland bei 80,3 %, die der Frauen bei 62,8 %. Während bei der Erwerbsneigung der Männer

zwischen dem früheren Bundesgebiet mit 80,5 % und den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 79,7 % im Grunde kein Unterschied besteht, unterscheiden sich die Frauen hinsichtlich ihrer Erwerbsneigung in Ost und West deutlich. Ihre Erwerbsquote betrug im früheren Bundesgebiet 60,3 % und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 73,6 %. Eine Betrachtung nach Altersgruppen zeigt eine höhere Erwerbsneigung in den neuen Ländern und Berlin-Ost bei Männern wie bei Frauen in fast allen Altersgruppen. Bei den über 60jährigen allerdings greifen offenbar die nach der deutschen Vereinigung in den neuen Ländern eingeführten Vorruhestandsregelungen, so daß die Erwerbsquote der 60- bis unter 65jährigen Männer in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 17,5 % deutlich unter der von 32,8 % im früheren Bundesgebiet liegt. Für die Frauen dieser Altersgruppe betrug die Erwerbsquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 5,1 % gegenüber 13,7 % im früheren Bundesgebiet.

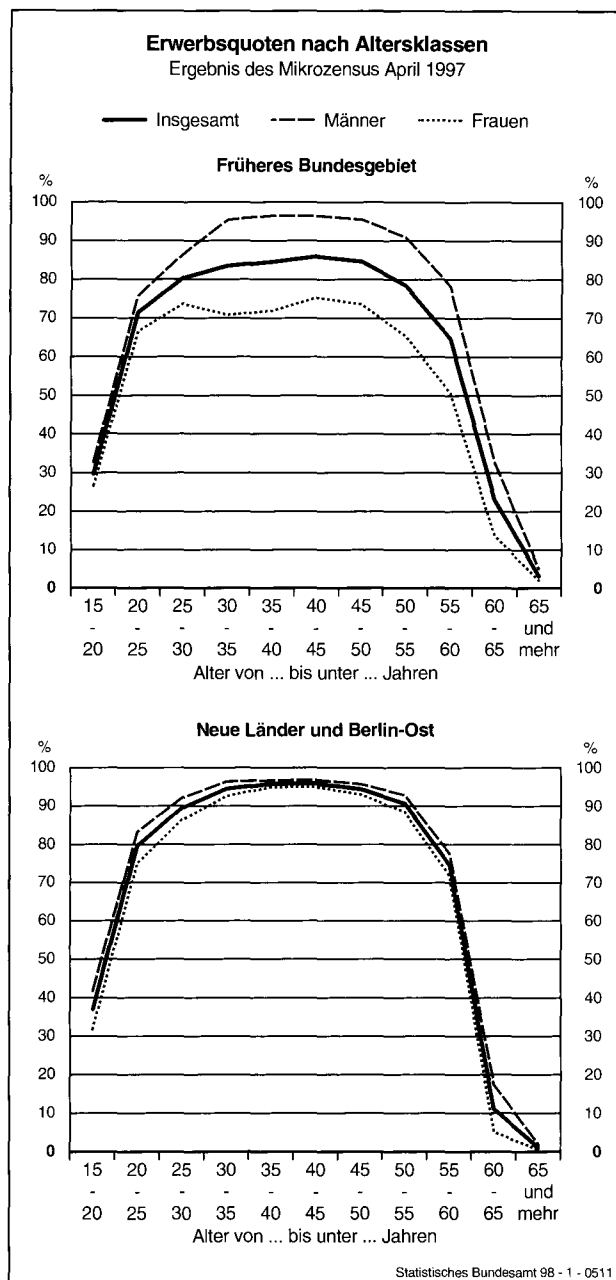
Die Erwerbsquote nach Altersklassen gibt Hinweise auf eine typische Erwerbsbiographie und ihre Veränderungen im Zeitablauf. Für die Frauen im früheren Bundesgebiet gilt noch, daß sich in der Erwerbsneigung die Tendenz zu einer sogenannten „Familienpause“ bemerkbar macht, die sich bei den jüngeren Frauen mittlerweile jedoch eher auf eine „Babypause“ beschränkt. Darauf deutet hin, daß die Erwerbsquote der Frauen, die von 26,6 % bei den 15- bis unter 20jährigen über 66,6 % bei den 20- bis unter 25jährigen bis auf 73,7 % bei den 25- bis unter 30jährigen ansteigt, bei den 30- bis unter 35jährigen leicht auf 70,9 % zurückgeht. In den folgenden Altersgruppen steigt sie bei den 35- bis unter 40jährigen auf 71,9 % wieder an und weiter bis auf 75,3 % bei den 40- bis unter 45jährigen, bevor ein deutlicher Rückgang einsetzt.

Bei den Frauen in den neuen Ländern ist kein solcher „Knick“ in der Erwerbsneigung festzustellen. Hier steigt die Erwerbsquote von einem bereits höheren Niveau von 31,7 % bei den 15- bis unter 20jährigen über 75,1 % bei den 20- bis unter 25jährigen kontinuierlich an bis auf 95,0 % bei den 40- bis unter 45jährigen, und erst bei den folgenden Altersgruppen setzt dann ein langsamer Rückgang ein.

Tabelle 2: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	April 1997			April 1991			Veränderung April 1997 gegenüber 1991					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000							%	1 000	%	1 000	%
Deutschland												
Bevölkerung	82 029	39 971	42 058	79 829	38 548	41 281	+ 2 200	+ 2,8	+ 1 423	+ 3,7	+ 777	+ 1,9
Erwerbspersonen	40 280	22 930	17 350	40 088	23 125	16 962	+ 192	+ 0,5	- 196	- 0,8	+ 388	+ 2,3
Erwerbstätige	35 805	20 549	15 256	37 445	21 875	15 570	- 1 641	- 4,4	- 1 326	- 6,1	- 315	- 2,0
Erwerbslose	4 475	2 381	2 095	2 642	1 251	1 392	+ 1 833	+ 69,4	+ 1 130	+ 90,4	+ 703	+ 50,5
Nichterwerbspersonen	41 749	17 041	24 708	39 742	15 423	24 319	+ 2 007	+ 5,1	+ 1 619	+ 10,5	+ 389	+ 1,6
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung	66 612	32 457	34 155	63 889	30 947	32 942	+ 2 723	+ 4,3	+ 1 510	+ 4,9	+ 1 213	+ 3,7
Erwerbspersonen	32 112	18 598	13 514	31 360	18 571	12 789	+ 752	+ 2,4	+ 27	+ 0,1	+ 725	+ 5,7
Erwerbstätige	29 200	16 901	12 299	29 684	17 719	11 965	- 485	- 1,6	- 818	- 4,6	+ 334	+ 2,8
Erwerbslose	2 913	1 698	1 215	1 676	852	824	+ 1 237	+ 73,8	+ 846	+ 99,2	+ 391	+ 47,4
Nichterwerbspersonen	34 500	13 859	20 641	32 528	12 376	20 152	+ 1 971	+ 6,1	+ 1 482	+ 12,0	+ 489	+ 2,4
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung	15 417	7 514	7 903	15 941	7 601	8 340	- 523	- 3,3	- 87	- 1,1	- 437	- 5,2
Erwerbspersonen	8 168	4 331	3 836	8 727	4 555	4 173	- 560	- 6,4	- 223	- 4,9	- 337	- 8,1
Erwerbstätige	6 605	3 649	2 957	7 761	4 156	3 605	- 1 156	- 14,9	- 508	- 12,2	- 648	- 18,0
Erwerbslose	1 562	683	880	966	399	568	+ 596	+ 61,7	+ 284	+ 71,4	+ 312	+ 55,0
Nichterwerbspersonen	7 250	3 183	4 067	7 213	3 046	4 167	+ 36	+ 0,5	+ 136	+ 4,5	- 100	- 2,4

Schaubild 1



Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren in Deutschland ist von 1991 bis 1997 um 651 000 auf 3,56 Mill. gestiegen. Ihre Erwerbsquote sank jedoch von 69,0 auf 65,8%, während sich die Erwerbs-

quote der Deutschen nur leicht von 72,9 auf 72,4% reduzierte. Bei den ausländischen Männern ging sie von 82,2 auf 78,9% und bei den Frauen von 52,3 auf 50,1% zurück. Zum Vergleich: Die Erwerbsquote der deutschen Frauen stieg in diesem Zeitraum von 62,9 auf 64,1%, während die der deutschen Männer von 83,0 auf 80,5% sank.

Erwerbstätigkeit

Erwerbstätig waren im April 1997 in Deutschland 35,80 Mill. Menschen; 29,20 Mill. im früheren Bundesgebiet und 6,61 Mill. Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im Zeitraum 1991 bis 1997 sank die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um insgesamt 1,64 Mill., im früheren Bundesgebiet um 485 000 (-1,6%), in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 1,16 Mill. (-15%). Das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen stieg zwischen 1991 und 1997 um ein Jahr von 38,3 auf 39,3 Jahre.

Die Erwerbstätigenquote, welche den Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen der entsprechenden Altersgruppe ausdrückt, lag im April 1997 für die 15- bis unter 65jährigen in Deutschland bei 64% (1991: 68%). Sie betrug für Männer 72% (1991: 78%) und für Frauen 55% (1991: 57%). Während im früheren Bundesgebiet die Erwerbstätigenquote der Frauen 1997 gegenüber 1991 mit je rund 55% konstant blieb, sank sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 67% (1991) um zehn Prozentpunkte auf 57% (1997).

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost sank von 1991 bis 1997 um 648 000 oder 18,0% auf 2,96 Mill., während sie im früheren Bundesgebiet um 334 000 oder 2,8% auf 12,30 Mill. stieg. Parallel dazu sank die Zahl der erwerbstätigen Männer im früheren Bundesgebiet um 818 000 oder 4,6% auf nunmehr 16,90 Mill., und in den neuen Ländern und Berlin-Ost ging sie um 507 000 oder 12,2% auf 3,65 Mill. zurück. Trotz insgesamt rückläufiger Erwerbstätigenzahlen in Deutschland von 1991 bis 1997 von 37,4 Mill. auf 35,8 Mill. um 4,4% hat es also eine Zunahme erwerbstätiger Frauen im früheren Bundesgebiet gegeben.

Kürzere Arbeitszeiten

Angaben zum Umfang, das heißt zu den tatsächlich in der Berichtswoche geleisteten Arbeitsstunden, stellt der Mikrozensus ebenfalls aktuell zur Verfügung. Die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen

Tabelle 3: Erwerbstätige und tatsächlich in der Berichtswoche geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen
Ergebnisse des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung	April 1997			April 1991			Veränderung April gegenüber April 1991		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbstätige									
				1 000				%	
Deutschland	35 805	20 549	15 256	37 445	21 875	15 570	- 4,4	- 6,1	- 2,0
Früheres Bundesgebiet	29 200	16 901	12 299	29 684	17 719	11 965	- 1,6	- 4,6	+ 2,8
dar.: Ausländer/-innen	2 811	1 824	987	2 539	1 705	834	+ 10,7	+ 7,0	+ 18,3
Neue Länder und Berlin-Ost	6 605	3 649	2 957	7 761	4 156	3 605	- 14,9	- 12,2	- 18,0
Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen in der Berichtswoche									
Deutschland	36,6	40,9	30,8	37,0	40,4	32,1	- 1,1	+ 1,2	- 4,0
Früheres Bundesgebiet	35,9	40,5	29,5	37,3	40,9	31,9	- 3,8	- 1,0	- 7,5
Neue Länder und Berlin-Ost	39,6	42,4	36,2	35,9	38,6	32,7	+ 10,3	+ 9,8	+ 10,7

Tabelle 4: Abhängig Erwerbstätige nach Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit
Ergebnisse des Mikrozensus

Tätigkeit	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
April 1997 1 000									
Vollzeit	26 258	17 199	9 059	20 845	14 007	6 839	5 413	3 193	2 220
Teilzeit	5 659	701	4 958	4 995	608	4 387	663	93	571
insgesamt...	31 916	17 900	14 016	25 840	14 615	11 226	6 076	3 285	2 791
%									
Vollzeit	82,3	96,1	64,6	80,7	95,8	60,9	89,1	97,2	79,5
Teilzeit	17,7	3,9	35,4	19,3	4,2	39,1	10,9	2,8	20,5
insgesamt...	100	100	100	100	100	100	100	100	100
April 1991 1 000									
Vollzeit	29 151	19 133	10 018	22 405	15 274	7 131	6 746	3 859	2 887
Teilzeit	4 736	402	4 334	4 075	355	3 720	661	47	614
insgesamt...	33 886	19 534	14 353	26 479	15 629	10 851	7 407	3 905	3 502
%									
Vollzeit	86,0	97,9	69,8	84,6	97,7	65,7	91,1	98,8	82,4
Teilzeit	14,0	2,1	30,2	15,4	2,3	34,3	8,9	1,2	17,5
insgesamt...	100	100	100	100	100	100	100	100	100

betrug in der Berichtswoche im April 1997 in Deutschland durchschnittlich 36,6 Stunden, mit einem Unterschied von zehn Stunden zwischen Männern und Frauen. Im früheren Bundesgebiet arbeiteten Männer in der Berichtswoche im April 1997 durchschnittlich 40,5 Stunden. Bei den Frauen war der Umfang der Erwerbsarbeit mit wöchentlich 29,5 Stunden um rund 27 % geringer. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der Unterschied längst nicht so deutlich ausgeprägt. Hier betrug die durchschnittliche wöchentliche tatsächlich geleistete Arbeitszeit der Männer 42,4 Stunden und bei den Frauen 36,2 Stunden (15 % weniger).

Neben den in den Tarifverträgen generell noch längeren Arbeitszeiten in den neuen Ländern und Berlin-Ost läßt sich aus diesen Angaben auch die unter Frauen stärkere Verbreitung von Teilzeitarbeit, insbesondere im früheren Bundesgebiet, ablesen.

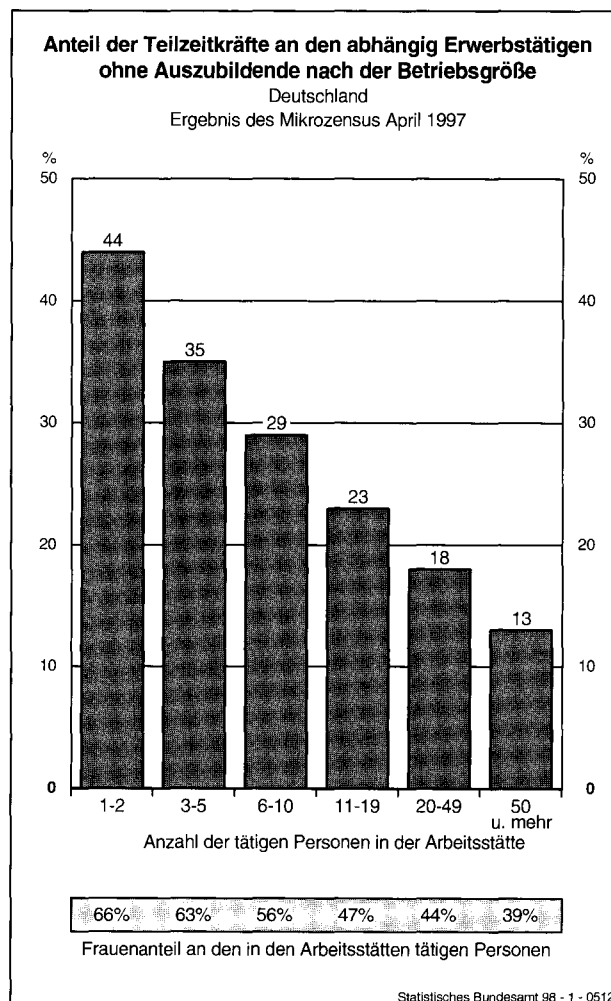
Teilzeit

Insgesamt stuften im April 1997 rund 5,66 Mill. Menschen – das waren 17,7 % aller abhängig Beschäftigten – ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung¹⁾ ein. Von ihnen waren 4,96 Mill. oder 87,6 % Frauen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig erwerbstätigen Frauen lag 1997 in Deutschland mit 35,4 % bei über einem Drittel. Der Anteil der Männer an allen Teilzeitbeschäftigten hat sich zwischen 1991 und 1997 von 8,5 auf 12,4 % erhöht. Ihre Zahl betrug im April 1997 rund 701 000 und weist damit eine Steigerung um fast 299 000 oder 74,4 % auf.

Im früheren Bundesgebiet hat – wie schon die Angaben zu den durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden zeigen – die Teilzeitbeschäftigung eine größere Bedeutung als in

den neuen Ländern und Berlin-Ost. Im Westen war im April 1997 fast ein Fünftel (19,3 %) der abhängig Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost hingegen war es ein Neuntel (10,9 %).

Schaubild 2



¹⁾ Die Befragten wurden um eine subjektive Stellungnahme gebeten, ob es sich bei ihrer Tätigkeit um eine Voll- oder Teilzeitarbeit handelt. Eine andere Möglichkeit der Abgrenzung – die den hier präsentierten Zahlen nicht zugrunde liegt – besteht in der Heranziehung der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden.

Teilzeitarbeit wird überwiegend in kleineren Betrieben²⁾ geleistet. So waren 43,7 % der abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) in Arbeitsstätten mit ein bis zwei Mitarbeitern Teilzeitbeschäftigte, in Arbeitsstätten mit drei bis fünf Mitarbeitern waren es 34,7 %, und in Arbeitsstätten mit sechs bis zehn Mitarbeitern noch fast ein Drittel (28,7 %). Dem steht ein Anteil der Teilzeitarbeitskräfte von 22,7 % in Arbeitsstätten mit elf bis 19 Mitarbeitern, von 17,8 % bei 20 bis 49 Mitarbeitern und 13,2 % der abhängig Beschäftigten in Arbeitsstätten mit 50 und mehr Mitarbeitern gegenüber. Diese Verteilung geht einher mit einem mit wachsender Betriebsgröße sinkenden Frauenanteil an den in der Arbeitsstätte tätigen abhängig beschäftigten Personen. Liegt er bei den Betrieben mit bis zu zehn tätigen Personen jeweils über 50 %, so beträgt er bei Arbeitsstätten mit elf bis

19 Beschäftigten 47,3 %, mit 20 bis 49 Beschäftigten 44,0 % und bei Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten 38,7 %. Der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen in Deutschland betrug 1997 rund 42,6 %.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Wenn Frauen unter den Teilzeittätigen allgemein stark vertreten sind, so gilt dies auch für die sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Diese sind sozialversicherungsfrei und umfaßten 1997 weniger als 15 Stunden pro Woche bei einem Verdienst bis zu 610 DM in den alten und 520 DM in den neuen Bundesländern³⁾. Des weiteren zählen zu diesen sozialversicherungsfreien Beschäftigun-

²⁾ Die Angaben zur Betriebsgröße wurden von den Befragten selbst gemacht.

³⁾ Diese Entgeltgrenzen werden jährlich angehoben und betragen für 1998 620 DM im früheren Bundesgebiet und 520 DM in den neuen Ländern und Berlin-Ost

Tabelle 5: Erwerbstätige im April 1997 nach ausgewählten Merkmalen

Ergebnis des Mikrozensus
Deutschland
1 000

Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige insgesamt			Darunter geringfügig beschäftigt mit nur einer Tätigkeit		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	35 805	20 549	15 256	1 873	463	1 410
Deutsche	32 937	18 684	14 253	1 690	400	1 290
Ausländer/-innen	2 868	1 866	1 002	183	63	119
Alter von ... bis unter ... Jahren						
15 – 20	1 290	745	545	80	39	42
20 – 25	2 835	1 545	1 289	150	60	90
25 – 30	4 323	2 384	1 939	222	83	139
30 – 35	5 282	3 066	2 217	252	44	208
35 – 40	4 984	2 873	2 111	239	29	210
40 – 45	4 646	2 584	2 062	191	24	166
45 – 50	4 313	2 427	1 886	162	20	142
50 – 55	3 431	1 998	1 433	144	22	122
55 – 60	3 401	2 042	1 359	184	37	146
60 – 65	934	657	277	134	48	87
65 und mehr	366	227	139	115	57	58
15 – 65	35 439	20 322	15 117	1 758	406	1 352
Familienstand						
Ledig	10 720	6 435	4 285	427	215	212
Verheiratet	22 286	12 983	9 303	1 284	219	1 065
Verwitwet	592	149	443	79	10	68
Geschieden	2 207	983	1 225	83	19	64
Überwiegender Lebensunterhalt						
Erwerbstätigkeit	32 395	19 891	13 504	746	189	557
Arbeitslosengeld/-hilfe	89	43	47	65	28	37
Rente, Pension	401	210	191	229	116	114
Unterhalt durch Angehörige	1 539	262	1 277	751	95	657
Eigenes Vermögen	42	24	18	10	5	/
Sozialhilfe	106	48	57	35	16	20
Sonstige Unterstützungen	232	70	162	36	16	20
Wirtschaftsunterbereich ¹⁾						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 049	657	391	63	24	39
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8 677	6 280	2 396	285	90	196
Energie- und Wasserversorgung	339	274	65	/	/	/
Baugewerbe	3 271	2 873	398	65	28	37
Handel und Gastgewerbe	6 243	2 865	3 378	544	113	432
darunter:						
Einzelhandel	3 189	1 059	2 130	315	47	269
Gastgewerbe	1 132	482	651	143	39	105
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 941	1 390	552	60	29	31
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 257	622	635	41	7	34
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	2 475	1 290	1 185	218	53	166
darunter:						
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung	609	232	377	44	9	35
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	306	89	216	73	6	67
Öffentliche Verwaltung u.ä.	3 324	1 934	1 389	54	19	35
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	7 230	2 363	4 866	537		
darunter:						
Gesundheits- und Veterinärwesen	2 332	560	1 772	133	17	116
Private Haushalte	133	7	127	65	/	63

¹⁾ Klassifizierung der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), Tiefengliederung für den Mikrozensus.

gen Tätigkeiten, die nicht mehr als zwei Monate oder 50 Arbeitstage im Jahr ausgeübt werden, wobei in diesem Fall keine Einkommensgrenze gilt.

Diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse statistisch zu erfassen, ist nicht nur für den Mikrozensus schwierig. Die Gründe hierfür liegen in der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, die sich nicht „eins zu eins“ in einen Fragebogen übertragen lassen, den vielfältigen Erscheinungsformen geringfügiger Beschäftigung und nicht zuletzt auch in der Sensibilität des Themas. Darüber hinaus haben so unterschiedliche Arbeitsverhältnisse wie stundenweise Arbeit an ganz bestimmten Tagen in regelmäßigem oder unregelmäßigem Wochenrhythmus, zu bestimmten Monatsterminen oder anlässlich nur jährlich wiederkehrender Veranstaltungen wie Messen und Ausstellungen im Mikrozensus nur dann eine Erfassungschance, wenn sie in die Berichtswoche fallen. Saisonale „Spitzen“ geringfügiger Beschäftigung – etwa zu Semester- oder Osterferien – sind daher in den ausschließlich auf die letzte feiertagsfreie Woche im April bezogenen Ergebnissen des Mikrozensus nicht enthalten. Da häufig sogenannte Proxy-Interviews durchgeführt werden, läßt sich nicht ausschließen, daß die Angaben eines Haushaltsmitglieds für alle anderen unter Umständen auch einen lückenhaften Informationsstand des Antwortenden widerspiegeln. Allgemein anerkannt ist jedoch, daß der Mikrozensus mit seinem Instrumentarium der Erfassung des Kerns der regelmäßig ausgeübten geringfügigen Beschäftigung dient. Darüber hinaus sind mit Hilfe der Mikrozensus-Erhebung wertvolle Strukturaussagen möglich, wobei der große Stichprobenumfang wie bei anderen Erhebungstatbeständen der Ergebnisqualität zugute kommt.

Im Mikrozensus 1997 haben hochgerechnet 1,87 Mill. Menschen, und zwar 1,41 Mill. Frauen und 463 000 Männer angegeben, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit ausgeübt zu haben. Das sind 5,2 % aller Erwerbstätigen in Deutschland. Ausländische Erwerbstätige waren mit 9,8 % unter den ge-

ringfügig Beschäftigten etwas stärker vertreten als unter den Erwerbstätigen insgesamt, wo ihr Anteil bei 8,0 % lag.

Drei Viertel (75,3 %) aller geringfügig Beschäftigten in Deutschland waren 1997, wie auch im Vorjahr, Frauen. Von den ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen wiederum waren rund drei Viertel (75,5 %) verheiratet, 15,0 % waren ledig. Bei den geringfügig beschäftigten Männern waren die Anteile der Verheirateten mit 47,3 % und der Ledigen mit 46,4 % fast gleich groß.

In Verbindung mit diesen Daten weisen die Angaben zur Altersverteilung darauf hin, daß Frauen eine geringfügige Beschäftigung offenbar häufiger als „Zuverdienst“ zum Familieneinkommen ausüben, während Männer eher vor Aufnahme einer regulären Vollzeittätigkeit geringfügig beschäftigt sind. So waren 39,3 % der geringfügig beschäftigten Männer, aber nur 19,2 % der geringfügig beschäftigten Frauen unter 30 Jahre alt. Gut die Hälfte der geringfügig beschäftigten Frauen (51,5 %) hingegen war zwischen 30 und 50 Jahren alt, ein weiteres Viertel (25,2 %) war zwischen 50 und 65 Jahren alt. Bei den Männern lag zwar der Anteil dieser Altersgruppe an den geringfügig Beschäftigten mit 23,1 % beinahe ebenso hoch, allerdings bei einer wesentlich geringeren absoluten Anzahl. Bei den Männern zwischen 30 und 50 Jahren lag der entsprechende Anteil bei 25,3 %. Auf die Frage nach der Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts nannten 46,6 % der geringfügig beschäftigten Frauen den Unterhalt durch Angehörige.

Die geringfügige Beschäftigung ist wirtschaftsfachlich konzentriert. Sie wurde 1997 vorwiegend in den Bereichen Handel und Gastgewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen ausgeübt. Im Handel und Gastgewerbe waren 29,0 % aller geringfügig Beschäftigten tätig, und zwar 30,6 % der geringfügig beschäftigten Frauen und 24,4 % der geringfügig beschäftigten Männer. 19,1 % der geringfügig beschäftigten Frauen waren im Einzelhandel tätig. Der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleistungen lag ebenfalls bei rund 28,7 %; von den geringfügig beschäftig-

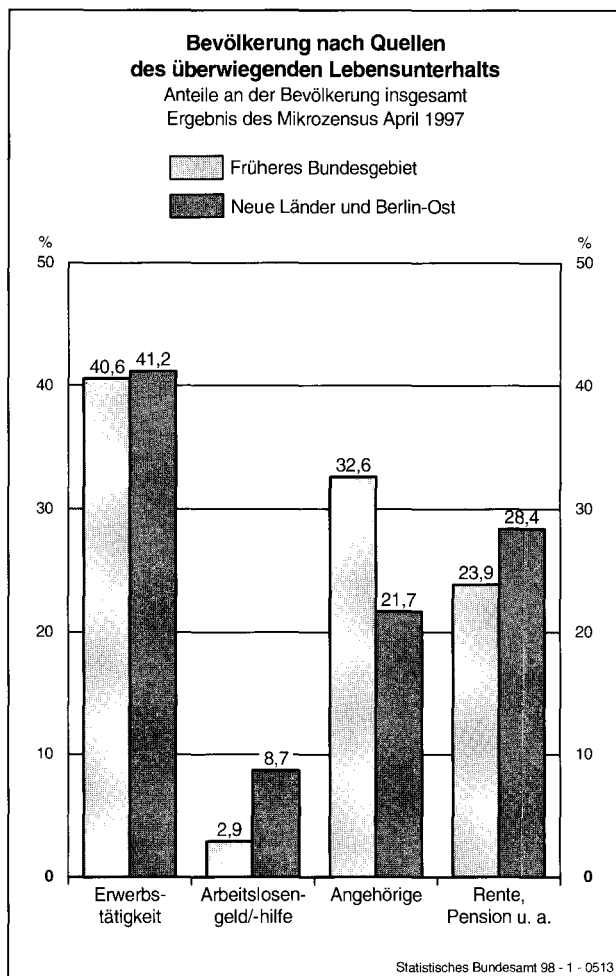
Tabelle 6: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt

Ergebnisse des Mikrozensus
Deutschland

Personengruppe	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch							
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Angehörige ¹⁾		Sonstiges ²⁾	
	April 1997	April 1991	April 1997	April 1991	April 1997	April 1991	April 1997	April 1991	April 1997	April 1991
	1 000		(% ³⁾)							
Bevölkerung insgesamt	82 029	79 829	40,7	44,5	4,0	2,2	30,5	31,4	24,8	21,9
männlich	39 970	38 548	49,8	55,5	4,7	2,3	23,1	23,7	22,5	18,5
weiblich	42 058	41 281	32,1	34,3	3,3	2,0	37,6	38,6	27,0	25,1
dar.: verheiratet	20 094	19 817	40,1	42,8	4,1	2,7	36,1	38,6	19,8	15,9
Erwerbstätige insgesamt	35 805	37 445	93,3	94,9	0,2	0,1	4,3	3,7	2,2	1,4
Männer	20 549	21 875	96,8	97,7	0,2	0,0	1,3	1,2	1,7	1,0
Frauen	15 256	15 570	88,5	90,8	0,3	0,1	8,4	7,1	2,8	2,0
dar.: verheiratet	9 303	9 498	86,6	89,3	0,3	0,1	11,3	9,3	1,8	1,4
Erwerbslose insgesamt	4 475	2 642	x	x	70,8	64,2	16,2	21,8	12,9	13,9
Männer	2 381	1 250	x	x	76,8	69,2	9,9	14,6	13,3	16,1
Frauen	2 095	1 392	x	x	64,1	59,7	23,4	28,3	12,5	12,0
dar.: verheiratet	1 270	893	x	x	62,2	59,5	29,2	34,0	8,6	6,5
Nichterwerbspersonen insgesamt ..	41 749	39 742	x	x	x	x	54,6	58,2	45,4	41,8
männlich	17 041	15 423	x	x	x	x	51,2	56,4	48,8	43,6
weiblich	24 708	24 319	x	x	x	x	56,9	59,4	43,1	40,6
dar.: verheiratet	9 521	9 426	x	x	x	x	61,2	68,5	38,8	31,5

¹⁾ Eltern/Ehepartner. – ²⁾ Rente, Pension, eigenes Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützung. – ³⁾ Anteil an Spalte „Insgesamt“.

Schaubild 3



ten Frauen arbeiteten hier 31,1 % und von den geringfügig beschäftigten Männern 21,4 %.

Lebensunterhalt

Die Angaben zur Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts im Mikrozensus stützen sich auf eine Selbsteinstufung der Befragten. Da das Erwerbseinkommen nicht immer die wichtigste Quelle für das Haushaltsbudget ist, sind diese Daten nicht deckungsgleich mit denen zur Beteiligung am Erwerbsleben.

Die bedeutendste Quelle des Unterhalts in Deutschland ist die Erwerbstätigkeit. Im Jahr 1997 bezogen 40,7 % der Menschen in Deutschland den überwiegenden Lebensunterhalt direkt aus ihrer Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil ist jedoch rückläufig; 1991 waren es noch 44,5 % gewesen. Dem Rückgang der Bedeutung der Erwerbstätigkeit als Hauptquelle für den Lebensunterhalt ging zwischen 1975 und 1991 im früheren Bundesgebiet ein deutlicher Anstieg voran. 1975 hatten noch 38,6 % der Bevölkerung im früheren Bundesgebiet angegeben, in erster Linie von ihrer Erwerbstätigkeit zu leben. Bei den Frauen betrug dieser Anteil damals erst 25,4 %, stieg aber bis 1991 auf 32,3 %. Für die gesamte Bevölkerung lag der Anteil derjenigen, bei denen die Erwerbstätigkeit die Hauptquelle für den Lebensunterhalt bildete, 1991 im früheren Bundesgebiet bei 43,7 %.

Zu den Ursachen für diesen Rückgang zählt u. a. die Verschiebung in der Altersstruktur, die dazu führte, daß der Anteil der Nichterwerbspersonen im Alter von 65 Jahren und mehr ansteigt. Daneben finden auch verlängerte Ausbildungszeiten sowie eine gestiegene Erwerbslosigkeit ihren Niederschlag. Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe nannten 4,0 % der 1997 in Deutschland Lebenden als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts; dies galt 1991 erst für 2,2 %.

Eine weitere wichtige Rolle für den Lebensunterhalt der Bevölkerung spielen Rente, Pension und andere Transfer-einkommen. Von ihnen lebte 1997 ein Viertel (24,8 %) der Männer und Frauen. 1991 waren es noch 21,9 % gewesen.

Ebenfalls hoch liegt der Anteil der Menschen, die in erster Linie vom Unterhalt durch Angehörige leben. Er betrug 1997 in Deutschland 30,5 % mit einem deutlichen Unterschied zwischen Männern (23,1 %) und Frauen, von denen 37,6 % angaben, vom Unterhalt durch Angehörige zu leben.

Arbeitsuche

In Zeiten wirtschaftlichen Strukturwandels nimmt die berufliche Mobilität nicht nur aufgrund von außen induzierter Anforderungen an die Arbeitskräfte zu, die aus der Erwerbslosigkeit heraus einen Arbeitsplatz suchen, sondern es treten auch Erwerbstätige, die sich durch einen

Tabelle 7: Arbeitsuche von Erwerbstätigen

Ergebnisse des Mikrozensus
1 000

Gründe für die Arbeitsuche	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
April 1997									
Erwerbstätige mit Angaben zu den Gründen für die Arbeitsuche zusammen	1 084	569	517	731	404	326	354	164	190
Bevorstehende Beendigung der gegenwärtigen Tätigkeit	304	157	147	161	92	69	143	65	78
Jetzige Tätigkeit nur Übergangstätigkeit	231	105	126	141	72	69	91	33	57
Suche nach zweiter Tätigkeit	32	14	19	26	12	14	6	/	/
Suche nach besseren Arbeitsbedingungen	267	157	110	204	120	83	63	36	27
Aus anderen Gründen	250	136	115	199	108	91	51	28	23
April 1991									
Erwerbstätige mit Angaben zu den Gründen für die Arbeitsuche zusammen	1 553	831	721	638	354	284	915	479	437
Bevorstehende Beendigung der gegenwärtigen Tätigkeit	841	429	412	143	83	60	698	346	352
Jetzige Tätigkeit nur Übergangstätigkeit	93	51	42	51	24	27	42	27	15
Suche nach zweiter Tätigkeit	19	10	8	11	6	/	8	/	/
Suche nach besseren Arbeitsbedingungen	327	195	132	228	131	97	99	65	34
Aus anderen Gründen	273	146	127	205	110	95	68	36	32

Tabelle 8: Erwerbslose im April 1997 nach Gründen der Arbeitsuche
Ergebnis des Mikrozensus

Arbeitsuche nach ...	Insgesamt		Männer		Frauen			
					zusammen		dar.: verheiratete Frauen	
	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾
Deutschland								
Entlassung	2 586	57,8	1 403	58,9	1 183	56,5	751	59,1
eigener Kündigung	175	3,9	80	3,4	96	4,6	57	4,5
freiwilliger Unterbrechung	106	2,4	20	0,8	86	4,1	63	5,0
Übergang in den Ruhestand	132	2,9	100	4,2	32	1,5	21	1,7
Sonstiges	1 146	25,6	601	25,2	545	26,0	291	22,9
Ohne Angabe	130	2,9	74	3,1	57	2,7	33	2,6
Arbeitsuche abgeschlossen	200	4,5	104	4,4	97	4,6	53	4,2
Insgesamt ...	4 475	100	2 381	100	2 095	100	1 270	100
Früheres Bundesgebiet								
Entlassung	1 324	45,5	848	49,9	476	39,2	266	38,8
eigener Kündigung	143	4,9	67	3,9	77	6,3	47	6,9
freiwilliger Unterbrechung	92	3,2	18	1,1	74	6,1	55	8,0
Übergang in den Ruhestand	113	3,9	88	5,2	25	2,1	16	2,3
Sonstiges	956	32,8	520	30,6	436	35,9	231	33,7
Ohne Angabe	118	4,1	68	4,0	50	4,1	30	4,4
Arbeitsuche abgeschlossen	166	5,7	88	5,2	77	6,3	42	6,1
Zusammen ...	2 913	100	1 698	100	1 215	100	686	100
Neue Länder und Berlin-Ost								
Entlassung	1 262	80,8	555	81,3	707	80,3	486	83,2
eigener Kündigung	32	2,0	13	1,9	19	2,2	11	1,9
freiwilliger Unterbrechung	13	0,8	/	/	12	1,4	8	1,4
Übergang in den Ruhestand	19	1,2	12	1,8	7	0,8	5	0,9
Sonstiges	190	12,2	81	11,9	109	12,4	60	10,3
Ohne Angabe	12	0,8	6	0,9	6	0,7	/	/
Arbeitsuche abgeschlossen	35	2,2	15	2,2	19	2,2	11	1,9
Zusammen ...	1 562	100	683	100	880	100	584	100

1) Anteil an Zeile insgesamt bzw. Zusammen.

Arbeitsplatzwechsel bessere Chancen ausrechnen, als Arbeitsuchende in Erscheinung.

1,1 Mill. Erwerbstätige, etwa zu gleichen Teilen Männer und Frauen, gaben 1997 in Deutschland an, eine andere oder weitere Tätigkeit gesucht zu haben; 28,0 % (22,0 % im früheren Bundesgebiet und 40,4 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost) von ihnen, da die Beendigung ihrer gegenwärtigen Tätigkeit bevorstand, und 21,3 % (19,3 % im früheren Bundesgebiet und 25,7 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost), da es sich bei der jetzigen Tätigkeit nur um eine Übergangstätigkeit handelte. 1991 – im Jahr nach der deutschen Vereinigung – hatten noch 54,1 % der arbeitssuchenden Erwerbstätigen in Deutschland (76,3 % in den neuen Ländern und 22,4 % im früheren Bundesgebiet) angegeben, daß die Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit bevorstände, und bei 6,0 % (4,6 % in den neuen Ländern und 8,0 % im früheren Bundesgebiet) hatte es sich um eine Übergangstätigkeit gehandelt.

24,6 % der arbeitssuchenden Erwerbstätigen in Deutschland strebten 1997 nach besseren Arbeitsbedingungen. Das Verhältnis zwischen denjenigen, die von außen induzierte Gründe, das heißt die bevorstehende Beendigung des Arbeitsverhältnisses, für einen angestrebten Arbeitsplatzwechsel angaben und jenen, die aus eigenem Antrieb eine andere Beschäftigung suchten, hielt sich damit 1997 in etwa die Waage.

Der Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt, daß im Westen rund 204 000 Erwerbstätige eine andere Tätigkeit suchten, um für sich bessere Arbeitsbedingungen zu verwirklichen, und 161 000, da die Beendigung ihrer Tätigkeit bevorstand. In den neuen Ländern war das Verhältnis umgekehrt: Hier gaben 143 000 Erwerbstätige an, die Beendigung ihrer

gegenwärtigen Arbeit stünde bevor, und rund 63 000 strebten nach besseren Arbeitsbedingungen.

4,48 Mill. Erwerbslose suchten im April 1997 nach einer Arbeit. 2,59 Mill. von ihnen suchten eine neue Arbeitsstelle, weil sie entlassen worden waren. 1,15 Mill. nannten „andere Gründe“. Rund 281 000 Erwerbslose hatten selbst gekündigt oder ihre Erwerbstätigkeit freiwillig unterbrochen.

Insgesamt waren 5,52 Mill. Männer und Frauen im April 1997 auf der Suche nach einer Arbeitnehmertätigkeit, weitere rund 64 000 Menschen, darunter fast ein Drittel Frauen, beabsichtigten, sich selbständig zu machen.

Bei den 1997 von den Erwerbslosen angewandten Methoden der aktiven Arbeitsuche treten punktuell Unterschiede zwischen Ost und West zutage. Während 98,7 % der Erwerbslosen in den neuen Ländern und Berlin-Ost, die eine Arbeitnehmertätigkeit suchten, das Arbeitsamt als Anlaufstelle für die Suche nannten, waren es im früheren Bundesgebiet nur 94,2 %. Hinsichtlich der Einschaltung einer privaten Vermittlung, der Aufgabe von Inseraten und dem Abschieken von „blinden Bewerbungen“ auf eine nicht ausgeschriebene Stelle zeigen sich kaum Unterschiede. Was das Abschieken von Bewerbungen auf Inserate betrifft, zeigten sich die Westdeutschen etwas aktiver. Diese Möglichkeit nutzten 38,2 % der Arbeitssuchenden im früheren Bundesgebiet und 36,3 % in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Der Nutzung von Kontakten dagegen wird im Osten mehr Gewicht beigemessen. Hier versuchte etwa jede(r) Dritte (30,8 %), über persönliche Verbindungen eine Arbeitsstelle zu finden gegenüber jedem bzw. jeder Fünften (20,5 %) in den alten Bundesländern.

Dipl.-Soziologin Sabine Allafi

Agrarstatistik auf neuen Wegen

Vorbemerkung

Seit dem 1. Juli 1998 ist das Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1626) in Kraft. Die ab 1. Dezember 1998 geltende Neufassung des Agrarstatistikgesetzes (BGBl. I S. 1635) berücksichtigt außerdem die Änderungen aufgrund des 3. Statistikbereinigungsgesetzes¹⁾.

Die Änderungen des Agrarstatistikgesetzes spiegeln die intensiven Bemühungen wider, das agrarstatistische System der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel der Kosteneinsparung und der Entlastung der Auskunftspflichtigen zu rationalisieren und zu reformieren. Außerdem wurde damit die erforderliche Rechtsgrundlage für die Landwirtschaftszählung 1999 geschaffen. Das neue Agrarstatistikgesetz, die Vorbereitung der Landwirtschaftszählung 1999, insbesondere aber das mit erheblichen Rationalisierungs- und Einsparungspotentialen verbundene Konzept einer „Integrierten Erhebung“ sowie das 1997/98 in den Statistischen Ämtern der Länder mit viel positiver Resonanz eingeführte Online-Aufbereitungsverfahren „AGRA“ sind Anlaß für eine Darstellung der sich „auf neuen Wegen“ befindenden Agrarstatistik. Es ist außerdem angezeigt, auf die durch Einstellung von Statistiken, Verlängerung von Erhebungsperiodizitäten, Kürzungen des Erhebungsprogramms sowie durch die repräsentative statt bisher allgemeiner Erfassung von Merkmalen erreichten Einsparungen in der Agrarstatistik besonders einzugehen.

Dieser Beitrag steht in Beziehung zu dem Ende 1994 in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“²⁾ veröffentlichten Aufsatz „Die Agrarstatistik vor dem Umbruch?“, der die von der Agrarstatistik zu lösenden Probleme aus damaliger Sicht beschreibt. Die nachstehenden Ausführungen geben Aufschluß darüber, welche neuen Konzepte zwischenzeitlich entwickelt wurden und jetzt umgesetzt werden sollen.

Die Stellung der deutschen Agrarstatistik in der Europäischen Union

Die deutsche Agrarstatistik – im engeren Sinne, die Statistiken über pflanzliche und tierische Erzeugung sowie über die Struktur land- und forstwirtschaftlicher Betriebe – befindet sich derzeit in der Endphase ihres seit Jahrzehnten größten Umbruchs ihrer Konzepte, Methoden und Organisation. Trotz fester Einbindung in das agrarstatistische System der Europäischen Union (EU) ist es gelungen, erhebliche Rationalisierungs- und Einsparungspotentiale zu realisieren und trotzdem auch weiterhin die national und

supranational erforderliche Kompatibilität zu gewährleisten.

Die bereits Anfang der 90er Jahre vom Statistischen Bundesamt eingeleiteten Initiativen und die nachfolgenden schwierigen und langwierigen Arbeiten zur Überprüfung und Modifizierung der Erhebungs-, Aufbereitungs-, Auswertungs- und Darstellungskonzepte sowie deren Organisation finden mit der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes vorerst ihren Abschluß.

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit Beginn der 60er Jahre das Gesamtsystem der europäischen Agrarstatistik im Rahmen jahrzehntelanger Harmonisierungsarbeiten der von den ursprünglich 6 auf heute 15 Mitgliedstaaten angewachsenen Gemeinschaft entscheidend mitgestaltet. Galt es einerseits, die statistischen Systeme der neuen Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung spezifischer und fachlicher Vorgaben mit denen der Gemeinschaft kompatibel zu machen, waren andererseits gleichzeitig bestehende Gemeinschaftssysteme zu modifizieren, um sie neuen Anforderungen anzupassen. Die sich ständig vergrößernde Gemeinschaft hatte in diesem Zusammenhang eine besonders schwierige Aufgabe zu lösen. Das gilt heute analog für die Umgestaltung und Anpassung der agrarstatistischen Systeme beitrittswilliger Länder Mittel- und Osteuropas.

Sowohl in Arbeitsgremien als auch im Rahmen gegenseitiger Konsultationen waren die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten statistischen Verfahren gefragt und fanden in anderen Mitgliedstaaten eine direkte oder modifizierte Anwendung. Seit dem Fall der Mauer und der Auflösung der Sowjetunion ist die Bundesrepublik Deutschland auch für die mittel- und osteuropäischen Staaten ein geschätzter Konsultationspartner und Berater bei der Umstellung der agrarstatistischen Systeme. Hierbei kommen den deutschen Agrarstatistikern die bei der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern gemachten Erfahrungen zugute.

Die feste Einbindung der Mitgliedstaaten in das harmonisierte agrarstatistische System der Gemeinschaft verhindert zwar nationale Alleingänge, erweist sich aber unbeabsichtigt auch als Hemmschuh für erforderliche Weiterentwicklungen und erschwert nicht selten längst überfällige Anpassungen. Die Initiativen der Bundesrepublik Deutschland belegen aber, daß es durchaus möglich ist, das scheinbar festgeschriebene gemeinschaftliche agrarstatistische System zu renovieren.

Die in der Gemeinschaft für die Agrarstatistik verantwortlichen Institutionen, das sind das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und die Generaldirektion „Landwirtschaft“ der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, haben inzwischen ebenfalls Initiativen zur Überprüfung und Verbesserung des agrarstatistischen Programms gestartet. Mit der „Entscheidung des Rates 96/411/EG vom 25. Juni 1996 zur Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft“ (ABl. EG Nr. L 162, S. 14 vom 1. Juli 1996) wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen, die die Mitgliedstaaten quasi zur Überprüfung und Verbesserung ihrer agrarstatistischen Systeme verpflichtet.

¹⁾ Drittes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikbereinigungsgesetz – 3. StatBerG) vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

²⁾ Siehe Merk, H.G./Bürgin, G. u.a.: „Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, Band 27 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart 1994 S. 213.

Eine eigens dafür eingerichtete Arbeitsgruppe befaßt sich sowohl mit Möglichkeiten zur „Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft“ als auch mit der „Zukunft der Agrarstatistik der Gemeinschaft“.

Durchführung und Problematik agrarstatistischer Erhebungen in der Bundesrepublik Deutschland

Die Erhebung und Aufbereitung agrarstatistischer Daten steht nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Gemeinschaft seit Jahren unter dem zunehmend stärker werdenden Druck, Kosten einzusparen. Gleichzeitig werden aber die Anforderungen an die Agrarstatistik – insbesondere auch aus der Umwelt- und Regionalpolitik – immer umfangreicher und anspruchsvoller. Dabei werden Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit der statistischen Konzepte und Methoden allzu oft überschätzt.

Die Anfang der 90er Jahre eingeleitete Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU mit ihrer Abkehr von der Mengensubvention hin zu einem System der Begrenzung von Produktionsmengen erfordert in einem stärkeren Maße, als bis dahin möglich und geschehen, eine mittel- und längerfristige Anpassung und Umgestaltung des agrarstatistischen Gesamtsystems an administrativ geänderte Vorgaben, das heißt an national und supranational reglementierte Erzeugungsbedingungen.

Mit der bereits Mitte der 80er Jahre eingeführten „Milchquotenregelung“ und den sich daran anschließenden „Stabilisatorenregelungen“ für Getreide und für andere pflanzliche Erzeugnisse hatte die Gemeinsame Agrarpolitik zumindest mittelfristig Vorgaben für die nationale und supranationale Agrarstatistik geschaffen. Die Reform der Agrarpolitik ging weit über diese vorherigen Regulierungsmaßnahmen hinaus und hatte eine klar definierte Zielsetzung. Diese fand u. a. im Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) ihren Niederschlag. Mit den betriebsbezogenen Einkommensübertragungen für Nutzflächen und Tiere erfolgte eine Abkehr von den Preis- und Mengensubventionen. Der landwirtschaftliche Unternehmer als Empfänger direkter Einkommensstützungen steht seither noch stärker im Mittelpunkt der administrativen Antrags-, Bewilligungs- und Überprüfungsverfahren und nicht selten sind zusätzliche scheinbar identische statistische Erhebungsvordrucke auszufüllen.

Es ist Aufgabe der Agrarstatistik, die bestehenden statistischen Konzepte, Methoden und Programme den durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgelösten neuen Entwicklungen in der Agrarwirtschaft und den daraus resultierenden Anforderungen anzupassen. Hierzu zählt vor allem die sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Gemeinschaft umstrittene Nutzung von InVeKoS-Verwaltungsdaten für sekundärstatistische Nachweise.

Die seit 1997 sehr kontrovers diskutierte Agenda 2000 wirft ihre Schatten voraus und erhebt die Frage nach neuen Anforderungen an die Agrarstatistik. Wenn aber für neue Auf-

gaben, wie es seit Jahren der Fall ist, keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden oder sogar gleichzeitig Einsparungsvorgaben zu realisieren sind, so erwächst daraus eine schwer lösbare Aufgabe. Was aber ist bisher geschehen, um trotzdem von einem neuen Weg der deutschen Agrarstatistik zu sprechen?

Die Kommission hat mit der Verlängerung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe³⁾ das 1989 installierte EUROFARM-Projekt⁴⁾ bis einschließlich 2007 abgesichert. Sie hat damit eindeutig – auch finanziell – am bisherigen Konzept der zweijährlichen Agrarstrukturerhebungen und an den in etwa zehnjährlichen Abständen stattfindenden Grunderhebungen (Landwirtschaftszählungen) festgehalten. Die Kommission hat außerdem mit Nachdruck versucht, den Merkmalskatalog der EG-Agrarstrukturerhebung um regionalstatistische und umweltrelevante Merkmale zu erweitern – im Prinzip allerdings erfolglos, da die Merkmale nur fakultativ sind. Dennoch wurden hier Zeichen gesetzt.

Auch für die beiden Bereiche der Produktionsstatistiken „Bodennutzung/Pflanzliche Erzeugung“ sowie „Viehbestände/Tierische Erzeugung“ sind in den vergangenen Jahren mehrere EU-Rechtsgrundlagen überarbeitet bzw. harmonisiert und – soweit wie möglich – den spezifischen Erfordernissen der neuen Mitgliedstaaten (Österreich, Finnland, Schweden) angepaßt worden. Erst kürzlich wurden Rechtsgrundlagen über die Viehbestandserhebungen auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland nach sehr langwierigen Beratungen modifiziert, um die Voraussetzungen für eine „Integrierte Erhebung“ zu schaffen. Diese deutschen Initiativen zur Änderung des Konzeptes der Viehbestandserhebungen hatten vorrangig das Ziel, einzelne Erhebungstermine der Viehbestandsstatistiken flexibler zu gestalten. Wie noch später auszuführen ist, werden durch den deutschen Vorschlag gleichermaßen Elemente der Rationalisierung (Einsparung) und der Harmonisierung, und zwar sowohl für den Bereich der Erzeugungs- als auch für den der Strukturstatistiken, umgesetzt.

Das bisherige System der landwirtschaftlichen Produktions- und Strukturstatistiken der Bundesrepublik Deutschland

Die Einführung regelmäßiger – anfangs in größeren Abständen durchzuführender – EG-Agrarstrukturerhebungen ab Mitte der 60er Jahre stellte die deutsche Agrarstatistik vor eine schwierige Aufgabe. Ab 1973 wurde es erforderlich, nicht nur etwa alle zehn Jahre eine Landwirtschaftszählung, sondern jedes zweite Jahr eine landwirtschaftliche Strukturerhebung (kleine Landwirtschaftszählung) durchzuführen. Unter den Gesichtspunkten Kosteneinsparung und Entlastung der Auskunftspflichtigen entstand

³⁾ Verordnung (EG) Nr. 2467/96 des Rates vom 17. Dezember 1996 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates vom 29. Februar 1988 (Abl. EG Nr. L 335, S. 3).
⁴⁾ Dabei handelt es sich um ein System von Datenbanken zur Aufbereitung von betrieblichen Einzeldaten der Gemeinschaftserhebungen.

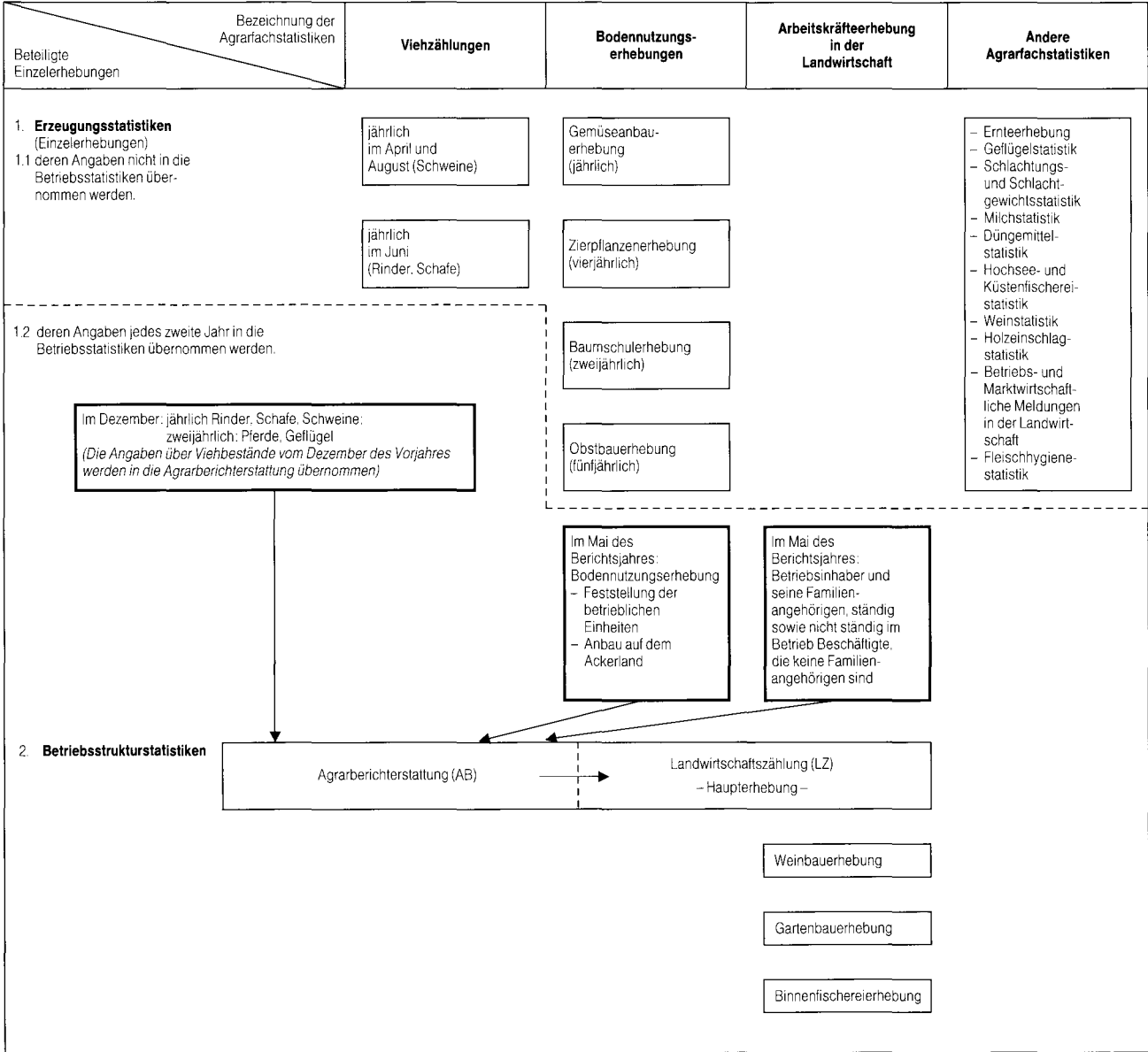
damals das Konzept der Agrarberichterstattung (neue Bezeichnung ab 1999: Agrarstrukturserhebung), das weitgehend auf eigenständige Erhebungen verzichtet. Statt dessen wurden die Daten aus den Einzelerhebungen über die Viehbestände, Bodennutzung und Arbeitskräfte einzeln betrieblich zusammengeführt und als Grunderhebung für strukturstatistische Nachweise der Agrarberichterstattung genutzt.

Wie in der Übersicht 1 dargestellt, bilden die Erzeugungsstatistiken seither die „Eckpfeiler“ der Betriebsstrukturstatistiken. Die „Verzahnung“ beider Bereiche ergibt sich aus der Verwendung von erzeugungsstatistischen Einzeldaten der Betriebe über Bodennutzung und Viehbestände für betriebsstatistische Nachweise der Agrarberichterstattung/EG-Agrarstrukturserhebung oder Landwirtschaftszählung. Hierzu ist anzumerken, daß bisher für die Erzeugungsstatistiken über Bodennutzung und Viehbestände andere Erhebungs- und Darstellungsgrenzen gelten als für die Betriebsstatistiken (Agrarberichterstattungen/Landwirtschaftszählungen).

Das Nebeneinander von Produktions- und Strukturstatistiken mit unterschiedlichen Erfassungs- bzw. Darstellungsgrenzen führte bei den Nutzern statistischer Ergebnisse häufig zu Irritationen. So wurden bisher in der Strukturstatistik ausschließlich die Bodenflächen und Viehbestände der Betriebe nachgewiesen; in den Erzeugungsstatistiken zusätzlich auch die Bodenflächen und Viehbestände der Bewirtschafter und Halter, also das gesamte Produktionspotential. Dies führte dazu, daß für zwei scheinbar identische Sachverhalte unterschiedliche Ergebnisse publiziert wurden.

Lediglich die Besitz- und sozialökonomischen Verhältnisse der Betriebe sowie Merkmale über Buchführung, Berufsbildung, Maschinen wurden als „Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung“ in Verbindung mit der Arbeitskräfteerhebung in einem gemeinsamen Erhebungsvordruck festgestellt. Dieses an sich etwas schwerefällige und aufwendige Verfahren der Zusammenführung von Datensätzen aus einzelnen Erhebungen mit

Übersicht 1: Erzeugungs- und Betriebsstrukturstatistiken im bisherigen agrarstatistischen System der Bundesrepublik Deutschland



unterschiedlichen Berichtskreisen hat sich zwar im Grundsatz seit zwei Jahrzehnten bewährt, stellt aber keineswegs eine optimale Lösung dar.

Die Anforderungen der EG-Agrarstrukturerhebungen wurden durch das Programm der zweijährlichen Agrarberichterstattung abgedeckt, eine gesonderte EG-Agrarstrukturerhebung gab es also auch bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Auch für die in etwa acht- bis zwölfjährigen Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen (zuletzt 1979 und 1991) bildete die Agrarberichterstattung das „Grundprogramm“, wobei spezielle Merkmale (Hofnachfolge, Zimmervermietung, Milch-Referenzmenge u. a.) zusätzlich erhoben wurden.

Das Anfang der 70er Jahre entwickelte Konzept der Agrarberichterstattung, das heißt die Verwendung von Produktionsstatistiken über Viehbestände und Bodennutzung für strukturstatistische Nachweise der Agrarberichterstattung, war trotz der Unzulänglichkeiten durch zwei unterschiedliche Berichtskreise unter den Gesichtspunkten Rationalisierung, Kosteneinsparung und Entlastung der Auskunftspflichtigen für die damalige Zeit richtungweisend.

Neue Einsparungsvorgaben machten weitere Harmonisierungen und Rationalisierungen erforderlich

Die politische Vorgabe der Bundesregierung, Statistiken auf das absolut Notwendige zu beschränken und vor allem Auskunftspflichtige zu entlasten, stellte die deutsche Agrarstatistik in den Jahren 1995 und 1996 erneut vor die Aufgabe, das agrarstatistische Programm zu rationalisieren und auf mögliche Einsparungen zu überprüfen. Vorrangiges Ziel war es, die Auskunftspflichtigen zu entlasten, dabei sollten größere Informationsverluste, soweit möglich, vermieden werden.

In diese Diskussion konnten die Agrarstatistiker ein bereits nahezu fertiges Rationalisierungs- und Harmonisierungskonzept einbringen, das auf einer noch stärkeren Verflechtung und Vereinheitlichung von Produktions- und Strukturstatistiken basiert, als das bis dahin der Fall war. Es wird nachstehend als „Integrierte Erhebung“ beschrieben.

Grundvoraussetzung für die Einführung einer Integrierten Erhebung war – neben einer zeitgleichen Erfassung aller Merkmale – die Anhebung und Vereinheitlichung der unteren Erfassungs- und Darstellungsgrenzen der an diesem Konzept beteiligten Einzelstatistiken über Bodennutzung, Viehbestände, Arbeitskräfte und andere Strukturmerkmale. Durch die Einführung dieser einheitlichen Organisationsform wird ein beträchtliches Rationalisierungs- und Einsparungspotential freigesetzt. Darüber hinaus wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, die fachlichen, organisatorischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine sekundärstatistische Nutzung von Verwaltungsdaten zu schaffen. Hierzu ist allerdings anzumerken, daß der damit verbundene Rationalisierungseffekt unterschiedlich beurteilt wird und die für eine Datenübernahme erforder-

liche Harmonisierung der Definitionen und Berichtskreise noch nicht zufriedenstellend ist.

Die „Integrierte Erhebung“ als neue Organisationsform der Betriebsstrukturerhebungen (Agrarstrukturerhebungen/ Landwirtschaftszählungen)

Die Bezeichnung „Integrierte Erhebung“ kennzeichnet das neue Organisationskonzept der zeitgleichen Erhebung aller betrieblichen Produktions- und Strukturmerkmale.

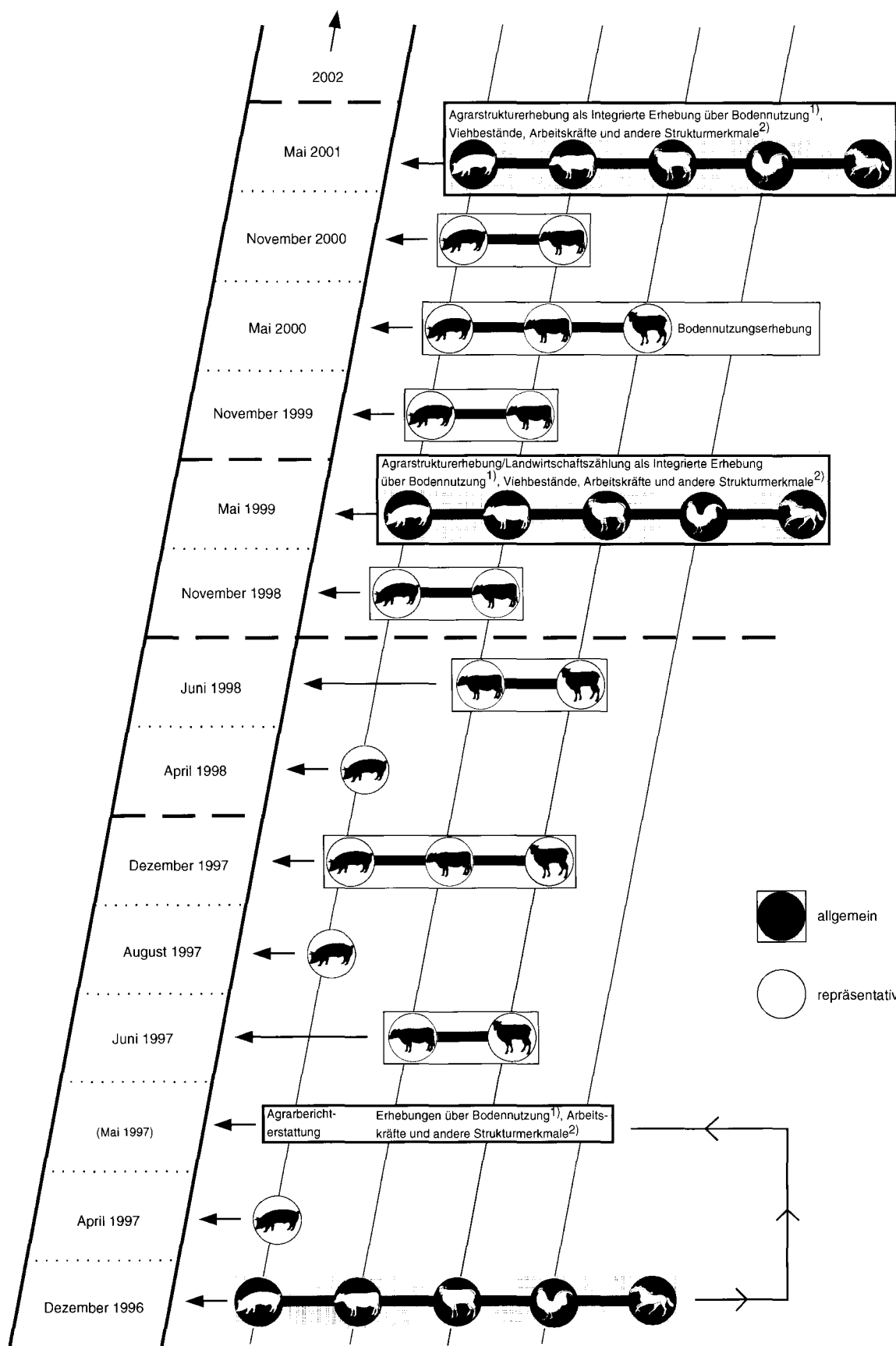
Wie bereits ausgeführt, wird die bisherige Bezeichnung Agrarberichterstattung ab 1999 durch den Begriff Agrarstrukturerhebung ersetzt. Unter der Bezeichnung „Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ werden die zweijährlichen Agrarstrukturerhebungen sowie die im Abstand von acht bis zwölf Jahren stattfindenden Landwirtschaftszählungen subsumiert. Die Landwirtschaftszählungen gliedern sich in Haupterhebung, Weinbauerhebung, Gartenbauerhebung und Binnenfischereierhebung. Für die nächste Gartenbauerhebung und die nächste Binnenfischereierhebung muß noch die rechtliche Grundlage geschaffen werden. Die Weinbauerhebung findet 1999 statt, wobei erstmals nahezu ausschließlich Verwaltungsdaten aus der Weinbaukartei genutzt werden.

Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung und Arbeitskräfteerhebung bildeten bisher – wie bereits erwähnt – das Grundprogramm der Agrarstrukturstatistiken. Ab der Landwirtschaftszählung 1999 gilt das nur noch für Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung, da die bis 1993 – in den neuen Bundesländern bis 1994 – jährliche Arbeitskräfteerhebung durch die Integration ihrer Merkmale in die Agrarstrukturerhebung ihre Eigenständigkeit verloren hat. Die Viehzählungen im November (statt bisher im Dezember) und die Bodennutzungserhebungen und Viehzählungen im Mai der Jahre ohne Strukturerhebungen bleiben eigenständige Statistiken.

Anfang Mai 1999 (Termin für die Landwirtschaftszählung) findet die erste zeitgleiche Erhebung („Integrierte Erhebung“) über Viehbestände, Bodennutzung, Arbeitskräfte und des Ergänzungsprogramms der Agrarberichterstattung mit einem gemeinsamen Erhebungsvordruck statt. Das Konzept einer Integrierten Erhebung (Agrarberichterstattung/EG-Agrarstrukturerhebung) machte eine Verlagerung der allgemeinen Viehzählung im Dezember in den Monat Mai erforderlich. Dadurch werden die Zwischenzählungen für Schweine im April und für Rinder und Schafe im Juni überflüssig (siehe das Schaubild).

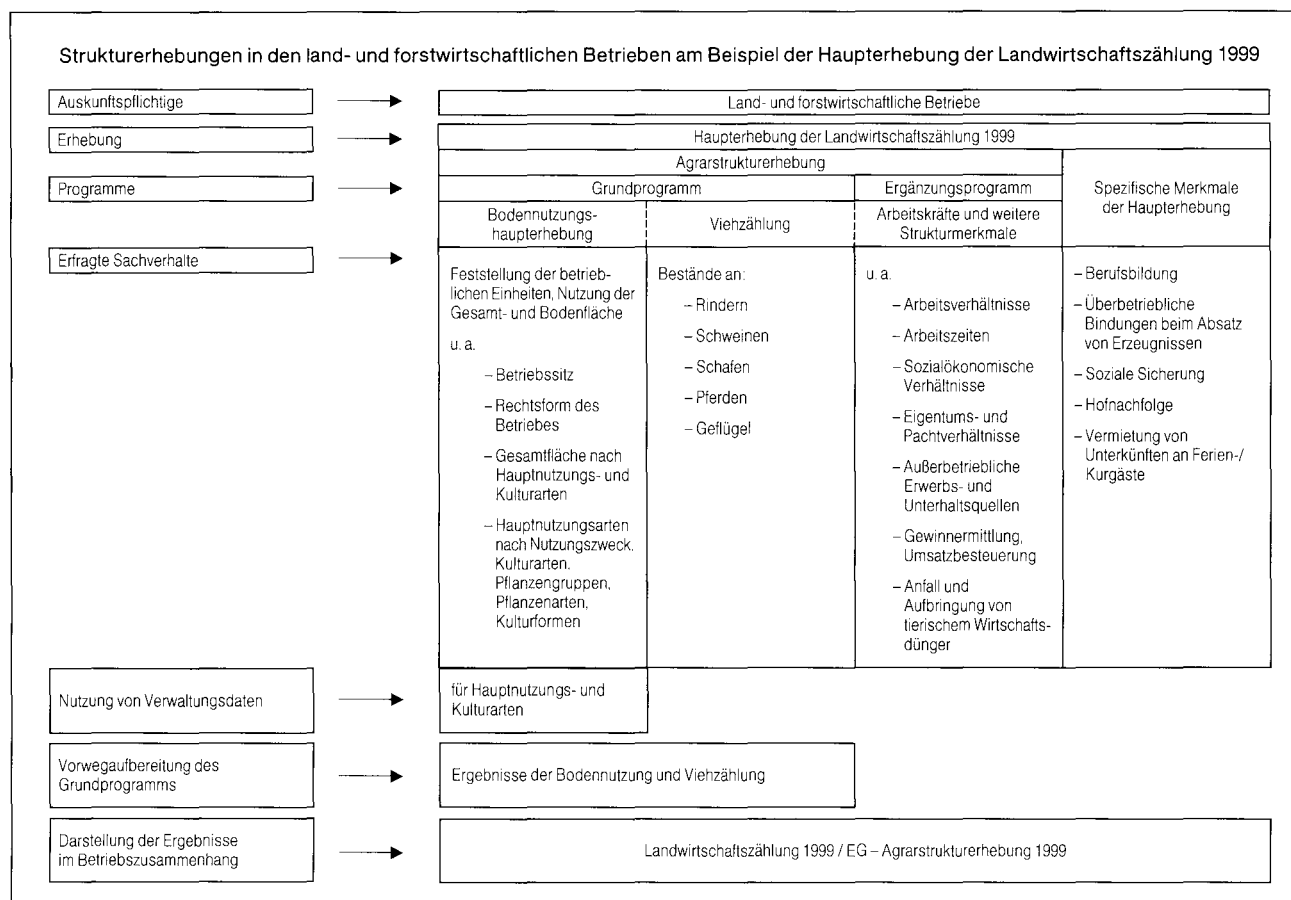
Insbesondere die Zusammenführung einzelbetrieblicher Angaben über Viehbestände vom Dezember des Vorjahres mit den einzelbetrieblichen Angaben über Bodennutzung und Arbeitskräfte des Berichtsjahres war im bisherigen System der Agrarberichterstattung u. a. wegen der sehr umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und der aus dem System resultierenden organisatorischen Probleme sehr aufwendig. Das Verfahren der Zusammenführung von zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhobenen Daten war seinerzeit auch deshalb gewählt worden, um eine gleich-

Viehzählungen im Zeitablauf nach bisherigem und nach novelliertem Agrarstatistikgesetz



1) Vierjährliche Totalerhebung (1995, 1999 usw.), in den Zwischenjahren repräsentativ.- 2) Überwiegend repräsentative Erfassung.

Übersicht 2: Die Organisation der „Integrierten Erhebung“



mäßigere Arbeitsverteilung in den Statistischen Ämtern der Länder zu gewährleisten.

Seit Einführung der zweijährlichen Agrarberichterstattung Anfang der 70er Jahre hat aber die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den alten Bundesländern rapide abgenommen, und in den neuen Bundesländern existieren ohnehin relativ wenige Betriebe. Insofern sind nunmehr auch die arbeitsorganisatorischen Voraussetzungen für eine zeitgleiche Erhebung der Merkmale über Bodennutzung, Viehbestände und Arbeitskräfte und anderer Strukturmerkmale der Betriebe im Mai gegeben. Bundesländer mit einer großen Anzahl von Betrieben nutzen die Möglichkeit, zur Arbeitsentlastung Daten aus InVeKoS zu verwenden.

Seinen ersten Praxistest hat dieses neue Erhebungs- und Aufbereitungskonzept für landwirtschaftliche Strukturstatistiken im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1991 in den neuen Bundesländern bereits bestanden.

Das Konzept, Produktions- und Strukturstatistiken so eng zu verzahnen, daß es nur noch einen Berichtskreis (Betriebe) gibt, erfüllt gleichermaßen die Vorgaben der Rationalisierung und Harmonisierung. Es läßt sich allerdings nur dann verwirklichen, wenn sich das Produktionspotential an Flächen und Viehbeständen nahezu ausschließlich in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben befindet, wie es in der Bundesrepublik Deutschland praktisch weitgehend der Fall ist. Insofern läßt sich eine derartige Rationalisierung und Harmonisierung nicht einfach auf andere Mitglied-

staaten der EU übertragen, sondern ist von der jeweiligen Produktionsstruktur eines Mitgliedstaates abhängig.

In Übersicht 3 werden die bisher geltenden und die neuen unteren Erfassungsgrenzen dargestellt, die sich aufgrund von § 91 des Agrarstatistikgesetzes in der jeweiligen Fassung ergeben.

Bodennutzungshauptidehebung

Entlastung der Auskunftspflichtigen durch Nutzung von Adressdateien landwirtschaftlicher Versicherungsträger

Im Rahmen der Bodennutzungshauptidehebung (Teil I) werden Merkmale über die Hauptnutzungs- und Kulturarten erhoben (u.a. Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), Waldfläche (WF), Betriebsfläche (BF), Ackerland, Grünland, Dauerkulturen). Die Ergebnisse werden nach Betriebsgrößen der landwirtschaftlich genutzten bzw. der Waldfläche aufbereitet (Betriebsgrößenstruktur). Zweck der Erhebung ist insbesondere die Feststellung der Betriebs-eigenschaft sowie die Festlegung der bisher unterschiedlichen Berichtskreise, denn außer an den Merkmalen über die Bodennutzung wird anhand von bestimmten Kriterien (Mindestbestände an Vieh oder Spezialkulturen) festgelegt, ob es sich bei den Erhebungseinheiten um landwirtschaftliche Betriebe oder lediglich um Bewirtschafter von Flächen oder Haltern von Viehbeständen unterhalb der betrieblichen Abgrenzung handelt. Die Bodennutzungserhebung dient somit zugleich der Aktualisierung des

Übersicht 3: Erhebungseinheiten und Auskunftspflicht in der Agrarstatistik

Bisher	Unverändert	Neu
Erhebungseinheiten		
1 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche 1 ha Waldfläche	8 Rinder 8 Schweine	2 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche 10 ha Waldfläche
50 Schafe	200 Legehennen 200 Junghennen 200 Schlacht-, Masthähnchen, -hühner und sonstige Hähne 200 Gänse, Enten und Truthühner 30 Ar Rebfläche 30 Ar Obstfläche 30 Ar Hopfen 30 Ar Tabak 30 Ar Baumschulen 30 Ar Gemüseanbau im Freiland	20 Schafe
10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland 1 Ar Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien 1 Ar Gemüse unter Glas 1 Ar Blumen und Zierpflanzen unter Glas		30 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland 30 Ar Heil- und Gewürzpflanzen oder Gartenbausämereien 3 Ar Gemüse oder Blumen und Zierpflanzen unter Glas
Auskunftspflicht für einzelne Erhebungen		
Bodennutzungshaupterhebung		
Betriebe Bewirtschafter mit 1 ha Betriebsfläche Bewirtschafter mit sonstigen Anbauflächen		Betriebe --- ---
Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung		
Betriebe Bewirtschafter mit sonstigen Anbauflächen		Betriebe ---
Baumschulerhebung		
Betriebe Bewirtschafter mit sonstigen Anbauflächen		Betriebe ---
Obstanbauerhebung		
Betriebe Bewirtschafter mit mindestens 15 Ar Baumobstflächen		Betriebe ---
Viehzählung		
Betriebe Viehhalter mit mindestens 1 Rind oder 1 Zuchtschwein oder 3 anderen Schweinen oder 3 Schafen oder 2 Pferden oder je 20 Tieren einer Geflügelart		Betriebe --- --- --- --- --- ---
Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft <i>integriert in Ergänzungsprogramm der Agrarstrukturhebung</i>		
Betriebe		landwirtschaftliche Betriebe
Agrarberichterstattung (AB)	- Grundprogramm -	Agrarstrukturhebung (ASE)
(Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung, AKE)		(Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung)
Betriebe	- Ergänzungsprogramm -	Betriebe gem. § 91 Agrarstatistikgesetz (neu)
Betriebe	- Zusatzprogramm -	Betriebe gem. § 91 Agrarstatistikgesetz (neu)
Betriebe		entfällt
Landwirtschaftszählung		
	- Haupterhebung -	
Betriebe		Landwirtschaftliche Betriebe, Forstbetriebe nur Bodennutzung und Viehbestände, Arbeitskräfte nur im Rahmen der Landwirtschaftszählung und nur für Personengruppen
	- Weinbauerhebung -	
Betriebe		Betriebe
Erhebungseinheiten mit mindestens 10 Ar sonstigen Rebflächen		auskunftspflichtig nur noch für die Merkmale über die bestockte Rebfläche und Rebsorte sowie andere Strukturmerkmale (übrige Merkmale werden der Weinbau-Kartei entnommen)
	- Gartenbauerhebung -	
Betriebe Erhebungseinheiten mit mindestens 15 Ar gärtnerischer Nutzfläche Erhebungseinheiten mit gärtnerischer Nutzfläche unter Glas oder Kunststoff		noch nicht gesetzlich geregelt
	- Binnenfischereierhebung -	
Betriebe Betriebe mit Fluß- und Seenfischerei von mindestens 10 Dezitonnen jährlich Betriebe mit Fischhaltung oder Fischzucht von mindestens 100 m² Forellen- oder 5 000 m² Karpenteichen Betriebe, die in Netzgehegen, Behältern oder ähnlichen Einrichtungen mindestens 5 Dezitonnen Fisch erzeugen		noch nicht gesetzlich geregelt

Betriebsregisters Landwirtschaft einschließlich der Kennzeichnung des Kreises der Auskunftspflichtigen (Betrieb oder Bewirtschafter von Flächen bzw. Halter von Tieren).

Die bisher jährliche Feststellung der betrieblichen Einheiten (Teil I der Bodennutzungshaupterhebung) wird ab 1999 nur noch jedes zweite Jahr allgemein durchgeführt. Für die Aktualisierung des Betriebsregisters Landwirtschaft in den Zwischenjahren mit repräsentativer Erfassung sollen ab 2000 die Register der landwirtschaftlichen Versicherungsträger (landwirtschaftliche und Gartenbau-Berufsgenossenschaften) herangezogen werden. Das ist auch deshalb notwendig, um neu entstandene Betriebe, insbesondere Gartenbaubetriebe, in den Kreis der Auskunftspflichtigen einzubeziehen.

Die Bodennutzungshaupterhebung (Teil II) dient der Feststellung des Anbaus auf dem Ackerland, u.a. als Grundlage für die Ermittlung der Ernte. Die Erhebung wird nur jedes vierte Jahr als allgemeine Erhebung und in den Zwischenjahren als Stichprobe durchgeführt.

Viehzählungen

Das neue Konzept der Viehzählungen und die „Integrierte Erhebung“

Die Einführung einer „Integrierten Erhebung“ setzte – wie oben bereits erwähnt – ein völlig neues Konzept der Viehbestandserhebungen voraus, das nachstehend ausführlich erläutert wird.

Die bis 1980 jährlichen und von 1982 bis 1996 zweijährlichen allgemeinen Viehzählungen im Dezember hatten sowohl für die Berichterstattung über die Viehbestände selbst als auch für die Statistiken über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe (Agrarberichterstattung/EG-Agrarstrukturserhebung sowie Landwirtschaftszählung) eine herausragende Bedeutung. Ihre Ergebnisse bildeten

- die Auswahlgrundlage für die repräsentativen Zwischenzählungen für Schweine im April und August, für Rinder und Schafe im Juni sowie für Rinder, Schweine und Schafe im Dezember der Jahre ohne allgemeine Viehzählung;
- gemeinsam mit den – im Mai des folgenden Jahres erhobenen – Ergebnissen über Bodennutzung und Arbeitskräfte das Grundprogramm der Agrarberichterstattung/EG-Agrarstrukturserhebung sowie der Landwirtschaftszählung.

Die Auswirkungen der Einführung einer Integrierten Erhebung auf das bisherige Erhebungskonzept der Viehzählung im zeitlichen Ablauf sind im Schaubild dargestellt.

Dazu ist anzumerken:

1. Die zweijährlich allgemeinen Viehzählungen für Rinder, Schweine, Schafe, Pferde und Geflügel finden fortan nicht mehr im Dezember, sondern Anfang Mai (des Folgejahres), also ab 1999 in allen ungeraden Jahren, in Verbindung mit der Erhebung über Bodennutzung und Arbeitskräfte statt. In den „Zwischenjahren“, erstmals im Jahr 2000, werden die Bestände an Rindern, Schweinen und Schafen ebenfalls im Mai

repräsentativ festgestellt, und zwar in Verbindung mit der Bodennutzungshaupterhebung. Auch diese beiden Erhebungen werden „integriert“ durchgeführt.

2. Die bisherigen repräsentativen Zwischenzählungen für Schweine im April sowie für Rinder und Schafe im Juni entfallen, da diese Anforderungen durch die Viehzählungen Anfang Mai abgedeckt werden.
3. Im November, statt bisher im Dezember, finden nur noch repräsentative Zählungen der Rinder- und Schweinebestände statt.
4. Die repräsentative Zählung der Schweinebestände Anfang August wird mit Zustimmung der EU durch Rechtsverordnung ausgesetzt werden, so daß jährlich nur noch zwei Erhebungen über die Viehbestände statt bisher vier stattfinden. Konsequenterweise werden deshalb die Dezember-Zählungen (siehe Ziffer 3) auf November vorgelegt, um eine halbjährliche Periodizität auch für die Erhebungen über die Schweinebestände einzuführen.

Vollständigkeitshalber ist anzumerken, daß für die Viehzählungen noch bis einschließlich November 1998 die bisherigen Erfassungsgrenzen gelten. Erst mit der Einbeziehung der Viehzählungen in die Integrierte Erhebung über die Betriebsstruktur wird – beginnend mit der Landwirtschaftszählung 1999 – die Erhebung über die Viehbestände auf die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Erhebungseinheiten gemäß § 91 der Neufassung Agrarstatistikgesetz) beschränkt.

Ganz besonders hervorzuheben ist, daß mit Einführung der „Integrierten Erhebung“ ein- und dasselbe Stichprobenkonzept sowohl für die Agrarstrukturserhebungen als auch für die in den Zwischenjahren stattfindenden Erhebungen über die Bodennutzung und Viehbestände im Mai sowie für die jährlichen Erhebungen über die Rinder- und Schweinebestände im November zur Anwendung kommt. Bisher wurden alle repräsentativen Erhebungen über die Viehbestände mit einem eigenen Stichprobenverfahren durchgeführt. Der Verzicht auf ein gesondertes Stichprobenkonzept für die Viehbestände ist methodisch sinnvoll und stellt außerdem einen nicht zu unterschätzenden Rationalisierungsfaktor dar.

Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft

Die bis 1993 – in den neuen Bundesländern bis 1994 – jährliche Arbeitskräfteerhebung hat ihre Eigenständigkeit verloren. Die Erhebungen über die Arbeitskräfte sind in das Programm der Agrarstrukturserhebung integriert. In den Jahren der Landwirtschaftszählungen werden die Merkmale über Arbeitskräfte/Arbeitsverhältnisse allgemein erhoben. Aus Rationalisierungsgründen wird für die Teilgesamtheit der Nichtstichproben-Betriebe ein erheblich gestrafftes Erhebungsprogramm (Personengruppenkonzept) angewendet.

Elemente der Einsparungen

Mit der Einführung der „Integrierten Agrarstrukturserhebung“ anläßlich der Landwirtschaftszählung 1999 werden erhebliche Einsparungen erzielt, das statistische System

rationalisiert und die Auskunftspflichtigen entlastet. Erreicht wird dies durch die

- Zusammenlegung von Erhebungen,
- Anhebung und Vereinheitlichung unterer Erfassungsgrenzen,

- Verlängerung von Erhebungsperiodizitäten,
- Kürzung des Erhebungsprogramms/Straffung der Merkmalskataloge sowie durch die
- repräsentative statt allgemeiner Erfassung von Merkmalen.

Übersicht 4: Elemente der Einsparungen

Lfd. Nr.	Statistik	Ergebnis/Bemerkungen
I. Einstellung von Statistiken		
1	Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen	unverzichtbare Merkmale über Aussaatflächen wurden in die Ernteberichterstattung integriert
2	Statistik landwirtschaftlicher Maschinen	Gestrichen wurde die dreijährliche Ermittlung der technischen Betriebsmittel aus den Anträgen auf Gewährung der Gasölbilligung ab 1996 und der Erhebungsteil Maschinen im Ergänzungsprogramm der Agrarberichterstattung nach 1995
3	Erntevorausschätzungen	Verzicht auf die Erntevorausschätzungen auf der Basis von Witterungsdaten durch das Statistische Bundesamt
4	Repräsentative Schweinezahl im August	Erhebung wird eingestellt; mit einer methodologischen Studie wurde belegt, daß dies zu keinen Qualitätseinbußen der Vorausschätzungsergebnisse führt
5	Allgemeine/repräsentative Schafzählungen im Juni und Dezember	Schafe werden nur noch einmal jährlich im Mai erhoben
II. Zusammenlegung von Erhebungen		
6	Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Agrarberichterstattung/Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung)	Zusammenlegung der Bodennutzungshaupterhebung, Arbeitskräfteerhebung und Viehzählung auf einen Termin im Mai (Integrierte Erhebung)
7	Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft	Integration der Merkmale in die Agrarstrukturerhebung
8	Viehzählung	Durch die Verlegung der Viehzählungen (allgemein und repräsentativ) von Anfang Dezember auf Anfang Mai erübrigen sich die jährlichen repräsentativen Erhebungen über die Schweinebestände von Anfang April und über die Rinder- und Schafbestände von Anfang Juni
III. Anhebung und Vereinheitlichung der Erfassungsgrenzen		
9	Bodennutzungshaupterhebung, Viehzählung, Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung (Haupterhebung)	Wegfall der Auskunftspflicht für sonstige Halter von Nutztieren und Bewirtschafter von Flächen
10	Gemüseanbau- und Zierpflanzenerhebung, Baumschulerhebung, Obstanbauerhebung	Durch die Harmonisierung des Auskunftspflichtigenkreises bei den jeweiligen Erhebungen mit dem der Agrarstrukturerhebung beschränkt sich der Berichtskreis ausschließlich auf Betriebe
IV. Verlängerung von Erhebungsperiodizitäten		
11	Bodennutzungshaupterhebung (Teil I) Feststellung der betrieblichen Einheiten (Betriebsgrößenstruktur)	von jährlich auf zweijährlich. Es besteht ab dem Jahr 2000 die Möglichkeit, das Betriebsregister mit Hilfe der Register der landwirtschaftlichen Versicherungsträger (Berufsgenossenschaften) zu aktualisieren.
12	Baumschulerhebung	von zweijährlich auf vierjährlich
13	Düngemittelstatistik (Abteilung IV)	von monatlich auf vierteljährlich
14	Holzstatistik – Holzeinschlag – Holzbearbeitung	von vierteljährlich auf halbjährlich
V. Nutzung von Verwaltungsdaten und Adreßregistern		
15	Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung	Sekundärstatistische Nutzung von Verwaltungsdaten über Bodennutzung und Viehbestände aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS)
16	Hochsee- und Küstenfischerei (Fangstatistik, Anlandestatistik)	Zur Vermeidung von Doppelaufbereitungen Übernahme von Verwaltungsdaten aus der Quotenüberwachung durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung für den Bereich der Fangstatistik
17	Weinbauerhebung	Übernahme von Daten aus der Weinbaukartei und Integration der Strukturmerkmale der Weinbauerhebung in die Landwirtschaftszählung (Haupterhebung)
18	Weinwirtschaftsstatistiken: Weinerzeugung	Nutzung der Weinbaukartei
VI. Straffung des Erhebungsprogramms		
19	Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung	Straffung des Merkmalskatalogs der Agrarstrukturerhebung/Landwirtschaftszählung und Befreiung der Forstbetriebe vom Ergänzungsprogramm; letztmalige Erhebung der Arbeitskräfte 1999
20	Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft	Unterschiedliche Erfassungsmodalitäten für die Stichprobenbetriebe (Einzelpersonen) und die Nicht-Stichprobenbetriebe (Personengruppen). Die Arbeitskräfte werden nur im Rahmen der Landwirtschaftszählung allgemein erfaßt.

Durch die Zusammenlegung von Erhebungen, Straffung der Merkmalskataloge sowie durch den Übergang von einer totalen zu einer repräsentativen Erfassung bestimmter Merkmale reduziert sich der Aufwand für agrarstatistische Erhebungen für etwa 550 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe. Außerdem entfällt die Auskunftspflicht

Tabelle 1: Auskunftspflichtige vor und nach der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes
Deutschland

Auskunftspflichtige	Auskunftspflichtige		Einsparungen ¹⁾	
	vor	nach	absolut	relativ
	der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes			
	Anzahl			%
Agrarberichterstattung, zukünftig Agrarstrukturerhebung	736 442	559 200	177 242	24,1
Landwirtschaftliche Betriebe	587 142	533 671	53 471	9,1
Forstwirtschaftliche Betriebe	149 300	25 529	123 771	82,9
Bodennutzungshaupterhebung	809 244	560 603	248 641	30,7
Viehzählung	667 875	559 200	108 675	16,3

1) Durch die Anhebung der Mindesterfassungsgrenzen nicht mehr auskunftspflichtig.

für rund 300 000 Erhebungseinheiten aufgrund der Anhebung und Vereinheitlichung unterer Erfassungsgrenzen. Durch die vorgesehene Aussetzung der jährlichen repräsentativen Erhebung über die Schweinebestände im August werden weitere 35 000 Erhebungseinheiten von der Auskunftspflicht befreit. Die Tabellen 1 bis 3 vermitteln

Tabelle 2: Viehbestände nach der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes
Deutschland

Tierarten	Bisher erfaßte Tiere	Abnahme gegenüber Viehzählungen	
		absolut	relativ
	Anzahl		%
Rinder	15 771 227	191 010	1,2
dar.: Milchkühe	5 232 597	40 698	0,8
Schweine	24 389 919	308 198	1,2
darunter:			
Zuchtsauen	2 593 159	20 203	0,8
Trächtige Sauen	1 757 073	12 903	0,7
Mastschweine	15 696 614	236 212	1,5
Hühner	96 522 436	4 616 554	4,6
Legehennen	40 714 097	3 049 330	7,0
Junghennen	16 134 662	555 068	3,3
Schlacht-/Masthähne und -hühner	39 673 677	1 012 156	2,5
Sonstiges Geflügel	8 386 373	352 489	4,0

einen Überblick über die Entlastung der Auskunftspflichtigen und über den zwangsläufig damit verbundenen Informationsverlust. Nach langwierigen Beratungen zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder und den auf Bundes- und Länderebene für die Agrarstatistik

Tabelle 3: Landwirtschaftlich genutzte Flächen und Waldflächen nach der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes
Deutschland

Hauptnutzungsarten und Kulturarten	Bisher erfaßte Fläche	Abnahme gegenüber Bodennutzungshaupterhebung	
		absolut	relativ
	ha		%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	17 202 022	142 270	0,8
darunter:			
Dauergrünland	5 189 592	92 417	1,7
Ackerland	11 795 116	39 418	0,3
Rebland	99 026	2 661	2,6
Obstanlagen	67 700	1 277	1,9
Baumschulen	27 756	75	0,3
Waldfläche	9 094 186	508 456	5,3

verantwortlichen Ressorts wurde im Ergebnis ein für alle Beteiligten tragbares Einsparungskonzept verabschiedet, das allein von seiner Größenordnung schon als beispielhaft einzustufen ist.

Ein zusätzlicher Rationalisierungseffekt und eine nicht zu unterschätzende Entlastung der Auskunftspflichtigen soll fortan in der Agrarstatistik durch die Nutzung von

- Verwaltungsdaten und
- Adressregistern

erreicht werden. In der vom Statistischen Bundesamt durchzuführenden Hochsee- und Küstenfischereistatistik werden für den Bereich der Fangstatistik nunmehr statt primärstatistischer Erhebungen Verwaltungsdaten aus der Fangquotenüberwachung für die statistischen Nachweise übernommen. Dieses Verfahren hat zu erheblichen Rationalisierungs- und Einsparungseffekten geführt und zugleich den Vorteil, daß es nur noch eine einzige Datenquelle gibt.

Die Nutzung der Daten aus InVeKoS gestaltet sich hingegen schwieriger, weil die Nicht-Übereinstimmung der Merkmalskataloge, insbesondere über die Viehbestände, einer optimalen Nutzung entgegensteht.

Nach der Landwirtschaftszählung 1999 werden die Statistischen Ämter der Länder erstmals Adreßdateien der landwirtschaftlichen Versicherungsträger, nämlich der landwirtschaftlichen und Gartenbau-Berufsgenossenschaften, nutzen. Der Abgleich von Anschriften zwischen dem „Betriebsregister Landwirtschaft“ und dem Register der Berufsgenossenschaft war zunächst mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Insofern wird der Verzicht auf die bisher jährliche totale „Feststellung der betrieblichen Einheiten“ hinsichtlich der Kosteneinsparung anfangs nicht voll durchschlagen. Allerdings werden die Auskunftspflichtigen – mit Ausnahme der Stichprobenbetriebe – durch die Umstellung von jährlicher in zweijährliche Periodizität entlastet.

Fazit

Die deutsche Agrarstatistik hat vor allem durch Rationalisierung und Harmonisierung ein erhebliches Einsparungspotential bei gleichzeitiger Entlastung der Auskunftspflichtigen realisiert. Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Europäischen Union steht die Agrarstatistik auch weiterhin vor neuen Anforderungen; meist bei gleichzeitiger Verknappung der Mittel. Die zusätzlichen Anforderungen resultieren einerseits aus der „Reform der gemeinsamen Agrarpolitik“; andererseits werden neue Forderungen, wie zum Beispiel aus der Umwelt- und Regionalpolitik, an die Agrarstatistik herangetragen.

Eurostat und die Europäische Kommission haben diese Entwicklung frühzeitig erkannt und das Ergebnis der Screening-Aktion einer generellen Überprüfung des agrarstatistischen Programms der Gemeinschaft 1993 bis 1995 in die „Entscheidung des Rates 96/411/EG vom 25. Juni 1996 zur Verbesserung der Agrarstatistik der Gemeinschaft“ umgesetzt.

Der von der deutschen Agrarstatistik beschrittene Weg eines einheitlichen Berichtskreises für Produktions- und Erzeugungsstatistiken ist ein Weg der Rationalisierung und gleichzeitigen Harmonisierung. Er setzt allerdings voraus, daß keine nennenswerten Produktionspotentiale außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe vorhanden sind. Damit sind den Rationalisierungs- und Harmonisierungsmöglichkeiten in denjenigen Mitgliedstaaten der EU enge Grenzen gesetzt, die über ein erhebliches Produktionspotential außerhalb der Betriebe verfügen.

Die sowohl in Deutschland als auch in der Gemeinschaft umstrittene Verwendung von Verwaltungsdaten für die Agrarstatistik ermöglicht – sofern die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen – sicherlich eine erhebliche Rationalisierung und Harmonisierung. Ein weiteres Feld für Rationalisierung und Kosteneinsparung bietet die Nutzung von Verwaltungsregistern (zur Feststellung des Kreises der Auskunftspflichtigen) durch die amtliche Agrarstatistik.

Über das in diesem Beitrag angesprochene Online-Aufbereitungsverfahren AGRA sowie über das Programm und die Organisation der Landwirtschaftszählung 1999 soll in zwei weiteren Aufsätzen in dieser Zeitschrift berichtet werden.

Dipl.-Ing. agr. Werner Griepenkerl

Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1997

Grundlagen

Die vorliegenden Ergebnisse der Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs basieren zum einen auf der jährlichen Unternehmensstatistik zum 30. September 1997, zum anderen auf der Verkehrsleistungstatistik für die vier Quartale des Jahres 1997. Während im Jahresbericht Angaben zum Unternehmen, seinen Beschäftigten und Fahrzeugen zum Stichtag – der letzte Werktag im September – sowie Angaben zum Umsatz des Vorjahres erfragt werden, erfaßt der Vierteljahresbericht neben den beförderten Personen auch Leistungsdaten wie Personen- und Wagenkilometer sowie Einnahmen aus dem Straßenpersonenverkehr in den vier Quartalen des Berichtsjahres 1997. Grundlage für beide Erhebungen ist das Gesetz zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr¹⁾.

Auskunftspflichtig zur jährlichen Erhebung sind alle Unternehmen mit Sitz im Inland, die genehmigungspflichtigen Personenverkehr mit Straßenbahnen, Stadtbahnen (einschl. Hoch-, U- und Schwebbahnen), Oberleitungsbussen (Obussen) oder Kraftomnibussen betreiben. Um den gesamten öffentlichen Straßenpersonenverkehr abbilden zu können, werden auch Unternehmen einbezogen, deren Schwerpunkt außerhalb des Straßenpersonenverkehrs liegt. Zur Verkehrsleistungstatistik müssen hingegen nur die Unternehmen melden, die Straßenbahn-, Stadtbahn- oder Obusverkehr betreiben oder – soweit sie nur im Omnibusverkehr tätig sind – über mindestens sechs Kraftomnibusse verfügen (größere Unternehmen). Über die Verkehrsleistungen der kleineren Unternehmen liegen keine Angaben vor.

Die Zuordnung eines meldepflichtigen Unternehmens zu einem Bundesland richtet sich bei Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Linienverkehr betreiben, grundsätzlich nach dem Sitz der Genehmigungsbehörde, die für die Vergabe von Konzessionen für den Linienverkehr zuständig ist. Regionales Zuordnungskriterium bei Unternehmen mit Schwerpunkt im Gelegenheitsverkehr ist deren Unternehmenssitz. Länderübergreifend tätige Unternehmen werden ab diesem Berichtsjahr mit ihren gesamten Angaben in dem Bundesland erfaßt, in dem ihr Unternehmenssitz liegt. Die Länderangaben enthalten deshalb auch Ergebnisse, die in anderen Bundesländern erwirtschaftet wurden.

Im Linienverkehr gewinnt die Tätigkeit der Subunternehmen immer mehr an Bedeutung. Es gibt verschiedene Gründe, Verkehrsleistungen als Auftragsfahrten an Subunternehmen zu vergeben. Einerseits kann durch den bedarfsgerechten Einsatz von angemietetem Personal und/oder Kraftomnibussen flexibler auf ein zeitlich und räumlich unterschiedliches Fahrgastaufkommen reagiert werden, andererseits entstehen dadurch in der Regel niedrigere Fixkosten. Dabei ist die Vergabe von Verkehrsleistungen an Dritte grundsätzlich für beide Beteiligte von Nutzen: Der Auftraggeber benötigt weniger Kapital, der Auftragnehmer lastet sowohl Fahrzeuge als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser aus. Außerdem können private Unternehmen, die Beförderungsleistungen im Auftrag öffentlicher Verkehrsunternehmen durchführen, diese grundsätzlich günstiger anbieten, da bei ihnen u.a. die Löhne und Sozialleistungen für die Beschäftigten meist deutlich niedriger liegen als bei den kommunalen Unternehmen.

Subunternehmen sind grundsätzlich nicht auskunftspflichtig. Die Verkehrsleistungen, die sie im Rahmen von Auftragsfahrten erbringen, sind in den Angaben der Auftraggeber enthalten. Die Vergütungen der Subunternehmen, die diese für Auftragsfahrten von ihren Auftraggebern erhalten, fließen deshalb nur dann in die Statistik ein, wenn die Subunternehmen darüber hinaus über eine Konzession zum Betrieb öffentlichen Straßenpersonenverkehrs verfügen und aus diesem Grund selbst zur Statistik auskunftspflichtig sind. Auf die verfügbaren Angaben zu Auftragsfahrten wird in den entsprechenden Abschnitten näher eingegangen.

Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr, ihre Beschäftigten und ihr Gesamtumsatz

Am 30. September 1997 gab es in Deutschland 5286 Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr hatten (+0,5 % gegenüber dem Vorjahr), wobei 2622 Unternehmen hauptsächlich Linienverkehr und 2664 Unternehmen schwerpunktmäßig Gelegenheitsverkehr betrieben. Von diesen waren zum Erhebungsstichtag 177 Unternehmen ausschließlich im Linienverkehr und 761 Unternehmen ausschließlich im Gelegenheitsverkehr tätig.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten nach ihrer Stellung im Betrieb wird anhand der am Stichtag bestehenden Arbeitsverträge bei den Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr erfragt. Dabei werden auch diejenigen Betriebsangehörigen einbezogen, die nicht überwiegend im öffentlichen Straßenpersonenverkehr tätig sind. Die Gesamtzahl der Beschäftigten belief sich am 30. September 1997 auf 168544, das war eine Abnahme von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Der überwiegende Teil, und zwar 156329 Beschäftigte, waren Angestellte sowie Arbeiter und Arbeiterinnen, 1620 Beamte und Beamtinnen, 3661 Auszubildende und 6934 Tätige (Mit-)Inhaber und (Mit-)Inhaberinnen sowie mithelfende Familienangehörige.

¹⁾ In der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1980 (BGBl. I S. 865), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300).

Tabelle 1: Anzahl, Beschäftigte und Gesamtumsatz der Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr¹⁾
Deutschland

Wirtschaftliche Tätigkeit	Unternehmen	Veränderung gegenüber 1996	Beschäftigte ²⁾	Veränderung gegenüber 1996	Gesamtumsatz	Veränderung gegenüber 1996	Gesamtumsatz je Unternehmen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM
Insgesamt	5 286	+ 0,5	168 544	– 1,1	18 387	+ 2,7	3,5
mit Schwerpunkt im							
Linienverkehr	2 622	+ 2,3	146 849	– 0,9	15 371	+ 3,5	5,9
Gelegenheitsverkehr	2 664	– 1,3	21 695	– 2,9	3 015	– 1,1	1,1
ausschließlich Tätigkeiten im							
Linienverkehr	177	+ 7,3	4 736	– 6,8	667	– 2,9	3,8
Gelegenheitsverkehr	761	± 0,0	2 502	– 1,9	286	– 3,1	0,4

¹⁾ Zahl der Unternehmen und Beschäftigten am 30. September 1997, Gesamtumsatz im Geschäftsjahr 1996. – ²⁾ Gesamtzahl der Beschäftigten des Unternehmens.

Zum Erhebungsstichtag 30. September 1997 wurde der Gesamtumsatz des Vorjahres bzw. des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres einschließlich Umsatzsteuer erfaßt. Die Unternehmen mit Schwerpunkt in der Personenbeförderung auf der Straße konnten 1996 ihren Gesamtumsatz um 2,7 % auf 18,39 Mrd. DM steigern. 16,10 Mrd. DM oder 88 % davon wurden im Straßenpersonenverkehr erzielt.

Der Gesamtumsatz enthält alle Einnahmen für Beförderungsleistungen im Straßenpersonenverkehr, wie Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf im Linienverkehr, Einnahmen für Leistungen im Gelegenheitsverkehr, Abgeltungszahlungen und Zuweisungen für den freigestellten Schülerverkehr sowie Vergütungen für Beförderungsleistungen, die im Auftrag anderer Unternehmen von Subunternehmen durchgeführt wurden. Darüber hinaus umfaßt er auch Erlöse, die außerhalb der Personenbeförderung erzielt wurden. Dazu gehören zum Beispiel Handelsumsätze, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie Reklameeinnahmen, nicht jedoch außerordentliche und betriebsfremde Erträge. Ebenfalls nicht einbezogen sind Beträge, die ein Unternehmen aus Subunternehmertätigkeit im Namen und für Rechnung des Auftraggebers einnimmt und die beim Subunternehmen nur durchlaufende Posten darstellen. Die Einnahmen für Leistungen, die von seinem Subunternehmen erbracht worden sind, muß – wie gesagt – der Auftraggeber als eigene Einnahmen für Beförderungsleistungen im Straßenpersonenverkehr angeben.

Die Abgrenzung des Gesamtumsatzes in der Unternehmensstatistik, der ebenso wie die Gesamtzahl der Beschäftigten nur bei den Unternehmen mit Schwerpunkt im Straßenpersonenverkehr erfaßt wird, entspricht damit der üblichen Abgrenzung des Gesamtumsatzes in den Wirtschaftsstatistiken. 15,37 Mrd. DM oder 84 % des Gesamtumsatzes wurden von den Unternehmen mit Schwerpunkt im Linienverkehr erzielt und 3,02 Mrd. DM oder 16 % von den Unternehmen, die hauptsächlich Gelegenheitsverkehr betrieben. Dabei konnten die Unternehmen mit Schwerpunkt im Linienverkehr 1996 ihren Gesamtumsatz steigern (+ 3,5 % gegenüber dem Vorjahr), während die Unternehmen mit Schwerpunkt im Gelegenheitsverkehr einen Umsatzrückgang von 1,1 % verzeichneten. Je Unternehmen betrug der Gesamtumsatz hier 1,1 Mill. DM gegenüber 5,9 Mill. DM bei den Unternehmen mit Haupttätigkeit im Linienverkehr.

Alle Unternehmen, die im Straßenpersonenverkehr tätig sind

Im obigen Abschnitt wurden nur die Unternehmen, die schwerpunktmäßig Personenbeförderung auf der Straße betrieben, mit ihrem Gesamtumsatz und der Gesamtzahl ihrer Beschäftigten dargestellt (institutionelle Abgrenzung). Im folgenden werden alle Unternehmen in die Betrachtung einbezogen, die sich im Straßenpersonenverkehr betätigten, auch wenn dies nicht ihre Haupttätigkeit war (funktionale Abgrenzung). Von diesen Unternehmen werden jedoch nur die Einnahmen, die im Straßenpersonenverkehr erzielt wurden, und die Beschäftigten, die ausschließlich oder zumindest überwiegend im Straßenpersonenverkehr tätig waren, erfragt, so daß nur der fachliche Unternehmensteil „Straßenpersonenverkehr“ für alle Unternehmen nachgewiesen werden kann.

Insgesamt waren am 30. September des Berichtsjahres 6 463 Unternehmen im Straßenpersonenverkehr tätig. Das waren 1,3 % mehr als am 30. September 1996. Zu den 5 286 Unternehmen mit Schwerpunkt im Linien- und Gelegenheitsverkehr kamen noch 276 Unternehmen, die schwerpunktmäßig Taxi- und Mietwagenverkehr betrieben, sowie weitere 540 Unternehmen, die ihren Schwerpunkt zwar außerhalb des Straßenpersonenverkehrs, aber noch innerhalb des Verkehrssektors hatten, wie zum Beispiel Reisebüros und Reiseveranstalter. 361 Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Verkehrsbereichs, vorrangig aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung und des Handels, betrieben ebenfalls öffentlichen Straßenpersonenverkehr.

Beschäftigte im Straßenpersonenverkehr

Von allen auskunftspflichtigen Unternehmen wurden am Stichtag insgesamt 188 182 Personen beschäftigt, die ausschließlich oder überwiegend im Straßenpersonenverkehr eingesetzt wurden. Damit waren 0,5 % mehr Personen im Straßenpersonenverkehr tätig als im Vorjahr. Die Beschäftigten, die bei Auftragsfahrten für andere Unternehmen tätig waren, müssen von den Auftraggebern als fremdes Personal gemeldet werden. Von den insgesamt beschäftigten Personen waren rund zwei Drittel im Fahrdienst tätig. Weitere 17 % entfielen auf das technische und 16 % auf das sonstige Personal (z. B. in der Verwaltung). Das technische Personal verringerte sich gegenüber 1996 um 3,2 %, während das Fahrpersonal im gleichen Zeitraum um 1,7 % zunahm. Sonstiges Personal wurde 1997 geringfügig

Tabelle 2: Anzahl, Beschäftigte und Fahrzeuge aller Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	1997	1996	Ver- änderung 1997 gegenüber 1996	Anteil an insgesamt	
				1997	1996
	Anzahl			%	
Unternehmen	6 463	6 377	+ 1,3	x	x
Beschäftigte ²⁾					
insgesamt	188 182	187 294	+ 0,5	100	100
Fahrpersonal	126 213	124 164	+ 1,7	67,1	66,3
Technisches Personal	31 217	32 258	− 3,2	16,6	17,2
Sonstiges Personal	30 752	30 872	− 0,4	16,3	16,5
Fahrzeuge insgesamt	93 263	92 663	+ 0,6	100	100
Kraftomnibusse	83 205	82 198	+ 1,2	89,2	88,7
dar.: fremde Kraftomnibusse	18 270	17 785	+ 2,7	22,0	21,6
Stadtbahnen, Straßenbahnen und Obusse	10 058	10 465	− 3,9	10,8	11,3
Sitz- und Stehplätze der Kraft- omnibusse	6 563 217	6 479 705	+ 1,3	84,4	83,6
Sitz- und Stehplätze der Stadtbahnen, Straßenbahnen und Obusse	1 216 386	1 269 788	− 4,2	15,6	16,4

¹⁾ Am 30. September. - ²⁾ Ausschließlich oder überwiegend im Straßenpersonenverkehr tätige Personen.

weniger (-0,4 %) eingesetzt als am 30. September 1996. Im Durchschnitt waren im Berichtsjahr 29,1 Personen je Unternehmen beschäftigt (1996: 29,4).

Einnahmen für Beförderungsleistungen im Straßenpersonenverkehr

Alle im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen erzielten 1996 für ihre Beförderungsleistungen im Straßenpersonenverkehr Einnahmen von insgesamt 17,97 Mrd. DM. 47 % dieser Einnahmen wurden im allgemeinen Linienverkehr erzielt, bei dem 8,40 Mrd. DM aus Fahrkartenverkäufen eingenommen wurden, weitere 6 % in den Sonderformen des Linienverkehrs und im freigestellten Schülerverkehr. Bei Ausflugsfahrten, Ferienzwecken und im Mietomnibusverkehr setzten die auskunftspflichtigen Unternehmen 3,36 Mrd. DM um (19 % aller Einnahmen). 2,90 Mrd. DM oder 16 % kamen als Abgeltungszahlungen von der öffentlichen Hand. Für Auftragsfahrten erhielten die berichtspflichtigen Auftragnehmer Vergütungen in Höhe

Tabelle 3: Einnahmen aller Unternehmen aus dem Straßenpersonenverkehr

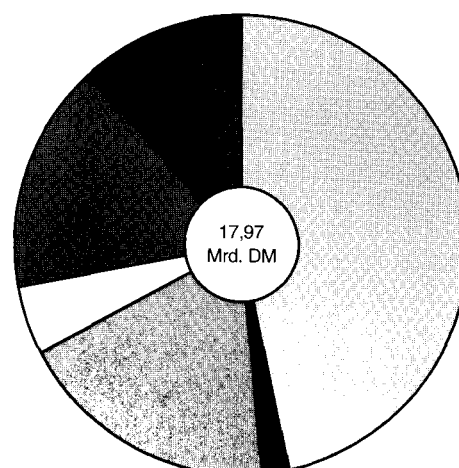
Deutschland

Art der Einnahmen	Einnahmen 1996	Veränderung gegenüber		Anteil an insgesamt	
		1995	1991	1996	1991
	Mill. DM	%			
Insgesamt	17 973	+ 2,4	+ 25,9	100	100
Einnahmen aus dem allgemeinen Linienverkehr	8 397	+ 2,7	+ 32,0	46,7	44,6
Einnahmen aus den Sonderformen des Linienverkehrs	336	- 9,9	- 34,7	1,9	3,6
Einnahmen aus dem Gelegenheitsverkehr	3 360	+ 1,1	+ 10,8	18,7	21,2
Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr	864	+ 0,3	- 2,8	4,8	6,2
Abgeltungszahlungen	2 905	+ 2,5	+ 32,3	16,2	15,4
Vergütungen für Auftragsfahrten	2 112	+ 6,0	+ 64,9	11,8	9,0

Schaubild 1

Einnahmen aller Unternehmen aus dem Straßenpersonenverkehr 1996

- Einnahmen aus dem allgemeinen Linienverkehr
- Einnahmen aus den Sonderformen des Linienverkehrs
- Einnahmen aus dem Gelegenheitsverkehr
- Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr
- Abgeltungszahlungen
- Vergütungen für Auftragsfahrten



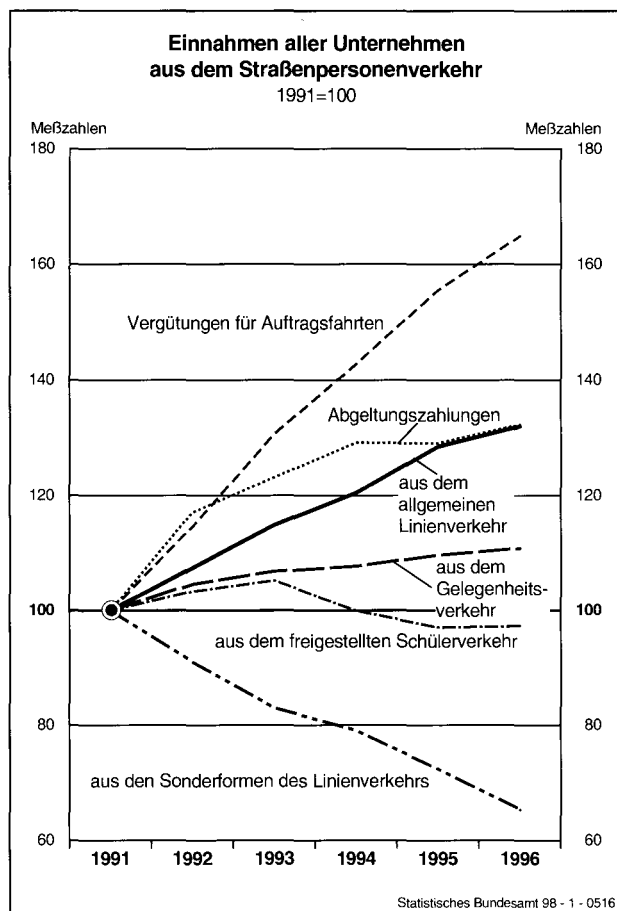
Statistisches Bundesamt 98 - 1 - 0515

von 2,11 Mrd. DM. Der Anteil dieser Vergütungen für Auftragsfahrten stieg von 9,5 % im Jahr 1991 auf 12 % im Geschäftsjahr 1996.

Gegenüber dem Vorjahr (1995) stiegen die Einnahmen aus dem Straßenpersonenverkehr insgesamt um 2,4 %. Mit Ausnahme der Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schülerfahrten und Markt- und Theaterfahrten), bei denen 9,9 % weniger erwirtschaftet wurde, konnten die Unternehmen ihre Einnahmen in allen Einnahmearten steigern. Am stärksten nahmen die Vergütungen für Auftragsfahrten zu (+ 6,0 %), während die Einnahmen aus dem allgemeinen Linienverkehr für Fahrkartenverkäufe um 2,7 % und die Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr stiegen. Im freigestellten Schülerverkehr erzielten die Verkehrsunternehmen nur einen geringen Zuwachs von 0,3 %.

Die Einnahmen aus dem allgemeinen Linienverkehr wie auch die Abgeltungszahlungen der öffentlichen Hand erhöhten sich gegenüber 1991 um 32 %, während die Einnahmen aus dem Gelegenheitsverkehr in der gleichen Zeitspanne nur um 11 % zunahmen. Im Berufsverkehr, bei den Schülerfahrten und bei den Markt- und Theaterfahrten gingen die Einnahmen der Beförderungsunternehmen seit 1991 stetig zurück, im Geschäftsjahr 1996 wurden 35 % weniger Einnahmen erzielt als 1991. Auf die Einnahmeentwicklung im Berufs- und Ausbildungsverkehr wird im Rahmen der Verkehrsleistungen der größeren Unternehmen noch näher eingegangen.

Schaubild 2



Fahrzeug- und Platzkapazität sowie Liniennetz der Verkehrsunternehmen

Die im öffentlichen Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen verfügten am 30. September 1997 über insgesamt 93 263 Fahrzeuge (+0,6% gegenüber dem Vorjahr), über 83 205 Kraftomnibusse mit 3,8 Mill. Sitz- und knapp 2,8 Mill. Stehplätzen und über 100 58 Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obusse mit rund 440 000 Sitzplätzen und 776 000 Stehplätzen. Während die Zahl der Kraftomnibusse geringfügig um 1,2% zunahm, wurden im Berichtsjahr 3,9% weniger Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obusse eingesetzt. Entsprechend erhöhte sich das Sitzplatzangebot in den Omnibussen um 1,0% und die Stehplatzkapazität um 1,7%. In Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obussen standen hingegen 3,0% weniger Sitzplätze und 4,9% weniger Stehplätze zur Verfügung.

Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obusse werden fast ausschließlich im Linienverkehr eingesetzt. 51% aller Omnibusse fuhren ebenfalls nur im Linienverkehr, 35% sowohl im Linien- als auch im Gelegenheitsverkehr und weitere 14% kamen ausschließlich bei Ausflugsfahrten, Ferienzielen und im Verkehr mit Mietomnibussen zum Einsatz.

18 270 Kraftomnibusse (+2,7%) wurden von Auftraggebern als fremde Fahrzeuge gemeldet, die am Stichtag angemietet oder von Subunternehmen bei Fahrten im Auftrag der Auskunftspflichtigen eingesetzt waren. Der Anteil der fremden Kraftomnibusse an allen Bussen ist auf 22% im

Berichtsjahr angestiegen. Bei den auskunftspflichtigen Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Linienverkehr betrug der Anteil der fremden Kraftomnibusse sogar 27%, bei den Unternehmen mit Schwerpunkt im Gelegenheitsverkehr dagegen nur 2,4%.

Die Attraktivität des Linienverkehrs soll durch ein verstärktes Angebot an Niederflurfahrzeugen gesteigert werden, die den Fahrgästen durch verbesserte Ein- und Aussteigemöglichkeiten und durch ein größeres Raumangebot mehr Komfort bieten. 1997 ist die Zahl der verfügbaren Niederflurbusse um 16% auf 10 968 und die Zahl der Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obusse in Niederflerbauweise um 5,0% auf 3020 Fahrzeuge weiter angestiegen.

Für die Kraftomnibusse wurde am 30. September 1997 ein Liniennetz von 823 000 km (+14%) ermittelt. Eine Linie ist eine Verbindung im öffentlichen Straßenpersonenverkehr mit vorgeschriebenen Ein- und Aussteigestellen. Die Liniennetze sind definiert als die Gesamtlänge der Linien, für die am Erhebungsstichtag eine Genehmigung zum regelmäßigen Betrieb vorlag. Auf den Kraftomnibuslinien wurden anteilig die folgenden Verkehre durchgeführt: 64% Überlandlinienverkehr, 16% Orts- und Nachbarortslinienverkehr, 12% Berufsverkehr, 5,8% Schülerfahrten sowie 1,6% Markt- und Theaterfahrten.

Die Liniennetze der Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obusse lag mit insgesamt 5 118 km knapp über dem Vorjahresniveau (+0,1%).

Bedeutung der kleineren Unternehmen in der Personenbeförderung

Von den 6 463 Unternehmen, die am 30. September 1997 in der Personenbeförderung tätig waren, betrieben nur 2 466 Straßenbahn- oder Busverkehr mit mindestens 6 Omnibussen. Zahlenmäßig überwiegen die kleineren Anbieter: Zum Stichtag verfügten 3 997 oder 62% aller Unternehmen über weniger als 6 Omnibusse. Sie beschäftigten mit 13 746 Mitarbeitern im Straßenpersonenverkehr jedoch nur 7,3% aller in der Straßenpersonenbeförderung tätigen Personen und erzielten mit 1,89 Mrd. DM nur 11% der Gesamteinnahmen.

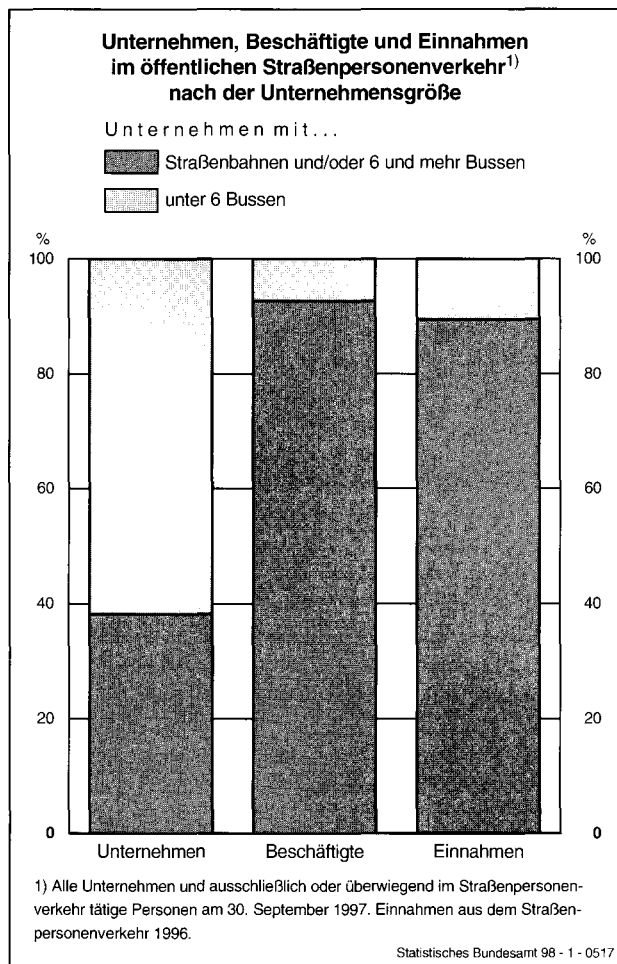
Tabelle 4: Alle Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs, Beschäftigte und Einnahmen nach der Unternehmensgröße¹⁾
Deutschland

Größe der Unternehmen	Unternehmen		Beschäftigte		Einnahmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
Insgesamt	6 463	100	188 182	100	17 973	100
Unternehmen mit Straßenbahnen und/oder 6 und mehr Bussen	2 466	38,2	174 436	92,7	16 084	89,5
unter 6 Bussen	3 997	61,8	13 746	7,3	1 889	10,5

¹⁾ Zahl der Unternehmen und der ausschließlich oder überwiegend im Straßenpersonenverkehr tätigen Personen am 30. September 1997. Einnahmen aus dem Straßenpersonenverkehr 1996.

Überdurchschnittlich häufig waren die kleineren Unternehmen als Subunternehmen im Auftrag der Betreiber tätig: 25% aller Vergütungen für Auftragsfahrten erhielten Unternehmen, die über weniger als 6 Busse verfügten.

Schaubild 3



Verkehrsleistungen der größeren Unternehmen

Die vierteljährliche Verkehrsstatistik erfaßt die Verkehrsleistungen der Unternehmen, die Straßenbahn-, Stadtbahn- oder Obusverkehr betreiben oder – soweit sie nur im Omnibusverkehr tätig sind – über mindestens sechs

Kraftomnibusse verfügen (größere Unternehmen). Die Quartalsergebnisse werden hier zu Ergebnissen für das Jahr 1997 kumuliert dargestellt.

Im Berichtsjahr waren 2389 größere Unternehmen (–1,1 % gegenüber 1996) zur Leistungsstatistik auskunftspflichtig. Der überwiegende Teil betrieb sowohl Linien- als auch Gelegenheitsverkehr. Im Linienverkehr waren 1931 Unternehmen und im Gelegenheitsverkehr 2197 Unternehmen tätig. Dabei sind 1997 je Unternehmen die Einnahmen aus Fahrkartenverkäufen und Beförderungsleistungen im Linienverkehr auf 4,65 Mill. DM (1996: 4,42 Mill. DM) und aus Beförderungsleistungen im Gelegenheitsverkehr auf 0,96 Mill. DM (1996: 0,94 Mill. DM) angestiegen. Das Fahrgastaufkommen je Unternehmen erhöhte sich im Linienverkehr auf 4,02 Mill. Fahrgäste (1996: 3,92 Mill.) und blieb im Gelegenheitsverkehr mit 36 000 Reisenden nahezu konstant. Je Unternehmen stieg im Straßenpersonenverkehr insgesamt die Verkehrsleistung auf 31,9 Mill. Personenkilometer (1996: 31,7 Mill. Personenkilometer) und die Betriebsleistung auf 1,7 Mill. Wagenkilometer (1996: 1,6 Mill. Wagenkilometer) im Berichtsjahr an.

Als beförderte Person oder Beförderungsfall im Linienverkehr gilt eine nicht unterbrochene Fahrt eines Fahrgastes auf dem Netz eines Verkehrsunternehmens mit nur einem Fahrschein, unabhängig davon, ob ein oder mehrere vom Unternehmen betriebene Verkehrsmittel benutzt wurden. Die je Unternehmen beförderten Personen werden zu den von allen Verkehrsunternehmen beförderten Personen kumuliert (Unternehmensfahrtkonzept). Die Umsteiger zwischen den Verkehrsunternehmen werden dabei von jedem Unternehmen – und somit mehrfach – gezählt. Da die beförderten Personen je Unternehmen angegeben werden, liegen keine Informationen darüber vor, wieviele Fahrgäste mit Straßenbahnen und wieviele mit Omnibussen befördert worden sind.

Die Zahl der beförderten Personen wird von den Unternehmen in der Regel anhand der verkauften Fahrscheine

Tabelle 5: Beförderte Personen, Personenkilometer und Wagenkilometer der größeren Unternehmen 1997 nach Verkehrsarten und -formen sowie Fahrausweisarten¹⁾
Deutschland

Verkehrsart und -form Fahrausweisart	Beförderte Personen		Personenkilometer		Mittlere Reiseweite		Wagenkilometer	
	1997	Veränderung gegenüber 1996	1997	Veränderung gegenüber 1996	1997	1996	1997	Veränderung gegenüber 1996
	Mill.	%	Mill.	%	km		Mill.	%
Insgesamt	7503,6	+ 0,4	76 252,8	+ 0,5	6,4	6,3	3942,9	+ 1,6
Allgemeiner Linienverkehr	7503,6	+ 0,4	48 149,9	+ 1,5	6,4	6,3	2894,4	+ 2,5
Einzel- und Mehrfahrten- ausweise	1 482,7	– 3,8	–	–	–	–	–	–
Zeitraumausweise für Schüler/ -innen, Studierende und andere Auszubildende	2 467,2	+ 2,7	–	–	–	–	–	–
Andere Zeitraumausweise	2 873,9	+ 0,5	–	–	–	–	–	–
Schwerbehindertenausweise	559,5	+ 0,5	–	–	–	–	–	–
Freifahrtausweise	120,3	+ 1,9	–	–	–	–	–	–
Sonderformen des Linienverkehrs	89,4	– 9,0	1 548,5	– 8,6	17,3	17,2	95,4	– 5,6
Berufsverkehr	41,4	– 11,3	1 015,4	– 8,8	24,5	23,9	69,6	– 4,1
Schülerfahrten	41,7	– 8,7	487,8	– 8,2	11,7	11,6	24,0	– 5,9
Markt- und Theaterfahrten	6,4	+ 6,9	45,3	– 5,9	7,1	8,1	1,9	– 37,7
Freigestellter Schülerverkehr	166,5	– 6,7	2 538,8	– 9,1	15,2	15,6	155,4	– 4,4
Gelegenheitsverkehr	78,4	– 3,3	24 015,6	– 2,9	306,1	304,8	797,8	+ 0,3
Ausflugsfahrten	13,8	– 8,9	5 342,4	– 12,3	387,0	402,4	188,9	– 2,1
Ferienzielreisen	2,1	– 1,5	2 152,2	– 14,9	1 027,2	1 189,6	82,0	– 6,1
Verkehr mit Mietomnibussen	62,5	– 2,1	16 521,0	+ 2,6	264,2	252,3	526,9	+ 2,3

¹⁾ Unternehmen, die zur Verkehrsleistungsstatistik melden.

sowie bei unentgeltlichen Beförderungen und Zeitfahrausweisen durch Verkehrszählungen unter Berücksichtigung der Fahrtenhäufigkeit ermittelt. Die in Personenkilometern gemessene Verkehrs- oder Beförderungsleistung wird durch Multiplikation der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Reiseweiten) errechnet. Die Betriebsleistung in Wagenkilometern ergibt sich hingegen durch Addition der von den Zugfahrzeugen und Anhängern im Einsatz für den Straßenpersonenverkehr zurückgelegten Kilometern, also unabhängig von der Fahrgastbesetzung der Fahrzeuge.

Die Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs beförderten 1997 im Linienverkehr mit Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obussen sowie mit Omnibussen 7,76 Mrd. Personen und damit nur geringfügig mehr Fahrgäste als im Vorjahr (+0,1 %). Den Gelegenheitsverkehr (Reiseverkehr) mit Omnibussen nutzten 78,4 Mill. Fahrgäste (-3,3%). Die Beförderungsleistung lag 1997 im Linienverkehr mit 52,24 Mrd. Personenkilometern um 0,6 % über und im Gelegenheitsverkehr mit 24,02 Mrd. Personenkilometern um 2,9 % unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer mittleren Reiseweite von 6,7 km im Linienverkehr und 306 km im Reiseverkehr.

Die Verkehrsunternehmen erbrachten damit eine Beförderungsleistung von insgesamt 76,25 Mrd. Personenkilometern (-0,5 %) und legten im Rahmen dieser Beförderungsleistung 3,94 Mrd. Wagenkilometer zurück (+1,6 %),

Schaubild 4

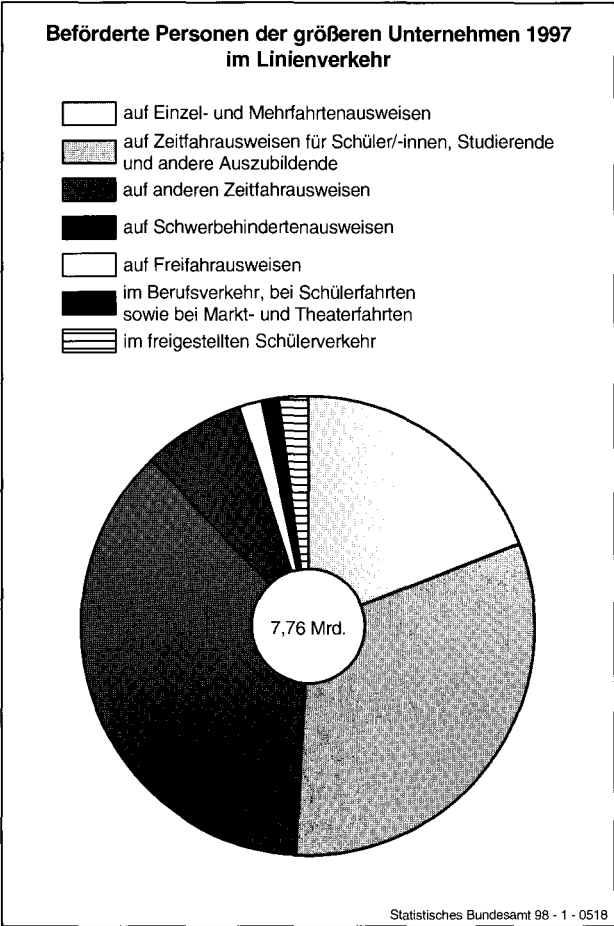
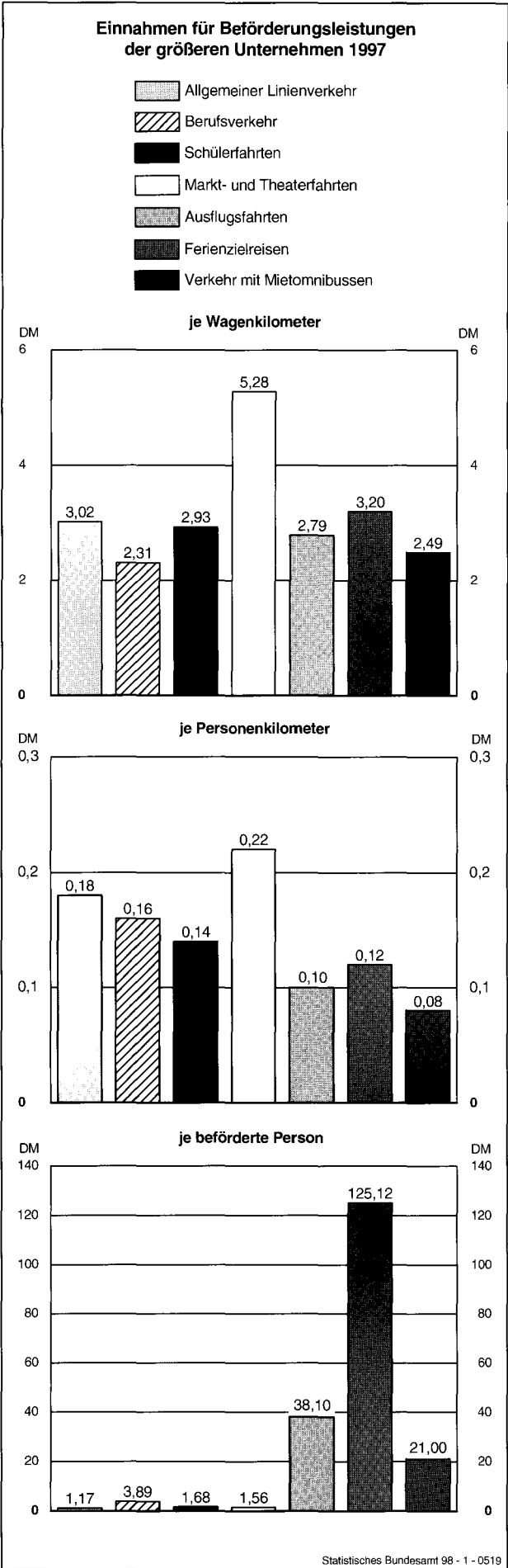


Schaubild 5



3,15 Mrd. km im Linienverkehr (+1,9%) und 798 Mill. km bei Ausflugsfahrten, Ferienzielreisen und im Mietomnibusverkehr (+0,3%).

Einnahmen im Sinne der vierteljährlichen Verkehrsstatistik sind die Erlöse aus dem Fahrkartenverkauf im allgemeinen Linienverkehr sowie für Beförderungsleistungen in den Sonderformen des Linienverkehrs und im Gelegenheitsverkehr. Beim Verkauf von Kombitickets dürfen nur die auf die jeweiligen Beförderungsanteile entfallenden Erlöse angegeben werden. Nicht einbezogen werden Erlöse aus Unterkunft und Verpflegung im Gelegenheitsverkehr sowie aus anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten.

Abgeltungszahlungen und andere Zuschüsse der öffentlichen Hand – u.a. für den freigestellten Schülerverkehr – werden vierteljährlich nicht erfaßt. Die aus den Quartalsergebnissen kumulierten Jahresergebnisse stimmen somit aus mehreren Gründen nicht mit den Einnahmen aus dem Linien- und Gelegenheitsverkehr der jährlichen Unternehmenserhebung überein. Sie beziehen sich nur auf die größeren Unternehmen sowie auf das Jahr 1997, während der Jahresbericht die Einnahmen des Vorjahres bei allen im Straßenpersonenverkehr tätigen Unternehmen erhebt. Zudem haben die Quartalsergebnisse oft noch vorläufigen Charakter, so daß eventuelle Korrekturen in das endgültige Jahresergebnis eingehen.

Die im Rahmen der Leistungsstatistik ermittelten Beförderungsentgelte beliefen sich 1997 auf 11,09 Mrd. DM, das waren 2,3% mehr als im Vorjahr. Im Linienverkehr wurden mit 8,99 Mrd. DM 2,8% mehr und im Gelegenheitsverkehr mit 2,10 Mrd. DM 0,2% mehr Einnahmen erzielt. Auch im Gelegenheitsverkehr liegen die reinen Beförderungseinnahmen zugrunde. Die Einnahmen je Fahrgast beliefen sich im Linienverkehr auf 1,16 DM, im Gelegenheitsverkehr lagen sie aufgrund der größeren Reiseweite mit 26,79 DM wesentlich höher. Je Personenkilometer wurden im Linienverkehr 0,17 DM und im Gelegenheitsverkehr 0,09 DM erzielt. Als weiterer Maßstab für die Ertragssituation des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs dienen die Einnahmen je Wagenkilometer. Diese lagen 1997 im Linienverkehr bei 2,86 DM und im Reiseverkehr bei 2,63 DM.

Allgemeiner Linienverkehr

Im allgemeinen Linienverkehr mit Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obussen sowie mit Omnibussen werden mit 7,50 Mrd. Personen rund 96% der Fahrgäste im öffentlichen Straßenpersonenverkehr befördert. Dem allgemeinen Linienverkehr kommt damit eine überragende Stellung im öffentlichen Straßenpersonenverkehr zu.

Seit 1993 ist dabei eine Stagnation festzustellen: Wie in allen Folgejahren wurden jährlich rund 7,5 Mrd. Personen befördert. Eine Differenzierung der Fahrgastentwicklung nach den Fahrausweisarten zeigt 1997 eine Zunahme der auf Zeitfahrausweisen beförderten Schüler und Schülerinnen, Studierenden und anderen Auszubildenden (+2,7%). Dagegen waren Rückgänge bei den Fahrgästen mit Einzel- und Mehrfahrausweisen (–3,8%) zu verzeichnen.

Auch die Verkehrsleistung des allgemeinen Linienverkehrs war mit jährlich rund 48 Mrd. Personenkilometern in

diesem Zeitraum annähernd konstant. Dagegen sind die Einnahmen – hauptsächlich aufgrund von Fahrpreiserhöhungen – kontinuierlich angestiegen; sie lagen 1997 bei 8,75 Mrd. DM (+3,1% gegenüber dem Vorjahr). Durchschnittlich legte ein Fahrgast in Omnibussen sowie in Straßenbahnen, Stadtbahnen und Obussen im allgemeinen Linienverkehr 6,4 km je Fahrt zurück.

Von den im allgemeinen Linienverkehr gefahrenen 2,89 Mrd. Wagenkilometern (+2,5% gegenüber dem Vorjahr) entfielen auf die Stadtbahnen (einschl. Hoch-, U- und Schwebbahnen) 11,5% und auf die Straßenbahnen herkömmlicher Bauart 9,9%; die Obusse erzielten lediglich 0,2%. Von den Kraftomnibussen wurden dagegen 78% oder 2,27 Mrd. Wagenkilometer zurückgelegt.

Die zunehmende Bedeutung des Anmietverkehrs wird dadurch belegt, daß der Anteil der von fremden Omnibussen erzielten Betriebsleistung an der aller Kraftomnibusse im allgemeinen Linienverkehr 1997 auf 30% angewachsen ist.

Berufsverkehr

Der Berufsverkehr umfaßt die regelmäßige Beförderung mit Kraftomnibussen von Erwerbstätigen eines oder mehrerer Unternehmen unter Ausschluß anderer Fahrgäste zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Ausgenommen ist dabei der Werkverkehr, den Unternehmen zur Beförderung ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen unentgeltlich durchführen.

Das Fahrgastaufkommen im Berufsverkehr muß seit Jahren – auch bedingt durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit – starke Einbußen hinnehmen und hat sich seit 1992 (86,5 Mill.) mehr als halbiert. Im Jahr 1997 wurden nur noch 41,4 Mill. Berufstätige befördert und damit 11% weniger als im Vorjahr. Die hier erzielten Einnahmen sind um 10% auf 160,9 Mill. DM gefallen.

Ausbildungsverkehr

Ein Drittel des Beförderungsaufkommens im gesamten Linienverkehr entfiel 1997 auf den Ausbildungsverkehr. Dazu zählen die auf Zeitfahrausweisen für Schüler und Schülerinnen, Studierende und andere Auszubildende im allgemeinen Linienverkehr beförderten Personen, entgeltliche Schülerfahrten als Sonderform des Linienverkehrs sowie der freigestellte Schülerverkehr. Im Jahr 1996 hatte dieser Anteil ebenfalls ein Drittel betragen.

Trotz ansteigender Schülerzahlen um rund 1% im Jahr 1997 mußten – wie bereits in den vergangenen Jahren – überproportional starke Beförderungsrückgänge bei den entgeltlichen Schülerfahrten mit 41,7 Mill. Personen (–8,7% gegenüber 1996) und beim freigestellten Schülerverkehr mit 166,5 Mill. Personen (–6,7%) festgestellt werden.

Diese Entwicklung dürfte hauptsächlich auf eine Verlagerung zum allgemeinen Linienverkehr zurückzuführen sein. Dort ist 1997 die Zahl der auf Zeitfahrausweisen beförderten Schüler/-innen, Studierenden und anderen Auszubildenden gegenüber dem Vorjahr um 2,7% auf 2,47 Mrd. angestiegen.

Tabelle 6: Einnahmen für Beförderungsleistungen der größeren Unternehmen¹⁾
Deutschland

Verkehrsart und -form	Einnahmen		Veränderung 1997 gegenüber 1996	Einnahmen je Wagenkilometer ²⁾		Einnahmen je beförderte Person ²⁾	
	1997	1996		1997	1996	1997	1996
	Mill. DM			DM			
			%				
Insgesamt	11 087,8	10 839,2	+ 2,3	2,81	2,79		
Allgemeiner Linienverkehr	8 745,1	8 478,2	+ 3,1	3,02	3,00	1,17	1,13
Sonderformen des Linienverkehrs	241,1	263,5	- 8,5	2,53	2,61	2,70	2,68
Berufsverkehr	160,9	178,9	- 10,0	2,31	2,47	3,89	3,83
Schülerfahrten	70,2	75,7	- 7,2	2,93	2,97	1,68	1,66
Markt- und Theaterfahrten	9,9	8,9	+ 10,9	5,28	2,97	1,56	1,51
Gelegenheitsverkehr	2 101,6	2 097,5	+ 0,2	2,63	2,64	26,79	25,85
Ausflugsfahrten	526,1	550,1	- 4,4	2,79	2,85	38,10	36,31
Ferienzielreisen	262,2	285,4	- 8,1	3,20	3,27	125,12	134,20
Verkehr mit Mietomnibussen	1 313,4	1 262,0	+ 4,1	2,49	2,45	21,00	19,76

¹⁾ Unternehmen, die zur Verkehrsleistungsstatistik melden. – ²⁾ Wagenkilometer und beförderte Personen einschließlich freigestelltem Schülerverkehr.

Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen

Im Jahr 1997 nahmen 13,8 Mill. Personen (–8,9%) an ein- oder mehrtägigen Ausflugsfahrten teil, die das Verkehrsunternehmen nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan und zu einem für alle Teilnehmer gemeinsam verfolgten Zweck durchführt. Mit Mietomnibussen, die im ganzen angemietet werden, wobei Ziel und Ablauf der Fahrten der Mieter bestimmt, wurden 62,5 Mill. Fahrgäste (–2,1%) befördert. Ferienzielreisen, die der Unternehmer zu einem Gesamtentgelt für Hin- und Rückfahrt sowie Unterkunft mit oder ohne Verpflegung anbietet, wurden dagegen von 2,1 Mill. Reisenden (–1,5%) in Anspruch genommen.

Bei den Ferienzielreisen werden die Hin- und Rückfahrt eines Teilnehmers als je eine Fahrt gezählt, so daß zwei beförderte Personen gemeldet werden. Bei den Ausflugsfahrten gelten hingegen – wie auch im Verkehr mit Mietomnibussen – die Hin- und Rückfahrt zusammen als eine Fahrt (eine beförderte Person). Dabei wird unterstellt, daß es sich um eine Rundreise handelt, die keinen Zielort ansteuert und am Ausgangspunkt endet. Auch wenn diese Annahme nicht zutrifft, und noch weitere Fahrten am Zielort durchgeführt werden, wird ein Teilnehmer an einer Ausflugsfahrt oder an einem Mietomnibusverkehr nur als eine beförderte Person gezählt. Dadurch sind – was die Zahl der beförderten Personen angeht – die Ausflugsfahrten und die Fahrten mit Mietomnibussen in der Statistik unterrepräsentiert. Die Personenkilometer jedoch machen über die erfaßte Reiseweite die unterschiedlichen Fahrten vergleichbar.

Die Verkehrsunternehmen mußten 1997 sowohl bei den Ausflugsfahrten mit einer Beförderungsleistung von 5,34 Mill. Personenkilometern (–12,3%) als auch bei den Ferienzielreisen mit einer Leistung von 2,15 Mill. Personenkilometern (–14,9%) überdurchschnittliche Rückgänge hinnehmen, während sie im Verkehr mit Mietomnibussen ihre Leistung um 2,6% auf 16,52 Mill. Personenkilometer steigerten. Die mittlere Reiseweite betrug im Mietomnibusverkehr 264 km, bei den Ausflugsfahrten 387 km und bei den überwiegend in die Ferne gehenden Ferienzielreisen sogar 1 027 km.

Da die durchschnittlichen Einnahmen wesentlich von den zurückgelegten Entfernungen abhängen, waren sie mit 125 DM je beförderte Person bei den Ferienzielreisen entspre-

chend höher als bei den Ausflugsfahrten mit 38 DM und im Mietomnibusverkehr mit 21 DM. Je Wagenkilometer erzielten die Unternehmen 3,20 DM bei den Ferienzielreisen gegenüber 2,80 DM bei den Ausflugsfahrten und 2,50 DM bei den Fahrten mit Mietomnibussen.

Personenverkehr der Eisenbahnunternehmen

Zur Ergänzung der Angaben zum öffentlichen Straßenpersonenverkehr werden im folgenden die Leistungen der Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs, und zwar der Deutschen Bahn AG und der übrigen Eisenbahnen beschrieben²⁾.

Diese Eisenbahnunternehmen beförderten im Jahr 1997 insgesamt 1,74 Mrd. Personen (+0,1%) und erzielten eine Verkehrsleistung von 64,0 Mrd. Personenkilometern (–1,2%). Im Nahverkehr, den mit 1,59 Mrd. der überwiegende Teil der Fahrgäste benutzte, wurden 33,0 Mrd. Personenkilometer zurückgelegt. Im Fernverkehr legten 145 Mill. Fahrgäste 31,0 Mrd. Personenkilometer zurück. Die mittlere Reiseweite betrug im Eisenbahnnahverkehr 20,8 km und im Eisenbahnfernverkehr 213,1 km. Bei einem Vergleich mit der mittleren Reiseweite im Omnibusverkehr muß beachtet werden, daß im Eisenbahnfernverkehr die Entfernungen nur bis zur Grenze Deutschlands gemessen werden, während im Reiseverkehr mit Omnibussen die gesamten Fahrleistungen im In- und Ausland in die Auswertung eingehen.

Dipl.-Volkswirtin Birgit Frank-Bosch

²⁾ Statistisches Bundesamt; Fachserie 8 „Verkehr“, Reihe 2 „Eisenbahnverkehr“.

Budgets ausgewählter privater Haushalte 1997

Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Vorbemerkung

Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte bildet zusammen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die wichtigste Datenquelle zur Untersuchung der materiellen Lebenslage privater Haushalte im Rahmen des Systems der amtlichen Statistik. Im Unterschied zu der für die Gesamtheit der privaten Haushalte repräsentativen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, werden in die laufenden Wirtschaftsrechnungen nur Haushalte einbezogen, die speziell definierten Typenkriterien entsprechen.

Diese Kriterien oder Auswahlmerkmale sind die Haushaltsgröße, die personelle Zusammensetzung des Haushalts, die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers (Bezugsperson des Haushaltes), die Zahl der Einkommensbezieher sowie der Umfang, zu dem diese jeweils zum Haushaltseinkommen beitragen dürfen, das Einkommensniveau (gering, mittel, hoch) und schließlich eine obere und untere Einkommensgrenze, innerhalb der sich das Haushaltsbruttoeinkommen bewegen muß (siehe die Übersicht). Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien werden insgesamt drei Haushaltstypen unterschieden: ein Zweipersonen-Rentnerhaushalt (Typ 1), ein Vierpersonen-

Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen und der Bezugsperson Arbeiter oder Angestellter (Typ 2) sowie ein Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit höherem Einkommen und der Bezugsperson Beamter oder Angestellter (Typ 3). Da zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost nach wie vor noch große Unterschiede in den wirtschaftlichen Verhältnissen, aber auch in der sozialen Strukturierung der Haushalte bestehen, wurde die auch in der Vergangenheit praktizierte Aufteilung Deutschlands in die beiden Erhebungsbereiche früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost auch im laufenden Berichtsjahr 1997 beibehalten.

Die aus den unterschiedlichen historischen Entwicklungen gewachsenen Unterschiede der ökonomischen und sozialen Realität zwischen beiden Erhebungsbereichen hatte bei der erstmaligen Durchführung der laufenden Wirtschaftsrechnungen in den neuen Ländern im Jahr 1991 zur Folge, daß die Auswahlkriterien der einzelnen Haushaltstypen nicht völlig identisch formuliert werden konnten, obgleich dies für Vergleiche wünschenswert gewesen wäre. Die Definitionen der einzelnen Haushaltstypen in Ost und West konnten in der Zwischenzeit zwar weiter angepaßt werden, jedoch unterscheiden sie sich auch heute noch leicht voneinander. Tabelle 1 gibt eine quantitative Darstellung wichtiger sozio-demografischer Strukturmerkmale der an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte. Die hieraus ersichtlichen, auch im Berichtsjahr noch gegebenen Unterschiede zwischen West und Ost sind wichtige Hintergrundinformationen, die es bei der Interpretation der Ergebnisse der Statistik zu berücksichtigen gilt.

Aufgrund der spezifischen definitorischen Vorgaben für die unter dem jeweiligen Haushaltstyp zusammengefaßten Haushalte weisen diese innerhalb des jeweiligen Typs eine große Homogenität hinsichtlich der Einnahme- und Ausgabestrukturen auf, letztere bilden in den laufenden Wirt-

Auswahlkriterien für die an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte

Auswahlmerkmale	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
	Zweipersonen-Haushalte von Rentnern mit geringerem Einkommen	Vierpersonen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	Vierpersonen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	Zweipersonen-Haushalte von Rentnern	Vierpersonen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	Vierpersonen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen
Haushaltsgröße	2 Personen	4 Personen	4 Personen	2 Personen	4 Personen	4 Personen
Personelle Zusammensetzung	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, dar. mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, dar. mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Alleinstehendes Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern, dar. mindestens 1 Kind unter 15 Jahren	Ehepaar mit 2 Kindern, dar. mindestens 1 Kind unter 15 Jahren
Soziale Stellung des Hauptverdieners	Rentenempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Angestellter oder Beamter	Rentenempfänger	Arbeiter oder Angestellter	Beamter oder Angestellter
Einkommensbezieher	eine oder beide Person(en) Bei der Mehrzahl der Haushalte ist ein Einkommensbezieher vorhanden	1 Alleinverdiener, geringes, unregelmäßiges Einkommen des anderen Ehepartners ist zulässig	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen	eine oder beide Person(en) Bei der Mehrzahl der Haushalte sind zwei Einkommensbezieher vorhanden	1 Hauptverdiener, Ehepartner darf mitverdienen	
Einkommensgrenzen für	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1997: 1 750 bis 2 650 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit der Bezugsperson 1997: 3 850 bis 5 850 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit der Bezugsperson 1997: 6 800 bis 9 050 DM	die laufenden Bruttoeinkommensübertragungen von Staat und Arbeitgeber 1997: 1 750 bis 2 700 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit beider Ehepartner 1997: 3 250 bis 5 250 DM	das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher nichtselbständiger Arbeit beider Ehepartner 1997: 6 000 bis 7 850 DM
Haushaltsbruttoeinkommen	darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen			darf individuell höchstens um 40 % über dem vorgenannten Haupteinkommen liegen		

Tabelle 1: Zusammensetzung der an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilnehmenden Haushalte 1997

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
Anzahl						
Durchschnittlich erfaßte Haushalte	165	379	381	207	369	363
Soziale Stellung der Bezugsperson						
Rentner/-in, Pensionär/-in	165	x	x	207	x	x
Arbeiter/-in	x	193	x	x	212	x
Angestellter/Angestellte	x	186	250	x	157	324
Beamter/Beamtin	x	x	131	x	x	39
Jahre						
Durchschnittsalter						
Ehemann	73	39	43	69	38	39
Ehefrau	69	37	40	66	35	36
1. Kind	x	10	12	x	13	14
2. Kind	x	7	9	x	8	10

schaftsrechnungen die wichtigsten Erhebungsteile. Wegen der Homogenität der in die Typen der laufenden Wirtschaftsrechnungen jeweils einbezogenen Haushalte kann diese Statistik mit relativ kleinen Stichprobenumfängen sehr detaillierte Nachweise von Einnahme- und Ausgabestrukturen führen. Die Beschränkung der Erhebung auf drei Haushaltstypen hat andererseits den Nachteil, daß die Ergebnisse nur für einen Teil der privaten Haushalte Gültigkeit besitzen. Allein die Tatsache, daß Einpersonenhaushalte, Alleinerziehende, Haushalte, deren Bezugsperson selbständig, Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe ist, nicht einbezogen sind, schränkt den Aussagegehalt der Statistik deutlich ein. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß bei der Aufbereitung der Statistik keine Stichprobengewichtung vorgenommen wird. Die ausgewiesenen Ergebnisse basieren auf einer einfachen Durchschnittsbildung aus den Angaben von den an der Erhebung beteiligten Haushalten.¹⁾ Die geringe Repräsentativität der laufenden Wirtschaftsrechnungen ist letztendlich auch die entscheidende Lücke in Bezug auf die Aussagefähigkeit der Erhebungen. In diesem Punkt werden die ab 1999 durchzuführenden neu konzipierten laufenden Wirtschaftsrechnungen teilweise Abhilfe schaffen. In die neuen laufenden Wirtschaftsrechnungen werden alle Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte repräsentativ einbezogen sein.²⁾

Einnahmen und ihre Verwendung

Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) eignet sich aufgrund der eingangs genannten spezifischen Auswahlkriterien für die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte weniger für den allgemeinen Nachweis von Einkommensentwicklungen. Die methodische Konstruktion der Erhebung als geschlossenes System aller dem Haushalt zufließenden Einnahmen sowie deren Verwendung für die Zwecke des Privaten Verbrauchs, für weitere nicht zum Privaten Verbrauch gehörige Ausgaben (Zinsen, Steuern,

Versicherungsprämien u. ä., sog. „übrige Ausgaben“) sowie für die Vermögensbildung erlaubt jedoch interessante Einblicke in die Einkommens- und Budgetstruktur privater Haushalte (siehe die Tabellen 2, 3 und 4).

Das größte Interesse von seiten der Nutzer der LWR wird gemeinhin dem Haushaltstyp 2 entgegengebracht. Dieser Haushaltstyp soll gemäß den definitorischen Vorgaben ein mittleres Einkommensniveau repräsentieren. Das Bruttoeinkommen von Haushalten dieses Typs lag 1997 im früheren Bundesgebiet mit 7052 DM je Haushalt und Monat immer noch deutlich über dem entsprechenden Einkommenswert in den neuen Ländern und Berlin-Ost (5796 DM). Haushalte des Typs 3 repräsentieren definitionsgemäß Arbeitnehmerhaushalte mit einem höheren Einkommen. Das Bruttoeinkommen dieser Haushalte betrug im früheren Bundesgebiet im Monatsdurchschnitt 10814 DM, in den neuen Bundesländern 8298 DM. Untere Einkommensgruppen werden in den LWR durch einen Zweipersonenhaushalt von Rentenempfängern (Typ 1) nachgewiesen. Das Haushaltsbruttoeinkommen war mit 2878 DM im Westen und 3062 DM im Osten hier auch deutlich niedriger als die vergleichbaren Einkommen der Typen 2 und 3. Aus dem höheren durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen von Haushaltstyp 1 in den neuen Ländern läßt sich jedoch keineswegs auf ein höheres Niveau der Durchschnittsrenten in den neuen Ländern schließen. Die in der ehemaligen DDR höhere Frauenerwerbstätigkeit hat zur Folge, daß bei Haushalten des Typs 1 in den neuen Bundesländern zum weit überwiegenden Teil zwei Rentenempfänger mit jeweils niedrigen Renten zum Haushaltseinkommen beisteuern, bei westdeutschen Haushalten dieses Typs wird das Haushaltseinkommen hingegen überwiegend von der niedrigen Rente der in der Regel männlichen Bezugsperson des Haushalts gespeist³⁾. Als Ergebnis ergibt sich für den westdeutschen Haushaltstyp 1 ein eher niedriges Einkommensniveau und für den ostdeutschen Haushaltstyp 1 ein durchschnittliches.

Näheren Aufschluß über die Niveauunterschiede des Haushaltsbruttoeinkommens liefert ein Blick auf die Struktur dieses Einkommensaggregates (siehe Tabelle 2). Definitionsgemäß besteht das Haushaltsbruttoeinkommen beim Haushaltstyp 1 aus Renten und ähnlichen Transferzahlungen. Bei Rentnerhaushalten im früheren Bundesgebiet trugen 1997 Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung zu rund 80% zum Haushaltsbruttoeinkommen bei, die zweitgrößte Einkommensquelle bildeten mit 9,9% Einnahmen aus Vermögen. Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung kommt in den neuen Ländern mit einem Anteil von knapp 90% hingegen eine noch deutlich größere Bedeutung zu als in den alten Ländern. Obgleich auch Vermögenseinkommen mittlerweile bei ostdeutschen Rentnerhaushalten die zweitgrößte Einkommensquelle bilden, ist ihr Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen mit 4,2% noch nicht einmal halb so hoch wie bei Haushalten dieses Typs im Westen.

1) Siehe Kunz, D./Euler, M.: „Möglichkeiten und Grenzen der laufenden Wirtschaftsrechnungen“ in Wista 6/1972, S. 321 ff.
2) Siehe Chlumsky, J./Ehling, M.: „Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte“ in Wista 7/1997, S. 455 ff.

3) Auf diesen Sachverhalt wurde in früheren Kommentierungen der Statistik der LWR des öfteren hingewiesen, siehe z.B. Fiebigler, H.: „Budgets ausgewählter privater Haushalte 1996“ in Wista 8/1997, S. 589.

Tabelle 2: Budgets der an den laufenden Wirtschaftsrechnungen beteiligten Haushalte
je Haushalt und Monat

Art der Einnahmen und Ausgaben	Früheres Bundesgebiet						Neue Länder und Berlin-Ost					
	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3		Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996
DM												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ... dar.: Einmalige Zahlungen (Urlaubs-, Weihnachtsgeld u. ä.)	0	2	5 476	5 417	8 805	8 693	—	—	4 401	4 398	7 303	7 197
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit ¹⁾	86	84	253	242	205	185	66	61	78	79	66	67
+ Einnahmen aus Vermögen ²⁾ dar.: Mietwert der Eigentümerwohnung ³⁾	284	277	592	553	957	891	128	113	205	154	265	179
+ Renten und Pensionen ⁴⁾ dar.: Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung	210	202	487	437	760	709	54	46	144	102	189	115
+ Sonstige Einnahmen aus Übertragungen ⁵⁾ dar.: Laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	2 362	2 299	2	0	—	2	2 748	2 667	41	37	10	11
— Haushaltsbruttoeinkommen	2 306	2 242	2	0	—	2	2 747	2 666	41	37	10	11
— Einkommen- und Vermögensteuer	145	150	730	662	844	759	121	72	1 070	999	653	612
— Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	—	—	10	7	7	4	4	2	288	276	10	12
+ Haushaltsnettoeinkommen	2 878	2 812	7 052	6 874	10 814	10 532	3 062	2 914	5 796	5 669	8 298	8 065
+ Sonstige Einnahmen ⁶⁾	1	0	647	631	1 680	1 615	2	2	464	456	1 142	1 122
— Ausgaben für den Privaten Verbrauch	168	159	1 106	1 040	825	795	208	191	909	869	1 405	1 319
— Übrige Ausgaben ⁷⁾	2 709	2 652	5 299	5 203	8 310	8 122	2 852	2 720	4 422	4 344	5 751	5 625
+ Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten ⁸⁾	67	61	426	422	696	758	140	90	397	329	524	422
Prozent												
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ... dar.: Einmalige Zahlungen (Urlaubs-, Weihnachtsgeld u. ä.)	0,0	0,1	77,6	78,8	81,4	82,5	—	—	75,9	77,6	88,0	89,2
+ Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit ¹⁾	—	—	7,1	7,1	7,5	7,9	—	—	2,8	3,4	3,2	3,4
+ Einnahmen aus Vermögen ²⁾ dar.: Mietwert der Eigentümerwohnung ³⁾	3,0	3,0	3,6	3,5	1,9	1,8	2,1	2,1	1,4	1,4	0,8	0,8
+ Renten und Pensionen ⁴⁾ dar.: Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung	9,9	9,8	8,4	8,0	8,8	8,5	4,2	3,9	3,5	2,7	3,2	2,2
+ Sonstige Einnahmen aus Übertragungen ⁵⁾ dar.: Laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	7,3	7,2	6,9	6,3	7,0	6,7	1,8	1,6	2,5	1,8	2,3	1,4
— Haushaltsbruttoeinkommen	82,1	81,8	0,0	0,0	—	0,0	89,7	91,5	0,7	0,7	0,1	0,1
— Einkommen- und Vermögensteuer	80,1	79,5	0,0	0,0	—	0,0	89,7	91,5	0,7	0,7	0,1	0,1
— Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5,0	5,3	10,4	9,6	7,8	7,2	4,0	2,5	18,5	17,6	7,9	7,6
+ Haushaltsnettoeinkommen	—	—	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	5,0	4,7	0,1	0,1
+ Sonstige Einnahmen ⁶⁾	94,1	94,3	75,1	75,7	76,8	77,1	93,1	93,4	76,3	76,6	69,3	69,7
— Ausgaben für den Privaten Verbrauch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
— Übrige Ausgaben ⁷⁾	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
+ Veränderung der Vermögens- und Finanzkonten ⁸⁾	83,3	83,0	75,0	75,8	69,6	70,2	83,3	84,2	73,8	75,8	70,2	70,2
	8,3	9,1	11,0	11,1	16,6	16,7	7,4	7,6	10,1	9,3	10,9	10,6
	+ 8,4	+ 7,9	+ 14,0	+ 13,1	+ 13,8	+ 13,0	+ 9,3	+ 8,2	+ 16,1	+ 15,0	+ 18,8	+ 19,2

1) Z. B. Entgelte für die Haushaltsbuchführung, Gefälligkeitsleistungen. — 2) Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Mietwert der Eigentümerwohnung (verringert um die Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden) sowie Einnahmen aus Geldvermögen (Dividenden, Zinsen usw.). — 3) Vermindert um Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden. — 4) Einschl. Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. — 5) Laufende Übertragungen der Arbeitsförderung, Streikunterstützungen, laufende Übertragungen aus Kranken- und Schadensversicherung und von anderen privaten Haushalten, sonstige Übertragungen von unter 2 000 DM je Einzelfall. — 6) Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter oder gebrauchter Waren (z. B. Pkw), einmalige und unregelmäßige Übertragungen von 2 000 DM und mehr je Einzelfall, Erstattung für geschäftliche Zwecke, Rückvergütung auf Warenverkäufe (z. B. Flaschenpfand), Rückvergütung von zuviel bezahlten Energiekosten, jedoch keine Einnahmen aus Vermögensminderung und Kreditaufnahme. — 7) Ohne Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung. — 8) Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung, abzüglich Einnahmen aus Vermögensminderung und Kreditaufnahme, jedoch ohne Wertveränderung vorhandenen Sach- und Geldvermögens.

Wichtigste Einkommenskategorie beim Haushaltstyp 2 sind die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Am Haushaltsbruttoeinkommen hatten diese Einkommen im früheren Bundesgebiet einen Anteil von 78 % und in den neuen Ländern von knapp 76 %. Im früheren Bundesgebiet hat sich der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Haushaltsbruttoeinkommen kontinuierlich zurückentwickelt. Anfang der 90er Jahre lag er noch bei knapp 82 %. Umgekehrt hat die Bedeutung anderer Einkommensquellen zugenommen. Dies gilt insbesondere für die Einnahmen aus Übertragungen von öffentlichen Gebietskörperschaften und anderen privaten Haushalten, die mit mittlerweile 10,4 % zum Haushaltsbruttoeinkommen beitragen (Anfang der 90er Jahre knapp 8 %). Die drittgrößte Einnahmeposition beim Haushaltstyp 2 bildeten mit einem Anteil am Haushaltsbruttoeinkommen von 8,4 % die Einnahmen aus Vermögen. Auch die quantitative Bedeutung dieser Einnahmen ist in den letzten Jahren gewachsen: der Anteil der Vermögenseinkommen lag vor

10 Jahren noch bei 5,8 %. Die Zunahme der Vermögenseinnahmen ist insbesondere in den Jahren nach 1995 auf den Anstieg der Eigentütermieten zurückzuführen (siehe Tabelle 3). Dies ist insofern von Bedeutung, als durch die spezifische Ermittlung des Mietwerts der Eigentümerwohnungen⁴⁾ der insbesondere in den letzten Jahren zu verzeichnende starke Anstieg der Wohnungsmieten maßgeblich in die Entwicklung der Einnahmen aus Vermögen Eingang findet.

Bei Haushalten des Typs 2 in den neuen Bundesländern bilden nach den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (76 %) die Einnahmen aus Übertragungen ebenfalls die zweitwichtigste Einkommensquelle. Mit knapp 19 % ist der Anteil dieser Einnahmen hier jedoch fast doppelt so

⁴⁾ Mietwerte für Eigentümerwohnungen werden für selbstgenutzte Eigentumswohnungen und Eigenheime fiktiv ermittelt. Hierbei werden die Mieten jeweils vergleichbarer Mietwohnungen zugrunde gelegt.

Tabelle 3: Einnahmen aus Vermögen 1997

DM je Haushalt und Monat
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Einnahmen	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
Einnahmen aus Vermögen	284	592	957	128	205	265
Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen	7	32	61	6	16	20
Sonstige Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	16	29	42	28	30	34
Mietwert der Eigentümerwohnung verringert um die Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden	210	487	760	54	144	189
Mietwert der Eigentümerwohnung	252	570	988	114	241	303
– Unterhalt von Grundstücken und Gebäuden	42	83	228	60	97	114
Einnahmen aus Geldvermögen ..	50	44	94	40	16	22

hoch wie in den alten Bundesländern. Die weitaus wichtigsten Komponenten innerhalb der Einnahmen aus Übertragungen bilden die von staatlichen Institutionen gezahlten Übertragungen (knapp 16% des Haushaltsbruttoeinkommens). Neben dem Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz sind dies aufgrund der nach wie vor schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie hohe laufende Übertragungen der Arbeitsförderung. Der deutliche Anstieg der laufenden Übertragungen ab 1996, der bei Haushalten des Typs 2 sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern zu beobachten ist, ist auf die ab 1996 erfolgte Anhebung des Kindergeldes zurückzuführen (siehe Tabelle 4).

Deutlicher noch als bei Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen (Haushaltstyp 2) ist bei Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit höherem Einkommen (Haushaltstyp 3) das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die quantitativ weitaus bedeutendste Einkommenskomponente. Im früheren Bundesgebiet trugen diese Einkommen 1997 mit gut 81 % zum Haushaltsbruttoeinkommen bei, in den neuen Ländern sogar zu 88 %. Es ist hierbei jedoch zu beachten, daß das Haushaltseinkommen von

Haushalten in diesem höheren Einkommenssegment neben den Arbeitseinkommen der Bezugsperson des Haushalts definitionsgemäß in stärkerem Maße als beispielsweise beim Haushaltstyp 2 auch von den Arbeitseinkommen weiterer Haushaltsmitglieder gespeist wird. Dies gilt vor allem für die neuen Länder. Aufgrund des vor allem Anfang der 90er Jahre im Vergleich zu den alten Bundesländern niedrigen Einkommensniveaus, aber auch aufgrund der spezifischen Erwerbsstruktur in den neuen Ländern waren hier seit dem Beginn der Berichterstattung 1991 beim Haushaltstyp 3 zwei voll verdienende Einkommensbezieher zugelassen, um einen vom Niveau des Haushaltseinkommens zum früheren Bundesgebiet vergleichbaren Haushaltstyp bilden zu können. Der bzw. die Partner(in) der Bezugsperson trägt daher in den neuen Bundesländern auch heute noch zu knapp 36% zum Haushaltsbruttoeinkommen bei (Bezugsperson rd. 52%), im früheren Bundesgebiet beträgt dieser Anteil nur rund 14% (Bezugsperson rd. 62%).

Bei den übrigen Einkommenskomponenten des Haushaltsbruttoeinkommens sind 1997 bei Haushalten des Typs 3 im früheren Bundesgebiet nach dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die Einnahmen aus Vermögen die zweitgrößte Einkommensquelle (8,8%). Wie beim Haushaltstyp 2 gilt auch beim Haushaltstyp 3: Die Entwicklung der Vermögenseinnahmen ist wesentlich geprägt durch den Mietwert der Eigentümerwohnung (siehe Tabelle 3).

Aufgrund des in den neuen Ländern noch vergleichsweise geringen Umfanges von Immobilienbesitz und Geldvermögen spielen Vermögenseinnahmen als Einkommensquelle auch 1997 mit einem Anteil von 3,2% noch eine relativ geringe Rolle. Bei Haushalten des Typs 3 sind hier – wie beim Typ 2 – Einnahmen aus Übertragungen – und darunter insbesondere Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz – die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die quantitative Bedeutung der Einnahmen aus Übertragungen ist mit rund 8% jedoch weitaus geringer als bei Haushalten des Typs 2.

Die komplette Erfassung aller Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen erlaubt, ausgehend vom Haushaltsbruttoeinkommen unter Absetzung der Einkommen- und Vermögensteuern sowie der Pflichtbeiträge zur Sozialver-

Tabelle 4: Einnahmen aus Übertragungen und Untervermietung 1997

je Haushalt und Monat
Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Einnahmen	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	Haushaltstyp				Haushaltstyp			
	2		3		2		3	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Einnahmen aus Übertragungen und Untervermietung	733	100	847	100	1 111	100	663	100
Laufende Übertragungen vom Staat ¹⁾	496	67,7	455	53,7	915	82,3	478	72,0
darunter:								
Krankengeld der gesetzlichen Krankenversicherung	2	0,3	1	0,2	14	1,3	11	1,6
Laufende Übertragungen der Arbeitsförderung	10	1,3	7	0,9	288	25,9	10	1,4
Kindergeld	443	60,5	439	51,9	441	39,6	434	65,5
Mutterschaftsgeld	24	3,3	1	0,1	47	4,2	1	0,2
Sonstige laufende Übertragungen ²⁾ , Untermiete	33	4,5	17	2,0	32	2,9	30	4,5
Einmalige und unregelmäßige Übertragungen ³⁾	204	27,8	375	44,3	165	14,8	156	23,5
darunter:								
vom Staat	62	8,4	139	16,4	56	5,1	53	8,0
von privaten Haushalten	119	16,2	132	15,6	88	7,9	74	11,2

¹⁾ Übertragungen der Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften, öffentliche Pensionen. – ²⁾ Werkspensionen/-renten, Streikunterstützungen, laufende Übertragungen aus privater Krankenkasse und Schadenskasse und von anderen privaten Haushalten. – ³⁾ Einmalige Übertragungen von unter 2 000 DM je Einzelfall.

sicherung und Arbeitsförderung, auch den Nachweis des Haushaltsnettoeinkommens. Je nach Belastung des Einkommens mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen schwanken die Anteile der Nettoeinkommen am Bruttoeinkommen von rund 94 % (Typ 1, alte Länder) bis knapp 70 % (Typ 3, neue Länder). Die deutlich niedrigere Nettoeinkommensquote von Haushalten des Typs 3 in den neuen Ländern im Vergleich zu entsprechenden Haushalten in den alten Ländern (69 gegenüber 77 %) resultiert auch aus der Tatsache, daß beim Typ 3 in den neuen Ländern die nicht sozialversicherungspflichtigen Beamtenhaushalte nach wie vor vergleichsweise gering vertreten sind und dadurch in den statistischen Ergebnissen die höhere Abgabenbelastung von Angestelltenhaushalten stärker zum Tragen kommt.

Mit dem Haushaltsnettoeinkommen sind noch nicht alle dem Haushalt zufließenden Einnahmen für die Bestreitung seiner Konsumausgaben (Privater Verbrauch) sowie darüber hinausgehender Ausgaben und Verwendungszwecke benannt. Zuzüglich zum Haushaltsnettoeinkommen realisieren Haushalte in der Regel auch noch Einnahmen aus dem Verkauf von im Haushalt erzeugten oder gebrauchten Waren (z. B. Pkw), sie erhalten Rückvergütungen unterschiedlichster Art (z. B. zuviel bezahlte Energiekosten), Nach- und Abschlagszahlungen von Sozialversicherungsträgern und Pensionskassen u. ä. sowie Übertragungen von anderen privaten Haushalten. Diese nicht in die Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens eingehenden Transaktionen werden erst in der Berechnung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen⁵⁾ berücksichtigt. Die ausgabenfähigen Einkommen bilden die Grundlage für die Ausgaben des Privaten Verbrauchs sowie für die Gruppe der sogenannten „übrigen Ausgaben“. Als Restgröße läßt sich durch Subtraktion der genannten Ausgabekategorien die Ersparnis der Haushalte ermitteln (siehe Tabelle 2).

Wie bereits bei der Darstellung des Einkommensniveaus beim Haushaltsbruttoeinkommen zu vermuten war, unterscheiden sich auch die ausgabenfähigen Einkommen zwischen den unterschiedlichen Erhebungsgebieten West und Ost sowie zwischen den einzelnen Haushaltstypen. Bei den Haushaltstypen 2 und 3 ist das bereits bekannte Bild eines West-Ost-Einkommensgefälles deutlich sichtbar. So lagen auch 1997 die ausgabenfähigen Einkommen der Haushalte des Typ 2 im früheren Bundesgebiet mit 5725 DM um etwa 19 % über den entsprechenden Einkommen in den neuen Ländern (4819 DM). Beim Typ 3 betrug der Unterschied bei 9006 DM ausgabenfähigem Einkommen im früheren Bundesgebiet und 6275 DM in den neuen Ländern sogar rund 44 %. Auch das beim Haushaltstyp 1 aus den oben genannten Gründen umgekehrte Ost-West-Einkommensgefälle zeigt sich, wenn auch nicht im gleichen Umfang, bei den ausgabenfähigen Einkommen der Haushalte dieses Typs. Mit 2992 DM verfügten Zweipersonen-Rentnerhaushalte im Osten über rund 8 % mehr

Einkommen als Haushalte vom Typ 1 im Westen mit niedrigem Einkommensniveau (2776 DM).

Bei der Verwendung des Einkommens bilden die Ausgaben für den Privaten Verbrauch das bei weitem größte Verwendungsaggregat. Haushalte des Typs 1 im früheren Bundesgebiet verausgabten 1997 mit 2313 DM rund 83 % ihres ausgabenfähigen Einkommens für Zwecke des Privaten Verbrauchs. In den neuen Ländern waren die Verbrauchsausgaben dieser Haushalte absolut etwas höher (2491 DM), aufgrund des bei diesem Haushaltstyp höheren Einkommens im Osten hatten die Verbrauchsanteile bezogen auf das ausgabenfähige Einkommen in beiden Erhebungsgebieten jedoch die gleiche Höhe (83 %). Bei den Typen 2 und 3 erreichten die Ausgaben für den Privaten Verbrauch im früheren Bundesgebiet einen Umfang von 4293 DM (75 %) bzw. 6269 DM (70 %). In den neuen Ländern waren die vergleichbaren Ausgabenniveaus aufgrund des niedrigeren Einkommens mit 3556 DM (Typ 2) bzw. 4408 DM (Typ 3) zwar absolut niedriger, die relativen Anteile am ausgabenfähigen Einkommen entsprachen mit 74 bzw. 70 % aber in etwa den vergleichbaren Werten im Westen.

Die sogenannten „übrigen Ausgaben“ (Zinsen, Steuern, Versicherungsprämien, Gebühren und Beiträge) entsprechen in ihrer quantitativen Bedeutung bei weitem nicht den eigentlichen Konsumausgaben, wie sie im Privaten Verbrauch zusammengefaßt sind. Die Anteile dieser Ausgaben am ausgabenfähigen Einkommen schwankten im Berichtsjahr je nach Haushaltstyp im früheren Bundesgebiet zwischen knapp 17 % (Typ 3) und gut 8 % (Typ 1), in den neuen Bundesländern zwischen knapp 11 % (Typ 3) und gut 7 % (Typ 1) (siehe die Tabellen 2 und 5). Die Struktur der übrigen Ausgaben ist stark abhängig von den Einkommens- und Vermögensverhältnissen, der Verschuldungssituation sowie der sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Haushalte. Tabelle 5 gibt einen detaillierten Einblick in die Struktur dieser Ausgaben.

Die Veränderung der Vermögensposition der Haushalte läßt sich im System der Einnahme-Ausgabe-Rechnung der laufenden Wirtschaftsrechnungen zum einen aus der laufenden Einnahme-Ausgabe-Rechnung ermitteln. Hierbei werden durch Gegenüberstellung der Leistungsgrößen (Einnahmen/Ausgaben) zunächst die einzelnen Einkommensgrößen bis hin zum ausgabenfähigen Einkommen ermittelt. Durch Absetzung der „Verwendungsaggregate „Privater Verbrauch“ und der „übrigen Ausgaben“ ergibt sich als Restgröße die im Durchschnitt aller Haushalte in der Regel positive Veränderung des Vermögens. Die verbleibende Restgröße bildet sozusagen den Indikator für die Vermögensbildung (Sparen). Setzt man den so ermittelten Absolutbetrag ins Verhältnis zum ausgabenfähigen Einkommen, erhält man die sogenannte Sparquote. Die höchste Sparquote realisierten 1997 im früheren Bundesgebiet mit 14 % Haushalte des Typs 2. Obwohl Haushalte des Typs 3 im Vergleich zum Typ 2 ein deutlich höheres Einkommen haben, lag im Berichtsjahr die Sparquote dieser Haushalte in den alten Ländern mit 13,8 % noch knapp unter der des Typs 2. Beim Typ 1 errechnete sich eine Sparquote von 8,4 %. In den neuen Ländern lagen die Spar-

⁵⁾ Zur Vereinfachung der Schreibweise werden diese im folgenden kurz „ausgabenfähige Einkommen“ genannt.

Tabelle 5: Übrige Ausgaben¹⁾ 1997
je Haushalt und Monat
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gebiet Art der Einnahmen und Ausgaben	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
Früheres Bundesgebiet	Erfasste Haushalte (Anzahl)					
	165		379		381	
	DM	%	DM	%	DM	%
	231	8,3	633	11,0	1 498	16,6
	Zinsen	5	221	3,9	588	6,5
	Steuern (ohne Einkommen- und Vermögensteuer)	12	33	0,6	40	0,4
	dar.: Kraftfahrzeugsteuer	12	32	0,6	37	0,4
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	4	19	0,3	242	2,7
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ²⁾	4	10	0,2	16	0,2
	Prämien für private Kranken- und zusätzliche Pflegeversicherung	11	10	0,2	192	2,1
Neue Länder und Berlin-Ost	Erfasste Haushalte (Anzahl)					
	207		369		363	
	DM	%	DM	%	DM	%
	223	7,4	485	10,1	685	10,9
	Zinsen	9	102	2,1	232	3,7
	Steuern (ohne Einkommen- und Vermögensteuer)	12	27	0,6	28	0,4
	dar.: Kraftfahrzeugsteuer	11	25	0,5	27	0,4
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	1	6	0,1	19	0,3
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ²⁾	2	6	0,1	7	0,1
	Prämien für private Kranken- und zusätzliche Pflegeversicherung	1	7	0,2	26	0,4
	Erfasste Haushalte (Anzahl)					
	123		142		217	
	DM	%	DM	%	DM	%
	123	4,4	142	2,5	217	2,4
	Zinsen	5	221	3,9	588	6,5
	Steuern (ohne Einkommen- und Vermögensteuer)	12	33	0,6	40	0,4
	dar.: Kraftfahrzeugsteuer	12	32	0,6	37	0,4
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	4	19	0,3	242	2,7
	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ²⁾	4	10	0,2	16	0,2
	Prämien für private Kranken- und zusätzliche Pflegeversicherung	11	10	0,2	192	2,1

¹⁾ Ohne Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung. – ²⁾ Auch freiwillige Beiträge für Pensions-, Alters- und Sterbekassen. – ³⁾ Kfz-Haftpflicht-, Kasko-, Insassenversicherung. – ⁴⁾ Geldstrafen, Spieleinsätze, Ausgaben für geschäftliche Zwecke, Pachten für Gärten.

quoten aller Haushaltstypen zum Teil deutlich über den jeweils vergleichbaren Quoten im Westen. Hier gilt der Zusammenhang, daß mit wachsenden Einkommen die Sparquote zunimmt. So realisierte Typ 1 eine Sparquote von 9,3 %, Typ 2 von rund 16 % und Typ 3 von knapp 19 %.

Da die Statistik der LWR methodisch in einer Weise aufgebaut ist, daß aus den erfaßten Größen eine komplette Einnahme-Ausgabe-Rechnung abgeleitet werden kann – alle dem Haushalt für die private Haushaltsführung (einschl. Vermögensbildung) zufließenden Einnahmen werden

Tabelle 6: Ersparnisbildung 1997
DM je Haushalt und Monat
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
+ Bildung von Sachvermögen	8	546	957	33	861	756
– Auflösung von Sachvermögen	–	100	110	6	12	6
Saldo...	+ 8	+ 446	+ 847	+ 26	+ 849	+ 751
+ Bildung von Geldvermögen	3 103	6 957	10 829	3 739	6 522	8 117
darunter:						
Einzahlungen auf Sparbücher	95	282	397	88	136	164
Einzahlungen auf laufende Konten	2 558	5 674	9 113	3 086	5 690	7 063
Einzahlungen auf Bausparverträge	7	147	169	16	111	176
Prämien für Lebensversicherungen u. ä.	23	186	242	30	123	161
– Auflösung von Geldvermögen	2 892	6 660	10 445	3 501	5 911	7 161
darunter:						
Abhebungen von Sparbüchern	137	251	336	74	110	68
Abhebungen von laufenden Konten	2 320	5 573	8 978	2 877	5 295	6 515
Auszahlungen von Bausparkassen	6	87	75	6	54	55
Einnahmen aus Lebensversicherungen	5	44	31	18	12	26
Saldo...	+ 211	+ 297	+ 383	+ 238	+ 611	+ 957
+ Kreditrückzahlungen	15	396	813	49	289	412
darunter Tilgung von:						
Baudarlehen von Kreditinstituten	0	127	304	11	75	101
Baudarlehen von Bausparkassen	3	131	319	10	33	91
anderen Krediten von sonstigen Kreditgebern	5	43	55	11	78	92
– Kreditaufnahme	1	339	805	34	971	937
darunter Aufnahme von:						
Baudarlehen von Kreditinstituten	–	160	525	–	652	332
Baudarlehen von Bausparkassen	–	51	107	–	162	400
anderen Krediten von sonstigen Kreditgebern	1	40	76	19	57	75
Saldo...	+ 14	+ 57	+ 8	+ 14	– 682	– 524
Ersparnisbildung	+ 232	+ 800	+ 1 239	+ 278	+ 778	+ 1 183

erfaßt und allen vom Haushalt für die genannten Zwecke getätigten Ausgaben gegenübergestellt – läßt sich die Vermögensbildung auch bestimmen, indem nur jene die Bestandskonten (Sachvermögens-, Geldvermögen- und Kreditkonten) tangierenden Transaktionen (Zugänge/ Abgänge) gegeneinander saldiert werden. Die Summe der Veränderungen der Vermögens- und Finanzkonten ergibt im Resultat ebenfalls die vom Haushalt realisierte Vermögensbildung (Sparen). Gegenüber der oben skizzierten Form der aus der Einkommensentstehung und -verwendung aus der Gegenüberstellung von Leistungstransaktionen ermittelten Vermögensbildung als Restgröße hat die Darstellung der die Bestandskonten berührenden Einnahmen und Ausgaben den Vorteil, daß die Entstehung der Vermögensbildung selbst nachgezeichnet werden kann. In Tabelle 6 sind die skizzierten Sachverhalte in ihren quantitativen Dimensionen dargestellt.

Ausgaben für den Privaten Verbrauch

Innerhalb der Verwendungsformen des ausgabefähigen Einkommens bilden, wie bereits erwähnt, die Ausgaben für den Privaten Verbrauch den größten Posten. Die im Privaten

Verbrauch zusammengefaßten Ausgaben für Konsumgüter und Dienstleistungen bilden die wichtigsten Nachweispositionen der Statistik der LWR. Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Struktur der Verbrauchsausgaben nach Gütergruppen. In den Publikationen der Ergebnisse der Statistik sowie auf Anfrage werden jedoch noch weit detailliertere Nachweise der einzelnen Ausgabepositionen bereitgestellt. Dies gilt insbesondere für die Gütergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie für Energieausgaben. Für eine Reihe von Gütern sind hier neben dem Ausgabebetrag auch entsprechende Mengenangaben verfügbar.

Die Gruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren bildete traditionell die quantitativ wichtigste Gütergruppe des Privaten Verbrauchs. Aufgrund der seit Beginn der 80er Jahre in den alten Bundesländern überdurchschnittlich stark gestiegenen Wohnungsmieten, nehmen jedoch die Ausgaben für das Wohnen (Wohnungsmieten + Energiekosten) hier bei vielen Haushalten mittlerweile den ersten Platz bei den Verbrauchsausgaben ein. Bei den Haushaltstypen 1 und 3 haben die Ausgaben für Wohnungsmieten einschließlich Energiekosten bereits 1983

Tabelle 7: Ausgaben für den Privaten Verbrauch 1997
 je Haushalt und Monat
 Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Art der Ausgaben	Früheres Bundesgebiet						Neue Länder und Berlin-Ost					
	Haushaltstyp						Haushaltstyp					
	1		2		3		1		2		3	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Ausgaben für den Privaten Verbrauch	2 313	100	4 293	100	6 269	100	2 491	100	3 556	100	4 408	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	545	23,6	903	21,0	1 164	18,6	550	22,1	833	23,4	957	21,7
darunter:												
Nahrungsmittel	375	16,2	590	13,7	725	11,6	373	15,0	533	15,0	576	13,1
Getränke	82	3,6	148	3,4	176	2,8	96	3,8	149	4,2	168	3,8
Tabakwaren	12	0,5	29	0,7	17	0,3	12	0,5	25	0,7	25	0,6
Bekleidung, Schuhe	104	4,5	267	6,2	412	6,6	126	5,1	215	6,0	293	6,6
darunter:												
Oberbekleidung	56	2,4	120	2,8	198	3,2	70	2,8	100	2,8	147	3,3
Schuhe	18	0,8	60	1,4	84	1,3	21	0,8	50	1,4	61	1,4
Wohnungsmieten, Energie	891	38,5	1 263	29,4	1 615	25,8	687	27,6	881	24,8	949	21,5
Wohnungsmieten u. ä. ¹⁾	732	31,6	1 053	24,5	1 372	21,9	526	21,1	677	19,0	733	16,6
Energie	159	6,9	210	4,9	244	3,9	161	6,5	204	5,7	216	4,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	123	5,3	304	7,1	455	7,3	252	10,1	301	8,5	434	9,9
darunter:												
Möbel	25	1,1	97	2,3	170	2,7	91	3,7	116	3,3	187	4,2
Bodenbeläge, Heimtextilien, Haushaltswäsche	21	0,9	41	1,0	54	0,9	34	1,4	33	0,9	41	0,9
Heiz- und Kochgeräte, andere elektrische Haushaltsgeräte	25	1,1	44	1,0	65	1,0	38	1,5	45	1,3	57	1,3
Tapeten, Anstrichfarben, Baustoffe, fremde Reparaturen an der Wohnung	7	0,3	30	0,7	32	0,5	32	1,3	35	1,0	61	1,4
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	132	5,7	152	3,5	453	7,2	154	6,2	105	3,0	166	3,8
darunter:												
Dienstleistungen von Ärzten und anderen medizinischen Fachkräften	26	1,1	35	0,8	271	4,3	34	1,4	19	0,5	51	1,1
Verbrauchsgüter für die Körperpflege	27	1,2	57	1,3	73	1,2	26	1,1	45	1,3	56	1,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	292	12,6	736	17,1	1 121	17,9	384	15,4	681	19,1	921	20,9
darunter:												
Kraftfahrzeuge und Fahrräder	103	4,4	307	7,2	508	8,1	160	6,4	300	8,4	462	10,5
Kraftstoffe	48	2,1	164	3,8	206	3,3	54	2,2	146	4,1	178	4,0
Fremde Reparaturen an Kraftfahrzeugen und Fahrrädern	27	1,2	78	1,8	125	2,0	41	1,6	82	2,3	98	2,2
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	151	6,5	513	11,9	763	12,2	190	7,6	400	11,3	472	10,7
darunter:												
Fernsehempfangs-, Rundfunkempfangs-, Foto- und Kinogeräte	14	0,6	58	1,3	73	1,2	24	1,0	49	1,4	63	1,4
Andere Gebrauchsgüter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	14	0,6	128	3,0	182	2,9	20	0,8	83	2,3	97	2,2
Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	39	1,7	67	1,6	110	1,7	39	1,6	50	1,4	58	1,3
Dienstleistungen für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	39	1,7	90	2,1	128	2,0	46	1,9	78	2,2	91	2,1
Güter für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	73	3,2	155	3,6	286	4,6	148	5,9	140	3,9	216	4,9
darunter:												
Güter für die persönliche Ausstattung	9	0,4	26	0,6	42	0,7	13	0,5	21	0,6	31	0,7
Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	34	1,5	70	1,6	135	2,1	53	2,1	71	2,0	102	2,3
Pauschalreisen	18	0,8	35	0,8	75	1,2	63	2,5	29	0,8	57	1,3

¹⁾ Einschl. Mietwert der Eigentümerwohnung.

die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel von Rang 1 der Verbrauchsausgaben verdrängt. Beim Haushaltstyp 2 hat dieser Rangwechsel 1985 stattgefunden. Im Berichtsjahr hatte der Anteil der wohnungsbedingten Ausgaben des Privaten Verbrauchs beim Haushaltstyp 1 bereits 38,5% erreicht, Haushalte des Typs 2 wendeten 29,4% und Haushalte des Typs 3 25,8% ihrer Verbrauchsausgaben für das Wohnen auf.

Auch in den neuen Ländern haben sich die Wohnungsmieten einschließlich Energiekosten seit Beginn der Berichterstattung in den LWR 1991 vor allem aufgrund verschiedener zwischenzeitlich eingetretener gesetzlicher Regelungen zur Miethöhe überdurchschnittlich stark entwickelt und die auch hier innerhalb des Privaten Verbrauchs quantitativ wichtigste Ausgabengruppe der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren vom ersten Rang verdrängt. Beim Haushaltstyp 1 fand dieser Rangwechsel bereits 1994 statt. Für Wohnungsmieten und Energiekosten mußten Haushalte dieses Typs 1994 rund 26% ihrer gesamten Verbrauchsausgaben aufwenden und damit erstmals mehr als für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (rd. 24%). Seither hat sich der Abstand der Verbrauchsanteile dieser quantitativ wichtigsten Ausgabengruppen des Privaten Verbrauchs noch erhöht. Im Berichtsjahr verausgabten Rentnerhaushalte des Typs 1 fast 28% ihrer Verbrauchsausgaben für Wohnungsmieten einschließlich Energie und damit in diesem Jahr knapp 6 Prozentpunkte mehr als für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Beim Haushaltstyp 2 in den neuen Ländern lagen die Anteile der Ausgaben für Wohnungsmieten und Energie 1997 (knapp 25%) erstmals über den Verbrauchsanteilen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (rd. 23%), letztere bildeten bei diesem Haushaltstyp ebenfalls die bis dahin größte Ausgabengruppe.

Auch beim Haushaltstyp 3 ist in den neuen Ländern der Anteil der wohnungsbedingten Ausgaben am Privaten Verbrauch in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Mit rund 22% wendeten diese Haushalte 1997 erstmals den gleichen Anteil ihrer Verbrauchsausgaben für die Zahlung von Wohnungsmieten und Energiekosten auf wie für den Kauf von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren.

Die nach den Ausgaben für das Wohnen sowie den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren drittgrößte Gruppe von Konsumgütern und Dienstleistungen des Privaten Verbrauchs sind bei allen hier betrachteten Haushaltstypen sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern die Ausgaben in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Im Berichtsjahr entfielen im früheren Bundesgebiet beim Haushaltstyp 1 knapp 13%, beim Haushaltstyp 2 rund 17% und beim Haushaltstyp 3 rund 18% der Ausgaben für den Privaten Verbrauch auf Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In den neuen Bundesländern lagen die vergleichbaren Verbrauchsanteile mit gut 15% (Typ 1), 19% (Typ 2) und knapp 21% (Typ 3) durchweg über den entsprechenden Werten in den alten Bundesländern. In dem vergleichsweise hohen Umfang der Ausgaben für Güter in den Bereichen Verkehr

und Nachrichtenübermittlung insbesondere in den neuen Bundesländern, drückt sich auch die prioritäre Rolle, die private Haushalte Kraftfahrzeugen – und hier in erster Linie Personenkraftwagen – und damit verbundenen Gütern und Dienstleistungen beimessen, aus. Denn der weit überwiegende Teil der in der Gruppe der Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung zusammengefaßten Ausgabearten (z. B. Kraftstoffe; Reparaturen, Ersatzteile und Zubehör; TÜV-Gebühren, Garagenmiete, Parkgebühren, Wagenwäsche u. ä.) steht in mehr oder weniger direktem Zusammenhang zu Kraftfahrzeugen (Personenkraftwagen).

Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern

Der Nachweis von Ausstattungsgegenständen, wie Haushaltsgroßgeräten, PKW, Telefonen, elektronischen Geräten u. ä. sogenannten langlebigen Gebrauchsgütern, gehört ebenfalls zum Informationsspektrum der Statistik der LWR. Die Statistik weist Ergebnisse für insgesamt 40 verschiedene Gebrauchsgüter nach, von denen in Tabelle 8 eine

Tabelle 8: Ausstattung mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern 1997
Prozent des jeweiligen Haushaltstyps
Ergebnis der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Haushaltstyp			Haushaltstyp		
	1	2	3	1	2	3
Personenkraftwagen	60,5	95,8	98,2	67,5	97,2	98,7
Farbfernsehgerät	97,1	96,9	97,5	99,0	98,9	99,7
Videorecorder	33,1	83,8	77,9	34,0	79,8	80,5
Videokamera	8,1	35,6	35,9	8,3	36,5	35,5
Stereoanlage ¹⁾	32,6	73,6	73,8	23,3	69,9	74,8
CD-Player	5,8	53,4	60,6	7,3	24,0	29,3
Heimcomputer	2,9	54,2	69,7	2,9	46,4	60,7
Geschirrspülmaschine	23,3	77,0	87,5	10,7	34,5	46,5
Waschvollautomat ²⁾	95,9	97,9	99,2	91,7	97,5	96,7
Wäschetrockner	18,0	44,0	53,4	3,4	7,5	8,7
Mikrowellenherd	29,1	66,2	61,6	26,2	51,1	54,8
Telefon	97,1	99,7	99,5	95,1	95,9	96,7

1) Einschl. Kompaktanlage oder Turm. – 2) Auch mit Trockner.

Auswahl von 12 Gebrauchsgütern ausgewiesen ist. Natürlich können in den LWR nicht alle langlebigen Gebrauchsgüter, über die Haushalte potentiell verfügen, erfaßt werden. Das Frageprogramm der Statistik sieht vielmehr eine Auswahl von Gebrauchsgütern vor, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Haushalten besonders relevant sind. Der Katalog der in die Erhebung einbezogenen Gebrauchsgüter wird dabei von Zeit zu Zeit aktualisiert. Für die oben genannten Haushaltstypen wird für jedes Berichtsjahr der jeweilige Ausstattungsgrad mit langlebigen Gebrauchsgütern nachgewiesen. Der Ausstattungsgrad bezeichnet dabei den prozentualen Anteil der Haushalte, die über ein oder mehrere der für die Erhebung ausgewählten Gebrauchsgüter verfügen.

Für eine Reihe von langlebigen Gebrauchsgütern ist seit Jahren die Vollaussstattung in West und in Ost nahezu erreicht. Dies gilt für das Farbfernsehgerät, den Waschvollautomaten, das Telefon und den Personenkraftwagen. Statistisch gesehen gilt diese Aussage bei Personenkraftwagen nur für die Haushaltstypen 2 und 3, bei denen die Ausstattungsgrade 1997 je nach Haushaltstyp und Er-

hebungsbereich zwischen 96 und 99 % lagen. Ob sich der bei Rentnerhaushalten des Typs 1 zu konstatierende entsprechende niedrigere Ausstattungsgrad von 61 % (früheres Bundesgebiet) bzw. knapp 68 % (neue Bundesländer) merklich erhöhen läßt, dürfte auch von demografischen Faktoren, wie dem Alter der Haushaltsmitglieder abhängen. So dürfte sich der niedrigere Ausstattungsgrad im Westen auch auf das höhere Alter der Mitglieder dieser Haushalte zurückführen lassen. Das Durchschnittsalter der Haushaltsmitglieder des Typs 1 im Westen liegt immerhin um drei bis vier Jahre über dem Durchschnittsalter im Osten. Größeres Potential für weitere Anschaffungen dürfte hingegen bei neueren Gebrauchsgütern wie Heimcomputern, CD-Spielern und Videokameras liegen. Die Entwicklung des Ausstattungsgrades war insbesondere bei Heimcomputern in den letzten Jahren ausgesprochen dynamisch. Im Berichtsjahr verfügten in den alten Ländern knapp 70 % der Haushalte des Typs 3 und rund 54 % der Haushalte des Typs 2 über einen oder mehrere Heimcomputer. In den neuen Ländern lagen die vergleichbaren Ausstattungsgrade bei gut 46 % (Typ 2) bzw. knapp 61 % (Typ 3). Die Ausstattungsgrade privater Haushalte mit Heimcomputern liegen damit aber immer noch zum Teil deutlich unter den entsprechenden Kennziffern vergleichbarer Industrieländer.

Dipl.-Volkswirt Joachim Kaiser

Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Vorbemerkung

Die Zeitbudgeterhebung wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder bei 7 200 Haushalten durchgeführt. Die Befragung erfolgte zu vier Erhebungszeiträumen vom Herbst 1991 bis zum Sommer 1992. Sie ist in dieser Größenordnung die bislang aktuellste Erhebung zur Zeitverwendung in Deutschland. Erfasst wurde die Zeitverwendung in einem Tagebuch. Personen ab 12 Jahren sollten darin an zwei aufeinanderfolgenden Tagen ihren Tagesablauf mit eigenen Worten aufschreiben. Der nachfolgende Beitrag geht der Frage nach, wie junge Leute ihre Zeit verbringen.

Jugend und Freizeit – Definitionen unmöglich?

Mit dem Begriff „Jugend“ läßt sich wohl weniger als mit anderen Altersabgrenzungen eine einheitliche Gruppe bestimmen. Kennzeichnend ist gerade das Gegenteil, ein Nebeneinander unterschiedlichster Konstellationen. Plakatativ beschrieben: Während die einen mit 16 Jahren weiter zur Schule gehen, beginnen die anderen ihr Erwerbsleben und stehen im Normalfall schon etwa 10 Jahre im Beruf, wenn Studierende erst ihre Ausbildung beenden. Hinzu kommt möglicherweise Arbeitslosigkeit, für junge Männer Wehr- oder Zivildienst und die Berufsaufgabe vor allem seitens der Frauen. Während manche noch zu Hause bei ihren Eltern wohnen, haben andere einen eigenen Haushalt und eigene Kinder, die sie alleine oder mit einem Partner erziehen. Gewährleisten also weder soziale, formale noch ideelle Kriterien eindeutige Möglichkeiten zur Abgrenzung, so scheint eine Charakterisierung von Jugend als eine „Zeit der Übergänge“ eine möglichst weite Untersuchungsbasis zu liefern. Als in diesem Sinne besonders markant wird der Altersabschnitt zwischen 15 und 30 Jahren angenommen. Ein Vergleich mit Befragten in den konsistenteren Altersabschnitten zwischen 12 und 15 Jahren (zu Hause bei den Eltern wohnend, Schulbesuch), in welchem durch den Eintritt der Pubertät der „Beginn von Jugend“ signalisiert wird, und 30 bis 45 Jahren bietet sich zuweilen an. Letztere können sich jugendspezifische Verhaltensweisen bewahrt haben.¹⁾

Die Definition von „Freizeit“ unterliegt ebenfalls Problemen. Grundsätzlich wird in ihr jene Zeit gesehen, in der der Mensch die größte Wahlfreiheit seiner Aktivitäten hat. Die

am einfachsten umzusetzende Möglichkeit zur Abgrenzung von Freizeit bietet sich aus der Gegenüberstellung zur bezahlten Erwerbstätigkeit.²⁾ Allerdings hätten dann Hausfrauen bzw. -männer oder Schüler bzw. Schülerinnen oder Studierende nur Freizeit, insofern sie keinem „Nebenjob“ nachgehen. Daher müßte zumindest Hausarbeit und Lernen oder Studieren als Nichtfreizeit einbezogen werden. Dennoch: Ist die Zubereitung von Mahlzeiten eine Freizeitaktivität oder Hausarbeit? Ist das Kochen für Familienangehörige Hausarbeit, das für Freunde aber nicht? Hängt es von der Raffinesse der Speise ab? Wieweit sind die Grenzen fließend? Dumazedier versucht dieses Problem mit dem Begriff der „Halb-Freizeit“ zu lösen.³⁾ Scheuch bezieht sich auf die „Freiheit von funktionalen Rollen“⁴⁾, von der nichtberufstätigen Hausfrau erwartet man das Kochen, von ihrem berufstätigen Ehemann nicht.

Soziale Basisverpflichtungen und eigentliche Freizeit

Mit „sozialen Basisverpflichtungen“ bzw. „sozialen Notwendigkeiten“ sollen im Nachfolgenden solche Aktivitäten bezeichnet werden, die einen mehr oder minder stark verpflichtenden Charakter haben bzw. unumgänglich sind. Hierzu zählen Erwerbstätigkeit bzw. Schulbesuch oder Studium, hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Kindererziehung und handwerkliche Aktivitäten. Letztere können noch am ehesten freizeittypische Hobby-Qualitäten aufweisen, bleiben aber in ihrer Grundausrichtung dennoch erforderlich: Gleichgültig, ob es Spaß macht, wenn man selbst „unter der Kiste liegt“ oder ob das Auto in der Werkstatt repariert wird, es muß gemacht werden. Physiologische Regeneration (Essen, Schlafen) ist ebenfalls erforderlich. Auch hier gilt: Essen mit Freunden kann als vergnügliche Freizeit aufgefaßt werden, Essen als solches bleibt aber unumgänglich. Soziale und physiologische Notwendigkeiten bilden somit Grenzen für jene Zeit, die Personen frei zu ihrer Verfügung haben. Dennoch erfordert eine soziologische Vorgehensweise auch hier Differenzierungen. Essen kann auch symbolischen Charakter haben, dessen Zelebrierung zeigen soll, daß Zeit in nahezu unbeschränktem Maße zur Verfügung steht. Lange Schlafenszeiten können aus hohen Belastungen während der Berufstätigkeit resultieren. Die Ausübung eines Ehrenamtes bzw. Engagements bei sozialen Diensten sowie Weiterbildung wurden nicht bei den sozialen Basisverpflichtungen eingeordnet. Ein Ehrenamt hat zwar einen verpflichtenden Charakter, wenn man es ausübt, aber ob man ein solches Amt übernehmen will oder nicht, ist freigestellt. Interessant ist gerade, welche Jugendlichen wie auch junge Erwachsenen sich in Abhängigkeit sowohl von der Art als auch von der Dauer ihrer

¹⁾ So schreibt Schulze, ..., daß ursprünglich jugendtypische soziale Stile inzwischen eine wesentlich breitere Altersstreuung aufweisen und weit jenseits der Altersgrenze von 25 Jahren immer noch normal sind. Gegenwärtig reichen die jüngeren Hauptmilieus bis zur Altersschicht der etwa 40jährigen. Die Entkopplung traditioneller Attribute der Jugendlichkeit von engen Altersgrenzen nach der Pubertät kommt in vielerlei Weise zum Ausdruck: Körperkultur, Bekleidungsstil, Jargon, Freizeitverhalten, milieuspezifische Vernetzung von Sozialbeziehungen“ (Schulze, G.: „Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart“, 5. Aufl., Frankfurt/M., New York, 1995, S. 369).

²⁾ Siehe Giegler, H.: „Dimensionen und Determinanten der Freizeit. Eine Bestandsaufnahme der sozialwissenschaftlichen Freizeitforschung“, Opladen, 1983, S. 22 f.

³⁾ Siehe Dumazedier, J.: „Nichtproduktive Beschäftigung“ in Scheuch, E. K./Meyersohn, R. (Hrsg.): „Soziologie der Freizeit“, Köln, 1972, S. 125.

⁴⁾ Siehe Scheuch, E. K.: „Soziologie der Freizeit“ in König, R. (Hrsg.): „Handbuch der empirischen Sozialforschung“, Bd. 11, 2., völlig neubearb. Aufl., Stuttgart, 1977, S. 43 f. und Scheuch, E. K.: „Die Problematik der Freizeit in der Massengesellschaft“ in Scheuch, E. K./Meyersohn, R. (Hrsg.): „Soziologie der Freizeit“, Köln, 1972, S. 31, siehe auch Nauck, B.: „Konkurrierende Freizeitdefinitionen und ihre Auswirkungen auf die Forschungspraxis der Freizeitsoziologie“ in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 35. Jg., 1983, S. 283 ff., 294.

sozialen Basisverpflichtungen einer Weiterbildung oder einem Ehrenamt eher widmen können als andere.

Die eigentliche Freizeit wird durch solche Aktivitäten bestimmt, die sozial einen minderverpflichtenden Charakter haben, eine Wahl erlauben. Freizeit („Muße“) ist die Zeit des Lebens um des Lebens willen (Dumazedier: „le temps de vivre-pour-vivre“⁵⁾), Zeit, die einen Eigenwert hat, nicht instrumentalisiert wird, um bestimmte Zwecke zu verfolgen. Dennoch: Freizeit ist nicht zu verwechseln mit der Freiheit bzw. Freisetzung von sozialen Bindungen und Einflüssen, sei es in Milieu, Familie, Freundeskreis usw.; Menschen sind und bleiben stets in sozialen Strukturen und deren Zeitpläne⁶⁾ eingebunden, wenn sie nicht „wie Robinson Crusoe“ leben (Scheuch) und nicht nur die Zeit, die allein verbracht wird, (mehr oder minder als Freizeit gezählt werden soll⁷⁾). Vollkommene Wahlfreiheit muß allerdings selbst bei Freizeitaktivitäten „im stillen Kämmerlein“ nicht gegeben sein bzw. sie bleibt sozial vermittelt, gefiltert. Bestimmte (Freizeit)aktivitäten können durchaus vorgegeben sein und zusammen mit der Zeit, die hierfür aufgewendet werden kann, symbolisch der Abgrenzung der eigenen Gruppe gegenüber anderen dienen.⁸⁾

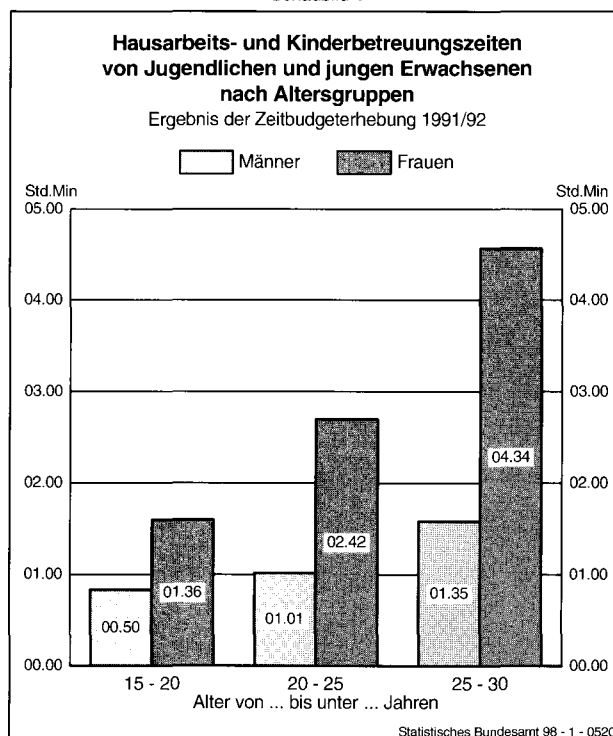
Das tägliche Ausmaß sozialer Basisverpflichtungen – Eine unausgeglichene Bilanz zwischen den Geschlechtern

Soziale Basisverpflichtungen bzw. soziale Notwendigkeiten bestimmen im Durchschnitt nahezu 8 Stunden des Tages von jungen Leuten zwischen 15 und 30 Jahren. Die Zeit, die für soziale Basisverpflichtungen in Form von Hausarbeit, Kinderbetreuung, Erwerbstätigkeit, handwerklichen Aktivitäten, hingegen nicht für Schule, Fachhochschule oder Universität, aufgebracht werden muß, nimmt mit dem Alter zu. Deutlich erkennbar ist der Einschnitt gegenüber

den 12- bis unter 15jährigen, der mit Abschluß der offiziellen Schulzeit bei den 15- bis unter 20jährigen einsetzt und mit einem Anstieg der Verpflichtungen verbunden ist. Das Verhältnis zwischen den Geschlechtern ist unausgewogen. Haben die jungen Frauen in den beiden jüngeren Altersgruppen zwischen 15 und 20 bzw. 20 und 25 Jahren Mehrbelastungen von durchschnittlich 20 Minuten bzw. 24 Minuten im Vergleich zu den Männern zu tragen, so machen diese in der älteren Altersgruppe der 25- bis unter 30jährigen eine Dreiviertelstunde aus. Möglicherweise erscheinen diese Zeitdifferenzen als relativ unbedeutend. Bedenkenswert ist jedoch, was Ehrhardt in ihrem Buch „Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin. Warum Bravsein uns nicht weiterbringt“ angesprochen hat: Während „Sie“ eine Viertelstunde länger in der Küche steht oder die Kinder versorgt, sieht „Er“ in jener Zeit im Fernsehen die Nachrichten, informiert sich, zumindest hätte er die Möglichkeit hierzu.

Selbst bei heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird mit zunehmendem Alter – oft verbunden mit der Gründung eines eigenen Haushalts bzw. einer eigenen Familie – das Aktivitätsspektrum entsprechend traditioneller Rollen immer geschlechtsabhängiger und einseitiger. Hausarbeit und Kinderbetreuung gehen besonders zulaufen der jungen Frauen. Frauen zwischen 15 und 30 Jahren haben im Durchschnitt pro Tag 3 Stunden und 5 Minuten damit zu tun, die Männer aber nur 1 Stunde und 10 Minuten. Bereits 15- bis unter 20jährige Frauen sind doppelt solange mit Hausarbeit und Kinderbetreuung beschäftigt wie gleichaltrige Männer, 20- bis unter 25jährige 2,7mal und 25- bis unter 30jährige sogar dreimal solange (siehe Schaubild 1). Einer Kinderbetreuung von 1 Stunde und 20 Minuten durch Frauen zwischen 25 und 30 Jahren steht eine Viertelstunde

Schaubild 1



⁵⁾ Dumazedier, J.: «Révolution culturelle du temps libre 1968-1988», Paris, 1988, S. 48.

⁶⁾ Z. B. in Form von Verabredungen, Öffnungs-, Veranstaltungs- und Sendezeiten. Koordinierung und Terminabsprachen sind notwendig, zeitliche Routinen und Rhythmen wie der „wöchentliche Stammtisch donnerstags abends um 20 Uhr“ entlasten zwar, beschränken aber die Spontanität und schließen die Teilnahme zu einem anderen Zeitpunkt aus. Für bestimmte Beschäftigungen gilt eine bestimmte Dauer, ein bestimmtes Tempo für angemessen. Arbeits- und Schulzeiten begrenzen den Kontakt mit der Familie oder Freunden auf bestimmte Tageszeiten (siehe Heinemann, K./Ludes, P.: „Zeitbewußtsein und Kontrolle der Zeit“ in Hammerich, K./Klein, M. (Hrsg.): „Materialien zur Soziologie des Alltags“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 20, Opladen, 1978, S. 227 ff. und Graumann, C. F./Kruze, L.: „Sozialpsychologie des Raumes und der Bewegung“ in Hammerich, K./Klein, M., a.a.O., S. 194 f.). Beruflicher Termindruck wirkt sich auch auf die Zeit aus, die für Freizeitaktivitäten zur Verfügung steht, schafft diesen gegenüber eine Rangordnung mit der „Vordringlichkeit des Befristeten“ (siehe Luhmann, N.: „Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten“ in Luhmann, N.: „Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung“, Opladen, 1971, S. 146 f.). „Wichtigster modifizierender Faktor sind die jeweiligen Primäraktivitäten als weitgehend durch objektive Bedingungen vorgegeben; zumindest belassen die objektiven Bedingungen zum Zeitpunkt X nur eine begrenzte Wahlmöglichkeit innerhalb eines 'clusters' von Aktivitäten“ (Scheuch, E. K.: „Soziologie der Freizeit“, a.a.O., S. 89).

⁷⁾ Siehe Dumazedier, J.: «Révolution culturelle du temps libre 1968-1988», a.a.O., S. 48 f.; Giegler, H., a.a.O., S. 40 ff.; Nauck, B., a.a.O., S. 279, 289, 294 ff. und Scheuch, E. K.: „Soziologie der Freizeit“, a.a.O., S. 43 f.

⁸⁾ „Von höchstem Distinktionsvermögen ist das, was am besten die Qualität der Aneignung, also auf die des Besitzers schließen läßt, weil seine Aneignung Zeit und persönliche Fähigkeiten voraussetzt, da es – wie Vertrautheit mit Bildender Kunst oder Musik – nur durch anhaltende Investition von Zeit und nicht rasch oder auf fremde Rechnung erworben werden kann, und daher als sicherstes Zeugnis für innere Qualität der Person erscheint. Daraus erklärt sich der Rang, den das Streben nach Distinktion all den Praktiken einräumt, die – wie Kunstgenuß – eine reine Gratisausgabe dessen voraussetzen, was namentlich für die das Wertvollste und Rarste ist, deren hoher Marktwert die sinnlose Ausgabe verbieten müßte: die Verschwendung von Zeit, Zeit für den Genuß oder Zeit zum Erwerb jener Kultur, die der adäquate Genuß voraussetzt“ (Bourdieu, P.: „Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, 8. Aufl., Frankfurt/M., 1996, S. 440, Hervorheb. aus dem Original, siehe auch S. 104 f. et passim).

durch Männer im gleichen Alter gegenüber.⁹⁾ Früh, schon bei den 12- bis unter 15jährigen, werden die Geschlechterrollen eingeübt: „Die Prägungen der Geschlechter-Rollen sitzen deshalb so tief, weil sie als Natur-Konstante, als Wesen der Frau und des Mannes schlechthin angesehen werden.“¹⁰⁾ Bei vielen täglich anfallenden Aktivitäten im Haushalt wenden die jungen Frauen zwischen 15 und 30 Jahren etwa das Dreifache der Zeit auf als ihre männlichen Altersgenossen, gleichgültig, ob es sich um mehrfach täglich wiederholende Haushaltsaktivitäten wie die Zubereitung von Mahlzeiten und deren Vor- und Nachbereitung handelt oder um die Wohnungsreinigung. Für die nicht dem täglichen Rhythmus unterworfenen Tätigkeiten der Wäschepflege und -ausbesserung wenden die jungen Frauen sogar das Zehnfache der Zeit auf. Dies gilt nicht nur, wenn man die Ergebnisse, wie bisher geschehen, auf alle Jugendlichen bezieht, was eher die allgemeine Beteiligung bzw. Teilnahmebereitschaft ausdrückt, sondern auch, wenn man nur die Jugendlichen betrachtet, die diesen Tätigkeiten überhaupt nachgehen. Selbst wenn die jungen Männer hier tatsächlich aktiv sind, sind sie es in einem geringeren Umfang als die Frauen.¹¹⁾ Ausnahmen bilden die Planung und Organisation der Hausarbeit, des Haushaltes einschließlich der Finanzen sowie Behördengänge, die Erledigung hauswirtschaftlicher Einkäufe und die hierfür anfallenden Wegezeiten. Entweder sind die Differenzen hier geringer oder, wie bei der Pflanzen- und Tierpflege, nicht vorhanden.

Verstärkte Erwerbstätigkeit und handwerkliche Tätigkeiten der jungen Männer – letztere können unter Umständen wie die Pflanzen- und Tierpflege oder das Kochen einen Hobby-Charakter aufweisen – bilden zu dem Ungleichgewicht keinen Ausgleich. Unter den handwerklichen Aktivitäten haben allein jene, die mit Fahrzeugwartung und -reparatur oder Bauen und Renovieren in Verbindung stehen, allgemein einen größeren Stellenwert unter den männlichen Jugendlichen, während die Herstellung und Bearbeitung von Dingen für Haushalt oder Freizeit, von Möbeln und Kunsthandwerk weder für sie noch für junge

Frauen von größerer Bedeutung sind.¹²⁾ Insgesamt kaum von Bedeutung ist die Mithilfe oder Unterstützung anderer Haushaltsmitglieder bei deren Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung. Sie schlägt für die betroffenen Jugendlichen, unabhängig vom Geschlecht, mit 1 Stunde und 20 Minuten zu Buche.

Im Vergleich zu der 15- bis unter 30jährigen Bevölkerung dauern die sozialen Basisverpflichtungen der mittleren Generation zwischen 30 und 45 Jahren mit 9 Stunden eine Stunde länger und sind auch für die Männer gegenüber den 25- bis unter 30jährigen um eine Stunde höher. Im zeitlichen Umfang ihrer Verpflichtungen kommen sich zwar Frauen und Männer näher, nicht aber in ihrer Art; die traditionelle Rollenverteilung entlang der Scheidelinie Hausarbeit – Erwerbstätigkeit verfestigt sich, auch im Vergleich mit den jungen Erwachsenen zwischen 25 und 30 Jahren, weiter.

Physiologische Regeneration – Mehr als Schönheitsschlaf

Die Zeit zur physiologischen Regeneration – also u. a. zum Essen, Schlafen, Ausruhen und für die Hygiene – umfaßt im Durchschnitt rund 10 1/2 Stunden des Tages von jungen Leuten zwischen 15 und 30 Jahren. Davon wird die meiste Zeit geschlafen (8 Std. 20 Min.). Obgleich die sozialen Basisverpflichtungen den jungen Frauen einen höheren Zeiteinsatz abverlangen, unterscheiden sich Frauen und Männer in ihren Regenerationszeiten nur wenig (eine Viertelstunde Differenz zugunsten der Frauen). Die Zeiten zur Erholung werden mit zunehmendem Alter der Jugendlichen und jungen Erwachsenen – und zunehmenden Basisverpflichtungen – eingeschränkt. In der Altersgruppe der 25- bis unter 30jährigen, jener also, in welcher der Zeitaufwand zur Verrichtung sozialer Basisverpflichtungen für junge Frauen das Maximum erreicht hat, haben diese ihre Zeit zur Erholung nahezu auf das Niveau der Männer gesenkt, was beinahe ausschließlich auf eine Reduzierung der Schlafenszeiten zurückzuführen ist.

Eine Ursache für unterschiedliche Erholungszeiten von jungen Frauen und Männern ist eine unterschiedliche Dauer der Körperpflege (Frauen etwas unterhalb einer Stunde gegenüber einer dreiviertel Stunde bei den Männern). Dies mag daran liegen, daß an Frauen in puncto Aussehen ein anderer Anspruch herangetragen wird als an Männer, und sie dadurch insbesondere für die täglichen Formen der Körperpflege wie Duschen, Baden, Schminken, Frisieren, Ankleiden usw. mehr Zeit benötigen. Vermittelt durch eine entsprechende Erziehung, ist das Körperbewußtsein von Frauen vielfach ausgeprägter als jenes der Männer. Männer haben hart zu sein und die Signale ihres Körpers zu überhören.¹³⁾ Interessant ist, daß die Zeiten für Körperpflege über alle Altersgruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinweg zwischen

⁹⁾ Auf den ersten Blick mag es vielleicht verwundern, daß grundsätzlich bei den Angaben in der Zeitbudgeterhebung zwischen allgemeinen Durchschnittszeiten, die sich auf alle Personen beziehen, und Zeiten von Aktiven, die eine Tätigkeit tatsächlich ausüben, zu unterscheiden ist (werden Zeiten der letzteren ausgewiesen, so wird darauf speziell hingewiesen). Die auf alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen bezogenen Zeitangaben betonen eher den Stellenwert einer Aktivität, statt daß sie einen realen Tagesablauf abbilden. Bei vielen Freizeitaktivitäten ist zu bedenken, daß man sich nicht jeden Tag mit ihnen beschäftigt bzw. beschäftigen kann, sondern vielleicht einmal wöchentlich oder einmal monatlich, was beispielsweise Folge bestimmter Veranstaltungs- und Öffnungszeiten oder über längere Zeiträume gleichbleibender Veranstaltungsangebote ist. Daher sind sie in den Tagebüchern nur selten vertreten und es ergeben sich zuweilen „mikroskopisch“ geringe Durchschnittszeiten in Bezug auf alle Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, weshalb z. B. kulturelle Aktivitäten pro Kopf und Tag nur eine Viertelstunde bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen dauern. Man kann schwerlich in dieser Zeit durch eine Ausstellung eilen, allenfalls dann, wenn sie einem nicht gefällt. Auch die Ära der kurzen Stummfilme ist vorbei; heutzutage dauern allenfalls Experimentalfilme noch so lange – bzw. so kurz. Und die Theateraufführung schrumpft mit einer Viertelstunde Dauer eher zu einem Sketch. Die Zeiten der tatsächlichen Kino- oder Theaterbesucherinnen und -besucher sind natürlich weitaus höher. Eine Analogie zum besseren Verständnis: Wenn jede Bundesbürgerin oder jeder Bundesbürger rund 5 Liter Sekt pro Jahr trinkt, so sind in dieser Zahl auch Kleinkinder und diejenigen enthalten, die abstinert leben.

¹⁰⁾ Schäfers, B.: „Soziologie des Jugendalters“, 5., aktual. u. überarb. Aufl., Opladen, 1994, S. 104; siehe auch die Rezension von Ostner, I.: „Von welchen Mädchen ist die Rede? Über den 6. Jugendbericht“ in Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau. Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialpolitik, Soziale Probleme, Sonderheft Neue Praxis, 8. Jg., 1985, Nr. 11, S. 38 f.

¹¹⁾ Hauswirtschaftliche Aktivitäten insgesamt: Frauen rund 2 1/2 Stunden, Männer rund 1 1/2 Stunden. Auch im Falle der Kinderbetreuung kümmern sich die jungen Frauen deutlich länger um Kinder als die jungen Männer (Frauen 2 1/2 Std., Männer 1 Std. 7 Min.).

¹²⁾ Zum kunsthandwerklichen Bereich gehören u. a. auch Modellbau und Basteln, d. h. sehr hobby- und somit freizeitorientierte Aktivitäten.

¹³⁾ Siehe Hollstein, W.: „Die Männerfrage“ in Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B6/93, 05.02.1993, S. 9.

den Geschlechtern differieren, anders als die Zeiten zum Essen, die bei den jungen Männern und Frauen jeglichen Alters identisch sind (jeweils etwa 1 Std. 10 Min.). Üblicherweise wird zu Hause gegessen.

Verglichen mit den jungen Leuten im Alter von 15 bis 30 Jahren hat die mittlere Generation der 30- bis unter 45jährigen nur unwesentlich weniger Zeit zur Erholung. Allerdings können sich – wohl als Folge der gestiegenen Verpflichtungen der Männer – Frauen der mittleren Generation eine halbe Stunde mehr Erholungszeit gönnen als die Männer.

Ausruhen wird in der Systematik der Zeitbudgeterhebung zur physiologischen Regeneration gezählt. Sie kann infolge des Mangels an Alternativen auch die Form von „Nichts Konkretes tun“ bzw. „Herumhängen“¹⁴⁾ annehmen und dadurch in den Freizeitbereich fallen. Im Durchschnitt verbringt jede(r) Jugendliche bzw. junge Erwachsene unabhängig vom Geschlecht und gleichgültig welchen Alters, egal, ob er oder sie also zwischen 15 und 20 Jahren ist, zwischen 20 und 25 oder 25 und 30 Jahren, weniger als 10 Minuten pro Tag mit Ausruhen. Gleiches gilt für die Jüngsten unter 15 Jahren und die mittlere Generation ab 30 bis 45 Jahre.

Männliche und weibliche Jugendliche sowie junge Erwachsene jeglichen Alters, die entsprechende Angaben im Tagebuch gemacht haben, sich also tatsächlich Zeit zum Ausruhen nehmen, bringen hiermit rund 35 Minuten des Tages zu.

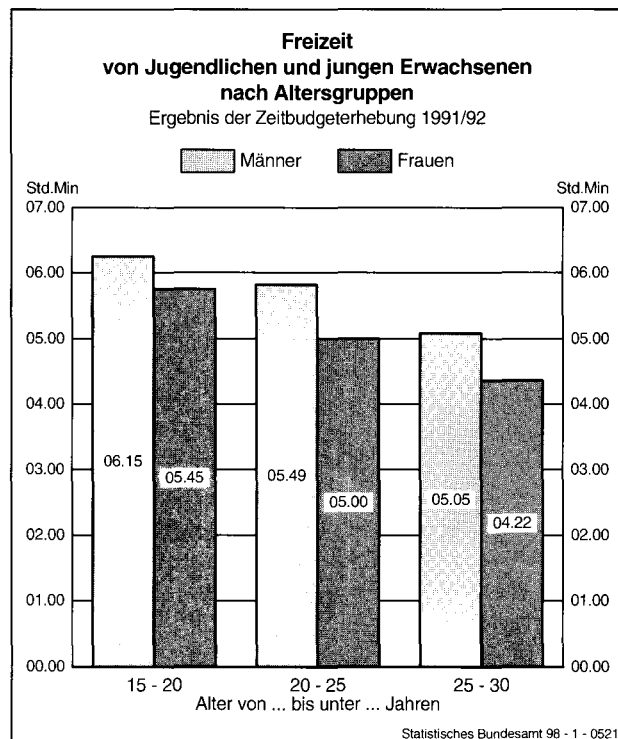
Was bleibt vom Tag?

Gesellschaftliches Engagement, Weiterbildung und eigentliche Freizeit – Fortsetzung geschlechtsspezifischer Unausgewogenheit

Bezogen auf alle Personen zwischen 15 und 30 Jahren, beanspruchen soziale Basisverpflichtungen und physiologische Regeneration 18 Stunden des Tages von jungen Männern und 18 3/4 Stunden von jungen Frauen.¹⁵⁾ Bei den 25- bis unter 30jährigen Frauen ist der Zeitaufwand hierfür mit beinahe 19 1/2 Stunden am größten (Männer in der gleichen Altersgruppe 18 1/2 Std.). Damit ist der zeitliche Rahmen für eigentliche Freizeitaktivitäten – aber auch Weiterbildung und gesellschaftliches Engagement – abgesteckt. Und dieser Rahmen ist für Männer weiter als für Frauen (siehe Schaubild 2).

Erst in der mittleren Generation zwischen 30 und 45 Jahren ebnen sich Unterschiede bei der freiverfügbaren Zeit zwischen Frauen und Männern ein. Dies ist aber nicht die Folge einer Zunahme dieser Zeit für die Frauen, sondern ergibt sich aus dem verstärkten Rückgang bei den Männern, deren Zeitaufwand zur Erfüllung der sozialen Basisverpflichtungen auf das Niveau der gleichaltrigen Frauen emporgeschwungen ist. Den 12- bis unter 15jährigen steht eine Stunde mehr eigentliche Freizeit pro Tag zur Ver-

Schaubild 2



fügung als den 15- bis unter 30jährigen, auch hier den Mädchen etwas weniger.

Junge Männer im Alter von 15 bis 30 Jahren, die tatsächlich einem Ehrenamt nachgehen, bringen hierfür mehr Zeit auf als Frauen (2 1/2 gegenüber rund 2 Std.). Letztere widmen sich hingegen länger ihrer Weiterbildung, besonders in der Altersgruppe der 25- bis unter 30jährigen (2 1/2 gegenüber 2 Std.), aber auch generell aus beruflichen Gründen: Möglicherweise ist dies Ausdruck ihrer Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf, welche verstärkte Anstrengungen erforderlich machen.¹⁶⁾ Verglichen mit den 30- bis unter 45jährigen sind die Jugendlichen die aktiveren: Für ehrenamtliche Aktivitäten bringen erstere, gleichgültig ob Männer oder Frauen, eine halbe Stunde weniger Zeit auf als noch die 15- bis unter 30jährigen. Gleiches gilt für die Weiterbildung. Ehrenamt und Weiterbildung haben freilich für die Mehrzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen kaum Einfluß auf die „reine“ Freizeit.

Mediennutzung macht – gefolgt von geselligen Aktivitäten – den Hauptanteil an der täglichen Freizeitgestaltung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 30 Jahren aus. Insbesondere das Fern- und Videosehen gilt mit 1 1/2 Stunden als „die“ Beschäftigung schlechthin (1 Std. 40 Min. bei den Zuschauern, 1 Std. 20 Min. bei den Zuschauerinnen¹⁷⁾). Für gegenseitige Besuche, auch von Parties, verbleibt rund eine Dreiviertelstunde (für beide Geschlechter).

¹⁶⁾ Dafür spricht auch, daß sich hinsichtlich der Weiterbildung aus persönlichen Gründen, wie etwa der Besuch von Volkshochschulkursen, keine geschlechtsspezifischen Diskrepanzen ergeben.

¹⁷⁾ Wobei es sich nicht um ein bloßes „Flimmern“ im Hintergrund handeln dürfte, auf das ohnehin niemand achtet. Fern- und Videosehen sind als primäre Aktivitäten von den Befragten aufgezeichnet worden; diesen wird somit wohl auch die vordringliche Aufmerksamkeit zuteil.

¹⁴⁾ Die Verbindung mit Langeweile ist naheliegend, aber verzerrend, sie kann ebenso bei anderen Aktivitäten verdeckt vorherrschen, wenn zwar etwas unternommen wird, was aber dennoch keinen Spaß bereitet.

¹⁵⁾ Gesamtdurchschnitt 18 Std. 25 Min.

Mediennutzung

Mit Medien unterschiedlicher Art befassen sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 30 Jahren 2 Stunden am Tag, junge Männer etwas mehr als junge Frauen. Dominierend ist Fern- und Videosehen. Verglichen hiermit erscheinen die täglichen Zeiten für andere Medienaktivitäten gering. Zeitungen, Zeitschriften, Belletristik usw. werden insgesamt nur 22 Minuten gelesen, von jungen Frauen tendenziell länger als von jungen Männern. Weit abgeschlagen: Radiohören als primäre, im Vordergrund stehende Aktivität. Überraschenderweise gilt dies auch für das Hören von Musik auf Schallplatten, Kassetten, CDs usw. Ein Blick auf diese Zeiten ist um so interessanter, da man bei den Medienaktivitäten durchaus zu unterstellen vermag, daß sie täglich ausgeübt werden können. Bei vielen anderen Freizeitaktivitäten gilt dies so nicht (siehe Fußnote 9).

Die private Nutzung von Computern ist mit gerade einmal 4 Minuten täglich, im Vergleich zum Fern- und Videosehen, aber auch dem Lesen, nur wenig verbreitet. Hierbei handelt es sich nicht, wie etwa angenommen werden könnte, um Videospiele, sondern um Programmierung oder Anwendung von Programmen, so daß deren Zeiten sich auch zu denjenigen der Weiterbildung zählen ließen. Vor dem Hintergrund der geringen Durchschnittszeit ist der höhere Wert bei den jungen Männern gegenüber den Frauen in seiner Tendenz als nicht ganz so belanglos zu beurteilen.

Die bisherigen Aussagen beziehen sich auf den generellen Stellenwert und die Verbreitung der Medien unter den Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen. Werden ausschließlich die Zeiten der tatsächlichen Nutzer und Nutzerinnen berücksichtigt, so ergibt sich ein anderes Bild. Personen zwischen 15 und 30 Jahren, die Bücher oder sonstige Literatur lesen, tun dies im Durchschnitt rund 1 Stunde täglich, junge Leser und Leserinnen tages- und wochenaktueller Veröffentlichungen in Form von Zeitungen und Zeitschriften nehmen sich eine halbe Stunde hierfür Zeit. Außer bei der sonstigen Literatur lesen die jungen Männer stets etwas länger als die jungen Frauen, was besonders bei den Zeitschriften deutlich wird. Das Lesen von Belletristik und das Hören von Musik (mit 51 Min.) sind beides Möglichkeiten, unabhängig vom Programmangebot und der inhaltlichen Auswahl durch andere eigenen Vorstellungen nachzugehen und sich eher auf sich selbst zu beziehen.

Die Anwendung des Computers beträgt bei jungen Leuten, die den Computer tatsächlich privat nutzen, im Durchschnitt nicht ganz 2 Stunden pro Tag. Entspricht die Zeit der männlichen Jugendlichen am Computer diesem Wert, so liegt die der weiblichen eine halbe Stunde darunter. Daß die faktischen, wohlgerneht privaten Nutzungszeiten des Computers nicht gerade von geringer Dauer sind, macht der Vergleich mit den Zeiten des Fern- und Videosehens der tatsächlichen Zuschauer und Zuschauerinnen deutlich. Diese betragen ebenfalls rund 2 Stunden, wobei die jungen Männer etwas länger vor dem Bildschirm sitzen. Werden Medien also tatsächlich genutzt, so ist die Beschäftigung mit visuellen bzw. mehrdimensional ausgerichteten länger als mit den eher eindimensionalen. Verglichen mit den

anderen Medien, stellt der Computer – entsprechende technische Ausstattung und Internet-Zugang vorausgesetzt – zumindest theoretisch das individuell verfügbare und zeitlich unabhängigste Medium dar, um globale Informationen aktuell und nach den eigenen Bedürfnissen zusammengestellt zu erhalten. Aber gerade hier sind die Geschlechtsdifferenzen zugunsten der Männer am größten.

Geselligkeit

Insgesamt umfaßt die Zeit für gesellige Aktivitäten im Durchschnitt 1 3/4 Stunden des Tages aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen beiderlei Geschlechts. Die Durchschnittszeit beim Telefonieren rangiert hierbei weit unten (7 Min.). Dies ist um so erstaunlicher, handelt es sich doch um eine sehr flexible und räumlich unabhängige Kommunikationsmöglichkeit. Vergleicht man gesellige Aktivitäten im Hinblick auf ihre zeitlichen Erfordernisse, so stellt Telefonieren die spontanste und schnellste Form zur Kommunikation dar, weil

- Terminabsprachen nicht notwendig sind,
- räumliche Entfernungen ohne Zeitverlust überwindbar sind, dadurch beim Nichtantreffen der anderen Person keine Zeit verloren geht (z. B. infolge anfallender Wegezeiten) und jederzeit erneut versucht werden kann, Kontakt aufzunehmen,
- keine Vorbedingungen bestehen (ein Telefonat ist auch in Unterwäsche möglich).

Gespräche dauern wie Telefonate bei den jungen Frauen etwas länger als bei den jungen Männern. Im Unterschied zu Telefonaten sind Gespräche auch zwischen Menschen, die im selben Haushalt leben, an den selben Ort und somit an gemeinsam verbrachte Zeiten gebunden (eine durchschnittliche Dauer von 23 Minuten am Tag erscheint sehr gering, aber hierunter sind nicht die vielen Gespräche erfaßt, die eher beiläufig geführt werden). Besuche bedürfen darüber hinaus oft zusätzlich einer Absprache, da Wegezeiten entstehen können und „unangemeldeter Besuch“ für die Beteiligten nicht unbedingt angenehm ist. Dennoch stellen Besuche die üblichste und verbreitetste gesellige Aktivität dar (mit 41 Min.). Familienfestlichkeiten finden im Vergleich zu den anderen kommunikativen Aktivitäten eher selten statt, in Bezug auf alle jungen Leute zeigt sich dies überdeutlich in einer „Durchschnittsdauer“ von 3 Minuten. Sie sind formalisierter und werden längerfristig geplant. Die Teilnahme an solchen Familienfesten dürfte mit einer gewissen Verbindlichkeit erwartet werden, wird hier doch das Gemeinschaftsgefühl der Familie symbolisch ausgedrückt, was gleichfalls in deren faktischer Länge sichtbar wird. So feiern junge Männer dort 3 Stunden und 23 Minuten, Frauen knapp 3 Stunden. Keine andere kommunikative Primäraktivität dauert so lange.

Zeichnen sich die bislang beschriebenen Aktivitäten durch die Eigenschaft aus, daß der gezielte und direkte Kontakt mit anderen Menschen vorherrscht, so muß dies beim Ausgehen (etwa in die Disco, allgemeine Durchschnittszeit 21 Min., Männer tendenziell länger als Frauen) nicht unbedingt gewollt sein, sondern kann sich eher zufällig ergeben.

Andere Motive können ebenso gut im Vordergrund stehen wie zum Beispiel Tanzen.

Im Hinblick auf die tatsächliche Ausübung bei 15- bis unter 30jährigen Personen ergeben sich folgende Zeiten: Im Durchschnitt dient eine dreiviertel Stunde ausschließlich Gesprächen, 24 Minuten dienen zum Telefonieren, Ausgehen oder Besuche dauern etwa 2 Stunden.

Spiel und Sport, Musik und Kultur

Aktivitäten im Zusammenhang mit Sport und Spiel werden im Durchschnitt 37 Minuten am Tag betrieben (darunter die Hälfte der Zeit Sport), von den weiblichen – verglichen mit den männlichen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen – nicht ganz so lang (32 gegenüber 42 Min.). Erkennbar ist eine geschlechtsspezifische Trennung: Sport¹⁸⁾ und Spiel¹⁹⁾ wird von den jungen Männern bevorzugt, Spaziergehen oder Stadtbummel von den jungen Frauen. Neben den eher die Teilnahmebereitschaft ausdrückenden Durchschnittszeiten für junge Menschen generell, ist es interessant, das Ausmaß der körperlichen Betätigung jener zu betrachten, die tatsächlich aktiv sind. Dann wird 1 3/4 Stunden Sport getrieben. Während junge Männer 2 Stunden Sport treiben, sind es bei jungen Frauen 1 1/2 Stunden. Spaziergänge dauern, unabhängig vom Geschlecht, länger als eine Stunde. Und die jungen Männer bleiben weiterhin etwas „verspielter“ (1 1/2 gegenüber 1 1/4 Std. bei den Frauen).

Für die tägliche Freizeitgestaltung der Mehrzahl der jungen Leute fällt der Besuch von nichtkommerziellen Freizeitangeboten von Schulen oder im Rahmen der Jugendarbeit, die ebenso gut unter den kulturellen Aktivitäten einordenbar wären – hierzu zählen zum Beispiel Proben des Schultheaters –, nicht ins Gewicht.²⁰⁾ Anders stellt sich die Lage für die jungen männlichen Teilnehmer dar. Sie verbringen hier einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit, nämlich 2 1/2 Stunden; das ist länger als junge Männer in Discos oder Kneipen gehen. Für die jungen Frauen gilt dies nicht im gleichen Maße, auch wenn ihre Zeiten ebenfalls beträchtlich sind, in denen sie nichtkommerzielle Freizeitangebote besuchen. Sie sind (mit rd. 2 Std.) dennoch nicht länger anwesend als auch in Discos, Cafés usw., und das heißt gleichzeitig auch kürzer als die Männer. Weshalb es sich hierbei um einen Rückzug aus außerhäuslichen Aktivitäten handeln kann, wird noch geschildert werden.

Die Zeit, die mit kulturellen Aktivitäten wie Musizieren, dem Besuch von sportlichen und politischen Veranstaltungen, von Kinos, Museen, Theatern, Ausstellungen usw. verbracht wird, beträgt etwas mehr als eine Viertelstunde, keine alltägliche Angelegenheit also.²¹⁾ Geschlechts-

spezifische Unterschiede gewinnen erst an Deutlichkeit, wenn man das Alter mit einbezieht.

Freizeitverhalten im Altersverlauf

Genießen bei den 15- bis unter 20jährigen männlichen Jugendlichen noch Fernsehen, Sport und Spiel Priorität, so verlieren diese Bereiche in der Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen zugunsten geselliger Aktivitäten, insbesondere von gegenseitigen Besuchen und Ausgehen, an Wichtigkeit. Dies geht einher mit einer Reduzierung der Zeiten, die zum Schlafen, nicht aber zum Essen oder zur Körperpflege, dienen. Diese Verringerung fällt bei den jungen Männern höher aus als bei ihren Altersgenossinnen. Möglicherweise deshalb, weil der ohnehin erhöhte Zeitaufwand der Frauen für soziale Basisverpflichtungen weiter gestiegen ist und längere Erholungszeiten erforderlich macht. Denkbar wäre aber auch, daß es sich hierbei um freizeitorientierte Entscheidungen handelt und nicht umgekehrt, daß die eigentliche Freizeit von Notwendigkeiten der physiologischen Regeneration bestimmt wird. Die Männer reduzieren diese Zeiten stärker, um mehr außer Haus erleben zu können, die Frauen weniger, da sie Erholung im häuslichen Rahmen vorziehen. Mit anderen Worten: Die Einschränkung eigentlicher Freizeit bei den Frauen folgt dem Wunsch, über mehr freie(!) Zeit im Sinne von Erholung zu verfügen. Sowohl physiologische Regeneration als auch die eigentliche Freizeit sind – in Grenzen – gegeneinander austauschbar. Diese Zeiten sind elastischer bzw. flexibler als die Zeiten sozialer Basisverpflichtungen, die nur begrenzt veränderbar sind (so gut wie gar nicht veränderbar sind vertraglich oder institutionell genau fixierte Erwerbs- oder Schulzeiten).

Gesellige Aktivitäten in Form von direkten Gesprächen und Besuchen sind unter den 15- bis unter 20jährigen eher Freizeitbeschäftigungen der jungen Frauen als der jungen Männer. Die Frauen reduzieren beim Übergang in die Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen nicht die Zeiten für gesellige Aktivitäten im Unterschied zu Spiel, Sport und Mediennutzung (sowohl Fernsehen als auch Lesen), setzen anders als die gleichaltrigen Männer keine neuen Prioritäten. Erkennen läßt sich zumindest, daß junge Frauen eher reiner Kommunikation nachgehen, während junge Männer diese mit anderen Aktivitäten im außerhäuslichen Bereich verbinden.²²⁾ Dort können sie sich demonstrativ Öffentlichkeit und Freiräume schaffen, in denen die soziale Kontrolle geringer ist als zu Hause und die sie statt dessen – symbolisch vor vertrautem oder anonymem Publikum – bis zu einem gewissen Grad selbst kontrollieren, in denen sie sich selbst darstellen können.²³⁾ Discos, Kneipen usw. sind „männlich dominierte Räume“.

¹⁸⁾ Zur Sportausübung von jungen Männern und Frauen im Verein, siehe Landesjugendring Rheinland-Pfalz e.V. (Hrsg.): „Jugend im Verband. Eine empirische Untersuchung in Jugendverbänden in Rheinland-Pfalz“. Forschungsprojekt des Instituts für Soziologie der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Projektleitung: Hennen, M./Sudek, R., 2., unveränd. Aufl., Mainz, 1993.

¹⁹⁾ Hierzu gehören z.B. Gesellschaftsspiele, Computerspiele und Spiele im Freien.

²⁰⁾ Außerdem finden diese Veranstaltungen, im Gegensatz zu vielen kommerziellen, in der Regel nicht täglich statt.

²¹⁾ Dieser Wert zeigt, was ansonsten mehr oder minder auch gilt, hier aber überdeutlich wird: Diese Zeitangaben beziehen sich eher auf den Stellenwert der Aktivitäten unter den jungen Leuten, zudem wird von Wochentag und Wochenende abstrahiert (siehe Fußnote 9).

²²⁾ Hierzu zählen auch Ausflüge, die allerdings nicht zum täglichen Repertoire der Jugendlichen gehören (Durchschnittszeit für alle: 3 Min.). Werden diese tatsächlich unternommen, lassen sich entsprechende geschlechtsspezifische Differenzen aufdecken. Junge Männer sind 3 Stunden unterwegs, junge Frauen im Durchschnitt 20 Minuten weniger.

²³⁾ Siehe auch Bourdieu, P., a.a.O., S. 297 f. und Laermann, K.: „Kommunikation an der Theke. Über einige Interaktionsformen in Kneipen und Bars“ in Hammerich, K./Klein, M. (Hrsg.), a.a.O., S. 422. Und für viele Männer, die zur selbstverleugnenden Unempfindlichkeit erzogen worden sind, erlauben nach Laermann gerade diese Orte aufgrund der Folgenlosigkeit Kommunikation, „... daß die Theke einer der wenigen Orte ist, an denen Männer über sich selbst reden“ (Laermann, K., a.a.O., S. 428).

Das Freizeitverhalten der Frauen ist infolge ihrer sozialen Basisverpflichtungen – wobei vor allem die Kinderbetreuung relevant sein dürfte – stärker an die häusliche Umgebung gebunden. Erst relativ spät setzt auch bei den Männern eine derartige Entwicklung ein. Bewegen sich in der jüngsten Altersgruppe zwischen 15 und 20 Jahren die Mädchen und jungen Frauen in ihrer Freizeit genauso lange in der Öffentlichkeit wie die Männer und schlägt sich ihre geringere Freizeit eher auf die Zeit in Haus oder Wohnung nieder, so erfolgt hier bei den älteren zwischen 20 und 25 Jahren ein Wechsel. Doch sie sind immer noch länger in ihrer Freizeit außer Haus als sie sich zu Hause aufhalten. Bei den 25- bis unter 30jährigen sieht es dann ganz anders aus. Frauen verbringen nun – wie auch die Männer – die meiste freie Zeit in den eigenen vier Wänden.

Wo Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit verbringen
Std. : Min.

Alter von ... bis unter ... Jahren	zu Hause	außer Haus
15 – 20		
Männer	3 : 10	3 : 05
Frauen	2 : 46	3 : 00
20 – 25		
Männer	2 : 24	3 : 24
Frauen	2 : 17	2 : 43
25 – 30		
Männer	2 : 40	2 : 25
Frauen	2 : 26	1 : 56

Während Mediennutzung, Spiel und Sport bei den 25- bis unter 30jährigen gegenüber den jüngeren Altersgruppen keinen weiteren Rückgang mehr erfahren, büßen Besuche, aber auch Ausgehen mit zunehmendem Alter wieder an Reiz ein.

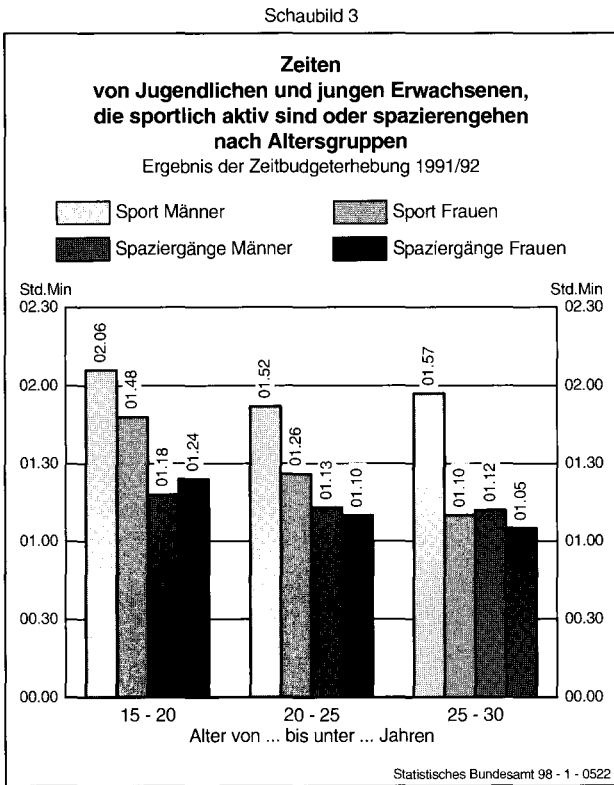
Auch Sport ausübende Jugendliche und junge Erwachsene reduzieren mit zunehmendem Alter ihre Zeiten, in denen

sie Sport treiben. Junge Frauen sind hiervon stärker als Männer betroffen. Bei einem niedrigeren Ausgangsniveau vergrößert sich der Abstand zwischen Männern und Frauen kontinuierlich. Beträgt dieser zwischen den 15- bis unter 20jährigen etwas mehr als eine Viertelstunde und zwischen den 20- bis unter 25jährigen etwas weniger als eine halbe Stunde, so ist es bei den 25- bis unter 30jährigen schon eine Dreiviertelstunde, die Männer länger sportlich aktiv sind als Frauen. Ebenfalls wird die Länge der Spaziergänge, deren altersspezifische Geschlechtsdifferenzen im großen und ganzen nicht sehr ausgeprägt sind, von den Frauen gekürzt. Beide Formen, die der Bewegung und Fitness dienen, Sport und Spazierengehen, werden also von den Frauen mit zunehmendem Alter und ansteigenden sozialen Basisverpflichtungen stärker eingeschränkt (siehe Schaubild 3).

Die tägliche Lektüre von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften entspricht im Altersverlauf, bezogen auf alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, nahezu gleichbleibend den bekannten Durchschnittszeiten. In der jüngsten Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen bildet das Lesen sonstiger Literatur eine Ausnahme, da es von den jungen Frauen doppelt so lange wie von den Männern praktiziert wird. In dieser Altersgruppe ist diese nicht näher spezifizierte Literatur, die von der Bibel bis hin zu Kochbüchern reichen kann, die wichtigste Form der Literatur für Frauen und macht etwas mehr als die Hälfte ihrer Lesezeit aus. Nicht sehr gravierend sind auch die Schwankungen in Bezug auf die tatsächlichen Nutzungszeiten der verschiedenen Printmedien.

Für eine alters- und geschlechtsdifferenzierte Betrachtung der privaten Tätigkeiten am Computer sind in allen drei Altersgruppen die Fallzahlen für Frauen zu gering – wenn diese Tatsache für sich genommen nicht schon genügend Licht auf den geschlechtsspezifischen Stellenwert des Computers wirft. In der mittleren Altersgruppe aller 20- bis unter 25jährigen Männer fällt im Vergleich zur jüngeren und älteren die durchschnittliche Beschäftigung generell um ein Drittel der Zeit länger aus. Dies gilt auch für die tatsächlichen Computeranwender. Am längsten mit 2 1/4 Stunden nutzen ihn die Männer zwischen 20 und 25 Jahren in ihrer Freizeit, etwa eine halbe Stunde weniger die jüngeren und älteren. Damit überflügelt der Computer in dieser Altersgruppe sogar Fernsehapparat und Videorekorder (tatsächliche Sehzeit 2 Std. 5 Min.).

Kulturelle Aktivitäten haben in den beiden jüngeren Altersgruppen die gleiche Bedeutung für Männer und Frauen, bei den 25- bis unter 30jährigen ist die Zeit, in der die Frauen kulturellen Aktivitäten nachgehen, im Durchschnitt jedoch kürzer als bei den Männern. Dies gilt entsprechend für einzelne Aktivitätsformen, wie dem Besuch von Konzerten, Sport- oder politischen Veranstaltungen usw.²⁴⁾ Oft ist die



²⁴⁾ Eine geschlechts- und altersdifferenzierte Betrachtung der Zeiten von Besuchern und Besucherinnen von Theatern, Kabarets, Museen, Kinos usw. scheitert an den geringen Fallzahlen. Zumindest für die 20- bis unter 25jährigen läßt sich die allgemeine Beobachtung bestätigen, daß zwischen den Geschlechtern keine Unterschiede auftreten (beide 2 Std. 10 Min.) und zudem für die Frauen kein Rückgang der Zeiten im Vergleich zu den 15- bis unter 20jährigen stattfindet.

Dauer der Veranstaltungen von vornherein festgelegt, mit festen Anfangs- und Schlußzeiten, was gerade für Frauen – die in der Altersgruppe der 25- bis unter 30jährigen die höchsten Zeiten für soziale Basisverpflichtungen unter den jungen Leuten aufweisen – dann heißen kann, entweder ganz auf die Teilnahme zu verzichten oder aber verspätet zu kommen bzw. vorzeitig zu gehen. Möglich, daß daher junge Männer im gesellschaftlich-außerhäuslichen Leben wie schon aktiv bei der Wahrnehmung eines Ehrenamtes ebenfalls stärker passiv partizipieren (können) als Frauen. Möglich aber auch, daß sich Männer für bestimmte Veranstaltungsarten schlicht und einfach mehr interessieren, zum Beispiel lieber ins Fußballstadion gehen als Frauen. Allerdings: Die Existenz dieser geschlechtsspezifischen Interessenunterschiede ist nicht weniger zu hinterfragen als strukturelle Ursachen für die geringeren Zeiten der jungen Frauen.

Die „Hitliste“ der Aktivitäten der mittleren Generation zwischen 30 und 45 Jahren lehnt sich an jene der 15- bis unter 30jährigen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen an. Was sich schon bei den 25- bis unter 30jährigen ankündigte, setzt sich weiter fort, nehmen die Zeiten vor allem der Männer für Besuche und Ausgehen weiter ab, in der Tendenz auch für Sport und Kultur, während sie sich für Fernsehen erhöhen. Für die Jüngsten zwischen 12 und 15 Jahren ergeben sich einige Besonderheiten. Die meiste Zeit verbringen sie vor dem Fernseher. Knapp 2 Stunden täglich, solange wie in keiner anderen der verglichenen Altersgruppen – gleichgültig, ob es sich um Personen bis 30 Jahre oder Angehörige der mittleren Generation zwischen 30 und 45 Jahren handelt. Die zweite wesentliche Größe des Freizeitverhaltens der 12- bis unter 15jährigen bilden Aktivitäten in Zusammenhang mit Spiel und Sport mit ebenfalls knapp 2 Stunden Dauer, darunter Spiel 1 Stunde, Sport 38 Minuten – beides wieder solange wie in keiner anderen Altersgruppe. Jungen verbringen (mit 1 Std. 24 Min.) auffallend mehr Zeit des Tages mit Spielen als Mädchen (42 Min.). Weniger unterscheiden sie sich hingegen beim Sport (Jungen 43 Min., Mädchen 33 Min.). Selbst in der Altersgruppe der 15- bis unter 20jährigen nutzen die jungen Männer noch deutlich mehr Zeit für Spiele als ihre Altersgenossinnen (21 gegenüber 9 Min.).

Markant ist, daß Mädchen zwischen 12 und 15 Jahren mit 37 Minuten täglich länger lesen als alle anderen Altersgruppen. Gespräche und Geselligkeit nehmen demgegenüber in der jüngsten Altersgruppe mit knapp 1 Stunde noch nicht den Platz ein, der ihnen bei den 15- bis unter 30jährigen zukommt. Denkbar, daß Geselligkeit bei den 12- bis unter 15jährigen noch nicht Selbstzweck ist wie in der älteren Altersgruppe, sondern mit bestimmten Aktivitäten wie eben Sport oder Spiel verknüpft sein muß. Außerdem ist die Erlaubnis der Eltern für den Party-Besuch einzuholen, die, „zu allem Überfluß“, bestimmte Uhrzeiten des Nachhausekommens vorschreiben. Jugendschutzbestimmungen begrenzen die Länge der Disco-Nacht ebenso wie das zur Verfügung stehende Geld die Häufigkeit mancher Aktivitäten (Eintritts-, Getränkepreise). So kommt Ausgehen für die meisten dieses Alters noch nicht als Freizeitaktivität vor. Die Freizeit wird noch, von Jungen und Mädchen, vorwiegend zu Hause verbracht

(außer Haus: jeweils 2 1/2 Std., zu Hause: 4 Std. die Jungen, 3 1/2 Std. die Mädchen). Schon in dieser Altersgruppe besteht eine mit den Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen zwischen 15 und 30 Jahren vergleichbare geschlechtsspezifische Zeitverteilung für die Freizeitaktivitäten. Musik und Kultur haben den gleichen Stellenwert wie in der älteren Altersgruppe der 15- bis unter 30jährigen.

Wegezeiten und Verkehrsmittel in der Freizeit

Wegezeiten im Freizeitbereich haben einen zwiespältigen Charakter. Einerseits sind sie ein notwendiges Übel, um an die Lokalitäten der Freizeitaktivitäten zu gelangen oder ihre ausgedehnte Länge kann auf mangelnde Infrastruktur des Wohnumfeldes hinweisen. Andererseits können sie ebenso gut Ausdruck des gewünschten räumlichen Radius der Freizeitgestaltung sein. Des weiteren kann den zurückgelegten Wegen eine eigene Freizeitqualität zukommen. Auf Entdeckungsreise gehen, das bekannte Umfeld verlassen, unbekanntes Terrain betreten, „neue Reviere erobern“, für Jugendliche kann dies allemal zutreffen. Die hierbei benutzten Verkehrsmittel taugen ebenso dazu, aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet zu werden. Zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Motorrad oder mit dem Auto unterwegs zu sein kann aus dem Mangel an Alternativen herrühren. Möglicherweise ist man entweder zu jung für den Autoführerschein bzw. das Auto und dessen Unterhalt ist zu teuer oder man ist auf das Auto angewiesen, weil die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht ist, diese zu bestimmten Zeiten nur noch in großen Abständen fahren und nachts gar nicht mehr. Oder die Verkehrsmittel haben ihren eigenen Reiz: Zu Fuß gehen ist wie ein Spaziergang, das Fahren mit dem Auto ein Freizeitspaß. Die Verkehrsmittel vermitteln auch Symbolik. Zu Fuß unterwegs sein und Fahrradfahren dienen nicht nur der Fitness, sondern auch dazu, diese zu symbolisieren; darüber hinaus kann Umweltbewußtsein demonstriert werden.²⁵⁾ Und das Fahren mit dem Auto oder dem Motorrad steht nicht erst seit „Easy Rider“ für Unabhängigkeit und Freiheit – oder was als Abziehbild nach einer mehr oder minder authentischen Vermarktung davon übrig bleibt.²⁶⁾

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wenden für die Hin- und Rückfahrten zu und von ihren Freizeitaktivitäten oder dem Pendeln zwischen diesen im Durchschnitt insgesamt etwa eine halbe Stunde pro Tag auf. Ihren Höhepunkt erreichen die Wegezeiten unter den Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 sowie 20 und 25 Jahren. Trotzdem macht sich tendenziell unter letzteren der Rückzug der Frauen in ihrer Freizeit auf den häuslichen Bereich bemerkbar. Die jüngeren Erwachsenen (die 25- bis unter 30jährigen) und die mittlere Generation der 30- bis unter 45jährigen sind wieder so lange wie die 12- bis unter 15jährigen unterwegs. Was bei den Jüngsten unter 15 Jahren gleichermaßen Folge ihrer eingeschränkten Mobilität

²⁵⁾ Siehe zu letzterem Reusswig, F.: „Lebensstile und Ökologie“ in Dangschat, J./Blasius, J. (Hrsg.): „Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden“, Opladen, 1994, S. 95.

²⁶⁾ Siehe auch Franken, B./Woeller, D.: „Der Gewerbepark. Zur Gemeinsamkeit von Lippenstiften und dekorierten Schuppen“ in Wentz, M. (Hrsg.): „Region“, Frankfurt/M., New York, 1994, S. 106.

ohne Führerschein und den Vorbehalten der Eltern sein kann, scheint für die Älteren Resultat der fortgesetzten „Verhäuslichung und Familienzentrierung“ zu sein.²⁷⁾ Dies korrespondiert mit dem nachlassenden ehrenamtlichen Engagement der mittleren Generation, den größeren Verpflichtungen bei Erwerbstätigkeit, Hausarbeit, Kindererziehung, und mit dem weiteren Anstieg an freier Zeit, die zu Hause verbracht wird (Männer und Frauen jeweils rd. 2 3/4 Std., außer Haus: jeweils 1 Std. 40 Min.). Sie und Personen zwischen 25 und 30 Jahren sind, absolut gesehen, damit weniger in ihrer Freizeit außer Haus als die jüngsten zwischen 12 und 15 Jahren.

Als Verkehrsmittel bei längeren Wegezeiten kommt für die Jugendlichen fast nur das Auto (mit 19 Min.) in Frage, gerade für die Männer in deren „Sturm und Drang“-Zeit im Alter von 20 bis 25 Jahren. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird sowohl von den Frauen als auch von den Männern in diesem Alter nur noch halb so viel Wegezeit wie von den 15- bis unter 20jährigen zurückgelegt. Zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr erfolgt wieder ein Umschwung, dann nehmen die Wegezeiten mit dem Auto bei beiden Geschlechtern um ein Drittel ab, ohne daß jene der anderen Verkehrsmittel zulegen.

Wie sieht es nun mit den tatsächlichen Wegezeiten in Verbindung mit Freizeitaktivitäten aus? Am längsten sind die Fahrtzeiten der 15- bis unter 30jährigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Bus oder Bahn (rund 1 1/4 Std.), gefolgt von jenen mit Auto und Motorrad (jeweils etwa 50 Min.), deutlich kürzer sind die Fahrtzeiten mit dem Fahrrad (eine halbe Std.) und die Wegezeiten zu Fuß (23 Min.). Öffentliche Verkehrsmittel sind für die Fahrgäste am wenigsten flexibel und spontan nutzbar, sie sind eher auf den Berufsverkehr zugeschnitten und verlangen Wartezeiten insbesondere in den „freien“ Abendstunden oder am Wochenende. „Viele Orte sind ab Samstag nachmittag bis Montag früh vom öffentlichen Verkehrsnetz abgeschnitten“²⁸⁾ – so heißt es noch 1994 in Bezug auf das Rhein-Main-Gebiet. Interessant ist, daß die unterschiedlichen Wegezeiten zwischen jungen Männern und Frauen allein darauf beruhen, daß junge Männer mit öffentlichen Verkehrsmitteln über 1 1/2 Stunden fahren, Frauen jedoch noch nicht einmal eine Stunde. Bei keinem anderen Verkehrsmittel bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede dieses Umfangs! Denkbar, daß öffentliche Verkehrsmittel als öffentlicher Frei(zeit)raum auf junge Männer anziehender wirken, diese ähnlich wie Cafés, Bistros, Kneipen und Discos, aber auch Plätze und Parks, von ihnen symbolisch „in Besitz genommen werden“, was umgekehrt die jungen Frauen von der Nutzung abschreckt.²⁹⁾

Freizeitpartnerinnen und -partner

Für die 15- bis unter 30jährigen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen sind Eltern, Lebenspartner oder -partnerin,

aber auch außerhalb des Haushalts lebende Verwandte, Nachbarn, Nachbarinnen oder Mitschüler und -schülerinnen, Kommilitonen und Kommilitoninnen (mit jeweils rd. 1 3/4 Std.) die Menschen, mit denen sie am längsten in ihrer Freizeit zu tun haben. Klassisch die Verteilung: Für die jungen Männer sind es eher die Personen im außerhäuslichen Bereich, für die jungen Frauen Haushaltsmitglieder, und nicht zuletzt die Kinder, mit denen mehr Zeit verbracht wird.

Mit wem Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit verbringen
Stunden : Minuten

	Männer	Frauen
Mit Haushaltsmitgliedern (einschl. Kindern)	1 : 31	1 : 49
Nur mit Kindern	0 : 03	0 : 11
Mit Freunden/Freundinnen	1 : 20	1 : 12
Mit nicht im Haushalt lebenden Verwandten, Nachbarn, Kollegen und sonstigen Personen	1 : 50	1 : 37
Alleine	1 : 39	1 : 08

Freunde und Freundinnen, mit denen der Kontakt in der Freizeit vielleicht noch am ehesten freiwilliger Natur sein kann, nehmen bezogen auf alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen keinen Spitzenplatz ein (1 1/4 Std.).³⁰⁾ Allerdings ist dies eine Frage des Alters. So spielen für die 15- bis unter 20jährigen und 20- bis unter 25jährigen Jugendlichen Haushaltsmitglieder, also vornehmlich die Eltern, nicht mehr die Rolle, wie noch für die 12- bis unter 15jährigen (1 1/2 Std. gegenüber 2 3/4 Std.), wohingegen die Bedeutung von einzelnen Freunden oder Freundinnen oder der gleichaltrigen Freundesgruppe für sie zugenommen hat (von noch nicht mal einer Std. auf 1 1/2 Std.); letzteres ist ein (Freizeit-)Phänomen, welches im Begriff der „peer-group“ seinen wissenschaftlichen Niederschlag gefunden hat.³¹⁾ Sehr deutlich verläuft die Entwicklung bei den jungen Männern. Man trifft sich dann vor allem auf Parties, macht Besuche, geht in Discos, Bistros usw. In der jüngsten Altersgruppe der 12- bis unter 15jährigen sind Freunde noch eher Spiel- und Sportkameraden. Mit fortschreitendem Alter, zwischen 25 bis 30 Jahren, verlieren Freunde und Freundinnen wieder an Bedeutung für die tägliche Freizeitgestaltung bei beiden Geschlechtern. Haushaltsmitglieder, wobei es sich jetzt zumeist um Partner und Partnerinnen in Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften handeln dürfte, werden wieder wichtiger (Männer 1 3/4 Std., Frauen 2 1/4 Std.). Verbleibt aber den Männern noch mehr Zeit für Kontakte zu ihren Freunden (1 Std., Frauen 40 Min.) oder um sich mit sich selbst zu beschäftigen (1 1/2 Std., Frauen 1 Std.), so verbringen die Frauen ihre ohnehin geringere Freizeit häufiger ausschließlich mit den Kindern. In der mittleren Generation der 30- bis unter 45jährigen schrumpft auch für die Männer die Zeit, die sie mit Freunden verbringen (auf 21 Min.!, wie bei den Frauen) – ihre freie Zeit, die sie nur den Kindern

²⁷⁾ Siehe auch Vester, H.-G.: „Zeitalter der Freizeit. Eine soziologische Bestandsaufnahme“, Darmstadt, 1988, S. 115.

²⁸⁾ Sparmann, V.: „Verkehrsvernetzung“ in Wentz, M. (Hrsg.), a.a.O., S. 141.

²⁹⁾ Siehe oben und siehe Spitthöver, M.: „Mehr Freiräume für Frauen. Ein Beitrag zur Berücksichtigung frauenspezifischer Belange in der kommunalen Freiraumplanung“ in Informationen zur Raumentwicklung, 1990, Nr. 8/9, S. 473 ff.

³⁰⁾ Daß sich hier und nachfolgend die Zeiten mit bestimmten Freizeitpartnern und -partnerinnen nicht zwangsläufig zu den bekannten Durchschnittswerten addieren müssen, liegt daran, daß es sich um Mehrfachnennungen handelt, d. h. man kann zur gleichen Zeit z. B. sowohl mit Familienangehörigen als auch Freunden zusammen sein.

³¹⁾ Siehe Schäfers, a.a.O., S. 190 ff.

widmen, bleibt aber weiterhin unterhalb jener der Frauen (eine viertel zu einer halben Std.).

Apropos Zeit für sich. In der jüngsten Altersgruppe der 12- bis unter 15jährigen verbringen die Mädchen und Jungen mehr freie Zeit allein (1 3/4 Std.) als sie mit ihren Freundinnen und Freunden zusammen sind; dies gilt auch für die jungen Männer zwischen 15 und 20 Jahren. Eine Ausnahme stellen nur die 20- bis unter 25jährigen dar. Die 25- bis unter 30jährigen und die noch älteren beiderlei Geschlechts sind wieder länger allein. Diese Zeit kann man nicht mit einsamer Zeit gleichsetzen. Lesen und die Beschäftigung mit dem Computer sind Aktivitäten, die man typischerweise für sich alleine tut. Fernsehen ist ambivalent. Zumeist schaut man sich das Programm zusammen mit den Eltern oder dem Partner bzw. der Partnerin an, selten mit den Freunden. Aber gerade die jungen Männer sitzen oft auch allein vor dem Fernseher. Ausgehen mit Haushaltsmitgliedern kommt für die Jugendlichen nahezu nicht vor. Das Mehr an direkten Gesprächen, welches die jungen Frauen im Vergleich zu ihren Altersgenossen führen, resultiert vor allem aus Gesprächen mit Haushaltsangehörigen, Verwandten und anderen Personen, nicht jedoch mit der „besten Freundin“ oder dem „besten Freund“.

Erlend Holz, M.A.

Ergebnisse der Lohnstatistik für 1997

Vorbemerkung

Informationen über die Verdienstenwicklung werden von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung für zahlreiche Verwendungszwecke benötigt. Im besonderen Maße gilt dies für die Sozialpartner im Rahmen ihrer Tarifverhandlungen. Die amtliche Statistik ermittelt diese Daten mit Hilfe der vierteljährlichen Verdiensterhebungen, die nach dem Gesetz über die Lohnstatistik¹⁾ für die Monate Januar, April, Juli und Oktober durchzuführen sind. Hinzu kommt die laufende Auswertung der Tarifabschlüsse, die Eingang in die Veröffentlichungen über vierteljährliche Tariflohnindizes, Lohn- und Gehaltsätze sowie ausgewählte Tarifregelungen aus den wichtigsten Tarifverträgen finden.

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Für die vierteljährliche Berichterstattung sind 40 500 Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk) repräsentativ ausgewählt. Einbezogen sind die Wirtschaftsbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Verarbeitendes Gewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“, „Hoch- und Tiefbau (einschl. Handwerk)“, „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, „Kredit- und Versicherungsgewerbe“²⁾. Im erfaßten Dienstleistungsbereich werden Arbeiter und Arbeiterinnen wegen ihres geringen Anteils an den Beschäftigtenzahlen nicht berücksichtigt.

Die statistischen Ämter der Länder erfragen bei den Betrieben aggregierte Daten für vollbeschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen (Beschäftigtenzahlen, Lohnsummen und bezahlte Arbeits- und Mehrarbeitsstunden) und für vollbeschäftigte Angestellte (Personenzahlen und Gehaltsummen). In den Lohnsummen werden die unregelmäßigen, meist nur in einem Monat des Jahres geleisteten Sonderzahlungen (wie 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld u. a.) nicht berücksichtigt, da sie nicht allein dem Berichtsmonat, sondern einem gesamten Arbeitsjahr zuzuordnen sind und ihre Einbeziehung die Beobachtung der Verdienstenwicklung von Berichtsmonat zu Berichtsmonat erschweren würde.

Die Angaben sind für Arbeiter und Arbeiterinnen in der Gliederung nach Geschlecht und Leistungsgruppen, für Angestellte außerdem in der Differenzierung nach kaufmännischer oder technischer Tätigkeit zu melden. Aus erhebungstechnischen Gründen wird auf die Erfassung

der leitenden Angestellten sowie der Angestellten mit einem regelmäßig gezahlten Monatsgehalt von 15 000 DM und mehr verzichtet.

Veränderungen der Durchschnittsverdienste, wie sie aus den erhobenen Daten für die Berichtsmonate und das Jahr berechnet werden, können durch effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen oder durch Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft ausgelöst werden. Für Analysezwecke ist es erforderlich, diese Einflüsse getrennt darzustellen. Dies geschieht dadurch, daß aus den Angaben der Erhebung Verdienstindizes mit konstanter Arbeitnehmerstruktur – entsprechend der Indexformel von Laspeyres – errechnet werden, die den effektiven Veränderungsraten der Verdienste gegenübergestellt werden. Mit dem Übergang auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993³⁾, wurde die Vergleichbarkeit zwischen den Erhebungsergebnissen und den bisherigen Indexreihen eingeschränkt. Erst mit der Neuberechnung auf der Basis Oktober 1995 = 100 ist diese Beeinträchtigung weggefallen und ein uneingeschränkter Vergleich zwischen den erhobenen Effektivangaben und den Indexwerten wieder möglich.

Tariflohnindizes

Die in diesem Beitrag dargestellten Tariflohnindizes beziehen sich auf die Basis 1991 = 100. Das Basisjahr 1991 liegt nach der deutschen Vereinigung allen Indizes der amtlichen Statistik zugrunde. Zur Gewichtung wurden die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (GLS) 1990 verwendet. Eine Umstellung auf die Basis 1995 = 100 anhand der Ergebnisse der GLS 1995 ist in Arbeit.

Die letzte vollständige Neubasierung der Tariflohnindizes (auf das Jahr 1980) erfolgte im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, unter Verwendung der Ergebnisse der GLS 1978. Für das Jahr 1985 wurden die Tariflohnindizes in Ermangelung einer aktuellen Datenbasis lediglich rechnerisch umbasiert.

Die Tariflohnindizes erstrecken sich auf das gesamte Produzierende Gewerbe – schließen also das gesamte Handwerk ein –, auf den Handel (einschl. der dort beschäftigten Arbeiter/-innen) sowie auf die Bereiche Verkehr, Nachrichtenübermittlung und Gebietskörperschaften⁴⁾. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe sind die Tarifindizes auf die Angestellten und im Friseurgewerbe auf die Arbeiter/-innen beschränkt. Gesondert wird ein Tarifindex für das Gastgewerbe ermittelt und veröffentlicht. Für diesen Bereich wurde eine vereinfachte (rechnerische) Umbasierung vorgenommen, da er nicht von der GLS abgedeckt ist und der erhebliche Zeitaufwand für die Beschaffung neuer Gewichte nicht vertretbar war.

Für die neuen Länder und Berlin-Ost konnten erstmals Tariflohnindizes über die Ecklöhne der Facharbeiter/-in-

¹⁾ Gesetz über die Lohnstatistik in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1996 (BGBl. I S. 598), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Juni 1998 (BGBl. I S. 1626).

²⁾ Im folgenden Text werden die Wirtschaftsbereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Verarbeitendes Gewerbe“, „Energie- und Wasserversorgung“ sowie „Hoch- und Tiefbau“ als „Produzierendes Gewerbe“ und der Wirtschaftsbereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ als „Handel“ bezeichnet.

³⁾ Siehe hierzu Mai, H.: „NACE Rev. 1 – Die neue europäische Wirtschaftszweigsystematik“ in WiSta 1/1991, S. 9 ff.

⁴⁾ Die Tariflohnindizes umfassen somit einen größeren Ausschnitt aus der Volkswirtschaft als die anfangs beschriebenen Indizes der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

Tabelle 1: Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe sowie der Angestellten im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe

Arbeitnehmergruppe	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost				Ost-West-Verdienstrelation	
	1997	1996	1997 gegenüber 1996		1997	1996	1997 gegenüber 1996		1997	1996
			Effektivverdienst	Index			Effektivverdienst	Index		
	DM		%		DM		%			
Produzierendes Gewerbe ¹⁾										
Arbeitnehmer/-innen	5 118	5 035	+ 1,6	+ 1,5	3 746	3 651	+ 2,6	+ 3,1	73,2	72,5
Männer	5 355	5 278	+ 1,5	+ 1,5	3 839	3 739	+ 2,7	+ 3,1	71,7	70,8
Frauen	4 092	3 996	+ 2,4	+ 2,4	3 409	3 325	+ 2,5	+ 3,1	83,3	83,2
Angestellte	6 455	6 357	+ 1,5	+ 1,2	4 770	4 625	+ 3,1	+ 3,3	73,9	72,8
Männer	7 003	6 920	+ 1,2	+ 1,1	5 340	5 187	+ 2,9	+ 3,3	76,3	75,0
Frauen	4 899	4 784	+ 2,4	+ 1,9	3 991	3 875	+ 3,0	+ 3,1	81,5	81,0
Arbeiter/-innen	4 387	4 330	+ 1,3	+ 1,2	3 332	3 265	+ 2,1	+ 2,8	76,0	75,4
Männer	4 572	4 519	+ 1,2	+ 1,1	3 435	3 364	+ 2,1	+ 2,6	75,1	74,4
Frauen	3 313	3 257	+ 1,7	+ 1,6	2 667	2 594	+ 2,8	+ 3,4	80,5	79,6
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ¹⁾										
Angestellte	4 775	4 666	+ 2,3	+ 1,9	3 581	3 433	+ 4,3	+ 3,8	75,0	73,6
Männer	5 391	5 307	+ 1,6	+ 1,6	3 942	3 799	+ 3,8	+ 3,3	73,1	71,6
Frauen	4 082	3 973	+ 2,7	+ 2,4	3 377	3 236	+ 4,4	+ 4,1	82,7	81,4

1) Siehe auch Fußnote 2 im Text.

nen in Form monatlicher Indizes eingeführt werden, wie sie seit Jahren für das frühere Bundesgebiet berechnet und seit 1996 im Monatsheft „Konjunktur aktuell“ veröffentlicht werden. Diese Indizes sind als vorläufige Tariflohnindizes anzusehen, da sie nur einen Teil der für die vierteljährlichen Tarifindizes auszuwählenden Tarifverträge umfassen. Derzeit werden mit dem jeweils ersten Berichtsmonat eines Quartals für das frühere Bundesgebiet genauere und tiefer gegliederte Ergebnisse ermittelt und in der Fachserie 16 „Löhne und Gehälter“, Reihe 4.3 „Index der Tariflöhne und -gehälter“ veröffentlicht. Mit der Neubasierung auf die Basis 1995 = 100 werden entsprechende Indizes auch für die neuen Länder und Berlin-Ost und für Deutschland insgesamt zur Verfügung stehen.

Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung für 1997

Übersicht

Die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des Produzierenden Gewerbes erzielten 1997 im früheren Bundesgebiet einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 5 118 DM und in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 3 746 DM. Damit hat sich auch 1997 die Angleichung des Lohnniveaus in allerdings abgeschwächter Form fortgesetzt; die Ost-West-Verdienstrelation stieg von 72,5% im Jahr 1996 auf 73,2% 1997).

Die 1997 realisierten Verdienstzuwächse von 1,6 bzw. 2,6% gegenüber dem Vorjahr sind die seit der deutschen Vereinigung niedrigsten im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern festgestellten Werte; sie reichten gerade aus, um in etwa das Realverdienstniveau zu sichern (bei Preissteigerungsraten⁶⁾ von 1,9% im Westen und 2,0% im Osten) und lagen damit deutlich unter den Zunahmen der Arbeitsproduktivität in diesem Bereich von 5,4 bzw. 8,7%.

⁵⁾ Siehe auch Kaukewitsch, P.: „Löhne und Gehälter“ in „Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost“ in WiSta 4/1998, S. 291 ff.

⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

Einen wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung übte der Beschäftigungsrückgang im Produzierenden Gewerbe aus, der bei den befragten Betrieben im Vergleich mit dem Vorjahr in den neuen Ländern über 10% und den alten Ländern knapp 5% ausmachte.

Im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhielten die westdeutschen Angestellten 1997 ein Durchschnittsgehalt von 4 775 DM und ihre ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen von 3 581 DM. Sie erzielten mit +2,3 bzw. +4,3% deutlich höhere Verdienstzuwächse als die Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe.

Verdienstentwicklung nach Arbeitnehmergruppen

Die Angestellten des Produzierenden Gewerbes erzielten 1997 mit Verdiensten von 6 455 DM im Westen und 4 770 DM im Osten Zuwachsraten von 1,5 bzw. 3,1%. Bei unveränderter Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden in den alten und 39,5 Stunden in den neuen Ländern erhöhten sich die Arbeiterlöhne in geringerem Umfang: Sie lagen mit 4 387 bzw. 3 332 DM um 1,3 bzw. 2,1% über den Vorjahreswerten. Die Relation zwischen Arbeiter- und Angestelltenverdien-

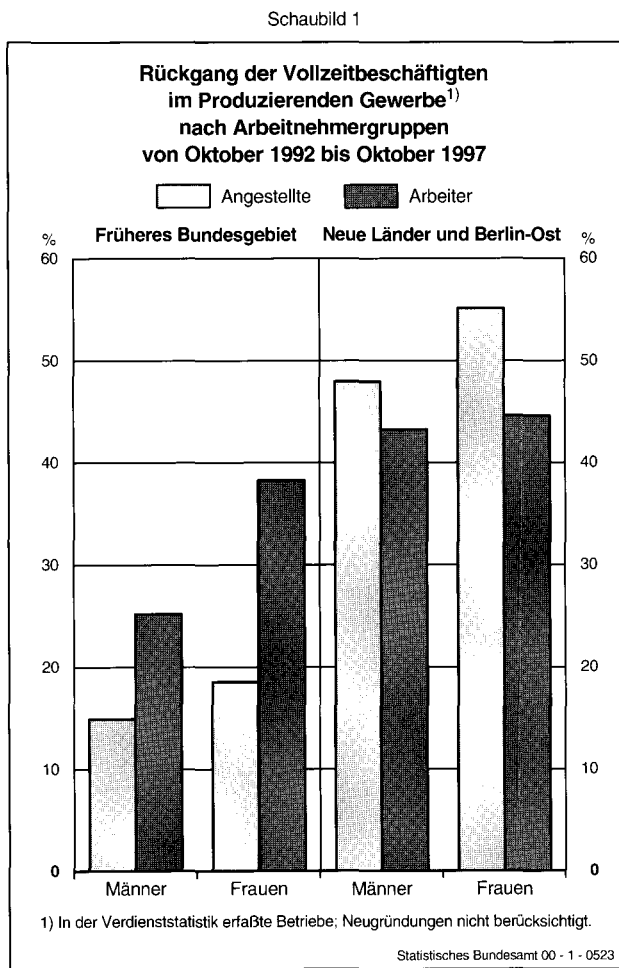
Tabelle 2: Arbeitnehmerstruktur im Produzierenden Gewerbe
Prozent

Arbeitnehmergruppe	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	1997	1996	1992	1997	1996	1992
Arbeiterinnen	9,6	9,8	11,8	9,5	9,2	9,3
Arbeiter	55,0	55,4	56,1	61,5	62,4	58,6
Arbeiter/-innen	64,6	65,2	67,9	71,1	71,6	67,9
Weibliche Angestellte	9,2	9,2	8,6	12,2	12,2	14,7
Männliche Angestellte	26,2	25,6	23,5	16,7	16,2	17,4
Angestellte	35,4	34,8	32,1	28,9	28,4	32,1
Frauen	18,8	19,0	20,4	21,8	21,3	24,1
Männer	81,2	81,0	79,6	78,2	78,7	75,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Arbeiterinnen	50,9	51,7	57,8	43,8	43,0	38,7
Weibliche Angestellte	49,1	48,3	42,2	56,2	57,0	61,3
Frauen insgesamt	100	100	100	100	100	100
Arbeiter	67,8	68,3	70,5	78,6	79,4	77,1
Männliche Angestellte	32,2	31,7	29,5	21,4	20,6	22,9
Männer insgesamt	100	100	100	100	100	100

sten in West und Ost hat sich weiter angenähert. Arbeiter/-innen in den alten Bundesländern erhielten 68,0% des durchschnittlichen Angestelltengehalts, in den neuen Ländern dagegen 69,9%, (1996: 68,1 bzw. 70,6%).

Die westdeutschen Arbeitnehmerinnen konnten 1997 den Verdienstvorsprung ihrer männlichen Kollegen etwas reduzieren. Ihre Verdienste erhöhten sich um 2,4% auf 4092 DM, während die Männerverdienste um 1,5% auf 5355 DM zunahmen: Damit stieg die Frauen-Männer-Verdienstrelation von 75,7% im Jahr 1996 auf 76,4% im Jahr 1997.

In den neuen Ländern dagegen wurde für Frauen im Vergleich zu 1996 mit 2,5% eine etwas geringere Verdienststeigerung verzeichnet als für Männer (2,7%), obwohl sowohl die Arbeiterinnen als auch die weiblichen Angestellten mit 2,8 bzw. 3,0% höhere Verdienstzuwächse erzielten als ihre männlichen Kollegen (2,1 bzw. 2,9%). Ursächlich hierfür war, daß sich im Rahmen des Beschäftigungsrückgangs im Produzierenden Gewerbe der Anteil der Arbeiterinnen an den weiblichen Beschäftigten um rund 1% erhöhte, während sich der Anteil der Arbeiter bei den Männern um gleichfalls etwa 1% verringerte. Da Arbeiter weniger als Angestellte verdienten, reduzierte die Strukturveränderung die Verdienststeigerung bei den Frauen und erhöhte sie bei den Männern. Damit fiel die Frauen-Männer-Verdienstrelation geringfügig auf 88,8%, lag damit allerdings erheblich höher als im Westen.



Den Einfluß von Strukturveränderungen auf die Verdienstentwicklung zeigt ein Vergleich der effektiven Verdienstzunahmen und der Steigerungen der – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur berechneten – Verdienstindizes (siehe Tabelle 1). Hierbei ergibt sich im Produzierenden Gewerbe ein erheblicher Unterschied zwischen den neuen und alten Ländern. Im Westen bewirkten die Veränderungen der Arbeitnehmerstruktur ein stärkeres Verdienstwachstum, im Osten dagegen umgekehrt ein geringeres: Ohne Strukturveränderungen wären die westdeutschen Arbeitnehmerverdienste nur um 1,5% statt 1,6% gestiegen und die ostdeutschen um 3,1% statt 2,6%. Die größten Unterschiede zwischen effektiver und strukturbereinigter Zuwachsrate ergaben sich mit 2,4% gegenüber 1,9% bei den westdeutschen weiblichen Angestellten und mit 2,1% gegenüber 2,8% bei den ostdeutschen Arbeitern und Arbeiterinnen. Auch im Dienstleistungsbereich war die Verdienstentwicklung durch Strukturveränderungen beeinflusst, die hier jedoch in Ost und West einen positiven Einfluß auf die Verdienstentwicklung ausübten.

Tabelle 3: Entwicklung der Bruttomonatsverdienste im
Produzierenden Gewerbe¹⁾ nach Arbeitnehmergruppen
Zunahmen in Prozent

Arbeitnehmergruppe	1997 gegenüber 1996	1996 gegenüber 1995	1995 gegenüber 1994	1994 gegenüber 1993	1997 gegenüber 1992
Früheres Bundesgebiet					
Arbeitnehmer/-innen	1,6	2,5	3,8	4,0	16,3
Männer	1,5	2,1	3,8	4,0	14,9
Frauen	2,4	4,0	4,0	4,0	20,7
Arbeiter/-innen	1,3	1,1	3,8	4,4	14,0
Männer	1,2	0,8	3,8	4,3	12,8
Frauen	1,7	2,2	3,7	4,2	15,8
Angestellte	1,5	3,3	3,6	2,8	19,3
Männer	1,2	3,2	3,5	2,6	14,6
Frauen	2,4	4,1	4,0	2,9	15,9
Neue Länder und Berlin-Ost					
Arbeitnehmer/-innen	2,6	5,3	7,6	7,8	46,3
Männer	2,7	4,9	7,2	7,6	44,6
Frauen	2,5	7,6	9,2	8,5	51,1
Arbeiter/-innen	2,1	3,4	6,4	6,1	39,0
Männer	2,1	3,2	6,1	6,3	38,6
Frauen	2,8	5,4	8,4	7,0	42,7
Angestellte	3,1	7,8	10,7	12,0	63,5
Männer	2,9	7,7	10,5	12,1	63,5
Frauen	3,0	7,9	10,3	10,9	59,3

¹⁾ Von 1992 bis 1994 nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk).

Vergleicht man die Verdienstentwicklung gegenüber dem Vorjahr mit der mittelfristigen von 1992 bis 1997, ist festzustellen, daß

- während des Zeitraums 1992 bis 1997 eine sich deutlich abschwächende Angleichung des ost- und westdeutschen Verdienstniveaus, gemessen an der Differenz der Veränderungsraten, zu beobachten war. Die nur leichte Erhöhung der Ost-West-Verdienstrelation im Jahr 1997 setzt diese Entwicklung fort;
- sich in den vergangenen Jahren die Verdienste der Arbeitnehmerinnen stärker erhöhten als diejenigen ihrer männlichen Kollegen. Dies war im Westen auch noch für 1997 festzustellen, während für dieses Jahr im Osten eine etwas höhere Wachstumsrate bei den Männern ermittelt wurde;

- die ostdeutschen Angestellten mittelfristig eine deutlich höhere Verdienststeigerung erzielten als die Arbeiter. Auch diese Tatsache bestätigt die für 1997 ermittelten Daten;
- dagegen die 1997 beobachteten höheren Wachstumsraten bei den westdeutschen Angestellten, insbesondere den weiblichen, gegenüber den Arbeitern/-innen keine ausgeprägte mittelfristige Entwicklungstendenz kennzeichnen.

Verdienste nach Leistungsgruppen

Die von den Arbeitnehmern ausgeübte Tätigkeit bildet einen der wichtigsten Bestimmungsfaktoren für ihr Verdienstniveau. Sie wird in der Verdienststatistik durch die sogenannte Leistungsgruppe beschrieben.

Bei den Arbeiter/-innen umfaßt Leistungsgruppe 1: Facharbeiter/-innen, Leistungsgruppe 2: Angelernte Arbeiter/-innen und Leistungsgruppe 3: Ungelernte Arbeiter/-innen.

Die Einstufung der Angestellten erfolgt in den Leistungsgruppen I: Leitende Angestellte (in der laufenden Verdiensterhebung nicht berücksichtigt), II: Angestellte mit eingeschränkten Dispositionsbefugnissen, III: Angestellte mit selbständig durchgeführten Tätigkeiten, die neben einer Berufsausbildung noch Spezialkenntnisse in einem Fachgebiet verlangen, IV: Angestellte mit einer Berufsausbildung erfordernden Tätigkeiten oder V: Angestellte mit Tätigkeiten, die keine Berufsausbildung erfordern.

Tabelle 4: Verteilung der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe auf Leistungsgruppen
Prozent

Jahr ¹⁾	Männer ²⁾			Frauen ³⁾		
	Leistungsgruppe					
	1	2	3	1	2	3
Früheres Bundesgebiet						
1966	53,7	33,5	12,8	5,7	46,9	47,4
1976	55,5	33,2	11,3	5,5	46,1	48,4
1986	59,0	31,5	9,5	6,3	43,6	50,1
1992	58,9	30,6	10,5	8,1	42,2	49,7
1995	60,2	29,8	10,0	9,4	41,9	48,6
1996	60,4	29,7	9,9	9,6	42,5	47,9
1997	60,1	30,0	9,8	9,6	42,9	47,5
Neue Länder und Berlin-Ost						
1992	59,7	33,8	6,5	26,9	51,8	21,3
1995	58,2	33,3	8,4	24,7	53,0	22,4
1996	57,0	34,2	8,8	23,7	53,3	23,1
1997	57,1	34,3	8,6	23,6	52,7	23,8

1) Jeweils Oktober. – 2) Bezogen auf alle Arbeiter. – 3) Bezogen auf alle Arbeiterinnen.

Wie Tabelle 4 zeigt, war die Verteilung der Arbeiter auf die Leistungsgruppen in Ost und in West weitgehend identisch: Rund sechs Zehntel waren als Facharbeiter, etwa drei Zehntel als angelernte und ein Zehntel als ungelernte Arbeiter beschäftigt. Bei den Arbeiterinnen bestanden dagegen erhebliche Unterschiede in der Leistungsgruppenstruktur: Knapp ein Zehntel der westdeutschen, aber fast ein Viertel der ostdeutschen, verrichteten Facharbeitertätigkeiten und rund die Hälfte der westdeutschen, aber weniger als ein Viertel der ostdeutschen waren mit Tätigkeiten beschäftigt, die eine Anlernzeit von weniger als drei Monaten erforderten. Diese Unterschiede in der Lei-

stungsgruppenstruktur erklären überwiegend die höhere Ost-West-Verdienstrelation bei den Arbeiterinnen.

Bemerkenswert ist, daß der Rückgang der Arbeiterbeschäftigung von 1996 auf 1997 um 5,3% im Westen und 12,9% im Osten die Leistungsgruppenbesetzung kaum verändert hat (siehe Tabelle 4). Die deutliche Zunahme höherqualifizierter Beschäftigung unter den Arbeitern, wie sie für das frühere Bundesgebiet bis in die achtziger Jahre zu beobachten war, hat sich nicht fortgesetzt.

Westdeutsche Facharbeiter verdienten mit 4822 DM rund 5,5% mehr als der Durchschnitt; mit 3850 DM erzielten ungelernte Kräfte 79,8% und mit 4311 DM angelernte 89,4% des Facharbeiterlohnes. Die Lohnrelationen waren bei den Arbeitern und Arbeiterinnen im Osten ähnlich, mit dem Unterschied, daß der Verdienstabstand zwischen angelernten und Facharbeitern etwas größer und derjenige zwischen an- und ungelernten Arbeitern geringer ausfiel. Am meisten unterschied sich die Lohnstruktur der westdeutschen Arbeiterinnen von derjenigen ihrer westdeutschen Kollegen: Ungelernte Arbeiterinnen kamen hier auf 83,4% und angelernte auf 87,1% des Facharbeiterlohnes.

Die Löhne stiegen im Westen mit Zuwachsraten zwischen 1,1 bzw. 2,2%, wobei der untere Extremwert bei den männlichen und der obere bei den weiblichen Fachkräften festgestellt wurde. Im Osten erhöhten sich die Löhne zwischen 1,9% (ungelernte Arbeiter) und 3,4% (angelernte Arbeiterinnen).

Tabelle 5: Bruttoverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Leistungsgruppen

Geschlecht Leistungsgruppe	Bezahlte Wochenstunden			Bruttomonatsverdienst		
	1997	1996	1997 gegenüber 1996	1997	1996	1997 gegenüber 1996
	Stunden		%	DM		%
Früheres Bundesgebiet						
Männer	37,8	37,9	−0,3	4 572	4 519	+ 1,2
1	37,9	37,9	—	4 822	4 768	+ 1,1
2	37,5	37,7	−0,5	4 311	4 252	+ 1,4
3	38,5	38,4	+ 0,3	3 850	3 792	+ 1,5
Frauen	36,7	36,7	—	3 313	3 257	+ 1,7
1	36,7	36,7	—	3 827	3 746	+ 2,2
2	36,4	36,5	−0,3	3 333	3 281	+ 1,6
3	36,9	36,8	+ 0,3	3 191	3 139	+ 1,7
Neue Länder und Berlin-Ost						
Männer	39,6	39,6	—	3 435	3 364	+ 2,1
1	39,4	39,4	—	3 640	3 556	+ 2,4
2	39,8	39,8	—	3 224	3 157	+ 2,1
3	39,7	39,7	—	2 931	2 877	+ 1,9
Frauen	39,2	39,1	+ 0,3	2 667	2 594	+ 2,8
1	39,1	39,0	+ 0,3	2 956	2 886	+ 2,4
2	39,1	39,1	—	2 641	2 553	+ 3,4
3	39,3	39,1	+ 0,5	2 440	2 383	+ 2,4

Die vier Leistungsgruppen der Angestellten waren bei den Männern in Ost und West sehr unterschiedlich besetzt: Über neun Zehntel der westdeutschen waren mit Tätigkeiten beschäftigt, die entweder mit beschränkten Dispositionsbefugnissen verbunden waren (Leistungsgruppe II) oder die neben einer Berufsausbildung noch vertiefte Kenntnisse in einem Fachgebiet erforderten (Leistungsgruppe III), ein knappes Zehntel mit Tätigkeiten, die eine Berufsausbildung erfordern (Leistungsgruppe IV) oder die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraus-

Tabelle 6: Verteilung der kaufmännischen und technischen Angestellten im Produzierenden Gewerbe auf Leistungsgruppen
Stand: jeweils Oktober
Prozent

Leistungs- gruppe	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			
	1997	1996	1995	1992	1997	1996	1995	1992
Männer ¹⁾	73,9	73,7	73,7	73,1	57,7	57,2	57,4	54,7
II ²⁾	47,0	46,8	46,7	46,1	42,1	42,4	41,5	40,7
III ²⁾	44,8	45,1	45,1	45,6	50,5	49,9	50,8	51,2
IV ²⁾	7,7	7,7	7,7	7,8	7,0	7,2	7,2	7,2
V ²⁾	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,9
Frauen ¹⁾	26,1	26,3	26,3	26,9	42,3	42,8	42,6	45,3
II ³⁾	13,6	13,1	12,5	11,2	15,6	15,5	14,3	12,8
III ³⁾	50,0	49,8	49,0	46,8	48,4	48,3	48,6	44,2
IV ³⁾	33,1	33,7	35,0	38,0	32,8	32,9	33,3	35,5
V ³⁾	3,3	3,3	3,5	4,0	3,2	3,3	3,8	7,5

1) Bezogen auf alle Angestellten. – 2) Bezogen auf alle männlichen Angestellten. – 3) Bezogen auf alle weiblichen Angestellten.

setzen (Leistungsgruppe V, weniger als 1%). Der größte Unterschied zwischen Ost und West bestand in der Besetzung der beiden höchsten Leistungsgruppen: Im Westen hatte die Leistungsgruppe II einen etwa 5 % höheren Anteil an allen Angestellten, im Osten traf das für die Leistungsgruppe III zu. Da zwischen Leistungsgruppe II und III ein erheblicher Verdienstabstand besteht, hat dieser Unterschied in der Leistungsgruppenstruktur erheblich zu dem relativ geringen Wert der Ost-West-Verdienstrelation bei den männlichen Angestellten beigetragen (siehe Tabelle 1).

Dagegen war die Leistungsgruppenstruktur der weiblichen Angestellten sehr ähnlich: Etwa die Hälfte von ihnen gehörte jeweils zur Leistungsgruppe III, ein Drittel zu Leistungsgruppe IV, etwa ein Siebtel zu Leistungsgruppe II und ein Dreißigstel zu Leistungsgruppe V. Auch hier zeigten sich die größten Unterschiede – aber in entgegengesetzter Richtung wie bei den Männern – in den Leistungsgruppen II und III, die bei den ostdeutschen Frauen einen um 2 % höheren bzw. 1,6 % geringeren Anteil hatten und so zur höheren Ost-West-Verdienstrelation bei den Frauen beigetragen haben.

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den Arbeitern veränderte sich die Leistungsgruppenstruktur der Angestellten, wie Tabelle 6 zu entnehmen ist, zu einer stärkeren Besetzung der höher qualifizierten Tätigkeiten, und zwar bei Männern

und Frauen in Ost und in West. Diese Strukturveränderung erklärt zum Teil die positive Differenz zwischen dem Index der Entwicklung der Effektivverdienste und den Verdienstindizes insbesondere bei den weiblichen Angestellten.

Die Verdienste der Angestellten lagen innerhalb einer Spanne von 3 438 bis 8 126 DM im Westen und von 2 821 bis 5 959 DM im Osten. Bezieht man die Verdienste der Leistungsgruppen II bis IV auf das Gehalt der Leistungsgruppe V,

Angestellte	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	II	III	IV	II	III	IV
Insgesamt	236	170	123	211	163	120
Männer	215	160	122	207	165	130
Frauen	212	155	120	189	149	116

so zeigt sich, daß die Verdienstabstufung nach Leistungsgruppen

- im Westen stärker ausgeprägt war als im Osten,
- bei den Männern deutlicher ausgebildet war als bei den Frauen und
- bei den Angaben für Männer und Frauen zusammen am stärksten zum Ausdruck kommt.

Tabelle 7: Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Leistungsgruppen und Geschlecht

Geschlecht Leistungsgruppe	Bruttomonatsverdienste der Angestellten						Ost-West- Verdienstrelation	
	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost				
	1997	1996	1997 gegenüber 1996	1997	1996	1997 gegenüber 1996	1997	1996
	DM		%	DM		%		
Insgesamt	6 455	6 357	+ 1,5	4 770	4 625	+ 3,1	73,9	72,8
II	8 126	8 036	+ 1,1	5 959	5 767	+ 3,3	73,3	71,8
III	5 834	5 754	+ 1,4	4 592	4 464	+ 2,9	78,7	77,6
IV	4 229	4 156	+ 1,8	3 384	3 293	+ 2,8	80,0	79,2
V	3 438	3 387	+ 1,5	2 821	2 771	+ 1,8	82,1	81,8
Männer	7 003	6 920	+ 1,2	5 340	5 187	+ 2,9	76,3	75,0
II	8 245	8 157	+ 1,1	6 141	5 941	+ 3,4	74,5	72,8
III	6 128	6 055	+ 1,2	4 899	4 774	+ 2,6	79,9	78,8
IV	4 687	4 621	+ 1,4	3 853	3 724	+ 3,5	82,2	80,6
V	3 836	3 804	+ 0,8	2 963	2 987	- 0,8	77,2	78,5
Frauen	4 899	4 784	+ 2,4	3 991	3 875	+ 3,0	81,5	81,0
II	6 951	6 810	+ 2,1	5 289	5 127	+ 3,2	76,1	75,3
III	5 088	4 992	+ 1,9	4 154	4 037	+ 2,9	81,6	80,9
IV	3 929	3 862	+ 1,7	3 247	3 169	+ 2,5	82,6	82,1
V	3 279	3 226	+ 1,6	2 797	2 740	+ 2,1	85,3	84,9

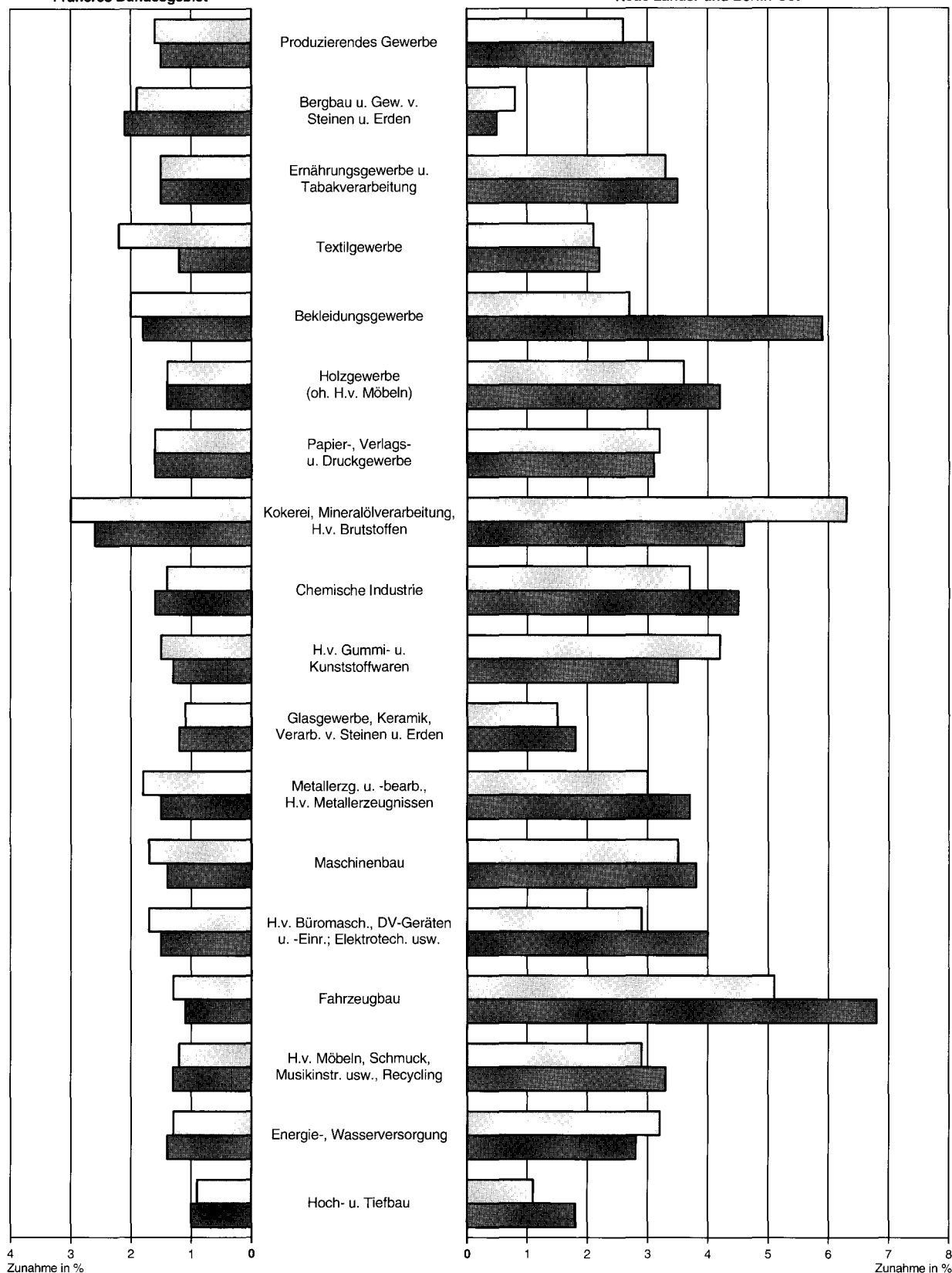
Schaubild 2

Zuwachsraten der effektiven Bruttomonatsverdienste sowie des Index der Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe 1997 nach Wirtschaftszweigen

Verdienstzunahme Indexzunahme

Früheres Bundesgebiet

Neue Länder und Berlin-Ost



Statistisches Bundesamt 00 - 1 - 0524

Hierbei dürfte sich u. a. auswirken, daß in den unteren Leistungsgruppen neben den niedrigeren Verdiensten eine höhere Besetzung durch Frauen festzustellen ist, während in den oberen Leistungsgruppen neben den höheren Verdiensten auch eine stärkere Besetzung durch Männer vorliegt.

In der Gliederung nach Leistungsgruppen stiegen die Angestelltegehälter innerhalb der Spanne von 1,1 bis 1,8% im Westen und von 1,8 bis 3,3% im Osten, bei einer weiteren Differenzierung nach dem Geschlecht ergeben sich noch größere Spannen. Die Veränderungsrate streuten hier also stärker als zwischen den Leistungsgruppen der Arbeiter. Auffallend ist, daß bei den Frauen – im Gegensatz zu den Männern – die Steigerungsraten mit dem Grad der Qualifikation zunahmen.

Verdienste nach Wirtschaftszweigen

Differenziert nach einzelnen Wirtschaftszweigen lagen die Verdienste der Arbeitnehmer im Westen innerhalb der Spanne von 3605 bis 6649 DM und im Osten von 2255 bis 4569 DM; in den Wirtschaftszweigen mit den niedrigsten Verdienstniveaus verdienten die Arbeitnehmer/-innen jeweils etwa die Hälfte des höchsten Branchenverdienstes. In einigen Wirtschaftszweigen (Energie- und Wasserversorgung sowie Kokerei und Mineralölverarbeitung) erzielten ostdeutsche Arbeitnehmer höhere Einkünfte als ihre westdeutschen Kollegen in zahlreichen Branchen der Verbrauchsgüterindustrie (Textil-, Bekleidungs- und Holzgewerbe sowie bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren).

Die Verdienstentwicklung in den Wirtschaftszweigen verzeichnete von 1996 auf 1997 im Westen Zuwachsraten von 0,9 bis 3,0% und im Osten Werte zwischen +0,8 und +6,3%. Im allgemeinen lagen die Verdienstzuwächse in den einzelnen Wirtschaftszweigen im Osten über den westdeutschen Zuwachsraten, am stärksten im Fahrzeugbau mit einem Wert von 5,1 % gegenüber 1,3%. In einzelnen Branchen erhöhten sich allerdings die Verdienste der ostdeutschen Arbeitnehmer weniger stark als diejenigen ihrer westdeutschen Kollegen; die Abweichung war im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit einer Zuwachsrate von 0,8% gegenüber 1,9% am höchsten.

Ein Vergleich zwischen den Veränderungsrate der Effektivverdienste und denen der Indizes für Arbeitnehmer zeigt auch in den einzelnen Wirtschaftszweigen zwischen Ost und West erhebliche Unterschiede. In den meisten Wirtschaftszweigen der neuen Länder lag die Veränderungsrate des Index über dem Zuwachs der Effektivverdienste, in den alten Ländern war dies umgekehrt. Da die Veränderungsrate des Index die von Strukturveränderungen befreite „reine“ Verdienstentwicklung nachweist, folgt aus diesem Zusammenhang, daß die effektive Verdienstentwicklung im Westen durch Strukturveränderungen positiv und im Osten negativ beeinflusst wurde. Im Westen betrug der Abstand zwischen den Veränderungsrate nicht mehr als 0,5 Prozentpunkte, im Osten erreichte er in einigen Wirtschaftszweigen mehr als einen Prozentpunkt und im Bekleidungs-gewerbe sogar über drei Prozentpunkte.

Die Arbeiter/-innen erzielten in den einzelnen Wirtschaftszweigen Verdienste zwischen 2946 und 5558 DM im Westen sowie zwischen 1974 und 4083 DM im Osten, die Angestellten zwischen 4809 und 7672 DM bzw. 3144 DM und 5415 DM. Wie die folgende Aufstellung zeigt,

Bezugswert	Angestellte		Arbeiter	
	West	Ost	West	Ost
Streuung der Veränderungsrate zwischen den Wirtschaftszweigen von ...				
Bruttomonats-verdienst	+ 0,7 bis + 3,2	- 0,4 bis + 7,4	+ 0,1 bis + 2,3	+ 0,1 bis + 4,9
Index des Bruttomonats-verdienstes	+ 0,8 bis + 3,4	- 1,5 bis + 6,1	+ 0,1 bis + 2,4	+ 0,5 bis + 5,7

streuten die Veränderungsrate besonders stark bei den Angestellten, in den neuen Bundesländern stärker als in den alten.

In den meisten Branchen setzte sich der seit der deutschen Vereinigung zu beobachtende Angleichungsprozeß zwischen west- und ostdeutschem Verdienstniveau auch 1997 fort. Eine Ausnahme von dieser positiven Entwicklung der Ost-West-Verdienstrelation bildet vor allem der Bereich „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. Besondere Fortschritte machte die Anpassung bei den Arbeitern im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie bei den Angestellten im Bereich „Kokerei, Mineralölverarbeitung usw.“, der Chemischen Industrie und im Fahrzeugbau. Die Variationsbreite der Zuwachsraten war bei den Angestellten allgemein größer als bei den Arbeitern. Schließlich ist festzuhalten, daß – erwartungsgemäß – Strukturveränderungen im Osten einen deutlich stärkeren Einfluß auf die Verdienstentwicklung ausübten als im Westen (siehe auch die Tabelle im Anhangteil auf S. 472* f.).

Entwicklung der Nettoverdienste und Kaufkraft

Modellrechnungen für ausgewählte Haushaltstypen, wie sie das Statistische Bundesamt durchführt, vermitteln eine Vorstellung von der Entwicklung der Nettoverdienste und der Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte im dargestellten Wirtschaftsbereich. Hiernach verringerte sich bei allen Haushaltstypen das Verhältnis zwischen Netto- und Bruttoverdienst, mit Ausnahme des westdeutschen Arbeiterhaushaltes mit zwei Kindern, der ausschließlich vom Verdienst des Mannes lebt. Ursächlich hierfür waren höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung sowie die Progressionswirkung der Einkommensteuer. Die Erhöhung des Kindergeldes von 200 DM auf 220 DM im Januar 1997 schuf bei Familien mit Kindern einen gewissen Ausgleich. Die Nettoverdienste erhöhten sich deswegen im Westen spürbar nur bei Familien mit Kindern, während im Osten bei fast allen Haushaltstypen eine wenigstens geringfügige Erhöhung errechnet worden ist. Stellt man jedoch diese Zunahmen der Preisentwicklung gegenüber, zeigt sich, daß auch 1997 die reale Kaufkraft der Arbeitnehmerhaushalte zurückgegangen ist.

Tabelle 8: Nettoverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe und der Angestellten im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe für ausgewählte Haushaltstypen
Ergebnisse von Modellrechnungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Arbeiter/-innen			Angestellte		
		Einzel- person ¹⁾	Ehepaar mit jeweiligem Durch- schnitts- verdienst. ohne Kinder	Ehepaar, mit 2 Kindern, Mann mit Durch- schnitts- verdienst. Ehepartner nicht arbeitend	Einzel- person ¹⁾	Ehepaar mit jeweiligem Durch- schnitts- verdienst. ohne Kinder	Ehepaar, mit 2 Kindern, Mann mit Durch- schnitts- verdienst, Ehepartner nicht arbeitend
Früheres Bundesgebiet							
1996							
Bruttomonatsverdienst	DM	4 330,00	7 776,00	4 519,00	5 481,00	10 472,00	6 225,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	949,36	1 560,09	426,38	1 391,09	2 622,57	1 037,40
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	556,40	999,20	580,68	704,30	1 345,64	799,91
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	321,49	577,35	335,53	406,95	760,83	445,50
+ Kindergeld	DM	–	–	400,00	–	–	400,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 502,75	4 639,36	3 576,41	2 978,66	5 742,96	4 342,19
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	57,8	59,7	79,1	54,3	54,8	69,8
1997							
Bruttomonatsverdienst	DM	4 387,00	7 885,00	4 572,00	5 588,00	10 666,00	6 305,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	969,36	1 599,71	436,15	1 434,98	2 701,22	1 060,14
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	587,85	1 056,59	612,64	748,79	1 429,24	844,87
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	333,41	599,25	347,47	424,68	798,83	467,40
+ Kindergeld	DM	–	–	440,00	–	–	440,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 496,38	4 629,45	3 615,74	2 979,55	5 736,71	4 372,59
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	56,9	58,7	79,1	53,3	53,8	69,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
Bruttomonatsverdienst	%	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,3
Nettomonatsverdienst	%	– 0,3	– 0,2	+ 1,1	+ 0,0	– 0,1	+ 0,7
Preisindex für die Lebenshaltung ²⁾	%	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
Realer Nettomonatsverdienst	%	– 2,1	– 2,1	– 0,8	– 1,8	– 2,0	– 1,2
Neue Länder und Berlin-Ost							
1996							
Bruttomonatsverdienst	DM	3 265,00	5 958,00	3 364,00	3 988,00	8 083,00	4 614,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	568,31	917,51	129,33	824,12	1 680,27	455,15
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	419,55	765,59	432,27	512,45	1 038,65	592,89
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	242,41	442,36	249,77	296,10	600,14	342,58
+ Kindergeld	DM	–	–	400,00	–	–	400,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 034,73	3 832,54	2 952,63	2 355,33	4 783,94	3 623,38
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	62,3	64,3	87,8	59,1	58,9	78,5
1997							
Bruttomonatsverdienst	DM	3 332,00	6 102,00	3 435,00	4 124,00	8 342,00	4 745,00
– Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag	DM	591,61	970,40	146,00	873,25	1 778,54	490,76
– Renten- und Arbeitslosenversicherung	DM	446,48	817,66	460,29	552,61	1 117,82	635,83
– Kranken- und Pflegeversicherung	DM	259,89	475,95	267,93	321,67	650,67	370,11
+ Kindergeld	DM	–	–	440,00	–	–	440,00
Nettomonatsverdienst	DM	2 034,02	3 837,99	3 000,78	2 376,47	4 794,97	3 688,30
Anteil des Nettomonatsverdienstes am Bruttomonatsverdienst	%	61,0	62,9	87,4	57,6	57,5	77,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							
Bruttomonatsverdienst	%	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,8
Nettomonatsverdienst	%	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8
Preisindex für die Lebenshaltung ²⁾	%	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Realer Nettomonatsverdienst	%	– 2,0	– 1,8	– 0,4	– 1,1	– 1,3	– 0,2

¹⁾ Durchschnittsverdienst für Arbeiter und Arbeiterinnen, bzw. männliche und weibliche Angestellte zusammen. – ²⁾ 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen.

Ergebnisse der laufenden Tariflohnstatistik für 1997

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wertet das Statistische Bundesamt die wichtigsten Tarifverträge in der Bundesrepublik Deutschland aus und veröffentlicht Angaben über Tariflöhne und -gehälter sowie Tariflohnindizes mit konstanter Arbeitnehmerstruktur des Basisjahres in der Gliederung nach Wirtschaftszweigen sowie nach dem Geschlecht.

Die tarifstatistischen Ergebnisse wurden im Bericht für 1996⁷⁾ bereits auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige,

Ausgabe 1993 (WZ 93) umgeschlüsselt. Die aktuelle Entwicklung der Verdienste – wie sie im folgenden erläutert wird – knüpft an diese Darstellung an.

Tariflöhne und -gehälter sowie tarifliche Arbeitszeiten im früheren Bundesgebiet

Wie eingangs dargelegt, umfassen die Tarifindizes für die Arbeiter/-innen im früheren Bundesgebiet die Wirtschaftsbereiche Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und Gebietskörperschaften. In diesen Bereichen zusammen blieb die tarifliche Wochenarbeitszeit 1997 erneut annähernd konstant. Daher waren auch keine nen-

⁷⁾ Siehe Kaukewitsch, P.: „Ergebnisse der laufenden Lohnstatistik für 1996“ in WiSta 6/1997, S. 428 ff.

Tabelle 9: Veränderung der Indizes¹⁾ der tariflichen Stunden- und Wochenlöhne, Monatsgehälter und Wochenarbeitszeiten für Arbeiter/-innen und Angestellte in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

Prozent

Jahr ²⁾	Früheres Bundesgebiet											Neue Länder und Berlin-Ost					
	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Gewerbliche Wirtschaft										Gebiets- körper- schaften	nach- richtlich: Investi- tions- güter produ- zierendes Gewerbe	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Produ- zierendes Gewerbe	Handel ⁶⁾	Gebiets- körper- schaften
		ins- gesamt	zu- sammen	Berg- bau ⁴⁾	Ver- arbeiten- des Gewerbe	Ernäh- rungs- gewerbe und Tabak- verarbei- tung	Energie- und Wasser- versor- gung	Bau- gewerbe ⁵⁾	Handel ⁶⁾	Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe ⁷⁾	Verkehr und Nach- richten- übermitt- lung						
1992 D gegenüber 1991 D	+6,1	+6,4	+6,6	+4,8	+6,9	+6,6	+4,6	+6,2	+6,2	—	+4,2	+2,7	+7,3	+23,6	+24,7	+18,9	+22,3
1993 D gegenüber 1992 D	+5,1	+5,1	+5,1	+1,8	+5,3	+5,1	+5,0	+4,3	+4,7	—	+4,7	+5,6	+5,7	+17,1	+14,7	+13,8	+19,9
1994 D gegenüber 1993 D	+2,5	+2,6	+2,8	—3,5	+3,0	+2,9	+1,8	+2,9	+2,7	—	+1,4	+1,0	+3,4	+7,5	+10,3	+10,9	+5,8
1995 D gegenüber 1994 D	+3,1	+3,2	+3,3	+3,1	+3,3	+2,9	+2,8	+3,4	+3,3	—	+2,4	+2,6	+3,1	+7,4	+8,8	+6,2	+5,5
1996 D gegenüber 1995 D	+4,0	+4,2	+4,8	+5,3	+5,4	+2,4	+2,2	+2,2	+3,1	—	+1,4	+1,5	+6,9	+5,3	+7,7	+4,9	+2,9
1997 D gegenüber 1996 D	+1,4	+1,4	+1,4	+0,7	+1,3	+2,0	+1,6	+1,3	+1,7	—	+1,3	+1,4	+1,0	+4,2	+5,0	+4,1	+2,4
Arbeiter/-innen ⁸⁾ Stundenlöhne																	
1992 D gegenüber 1991 D	—0,2	—0,3	—0,1	—	—0,1	—0,6	—	—0,3	—0,1	—	—0,4	—	—	—	—	—	—
1993 D gegenüber 1992 D	—1,0	—1,0	—1,3	—0,1	—1,6	—0,3	—	—0,1	—0,2	—	—0,1	—	—1,9	—	—	—	—
1994 D gegenüber 1993 D	—0,8	—0,9	—1,1	—	—1,3	—0,3	—	—0,1	—0,1	—	—0,1	—	—2,0	—	—	—	—
1995 D gegenüber 1994 D	—0,5	—0,5	—0,5	—	—0,6	—0,1	—	—	—0,1	—	—	—	—0,6	—	—	—	—
1996 D gegenüber 1995 D	—0,7	—0,8	—1,0	—	—1,2	—	—	—	—0,2	—	—0,1	—	—2,0	—	—	—	—
1997 D gegenüber 1996 D	—	—	—	—0,3	—0,1	—0,1	—	—	—0,2	—	—	—	—	—	—	—	—
Wochenarbeitszeit																	
1992 D gegenüber 1991 D	—0,2	—0,3	—0,1	—	—0,1	—0,6	—	—0,3	—0,1	—	—0,4	—	—	—	—	—	—
1993 D gegenüber 1992 D	—1,0	—1,0	—1,3	—0,1	—1,6	—0,3	—	—0,1	—0,2	—	—0,1	—	—1,9	—	—	—	—
1994 D gegenüber 1993 D	—0,8	—0,9	—1,1	—	—1,3	—0,3	—	—0,1	—0,1	—	—0,1	—	—2,0	—	—	—	—
1995 D gegenüber 1994 D	—0,5	—0,5	—0,5	—	—0,6	—0,1	—	—	—0,1	—	—	—	—0,6	—	—	—	—
1996 D gegenüber 1995 D	—0,7	—0,8	—1,0	—	—1,2	—	—	—	—0,2	—	—0,1	—	—2,0	—	—	—	—
1997 D gegenüber 1996 D	—	—	—	—0,3	—0,1	—0,1	—	—	—0,2	—	—	—	—	—	—	—	—
Wochenlöhne																	
1992 D gegenüber 1991 D	+5,9	+6,1	+6,5	+4,8	+6,7	+6,0	+4,6	+6,0	+6,1	—	+3,8	+2,7	+7,3	+23,5	+24,5	+18,7	+22,3
1993 D gegenüber 1992 D	+4,0	+4,0	+3,8	+1,7	+3,7	+4,7	+5,0	+4,1	+4,5	—	+4,5	+5,6	+3,6	+21,8	+14,2	+13,5	+20,6
1994 D gegenüber 1993 D	+1,6	+1,7	+1,5	—3,5	+1,6	+2,7	+1,8	+2,8	+2,5	—	+1,3	+1,0	+1,3	+2,3	+7,9	+10,0	+5,1
1995 D gegenüber 1994 D	+2,8	+2,7	+2,9	+3,1	+2,7	+2,7	+2,8	+3,4	+3,2	—	+2,5	+2,6	+2,3	+6,5	+7,9	+6,2	+5,5
1996 D gegenüber 1995 D	+3,2	+3,4	+3,7	+5,3	+4,1	+2,4	+2,2	+2,2	+2,9	—	+1,3	+1,5	+4,8	+4,7	+6,7	+4,8	+2,8
1997 D gegenüber 1996 D	+1,3	+1,3	+1,3	+0,4	+1,2	+1,9	+1,6	+1,3	+1,5	—	+1,3	+1,4	+1,1	+3,3	+4,3	+4,1	+2,4
Angestellte Monatsgehälter																	
1992 D gegenüber 1991 D	+5,2	+5,9	+6,5	+5,0	+6,7	+6,1	+4,6	+6,4	+6,1	+3,8	+4,8	+2,7	+7,1	—	—	—	—
1993 D gegenüber 1992 D	+4,3	+3,9	+3,7	+1,9	+3,6	+4,6	+5,0	+4,1	+4,6	+4,4	+3,2	+5,7	+3,5	—	—	—	—
1994 D gegenüber 1993 D	+1,5	+1,9	+1,5	—2,9	+1,5	+2,6	+1,7	+2,9	+2,9	+1,8	+2,4	+0,8	+1,3	—	—	—	—
1995 D gegenüber 1994 D	+3,0	+2,9	+2,8	+3,1	+2,7	+2,8	+2,8	+3,3	+3,1	+2,9	+3,1	+2,8	+2,6	—	—	—	—
1996 D gegenüber 1995 D	+2,9	+3,3	+4,0	+5,0	+4,3	+2,6	+2,2	+2,1	+3,0	+2,0	+2,1	+1,5	+5,2	—	—	—	—
1997 D gegenüber 1996 D	+1,3	+1,2	+1,3	+0,4	+1,2	+1,7	+1,4	+1,3	+1,1	+1,0	+1,2	+1,3	+1,1	—	—	—	—
Wochenarbeitszeit																	
1992 D gegenüber 1991 D	—0,1	—0,1	—0,1	—	—0,1	—0,5	—	—0,3	—0,1	—	—0,2	—	—	—	—	—	—
1993 D gegenüber 1992 D	—0,6	—0,9	—1,5	—0,2	—1,7	—0,4	—	—0,1	—0,1	—	—0,1	—	—2,0	—	—	—	—
1994 D gegenüber 1993 D	—0,4	—0,5	—0,9	—	—1,1	—0,2	—	—0,1	—	—	—0,1	—	—1,3	—	—	—	—
1995 D gegenüber 1994 D	—0,2	—0,2	—0,5	—	—0,6	—0,2	—	—	—0,1	—	—0,1	—	—0,6	—	—	—	—
1996 D gegenüber 1995 D	—0,5	—0,7	—1,2	—	—1,2	—0,1	—	—	—0,1	—	—	—	—2,0	—	—	—	—
1997 D gegenüber 1996 D	—0,1	—	—	—0,3	—0,1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Klassifikation: WZ 93. — ²⁾ Durchschnitt (D) berechnet aus 4 Monatswerten. — ³⁾ Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Dachdeckerei, Ausbaugewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Kokerei. — ⁵⁾ Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei. — ⁶⁾ Handel: Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — ⁷⁾ Nur Angestellte. — ⁸⁾ Neue Länder und Berlin-Ost: Ecklohngruppe. Werte aus 1991 = 100.

nenswertem Unterschiede in der Entwicklung der tariflichen Stunden- und Wochenlöhne zu verzeichnen.

Die Stundenlöhne wurden tariflich um 1,4% gegenüber 1996 angehoben. Dabei ergaben sich keine wesentlich abweichenden Veränderungsraten für die Frauen (1,5%) im Vergleich zu den Männern (1,4%). Für die Wirtschaftszweige Bergbau und Baugewerbe werden allerdings nur Tariflohnindizes für die Männer ermittelt. Im Bergbau stiegen ihre Löhne tariflich um 0,7% und im Baugewerbe um 1,3%.

Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) belief sich die tarifliche Erhöhung 1997 ebenfalls auf 1,3% und bei den Gebietskörperschaften auf 1,4%. In den Dienstleistungsbereichen Groß- und Einzelhandel wurden tariflich 1,7% und im Friseurgewerbe 2,2% Lohnzunahme erreicht.

Im Verkehr und in der Nachrichtenübermittlung wurde dagegen nur 1,3% Tariflohnzunahme nachgewiesen. Diese relativ geringe Rate hängt u.a. mit dem Einfrieren der Löhne bei der Privatisierung der Deutschen Bundesbahn auf dem

Stand des Jahres 1994 bis Ende 1997 zusammen; die tariflichen Stundenlöhne im Wirtschaftszweig Eisenbahnen blieben daher konstant. Im Wirtschaftszweig Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung des o.g. Bereichs wurden relativ niedrige Lohnzuwachsrate von 1,1% vereinbart.

Die unterschiedliche Entwicklung der Stundenlöhne im Handel bei Männern (+1,7%) und Frauen (+1,2%) ist auffällig. Für diesen Bereich wird die Handelsvermittlung nicht erfaßt. Während im Großhandel etwa gleich hohe Veränderungsraten für Männer (+1,6%) und Frauen (+1,5%) auftraten, ergaben sich im Einzelhandel Zunahmen der tariflichen Stundenlöhne der Frauen um 0,9% und der Männer um 1,9%.

Tariflöhne und tarifliche Arbeitszeiten in den neuen Ländern und Berlin-Ost (Monatslohnindizes)

Nach den Tariflohnindizes für die neuen Länder belief sich die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne im Produzierenden

Tabelle 10: Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften¹⁾
Stunden

Jahr ²⁾	Früheres Bundesgebiet													Neue Länder und Berlin-Ost			
	Alle erfaßten Wirtschaftsbereiche	Gewerbliche Wirtschaft										Gebietskörperschaften	nachrichtlich: Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Alle erfaßten Wirtschaftsbe- reiche	Produ- zierendes Gewerbe	Gebietskörperschaften	
		insgesamt	Produzierende Wirtschaft ³⁾						Handel ⁶⁾	Kredit- und Versicherungs- gewerbe ⁷⁾	Verkehr und Nachrichten- übermittlung						
			zu- sammen	Berg- bau ⁴⁾	Ver- arbeiten- des Gewerbe	Ernäh- rungs- gewerbe und Tabak- verarbeit- ung	Energie- und Wasser- versor- gung	Bau- gewerbe ⁵⁾									
Arbeiter/-innen ⁸⁾																	
1991 D	37,95	37,91	37,77	39,71	37,52	38,43	38,25	38,92	37,81	—	38,81	38,50	37,03	40,00	40,85	40,00	
1992 D	37,87	37,82	37,73	39,70	37,46	38,18	38,24	38,83	37,77	—	38,67	38,50	37,03	40,45	40,75	40,00	
1993 D	37,50	37,43	37,25	39,66	36,89	38,03	38,24	38,78	37,71	—	38,61	38,50	36,30	40,30	40,50	40,00	
1994 D	37,22	37,13	36,87	39,66	36,42	37,92	38,24	38,76	37,68	—	38,59	38,50	35,66	39,78	39,64	40,00	
1995 D	37,05	36,95	36,67	39,66	36,19	37,88	38,24	38,75	37,64	—	38,56	38,50	35,43	39,60	39,30	40,00	
1996 D	36,78	36,66	36,30	39,66	35,75	37,87	38,24	38,74	37,55	—	38,55	38,50	34,74	39,45	38,93	40,00	
1997 D	36,76	36,64	36,28	39,57	35,72	37,86	38,24	38,74	37,49	—	38,55	38,50	34,71	39,10	38,68	40,00	
Angestellte																	
1991 D	38,06	37,92	37,69	39,58	37,52	38,41	38,21	38,79	37,81	38,62	38,89	38,50	37,01	.	.	.	
1992 D	38,03	37,89	37,65	39,58	37,47	38,17	38,20	38,69	37,79	38,62	38,77	38,50	37,01	.	.	.	
1993 D	37,78	37,55	37,10	39,52	36,84	38,01	38,20	38,64	37,74	38,62	38,70	38,50	36,27	.	.	.	
1994 D	37,64	37,37	36,78	39,52	36,48	37,91	38,20	38,62	37,72	38,62	38,67	38,50	35,86	.	.	.	
1995 D	37,55	37,24	36,58	39,52	36,25	37,87	38,20	38,62	37,71	38,62	38,64	38,50	35,62	.	.	.	
1996 D	37,37	37,01	36,18	39,52	35,78	37,86	38,20	38,62	37,66	38,62	38,62	38,50	34,90	.	.	.	
1997 D	37,36	36,99	36,16	39,41	35,76	37,85	38,20	38,62	37,64	38,62	38,62	38,50	34,89	.	.	.	
Arbeiter/-innen und Angestellte																	
1991 D	37,99	37,91	37,75	39,69	37,52	38,42	38,23	38,90	37,81	38,62	38,83	38,50	37,02	.	.	.	
1992 D	37,93	37,84	37,71	39,68	37,47	38,18	38,22	38,81	37,78	38,62	38,69	38,50	37,02	.	.	.	
1993 D	37,60	37,47	37,21	39,64	36,88	38,02	38,22	38,75	37,72	38,62	38,63	38,50	36,29	.	.	.	
1994 D	37,37	37,20	36,85	39,64	36,44	37,92	38,22	38,73	37,70	38,62	38,61	38,50	35,71	.	.	.	
1995 D	37,24	37,05	36,65	39,64	36,20	37,88	38,22	38,73	37,67	38,62	38,58	38,50	35,48	.	.	.	
1996 D	37,00	36,77	36,27	39,64	35,76	37,87	38,22	38,72	37,60	38,62	38,57	38,50	34,78	.	.	.	
1997 D	36,98	36,75	36,25	39,54	35,73	37,86	38,22	38,72	37,56	38,62	38,57	38,50	34,78	.	.	.	

¹⁾ Klassifikation: WZ 93. — ²⁾ Durchschnitt (D) berechnet aus 4 Monatswerten. — ³⁾ Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei, Dachdeckerei, Ausbaugewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Kokerei. — ⁵⁾ Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei. — ⁶⁾ Handel: Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — ⁷⁾ Nur Angestellte. — ⁸⁾ Neue Länder und Berlin-Ost: Ecklohngruppe. Werte aus 1991 = 100.

den Gewerbe und Handel sowie bei den Gebietskörperschaften 1997 gegenüber 1996 insgesamt auf 4,2 %. Für das Produzierende Gewerbe wurde eine Zunahme von 5,0 %, für den Handel von 4,1 % und für die Gebietskörperschaften von 2,4 % ermittelt. In den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Friseurgewerbe sind ent-

sprechende Tariflohnindizes noch im Aufbau. Dies gilt auch für tiefer gegliederte Nachweise nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige sowie nach dem Geschlecht.

Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch/
Dipl.- Ökonom Dirk Heinlein

Preise im Juli 1998

Im Juli 1998 waren in Deutschland – wie auch schon im Juni – auf allen Wirtschaftsstufen im Monatsvergleich rückläufige Preise zu beobachten: Im Großhandel war die Preissenkung mit –0,9% zum Vormonat besonders deutlich; Rückgänge um durchschnittlich 0,2% verzeichneten sowohl die Einzelhandelspreise als auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wies – vor allem bedingt durch die saisontypische Verteuerung der Urlaubsreisen – mit +0,3% im Vergleich zu Juni eine für die Jahreszeit übliche Erhöhung auf.

Die Jahresteuersrungen bewogen sich weiterhin durchweg auf niedrigem Niveau. Die Veränderung beim Index der Großhandelsverkaufspreise lag mit –2,0% nach –2,2% im Juni und –2,1% im Mai erneut im Minusbereich. Auch der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte zeigte nach –0,1% im Juni mit –0,4% im Juli im Vergleich zum Vorjahr abermals eine negative Veränderungsrate. Der Index der Einzelhandelspreise ist im Juli um 0,6% gestiegen, nach +0,8% im Juni. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte setzte mit +0,9% im Juli nach +1,2% im Juni seinen Trend in Richtung Preisstabilität fort.

Preisdämpfende Effekte im Vergleich zum Vormonat gingen von saisonbedingt niedrigen Preisen bei verschiedenen Nahrungsmitteln und anderen Saisonwaren aus. Die negativen bzw. niedrigen Jahresteuersrungen beruhen vor allem auf Verbilligungen bei Mineralölerzeugnissen.

	Veränderungen Juli 1998 gegenüber Juni 1998 Juli 1997	
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	– 0,2	– 0,4
ohne Mineralölerzeugnisse	– 0,2	– 0,1
Mineralölerzeugnisse	+ 0,7	– 6,3
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	– 0,9	– 2,0
ohne Mineralölerzeugnisse	– 0,9	– 1,4
Mineralölerzeugnisse	+ 0,1	– 8,7
ohne Saisonwaren	– 0,5	– 2,4
Saisonwaren	– 7,5	+ 5,9
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	– 0,2	+ 0,6
ohne Heizöl und Kraftstoffe	– 0,2	+ 0,9
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,5	– 7,2
ohne Saisonwaren	–	+ 0,6
Saisonwaren	– 4,3	+ 2,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,3	+ 0,9
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 1,2
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,9	– 4,7
ohne Saisonwaren	+ 0,3	+ 0,9
Saisonwaren	– 4,5	+ 2,6

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland ermäßigte sich im Juli 1998 um 0,2% und lag damit um 0,4% unter dem Stand des Vorjahresmonats. Im Juni 1998 hatte die Jahresveränderungsrate –0,1% und im Mai 1998 +0,1% betragen.

Ausgewählte Preisindizes
1991 = 100

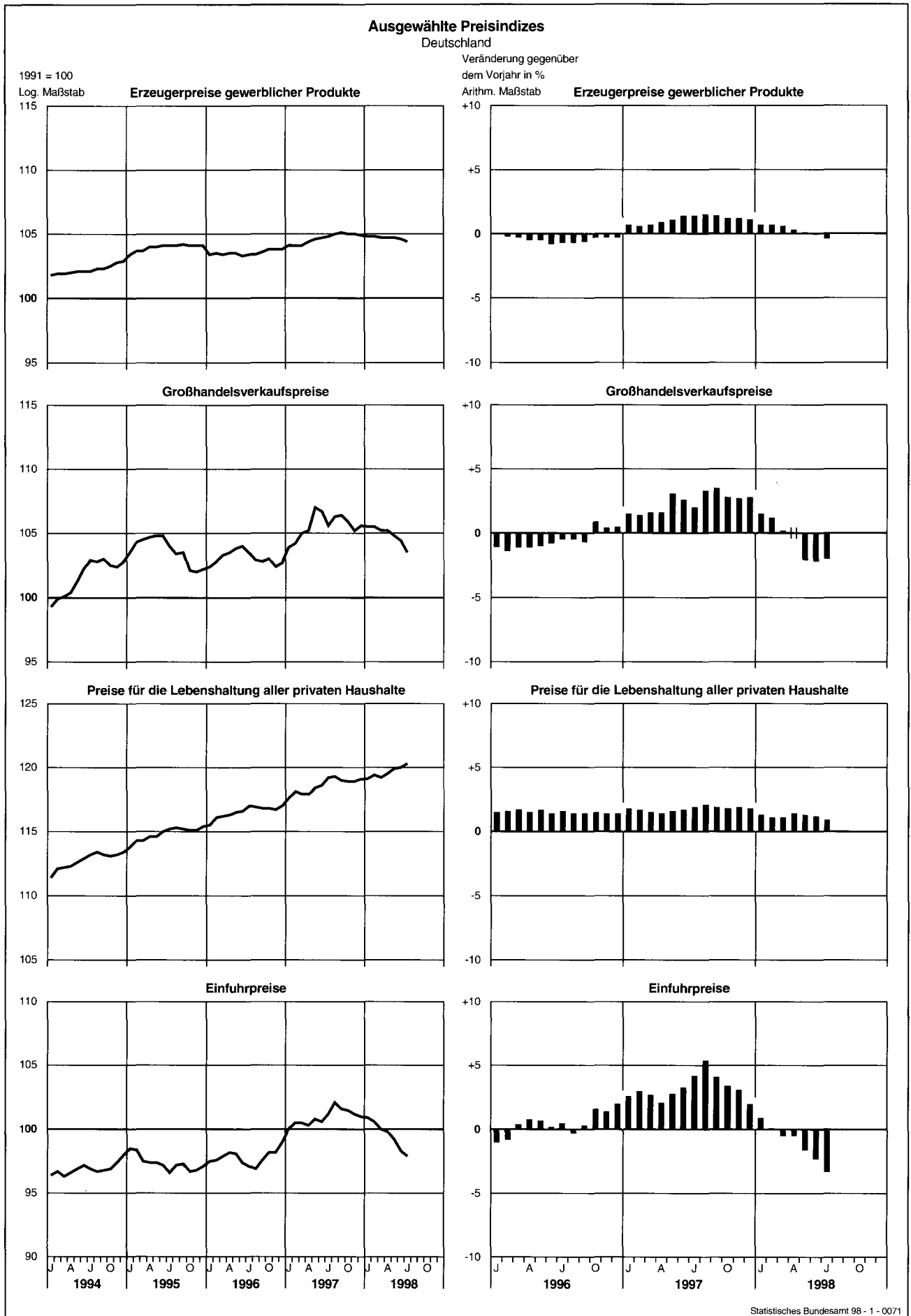
Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte ¹⁾	Groß- handels- ver- kaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Län- der und Berlin-Ost
1994 D	102,2	101,6	105,8	112,8	110,6	130,0
1995 D	104,0	103,7	106,7	114,8	112,5	132,7
1996 D	103,5	103,1	107,6	116,5	114,1	135,6
1997 D	104,7	105,6	108,2	118,6	116,1	138,4
1997 Mai	104,6	107,0	108,2	118,4	115,8	138,2
Juni	104,7	106,7	108,2	118,6	116,1	138,4
Juli	104,8	105,6	108,2	119,2	116,6	139,3
Aug.	105,0	106,3	108,3	119,3	116,8	139,2
Sept.	105,1	106,4	108,2	119,0	116,5	139,1
Okt.	105,0	105,9	108,3	118,9	116,3	139,1
Nov.	105,0	105,2	108,3	118,9	116,4	139,0
Dez.	104,9	105,6	108,3	119,1	116,5	139,1
1998 Jan.	104,8	105,5	108,3	119,1	116,5	139,2
Febr.	104,8	105,5	108,4	119,4	116,9	139,5
März	104,7	105,2	108,2	119,2	116,6	139,3
April	104,7	105,2	108,7	119,5	116,9	139,9
Mai	104,7	104,8	109,1	119,9	117,3	140,5
Juni	104,6	104,4	109,1	120,0	117,4	140,8
Juli	104,4	103,5	108,9	120,3	117,7	140,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1997 Mai	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Juni	+ 0,1	– 0,3	–	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Juli	+ 0,1	– 1,0	–	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7
Aug.	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	– 0,1
Sept.	+ 0,1	+ 0,1	– 0,1	– 0,3	– 0,3	– 0,1
Okt.	– 0,1	– 0,5	+ 0,1	– 0,1	– 0,2	–
Nov.	–	– 0,7	–	–	+ 0,1	– 0,1
Dez.	– 0,1	+ 0,4	–	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
1998 Jan.	– 0,1	– 0,1	–	–	–	+ 0,1
Febr.	–	–	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
März	– 0,1	– 0,3	– 0,2	– 0,2	– 0,3	– 0,1
April	–	–	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Mai	–	– 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Juni	– 0,1	– 0,4	–	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Juli	– 0,2	– 0,9	– 0,2	+ 0,3	+ 0,3	– 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,7
1995 D	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1
1996 D	– 0,5	– 0,6	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,2
1997 D	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1
1997 Mai	+ 1,1	+ 3,1	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8
Juni	+ 1,4	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9
Juli	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,4
Aug.	+ 1,5	+ 3,3	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4
Sept.	+ 1,4	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,5
Okt.	+ 1,2	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,5
Nov.	+ 1,2	+ 2,7	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3
Dez.	+ 1,1	+ 2,8	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,3
1998 Jan.	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7
Febr.	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5
März	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,4
April	+ 0,3	–	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6
Mai	+ 0,1	– 2,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7
Juni	– 0,1	– 2,2	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,7
Juli	– 0,4	– 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer. – ²⁾ Einschl. Umsatzsteuer.

Bemerkenswerte Preissenkungen im Vergleich zum Vormonat gab es insbesondere bei Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser. Vor allem Erdgas verbilligte sich im Monatsvergleich (früheres Bundesgebiet: –3,7%). Die negative Vorjahresveränderungsrate war wesentlich bedingt durch die Verbilligung der Mineralölerzeugnisse im Jahresvergleich (–6,3%).

Der für das frühere Bundesgebiet berechnete Erzeugerpreisindex wies gegenüber Juni 1998 ebenfalls einen Rückgang um 0,2% auf und lag damit um 0,3% unter dem Stand des Vorjahresmonats.

Schaubild 1



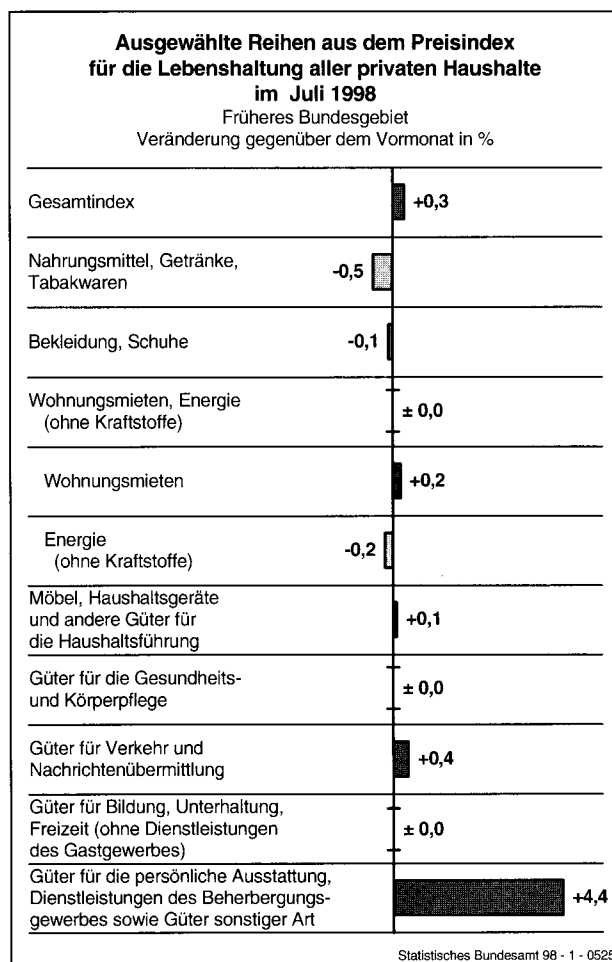
Im einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

	Veränderungen Juli 1998 gegenüber	
	Juni 1998	Juli 1997
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	- 1,0	- 4,9
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	- 3,1	-10,2
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	- 2,0	- 9,6
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	- 0,3	+ 2,4
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	- 0,1	- 7,9
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	- 1,0	- 2,1
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	- 0,1	+ 0,2
Altmaterial, Reststoffe	- 0,9	-10,9
Fertigwaren	- 0,7	- 0,6
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 1,9	- 1,9
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 0,1	+ 0,7
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	+ 0,5
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	- 0,1	+ 0,5
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 0,1	- 0,2
pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen	+ 0,2	+ 0,8
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o. a. S.)	- 0,4	+ 0,1

Deutliche Preiserückgänge gegenüber dem Vormonat verzeichneten die saisonabhängigen Nahrungsmittel (–5,9%). Ebenfalls rückläufig waren die Preise für Heizöl, mit –0,8% im Monatsvergleich und –14,4% im Jahresvergleich.

Die auffallendste – vorwiegend saisonbedingte – Preissenkung wies die Güterhauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ mit -0,5% auf. Üblich für die Jahreszeit war der besonders starke Preisanstieg des Teilindex für die Gütergruppe „Güter für die persönliche Ausstattung, Beherbergungsleistungen, Güter sonstiger Art“

Schaubild 2



(+4,4%). Hier schlugen sich Verteuerungen bei den Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (+ 10,9%) und bei den Pauschalreisen (+ 10,7%) nieder. In der Hauptgruppe „Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ ergab sich insbesondere durch die Verteuerung der Kraftstoffe um 1,3% eine durchschnittliche Preissteigerung von 0,4% im Vergleich zum Vormonat.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost war die Preissteigerungsrate gegenüber dem Vorjahr im Juli 1998 mit +1,0% nur noch geringfügig höher als im früheren Bundesgebiet und erreichte damit ebenfalls einen neuen Tiefststand seit Beginn der Indexberechnung im Jahr 1991. Die Jahresveränderungsrate war hier erheblich niedriger als der entsprechende Wert im Juni 1998 (+ 1,7%). Die Veränderungsrate zum Vormonat betrug in den neuen Ländern -0,1% und zeigte damit im Vergleich zum früheren Bundesgebiet eine gegenläufige Entwicklung an.

Die Angleichung der Jahresveränderungsraten in den beiden Teilgebieten wurde im wesentlichen durch die nicht mehr zu Buche schlagende Erhöhung der Rezeptgebühren von Juli 1997 verursacht. Diese hatte seinerzeit im früheren Bundesgebiet einen Preissteigerungseffekt von 0,1% und in den neuen Ländern - aufgrund des dort etwas höheren Anteils an den Gesamtausgaben der Haushalte - von 0,5%.

Die in den beiden Teilgebieten unterschiedlichen Veränderungen zum Vormonat beruhen unter anderem darauf, daß im Osten bestimmte Einzelpositionen mit hohen Preissteigerungen (z. B. bei den Pauschalreisen die Flugreisen) von geringerer Ausgabenbedeutung sind als im Westen.

Die für spezielle Haushaltstypen berechneten Preisindizes für das frühere Bundesgebiet wiesen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat unten aufgeführte Veränderungen auf:

Früheres Bundesgebiet	Veränderungen Juli 1998 gegenüber	
	Juni 1998	Juli 1997
	%	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,3	+ 0,9
von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,4	+ 0,9
von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,3	+ 0,9
von 2-Personen-Rentnerhaushalten mit geringem Einkommen	+ 0,2	+ 1,0

Für die neuen Länder und Berlin-Ost zeigten die Preisindizes für spezielle Haushaltstypen folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

Neue Länder und Berlin-Ost	Veränderungen Juli 1998 gegenüber	
	Juni 1998	Juli 1997
	%	
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	- 0,1	+ 1,0
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit höherem Einkommen	+ 0,1	+ 0,8
von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	-	+ 1,0
von 2-Personen-Rentnerhaushalten	- 0,1	+ 1,1

In der nachfolgenden Übersicht sind die Ergebnisse für Deutschland insgesamt, das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost, gegliedert nach dem Verwendungszweck der Güter, gegenübergestellt:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1991=100						
Verwendungszweck	Veränderungen in %					
	Juli 1998 gegenüber		Juli 1998 gegenüber		Juli 1998 gegenüber	
	Juni 1998	Juli 1997	Juni 1998	Juli 1997	Juni 1998	Juli 1997
	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Gesamindex	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,9	- 0,1	+ 1,0
Nahrungsmittel						
Getränke, Tabakwaren	- 0,4	+ 1,4	- 0,5	+ 1,3	- 0,9	+ 1,6
Bekleidung, Schuhe	- 0,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5
Wohnungsmieten, Energie	+ 0,1	+ 1,1	-	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,2
Wohnungsmieten	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 0,2	- 1,3	- 0,2	- 1,5	- 0,2	+ 0,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. ä.	-	+ 0,9	+ 0,1	+ 1,0	-	+ 0,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	-	+ 1,1	-	+ 1,1	-	+ 1,3
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	-	+ 0,9	-	+ 0,7	- 0,1	+ 1,4
Güter für die persönliche Ausstattung, Beherbergungs- leistungen, Güter sonstiger Art	+ 4,3	-	+ 4,4	-	+ 3,3	- 0,2

Für die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland folgende größere Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. gegenüber dem Vorjahresmonat:

Deutschland	Veränderungen Juli 1998 gegenüber	
	Juni 1998	Juli 1997
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser	- 1,1	- 1,7
Mineralölerzeugnisse	+ 0,7	- 6,3
Großhandelsverkaufspreise		
Fischereierzeugnisse	- 16,7	- 3,8
Frischgemüse	- 16,2	- 0,6
Rohkaffee	- 11,1	- 19,8
Getreide	- 6,6	- 5,9
Erzeugnisse aus Ölmühlen	- 5,7	- 17,5
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	- 2,2	- 13,8
Frischobst	- 2,1	+ 11,8
Motorenbenzin	+ 0,9	- 2,9
Obstkonserven	+ 1,1	+ 6,7
Krafträder	+ 1,1	+ 0,9
Margarine und Pflanzenfette	+ 1,2	+ 2,1
Frische Eier	+ 4,3	+ 4,8

Dipl.-Volkswirtin Brigitta Redling

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

	Heft	Seite
Amtliche Statistik zwischem „Schlankem Staat“ und „Informationsgesellschaft“	2	97
Zusammenarbeit mit der Ukraine	3	226
Überlegungen zur Durchführung der europäischen Verordnungen über die Unternehmensstatistiken in Deutschland	7	555
Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	183
Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	285
Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	8	689
Agrarstatistik auf neuen Wegen	8	661
Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe	8	640
Die Umstellung der Indizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1995	5	386
Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ab 1995	2	102
Die neue vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Basis der Handwerkszählung 1995	1	11
Der Großhandel im Europäischen Wirtschaftsraum	7	584
Berechnung der Meßzahlen im Rahmen der monatlichen Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik	2	111
Möglichkeiten und Grenzen für Erleichterungen in der Außenhandelsstatistik durch ein schlankes Warenverzeichnis	2	116
EU-Seminar Außenhandelsstatistik	4	327
Die Außenhandelsstatistik als Dienstleistung für Wirtschaft und Politik	2	123
Neuberechnung von Außenhandelsvolumen und -indizes auf Basis 1991	6	465
Methodik zur Darstellung der öffentlichen Ausgaben für schulische Bildung nach Bildungsstufen sowie zur Berechnung finanzstatistischer Kennzahlen für den Schulbereich	2	141
Methodik der Berechnung der Ausgaben und des Personals der Hochschulen für Forschung und experimentelle Entwicklung ab dem Berichtsjahr 1995	2	153
Einzeldatenmaterial und Stichproben innerhalb der Steuerstatistiken	7	566
Das System der deutschen und französischen Lohnstatistiken im Vergleich	5	373
Material- und Energiefluß-Informationssystem (Anforderungsprofil und Konzeption)	3	259
Material- und Energiefluß-Informationssystem (Methodik und Aufbau)	4	346

Bevölkerung

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997	8	653
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1996	3	232
Bevölkerungsentwicklung		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	285
Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	8	689

Wahlen

Grundlagen und Daten der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998 ..	8	623
--	---	-----

Erwerbstätigkeit

Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1997	8	653
Arbeitsmarkt und Erwerbsleben		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	287

Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen 1996	3	239
Insolvenzen 1997	4	315

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Agrarstatistik auf neuen Wegen	8	661
Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland	7	574
Aspekte der landwirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	187

Produzierendes Gewerbe

	Heft	Seite
Überlegungen zur Durchführung der europäischen Verordnungen über die Unternehmensstatistiken in Deutschland	7	555
Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe	8	640
Die Umstellung der Indizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1995	5	386
Schätzung von Angaben für fachliche Unternehmensteile im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden ab 1995	2	102
Die neue vierteljährliche Handwerksberichterstattung auf Basis der Handwerkszählung 1995	1	11
Produktion, Umsatz und Beschäftigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	190
Investitionen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	193

Bautätigkeit und Wohnungen

Zur Entwicklung der Bauwirtschaft und des Wohnungsbaus in den neuen Ländern 1991 bis 1997		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	195
Gebäude- und Wohnungsbestand		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	300
Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996	1	40
Wohngeld		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	293

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Der Großhandel im Europäischen Wirtschaftsraum	7	584
Berechnung der Meßzahlen im Rahmen der monatlichen Binnenhandels- und Gastgewerbestatistik	2	111
Warensortiment sowie Bezugs- und Absatzwege im Großhandel 1995	1	22
Entwicklung des Großhandels im Jahr 1997	3	244
Entwicklung des Einzelhandels im Jahr 1997	4	321
Entwicklung des Handels in den neuen Ländern		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	198
Gastgewerbe und Tourismus in den neuen Bundesländern		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	200
Branchenentwicklung im Gastgewerbe 1997	5	394
Inlandstourismus 1997	6	473

Außenhandel

Möglichkeiten und Grenzen für Erleichterungen in der Außenhandelsstatistik durch ein schlankes Warenverzeichnis	2	116
EU-Seminar Außenhandelsstatistik	4	327
Die Außenhandelsstatistik als Dienstleistung für Wirtschaft und Politik	2	123
Neuberechnung von Außenhandelsvolumen und -indizes auf Basis 1991	6	465
Entwicklung des Außenhandels in den neuen Bundesländern seit der deutschen Vereinigung		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	203
Deutscher Außenhandel 1997 mit Rekordergebnis	5	398

Verkehr

Personen- und Güterverkehr in den neuen Ländern		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	205
Straßenverkehrsunfälle 1997 im Ost-West-Vergleich		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	310
Pkw-Bestand und Neuzulassungen		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	313
Seeschifffahrt 1997	7	592
Eisenbahnverkehr 1997	6	481
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 1997	8	672
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1997	6	486
Binnenschifffahrt 1997	6	494
Gewerblicher Luftverkehr 1997	5	407
Straßenverkehrsunfälle 1997	5	414

Bildung und Kultur

Bildung		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	302
Studierende im Wintersemester 1997/98	6	503
Öffentliche Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1992 bis 1995	3	249
Berufliche Aus- und Fortbildung 1996	2	131

Gesundheitswesen

	Heft	Seite
Gesundheitswesen		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	308
Ausgaben für Gesundheit 1995	1	32
Krankenhausstatistik 1996	5	421

Sozialleistungen

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1996	6	509
Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996	1	40
Wohngeld		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	293
Sozialhilfe und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	295

Finanzen und Steuern

Einzelmaterial und Stichproben innerhalb der Steuerstatistiken	7	566
Methodik zur Darstellung der öffentlichen Ausgaben für schulische Bildung nach Bildungsstufen sowie zur Berechnung finanzstatistischer Kennzahlen für den Schulbereich	2	141
Methodik der Berechnung der Ausgaben und des Personals der Hochschulen für Forschung und experimentelle Entwicklung ab dem Berichtsjahr 1995	2	153
Öffentliche Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Kultur 1992 bis 1995	3	249
Umweltbezogene Steuern und Gebühren in Deutschland	5	428
Ausgaben für Gesundheit 1995	1	32
Einheitswerte der Gewerbebetriebe 1993	4	335
Öffentliche Finanzen und Personal im öffentlichen Dienst im Ost-West-Vergleich		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	207
Öffentliche Finanzen 1997	4	341
Kommunalfinanzen 1998	5	426
Schulden der öffentlichen Haushalte 1997	6	520
Schulden der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen	7	600

Wirtschaftsrechnungen und Versorgung

Aufwendungen für den Lebensunterhalt von Kindern	6	523
Budgets ausgewählter privater Haushalte 1997	8	680
Zeitverwendung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	8	689

Löhne und Gehälter

Das System der deutschen und französischen Lohnstatistiken im Vergleich	5	373
Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1996 für 1995	1	46
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1997	8	699
Löhne und Gehälter		
in: Zur sozialen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	4	291

Preise

Entwicklung der Verbraucherpreise in den neuen Ländern und Berlin-Ost		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	210
Preisentwicklung im Jahr 1997	1	76
Preise im Januar 1998	2	164
Februar 1998	3	268
März 1998	4	353
April 1998	5	444
Mai 1998	6	534
Juni 1998	7	605
Juli 1998	8	709

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt 1997	3	213
Zur gesamtwirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost		
in: Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern und Berlin-Ost	3	183

Umwelt

Biodiversität und Statistik – Ergebnisse des Pilotprojekts zur Ökologischen Flächenstichprobe	1	60
Material- und Energiefluß-Informationssystem (Anforderungsprofil und Konzeption)	3	259
Material- und Energiefluß-Informationssystem (Methodik und Aufbau)	4	346
Umweltbezogene Steuern und Gebühren in Deutschland	5	428
Erneuerbare Energieträger 1991 bis 1996	5	438

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	426*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	450*	“
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen	453*	“
 Ausgewählte Tabellen		
Erwerbstätigkeit		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftunterabteilungen	454*	vierteljährlich
Produzierendes Gewerbe		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	457*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen	463*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe	464*	“
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte; Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern	468*	vierteljährlich
Löhne und Gehälter		
Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter/-innen und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	470*	“
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden-, Bruttowochen- und Bruttomonats- verdienste der vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeiter im Handwerk	471*	jährlich
Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen . .	472*	einmalig
Preise		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes	474*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	475*	“
Preisindex für die Lebenshaltung	481*	“
Preisindizes für Bauwerke	486*	vierteljährlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit ²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	34 860 p	34 423 p	33 962 p	33 455 p	33 607 p	33 748 p	33 868 p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	1 000	34 817 p	34 372 p	33 909 p	33 445 p	33 590 p	33 708 p	33 807 p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	28 464 p	28 156 p	27 884 p	27 576 p	27 698 p	27 783 p	27 868 p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	1 000	6 396 p	6 267 p	6 078 p	5 879 p	5 909 p	5 965 p	6 000 p
Arbeitsmarkt ⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	1 000	3 612	3 965	4 384	4 819	4 623	4 421	4 197	4 075 p	4 134 p
dar.: Männer	1 000	1 851	2 112	2 342	2 662	2 522	2 370	2 229	2 144 p	2 153 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	95	107	114	111	104	95	85	90 p	125 p
Ausländer/-innen	1 000	436	496	548	584	569	551	528	513 p	506 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	10,4	11,5	12,7	14,0	13,4	12,7	12,0	11,7 p	11,9 p
Offene Stellen	1 000	321	327	337	394	446	469	484	483 p	467 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	199	277	183	172	170	143	119	102 p	83 p
Früheres Bundesgebiet ⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	2 565	2 796	3 021	3 214	3 075	2 952	2 825	2 773 p	2 818 p
dar.: Männer	1 000	1 464	1 617	1 741	1 890	1 785	1 685	1 596	1 552 p	1 559 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	75	83	82	80	76	71	63	66 p	80 p
Ausländer/-innen	1 000	424	482	522	554	539	521	499	485 p	477 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,3	10,1	11,0	11,7	11,2	10,6	10,2	10,0 p	10,1 p
Offene Stellen	1 000	267	270	282	325	362	377	383	384 p	378 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	128	206	133	124	117	98	81	69 p	56 p
Neue Länder und Berlin-Ost ⁷⁾										
Arbeitslose	1 000	1 047	1 169	1 364	1 605	1 548	1 469	1 372	1 302 p	1 316 p
dar.: Männer	1 000	387	495	602	772	736	685	633	593 p	594 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	20	25	32	30	28	24	22	25 p	46 p
Ausländer/-innen	1 000	12	14	26	30	30	30	29	29 p	29 p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	14,9	16,7	19,5	22,9	22,1	20,8	19,4	18,4 p	18,6 p
Offene Stellen	1 000	55	57	56	68	83	92	101	99 p	88 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	71	49	48	53	46	38	33 p	28 p
Unternehmen und Arbeits- stätten										
Deutschland										
Insolvenzen	Anzahl	28 785	31 471	33 398	2 785	3 097	2 930	2 806
Unternehmen	Anzahl	22 344	25 530	27 474	2 264	2 578	2 426	2 330
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 348	3 643	3 598	273	304	314	280
Baugewerbe	Anzahl	5 542	7 041	7 788	677	767	748	705
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchs- gütern	Anzahl	5 584	5 967	6 111	505	563	495	501
Gastgewerbe	Anzahl	1 235	1 476	1 679	141	162	147	125
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	6 635	7 403	8 298	668	782	722	719
Übrige Gemeinschuldner ⁸⁾	Anzahl	6 441	5 941	5 924	521	519	504	476
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	Anzahl	21 714	23 078	24 212	2 018	2 287	2 059	1 958
dar.: Unternehmen	Anzahl	16 470	18 111	19 348	1 576	1 824	1 633	1 557
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	Anzahl	7 071	8 393	9 186	767	810	871	848
dar.: Unternehmen	Anzahl	5 874	7 419	8 126	688	754	793	773
		1994	1995	1996	1997					
					Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	—	—	780 013	66 228	68 295	58 384	66 361	66 802	62 182
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	Anzahl	—	—	217 210	17 812	18 144	15 484	17 325	17 260	16 381
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	—	—	647 889	57 036	57 900	47 498	53 159	55 058	53 548
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	Anzahl	—	—	104 689	9 738	9 472	7 635	8 436	8 755	8 706
Gewerbeummeldungen	Anzahl	—	—	170 004	14 585	15 540	13 113	14 349	15 000	14 702

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 450* ff. dargestellt. – 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. – 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept). – 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). – Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose). – 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben – die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden – mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. – 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse. – 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	April 97	Mai 97	Juni 97	Juli 97	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
Bevölkerung¹⁾										
Erwerbstätigkeit										
Erwerbstätigkeit²⁾										
Deutschland										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,3p	- 1,3p	- 0,4p	- 0,2p	+ 0,4p	+ 0,4p
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	- 1,3p	- 1,3p	- 0,4p	- 0,2p	+ 0,4p	+ 0,3p
Früheres Bundesgebiet										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 1,1p	- 1,0p	- 0,1p	+ 0,1p	+ 0,3p	+ 0,3p
Neue Länder und Berlin-Ost										
Erwerbstätige im Inland ³⁾	- 2,0p	- 3,0p	- 1,9p	- 1,5p	+ 0,9p	+ 0,6p
Arbeitsmarkt⁵⁾										
Deutschland										
Arbeitslose	+ 9,8	+ 10,6	+ 1,7	- 1,4	- 3,5p	- 5,0p	- 4,4	- 5,1	- 2,9p	+ 1,5p
dar.: Männer	+ 14,1	+ 10,9	+ 0,9	- 1,9	- 3,6p	- 5,2p	- 6,0	- 6,0	- 3,8p	+ 0,4p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 12,7	+ 5,8	- 2,5	- 5,4	- 7,8p	- 5,1p	- 8,8	- 10,4	+ 5,9p	+ 39,1p
Ausländer/-innen	+ 13,7	+ 10,5	- 0,8	- 2,8	- 3,6p	- 5,0p	- 3,2	- 4,2	- 2,7p	- 1,5p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 1,9	+ 3,0	+ 29,2	+ 34,2	+ 31,8p	+ 31,2p	+ 5,2	+ 3,1	- 0,1p	- 3,5p
Kurzarbeiter/-innen	+ 39,6	- 34,1	- 39,9	- 35,0	- 38,9p	- 35,0p	- 15,5	- 16,9	- 14,0p	- 18,6p
Früheres Bundesgebiet⁷⁾										
Arbeitslose	+ 9,0	+ 8,0	- 2,1	- 4,0	- 4,6p	- 5,7p	- 4,0	- 4,3	- 1,8p	+ 1,6p
dar.: Männer	+ 10,4	+ 7,7	- 3,7	- 5,9	- 6,5p	- 7,7p	- 5,6	- 5,3	- 2,8p	+ 0,5p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 9,4	- 1,2	- 5,9	- 8,3	- 8,8p	- 10,5p	- 7,5	- 11,2	+ 4,4p	+ 21,7p
Ausländer/-innen	+ 13,5	+ 8,3	- 1,6	- 3,5	- 4,3p	- 5,7p	- 3,3	- 4,3	- 2,8p	- 1,6p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 1,5	+ 4,1	+ 19,8	+ 24,3	+ 25,2p	+ 27,9p	+ 4,0	+ 1,6	+ 0,3p	- 1,5p
Kurzarbeiter/-innen	+ 61,1	- 35,4	- 43,6	- 37,2	- 42,4p	- 39,3p	- 16,5	- 17,1	- 14,6p	- 19,6p
Neue Länder und Berlin-Ost⁷⁾										
Arbeitslose	+ 11,6	+ 16,7	+ 10,3	+ 4,6	- 1,0p	- 3,5p	- 5,2	- 6,6	- 5,1p	+ 1,1p
dar.: Männer	+ 27,9	+ 21,5	+ 14,6	+ 9,7	+ 4,8p	+ 2,2p	- 6,9	- 7,7	- 6,4p	+ 0,2p
Jugendliche unter 20 Jahren	+ 25,1	+ 29,3	+ 8,7	+ 4,0	- 5,2p	+ 6,3p	- 12,3	- 8,3	+ 9,9p	+ 85,7p
Ausländer/-innen	+ 20,7	+ 84,1	+ 13,7	+ 11,3	+ 9,7p	+ 10,0p	- 1,1	- 2,3	- 1,5p	+ 0,4p
Arbeitslosenquote ⁶⁾	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen	+ 3,7	- 2,2	+ 90,0	+ 92,2	+ 65,5p	+ 47,4p	+ 10,6	+ 9,4	- 1,6p	- 11,0p
Kurzarbeiter/-innen	+ 0,6	- 30,2	- 30,4	- 29,7	- 29,9p	- 24,1p	- 13,4	- 16,6	- 12,8p	- 16,4p
Unternehmen und Arbeits- stätten										
Deutschland										
Insolvenzen	+ 9,3	+ 6,1	+ 7,4	+ 1,6	- 5,4	- 4,2
Unternehmen	+ 14,3	+ 7,6	+ 8,6	+ 1,0	- 5,9	- 4,0
Verarbeitendes Gewerbe	+ 8,8	- 1,2	- 1,3	- 11,7	+ 3,3	- 10,8
Baugewerbe	+ 27,0	+ 10,6	+ 13,3	+ 3,7	- 2,5	- 5,7
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Verbrauchs- gütern	+ 6,9	+ 2,4	- 0,2	+ 2,2	- 12,1	+ 1,2
Gastgewerbe	+ 19,5	+ 13,8	+ 13,1	- 6,7	- 9,3	- 15,0
Sonstige Wirtschaftszweige	+ 11,6	+ 12,1	+ 14,6	+ 5,0	- 7,7	- 0,4
Übrige Gemeinschaftsdar ⁸⁾	- 7,8	- 0,3	+ 1,8	+ 4,6	- 2,9	- 5,6
Früheres Bundesgebiet										
Insolvenzen	+ 6,3	+ 4,9	+ 6,0	+ 0,1	- 10,0	- 4,9
dar.: Unternehmen	+ 10,0	+ 6,8	+ 4,8	- 2,6	- 10,5	- 4,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Insolvenzen	+ 18,7	+ 9,4	+ 10,7	+ 5,3	+ 7,5	- 2,6
dar.: Unternehmen	+ 26,3	+ 9,5	+ 17,3	+ 9,3	+ 5,2	- 2,5
	1995	1996	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1994	1995	Aug. 96	Sept. 96	Okt. 96	Nov. 96	Juli 97	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97
Deutschland										
Gewerbeanzeigen										
Gewerbeanmeldungen	-	-	- 2,5	+ 5,9	- 1,2	- 4,1	- 14,5	+ 13,7	+ 0,7	- 6,9
dar.: echte Neuerrichtungen ⁹⁾	-	-	-	-	-	-	- 14,7	+ 11,9	- 0,4	- 5,1
Gewerbeabmeldungen	-	-	+ 2,3	+ 4,2	+ 2,1	- 0,8	- 18,0	+ 11,9	+ 3,6	- 2,7
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes ⁹⁾	-	-	-	-	-	-	- 19,4	+ 10,5	+ 3,8	- 0,6
Gewerbeummeldungen	-	-	- 1,6	+ 6,5	- 2,1	- 1,5	- 15,6	+ 9,4	+ 4,5	- 2,0

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 450* ff. dargestellt. – 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. – 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept). – 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). – Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986. – 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit. – 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose). – 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben – die ab Januar 1997 Neuberechnungen – mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. – 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse. – 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseligenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1997		1998			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 890	15 760	15 227	.	15 227
Schweine	1 000	23 737	24 283	24 795	.	24 795	.	.	.	25 213
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	4 105	4 283	4 275 p	373	332	348	310	358	323
Kälber	1 000	480	494	479 p	37	47	36	32	44	42
Schweine	1 000	38 350	38 650	37 692 p	3 261	3 180	3 321	2 955	3 353	3 108
Schlachtmenge	1 000 t	4 884	4 992	4 892 p	423	403	425	376	431	399
dar.: Rinder	1 000 t	1 303	1 363	1 337 p	115	104	110	98	114	103
Kälber	1 000 t	58	61	57 p	4	5	4	4	5	5
Schweine	1 000 t	3 504	3 547	3 479 p	303	292	310	273	311	289
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	563 025	574 128	590 661	41 976	49 769	51 440	45 760	52 459	51 612
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	591 471	597 487	643 359	52 871	53 739	56 542	52 318	58 249	56 541
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	12 971	12 879 ⁵⁾	12 437 ⁵⁾	.	12 437 ⁵⁾
Schweine	1 000	20 572	21 061	21 470	.	21 470	.	.	.	21 917
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	3 777	3 931	3 885 p	339	303	315	281	324	290
Kälber	1 000	470	485	464 p	36	45	35	31	43	41
Schweine	1 000	32 766	33 089	32 216 p	2 771	2 732	2 833	2 521	2 873	2 673
Schlachtmenge	1 000 t	4 287	4 388	4 282 p	369	354	371	328	378	350
dar.: Rinder	1 000 t	1 207	1 260	1 224 p	105	96	100	89	104	93
Kälber	1 000 t	58	61	55 p	4	5	4	4	5	5
Schweine	1 000 t	3 004	3 048	2 984 p	258	251	265	234	267	250
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	401 741	401 818	405 555	29 320	32 722	34 484	31 679	37 077	35 608
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	425 136	416 129	448 834	36 962	38 276	39 776	35 869	40 092	39 620
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 919	2 880 ⁵⁾	2 789 ⁵⁾	.	2 789 ⁵⁾
Schweine	1 000	3 164	3 222	3 325	.	3 325	.	.	.	3 296
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	1 000	328	352	391 p	33	29	33	30	34	34
Kälber	1 000	9	10	15 p	1	2	1	1	1	1
Schweine	1 000	5 584	5 561	5 476 p	491	448	488	434	480	435
Schlachtmenge	1 000 t	598	604	611 p	54	49	54	48	54	49
dar.: Rinder	1 000 t	96	103	113 p	9	8	9	9	10	10
Kälber	1 000 t	1	1	1 p	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	500	499	495 p	45	40	45	39	43	39
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	1 000	161 284	172 310	185 106	12 656	17 047	16 956	14 081	15 383	16 004
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	t	166 335	181 358	194 525	15 909	15 463	16 766	16 449	18 157	16 921
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gewerbe ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1995 = 100	100	99,5	102,1	110,4	100,5	95,6	98,3	113,9	105,4
Energieversorgung	1995 = 100	100	105,9	105,1	116,4	118,1	116,9	105,2	117,0	102,0
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	532 621	549 990	547 097	49 367	50 315
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	493 441	499 798	500 507	44 683	45 230
Gaserzeugung	Mill. kWh	365 575	371 701	373 719	33 510	36 937	36 438	32 191	34 736	...
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	909 241	1 037 814	979 116	106 249	114 891	117 656	93 089	85 003	...

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember. – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 5) Ohne Berlin.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	Jan. 97	Febr. 97	März 97	April 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei										
Deutschland										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,8	- 3,4
Schweine	+ 2,3	+ 2,1	.	.	.	+ 3,3
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 4,3	- 0,2 p	- 7,5	+ 1,1	+ 3,2	- 16,7	+ 4,7	- 10,7	+ 15,4	- 9,8
Kälber	+ 3,1	- 3,0 p	- 8,2	- 6,8	- 5,3	+ 1,3	- 21,9	- 11,0	+ 35,4	- 4,2
Schweine	+ 0,8	- 2,5 p	- 2,7	- 0,4	+ 12,5	- 3,9	+ 4,4	- 11,0	+ 13,5	- 7,3
Schlachtmenge	+ 2,2	- 2,0 p	- 3,4	+ 0,1	+ 10,1	- 6,9	+ 5,6	- 11,5	+ 14,6	- 7,4
dar.: Rinder	+ 4,6	- 1,9 p	- 6,7	+ 1,1	+ 4,2	- 16,3	+ 5,4	- 10,5	+ 16,3	- 10,0
Kälber	+ 5,5	- 7,9 p	- 13,1	- 11,8	- 7,6	- 4,2	- 20,2	- 10,3	+ 37,7	- 6,0
Schweine	+ 1,2	- 1,9 p	- 2,0	- 0,0	+ 13,2	- 3,4	+ 6,3	- 11,9	+ 13,7	- 7,0
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 2,0	+ 2,9	+ 4,4	+ 7,4	+ 7,6	- 1,7	+ 3,4	- 11,0	+ 14,6	- 1,6
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 1,0	+ 7,7	+ 1,4	+ 6,9	+ 18,0	- 2,6	+ 5,2	- 7,5	+ 11,3	- 2,9
Früheres Bundesgebiet										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 0,7 ⁵⁾	- 3,4 ⁵⁾
Schweine	+ 2,4	+ 1,9	.	.	.	+ 3,4
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 4,1	- 1,2 p	- 8,1	+ 0,5	+ 2,8	- 17,7	+ 4,0	- 10,8	+ 15,4	- 10,6
Kälber	+ 3,1	- 4,2 p	- 9,0	- 7,4	- 4,8	+ 1,1	- 21,7	- 11,3	+ 36,1	- 4,7
Schweine	+ 1,0	- 2,6 p	- 3,3	- 0,5	+ 13,0	- 3,6	+ 3,7	- 11,0	+ 14,0	- 7,0
Schlachtmenge	+ 2,4	- 2,4 p	- 4,0	- 0,0	+ 10,3	- 7,0	+ 4,8	- 11,5	+ 15,1	- 7,3
dar.: Rinder	+ 4,4	- 2,8 p	- 7,1	+ 0,7	+ 4,0	- 17,0	+ 4,7	- 10,7	+ 16,5	- 10,7
Kälber	+ 5,3	- 8,7 p	- 13,1	- 11,4	- 6,7	- 3,4	- 20,0	- 10,5	+ 38,4	- 6,5
Schweine	+ 1,5	- 2,1 p	- 2,7	- 0,1	+ 13,8	- 3,1	+ 5,5	- 11,8	+ 14,2	- 6,6
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 0,0	+ 0,9	+ 3,6	+ 2,3	+ 8,8	- 1,5	+ 5,4	- 8,1	+ 17,0	- 4,0
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	- 2,1	+ 7,9	+ 2,8	+ 7,2	+ 15,3	- 2,1	+ 3,9	- 9,8	+ 11,8	- 1,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Viehbestand ¹⁾										
Rinder (einschl. Kälber)	- 1,3 ⁵⁾	- 3,1 ⁵⁾
Schweine	+ 1,8	+ 3,2	.	.	.	+ 2,7
Gewerbliche Schlachtungen										
Rinder	+ 7,2	+ 11,0 p	- 1,5	+ 6,7	+ 7,3	- 6,6	+ 12,2	- 9,5	+ 15,2	- 1,9
Kälber	+ 2,4	+ 54,9 p	+ 25,2	+ 13,2	- 18,5	+ 7,3	- 28,4	- 3,5	+ 16,4	+ 13,8
Schweine	- 0,4	- 1,5 p	+ 1,1	+ 0,5	+ 9,6	- 5,8	+ 8,9	- 11,1	+ 10,6	- 9,4
Schlachtmenge	+ 1,1	+ 1,0 p	+ 1,4	+ 1,2	+ 8,8	- 6,1	+ 11,6	- 11,8	+ 11,5	- 8,0
dar.: Rinder	+ 7,7	+ 9,4 p	- 2,4	+ 5,5	+ 5,9	- 8,1	+ 13,5	- 9,0	+ 14,9	- 3,0
Kälber	+ 15,5	+ 50,4 p	- 12,7	- 26,7	- 43,0	- 31,4	- 28,4	+ 1,4	+ 5,4	+ 23,1
Schweine	- 0,2	- 0,8 p	+ 2,2	+ 0,4	+ 9,7	- 5,7	+ 11,4	- 12,4	+ 10,8	- 9,4
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ²⁾	+ 6,8	+ 7,4	+ 6,2	+ 21,0	+ 4,6	- 2,2	- 0,5	- 17,0	+ 9,2	+ 4,0
Geschlachtetes Geflügel ³⁾	+ 9,0	+ 7,3	- 1,7	+ 6,2	+ 24,2	- 3,6	+ 8,4	- 1,9	+ 10,4	- 8,5
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Produktionsindex für das Prod. Gew. ⁴⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	- 0,5	+ 2,6	+ 5,8	+ 5,0	+ 9,2	+ 0,8	- 4,9	+ 2,8	+ 15,9	- 7,5
Energieversorgung	+ 5,9	- 0,8	- 9,5	- 4,2	+ 6,2	- 2,7	- 1,0	- 10,0	+ 11,2	- 12,8
Deutschland										
Elektrizitätserzeugung	+ 3,2	+ 3,3
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 1,2	+ 1,3
Gaserzeugung	+ 1,7	+ 0,5	+ 2,6	- 4,3	+ 5,8	...	- 1,4	- 11,7	+ 7,9	...
Inlandsversorgung mit Gas	+ 14,1	- 5,7	- 11,0	- 9,1	- 6,0	...	+ 2,4	- 20,9	- 8,7	...

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember. – 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 5) 1996 und 1997: ohne Berlin.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾²⁾										
Deutschland										
Beschäftigte	1 000	6 778	6 520	6 311	6 344	6 345	6 365	6 369	6 372	6 396
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 405	2 352	2 290	2 306	2 303	2 311	2 311	2 310	2 313
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	4 373	4 168	4 021	4 038	4 041	4 054	4 058	4 062	4 083
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	186	167	148	140	139	139	139	139	138
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 593	6 353	6 163	6 204	6 206	6 226	6 230	6 233	6 258
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	3 096	2 970	2 874	2 832	2 834	2 847	2 850	2 854	2 866
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 244	2 165	2 102	2 122	2 124	2 131	2 132	2 132	2 141
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	346	327	308	305	305	306	306	305	305
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	1 093	1 059	1 027	1 085	1 081	1 082	1 081	1 080	1 084
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 884	6 483	6 283	520	526	571	545	521	539
Bruttolohnsumme	Mill. DM	220 290	215 263	210 694	16 724	16 251	16 789	17 331	18 057	18 922
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	193 976	196 067	193 952	15 530	15 710	15 501	15 829	16 474	17 688
Kohleverbrauch	1 000 t	49 007	42 781	40 780	–	–	9 744 a)	–	–	9 177 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	10 843	10 388	10 028	–	–	2 551 a)	–	–	2 215 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	329 547	326 728	331 331	–	–	89 054 a)	–	–	77 350 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	212 963	209 236	215 128	18 103	17 485	18 912	18 180	18 020	18 264
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	1 000	6 161	5 932	5 748	5 770	5 770	5 788	5 788	5 789	5 811
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	2 211	2 167	2 115	2 129	2 127	2 134	2 133	2 133	2 136
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	3 950	3 765	3 633	3 641	3 643	3 654	3 654	3 656	3 675
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	148	138	–	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 013	5 794	–	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	2 827	2 715	2 624	2 583	2 584	2 594	2 596	2 599	2 610
Investitionsgüterproduzenten	1 000	2 044	1 977	1 929	1 946	1 948	1 954	1 954	1 954	1 961
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	318	302	285	281	281	282	281	281	281
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	973	938	911	960	957	958	957	956	959
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	6 176	5 812	5 636	464	471	511	488	466	480
Bruttolohnsumme	Mill. DM	205 028	200 129	195 726	15 512	15 085	15 545	16 057	16 777	17 560
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	183 288	185 254	183 384	14 676	14 857	14 638	14 952	15 587	16 753
Kohleverbrauch	1 000 t	36 012	32 987	32 713	–	–	7 965 a)	–	–	7 626 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	9 831	9 391	9 087	–	–	2 347 a)	–	–	1 986 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	286 153	282 898	288 243	–	–	77 431 a)	–	–	66 523 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	191 592	187 738	192 806	16 240	15 682	16 893	16 277	16 116	16 316
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	1 000	618	588	563	574	575	578	581	583	585
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	1 000	194	185	175	177	177	177	177	177	178
Arbeiter/-innen ⁴⁾	1 000	424	403	388	397	398	400	403	405	407
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 000	37	29	–	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	580	559	–	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	269	255	251	249	250	252	254	256	256
Investitionsgüterproduzenten	1 000	201	187	173	176	177	177	178	179	180
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	28	25	24	24	24	24	24	24	24
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	120	121	115	125	124	124	124	124	125
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	708	671	648	56	55	60	57	55	59
Bruttolohnsumme	Mill. DM	15 262	15 134	14 969	1 213	1 166	1 245	1 274	1 281	1 362
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	10 688	10 813	10 569	853	853	864	877	887	935
Kohleverbrauch	1 000 t	12 995	9 795	8 067	–	–	1 779 a)	–	–	1 551 b)
Heizölverbrauch	1 000 t	1 012	997	941	–	–	204 a)	–	–	229 b)
Gasverbrauch	Mill. kWh	43 393	43 830	43 087	–	–	11 623 a)	–	–	10 827 b)
Stromverbrauch	Mill. kWh	21 371	21 498	22 322	1 863	1 803	2 019	1 903	1 903	1 948

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 3) Einschl. mithilfeender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) Verbrauch im 1. Vj 1998. – b) Verbrauch im 2. Vj 1998.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe ^{1) 2)}										
Deutschland										
Beschäftigte	- 3,8	- 3,2	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,2	- 2,6	- 1,0	- 0,8	- 0,5	- 0,5	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 4,7	- 3,5	- 0,6	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 10,2	- 11,3	- 7,0	- 7,3	- 7,1	- 7,0	+ 0,3	- 0,2	± 0,0	- 0,4
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,6	- 3,0	- 0,6	- 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,1	- 3,2	- 1,6	- 1,4	- 1,1	- 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 3,6	- 2,9	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,5	- 5,6	- 2,6	- 2,2	- 1,9	- 1,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,1	- 3,0	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,4
Geleistete Arbeiterstunden	- 5,8	- 3,1	+ 9,1	- 4,6	+ 5,1	- 1,6	+ 9,0	- 4,5	- 4,5	+ 3,4
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 0,7	- 1,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 2,7	+ 4,1	+ 6,0
Kohleverbrauch	- 12,7	- 4,7	- 3,9 a)	-	-	- 10,9 b)	- 7,6 c)	-	-	- 5,8 d)
Heizölverbrauch	- 4,2	- 3,5	- 9,0 a)	-	-	- 3,4 b)	- 11,4 c)	-	-	- 13,2 d)
Gasverbrauch	- 0,9	+ 1,4	- 2,0 a)	-	-	- 3,6 b)	+ 0,1 c)	-	-	- 13,1 d)
Stromverbrauch	- 1,8	+ 2,8	+ 7,2	- 1,7	+ 3,4	+ 0,8	+ 8,2	- 3,9	- 0,9	+ 1,4
Früheres Bundesgebiet										
Beschäftigte	- 3,7	- 3,1	- 0,8	- 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	-	± 0,0	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 2,0	- 2,4	- 0,9	- 0,7	- 0,5	- 0,5	+ 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 4,7	- 3,5	- 0,8	- 0,5	- 0,3	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	+ 0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 7,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,0	- 3,4	- 1,9	- 1,7	- 1,3	- 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 3,2	- 2,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	-	-	+ 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 5,0	- 5,7	- 2,8	- 2,5	- 2,2	- 1,8	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 3,6	- 2,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,3
Geleistete Arbeiterstunden	- 5,9	- 3,0	+ 8,8	- 4,7	+ 5,3	- 2,1	+ 8,8	- 4,5	- 4,4	+ 2,9
Bruttolohn- und -gehaltssumme	- 0,8	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,8	+ 2,7	+ 4,4	+ 6,0
Kohleverbrauch	- 8,4	- 0,8	- 1,4 a)	-	-	- 6,3 b)	- 6,4 c)	-	-	- 4,3 d)
Heizölverbrauch	- 4,5	- 3,2	- 8,3 a)	-	-	- 5,2 b)	- 8,6 c)	-	-	- 15,4 d)
Gasverbrauch	- 1,1	+ 1,9	- 1,9 a)	-	-	- 3,8 b)	- 0,1 c)	-	-	- 14,1 d)
Stromverbrauch	- 2,0	+ 2,7	+ 7,1	- 1,8	+ 3,4	+ 0,4	+ 7,7	- 3,6	- 1,0	+ 1,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Beschäftigte	- 4,9	- 4,2	- 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte ³⁾	- 4,7	- 5,5	- 2,0	- 1,8	- 1,5	- 1,4	+ 0,4	± 0,0	± 0,0	+ 0,1
Arbeiter/-innen ⁴⁾	- 5,0	- 3,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 22,9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	- 3,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 5,2	- 1,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3
Investitionsgüterproduzenten	- 6,8	- 7,5	- 1,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 10,9	- 4,7	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,9	± 0,0	+ 0,5	- 0,1	- 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	- 4,3	- 0,9	- 0,7	- 1,3	- 0,8	- 0,1	+ 0,5	- 0,1	+ 0,7
Geleistete Arbeiterstunden	- 5,2	- 3,5	+ 11,8	- 4,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 10,5	- 4,9	- 4,7	+ 7,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme	± 0,0	- 1,6	+ 2,5	+ 3,0	+ 0,8	+ 4,2	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,8	+ 6,0
Kohleverbrauch	- 24,6	- 17,6	- 13,8 a)	-	-	- 28,3 b)	- 12,6 c)	-	-	- 12,8 d)
Heizölverbrauch	- 1,5	- 5,6	- 17,0 a)	-	-	+ 16,4 b)	- 34,4 c)	-	-	+ 12,1 d)
Gasverbrauch	+ 1,0	- 1,7	- 2,8 a)	-	-	- 2,6 b)	+ 1,7 c)	-	-	- 6,8 d)
Stromverbrauch	+ 0,6	+ 3,8	+ 8,4	- 0,8	+ 2,6	+ 4,0	+ 11,9	- 5,7	± 0,0	+ 2,3

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1997, endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden. – 3) Einschl. mitelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) 1. Vj 1998 gegenüber 1. Vj 1997. – b) 2. Vj 1998 gegenüber 2. Vj 1997 – c) 1. Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997. – d) 2. Vj 1998 gegenüber 1. Vj 1998.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	100	99,7	106,7	108,9	110,7	125,5	112,9	106,6	113,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	98,0	106,8	109,1	108,3	120,9	112,3	106,2	112,2
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	101,3	108,4	112,0	113,2	130,8	115,6	111,4	119,3
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	103,2	106,2	109,2	111,0	128,7	118,9	108,5	108,9
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	98,2	98,3	92,1	113,8	125,3	94,1	82,7	93,2
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe										
(einschl. Bauhauptgewerbe)	1995 = 100	100	99,6	102,2	95,2	97,7	113,4	105,3	103,5	109,4
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	1995 = 100	100	93,8	90,8	79,3	76,7	85,5	79,4	82,0	82,9
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100	100,2	104,2	98,9	102,9	118,5	108,9	107,1	113,8
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	98,9	104,4	102,1	103,6	117,0	109,5	108,1	112,8
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	101,6	106,1	92,9	103,0	125,0	111,0	109,1	121,3
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	101,1	99,7	96,8	109,1	122,6	110,2	107,2	112,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	99,9	99,9	98,1	93,6	104,0	98,5	96,4	99,6
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	1 000 t	53 565	48 194	46 792	3 687	3 562	3 562	3 040	3 060	...
Braunkohle, roh (Förderung)	1 000 t	192 700	187 180	178 203	14 619	13 568	14 898	13 902	13 456	...
Erdöl, roh	1 000 t	2 959	2 849	2 821	241	221	248	254	261	...
Zement (ohne Zementklinker)	1 000 t	37 547	35 872	36 125	1 645	2 014	3 031	3 303	3 620	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	1 000 t	29 605	27 347	30 466	2 755	2 531	2 787	2 622	2 718	...
Stahlrohblöcke und -brammen	1 000 t
Flüssigstahl unlegiert	1 000 t	33 265	31 921	35 633	3 060	2 869	3 190	2 909	3 080	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	367	393	424	34	39	38	38	35	...
Motorenbenzin	1 000 t	23 814	24 854	24 393	2 165	2 029	1 877	2 100	2 169	...
Heizöl	1 000 t	36 850	38 222	35 291	3 498	3 048	3 327	2 886	2 623	...
Schnittholz	1 000 m ³	14 105	14 267	14 850	943	1 042	1 304	1 292	1 266	...
Personenkraftwagen										
mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	1 000 St.	708	746	730	58	74	80	78	75	...
von mehr als 1 500 cm ³	1 000 St.	2 863	2 915	2 977	215	256	289	271	259	...
mit Selbstzündung	1 000 St.	936	1 086	1 049	86	106	119	109	103	...
Fernsehmehrfachgeräte ²⁾	1 000 St.	7 933	6 875	...	151	158	160	154	154	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St.	1 213	1 659	1 872	202	184	239	181	176	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	1 000 St.	1 312	1 241	1 744	135	161	190	166	166	...
Ein- oder Ausgabeinheiten	1 000 St.	4 055	4 108	4 482	280	300	372	317	290	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	1 000 St.	64	69	65	31	32	45	45	33	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten	1 000 DM	2 288 318	2 516 259	2 614 531	180 204	232 203	275 489	219 509	242 640	...
Baumwollgarn	t	133 875	126 537	135 066	11 815	11 227	12 540	11 172	11 387	...
Würste u.ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	t	1 918 802	1 917 337	1 895 471	158 196	146 648	164 456	162 626	164 224	...
Zigaretten	Mill. St.	201 070	192 462	181 644	13 305	14 262	15 442	14 795	13 916	...
Gesamtumsatz ^{3) 4) 5)}	Mrd. DM	2 073,7	2 079,3	2 186,2	169,4	174,4	203,9	187,7	181,4	196,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	40 507	29 335,3	25 605,7	1 950	1 742	1 975	1 991	1 982	1 973
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	2 033,2	2 050,0	2 160,6	167,5	172,7	201,9	185,7	179,4	194,1
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	962 795	943 476	985 536	77 165	76 969	88 337	82 729	79 464	83 635
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	623 743	649 500	705 478	51 010	56 419	69 757	62 329	61 039	70 102
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	90 470	87 933	87 158	6 867	7 290	8 467	7 516	6 964	7 341
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	396 658	398 388	408 032	34 370	33 765	37 303	35 214	33 935	35 007
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	Mill. DM	588 387	617 255	696 767	54 879	58 683	67 363	62 104	59 764	67 805

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 4) Ohne Umsatzsteuer. – 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Produzierendes Gewerbe										
Deutschland										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	- 0,3	+ 7,0	+ 18,5	- 0,6	+ 9,2	+ 1,6	+ 13,4	- 10,0	- 5,6	+ 6,0
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,0	+ 9,0	+ 17,0	- 0,6	+ 7,3	- 1,1	+ 11,6	- 7,1	- 5,4	+ 5,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,3	+ 7,0	+ 23,6	- 0,4	+ 13,2	+ 5,9	+ 15,5	- 11,6	- 3,6	+ 7,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 2,9	+ 15,7	+ 1,5	+ 7,7	- 0,1	+ 15,9	- 7,6	- 8,7	+ 0,4
Verbrauchsgüterproduzenten	- 1,8	+ 0,1	+ 7,8	- 5,5	+ 4,0	+ 2,3	+ 10,1	- 24,9	- 12,1	+ 12,7
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe ¹⁾										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	- 0,4	+ 2,6	+ 8,8	+ 0,5	+ 6,4	+ 0,8	+ 16,1	- 7,1	- 1,7	+ 5,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,2	- 3,2	- 1,2	- 19,1	- 9,4	- 12,6	+ 11,5	- 7,1	+ 3,3	+ 1,1
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,2	+ 4,0	+ 11,8	+ 3,0	+ 9,2	+ 2,7	+ 15,2	- 8,1	- 1,7	+ 6,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,1	+ 5,6	+ 11,2	+ 1,9	+ 7,9	+ 2,5	+ 12,9	- 6,4	- 1,3	+ 4,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,6	+ 4,4	+ 17,5	+ 4,6	+ 11,6	+ 2,8	+ 21,4	- 11,2	- 1,7	+ 11,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 1,1	- 1,4	+ 16,4	+ 3,4	+ 16,6	+ 5,3	+ 12,4	- 10,1	- 2,7	+ 4,7
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,6	- 0,1	+ 11,1	- 5,3	- 2,1	+ 3,3
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohle (Förderung)	- 10,0	- 2,9	+ 4,5	- 32,8	- 14,0	...	± 0,0	- 14,7	+ 0,7	...
Braunkohle, roh (Förderung)	- 2,9	- 4,8	+ 1,4	- 7,6	- 11,1	...	+ 9,8	- 6,7	- 3,2	...
Erdöl, roh	- 3,7	- 1,0	+ 3,3	+ 9,5	+ 18,1	...	+ 12,2	+ 2,4	+ 2,8	...
Zement (ohne Zementklinker)	- 4,5	+ 0,7	+ 2,3	- 9,0	+ 8,9	...	+ 50,5	+ 9,0	+ 9,6	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	- 7,6	+ 11,4	+ 11,1	+ 3,0	+ 5,3	...	+ 10,1	- 5,9	+ 3,7	...
Stahlrohblöcke und -brammen
Flüssigstahl unlegiert	- 4,0	+ 11,6	+ 8,1	- 3,9	+ 1,3	...	+ 11,2	- 8,8	+ 5,9	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 5,6	+ 8,1	+ 5,3	+ 2,2	- 4,8	...	+ 12,0	- 2,0	- 7,7	...
Motorenbenzin	+ 4,4	- 1,9	- 12,9	- 0,6	+ 7,5	...	- 7,5	+ 11,9	+ 3,3	...
Heizöl	+ 3,7	- 7,7	+ 7,9 r	- 1,8	- 10,5	...	+ 9,2	- 13,3	- 9,1	...
Schnittholz	+ 1,1	+ 4,1	+ 12,1	- 6,2	+ 5,3	...	+ 25,1	- 0,9	- 2,0	...
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm ³ oder weniger	+ 5,4	- 2,1	+ 21,2	+ 4,0	+ 33,9	...	+ 8,1	- 2,5	- 3,9	...
von mehr als 1 500 cm ³	+ 1,8	+ 2,1	+ 13,3	- 7,2	+ 7,9	...	+ 12,9	- 6,2	- 4,4	...
mit Selbstzündung	+ 16,0	- 3,4	+ 35,2	+ 11,2	+ 24,1	...	+ 12,3	- 8,4	- 5,5	...
Fernsehempfangsgeräte ²⁾	- 13,3	+ 6,7	- 3,8	± 0,0	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 36,8	+ 12,8	+ 63,7	+ 29,3	+ 66,0	...	+ 30,0	- 24,3	- 2,8	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	- 5,4	+ 40,5	+ 52,0	+ 23,9	+ 35,0	...	+ 18,0	- 12,6	± 0,0	...
Ein- oder Ausgabereinheiten	+ 1,3	+ 9,0	+ 12,1	- 10,9	- 30,8	...	+ 24,0	- 14,8	- 8,5	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	+ 7,8	- 5,8	+800,0	+800,0	+725,0	...	+ 40,6	± 0,0	- 26,7	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 10,0	+ 3,9	+ 23,3	- 19,9	+ 23,0	...	+ 18,6	- 20,3	+ 10,5	...
Baumwollgarn	- 5,5	+ 6,7	+ 5,8 r	- 12,5 r	+ 4,9	...	+ 11,7	- 10,9 r	+ 1,9	...
Würste u. ä. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	+ 0,0	- 1,1	+ 10,8	- 0,5	+ 4,3	...	+ 12,1	- 1,1	+ 1,0	...
Zigaretten	- 4,3	- 5,6	+ 2,3	- 7,6	+ 2,4	...	+ 8,3	- 4,2	- 5,9	...
Gesamtumsatz ^{3) 4) 5)}	+ 0,3	+ 5,1	+ 16,1	- 2,3	+ 7,3	+ 0,8	+ 16,9	- 7,9	- 3,4	+ 8,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 27,6	- 12,7	+ 0,8	- 10,2	- 9,3	- 8,0	+ 13,4	+ 0,8	- 0,4	- 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,8	+ 5,4	+ 16,3	- 2,2	+ 7,5	+ 0,9	+ 16,9	- 8,0	- 3,4	+ 8,2
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,0	+ 4,5	+ 11,9	- 6,5	+ 2,7	- 3,9	+ 14,8	- 6,4	- 4,0	+ 5,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,1	+ 8,6	+ 25,3	+ 2,0	+ 14,1	+ 6,3	+ 23,6	- 10,8	- 1,9	+ 14,9
Gebrauchsgüterproduzenten	- 2,8	- 0,9	+ 17,3	- 3,0	+ 9,6	- 0,2	+ 16,1	- 11,2	- 7,4	+ 5,4
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 2,4	+ 10,3	+ 1,0	+ 6,3	+ 2,4	+ 10,5	- 5,6	- 3,6	+ 3,2
dar.: Auslandsumsatz ⁶⁾	+ 4,9	+ 12,9	+ 22,6	+ 3,5	+ 13,0	+ 7,8	+ 14,8	- 7,8	- 3,8	+ 13,5

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden. – 4) Ohne Umsatzsteuer. – 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	100	99,9	106,7	109,0	110,2	124,6	112,6	106,0	112,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	97,7	106,0	108,2	107,3	119,5	111,0	104,8	110,6
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	102,5	109,7	113,8	113,4	130,6	116,9	111,9	119,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	103,1	105,9	108,5	110,1	127,7	118,5	108,0	107,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	97,9	97,8	91,4	113,8	125,2	93,4	81,8	92,3
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1995 = 100	100	99,5	102,1	95,6	98,3	113,9	105,4	103,5	109,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	100	94,2	91,8	82,0	79,6	87,0	79,7	83,2	83,5
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100	99,9	103,7	98,5	102,6	117,9	108,3	106,4	112,9
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	98,8	104,1	102,1	103,5	116,5	108,9	107,4	111,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	101,5	105,9	92,7	102,9	124,9	110,9	109,0	121,0
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	100,9	99,0	95,8	108,2	121,3	109,4	106,4	111,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	99,3	98,9	97,5	93,1	103,3	97,3	95,0	98,1
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	1 945,4	1 947,6	2 044,0	158,5	162,9	190,2	175,0	168,8	182,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	33 479	23 096	–	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	1 911,9	1 924,5	–	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	900 828	881 481	919 796	72 188	71 673	82 103	76 774	73 620	77 237
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	591 834	616 846	669 086	48 327	53 477	66 086	59 010	57 807	66 215
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	86 150	83 335	82 291	6 462	6 855	7 955	7 083	6 556	6 885
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	366 549	365 904	372 836	31 522	30 928	34 100	32 084	30 854	31 869
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	573 231	601 197	675 746	53 234	56 820	65 238	60 078	57 633	65 315
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	1995 = 100	100	95,5	106,8	108,1	118,7	140,5	117,0	117,7	127,6
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	103,1	119,5	125,1	124,7	145,7	134,8	129,8	140,7
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	84,2	91,2	86,3	110,4	134,3	96,1	105,0	111,1
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	105,6	113,4	125,5	132,5	151,6	127,3	122,3	145,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	104,5	110,4	109,4	112,8	126,8	112,1	104,8	118,8
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe (einschl. Bauhauptgewerbe)	1995 = 100	100	101,2	103,9	90,6	90,3	108,0	103,6	103,2	111,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	100	92,1	85,3	64,8	61,6	77,3	77,9	75,7	79,8
Verarbeitendes Gewerbe	1995 = 100	100	104,2	112,5	105,8	108,7	128,1	120,1	119,5	129,7
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	100	101,3	108,6	102,0	105,0	125,0	119,1	118,9	127,4
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	100	103,2	110,4	97,2	104,7	126,1	113,2	110,4	127,0
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	108,9	121,7	129,8	138,8	163,5	136,4	133,1	144,4
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100	107,0	112,5	105,7	99,6	113,0	112,7	113,5	117,7
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	Mrd. DM	128,3	131,7	142,2	10,9	11,5	13,6	12,7	12,6	13,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. DM	7 028	6 240	–	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd. DM	121,3	125,5	–	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	61 967	61 995	65 740	4 978	5 295	6 233	5 955	5 843	6 398
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	31 909	32 654	36 392	2 682	2 942	3 671	3 219	3 233	3 887
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	4 320	4 597	4 867	404	436	512	434	408	456
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	30 109	32 483	35 195	2 848	2 837	3 203	3 129	3 082	3 138
dar.: Auslandsumsatz 5)	Mill. DM	15 156	16 058	21 021	1 645	1 864	2 126	2 026	2 131	2 490

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Produzierendes Gewerbe										
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	- 0,1	+ 6,8	+ 17,5	- 0,9	+ 8,9	+ 1,0	+ 13,1	- 9,6	- 5,9	+ 5,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,3	+ 8,5	+ 16,1	- 1,2	+ 6,9	- 1,5	+ 11,4	- 7,1	- 5,6	+ 5,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 2,5	+ 7,0	+ 22,7	- 0,4	+ 12,8	+ 4,8	+ 15,2	- 10,5	- 4,3	+ 7,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 3,1	+ 2,7	+ 14,7	+ 1,6	+ 7,5	- 1,5	+ 16,0	- 7,2	- 8,9	- 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,1	- 0,1	+ 7,6	- 5,7	+ 4,1	+ 2,1	+ 10,0	- 25,4	- 12,4	+ 12,8
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe										
(einschl. Bauhauptgewerbe)	- 0,5	+ 2,6	+ 9,2	+ 0,8	+ 6,9	+ 0,9	+ 15,9	- 7,5	- 1,8	+ 5,5
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 5,8	- 2,5	- 1,0	- 20,1	- 7,8	- 12,8	+ 9,3	- 8,4	+ 4,4	+ 0,4
Verarbeitendes Gewerbe	- 0,1	+ 3,8	+ 11,4	+ 2,8	+ 9,1	+ 2,5	+ 14,9	- 8,1	- 1,8	+ 6,1
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,2	+ 5,4	+ 10,6	+ 1,6	+ 7,7	+ 2,0	+ 12,6	- 6,5	- 1,4	+ 4,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 1,5	+ 4,3	+ 17,5	+ 4,4	+ 11,7	+ 2,6	+ 21,4	- 11,2	- 1,7	+ 11,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,9	- 1,9	+ 15,9	+ 3,3	+ 16,4	+ 4,9	+ 12,1	- 9,8	- 2,7	+ 4,5
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,7	- 0,4	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,8	- 0,2	+ 11,0	- 5,8	- 2,4	+ 3,3
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 0,1	+ 5,0	+ 15,7	- 2,6	+ 7,2	+ 0,3	+ 16,8	- 8,0	- 3,5	+ 7,9
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 31,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	- 2,2	+ 4,4	+ 11,3	- 7,0	+ 2,3	- 4,5	+ 14,6	- 6,5	- 4,1	+ 4,9
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 8,5	+ 24,8	+ 1,8	+ 14,1	+ 5,8	+ 23,6	- 10,7	- 2,0	+ 14,6
Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,3	- 1,3	+ 17,0	- 3,3	+ 9,6	- 0,9	+ 16,1	- 11,0	- 7,4	+ 5,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,2	+ 1,9	+ 10,1	+ 1,2	+ 6,9	+ 2,1	+ 10,3	- 5,9	- 3,8	+ 3,3
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 4,9	+ 12,4	+ 22,2	+ 3,1	+ 12,4	+ 7,0	+ 14,8	- 7,9	- 4,1	+ 13,3
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs für das										
Verarbeitende Gewerbe	- 4,5	+ 11,8	+ 33,7	+ 3,2	+ 14,2	+ 13,4	+ 18,4	- 16,7	+ 0,6	+ 8,4
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 3,1	+ 15,9	+ 32,0	+ 9,1	+ 11,0	+ 4,9	+ 16,8	- 7,5	- 3,7	+ 8,4
Investitionsgüterproduzenten	- 15,8	+ 8,3	+ 37,6	- 2,9	+ 20,1	+ 24,1	+ 21,6	- 28,4	+ 9,3	+ 5,8
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 7,4	+ 36,0	- 3,0	+ 16,5	+ 32,0	+ 14,4	- 16,0	- 3,9	+ 19,1
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 4,5	+ 5,6	+ 14,4	- 1,8	+ 1,1	+ 9,7	+ 12,4	- 11,6	- 6,5	+ 13,4
Produktionsindex für das										
Produzierende Gewerbe 1)										
Produzierendes Gewerbe										
(einschl. Bauhauptgewerbe)	+ 1,2	+ 2,7	+ 4,7	- 2,8	- 0,4	- 0,4	+ 19,6	- 4,1	- 0,4	+ 8,2
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 7,9	- 7,4	- 2,4	- 12,8	- 17,6	- 10,7	+ 25,5	+ 0,8	- 2,8	+ 5,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,2	+ 8,0	+ 16,7	+ 7,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 17,8	- 6,2	- 0,5	+ 8,5
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,3	+ 7,2	+ 20,2	+ 6,5	+ 9,4	+ 9,0	+ 19,0	- 4,7	- 0,2	+ 7,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 3,2	+ 7,0	+ 16,3	+ 8,1	+ 8,1	+ 5,8	+ 20,4	- 10,2	- 2,5	+ 15,0
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 8,9	+ 11,8	+ 30,3	+ 6,6	+ 24,5	+ 16,2	+ 17,8	- 16,6	- 2,4	+ 8,5
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 5,1	+ 2,0	+ 3,2	- 0,2	+ 0,4	+ 13,5	- 0,3	+ 0,7	+ 3,7
Gesamtumsatz 2) 3) 4)	+ 2,7	+ 7,9	+ 22,4	+ 1,8	+ 8,0	+ 7,5	+ 18,3	- 6,5	- 1,3	+ 10,5
Bergbau und Gewinnung von										
Steinen und Erden	- 11,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	± 0,0	+ 6,0	+ 20,9	+ 1,5	+ 8,8	+ 3,9	+ 17,7	- 4,5	- 1,9	+ 9,5
Investitionsgüterproduzenten	+ 2,3	+ 11,5	+ 35,1	+ 5,0	+ 13,9	+ 15,6	+ 24,8	- 12,3	+ 0,4	+ 20,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 6,4	+ 5,9	+ 23,7	+ 1,3	+ 8,3	+ 13,1	+ 17,5	- 15,2	- 6,0	+ 11,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,9	+ 8,4	+ 12,8	- 0,5	+ 1,2	+ 4,9	+ 12,9	- 2,3	- 1,5	+ 1,8
dar.: Auslandsumsatz 5)	+ 6,0	+ 30,9	+ 38,9	+ 16,8	+ 32,5	+ 37,1	+ 14,1	- 4,7	+ 5,2	+ 16,9

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. – 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
Deutschland ²⁾										
Beschäftigte	1 000	1 412	1 312	1 221	1 111	1 078	1 101	1 118	1 122	...
dar.: Angestellte	1 000	227	220	213	206	204	204	202	202	...
Arbeiter/-innen	1 000	1 132	1 038	953	851	820	843	863	868	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 734	1 562	1 480	82	83	111	116	114	...
im Hochbau	Mill. Std	1 171	1 064	1 004	58	58	75	77	76	...
Wohnungsbau	1 000 Std	678 871	646 458	629 648	34 634	35 035	46 005	48 704	48 344	...
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	382 243	317 485	283 441	17 920	17 654	21 626	21 686	20 897	...
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	109 825	99 866	90 411	5 465	5 530	6 976	6 975	6 825	...
im Tiefbau	1 000 Std	563 309	498 396	476 178	24 037	24 588	36 216	39 113	38 252	...
Straßenbau	1 000 Std	156 902	145 664	142 516	6 109	6 398	10 288	12 061	12 032	...
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	215 282	180 362	169 085	9 524	9 502	13 262	13 645	13 085	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	191 125	172 370	164 577	8 404	8 688	12 666	13 407	13 135	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	51 597	47 363	43 749	2 990	2 613	3 025	3 425	3 240	...
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	15 068	14 772	14 325	1 105	1 079	1 086	1 126	1 114	...
Gesamtumsatz	Mill. DM	232 402	220 743	213 517	10 956	11 059	16 513	14 615	15 263	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	228 502	217 305	210 354	10 786	10 896	16 247	14 388	15 027	...
Früheres Bundesgebiet ²⁾										
Beschäftigte	1 000	968	893	834	770	749	769	784	787	...
dar.: Angestellte	1 000	165	160	155	151	150	150	149	149	...
Arbeiter/-innen	1 000	759	689	635	576	557	576	592	595	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	1 163	1 038	988	55	57	77	81	80	...
im Hochbau	Mill. Std	785	703	665	39	39	52	54	53	...
Wohnungsbau	1 000 Std	478 389	435 672	420 420	23 313	24 027	32 382	34 212	33 918	...
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	236 405	203 894	186 592	11 938	11 987	15 010	15 138	14 661	...
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	70 503	62 950	57 729	3 312	3 433	4 438	4 608	4 423	...
im Tiefbau	1 000 Std	377 518	335 603	323 474	16 192	17 081	25 257	27 352	26 694	...
Straßenbau	1 000 Std	113 565	102 467	99 437	4 155	4 484	7 179	8 437	8 401	...
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	129 330	111 665	107 655	6 181	6 414	8 774	9 017	8 605	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	134 623	121 471	116 382	5 856	6 183	9 304	9 898	9 688	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	37 969	34 571	31 890	2 175	1 894	2 234	2 591	2 413	...
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	11 439	11 197	10 858	836	816	825	866	850	...
Gesamtumsatz	Mill. DM	166 420	156 109	152 897	8 139	8 260	12 073	10 930	11 358	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	163 521	153 628	150 547	8 005	8 137	11 879	10 758	11 176	...
Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾										
Beschäftigte	1 000	443	418	387	341	329	331	334	336	...
dar.: Angestellte	1 000	62	60	58	55	54	54	53	53	...
Arbeiter/-innen	1 000	373	349	318	275	264	267	271	272	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std	571	524	491	27	26	34	35	35	...
im Hochbau	Mill. Std	386	361	339	19	19	23	23	23	...
Wohnungsbau	1 000 Std	200 482	210 786	209 228	11 321	11 008	13 623	14 492	14 426	...
Gewerblicher Hochbau	1 000 Std	145 838	113 591	96 849	5 982	5 667	6 616	6 548	6 236	...
Öffentlicher Hochbau	1 000 Std	39 322	36 916	32 682	2 153	2 097	2 538	2 367	2 402	...
im Tiefbau	1 000 Std	185 791	162 793	152 704	7 845	7 507	10 959	11 761	11 558	...
Straßenbau	1 000 Std	43 337	43 197	43 079	1 954	1 914	3 109	3 624	3 631	...
Gewerblicher Tiefbau	1 000 Std	85 952	68 697	61 430	3 343	3 088	4 488	4 628	4 480	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1 000 Std	56 502	50 899	48 195	2 548	2 505	3 362	3 509	3 447	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	13 628	12 792	11 859	815	719	792	834	827	...
Bruttogehaltssumme	Mill. DM	3 629	3 575	3 468	269	263	261	260	264	...
Gesamtumsatz	Mill. DM	65 982	64 634	60 621	2 818	2 799	4 440	3 685	3 905	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	64 982	63 677	59 807	2 781	2 758	4 367	3 630	3 850	...
Deutschland										
Index des Auftragseingangs ³⁾	1995 = 100	100	92,1	84,3	57,8	67,5	94,7	85,6	85,6	99,3
Index des Auftragsbestands ³⁾	1995 = 100	100	95,8	84,6	.	.	77,1	.	.	0,0
Produktionsindex ⁴⁾	1995 = 100	100	93,6	89,9	61,1	61,7	82,5	87,2	88,4	94,8
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs ³⁾	1995 = 100	100	91,0	86,0	59,9	70,0	97,6	90,5	88,8	101,7
Index des Auftragsbestands ³⁾	1995 = 100	100	95,7	86,8	.	.	79,7	.	.	0,0
Produktionsindex ⁴⁾	1995 = 100	100	92,7	89,2	60,6	62,2	84,1	89,0	90,2	95,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs ³⁾	1995 = 100	100	94,7	80,2	52,6	61,7	87,6	74,1	78,0	93,6
Index des Auftragsbestands ³⁾	1995 = 100	100	96,0	78,6	.	.	70,1	.	.	0,0
Produktionsindex ⁴⁾	1995 = 100	100	96,9	92,6	62,7	60,1	76,8	80,5	82,0	91,7
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte	1 000	3 809,5
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	520 400

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Endgültige Ergebnisse. – 3) Wertindex. – 4) Arbeitstägig bereinigter Wert. – 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Produzierendes Gewerbe										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ¹⁾										
Deutschland ²⁾										
Beschäftigte	- 7,1	- 6,9	- 9,3	- 10,8	- 10,7	...	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,4	...
dar.: Angestellte	- 2,9	- 3,3	- 6,7	- 6,6	- 6,4	...	- 0,3	- 0,6	- 0,2	...
Arbeiter/-innen	- 8,3	- 8,2	- 10,2	- 12,1	- 12,0	...	+ 2,8	+ 2,3	+ 0,6	...
Geleistete Arbeitsstunden	- 9,9	- 5,3	- 4,3	- 20,8	- 8,5	...	+ 33,8	+ 5,1	- 1,9	...
im Hochbau	- 9,1	- 5,7	- 5,9	- 21,6	- 9,8	...	+ 28,1	+ 3,7	- 1,7	...
Wohnungsbau	- 4,8	- 2,6	- 6,8	- 22,5	- 11,2	...	+ 31,3	+ 5,9	- 0,7	...
Gewerblicher Hochbau	- 16,9	- 10,7	- 5,7	- 21,3	- 8,4	...	+ 22,5	+ 0,3	- 3,6	...
Öffentlicher Hochbau	- 9,1	- 9,5	- 0,7	- 15,9	- 3,1	...	+ 26,1	+ 0,0	- 2,2	...
im Tiefbau	- 11,5	- 4,5	- 0,7	- 19,0	- 5,9	...	+ 47,3	+ 8,0	- 2,2	...
Straßenbau	- 7,2	- 2,2	+ 2,6	- 17,8	- 2,2	...	+ 60,8	+ 17,2	- 0,2	...
Gewerblicher Tiefbau	- 16,2	- 6,3	- 2,1	- 19,0	- 8,6	...	+ 39,6	+ 2,9	- 4,1	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 9,8	- 4,5	- 1,9	- 20,1	- 6,4	...	+ 45,8	+ 5,9	- 2,0	...
Bruttolohnsumme	- 8,2	- 7,6	- 6,8	- 7,6	- 14,1	...	+ 15,8	+ 13,2	- 5,4	...
Bruttogehaltssumme	- 2,0	- 3,0	- 6,0	- 1,9	- 4,1	...	+ 0,6	+ 3,7	- 1,1	...
Gesamtumsatz	- 5,0	- 3,3	+ 13,5	- 17,2	- 11,5	...	+ 49,3	- 11,5	+ 4,4	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 4,9	- 3,2	+ 13,2	- 17,2	- 11,5	...	+ 49,1	- 11,4	+ 4,4	...
Früheres Bundesgebiet ²⁾										
Beschäftigte	- 7,7	- 6,7	- 6,5	- 8,1	- 7,9	...	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,4	...
dar.: Angestellte	- 2,7	- 3,2	- 4,9	- 4,9	- 4,8	...	+ 0,0	- 0,5	- 0,2	...
Arbeiter/-innen	- 9,2	- 7,9	- 7,1	- 9,1	- 8,9	...	+ 3,5	+ 2,7	+ 0,6	...
Geleistete Arbeitsstunden	- 10,7	- 4,8	- 0,2	- 17,8	- 3,2	...	+ 36,4	+ 5,5	- 2,0	...
im Hochbau	- 10,5	- 5,4	- 1,5	- 18,2	- 4,1	...	+ 31,4	+ 4,1	- 1,8	...
Wohnungsbau	- 8,9	- 3,5	- 2,0	- 19,5	- 5,8	...	+ 34,8	+ 5,7	- 0,9	...
Gewerblicher Hochbau	- 13,8	- 8,5	+ 0,0	- 16,2	+ 0,0	...	+ 25,2	+ 0,9	- 3,2	...
Öffentlicher Hochbau	- 10,7	- 8,3	- 3,1	- 14,5	- 3,3	...	+ 29,3	+ 3,8	- 4,0	...
im Tiefbau	- 11,1	- 3,6	+ 2,5	- 17,0	- 1,3	...	+ 47,9	+ 8,3	- 2,4	...
Straßenbau	- 9,8	- 3,0	+ 2,0	- 18,2	- 0,2	...	+ 60,1	+ 17,5	- 0,4	...
Gewerblicher Tiefbau	- 13,7	- 3,6	+ 2,2	- 15,6	- 2,9	...	+ 36,8	+ 2,8	- 4,6	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 9,8	- 4,2	+ 3,0	- 17,3	- 0,9	...	+ 50,5	+ 6,4	- 2,1	...
Bruttolohnsumme	- 8,9	- 7,8	- 3,9	- 3,3	- 11,6	...	+ 17,9	+ 16,0	- 6,9	...
Bruttogehaltssumme	- 2,1	- 3,0	- 3,9	+ 0,7	- 2,2	...	+ 1,1	+ 4,9	- 1,9	...
Gesamtumsatz	- 6,2	- 2,1	+ 15,8	- 12,7	- 6,8	...	+ 46,2	- 9,5	+ 3,9	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 6,0	- 2,0	+ 15,6	- 12,7	- 6,8	...	+ 46,0	- 9,4	+ 3,9	...
Neue Länder und Berlin-Ost ²⁾										
Beschäftigte	- 5,7	- 7,4	- 15,3	- 16,7	- 16,7	...	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,4	...
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,8	- 11,2	- 11,2	- 10,9	...	- 1,0	- 0,9	- 0,5	...
Arbeiter/-innen	- 6,5	- 8,7	- 16,2	- 17,9	- 17,9	...	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,6	...
Geleistete Arbeitsstunden	- 8,3	- 6,2	- 12,5	- 26,9	- 18,9	...	+ 28,4	+ 4,2	- 1,6	...
im Hochbau	- 6,3	- 6,2	- 14,7	- 28,6	- 20,7	...	+ 21,3	+ 2,8	- 1,5	...
Wohnungsbau	+ 5,1	- 0,7	- 16,6	- 29,0	- 21,8	...	+ 23,8	+ 6,4	- 0,5	...
Gewerblicher Hochbau	- 22,1	- 14,7	- 16,5	- 30,9	- 23,6	...	+ 16,7	- 1,0	- 4,8	...
Öffentlicher Hochbau	- 6,1	- 11,5	+ 3,8	- 18,5	- 2,7	...	+ 21,0	- 6,7	+ 1,5	...
im Tiefbau	- 12,4	- 6,2	- 7,4	- 23,3	- 15,0	...	+ 46,0	+ 7,3	- 1,7	...
Straßenbau	- 0,3	- 0,3	+ 3,8	- 16,7	- 6,5	...	+ 62,4	+ 16,6	+ 0,2	...
Gewerblicher Tiefbau	- 20,1	- 10,6	- 9,6	- 25,1	- 18,0	...	+ 45,3	+ 3,1	- 3,2	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 9,9	- 5,3	- 13,3	- 27,0	- 18,9	...	+ 34,2	+ 4,4	- 1,8	...
Bruttolohnsumme	- 6,1	- 7,3	- 14,2	- 18,7	- 20,7	...	+ 10,1	+ 5,4	- 0,9	...
Bruttogehaltssumme	- 1,5	- 3,0	- 12,0	- 9,8	- 9,5	...	- 0,8	- 0,2	+ 1,5	...
Gesamtumsatz	- 2,0	- 6,2	+ 7,6	- 28,2	- 22,7	...	+ 58,6	- 17,0	+ 6,0	...
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 6,1	+ 7,4	- 28,3	- 22,8	...	+ 58,3	- 16,9	+ 6,1	...
Deutschland										
Index des Auftragseingangs ³⁾	- 7,9	- 8,5	+ 5,7	- 0,7	- 1,9	- 2,9	+ 40,3	- 9,6	+ 0,0	+ 16,0
Index des Auftragsbestands ³⁾	- 4,2	- 11,7	- 13,5	.	.	- 100,0	+ 2,1	.	.	- 100,0
Produktionsindex ⁴⁾	- 6,4	- 4,0	- 10,4	- 12,4	- 6,3	- 9,2	+ 33,7	+ 5,7	+ 1,4	+ 7,2
Früheres Bundesgebiet										
Index des Auftragseingangs ³⁾	- 9,0	- 5,5	+ 7,7	+ 2,7	- 1,1	- 4,0	+ 39,4	- 7,3	- 1,9	+ 14,5
Index des Auftragsbestands ³⁾	- 4,3	- 9,3	- 10,5	.	.	- 100,0	+ 1,7	.	.	- 100,0
Produktionsindex ⁴⁾	- 7,3	- 3,8	- 8,0	- 10,2	- 3,2	- 7,6	+ 35,2	+ 5,8	+ 1,3	+ 6,1
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index des Auftragseingangs ³⁾	- 5,3	- 15,3	+ 0,6	- 9,4	- 4,2	- 0,1	+ 42,0	- 15,4	+ 5,3	+ 20,0
Index des Auftragsbestands ³⁾	- 4,0	- 18,1	- 21,2	.	.	- 100,0	+ 4,0	.	.	- 100,0
Produktionsindex ⁴⁾	- 3,1	- 4,4	- 18,6	- 20,5	- 16,7	- 14,5	+ 27,8	+ 4,8	+ 1,9	+ 11,8
Früheres Bundesgebiet										
Handwerk ⁵⁾										
Beschäftigte
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige. Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Endgültige Ergebnisse. – 3) Wertindex. – 4) Arbeitstägig bereinigter Wert. – 5) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997 ¹⁾	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	207 520	213 230	221 197	14 069	13 704	19 706	19 982	22 384	23 647
Rauminhalt	1 000 m ³	271 756	254 121	243 746	15 071	14 603	20 316	20 470	22 867	23 138
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	120 359	113 677	107 709	6 657	6 505	8 811	9 044	9 964	10 098
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 722	40 037	40 265	2 583	2 610	3 432	3 593	4 302	4 390
Rauminhalt	1 000 m ³	228 830	219 163	204 963	12 424	13 869	14 803	17 857	20 676	20 706
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	64 791	58 623	53 265	3 362	3 840	3 542	4 251	4 551	5 002
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	638 630	576 238	529 323	31 624	30 479	38 588	40 798	45 870	46 075
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	264 151	243 754	251 822	7 190	6 565	6 799	7 493	6 984	8 611
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	222 305	207 075	210 508	5 737	4 586	5 212	6 168	7 179	6 732
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	602 757	559 488	570 596	16 182	14 344	14 753	16 577	15 266	18 819
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 120	152 913	162 224	10 735	10 460	15 826	15 469	17 857	18 519
Rauminhalt	1 000 m ³	203 648	185 849	185 105	11 912	11 460	17 322	16 790	18 887	19 186
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	89 195	82 598	81 461	5 266	5 064	7 474	7 406	8 178	8 350
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	31 983	31 589	32 934	2 114	2 123	2 982	3 087	3 747	3 787
Rauminhalt	1 000 m ³	155 888	151 626	150 917	9 655	10 848	11 746	14 732	16 884	16 662
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	43 673	38 940	37 469	2 502	2 783	2 744	3 263	3 532	3 708
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	458 619	390 083	373 578	23 369	21 730	30 996	31 656	35 413	36 097
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	222 120	188 884	184 788	5 279	4 660	5 351	5 643	5 520	6 837
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	152 199	143 563	150 430	4 390	3 021	4 115	4 737	5 360	5 066
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	498 543	416 122	392 676	11 287	9 496	11 274	11 885	11 334	14 386
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	55 400	60 317	58 973	3 334	3 244	3 880	4 513	4 527	5 128
Rauminhalt	1 000 m ³	68 108	68 273	58 641	3 159	3 143	2 994	3 680	3 980	3 952
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	31 165	31 079	26 248	1 391	1 441	1 336	1 638	1 785	1 748
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	8 739	8 448	7 331	469	487	450	506	555	603
Rauminhalt	1 000 m ³	72 942	67 537	54 046	2 769	3 021	3 057	3 125	3 792	4 044
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	21 118	19 682	15 796	860	1 058	798	988	1 019	1 293
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	180 011	186 155	155 745	8 255	8 749	7 592	9 142	10 457	9 978
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	42 031	54 869	67 034	1 926	1 905	1 448	1 850	1 464	1 774
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m ³	70 106	63 513	60 078	1 366	1 565	1 097	1 431	1 819	1 666
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	104 214	143 366	177 920	4 925	4 848	3 479	4 692	3 932	4 433
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	1995= 100	100,0	97,9	100,8	92,9	93,9	112,3	103,7	100,6	103,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	100,0	100,2	99,6	93,5	87,1	101,2	100,8	98,0	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	1995 = 100	100,0	97,5	96,3 r	81,1	81,0	88,9	91,0	103,8	...
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	74 756	75 734	77 305	4 383	4 893	5 898	6 150	8 065	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	12 890	13 193	13 833	761	870	1 033	1 083	1 330	...
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	259 479	254 818	241 153	12 569	14 237	16 184	18 684	23 741	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 305	29 345	30 400	1 691	2 136	2 282	2 383	2 783	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	1 000	12 476	14 546	15 319	755	850	1 034	1 256	1 798	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	917	1 005	1 058	42	48	71	88	118	...
Übernachtungen ⁴⁾	1 000	41 142	45 174	46 017	2 161	2 537	2 825	3 556	5 078	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 721	2 906	2 987	114	133	179	216	288	...

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) In jeweiligen Preisen. – 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997 ¹⁾	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Bautätigkeit und Wohnungen										
Deutschland										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 2,8	+ 3,7	+ 8,7	- 0,6	+ 9,5	+ 16,0	+ 43,8	+ 1,4	+ 12,0	+ 5,6
Rauminhalt	- 6,5	- 4,1	- 0,6	- 5,8	+ 2,0	+ 6,3	+ 39,1	+ 0,8	+ 11,7	+ 1,2
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,5	- 5,2	- 1,9	- 5,5	+ 0,8	+ 6,2	+ 35,4	+ 2,7	+ 10,2	+ 1,5
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 1,7	+ 0,6	+ 17,5	+ 4,2	+ 27,5	+ 11,6	+ 31,5	+ 4,7	+ 19,7	+ 2,0
Rauminhalt	- 4,2	- 6,5	- 0,2	+ 9,2	+ 26,0	- 0,4	+ 6,7	+ 20,6	+ 15,8	+ 0,1
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 9,5	- 9,1	- 4,7	+ 3,5	+ 7,7	- 1,4	- 7,8	+ 20,0	+ 7,1	+ 9,9
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 9,8	- 8,1	- 10,1	- 11,2	- 3,2	- 0,2	+ 26,6	+ 5,7	+ 12,4	+ 0,4
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 7,7	+ 3,3	- 4,7	- 0,5	- 6,4	+ 6,3	+ 3,6	+ 10,2	- 6,8	+ 23,3
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 6,9	+ 1,7	- 19,7	- 12,1	+ 24,3	+ 19,7	+ 13,7	+ 18,3	+ 16,4	- 6,2
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 7,2	+ 2,0	- 9,8	- 7,6	- 10,6	+ 1,8	+ 2,9	+ 12,4	- 7,9	- 23,3
Früheres Bundesgebiet										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 0,5	+ 6,1	+ 20,2	+ 5,7	+ 20,5	+ 20,2	+ 51,3	- 2,3	+ 15,4	+ 3,7
Rauminhalt	- 8,7	- 0,4	+ 12,7	+ 0,8	+ 12,5	+ 13,1	+ 51,2	- 3,1	+ 12,5	+ 1,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 7,4	- 1,4	+ 10,6	+ 1,4	+ 10,9	+ 13,3	+ 47,6	- 0,9	+ 10,4	+ 2,1
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 1,2	+ 4,3	+ 25,2	+ 8,9	+ 37,3	+ 14,8	+ 40,5	+ 3,5	+ 21,4	+ 1,1
Rauminhalt	- 2,7	- 0,5	+ 8,1	+ 21,0	+ 42,7	+ 9,9	+ 8,3	+ 25,4	+ 14,6	- 1,3
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 10,8	- 3,8	+ 9,6	+ 13,0	+ 30,3	- 2,5	- 1,4	+ 18,9	+ 8,2	+ 5,0
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 14,9	- 4,2	+ 1,9	- 2,7	+ 8,0	+ 9,1	+ 42,6	+ 2,1	+ 11,9	+ 1,9
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 15,0	- 2,2	+ 3,9	+ 5,0	- 2,6	+ 13,5	+ 14,8	+ 5,5	- 2,2	+ 23,9
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,7	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,8	+ 26,6	+ 32,7	+ 36,2	+ 15,1	+ 13,2	- 5,5
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,5	- 5,6	+ 0,3	- 4,3	- 9,4	+ 8,5	+ 18,7	+ 5,4	- 4,6	+ 26,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Baugenehmigungen										
Genehmigte Wohngebäude	+ 8,9	- 2,2	- 21,9	- 17,5	- 19,6	+ 3,1	+ 19,6	+ 16,3	+ 0,3	+ 13,3
Rauminhalt	+ 0,2	- 14,1	- 40,9	- 27,7	- 29,4	- 17,7	- 4,7	+ 22,9	+ 8,2	- 0,7
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 0,3	- 15,5	- 40,0	- 28,0	- 28,9	- 18,4	- 7,3	+ 22,6	+ 9,0	- 1,5
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 3,3	- 13,2	- 16,4	- 17,3	- 13,8	- 4,9	- 7,6	+ 12,4	+ 9,7	+ 8,6
Rauminhalt	- 7,4	- 20,0	- 22,9	- 25,3	- 17,3	- 28,3	+ 1,2	+ 2,2	+ 21,3	+ 6,6
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 6,8	- 19,7	- 34,1	- 19,0	- 32,8	+ 2,0	- 24,5	+ 23,8	+ 3,2	+ 26,8
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 3,4	- 16,3	- 39,3	- 32,0	- 28,3	- 23,8	- 13,2	+ 20,4	+ 14,4	- 4,6
Baufertigstellungen										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 30,5	+ 22,2	- 27,2	- 14,2	- 18,5	- 14,5	- 24,0	+ 27,8	- 20,9	+ 21,2
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 9,4	- 5,4	- 56,5	- 40,7	+ 17,8	- 7,9	- 29,9	+ 30,4	+ 27,1	- 8,4
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 37,6	+ 24,1	- 32,1	- 14,9	- 13,7	- 15,1	- 28,2	+ 34,9	- 16,2	+ 12,7
Binnenhandel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Tourismus										
Deutschland										
Großhandel (Umsatzwerte) ^{2) 3)}	- 2,1	+ 3,0	+ 15,1	- 3,4	+ 4,6	- 0,9	+ 19,6	- 7,7	- 3,0	+ 3,2
Einzelhandel (Umsatzwerte) ³⁾	+ 0,2	- 0,6	+ 3,0	- 0,7	+ 0,2	...	+ 16,2	- 0,4	- 2,8	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) ³⁾	- 2,5	- 1,2	- 3,5	- 1,8	- 1,2	...	+ 9,8	+ 2,4	+ 14,1	...
Früheres Bundesgebiet										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	+ 1,3	+ 2,1	+ 5,7	+ 0,1	+ 6,8	...	+ 20,5	+ 4,3	+ 31,1	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,3	+ 4,9	+ 6,7	+ 5,9	+ 7,7	...	+ 18,7	+ 4,8	+ 22,8	...
Übernachtungen ⁴⁾	- 1,8	- 5,4	- 4,8	+ 5,2	+ 2,2	...	+ 13,7	+ 15,4	+ 27,1	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 0,1	+ 3,6	+ 4,5	+ 8,9	+ 6,6	...	+ 6,8	+ 4,4	+ 16,8	...
Neue Länder und Berlin-Ost										
Tourismus										
Ankünfte ⁴⁾	+ 8,6	+ 5,3	+ 2,3	+ 1,8	+ 6,6	...	+ 21,6	+ 21,5	+ 43,2	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 9,6	+ 5,3	- 0,9	+ 5,3	+ 11,1	...	+ 45,9	+ 23,9	+ 34,0	...
Übernachtungen ⁴⁾	+ 9,8	+ 1,9	- 5,3	+ 5,6	+ 6,9	...	+ 11,4	+ 25,9	+ 42,8	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 6,8	+ 2,8	- 23,4	- 13,4	- 2,2	...	+ 34,7	+ 20,7	+ 33,2	...

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) In jeweiligen Preisen. - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1997		1998			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
Außenhandel 1) 2)										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	664 234	690 399	755 865	66 546	65 005	67 899	65 318	70 936	72 286
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	68 087	71 405	71 533	6 478	6 140	6 742	5 784	6 181	6 603
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	560 905	584 269	627 329	55 294	53 122	55 167	53 856	58 818	59 487
Rohstoffe	Mill. DM	31 631	36 045	38 065	3 205	3 354	2 745	2 564	3 243	2 688
Halbwaren	Mill. DM	62 039	62 845	71 784	6 383	5 852	6 437	5 790	5 677	6 252
Fertigwaren	Mill. DM	467 235	485 378	517 480	45 706	43 916	45 985	45 503	49 898	50 548
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	375 094	388 558	410 078	36 142	35 894	37 939	36 333	37 434	40 560
EFTA-Länder	Mill. DM	39 645	41 781	46 404	4 119	4 033	3 724	3 773	4 463	3 650
NAFTA-Länder	Mill. DM	51 593	55 520	64 953	5 658	5 314	5 696	5 933	6 648	6 327
ASEAN-Länder 3)	Mill. DM	17 294	18 488	22 161	1 890	1 835	2 112	1 776	2 020	2 133
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	749 537	788 937	886 776	79 513	77 324	73 882	77 262	83 688	83 939
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	38 049	41 841	41 940	4 068	3 601	4 000	3 764	3 621	3 904
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	690 908	720 712	806 598	72 010	70 398	66 506	69 970	76 443	76 229
Rohstoffe	Mill. DM	7 517	7 018	6 857	653	552	599	589	604	579
Halbwaren	Mill. DM	37 249	38 822	42 686	3 744	3 565	3 832	3 682	3 740	3 805
Fertigwaren	Mill. DM	646 142	674 872	757 055	67 613	66 280	62 075	65 698	72 100	71 846
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	Mill. DM	437 164	453 715	491 647	44 495	42 021	43 228	44 927	45 407	49 085
EFTA-Länder	Mill. DM	46 407	45 153	48 369	4 188	3 953	3 749	4 117	4 686	4 257
NAFTA-Länder	Mill. DM	62 143	68 181	88 727	7 954	8 070	7 178	8 213	9 747	8 986
ASEAN-Länder 3)	Mill. DM	20 616	22 089	23 755	1 878	2 014	1 702	1 362	1 597	1 606
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+ 85 303	+ 98 538	+ 130 912	+ 12 967	+ 12 318	+ 5 983	+ 11 944	+ 12 752	+ 11 653
Verkehr										
Deutschland										
Güterverkehr										
Beförderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	1 000 t	333 195	319 436	321 578	28 734	24 799	26 215	25 381	29 309	25 870
Binnenschifffahrt	1 000 t	237 884	227 019	233 455	18 641	18 339	20 068	17 785	21 350	20 564
Seeverkehr	1 000 t	197 954	129 467	136 249	18 381	18 035	17 531	16 297	18 626	17 923
Luftverkehr 4)	1 000 t	1 773	1 859	2 004	189	169	141	151	173	154
Rohöl-Rohrfernleitungen 5)	1 000 t	87 198	89 365	87 385	7 154	7 776	7 148	6 806	7 566	7 665
Straßengüterverkehr 6) 7)	1 000 t	3 169 559	3 014 946	2 979 981	272 935	172 403	155 577	169 954	238 632	256 783
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	Mill. tkm	70 863	69 714	73 987	6 755	5 718	6 065	6 005	7 199	6 137
Binnenschifffahrt	Mill. tkm	63 982	61 292	62 153	4 596	4 575	5 554	4 778	5 972	5 623
Rohöl-Rohrfernleitungen 5)	Mill. tkm	14 758	14 500	13 151	1 160	1 229	994	1 122	958	1 239
Straßengüterverkehr 6)	Mill. tkm	237 798	236 584	245 882	21 662	16 112	18 121	18 496	23 531	21 717
Personenverkehr										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 655,9	1 709,0	1 735,3	147,1	144,1	146,9	145,9	148,8	148,3
Luftverkehr	Mill.	90,0	93,2	99,3	7,2	6,2	6,2	6,2	7,9	8,5
Öffentlicher Straßenverkehr	Mill.	7 873,3	7 834,5	7 838,0		2 111,5 a)			2 036,1 b)	
Kraftfahrzeuge 8)										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	1 000	3 820,1	4 045,7	4 132,8	285,1	297,2	292,8	322,2	515,8	374,6
dar.: Personenkraftwagen	1 000	3 314,1	3 496,3	3 528,2	250,7	265,0	261,6	280,2	435,8	299,2
Besitzumschreibungen gebrauchter										
Kraftfahrzeuge	1 000	8 337,4	8 447,1	8 342,3	593,0	582,7	654,2	651,0	841,0	787,7
dar.: Personenkraftwagen	1 000	7 483,7	7 583,1	7 382,1	543,1	538,5	596,5	579,3	734,2	671,1
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	388 003	373 082	380 835	29 000	27 168	26 431	23 618	28 305 r	29 104
getötete Personen	Anzahl	9 454	8 758	8 549	666	717	623	538	617 r	579
schwerverletzte Personen	Anzahl	122 973	116 456	115 414	8 576	8 087	8 076	6 937	7 970 r	8 382
leichtverletzte Personen	Anzahl	389 168	376 702	385 680	29 373	28 595	27 038	24 283	29 519 r	30 227
Unfälle mit nur Sachschaden	1 000	1 841,2	1 896,5	1 851,5	157,7	169,1	146,4	130,8	153,0 r	147,4
dar.: schwerwiegende Unfälle	1 000	163,7	152,5	140,7	12,3	12,8	11,3	9,8	11,1 r	10,5
		1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf 9)	Mrd. DM	237,5	246,8	247,0	242,2	243,7	242,8	244,7	244,1	242,0
Deutsche Bundesbank 9)										
Währungsreserven und sonstige										
Auslandsaktiva 10)	Mrd. DM	123,3	121,0	116,8	117,0	118,0	118,9	119,6	131,8	132,2
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	213,1	226,2	235,2	225,3 r	230,9	227,9	225,9	205,5	211,1

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. – 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen. – 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar. – 4) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). – 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. – 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. – 7) Nur inländische Lkw. (einschl. tkm im Ausland). – 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. – 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. – 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

a) 4. Vj 1997. – b) 1. Vj 1998.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	Jan. 97	Febr. 97	März 97	April 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98
Außenhandel ¹⁾										
Deutschland										
Einfuhr (Spezialhandel)	+ 3,9	+ 9,5	+ 15,0	+ 11,2	+ 17,4	+ 15,0	+ 4,5	- 3,8	+ 8,6	+ 1,9
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	+ 0,2	+ 26,3	+ 4,2	+ 6,9	+ 9,0	+ 9,8	- 14,2	+ 6,9	+ 6,8
Gewerbliche Wirtschaft	+ 4,2	+ 7,4	+ 12,2	+ 10,4	+ 17,4	+ 13,7	+ 3,8	- 2,4	+ 9,2	+ 1,1
Rohstoffe	+ 14,0	+ 5,6	- 21,2	- 15,4	+ 0,1	+ 1,5	- 18,2	- 6,6	+ 26,5	- 17,1
Halbwaren	+ 1,3	+ 14,2	+ 11,4	+ 6,7	- 3,0	+ 15,0	+ 10,0	- 10,1	- 2,0	+ 10,1
Fertigwaren	+ 3,9	+ 6,6	+ 15,2	+ 12,8	+ 21,7	+ 14,3	+ 4,7	- 1,0	+ 9,7	+ 1,3
Ländergruppen (Ursprungsländer)										
EU-Länder	+ 3,6	+ 5,5	+ 23,3	+ 9,3	+ 10,5	+ 25,1	+ 5,7	- 4,2	+ 3,0	+ 8,4
EFTA-Länder	+ 5,4	+ 11,1	+ 0,4	+ 13,2	+ 22,0	- 5,5	- 7,7	+ 1,3	+ 18,3	- 18,2
NAFTA-Länder	+ 7,6	+ 17,0	+ 10,8	+ 31,6	+ 31,2	- 5,0	+ 7,2	+ 4,2	+ 12,0	- 4,8
ASEAN-Länder ²⁾	+ 6,9	+ 19,9	+ 7,6	+ 11,3	+ 20,1	+ 12,1	+ 15,1	- 15,9	+ 13,7	+ 5,6
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 5,3	+ 12,4	+ 15,0	+ 13,7	+ 18,8	+ 14,5	- 4,5	+ 4,6	+ 8,3	+ 0,3
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 10,0	+ 0,2	+ 33,3	+ 14,8	+ 4,7	+ 14,7	+ 11,1	- 5,9	- 3,8	- 7,8
Gewerbliche Wirtschaft	+ 4,3	+ 11,9	+ 13,9	+ 13,6	+ 19,7	+ 14,2	- 5,5	+ 5,2	+ 9,3	- 0,3
Rohstoffe	- 6,6	- 2,3	+ 14,1	+ 16,4	+ 4,8	+ 4,4	+ 8,5	- 1,7	+ 2,5	- 4,2
Halbwaren	+ 4,2	+ 10,0	+ 22,4	+ 8,1	+ 7,1	+ 9,5	+ 7,5	+ 3,9	+ 1,6	+ 1,7
Fertigwaren	+ 4,4	+ 12,2	+ 13,4	+ 13,9	+ 20,5	+ 14,6	- 6,3	+ 5,8	+ 9,7	- 0,4
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	+ 3,8	+ 8,4	+ 17,4	+ 13,8	+ 12,8	+ 24,0	+ 2,9	+ 3,9	+ 1,1	+ 8,1
EFTA-Länder	- 2,7	+ 7,1	+ 8,3	+ 9,0	+ 19,6	- 3,0	- 5,2	+ 9,8	+ 13,8	- 9,2
NAFTA-Länder	+ 9,7	+ 30,1	+ 20,4	+ 26,2	+ 41,4	+ 17,9	- 11,1	+ 14,4	+ 18,7	- 7,8
ASEAN-Länder ²⁾	+ 7,1	+ 7,5	- 3,5	- 22,1	- 11,3	- 26,1	- 15,5	- 20,0	+ 17,3	+ 0,5
Verkehr										
Deutschland										
Güterverkehr										
Beförderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	- 4,1	+ 0,7	+ 0,8	- 1,9	+ 11,8	+ 10,9	+ 5,7	- 3,2	+ 15,5	- 11,7
Binnenschifffahrt	- 4,6	+ 2,8	+ 61,6	+ 0,4	+ 4,9	- 5,0	+ 9,4	- 11,4	+ 20,0	- 3,7
Seeverkehr	- 34,6	+ 5,2	+ 6,8	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,5	- 2,8	- 7,0	+ 14,3	- 3,8
Luftverkehr ³⁾	+ 4,8	+ 7,8	+ 0,2	+ 0,5	- 3,3	- 4,2	- 16,3	+ 6,7	+ 14,7	- 10,9
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	+ 2,5	- 2,2	- 4,0	- 1,1	- 0,0	+ 7,0	- 8,1	- 4,8	+ 11,2	+ 1,3
Straßengüterverkehr ^{5) 6)}	- 4,9	- 1,2	+ 16,4	+ 2,1	+ 12,0	- 13,3	- 9,8	+ 9,2	+ 40,4	+ 7,6
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	- 1,6	+ 6,1	+ 3,5	+ 1,6	+ 18,8	- 7,7	+ 6,1	- 1,0	+ 19,9	- 14,8
Binnenschifffahrt	- 4,2	+ 1,4	+ 83,1	+ 4,0	+ 7,3	- 4,3	+ 21,4	- 14,0	+ 25,0	- 5,8
Rohöl-Rohrfernleitungen ⁴⁾	- 1,7	- 9,3	- 16,3	+ 4,7	- 12,4	+ 10,9	- 19,1	+ 12,8	- 14,6	+ 29,4
Straßengüterverkehr ⁵⁾	- 0,5	+ 3,9	+ 10,0	+ 6,1	+ 19,2	- 7,5	+ 12,5	+ 2,1	+ 27,2	+ 29,4
Personenverkehr										
Beförderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 3,2	+ 1,5	- 6,3	+ 4,0	+ 5,4 r	+ 2,3 p	+ 1,9	- 0,7	+ 2,0 r	- 0,3
Luftverkehr	+ 3,5	+ 6,6	+ 4,3	+ 5,7	+ 2,2	+ 6,2	+ 0,8	- 0,5	+ 27,6	+ 6,9
Öffentlicher Straßenverkehr	- 0,4	+ 0,0			+ 1,2 a)				- 3,6 b)	
Kraftfahrzeuge ⁷⁾										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 5,9	+ 2,2	- 0,5	+ 7,1	+ 22,4	- 12,8	- 1,5	+ 10,1	+ 60,1	- 27,4
dar.: Personenkraftwagen	+ 5,5	+ 0,9	- 1,7	+ 8,0	+ 26,9	- 14,7	- 1,2	+ 7,1	+ 55,5	- 31,3
Besitzumschreibungen gebrauchter										
Kraftfahrzeuge	+ 1,3	- 1,2	- 0,4	+ 0,8	+ 9,4	- 5,5	+ 12,3	- 0,5	+ 29,2	- 6,3
dar.: Personenkraftwagen	+ 1,3	- 2,6	- 1,9	+ 0,2	+ 12,6	- 6,7	+ 10,8	- 2,9	+ 26,7	- 8,6
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	- 3,8	+ 2,1	+ 11,3	- 1,1	- 0,1	- 4,6	- 2,7	- 10,6	+ 19,8	+ 2,8
getötete Personen	- 7,4	- 2,4	+ 15,4	- 6,4	- 4,9	- 15,8	- 13,1	- 13,6	+ 14,7	- 6,2
schwerverletzte Personen	- 5,3	- 0,9	+ 10,9	- 3,0	- 10,0	- 7,0	- 0,1	- 14,1	+ 14,9	+ 5,2
leichtverletzte Personen	- 3,2	+ 2,4	+ 10,8	- 0,2	+ 0,8	- 2,1	- 5,4	- 10,2	+ 21,6	+ 2,4
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,0	- 2,4	- 10,5	- 2,8	+ 6,3	+ 5,1	- 13,4	- 10,7	+ 17,0	- 3,7
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 6,9	- 7,7	- 9,4	- 8,8	- 3,7	- 7,8	- 11,8	- 12,7	+ 12,7	- 5,3
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Geld und Kredit										
Deutschland										
Bargeldumlauf ⁸⁾	+ 3,9	+ 0,1	- 1,4	- 0,4	- 0,9	- 1,5	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,9
Deutsche Bundesbank ⁸⁾										
Währungsreserven und sonstige										
Auslandsaktiva ⁹⁾	- 1,9	- 3,5	- 0,2	+ 0,6	+ 10,1	+ 11,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 10,2	+ 0,3
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 6,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 8,7	- 2,6	- 8,0	- 1,3	- 0,9	- 9,0	+ 2,7

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. – 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar. – 3) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). – 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. – 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln; Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. – 6) Nur inländische Lkw (einschl. Ikm im Ausland). – 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. – 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. – 9) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

a) 1. Vj 1998 gegenüber 1. Vj 1997. – b) 1. Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute ¹⁾										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 436,9	4 773,1	5 058,4	5 081,6	5 111,4	5 161,0	5 203,7	5 214,3r	5 225,2
an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 369,4	3 624,4	3 849,2	3 858,0	3 876,4	3 913,7	3 947,0	3 966,8r	3 970,9
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 067,5	1 148,7	1 209,3	1 223,6	1 235,0	1 247,3	1 256,7	1 247,5	1 254,3
Einlagen inländischer Nichtbanken	Mrd. DM	3 021,1	3 241,5	3 342,0	3 311,2	3 324,2	3 318,4	3 323,8	3 334,5	3 337,7
dar.: Spareinlagen	Mrd. DM	1 046,1	1 143,0	1 182,1	1 184,7	1 188,4	1 185,9	1 180,8	1 178,1	1 175,2
Bausparkassen ²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1 000	3 270,7	4 349,6	3 862,1	314,8	304,0	345,4	312,4	299,0	284,7
Bauspareinlagen (Bestände)	Mrd. DM	156,8	168,1	178,2	178,0	178,3	178,3	177,7	177,5	177,4
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	Mrd. DM	161,7	168,4	175,4	175,6	174,9	175,5	176,0	176,1	177,3
Wertpapiermarkt ¹⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mrd. DM	620,1	732,0	846,6	104,6	102,6	81,7	91,7	68,2	71,8
Festverzinsliche Wertpapiere	Mrd. DM	5,9	8,4	4,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,3	0,9
Aktien (Nominalwert) ⁴⁾	Mrd. DM	5,9	8,4	4,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,3	0,9
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	6,5	5,6	5,1	4,9	4,7	4,7	4,8	4,8	4,7
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 780	1 989	2 155	2 090	2 124	2 050	1 883	1 685	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	982	1 104	1 339	1 461	1 441	1 470	1 447	1 373	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	1 000	X	451	349	292	271	286	294	295	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 517,5	7 652,1	7 762,4	6 974,2	6 197,8	7 335,1	6 990,9	7 544,3	7 181,0
dar.: Beiträge	Mill. DM	7 029,5	7 089,4	7 149,4	6 752,8	6 021,5	7 119,9	6 437,7	7 247,2	6 762,6
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	8 091,9	8 799,0	8 561,0	4 764,4	8 344,2	8 773,5	8 698,0	8 190,4	8 458,2
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	4 016,7	4 637,9	4 935,8	2 848,4	5 353,1	5 317,1	5 358,7	4 712,9	4 506,3
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	50 675	50 820	50 842	50 754	50 614	50 621
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	1 000	30 135	29 792	29 577	29 449	29 250	29 210
Rentner/-innen	1 000	14 813	15 047	15 153	15 192	15 198	15 206
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	1 216	1 304	1 342	1 259	1 279	1 224	1 126	1 026	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	661	750	895	913	903	916	901	856	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	1 000	230	241	191	169	160	169	171	168	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	7 182,9	7 323,7
dar.: Beiträge	Mill. DM	6 699,9	6 765,8
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	5 110,2	5 613,5	5 341,7	2 997,4	5 258,6	5 516,5	5 416,6	5 051,5	5 107,5
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	2 959,3	3 262,7	3 275,3	1 844,5	3 456,1	3 423,3	3 427,1	3 018,5	2 912,1
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	40 485	40 683	40 747	40 708	40 605	40 616
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	1 000	23 755	23 600	23 479	23 415	23 272	23 353
Rentner/-innen	1 000	11 705	11 762	11 805	11 814	11 819	11 822
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	1 000	564	684	813	831	845	826	757	659	...
Arbeitslosenhilfe	1 000	321	354	459	548	538	554	546	517	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	1 000	X	210	158	122	110	117	123	127	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	334,6	328,4
dar.: Beiträge	Mill. DM	329,7	323,6
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	Mill. DM	2 981,7	3 185,5	3 218,5	1 767,1	3 085,6	3 256,9	3 281,4	3 138,9	3 350,8
dar.: Arbeitslosengeld	Mill. DM	1 057,4	1 375,2	1 660,5	1 003,9	1 897,1	1 893,8	1 931,6	1 694,4	1 594,2
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	1 000	10 190	10 137	10 096	10 047	10 009	10 004
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	1 000	6 380	6 191	6 098	6 034	5 978	5 957
Rentner/-innen	1 000	3 107	3 284	3 349	3 378	3 380	3 834
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel ⁷⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	743 511	706 071	700 739	50 820	48 178	63 102	49 488	51 509	...
Lohnsteuer ⁸⁾	Mill. DM	579 177	555 015	554 695	46 401	38 183	51 882	37 622	39 834	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	282 700	251 278	248 672	22 245	17 883	18 232	18 457	19 468	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	13 997	11 616	5 763	- 1 852	- 3 305	4 420	- 3 834	- 3 442	...
Zinsabschlag	Mill. DM	16 914	13 345	14 694	3 782	822	674	1 716	347	...
Körperschaftsteuer	Mill. DM	12 807	12 110	11 398	3 115	1 008	1 000	858	617	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	18 136	29 458	33 267	- 778	- 726	10 414	1 156	- 117	...
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	198 496	200 381	199 934	16 610	18 868	13 320	15 371	19 265	...
Bundessteuern	Mill. DM	36 126	36 827	40 966	3 278	3 634	3 822	3 898	3 697	...
dar.: Versicherungssteuer	Mill. DM	134 066	137 865	135 264	4 210	9 088	10 875	8 876	10 522	...
Tabaksteuer	Mill. DM	14 104	14 348	14 127	784	4 587	1 045	775	995	...
Branntweinsteuer	Mill. DM	20 595	20 698	21 155	476	872	1 796	1 622	1 927	...
Mineralölsteuer	Mill. DM	4 837	5 085	4 662	136	61	571	288	329	...
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	64 888	68 251	66 008	464	2 342	5 046	4 982	5 912	...
Landessteuern	Mill. DM	26 267	26 091	25 891	2 170	1 045	2 073	1 028	1 048	...
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	36 602	38 540	34 682	3 403	2 884	3 677	3 401	3 005	...
Grundwerbsteuer ⁹⁾	Mill. DM	7 855	9 035	1 757	155	76	115	84	70	...
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	6 067	6 390	9 127	808	783	1 062	910	787	...
Biersteuer	Mill. DM	13 805	13 743	14 418	1 570	1 195	1 614	1 526	1 426	...
Zölle	Mill. DM	1 779	1 719	1 699	150	118	121	133	149	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹⁰⁾	Mill. DM	7 117	6 592	6 899	502	550	549	572	526	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹¹⁾	Mill. DM	7 855	8 945	8 732	159	257	- 0	1 721	586	...
Verbrauchsbesteuer Erzeugnisse ¹²⁾										
Zigaretten (Menge)	Mill. St	137 526	138 136	139 375	11 512	10 892	12 579	12 936	11 951	10 917
Bierabsatz	1 000 hl	115 164	112 807	112 627	7 696	7 786	8 615	9 805	10 476	10 281
Leichtöle: Benzin bleifrei	1 000 hl	379 428	393 790	406 023	31 219	30 433	34 722	34 763	34 468	33 755
Benzin bleihaltig	1 000 hl	20 929	9 230	135	1	1	- 2	1	0	0
Gasöle (Dieselkraftstoff)	1 000 hl	304 250	307 334	314 232	22 109	22 803	28 029	27 300	26 510	26 651
Heizöl (EL und L)	1 000 hl	392 076	437 487	417 017	36 856	34 018	45 322	27 481	22 744	34 073
Erdgas	GWh	806 546	889 383	844 540	105 459	88 943	91 053	65 828	45 387	31 222

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. – 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn. – 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. – 4) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten. – 5) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einsch. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte. – 6) Ohne Rentner/-innen. – 7) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. – 8) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. – 9) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. – 10) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. – 11) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. – 12) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	März 97	April 97	Mai 97	Juni 97	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
Geld und Kredit										
Deutschland										
Kreditinstitute¹⁾										
Kredite an inländische Nichtbanken	+ 7,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 6,9	+ 6,6	+ 6,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2
an Unternehmen und Privatpersonen	+ 7,6	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,2	+ 7,3	+ 6,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,1
an öffentliche Haushalte	+ 7,7	+ 5,3	+ 4,7	+ 5,8	+ 4,4	+ 6,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5
Einlagen inländischer Nichtbanken	+ 7,3	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
dar.: Spareinlagen	+ 9,3	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
Bausparkassen²⁾										
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 33,0	+ 11,2	+ 4,5	+ 5,7	+ 0,0	+ 3,2	+ 13,6	+ 9,6	+ 4,3	+ 4,8
Bauspareinlagen (Bestände)	+ 7,2	+ 6,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 4,5	+ 4,2	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Baudarlehen (Bestände) ³⁾	+ 4,1	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,7
Wertpapiermarkt¹⁾										
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	+ 18,0	+ 15,7	+ 4,5	+ 42,0	+ 15,0	+ 11,7	+ 20,4	+ 12,2	+ 25,6	+ 5,3
Festverzinsliche Wertpapiere	+ 42,4	+ 50,0	+ 0,0	+ 50,0	+ 50,0	+ 80,0	+ 25,0	+ 20,0	+ 50,0	+ 200,0
Aktien (Nominalwert) ⁴⁾	+ 13,8	+ 8,9	+ 7,8	+ 5,9	+ 4,0	+ 6,0	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,0	+ 2,1
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere										
Sozialleistungen										
Deutschland										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 11,7	+ 8,4	+ 12,9	+ 14,7	+ 20,0	...	+ 3,5	+ 8,1	+ 10,5	...
Arbeitslosenhilfe	+ 12,5	+ 21,2	+ 14,6	+ 11,3	+ 20,8	...	+ 2,1	+ 1,6	+ 5,1	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	X	+ 22,7	+ 26,8	+ 23,5	+ 20,5	...	+ 5,7	+ 2,8	+ 0,5	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,8	+ 1,4	+ 14,6	+ 9,8	+ 1,7	+ 4,5	+ 18,4	+ 4,7	+ 7,9	+ 4,8
dar.: Beiträge	+ 0,9	+ 0,8	+ 15,5	+ 6,3	+ 0,9	+ 2,2	+ 18,2	+ 9,6	+ 12,6	+ 6,7
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 8,7	+ 2,7	+ 6,8	+ 8,2	+ 6,1	+ 0,9	+ 5,1	+ 0,9	+ 5,8	+ 3,3
dar.: Arbeitslosengeld	+ 15,5	+ 6,4	+ 4,0	+ 2,2	+ 7,3	+ 4,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 12,1	+ 4,4
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,1
Rentner/-innen	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1
Früheres Bundesgebiet										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 7,3	+ 2,9	+ 17,7	+ 18,5	+ 21,8	...	+ 4,3	+ 0,8	+ 8,9	...
Arbeitslosenhilfe	+ 13,5	+ 19,3	+ 4,6	+ 1,7	+ 3,7	...	+ 1,5	+ 1,7	+ 4,9	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	+ 4,8	+ 21,0	+ 18,4	+ 16,7	+ 16,3	...	+ 5,4	+ 1,2	+ 1,5	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 2,0
dar.: Beiträge	+ 1,0
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 9,8	+ 4,8	+ 7,2	+ 9,0	+ 7,3	+ 0,9	+ 4,9	+ 1,8	+ 6,7	+ 1,1
dar.: Arbeitslosengeld	+ 10,2	+ 0,4	+ 8,8	+ 7,3	+ 11,3	+ 5,6	+ 0,9	+ 0,1	+ 11,9	+ 3,5
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,1
Rentner/-innen	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,0
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeitsförderung										
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 21,3	+ 18,8	+ 4,6	+ 8,3	+ 16,9	...	+ 2,3	+ 8,3	+ 13,0	...
Arbeitslosenhilfe	+ 10,5	+ 29,5	+ 36,1	+ 32,0	+ 21,1	...	+ 3,0	+ 1,4	+ 4,5	...
Unterhaltsgeld ⁵⁾	X	+ 24,7	+ 36,3	+ 31,3	+ 25,4	...	+ 6,2	+ 5,1	+ 3,1	...
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	+ 1,9
dar.: Beiträge	+ 1,8
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit	+ 6,8	+ 1,0	+ 6,0	+ 6,7	+ 4,1	+ 3,7	+ 5,6	+ 0,8	+ 4,3	+ 6,7
dar.: Arbeitslosengeld	+ 30,3	+ 20,7	+ 6,3	+ 7,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 2,0	+ 12,3	+ 5,9
Gesetzliche Krankenversicherung										
Mitglieder insgesamt	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,0
dar.: Pflichtmitglieder ⁶⁾	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,4
Rentner/-innen	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 0,1
Finanzen und Steuern										
Deutschland										
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder sowie EU-Eigenmittel⁷⁾	+ 1,8	+ 0,8	+ 1,6	+ 7,3	+ 3,2	...	+ 31,0	+ 21,6	+ 4,1	...
Gemeinschaftsteuern	+ 4,2	+ 0,1	+ 2,2	+ 12,7	+ 5,0	...	+ 35,9	+ 27,5	+ 5,9	...
Lohnsteuer ⁸⁾	+ 11,1	+ 1,0	+ 5,6	+ 1,4	+ 6,0	...	+ 2,0	+ 1,2	+ 5,5	...
Veranlagte Einkommensteuer	+ 17,0	+ 50,4	+ 34,0	X	X	...	X	X	X	...
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	+ 21,1	+ 10,1	+ 17,3	+ 99,3	+ 57,5	...	+ 18,0	+ 154,5	+ 79,8	...
Zinsabschlag	+ 5,4	+ 5,9	+ 29,6	+ 31,5	+ 9,9	...	+ 0,8	+ 14,3	+ 28,1	...
Körperschaftsteuer	+ 62,4	+ 12,9	+ 20,5	X	X	...	X	+ 88,9	X	...
Umsatzsteuer	+ 0,9	+ 0,2	+ 4,3	+ 3,1	+ 13,1	...	+ 29,4	+ 15,4	+ 25,3	...
Einfuhrumsatzsteuer	+ 1,9	+ 11,2	+ 32,4	+ 8,4	+ 9,4	...	+ 5,2	+ 2,0	+ 5,2	...
Bundessteuern	+ 2,8	+ 1,9	+ 6,6	+ 6,7	+ 2,3	...	+ 19,7	+ 18,4	+ 18,5	...
dar.: Versicherungssteuer	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,3	+ 12,2	+ 4,7	...	+ 77,2	+ 25,8	+ 28,3	...
Tabaksteuer	+ 0,5	+ 2,2	+ 2,9	+ 4,7	+ 6,5	...	+ 106,1	+ 9,7	+ 18,8	...
Branntweinsteuer	+ 5,1	+ 8,3	+ 10,3	+ 26,7	+ 4,3	...	+ 831,7	+ 49,6	+ 14,3	...
Mineralölsteuer	+ 5,2	+ 3,3	+ 4,6	+ 1,2	+ 11,1	...	+ 115,5	+ 1,3	+ 18,7	...
Solidaritätszuschlag	+ 0,7	+ 0,8	+ 23,5	+ 23,2	+ 29,0	...	+ 98,3	+ 50,4	+ 1,9	...
Landessteuern	+ 5,3	+ 10,0	+ 27,6	+ 9,6	+ 6,6	...	+ 27,5	+ 7,5	+ 11,6	...
dar.: Vermögensteuer	+ 15,0	+ 80,6	+ 38,6	+ 44,8	+ 55,0	...	+ 50,5	+ 26,5	+ 16,7	...
Grundwerbsteuer ⁹⁾	+ 5,3	+ 42,8	+ 33,6	+ 15,9	+ 10,8	...	+ 35,6	+ 14,3	+ 13,6	...
Kraftfahrzeugsteuer	+ 0,5	+ 4,9	+ 38,1	+ 7,2	+ 14,5	...	+ 35,0	+ 5,5	+ 6,6	...
Biersteuer	+ 3,4	+ 1,2	+ 8,0	+ 0,0	+ 3,4	...	+ 3,1	+ 9,4	+ 11,9	...
Zölle	+ 7,4	+ 4,7	+ 11,9	+ 8,7	+ 9,8	...	+ 0,1	+ 4,2	+ 8,1	...
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ¹⁰⁾	+ 6,3	+ 2,4	X	+ 4,3	+ 5,3	...	X	X	+ 65,9	...
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ¹¹⁾	+ 11,4	+ 3,3	+ 5,3	+ 26,1	+ 28,8	...	+ 39,4	+ 30,3	+ 9,6	...
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse¹²⁾										
Zigaretten (Menge)	+ 0,4	+ 0,9	+ 11,4	+ 1,3	+ 13,7	+ 9,2	+ 15,5	+ 2,8	+ 7,6	+ 8,7
Bierabsatz	+ 2,2	+ 0,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,5	+ 1,3	+ 10,6	+ 13,8	+ 6,8	+ 1,9
Leichtöle: Benzin bleifrei	+ 3,8	+ 3,1	+ 4,9	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,6	+ 14,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,1
Benzin bleihaltig	+ 55,9	+ 98,5	X	+ 90,0	X	X	X	X	X	X
Gasöle (Dieselkraftstoff)	+ 1,0	+ 2,2	+ 11,6	+ 3,6	+ 5,0	+ 0,3	+ 22,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,5
Heizöl (EL und L)	+ 11,6	+ 4,7	+ 49,0	+ 31,6	+ 20,1	+ 15,1	+ 33,2	+ 39,4	+ 17,2	+ 49,8
Erdgas	+ 10,3	+ 5,0	+ 14,3	+ 10,4	+ 8,0	+ 26,7	+ 2,4	+ 27,7	+ 31,1	+ 31,2

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. – 2) Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen e.V., Bonn und Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn. – 3) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung. – 4) Aufgrund von Bareinzahlung und Umtausch von Wandschuldverschreibungen ab Januar 1994 einschl. Aktien ostdeutscher Emittenten. – 5) An Teilnehmende von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung. Bis einschl. Dezember 1996 einschl. Übergangsgeld für Behinderte. – 6) Ohne Rentner/-innen. – 7) Zölle, Mehrwertsteuer- und BSP-Eigenmittel. – 8) Ab 1996 um Kindergeld gekürzt. – 9) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. – 10) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. – 11) 15% an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer sowie 12% am Zinsabschlag. – 12) Mineralöl netto, nach Abzug von Steuererstattung und -vergütung.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1997	1998				
					Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	538 674	539 423	542 587	80 845	45 307	37 285	51 677	37 573	39 279
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	255 259	249 298	250 231	37 052	22 276	18 337	18 747	18 923	19 864
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	17 206	15 534	11 079	10 675	- 1 374	- 2 777	5 028	- 3 018	- 2 616
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	16 182	12 895	14 162	566	3 663	781	650	1 685	309
Zinsabschlag	Mill. DM	12 678	11 951	11 270	948	3 062	997	993	825	640
Körperschaftsteuer	Mill. DM	18 767	29 549	32 719	11 762	- 730	- 678	10 073	1 154	- 72
Umsatzsteuer	Mill. DM	183 431	184 385	183 251	16 150	15 214	17 068	12 458	14 187	17 503
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	35 151	35 810	39 875	3 694	3 194	3 557	3 726	3 817	3 651
Landesteuern	Mill. DM	32 431	34 262	29 859	2 472	2 965	2 538	3 183	2 977	2 622
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	7 857	9 031	1 760	130	155	76	115	84	70
Grunderwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	4 501	4 776	7 057	643	663	651	856	746	652
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 784	11 726	12 332	937	1 330	1 027	1 398	1 316	1 228
Biersteuer	Mill. DM	1 535	1 458	1 423	99	126	97	102	110	122
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	Mill. DM	7 650	8 714	8 710	2 120	159	257	- 0	1 719	572
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 503	39 421	39 534	5 769	3 451	3 262	2 586	2 424	2 936
Lohnsteuer ¹⁾	Mill. DM	27 442	25 808	25 867	3 653	2 325	1 910	1 865	1 910	1 985
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 3 209	- 3 919	- 5 315	183	- 478	- 528	- 608	- 815	- 826
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	732	451	532	25	119	41	24	31	37
Zinsabschlag	Mill. DM	129	159	128	8	52	11	7	32	- 23
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 631	- 91	548	310	- 48	- 48	341	2	- 45
Umsatzsteuer	Mill. DM	15 065	15 996	16 683	1 448	1 396	1 800	862	1 184	1 762
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	975	1 017	1 091	142	84	77	96	81	46
Landesteuern	Mill. DM	4 171	4 278	4 823	391	438	346	494	424	383
dar.: Vermögensteuer	Mill. DM	- 1	4	4	- 4	- 0	0	0	0	0
Grunderwerbsteuer ²⁾	Mill. DM	1 565	1 614	2 070	142	145	132	206	164	134
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 021	2 018	2 086	181	239	168	216	209	198
Biersteuer	Mill. DM	244	261	276	21	24	21	19	22	27
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	205	231	22	- 57	0	0	0	2	14
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	.	37,7	37,7	.	37,3
Index	Okt. 1995 = 100	100,5	98,3	98,2	.	97,4
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	.	26,39	26,74	.	27,01
Index	Okt. 1995 = 100	98,4	101,8	103,1	.	103,9
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	.	996	1 010	.	1 00,8
Index	Okt. 1995 = 100	98,9	100,0	101,2	.	101,1
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	.	5 481	5 588	.	5 647
Index	Okt. 1995 = 100	98,5	101,5	103,1	.	104,0
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1991 = 100	97,5	96,8	96,8	.	96,7	.	.	96,7	.
Index der tariflichen Stundenlöhne	1991 = 100	117,9	122,6	124,3	.	125,1	.	.	126,7	.
Index der tariflichen Monatsgehälter	1991 = 100	114,7	118,0	119,5	.	120,5	.	.	121,6	.
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	.	39,5	39,5	.	38,8
Index	Okt. 1995 = 100	.	98,4	98,4	.	96,7
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	.	18,92	19,32	.	19,72
Index	Okt. 1995 = 100	.	101,7	104,6	.	106,9
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	.	752	767	.	766
Index	Okt. 1995 = 100	.	100,0	102,8	.	103,3
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	.	3 988	4 124	.	4 192
Index	Okt. 1995 = 100	.	103,8	107,2	.	109,0
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch ⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Rentenempfängern mit geringerem Einkommen	DM	2 169,76	2 211,40	2 251,82	2 316,83	2 595,08	2 205,65	2 305,11	2 286,66	2 134,97
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	533,43	539,90	543,25	551,93	565,13	554,68	560,00	561,57	527,74
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	159,52	157,78	157,28	176,79	150,68	174,49	157,50	164,96	129,52
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	3 957,97	4 103,06	4 265,23	4 117,22	4 480,67	4 712,89	4 095,20	4 565,26	3 963,34
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	870,32	895,83	905,00	905,31	950,79	1 023,77	881,31	906,37	857,84
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	217,52	206,38	208,96	209,66	211,48	234,82	242,98	208,97	195,78
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	5 854,91	5 861,86	6 234,62	6 110,18	7 064,75	6 542,64	5 800,60	6 814,39	6 014,75
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	DM	1 137,38	1 149,67	1 156,46	1 140,97	1 251,46	1 308,44	1 143,36	1 205,39	1 070,18
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	247,24	234,97	242,62	235,71	276,22	242,44	241,16	233,79	213,31

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. – 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. – 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage. – 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. – 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	Febr. 97	März 97	April 97	Mai 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98
Finanzen und Steuern										
Früheres Bundesgebiet										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 3,3	+ 12,7	+ 4,7	- 17,7	+ 38,6	- 27,3	+ 4,5
Lohnsteuer ¹⁾	- 2,3	+ 0,4	+ 2,6	+ 5,4	+ 1,7	+ 6,2	- 17,7	+ 2,2	+ 0,9	+ 5,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 9,7	- 28,7	X	- 24,0	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	- 20,3	+ 9,8	+ 44,7	+ 17,9	+ 101,5	- 61,0	- 78,7	- 16,8	+ 159,1	- 81,6
Zinsabschlag	- 5,7	- 5,7	+ 0,9	+ 29,8	+ 28,1	- 5,7	- 67,4	- 0,4	- 16,9	- 22,5
Körperschaftsteuer	+ 57,5	+ 10,7	X	+ 20,1	X	X	X	X	- 88,5	X
Umsatzsteuer	+ 0,5	- 0,6	- 0,8	- 5,1	+ 3,4	+ 12,1	+ 12,2	- 27,0	+ 13,9	+ 23,4
Einfuhrumsatzsteuer	+ 1,9	+ 11,4	+ 11,4	+ 32,8	+ 7,2	+ 11,4	+ 11,3	+ 4,8	+ 2,5	- 4,4
Landesteuern	+ 5,6	- 12,9	+ 19,8	+ 30,9	+ 13,8	+ 9,0	- 14,4	+ 25,4	- 6,5	- 11,9
dar.: Vermögensteuer	+ 15,0	- 80,5	- 3,9	- 38,9	- 44,4	- 55,3	- 50,9	+ 50,5	- 26,3	- 17,1
Grunderwerbsteuer ²⁾	+ 6,1	+ 47,8	+ 32,5	+ 55,8	+ 34,7	+ 22,6	- 1,8	+ 31,4	- 12,8	- 12,5
Kraftfahrzeugsteuer	- 0,5	+ 5,2	+ 21,3	+ 39,2	+ 7,7	+ 15,3	- 22,8	+ 36,1	- 5,9	- 6,7
Biersteuer	- 5,1	- 2,4	- 4,6	+ 5,5	+ 1,6	- 6,1	- 23,0	+ 5,7	+ 7,8	+ 10,6
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage ³⁾	+ 6,2	- 0,0	+ 202,8	X	+ 5,4	+ 11,9	+ 61,7	X	X	- 66,7
Neue Länder und Berlin-Ost										
Kassenmäßige Steuereinnahmen										
Gemeinschaftsteuern	- 2,7	+ 0,3	- 5,2	- 13,3	+ 4,1	+ 8,9	- 5,5	- 20,7	- 6,2	+ 21,1
Lohnsteuer ¹⁾	- 6,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 7,3	+ 1,1	+ 3,0	- 17,9	- 2,4	+ 2,4	+ 3,9
Veranlagte Einkommensteuer	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	- 38,5	+ 18,1	+ 25,7	+ 1,8	+ 24,2	+ 56,3	- 65,6	- 41,7	+ 31,2	+ 19,4
Zinsabschlag	+ 23,7	- 19,8	+ 18,4	+ 8,9	+ 329,9	X	- 79,7	- 35,0	+ 362,8	X
Körperschaftsteuer	X	X	X	+ 34,0	X	X	X	X	- 99,4	X
Umsatzsteuer	+ 6,2	+ 4,3	- 7,8	+ 8,4	+ 0,5	+ 23,7	+ 29,0	- 52,1	+ 37,3	+ 48,8
Einfuhrumsatzsteuer	+ 4,3	+ 7,3	+ 1,9	+ 17,2	- 21,0	- 54,2	- 8,2	+ 24,3	- 15,5	- 43,3
Landesteuern	+ 2,6	+ 12,7	+ 1,4	+ 9,6	- 12,8	- 7,4	- 20,9	+ 42,6	- 14,1	- 9,6
dar.: Vermögensteuer	X	X	- 7,5	X	- 97,9	X	X	+ 65,2	- 91,7	X
Grunderwerbsteuer ²⁾	+ 3,1	+ 28,2	- 13,6	- 16,1	- 29,1	- 24,7	- 8,5	+ 56,0	- 20,3	- 18,3
Kraftfahrzeugsteuer	- 0,2	+ 3,4	+ 16,6	+ 31,3	+ 4,2	+ 9,9	- 29,8	+ 28,3	- 3,0	- 5,4
Biersteuer	+ 7,1	+ 5,6	- 3,8	+ 23,6	- 7,1	+ 11,5	- 12,7	- 8,9	+ 18,4	+ 18,1
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	+ 12,8	- 90,5	- 97,4	- 100,0	- 89,4	- 69,1	X	- 100,0	X	+ 589,3
Löhne und Gehälter										
Früheres Bundesgebiet										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden		± 0,0								
Index	- 2,2	- 0,1								
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste		+ 1,3								
Index	+ 3,5	+ 1,3								
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste		+ 1,4								
Index	+ 1,1	+ 1,2								
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		+ 2,0								
Index	+ 3,0	+ 1,6								
Tarifentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	- 0,7	± 0,0			- 0,1				± 0,0 a)	
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 4,0	+ 1,4			+ 1,8				+ 1,3 a)	
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 2,9	+ 1,3			+ 1,7				+ 0,9 a)	
Neue Länder und Berlin-Ost										
Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden		± 0,0								
Index		± 0,0								
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste		+ 2,1								
Index		+ 2,9								
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste		+ 2,0								
Index		+ 2,8								
Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste		+ 3,4								
Index		+ 3,3								
Wirtschaftsrechnungen										
Früheres Bundesgebiet										
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁴⁾										
2-Pers. -Haush. von Rentnern mit geringerem Einkommen	+ 1,9	+ 1,8	- 1,4	+ 5,9	- 11,1	- 4,3	- 15,0	+ 4,5	- 0,8	- 6,6
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 1,2	+ 0,6	- 3,2	+ 6,2	- 8,5	+ 0,1	- 1,8	+ 1,0	+ 0,3	- 6,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 1,1	- 0,3	- 2,3	- 16,1	+ 19,0	- 12,7	+ 15,8	- 9,7	+ 4,7	- 21,5
4-Pers. -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 3,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 6,5	+ 4,9	- 2,9	+ 5,2	- 13,1	+ 11,5	- 13,2
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 2,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 6,7	+ 1,4	- 1,1	+ 7,7	- 13,9	+ 2,8	- 5,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 5,1	+ 1,3	+ 16,3	+ 2,3	+ 3,0	- 3,8	+ 11,0	+ 3,5	- 14,0	- 6,3
4-Pers. -Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 0,1	+ 6,4	+ 3,3	- 7,8	+ 5,6	- 3,3	- 7,4	- 11,3	+ 17,5	- 11,7
dar. für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁵⁾	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,6	+ 5,5	+ 2,4	- 2,5	+ 4,6	- 12,6	+ 5,4	- 11,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 5,0	+ 3,3	+ 2,4	- 5,0	- 3,2	- 4,0	- 12,2	- 0,5	- 3,1	- 8,8

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt. - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage. - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

a) April 1998 gegenüber Januar 1998.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise ¹⁾ landwirt- schaftlicher Betriebsmittel	1991 = 100	103,1	105,6	107,5	106,9	106,6	105,9	104,7	104,3	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	100,8	103,7	105,9	104,9	104,5	103,7	102,1	101,6	...
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	110,6	111,8	112,7	113,3	113,3	113,3	113,4	113,3	...
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ landwirt- schaftlicher Produkte	1991 = 100	91,6	91,1	92,5	93,3	92,7	90,9	88,8p	89,1p	...
Pflanzliche Produkte	1991= 100	88,6	86,0	84,3	89,4	89,1	89,1	88,0	88,8	...
Tierische Produkte	1991 = 100	93,0	93,8	96,7	95,3	94,6	91,8	89,2p	89,3p	...
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ forstwirtschaft- licher Produkte aus den Staatsforsten . .	1991 = 100	129,7	113,1	124,8	134,1	132,3	132,0	132,1	130,9	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²⁾	1991= 100	101,1	98,8	100,7	100,1	99,8	99,6	99,2	98,7	...
Inländischer Herkunft	1991= 100	103,4	100,2	101,0	100,8	100,7	100,5	100,3	100,3	...
Ausländischer Herkunft	1991 = 100	95,6	95,3	100,1	98,4	97,6	97,3	96,6	95,1	...
Früheres Bundesgebiet										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	1991 = 100	103,7	103,1	104,2	104,3	104,3	104,3	104,3	104,2	104,0
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	106,1	107,5	108,2	108,3	108,4	108,5	108,8	108,8	108,8
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	106,8	108,5	109,2	108,7	108,5	108,7	108,9	108,7	108,9
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	103,9	95,7	95,9	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	95,8
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	90,0	90,7	98,7	98,2	98,0	98,4	97,9	97,1	94,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	104,6	104,7	105,4	105,6	105,6	105,6	105,7	105,6	105,5
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	102,3	100,4	101,5	101,5	101,1	101,1	100,6	100,3	100,2
dar.: Mineralerzeugnisse	1991 = 100	103,0	110,5	113,4	107,1	105,0	105,3	104,3	102,9	103,7
Eisen und Stahl	1991 = 100	98,9	92,4	91,7	96,0	96,2	96,4	96,4	96,3	95,8
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	101,7	98,1	99,1	100,4	100,3	99,9	99,4	99,2	98,9
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	105,6	106,8	107,4	107,5	107,6	107,6	107,9	107,9	107,9
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	108,8	111,0	112,2	112,8	113,0	113,1	113,3	113,4	113,5
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	1991 = 100	108,0	109,4	110,2	110,7	110,7	110,8	111,6	111,6	111,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	101,6	102,0	102,2	101,5	101,5	101,5	101,6	101,4	101,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	104,2	105,5	106,1	106,6	106,8	106,8	107,0	107,1	106,9
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	105,5	105,3	105,2	105,4	105,4	105,4	105,6	105,6	105,7
dar.: Textilien	1991 = 100	102,6	101,6	102,3	102,7	102,7	102,6	102,6	102,5	102,5
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	105,1	105,1	105,3	105,5	105,4	105,3	105,4	105,4	105,3
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	104,1	104,7	106,6	107,1	107,1	107,0	107,2	107,1	106,9
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	1991 = 100	107,0	108,5	110,5	110,3	110,1	110,0	109,9	109,7	109,7
Investitionsgüter ³⁾	1991 = 100	104,7	106,0	105,7	105,9	106,2	106,3	106,4	106,4	106,5
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	1991 = 100	112,4	116,8	119,3	117,6	117,0	117,0	116,9	116,6	116,9
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	1991 = 100	112,3	115,2	118,2	118,5	118,4	118,4	118,4	118,4	118,4
Bergbauliche Erzeugnisse	1991 = 100	102,8	104,9	108,0	107,0	107,0	106,9	106,9	105,9	105,5
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1991 = 100	105,8	106,7	108,1	107,8	107,6	107,5	107,4	107,2	107,2
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	1991 = 100	108,2	107,5	109,8	109,0	108,1	108,0	107,6	106,9	107,0
dar.: Mineralerzeugnisse	1991 = 100	111,5	118,0	122,2	115,5	113,4	112,8	112,4	111,3	111,8
Eisen und Stahl	1991 = 100	105,9	98,3	101,5	111,9	110,1	111,9	113,5	112,1	112,7
Chemische Erzeugnisse	1991 = 100	109,9	105,4	108,5	109,5	109,5	109,7	108,9	109,0	108,8
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	102,9	104,1	104,0	104,1	104,3	104,4	104,5	104,6	104,6
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	1991 = 100	105,7	107,4	108,0	108,3	108,3	108,5	108,6	108,7	108,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	1991 = 100	98,7	98,8	98,3	98,3	98,3	98,4	98,4	98,4	98,4
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1991 = 100	101,5	103,5	103,4	104,2	103,9	103,8	103,9	104,0	104,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1991 = 100	111,1	112,9	113,4	113,6	113,7	113,7	113,6	113,5	113,5
dar.: Textilien	1991 = 100	104,3	104,1	103,8	104,4	104,4	104,4	104,4	104,4	104,4
Bekleidung und konfektionierte Textilien	1991 = 100	104,5	105,8	106,1	106,9	106,9	106,9	106,5	106,6	106,6
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1991 = 100	104,2	106,3	108,7	108,4	108,3	108,1	107,9	107,8	107,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. – 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. – 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. – 5) Einschl. Ackerschleppern. – 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	April 97	Mai 97	Juni 97	Juli 97	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
Preise										
Deutschland										
Index der Einkaufspreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Betriebsmittel	+ 2,4	+ 1,8	- 2,3	- 4,5	- 3,8	...	- 0,7	- 1,1	- 0,4	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,9	+ 2,1	- 3,2	- 6,1	- 5,1	...	- 0,8	- 1,5	- 0,5	...
Neubauten und neue Maschinen	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	...	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	...
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ landwirtschaftlicher Produkte	- 0,5	+ 1,5	- 3,4	- 8,1p	- 4,3p	...	- 1,9	- 2,3p	+ 0,3p	...
Pflanzliche Produkte	- 2,9	- 2,0	+ 5,4	+ 3,8	+ 5,1	...	± 0,0	- 1,2	+ 0,9	...
Tierische Produkte	+ 0,9	+ 3,1	- 7,2	- 13,1p	- 8,3p	...	- 3,0	- 2,8p	+ 0,1p	...
Index der Erzeugerpreise ¹⁾ forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten	- 12,8	+ 10,3	+ 6,5	+ 6,3	+ 4,3	...	- 0,2	+ 0,1	- 0,9	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²⁾	- 2,3	+ 1,9	- 0,8	- 1,8	- 2,2	...	- 0,2	- 0,4	- 0,5	...
Inländischer Herkunft	- 3,1	+ 0,8	- 0,3	- 1,0	- 0,9	...	- 0,2	- 0,2	± 0,0	...
Ausländischer Herkunft	- 0,3	+ 5,0	- 1,9	- 3,6	- 4,8	...	- 0,3	- 0,7	- 1,6	...
Früheres Bundesgebiet										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	- 0,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	- 0,3	± 0,0	± 0,0	- 0,1	- 0,2
Investitionsgüter ³⁾	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	± 0,0	± 0,0
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	+ 1,6	+ 0,6	- 0,1	- 0,2	- 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	+ 0,2
Elektrizität, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	- 7,9	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0	- 0,2
Bergbauliche Erzeugnisse	+ 0,8	+ 8,8	- 0,8	- 1,3	- 2,1	- 5,8	+ 0,4	- 0,5	- 0,8	- 3,0
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	- 1,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,7	- 1,1	± 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,1
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 7,3	+ 2,6	- 5,6	- 6,3	- 6,5	- 6,2	+ 0,3	- 0,9	- 1,3	+ 0,8
Eisen und Stahl	- 6,6	- 0,8	+ 7,1	+ 6,2	+ 5,1	+ 3,7	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 0,5
Chemische Erzeugnisse	- 3,5	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,3
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	± 0,0
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Straßenfahrzeuge ⁶⁾	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,1	+ 0,7	± 0,0	± 0,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,4	+ 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,9	- 0,9	± 0,0	+ 0,1	- 0,2	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
dar.: Textilien	- 1,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0	- 0,1	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Bekleidung und konfektionierte Textilien	± 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	± 0,0	- 0,1	+ 0,1	± 0,0	- 0,1
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,2
Neue Länder und Berlin-Ost										
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) ¹⁾	+ 1,4	+ 1,8	± 0,0	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,2	± 0,0
Investitionsgüter ³⁾	+ 1,2	- 0,3	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ³⁾	+ 3,9	+ 2,1	- 1,6	- 1,7	- 1,6	- 1,7	± 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3
Elektrizität, hergestelltes Gas, Fernwärme, Wasser ⁴⁾	+ 2,6	+ 2,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Bergbauliche Erzeugnisse	+ 2,0	+ 3,0	- 1,6	- 1,5	- 2,0	- 2,8	- 0,1	± 0,0	- 0,9	- 0,4
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,9	+ 1,3	± 0,0	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	- 0,6	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 1,7	- 2,0	- 0,1	- 0,4	- 0,7	+ 0,1
dar.: Mineralölzeugnisse	+ 5,8	+ 3,6	- 6,0	- 6,3	- 6,4	- 6,8	- 0,5	- 0,4	- 1,0	+ 0,4
Eisen und Stahl	- 7,2	+ 3,3	+ 14,7	+ 14,3	+ 11,9	+ 10,9	+ 1,6	+ 1,4	- 1,2	+ 0,5
Chemische Erzeugnisse	- 4,1	+ 2,9	+ 2,1	- 0,3	± 0,0	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,2
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0
dar.: Maschinenbauerzeugnisse ⁵⁾	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 2,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	± 0,0	- 0,1	- 0,1	± 0,0
dar.: Textilien	- 0,2	- 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Bekleidung und konfektionierte Textilien	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	± 0,0	- 0,4	+ 0,1	± 0,0
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 2,4	- 1,8	- 1,4	- 0,2	- 0,2	- 0,1	± 0,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. – 3) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. – 4) Bei Elektrizität, Gas und Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. – 5) Einschl. Ackerschleppern. – 6) Ohne Ackerschlepper.

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998					
					Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude 1)	1995 = 100	100	99,8	99,1	98,3	.	.	99,0	.	.
Bürogebäude 2)	1995 = 100	100	100,1	99,6	99,1	.	.	99,0	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude 2)	1995 = 100	100	100,3	99,8	99,4	.	.	99,3	.	.
Straßenbau 1)	1995 = 100	100	98,3	96,6	95,6	.	.	96,0	.	.
Brücken im Straßenbau 1)	1995 = 100	100	99,4	98,0	97,2	.	.	97,7	.	.
Ortskanäle 1)	1995 = 100	100	98,4	96,6	95,4	.	.	95,8	.	.
Kläranlagen 1)	1995 = 100	100	100,0	99,3	98,9	.	.	99,5	.	.
Index der Großhandelsverkaufspreise 2) . .	1991 = 100	103,7	103,1	105,6	105,5	105,2	105,2	104,8	104,4	103,5
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1991 = 100	103,1	102,8	108,7	109,9	109,7	109,7	109,3	108,9	106,8
Index der Einzelhandelspreise 1)	1991 = 100	106,7	107,6	108,2	108,4	108,2	108,7	109,1	109,1	108,9
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	114,8	116,5	118,6	119,4	119,2	119,5	119,9	120,0	120,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,4	109,2	111,0	112,1	111,9	112,5	113,7	113,7	113,2
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	107,7	108,5	109,0	109,1	109,2	109,4	109,5	109,4	109,3
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe) . .	1991 = 100	126,9	130,0	133,3	134,4	134,4	134,7	134,8	134,7	134,8
Wohnungsmieten	1991 = 100	133,4	137,9	141,6	143,4	143,6	143,8	143,9	144,0	144,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	104,9	103,3	105,1	104,1	103,3	104,3	104,0	103,3	103,1
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	109,3	110,2	110,8	111,2	111,3	111,6	111,8	111,8	111,8
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege .	1991 = 100	112,7	115,0	119,1	122,2	122,2	122,6	122,8	122,8	122,8
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	113,4	115,7	116,6	116,2	115,8	116,5	116,6	116,8	117,3
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3) . . .	1991 = 100	110,5	111,6	114,3	115,3	115,1	115,1	115,1	115,0	115,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	122,5	123,3	125,9	127,7	126,3	124,2	125,3	126,8	132,2
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1991 = 100	112,5	114,1	116,1	116,9	116,6	116,9	117,3	117,4	117,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,6	109,6	111,2	112,3	112,1	112,6	113,8	113,8	113,2
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,4	109,3	109,8	110,0	110,0	110,2	110,3	110,3	110,2
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe) . .	1991 = 100	117,0	119,3	122,4	123,4	123,4	123,7	123,7	123,7	123,7
Wohnungsmieten	1991 = 100	121,3	124,8	128,1	129,7	130,0	130,1	130,2	130,3	130,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	101,4	99,6	101,7	100,5	99,7	100,7	100,4	99,7	99,5
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1991 = 100	109,9	110,9	111,6	112,0	112,1	112,4	112,6	112,6	112,7
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege .	1991 = 100	110,6	112,9	116,4	119,0	119,0	119,4	119,5	119,6	119,6
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	113,0	115,1	116,0	115,7	115,2	115,9	116,0	116,2	116,7
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit 3) . . .	1991 = 100	109,8	110,7	113,2	114,1	113,9	113,9	114,0	113,8	113,8
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1991 = 100	121,7	122,3	124,9	126,8	125,4	123,1	124,2	125,7	131,2
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	1991 = 100	97,3	97,8	100,9	100,6	100,0	99,8	99,2	98,3	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	1991 = 100	97,2	97,7	99,6	99,7	99,1	99,0	98,5	97,6	...
Güter aus Drittländern	1991 = 100	97,4	97,9	102,4	101,4	100,9	100,7	100,0	99,0	...
Index der Ausfuhrpreise	1991 = 100	103,3	103,5	105,1	105,8	105,8	105,7	105,5	105,5	...
dar.: Güter für EU-Länder	1991 = 100	102,6	102,3	103,9	104,5	104,6	104,6	104,3	104,3	...
Güter für Drittländer	1991 = 100	104,2	104,8	106,4	107,2	107,2	107,2	107,0	106,9	...

1) Einschl. Umsatzsteuer. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1996	1997	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1995	1996	April 97	Mai 97	Juni 97	Juli 97	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98
Preise										
Deutschland										
Preisindizes für Bauwerke										
Wohngebäude ¹⁾	- 0,2	- 0,7	.	- 0,1	.	.	.	+ 0,7 ^{a)}	.	.
Bürogebäude ²⁾	+ 0,1	- 0,5	.	- 0,6	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude ²⁾	+ 0,3	- 0,5	.	- 0,5	.	.	.	- 0,1 ^{a)}	.	.
Straßenbau ¹⁾	- 1,7	- 1,7	.	- 0,7	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.	.
Brücken im Straßenbau ¹⁾	- 0,6	- 1,4	.	- 0,4	.	.	.	+ 0,5 ^{a)}	.	.
Ortskanäle ¹⁾	- 1,6	- 1,8	.	- 0,9	.	.	.	+ 0,4 ^{a)}	.	.
Kläranlagen ¹⁾	± 0,0	- 0,7	.	+ 0,2	.	.	.	+ 0,6 ^{a)}	.	.
Index der Großhandelsverkaufspreise ²⁾ . .	- 0,6	+ 2,4	± 0,0	- 2,1	- 2,2	- 2,0	± 0,0	- 0,4	- 0,4	- 0,9
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,3	+ 5,7	+ 1,5	- 2,9	- 2,6	- 1,9	± 0,0	- 0,4	- 0,4	- 1,9
Index der Einzelhandelspreise ¹⁾	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	± 0,0	- 0,2
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,1	± 0,0	- 0,4
Bekleidung, Schuhe	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe) .	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1
Wohnungsmieten	+ 3,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 1,5	+ 1,7	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	- 1,3	+ 1,0	- 0,3	- 0,7	- 0,2
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege .	+ 2,0	+ 3,6	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	± 0,0
Güter für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung .	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾ . .	+ 1,0	+ 2,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,0	± 0,0	- 0,1	± 0,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 0,7	+ 2,1	+ 2,6	+ 0,6	+ 0,5	± 0,0	- 1,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 4,3
Früheres Bundesgebiet										
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,1	± 0,0	- 0,5
Bekleidung, Schuhe	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe) .	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Wohnungsmieten	+ 2,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 1,8	+ 2,1	± 0,0	- 0,6	- 1,2	- 1,5	+ 1,0	- 0,3	- 0,7	- 0,2
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege .	+ 2,1	+ 3,1	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit ³⁾ . .	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	± 0,0	+ 0,1	- 0,2	± 0,0
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	+ 0,5	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,5	+ 0,4	± 0,0	- 1,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 4,4
Deutschland										
Index der Einfuhrpreise	+ 0,5	+ 3,2	- 0,5	- 1,6	- 2,3	...	- 0,2	- 0,6	- 0,9	...
dar.: Güter aus EU-Ländern	+ 0,5	+ 1,9	± 0,0	- 0,9	- 1,5	...	- 0,1	- 0,5	- 0,9	...
Güter aus Drittländern	+ 0,5	+ 4,6	- 1,0	- 2,2	- 3,1	...	- 0,2	- 0,7	- 1,0	...
Index der Ausfuhrpreise	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	...	- 0,1	- 0,2	± 0,0	...
dar.: Güter für EU-Länder	- 0,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	...	± 0,0	- 0,3	± 0,0	...
Güter für Drittländer	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3	...	± 0,0	- 0,2	- 0,1	...

1) Einschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes.

a) Mai 1998 gegenüber Februar 1998.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997 ¹⁾	1997 ¹⁾		1998 ¹⁾			
					3. Vj	4. Vj	Febr.	März	April	Mai
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	81 817	82 012	82 057	82 082	82 057	82 036 s	82 014 s	82 007 s	82 006 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾ . .	1 000	7 174	7 314	7 366	7 367	7 366	7 356	7 349	7 345	7 347
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	430 534	427 297	422 623	143 165	96 509	15 754	22 250	30 152	48 361
Ehescheidungen	Anzahl	169 425	175 550
Lebendgeborene	Anzahl	765 221	796 013	812 173	215 360	201 847	61 243	66 323	64 522	62 642
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	99 714	106 229	107 182	27 618	27 379
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	122 876	135 700	145 833	38 497	37 940
Gestorbene ³⁾	Anzahl	884 588	882 843	860 389	200 466	224 224	71 939	80 269	72 137	66 554
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	12 800	13 394	13 678	3 222	3 806
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	4 053	3 962	3 951	942	1 050
Totgeborene ⁴⁾	Anzahl	3 405	3 573	3 510	942	838	256	233	255	257
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 119 367	- 86 830	- 48 216	+ 14 894	- 22 377	- 10 696	- 13 946	- 7 615	- 3 912
Deutsche	Anzahl	- 206 281	- 179 665	- 141 720	- 9 502	- 45 950
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 86 914	+ 92 835	+ 93 504	+ 24 396	+ 23 573
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge	Anzahl	1 096 048	959 691	840 633	229 964	191 724
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	792 701	707 954	615 298	169 736	141 847
Fortzüge	Anzahl	698 113	677 494	746 969	224 153	193 578
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	567 441	559 064	637 066	193 216	164 833
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 397 935	+ 282 197	+ 93 664	+ 5 811	- 1 854
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 225 260	+ 148 890	- 21 768	- 23 480	- 22 986
Verhältniszahlen										
Bevölkerungsstand										
Ausländer/-innen ²⁾	% der Bevölkerung	8,8	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0 s	9,0 s	9,0 s	9,0 s
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,3	5,2	5,2	6,9	4,7	2,5 ⁷⁾	3,2 ⁷⁾	4,5 ⁷⁾	6,9 ⁷⁾
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	20,8	21,4
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	9,4	9,7	9,9	10,4	9,8	9,7 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾	9,6 ⁷⁾	9,0 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	13,9	14,5	14,6	14,9	14,7
	% aller Lebendgeb.	13,0	13,3	13,2	12,8	13,6
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁶⁾		1 249	1 316	. . .	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	16,1	17,0	18,0	17,9	18,8
Gestorbene ³⁾	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,8	10,5	9,7	10,8	11,4 ⁷⁾	11,5 ⁷⁾	10,7 ⁷⁾	9,5 ⁷⁾
dar.: Ausländer/-innen	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,8	1,9	1,7	2,0
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	72,3	73,8	73,2	73,8	74,0
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	81,3	82,5	85,3	86,2	85,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0 s	- 0,0 s	- 0,0 s	- 0,1 s
dar.: Ausländer/-innen ²⁾ . .	%	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 2,2	- 0,8	- 1,0	+ 1,4	- 2,1	- 6,0	+ 0,1	+ 4,3	- 13,3
Ehescheidungen	%	+ 2,0	+ 3,6
Lebendgeborene	%	- 0,6	+ 4,0	+ 2,0	+ 0,5	- 4,6	- 5,2	+ 6,4	- 8,1	- 6,1
dar.: Ausländer/-innen	%	- 1,0	+ 6,5	+ 0,9	- 2,5	- 7,4
Gestorbene ³⁾	%	- 0,0	- 0,2	- 2,5	- 0,4	+ 0,4	- 4,2	+ 14,2	- 4,6	- 2,0
Wanderungen ⁵⁾										
Zuzüge	%	+ 1,2	- 12,4	- 12,4	- 13,4	- 18,6
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 2,0	- 10,7	- 13,1	- 14,2	- 14,0
Fortzüge	%	- 9,1	- 3,0	+ 10,3	+ 18,4	+ 6,3
dar.: Ausländer/-innen	%	- 9,8	- 1,5	+ 14,0	+ 21,7	+ 9,6

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters. – 3) Ohne Totgeborene. – 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). – 5) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. – 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997 1)	1997 1)		1998 1)			
					3. Vj	4. Vj	Febr.	März	April	Mai
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	66 342	66 583	66 688	66 691	66 688
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	376 350	373 245	369 243	123 851	86 771	13 797	19 851	26 539	40 811
Ehescheidungen	Anzahl	145 945 6)	152 798 6)
Lebendgeborene	Anzahl	681 374	702 688	711 915	188 257	177 018	53 597	57 889	56 515	54 755
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	97 205	103 402	104 323	26 890	26 642
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	87 855	96 140	101 615	26 557	26 814
Gestorbene 2)	Anzahl	706 493	708 332	692 844	160 851	181 017	58 453	65 444	58 091	53 547
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	12 364	12 967	13 247	3 110	3 692
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	3 598	3 463	3 466	825	931
Totgeborene 3)	Anzahl	2 969	3 100	3 047	793	740	222	196	215	214
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 25 119	- 5 644	+ 19 071	+ 27 406	- 3 999	- 4 856	- 7 555	- 1 576	+ 1 208
Deutsche	Anzahl	- 109 960	- 96 079	- 72 005	+ 3 626	- 26 949
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 84 841	+ 90 435	+ 91 076	+ 23 780	+ 22 950
Wanderungen 4)										
Zuzüge	Anzahl	995 307	828 326	737 404	204 558	169 606
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	693 712	611 205	537 218	150 153	124 805
Fortzüge	Anzahl	630 724	595 247	662 009	200 511	169 734
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	510 343	491 165	564 214	171 358	145 479
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 334 583	+ 233 079	+ 75 395	+ 4 047	- 128
dar.: Ausländer/-innen	Anzahl	+ 183 369	+ 120 040	- 26 996	- 21 205	- 20 674
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	5,7	5,6	5,5	7,4	5,2	2,7 7)	3,5 7)	4,8 7)	7,2 7)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	21,9 6)	22,5 6)
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	10,3	10,5	10,7	11,2	10,5	10,5 7)	10,2 7)	10,3 7)	9,7 7)
dar.: Ausländer/-innen	% aller Lebendgeb.	14,3	14,7	14,7	14,3	15,1
Zusammengefaßte Geburtenziffer 5)		1 339	1 396	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	12,9	13,7	14,3	14,1	15,1
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner/-innen	10,7	10,6	10,4	9,6	10,8	11,4 7)	11,6 7)	10,6 7)	9,5 7)
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Wanderungen 4)										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Zuzüge	69,7	73,8	72,9	73,4	73,6
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen	% aller Fortzüge	80,9	82,5	85,2	85,5	85,7
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	- 3,0	- 0,8	- 1,0	+ 1,4	- 1,9	- 7,7	+ 2,8	+ 2,7	- 13,5
Ehescheidungen	%	+ 2,0 6)	+ 4,7 6)
Lebendgeborene	%	- 1,4	+ 3,1	+ 1,3	- 0,3	- 5,2	- 6,1	+ 6,0	- 8,7	- 6,7
dar.: Ausländer/-innen	%	- 1,1	+ 6,4	+ 0,9	- 2,5	- 7,2
Gestorbene 2)	%	+ 0,5	+ 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 1,1	- 4,1	+ 15,2	- 4,7	- 1,5
Wanderungen 4)										
Zuzüge	%	+ 3,4	- 16,8	- 11,0	- 11,7	- 16,7
dar.: Ausländer/-innen	%	+ 0,1	- 11,9	- 12,1	- 13,0	- 12,2
Fortzüge	%	- 11,2	- 5,6	+ 11,2	+ 17,2	+ 9,3
dar.: Ausländer/-innen	%	- 11,9	- 3,8	+ 14,9	+ 20,3	+ 12,2

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Totgeborene. – 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). – 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. – 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost. – 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997 1)	1997 1)		1998 1)			
					3. Vj	4. Vj	Febr.	März	April	Mai
Absolute Zahlen										
Bevölkerungsstand	1 000	15 476	15 429	15 369	15 391	15 369
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	54 184	54 052	53 380	19 314	9 738	1 957	2 399	3 613	7 550
Ehescheidungen	Anzahl	21 480 6)	22 752 6)
Lebendgeborene	Anzahl	83 847	93 325	100 258	27 103	24 829	7 646	8 434	8 007	7 887
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	2 509	2 827	2 859	728	737
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	35 021	39 560	44 218	11 940	11 126
Gestorbene 2)	Anzahl	178 095	174 511	167 545	39 615	43 207	13 486	14 825	14 046	13 007
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	436	427	431	112	114
Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	455	499	485	117	119
Totgeborene 3)	Anzahl	436	473	463	149	98	34	37	40	43
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 94 248	- 81 186	- 67 287	- 12 512	- 18 378	- 5 840	- 6 391	- 6 039	- 5 120
Deutsche	Anzahl	- 96 321	- 83 586	- 69 715	- 13 128	- 19 001
Ausländer/-innen	Anzahl	+ 2 073	+ 2 400	+ 2 428	+ 616	+ 623
Wanderungen 4)										
Zuzüge	Anzahl	130 741	131 365	103 229	25 406	22 118
dar.: Ausländer	Anzahl	98 989	96 749	78 080	19 583	17 042
Fortzüge	Anzahl	67 389	82 247	84 960	23 642	23 844
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	57 098	67 899	72 852	21 858	19 354
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	+ 63 352	+ 49 118	+ 18 269	+ 1 764	- 1 726
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	+ 41 891	+ 28 850	+ 5 228	- 2 275	- 2 312
Verhältniszahlen										
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,5	5,0	2,5	1,7 7)	1,8 7)	2,9 7)	5,8 7)
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner/-innen	15,1 6)	16,0 6)
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner/-innen	5,4	6,0	6,5	7,0	6,4	6,5 7)	6,4 7)	6,3 7)	6,0 7)
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Lebendgeb.	3,0	3,0	2,9	2,7	3,0
Zusammengefaßte Geburtenziffer 5)		838	948	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb.	41,8	42,4	44,1	44,1	44,8
Gestorbene 2)	je 1 000 Einwohner/-innen	11,5	11,3	10,9	10,2	11,2	11,4 7)	11,3 7)	11,1 7)	9,9 7)
Gestorbene im 1. Lebensjahr	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5
Wanderungen 4)										
Zuzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Zuzüge	75,7	73,6	75,6	77,1	77,1
Fortzüge										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Fortzüge	84,7	82,6	85,7	92,5	81,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %										
Bevölkerungsstand	%	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,4
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	%	+ 3,3	- 0,2	- 1,2	+ 1,5	- 4,3	+ 7,6	- 18,1	+ 18,0	- 12,1
Ehescheidungen	%	+ 2,3 6)	+ 5,9 6)
Lebendgeborene	%	+ 6,5	+ 11,3	+ 7,4	+ 6,3	- 0,2	+ 1,0	+ 9,8	- 3,7	- 1,8
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 3,6	+ 12,7	+ 1,1	- 0,8	- 13,7
Gestorbene 2)	%	- 1,8	- 2,0	- 4,0	- 1,7	- 2,1	- 5,0	+ 9,9	- 4,3	- 3,8
Wanderungen 4)										
Zuzüge	%	+ 8,8	+ 0,5	- 21,4	- 25,2	- 30,6
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 17,6	- 2,3	- 19,3	- 22,6	- 25,1
Fortzüge	%	+ 16,8	+ 22,0	+ 3,3	+ 29,4	- 11,1
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 14,5	+ 18,9	+ 7,3	+ 33,7	- 7,0

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Ohne Totgeborene. – 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g). – 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. – 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. – 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. – 7) Bevölkerung geschätzt.

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen¹⁾

Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1994	1995	1996	1997	1997			1998
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj
in jeweiligen Preisen								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	3 063,16	3 193,10	3 273,80	3 367,66	835,32	857,15	883,19	829,24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36,06	36,39	38,95	39,93	3,75	18,99	14,06	3,43
Produzierendes Gewerbe	1 116,73	1 143,76	1 140,60	1 161,00	298,20	293,88	298,15	289,67
Handel und Verkehr	478,36	487,75	490,66	506,62	128,89	128,25	129,46	125,76
Dienstleistungsunternehmen	1 109,96	1 182,56	1 254,30	1 310,45	325,34	332,15	333,66	332,24
Staat, private Haushalte ³⁾	461,73	479,78	489,24	493,11	114,89	119,85	144,06	114,56
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 906,02	1 973,87	2 040,00	2 083,99	517,62	515,67	550,43	514,21
Staatsverbrauch	658,58	686,55	704,80	705,20	168,76	170,15	200,90	164,83
Anlageinvestitionen	726,17	741,98	730,30	731,09	193,38	191,32	193,56	161,92
Ausrüstungen	258,12	262,33	267,91	279,48	70,22	67,57	82,49	65,83
Bauten	468,05	479,65	462,39	451,61	123,16	123,75	111,07	96,09
Vorratsveränderung	16,40	30,58	23,32	60,34	7,28	32,33	- 11,12	39,90
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	21,03	26,62	43,08	61,18	15,56	15,13	21,83	15,54
Ausfuhr ⁴⁾	756,96	820,83	865,83	967,86	240,46	245,94	261,29	252,95
Einfuhr ⁴⁾	735,93	794,21	822,75	906,68	224,90	230,81	239,46	237,41
Bruttoinlandsprodukt	3 328,20	3 459,60	3 541,50	3 641,80	902,60	924,60	955,60	896,40
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	3 320,20	3 442,70	3 515,30	3 612,20	898,40	917,80	946,20	888,10
Volkseinkommen								
insgesamt	2 510,02	2 615,08	2 674,22	2 746,67	682,25	700,86	726,33	672,51
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 824,14	1 883,44	1 902,68	1 906,59	458,29	469,57	536,17	443,70
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 5,0	+ 4,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 4,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,2	+ 0,9	+ 7,0	+ 2,5	+ 9,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 9,6
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 2,4	- 0,3	+ 1,8	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 7,0
Handel und Verkehr	+ 5,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 3,3	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,4	+ 4,8
Dienstleistungsunternehmen	+ 7,3	+ 6,5	+ 6,1	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,4	+ 4,1
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,0	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,7	+ 0,2
Privater Verbrauch	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,8
Staatsverbrauch	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,1	+ 1,6	- 1,1	- 1,4	- 0,3
Anlageinvestitionen	+ 5,1	+ 2,2	- 1,6	+ 0,1	+ 0,6	- 0,8	- 0,2	+ 5,9
Ausfuhr ⁴⁾	+ 8,5	+ 8,4	+ 5,5	+ 11,8	+ 13,8	+ 14,4	+ 13,9	+ 14,9
Einfuhr ⁴⁾	+ 8,3	+ 7,9	+ 3,6	+ 10,2	+ 10,8	+ 11,4	+ 12,1	+ 12,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 5,2	+ 3,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 4,4
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 4,8	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 4,5
Volkseinkommen	+ 4,6	+ 4,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 5,5
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1	+ 0,3
in Preisen von 1991								
Entstehung des Inlandsprodukts								
Bruttowertschöpfung ²⁾	2 730,63	2 785,65	2 826,72	2 889,80	723,66	739,97	744,43	709,93
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	43,83	42,85	46,66	47,37	4,75	22,95	15,98	3,74
Produzierendes Gewerbe	1 033,18	1 045,54	1 041,32	1 065,11	272,58	269,24	277,94	261,87
Handel und Verkehr	432,88	442,22	449,59	463,03	117,91	116,85	118,69	114,51
Dienstleistungsunternehmen	950,81	987,89	1 031,05	1 070,23	267,71	270,34	271,06	271,20
Staat, private Haushalte ³⁾	401,34	402,99	405,59	404,79	100,85	101,28	101,69	101,12
Verwendung des Inlandsprodukts								
Privater Verbrauch	1 698,96	1 729,27	1 752,73	1 756,65	438,46	435,86	461,16	428,53
Staatsverbrauch	588,89	600,48	616,17	613,70	152,58	151,13	160,51	149,33
Anlageinvestitionen	664,16	669,37	661,29	662,74	174,79	173,07	176,59	147,39
Ausrüstungen	250,96	255,00	259,97	270,12	67,71	65,33	79,44	63,81
Bauten	413,20	414,37	401,32	392,62	107,08	107,74	97,15	83,58
Vorratsveränderung	19,36	32,18	24,02	56,97	7,55	29,55	- 7,93	34,67
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 11,17	- 17,50	0,29	31,14	7,02	7,09	15,17	6,88
Ausfuhr ⁴⁾	742,80	791,69	832,44	921,34	228,74	233,28	248,11	239,45
Einfuhr ⁴⁾	753,97	809,19	832,15	890,20	221,72	226,19	232,94	232,57
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	2 960,20	3 013,80	3 054,50	3 121,20	780,40	796,70	805,50	766,80
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	108	111	114	118	118	120	121	117
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	2 953,10	2 998,90	3 031,70	3 095,80	776,80	790,80	797,60	759,70
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %								
Bruttowertschöpfung ²⁾	+ 2,5	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,5	+ 4,1
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 3,8	- 2,2	+ 8,9	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,2	- 0,7	+ 1,4
Produzierendes Gewerbe	+ 2,8	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 6,7
Handel und Verkehr	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,5
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,8	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,1	+ 3,9
Staat, private Haushalte ³⁾	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Privater Verbrauch	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,1	- 0,5	+ 0,7	+ 1,7
Staatsverbrauch	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	- 0,4	+ 0,8	- 1,4	- 1,8	- 0,1
Anlageinvestitionen	+ 3,5	+ 0,8	- 1,2	+ 0,2	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 6,6
Ausfuhr ⁴⁾	+ 7,9	+ 6,6	+ 5,1	+ 10,7	+ 12,9	+ 13,0	+ 12,3	+ 13,4
Einfuhr ⁴⁾	+ 7,7	+ 7,3	+ 2,8	+ 7,0	+ 8,2	+ 7,6	+ 8,6	+ 11,1
Bruttoinlandsprodukt								
insgesamt	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,8
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	+ 3,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,7	+ 4,6	+ 3,8	+ 3,4	+ 4,4
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,2	+ 4,0

1) Ab 1995 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand Juni 1998). – 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. – 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 4) Von Waren und Dienstleistungen.

Erwerbstätigkeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾

Früheres Bundesgebiet

1 000

Jahr ----- Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie-wirtschaft und Wasser-versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)							Elektro-technik ⁴⁾ , Fein-mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin-strumenten, Sport-geräten, Spiel- und Schmuck-waren
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen-wertstoff-industrie) und Mineralöl-	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver-arbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas-gewerbe	Eisen- und NE-Metall-erzeugung, Gießerei und Stahl-verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug-bau ³⁾		
										verarbeitung	
Insgesamt											
1992 JD	23 534,3	215,5	428,3	8 635,5	635,5	432,5	324,9	638,2	2 716,2	1 817,2	
1993 JD	23 174,5	210,3	417,3	8 134,1	605,3	403,0	316,4	587,8	2 540,5	1 702,4	
1994 JD	22 828,8	207,5	403,4	7 704,7	579,2	384,0	310,4	541,2	2 386,7	1 598,3	
1995 JD	22 658,2	201,0	390,1	7 524,2	555,7	379,5	306,5	534,9	2 351,1	1 557,2	
1996 JD	22 373,1	191,1	376,3	7 303,1	541,6	367,3	292,7	518,9	2 305,4	1 512,2	
1996 30. Juni	22 344,1	200,0	375,6	7 279,7	542,3	366,5	297,3	516,8	2 288,9	1 509,0	
30. September . . .	22 525,3	202,8	373,9	7 300,5	539,4	365,7	296,2	517,8	2 310,5	1 506,1	
31. Dezember . . .	22 126,9	174,6	368,9	7 180,9	534,4	360,1	278,2	510,4	2 288,3	1 485,1	
1997 31. März	21 974,3	186,5	364,0	7 115,7	528,9	360,6	279,0	508,0	2 263,9	1 478,1	
30. Juni	22 096,1	199,6	360,1	7 107,7	524,3	364,0	284,9	507,0	2 264,8	1 478,4	
30. September . . .	22 387,9	203,9	363,5	7 187,9	526,5	370,0	284,1	516,7	2 308,4	1 490,7	
Männlich	12 757,1	146,6	311,0	5 318,7	377,6	266,8	227,8	443,2	1 962,4	1 009,8	
Weiblich	9 630,8	57,3	52,6	1 869,2	148,9	103,2	56,3	73,4	346,0	481,0	

dar.: ausländische Beschäftigte

1992 JD	2 030,3	21,2	29,4	966,2	48,6	70,8	37,5	104,5	276,0	212,8
1993 JD	2 169,2	25,0	28,1	944,9	48,6	67,3	39,3	98,2	268,1	203,8
1994 JD	2 141,4	25,4	25,8	884,5	46,9	63,1	38,4	90,2	246,6	189,2
1995 JD	2 121,4	25,7	23,7	866,1	45,6	62,3	37,8	90,9	242,4	185,1
1996 JD	2 067,8	24,5	22,2	828,1	44,2	58,8	35,1	87,0	234,7	176,2
1996 30. Juni	2 077,7	27,3	22,2	826,8	44,3	58,8	35,7	86,7	233,0	176,0
30. September	2 084,7	27,3	21,9	823,1	44,1	57,9	35,3	86,2	234,0	173,7
31. Dezember	2 009,7	19,2	21,3	804,1	43,5	56,7	32,6	84,4	231,1	170,3
1997 31. März	1 981,9	23,4	20,6	789,0	42,8	56,1	32,3	83,3	226,1	167,5
30. Juni	2 001,9	26,7	20,0	789,0	42,5	56,8	33,0	83,3	225,6	167,0
30. September	2 017,9	26,5	20,0	791,7	42,6	57,5	32,7	84,1	228,2	168,2
Männlich	1 330,2	22,9	18,7	604,4	32,8	43,5	28,4	75,8	203,5	104,2
Weiblich	687,8	3,6	1,3	187,3	9,9	14,0	4,2	8,4	24,7	63,9
Ausländerquote ⁵⁾	9,0	13,0	5,5	11,0	8,1	15,5	11,5	16,3	9,9	11,3

Jahr ----- Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
	Holz-, Papier- und Druck-	Leder-, Textil- und Beklei- dungs-	Nahrungs- und Genuß- mittel-	zu- sammen	Bauhaupt-	Ausbau- und Bauhilfs-		zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post	Verkehr (ohne Eisen- bahnen und Deutsche Bundes- post)	
	gewerbe			gewerbe								
Insgesamt												
1992 JD	863,2	470,6	737,1	1 553,4	1 049,3	504,2	3 335,2	1 197,2	118,4	236,4	842,4	955,0
1993 JD	838,6	419,9	720,2	1 578,5	1 062,2	516,3	3 326,6	1 182,5	119,3	233,0	830,1	972,2
1994 JD	819,2	380,9	704,8	1 601,7	1 077,1	524,6	3 287,6	1 157,8	115,6	222,4	819,7	976,5
1995 JD	801,2	348,5	689,5	1 588,2	1 059,5	528,6	3 248,5	1 133,2	106,9	210,0	816,3	966,6
1996 JD	772,3	315,7	677,1	1 492,3	978,3	514,0	3 215,9	1 113,3	98,7	200,7	814,0	955,6
1996 30. Juni	769,6	314,5	674,8	1 510,7	997,5	513,2	3 194,3	1 112,1	97,4	199,9	814,8	949,1
30. September	772,2	307,6	685,1	1 539,9	1 005,4	534,5	3 222,6	1 118,6	98,4	198,2	822,1	958,9
31. Dezember	757,1	301,5	665,8	1 428,6	926,4	502,2	3 209,5	1 097,3	94,5	193,6	809,2	951,5
1997 31. März	747,2	295,8	654,3	1 351,8	866,0	485,8	3 197,6	1 091,1	90,3	188,9	811,9	944,8
30. Juni	742,1	292,0	650,1	1 433,7	930,9	502,8	3 167,8	1 103,6	92,6	189,4	821,5	939,2
30. September	744,1	289,1	658,3	1 469,8	945,6	524,2	3 202,4	1 110,3	92,1	189,7	828,5	954,4
Männlich	561,3	121,5	348,4	1 313,1	863,4	449,7	1 479,4	785,3	78,5	89,9	616,9	445,4
Weiblich	182,9	167,6	309,9	156,8	82,2	74,5	1 723,0	325,0	13,6	99,7	211,6	509,1

dar.: ausländische Beschäftigte

1992 JD	77,8	64,7	73,5	176,3	138,4	37,8	187,5	92,5	12,7	11,7	68,1	18,2
1993 JD	80,7	60,2	78,9	205,1	157,9	47,2	216,6	101,3	13,2	13,3	74,9	21,7
1994 JD	78,5	53,8	77,8	212,6	163,2	49,4	219,8	101,8	12,7	13,1	76,0	22,9
1995 JD	76,6	49,1	76,4	209,2	159,5	49,7	217,0	102,1	11,6	13,5	77,0	22,7
1996 JD	72,7	44,0	75,4	189,6	142,5	47,1	216,2	102,5	10,4	13,7	78,4	22,5
1996 30. Juni	72,9	43,8	75,6	194,0	146,8	47,2	214,4	102,1	10,3	13,4	78,4	22,2
30. September	72,0	42,5	77,5	196,1	146,8	49,2	217,3	103,4	10,2	13,6	79,6	22,6
31. Dezember	70,3	41,6	73,8	174,1	129,2	45,0	216,3	102,3	9,6	13,6	79,1	22,6
1997 31. März	68,6	40,7	71,6	162,8	120,6	42,2	213,7	101,4	9,1	13,8	78,5	22,2
30. Juni	68,2	40,2	72,3	171,9	128,4	43,5	210,8	102,2	9,0	13,8	79,4	22,2
30. September	67,4	39,5	71,5	174,5	129,6	44,9	213,6	102,6	8,4	14,0	80,2	22,9
Männlich	54,1	21,1	41,0	168,8	126,4	42,4	119,6	81,4	7,9	7,9	65,6	9,2
Weiblich	13,3	18,4	30,5	5,6	3,1	2,5	94,0	21,2	0,6	6,0	14,6	13,7
Ausländerquote ⁵⁾	9,1	13,7	10,9	11,9	13,7	8,6	6,7	9,2	9,1	7,4	9,7	2,4

Fußnoten siehe folgende Seite.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾**
Früheres Bundesgebiet
1 000

Jahr Stichtag		Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt			Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe	
		zusammen	darunter			zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung		
			Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik						Gesundheits- und Veterinär- wesen
Insgesamt										
1992	JD	5 178,5	390,6	987,1	1 456,3	554,5	1 480,4	1 270,1	210,4	0,7
1993	JD	5 316,0	392,4	1 000,3	1 500,9	569,6	1 466,8	1 253,5	213,2	0,7
1994	JD	5 450,0	391,3	1 009,0	1 552,4	585,9	1 453,2	1 237,4	215,8	0,6
1995	JD	5 582,9	391,2	1 023,4	1 591,6	602,8	1 420,2	1 200,4	219,7	0,6
1996	JD	5 698,4	392,8	1 034,5	1 628,0	619,7	1 406,6	1 182,5	224,1	0,8
1996	30. Juni	5 697,3	391,1	1 032,8	1 617,9	617,3	1 407,3	1 183,4	223,9	0,8
	30. September . . .	5 770,7	398,5	1 030,5	1 640,7	625,1	1 411,4	1 185,2	226,3	0,9
	31. Dezember	5 693,5	390,0	1 042,5	1 640,0	627,1	1 393,9	1 170,3	223,7	1,1
1997	März	5 710,6	385,5	1 048,1	1 639,8	629,7	1 381,1	1 160,8	220,3	1,3
	30. Juni	5 784,3	385,3	1 055,5	1 630,6	623,3	1 376,0	1 157,7	218,3	0,8
	30. September . . .	5 887,3	393,9	1 064,4	1 643,2	630,9	1 376,5	1 155,9	220,6	0,7
	Männlich	2 117,6	99,0	400,8	307,0	214,2	625,6	551,2	74,4	0,2
	Weiblich	3 769,7	294,9	663,7	1 336,2	416,7	750,9	604,7	146,1	0,5
dar.: ausländische Beschäftigte										
1992	JD	460,9	77,0	55,4	89,8	25,8	52,2	49,1	3,1	0,1
1993	JD	540,6	89,3	60,8	104,3	30,6	55,2	51,5	3,7	0,1
1994	JD	563,0	91,9	61,8	109,5	32,5	53,3	49,3	3,9	0,0
1995	JD	572,5	93,2	61,5	110,6	33,6	48,6	44,5	4,1	0,0
1996	JD	578,9	95,5	61,5	111,4	34,9	48,4	44,2	4,3	0,1
1996	30. Juni	585,5	95,3	61,5	110,7	34,5	48,6	44,4	4,2	0,1
	30. September . . .	588,6	96,8	61,2	111,7	35,5	48,9	44,6	4,3	0,1
	31. Dezember	565,3	95,0	61,2	110,9	36,0	48,4	44,2	4,3	0,1
1997	31. März	565,4	93,5	61,6	109,2	35,6	47,8	43,6	4,2	0,1
	30. Juni	576,3	93,6	61,5	107,2	35,0	47,8	43,6	4,2	0,1
	30. September . . .	582,2	95,1	62,0	107,0	36,4	47,5	43,3	4,2	0,1
	Männlich	266,2	30,3	28,0	19,7	16,1	22,9	21,9	1,0	0,0
	Weiblich	316,0	64,8	33,9	87,2	20,3	24,6	21,4	3,2	0,0
Ausländerquote ⁵⁾		9,9	24,1	5,8	6,5	5,8	3,5	3,7	1,9	8,3

1) Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970. – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 5) Anteil der Ausländer/-innen an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹⁾ nach Wirtschaftsabteilungen
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen²⁾**
Neue Länder und Berlin-Ost

1 000

Jahr Stichtag	Insgesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie- wirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)						
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen- wertstoff- industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glas- gewerbe	Eisen- und NE-Metall- erzeugung, Gießerei und Stahl- verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug- bau ³⁾	Elektro- technik ⁴⁾ , Fein- mechanik und Optik; Herst. von EBM-Waren, Musikin- strumenten, Sport- geräten, Spiel- und Schmuck- waren
1994 JD	5 510,1	184,5	137,1	1 055,1	49,7	31,6	73,6	68,3	357,7	182,3
1995 JD	5 541,3	179,0	120,2	1 046,3	44,2	34,4	75,1	68,3	352,6	181,3
1996 JD	5 390,4	168,8	106,6	1 015,6	39,9	34,8	73,6	67,2	340,0	176,2
1996 30. Juni	5 394,9	172,5	105,0	1 008,7	39,6	34,8	74,6	66,8	336,9	174,9
30. September	5 454,1	179,3	102,8	1 024,0	39,1	35,3	75,9	68,7	341,7	176,3
31. Dezember	5 298,3	161,7	101,6	1 005,7	38,2	34,6	72,3	66,8	336,1	174,7
1997 31. März	5 138,0	164,1	97,0	986,4	37,1	34,6	70,8	65,8	330,2	170,1
30. Juni	5 183,5	172,3	95,9	985,0	37,4	36,3	72,0	66,2	331,0	166,8
30. September	5 215,9	174,8	95,2	1 006,0	37,5	37,0	72,7	68,4	339,5	168,6
Männlich	2 787,2	112,5	68,0	705,4	22,7	25,4	56,7	57,6	286,9	110,0
Weiblich	2 428,7	62,3	27,2	300,6	14,8	11,6	16,0	10,9	52,6	58,5

Jahr Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit- institute und Versiche- rungs- gewerbe
	Holz-, Papier- und Druck- gewerbe	Leder-, Textil- und Beklei- dungs- gewerbe	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbe	zu- sammen	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs- gewerbe		zu- sammen	Eisen- bahnen	Deutsche Bundes- post	Verkehr (ohne Eisen- bahnen und Deutsche Bundes- post)	
1994 JD	103,2	53,6	135,0	786,1	573,4	212,7	585,6	396,8	143,6	96,3	156,9	103,3
1995 JD	105,9	49,7	134,7	834,7	603,1	231,6	598,0	379,7	127,4	90,8	161,5	103,7
1996 JD	102,5	47,0	134,3	790,5	559,8	230,7	597,4	355,9	109,6	82,8	163,5	102,3
1996 30. Juni	101,6	46,8	132,7	795,9	567,2	228,7	592,0	356,9	109,0	81,9	166,1	101,2
30. September	103,3	47,0	136,6	819,4	579,9	239,5	601,8	354,1	105,8	80,4	167,8	102,5
31. Dezember	101,7	45,9	135,2	772,3	540,1	232,2	598,7	348,0	102,7	81,9	163,5	101,8
1997 31. März	99,8	44,9	132,9	721,4	498,8	222,6	582,2	317,5	77,8	78,1	161,6	101,4
30. Juni	100,5	43,5	131,4	747,7	518,4	229,3	581,1	331,8	89,0	76,5	166,4	100,7
30. September	103,5	44,1	134,6	759,9	522,9	237,0	584,7	330,5	87,7	75,0	167,9	103,0
Männlich	76,6	15,4	54,1	680,7	470,7	210,0	239,4	225,8	61,7	29,3	134,8	30,6
Weiblich	26,9	28,7	80,5	79,2	52,2	27,0	345,3	104,7	26,0	45,7	33,1	72,4

Jahr ----- Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinär- wesen					
1994 JD	1 326,4	122,3	370,9	290,9	186,5	746,0	668,1	77,9	2,7
1995 JD	1 405,9	128,9	400,6	302,9	208,9	663,2	589,1	74,1	1,7
1996 JD	1 425,1	131,1	393,9	319,4	208,1	618,6	543,3	75,3	1,8
1996 30. Juni	1 429,1	130,2	395,9	312,0	207,9	623,8	548,0	75,8	1,9
30. September	1 439,3	133,0	384,8	316,2	210,2	618,8	542,7	76,1	1,9
31. Dezember	1 415,6	132,7	385,7	318,3	209,2	582,0	510,9	71,0	1,8
1997 31. März	1 402,6	131,5	387,5	317,9	204,0	559,7	491,1	68,6	1,7
30. Juni	1 413,5	132,4	375,9	318,0	195,8	558,0	490,0	68,1	1,5
30. September	1 429,4	135,2	365,4	321,5	189,2	542,1	474,0	68,1	1,0
Männlich	497,8	31,0	139,0	46,0	62,6	163,8	151,1	12,7	0,4
Weiblich	931,7	104,1	226,4	275,4	126,6	378,3	322,8	55,4	0,5

1) Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970. – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾ Deutschland 1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs - gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1997 Januar	101,9	102,1	101,4	107,1	96,2	98,6	87,6	101,8	86,8
Februar	101,3	101,1	98,2	103,2	115,2	103,6	168,1	123,0	88,1
März	105,9	103,3	105,8	111,2	116,2	106,1	157,4	133,3	93,3
April	113,6	113,0	116,1	117,1	99,6	103,9	78,9	123,5	103,9
Mai	97,6	99,0	98,4	100,7	79,5	86,8	46,2	71,3	91,1
Juni	111,2	113,5	112,7	109,0	91,1	96,3	52,0	75,1	107,5
Juli	109,4	111,1	111,1	106,3	93,3	92,3	88,3	92,6	100,9
August	96,1	96,9	96,6	86,2	102,5	80,9	156,4	119,4	89,9
September	117,3	114,1	122,7	113,7	117,3	110,4	150,0	148,6	108,1
Oktober	114,2	115,7	115,0	115,8	98,5	106,7	78,1	129,7	111,5
November	108,0	110,5	109,0	107,9	86,0	98,4	55,8	103,4	100,7
Dezember	103,6	100,7	113,8	96,2	83,9	79,6	48,4	67,2	86,3
1998 Januar	108,9	109,1	112,0	109,2	92,1	96,7	78,9	84,4	89,5
Februar	110,7	108,3	113,2	111,0	113,8	106,6	176,7	120,2	92,6
März	125,5	120,9	130,8	128,7	125,3	117,7	162,5	150,2	112,8
April	112,9	112,3	115,6	118,9	94,1	100,5	80,2	127,3	101,8
Mai	106,6	106,2	111,4	108,5	82,7	93,3	58,5	88,7	96,9
Juni	113,0	112,2	119,3	108,9	93,2	93,1	62,7	75,5	101,5

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1997 Januar	103,9	93,8	104,5	105,9	93,9	92,8	83,8	107,4	101,6
Februar	99,8	91,2	102,3	103,1	96,0	94,4	86,0	111,8	102,3
März	96,6	95,6	104,7	103,8	100,2	98,2	91,3	104,7	102,1
April	103,8	97,2	113,5	113,7	111,4	109,4	105,0	116,4	111,4
Mai	92,2	88,0	102,7	105,8	97,0	97,6	90,1	100,2	95,0
Juni	103,0	95,5	111,9	111,3	109,2	109,1	104,9	116,7	110,7
Juli	105,4	94,3	108,3	111,5	111,8	110,3	102,6	117,4	114,6
August	93,5	89,9	94,4	97,9	94,1	93,0	89,3	95,3	92,8
September	102,8	102,6	111,1	111,2	108,9	108,4	105,4	110,7	100,6
Oktober	111,0	108,8	112,1	113,4	115,5	114,1	110,6	120,6	107,4
November	105,5	109,8	100,1	102,2	105,8	103,5	95,5	117,0	115,9
Dezember	93,5	105,4	101,5	103,3	88,5	87,5	75,8	103,2	99,7
1998 Januar	104,1	96,1	108,5	111,1	100,2	98,9	86,1	119,1	117,8
Februar	100,5	93,1	105,3	107,6	103,1	102,3	86,7	115,6	111,6
März	107,7	105,3	116,9	115,3	115,2	113,6	103,1	122,8	122,7
April	102,7	97,9	106,7	107,5	109,1	108,7	100,2	111,9	110,2
Mai	96,7	95,2	101,6	101,3	105,7	105,8	96,1	104,7	100,1
Juni	101,8	97,7	109,0	104,7	110,0	109,8	102,4	115,3	101,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat		Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
		zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
					Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1995		100	100	100	100	100	100	100	100
1996		96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997		99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1997	Januar	93,8	79,1	101,1	99,4	101,1	91,5	103,2	103,9
	Februar	91,2	80,5	95,1	93,2	95,0	92,7	105,3	112,7
	März	94,1	85,7	101,4	99,8	99,5	96,1	110,8	121,1
	April	104,7	98,2	111,6	102,9	110,1	103,3	120,2	108,0
	Mai	92,9	88,0	93,3	92,4	103,5	88,9	98,0	97,7
	Juni	106,1	102,0	112,7	117,7	113,2	103,6	131,4	117,3
	Juli	108,1	109,2	114,2	117,9	107,5	101,3	128,0	111,5
	August	95,4	93,3	93,7	91,8	100,2	87,8	103,7	99,5
	September	110,5	99,3	122,9	129,1	107,9	106,1	152,2	126,6
	Oktober	108,8	98,6	111,9	103,4	113,4	113,6	122,4	110,3
	November	104,3	92,2	111,0	112,6	106,7	117,0	122,6	129,9
	Dezember	88,5	79,3	109,4	103,0	107,5	115,4	126,3	126,0
1998	Januar	98,3	84,7	110,2	116,2	115,3	105,9	118,1	103,2
	Februar	102,8	81,2	105,7	103,6	105,0	109,4	125,1	115,4
	März	113,8	97,6	124,6	120,6	126,8	121,1	138,3	134,7
	April	106,9	98,4	111,8	102,6	119,4	111,6	125,1	112,1
	Mai	102,9	98,4	104,5	102,3	110,1	116,9	113,4	120,4
	Juni	114,4	108,1	120,8	130,6	106,6	125,4	125,1	104,7

Jahr Monat		Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
		zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
			Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektri- schen Aus- rüstungen a.n.g.							
1995		100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996		98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997		105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1997	Januar	100,7	105,1	96,4	115,3	147,8	108,8	118,4	122,7	47,5	100,5
	Februar	97,5	98,5	91,2	94,2	106,0	101,1	114,4	116,7	79,5	99,7
	März	105,2	114,8	95,9	104,8	130,6	107,8	127,0	134,4	75,1	98,4
	April	109,5	112,3	106,7	120,9	149,9	111,3	135,6	140,2	102,4	104,6
	Mai	91,2	93,3	90,2	101,2	125,1	98,6	118,2	122,5	79,9	86,3
	Juni	115,5	111,5	136,0	124,3	129,4	116,2	125,3	126,3	79,1	102,0
	Juli	105,2	107,0	96,9	106,3	110,8	112,1	122,9	124,5	70,0	96,1
	August	92,9	97,1	86,3	101,6	112,3	92,0	99,8	96,1	111,8	81,8
	September	122,6	117,2	148,5	113,4	115,8	114,6	123,3	125,8	156,0	103,8
	Oktober	102,9	101,1	101,7	113,8	116,6	115,7	127,5	128,6	129,2	111,2
	November	113,5	118,1	106,6	109,8	131,6	116,0	121,3	118,9	65,5	105,0
	Dezember	104,4	111,1	102,9	104,9	104,9	120,7	112,6	111,3	182,6	85,1
1998	Januar	106,5	108,5	110,1	106,1	108,9	111,8	125,0	126,7	130,1	101,2
	Februar	106,1	109,6	105,6	111,6	131,3	103,8	129,0	130,1	130,9	103,8
	März	119,4	124,3	116,0	116,3	122,2	128,2	150,0	153,1	165,3	114,6
	April	107,6	113,8	95,6	105,5	113,1	107,8	141,4	147,1	116,9	102,3
	Mai	100,5	107,4	92,2	108,5	113,6	103,7	128,6	128,3	131,2	94,1
	Juni	105,8	112,1	100,4	116,9	139,4	118,0	130,1	127,6	103,0	98,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Früheres Bundesgebiet
1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6
1997 Januar	102,3	101,8	102,9	107,2	95,6	97,6	87,6	102,3	85,6
Februar	101,7	100,9	99,6	103,0	115,4	102,3	169,8	124,0	86,4
März	106,0	102,9	106,4	111,3	116,4	104,9	158,8	134,7	91,2
April	113,6	112,4	117,4	116,6	99,0	103,1	78,9	124,5	101,6
Mai	97,3	98,0	99,2	100,5	78,6	85,7	45,5	70,7	88,5
Juni	111,1	112,3	114,4	109,0	90,4	95,2	51,5	74,0	104,6
Juli	109,5	110,3	112,9	106,4	92,8	91,1	88,2	92,9	97,3
August	96,1	96,0	98,1	85,9	102,4	80,4	157,6	120,6	86,6
September	116,9	113,0	123,4	113,1	117,2	109,7	150,9	150,2	104,5
Oktober	114,4	114,9	116,9	115,4	97,8	105,5	77,4	130,2	107,9
November	107,6	109,6	109,9	107,0	85,0	96,6	55,0	103,9	97,3
Dezember	103,5	100,1	114,7	95,9	83,3	78,7	48,0	66,3	84,1
1998 Januar	109,0	108,2	113,8	108,5	91,4	94,9	78,7	83,9	86,3
Februar	110,2	107,3	113,4	110,1	113,8	105,2	178,6	120,7	89,3
März	124,6	119,5	130,6	127,7	125,2	115,8	164,3	150,7	108,2
April	112,6	111,0	116,9	118,5	93,4	99,0	80,3	128,1	98,7
Mai	106,0	104,8	111,9	108,0	81,8	91,5	58,3	88,1	93,1
Juni	112,2	110,6	119,9	107,4	92,3	91,0	62,8	74,3	96,4

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2
1997 Januar	103,3	93,0	104,3	106,4	94,3	93,3	83,9	107,1	101,4
Februar	99,9	90,7	102,3	103,7	95,7	94,1	84,6	112,2	103,0
März	96,2	94,9	104,5	104,2	99,7	97,5	88,8	104,0	101,0
April	103,1	96,0	113,2	113,8	110,4	108,2	101,3	116,1	111,1
Mai	91,7	86,9	102,2	105,7	95,6	96,0	86,4	98,7	92,8
Juni	102,2	94,3	111,5	111,3	107,9	107,5	100,8	116,4	110,9
Juli	104,4	93,3	107,9	111,6	110,1	108,2	99,0	117,6	116,2
August	92,5	89,3	94,1	98,3	92,5	91,2	85,0	94,1	91,1
September	102,2	101,9	110,8	111,4	107,0	106,3	101,1	109,6	99,6
Oktober	109,5	108,0	111,7	113,5	114,2	112,6	106,6	120,7	107,7
November	104,5	108,8	99,4	101,8	104,7	102,2	91,0	115,8	114,7
Dezember	92,5	105,1	100,4	102,2	87,9	86,9	73,6	103,5	100,4
1998 Januar	102,7	94,8	108,2	111,2	99,7	98,5	84,1	118,7	118,2
Februar	99,2	92,2	104,6	106,6	102,7	101,9	84,4	114,9	111,6
März	105,8	103,9	116,1	114,4	114,1	112,6	98,7	122,0	122,8
April	100,9	96,6	105,9	106,4	107,9	107,5	96,1	110,4	108,9
Mai	95,5	94,2	101,1	101,4	104,4	104,2	91,8	103,5	100,0
Juni	100,0	96,4	108,6	104,6	108,4	108,0	96,9	114,6	101,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Früheres Bundesgebiet
1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen	
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter					
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.		
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8	
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2	
1997	Januar	93,0	78,0	101,4	99,8	101,0	92,8	103,0	101,6
	Februar	90,5	78,1	95,1	92,5	95,5	90,5	105,2	110,6
	März	93,5	84,1	100,8	99,2	98,8	92,7	110,8	117,6
	April	104,0	95,9	111,4	103,0	110,1	102,3	120,0	104,0
	Mai	92,1	84,8	93,3	92,1	102,9	89,9	96,6	95,4
	Juni	104,6	100,1	113,4	118,0	113,7	105,1	131,8	115,2
	Juli	107,4	109,1	114,7	118,7	107,3	101,8	128,3	108,3
	August	94,4	91,8	94,1	92,1	99,5	89,0	102,5	96,0
	September	109,8	96,2	123,3	129,9	108,6	105,5	153,6	120,6
	Oktober	108,6	98,7	112,7	102,9	112,9	114,7	122,9	102,5
	November	103,5	88,7	111,5	113,1	105,4	116,1	121,8	119,5
	Dezember	87,9	77,9	110,0	102,9	107,0	115,6	127,1	119,3
1998	Januar	97,8	84,0	110,6	116,8	114,7	106,6	117,6	95,7
	Februar	101,5	76,6	105,9	103,7	104,8	109,6	123,0	110,0
	März	112,4	94,1	125,0	121,1	123,9	121,7	137,8	126,9
	April	105,6	95,4	112,2	102,3	118,4	111,8	124,1	108,2
	Mai	101,5	95,3	104,8	102,1	109,2	117,5	112,6	109,2
	Juni	111,5	100,7	121,4	130,7	106,8	123,1	125,4	98,8

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln	
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren			
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektri- schen Aus- rüstungen a.n.g.								
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100		
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7	
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3	
1997	Januar	101,1	107,4	94,8	112,2	146,2	108,0	119,2	123,7	52,4	100,5
	Februar	97,9	100,8	89,1	92,2	105,3	99,5	114,7	116,9	94,8	99,5
	März	106,1	118,1	95,5	104,5	130,8	107,7	127,5	134,9	76,9	97,6
	April	110,1	114,7	106,1	119,9	149,9	110,0	135,9	140,2	116,4	103,2
	Mai	91,4	95,4	87,7	99,2	125,3	97,8	118,4	122,7	84,7	85,4
	Juni	113,8	112,1	128,6	121,8	127,9	115,3	125,7	126,7	90,7	101,6
	Juli	106,1	109,6	97,2	104,6	111,4	111,2	123,1	125,0	79,8	96,0
	August	93,3	99,4	86,5	99,4	111,7	90,3	99,9	96,2	137,0	81,7
	September	123,5	120,4	148,6	109,7	113,1	112,2	122,7	125,2	176,1	103,4
	Oktober	103,4	103,6	101,8	112,7	116,9	114,6	127,8	128,9	152,9	110,6
	November	114,6	121,4	106,7	108,0	130,8	115,1	120,8	118,2	71,1	103,9
	Dezember	104,8	114,0	102,0	101,2	99,3	120,2	112,6	111,2	210,9	84,7
1998	Januar	106,9	110,6	108,8	101,9	106,5	110,2	124,8	126,5	159,1	100,6
	Februar	106,8	112,1	105,3	108,2	128,4	102,5	128,3	129,2	141,1	102,9
	März	118,9	124,8	115,9	113,5	120,4	126,5	149,2	152,2	171,1	113,9
	April	107,8	116,2	95,3	102,3	110,3	106,0	140,6	146,6	140,8	102,1
	Mai	100,3	109,4	88,9	105,3	110,7	101,5	127,8	127,8	149,7	93,6
	Juni	104,4	114,5	93,5	113,4	136,4	116,2	127,9	125,5	121,8	97,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe²⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe ³⁾	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-				
		güterproduzenten							
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8
1997 Januar	95,9	107,3	80,0	104,1	111,5	114,5	86,3	85,5	102,9
Februar	94,4	104,5	78,6	109,8	110,7	125,2	96,4	95,3	110,3
März	105,1	110,4	97,6	111,5	110,8	124,7	103,4	97,9	120,6
April	113,4	123,5	99,0	131,2	114,2	117,2	80,0	97,0	134,2
Mai	103,1	116,9	87,4	105,0	103,7	104,5	76,7	85,5	126,2
Juni	112,5	134,1	89,5	110,3	108,3	113,8	73,2	104,8	146,3
Juli	107,1	125,8	87,1	102,6	107,5	111,1	89,7	85,3	149,7
August	95,6	113,0	75,0	96,8	105,0	88,1	108,3	87,7	134,6
September	123,3	132,5	112,1	129,6	121,9	121,6	113,6	106,7	156,8
Oktober	111,5	129,0	89,4	123,9	116,3	126,3	105,6	113,8	160,4
November	114,2	127,0	97,3	130,7	112,2	126,7	90,6	90,0	147,1
Dezember	105,6	110,5	100,8	104,7	102,1	94,4	64,6	90,9	116,5
1998 Januar	108,1	125,1	86,3	125,5	109,4	125,1	83,2	98,7	133,4
Februar	118,7	124,7	110,4	132,5	112,8	128,9	92,4	106,0	137,5
März	140,5	145,7	134,3	151,6	126,8	147,5	87,1	137,3	175,4
April	117,0	134,8	96,1	127,3	112,1	123,5	76,4	105,2	143,2
Mai	117,7	129,8	105,0	122,3	104,8	121,0	64,4	103,9	148,6
Juni	127,6	140,7	111,1	145,6	118,8	125,9	58,1	106,4	170,1

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und - bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) ⁴⁾	
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4	
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9	
1997	Januar	113,6	114,1	107,0	97,1	87,5	85,4	83,1	111,2	104,7
	Februar	98,6	100,7	102,4	93,5	99,5	98,2	97,6	106,2	94,5
	März	103,3	111,8	108,8	97,5	108,5	110,3	112,2	115,6	115,6
	April	115,7	124,6	120,0	111,7	128,1	128,6	135,1	121,1	114,7
	Mai	99,9	113,3	113,2	107,3	119,6	123,3	121,0	121,8	120,6
	Juni	115,6	123,3	118,6	111,7	131,9	134,9	138,1	121,1	108,9
	Juli	123,5	120,0	115,2	108,5	140,2	143,0	131,7	115,1	96,5
	August	110,5	103,8	101,5	92,2	120,7	122,2	124,8	112,7	112,9
	September	112,8	120,5	118,3	109,7	140,4	140,9	140,7	125,5	113,0
	Oktober	137,0	127,0	121,3	112,1	136,5	137,9	142,7	118,2	103,5
	November	123,0	133,8	115,7	108,6	123,0	123,4	131,5	133,3	129,1
	Dezember	108,7	114,8	125,1	120,0	98,9	97,5	93,4	98,7	92,3
1998	Januar	128,8	127,6	115,9	110,3	106,9	104,1	102,8	124,7	113,2
	Februar	123,1	111,8	120,0	123,4	111,5	108,6	106,2	126,0	112,6
	März	141,4	137,5	133,0	129,6	132,9	130,0	138,7	134,1	120,9
	April	134,9	129,0	123,5	123,6	128,4	127,0	134,1	133,4	124,9
	Mai	116,3	117,8	111,6	99,5	128,2	130,3	130,7	122,0	100,9
	Juni	132,0	125,7	118,0	106,3	138,0	138,5	147,4	125,2	101,4

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Index des Auftragseingangs ¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe ²⁾
Neue Länder und Berlin-Ost
1995 = 100

Jahr Monat		Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
		zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
					Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1995		100	100	100	100	100	100	100	100
1996		101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997		109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1997	Januar	104,1	86,0	95,8	89,7	103,9	72,1	106,3	171,3
	Februar	100,0	97,1	95,4	109,8	77,9	125,9	107,8	172,8
	März	101,5	96,4	111,7	112,7	120,7	147,6	110,3	225,9
	April	112,8	113,9	114,9	101,7	111,5	118,5	123,4	225,2
	Mai	103,1	110,0	92,2	98,4	122,9	73,7	122,9	168,6
	Juni	124,2	114,5	98,5	110,0	97,0	81,9	124,6	176,8
	Juli	116,3	109,7	104,2	99,3	114,7	93,9	122,9	206,2
	August	108,5	104,0	87,6	85,8	124,1	71,0	125,0	203,0
	September	119,7	119,9	115,5	110,8	84,2	114,5	128,2	302,0
	Oktober	111,4	97,6	97,2	114,0	130,9	97,3	112,6	341,2
	November	115,6	116,5	101,3	102,6	146,0	130,6	136,5	436,0
	Dezember	94,8	88,8	99,1	104,3	122,4	113,1	113,5	321,7
1998	Januar	105,4	88,9	101,6	101,6	133,9	96,8	126,3	326,0
	Februar	120,4	112,8	103,2	102,4	110,5	107,1	161,4	270,5
	März	131,2	121,5	116,2	109,3	219,5	111,2	147,4	365,9
	April	123,1	118,8	103,5	109,9	151,0	108,0	142,6	225,2
	Mai	121,0	120,0	100,0	108,5	138,1	107,8	128,1	451,3
	Juni	152,2	159,4	110,0	127,7	101,5	159,7	120,6	279,3

Jahr Monat		Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
		zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren		
			Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1995		100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996		94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997		98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1997	Januar	94,0	71,4	122,4	209,7	199,1	129,0	97,7	92,3	29,6	101,2
	Februar	91,0	64,5	126,8	153,9	129,4	140,6	102,6	107,8	24,0	102,1
	März	92,5	66,7	101,3	111,7	121,6	108,9	112,2	117,9	68,6	110,4
	April	100,1	76,6	115,7	152,4	148,2	142,7	128,8	138,8	51,7	125,5
	Mai	88,5	62,8	130,3	161,0	120,1	116,0	112,6	114,9	62,7	101,1
	Juni	141,4	102,4	255,4	200,4	179,0	138,6	112,8	112,4	37,0	106,8
	Juli	89,9	68,2	92,0	161,4	92,9	134,5	115,9	107,3	34,4	96,6
	August	86,9	63,3	82,6	170,0	134,5	131,9	97,2	93,3	19,9	84,6
	September	107,3	68,9	147,7	227,2	207,6	170,7	140,6	143,9	82,5	110,0
	Oktober	96,8	65,0	99,8	146,4	106,5	142,7	118,1	119,3	42,6	120,8
	November	96,9	69,8	106,1	164,1	158,5	139,3	137,6	143,4	45,5	119,5
	Dezember	98,2	68,5	119,1	219,3	294,3	133,0	114,1	113,9	79,4	91,0
1998	Januar	100,2	77,5	130,9	236,0	190,5	151,4	133,0	133,5	24,4	109,7
	Februar	95,9	72,3	110,4	214,6	226,0	136,3	151,6	158,0	93,8	116,6
	März	126,0	116,6	117,1	203,7	183,0	168,2	176,6	181,5	144,2	124,6
	April	105,2	78,4	100,2	205,4	208,2	151,7	165,9	162,1	29,7	105,6
	Mai	103,6	78,4	143,5	206,5	211,8	157,8	154,6	142,7	63,8	100,3
	Juni	126,7	77,4	212,2	223,5	239,2	164,8	196,2	197,5	34,3	111,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen¹⁾

Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Büroma- schinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen- teilen
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1996	6 519,8	6 353,1	518,2	139,1	93,6	517,5	279,2	1 020,6	45,0	470,0	152,1	682,0
1997 ⁴⁾	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1997 ⁴⁾ März	6 310,0	6 160,2	498,0	132,8	85,8	506,9	271,2	983,2	45,5	446,2	146,5	684,8
April	6 296,0	6 146,0	496,6	132,1	85,0	504,8	270,7	979,8	45,4	445,2	146,4	685,5
Mai	6 285,7	6 136,2	497,3	131,8	84,1	502,7	270,3	977,5	45,5	443,6	145,1	687,6
Juni	6 297,9	6 149,0	499,9	131,3	84,3	504,3	270,4	977,1	45,6	444,7	145,2	692,5
Juli	6 315,8	6 168,5	505,4	131,1	83,8	493,5	271,2	979,6	45,4	446,8	145,9	706,0
August	6 322,1	6 185,0	509,8	131,2	84,2	495,8	271,9	981,1	45,6	447,6	146,4	704,7
September	6 340,7	6 193,5	509,5	131,4	83,5	498,2	272,0	985,0	45,8	448,2	144,5	704,9
Oktober	6 322,5	6 176,4	506,1	131,9	83,1	496,3	270,6	983,5	45,6	445,5	145,5	704,9
November	6 314,4	6 169,0	503,8	131,1	82,5	495,5	270,6	983,1	45,6	445,4	144,8	706,8
Dezember	6 280,3	6 136,1	498,7	130,2	82,1	494,0	269,7	978,4	45,7	444,6	144,0	704,7
1998 ⁵⁾ Januar	6 344,1	6 204,2	542,8	129,6	81,1	483,4	268,9	979,3	43,1	446,8	146,2	715,4
Februar	6 344,6	6 205,7	537,9	129,2	80,6	483,7	269,3	980,1	42,7	448,4	147,2	722,0
März	6 365,3	6 226,0	538,0	129,5	80,2	485,2	269,8	981,8	43,1	450,4	147,2	727,4
April	6 368,5	6 229,5	538,0	129,4	79,7	483,9	269,6	981,8	43,1	451,2	147,5	729,1
Mai	6 372,0	6 233,0	539,1	129,1	78,7	483,9	269,6	982,0	42,9	451,2	147,0	731,1
Juni	6 396,3	6 257,8	543,0	129,0	78,8	483,7	270,4	983,8	43,1	453,5	147,9	738,5
Umsatz insgesamt ²⁾												
Mill. DM												
1996	2 079 295,4	2 049 960,2	222 520,6	31 511,8	22 448,6	215 655,2	92 385,5	258 174,0	26 425,7	126 517,9	39 221,3	283 175,1
1997 ⁴⁾	2 186 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1997 ⁴⁾ März	174 521,3	172 561,6	18 201,3	2 618,4	2 113,4	18 769,4	7 828,8	20 326,4	2 229,7	9 653,6	4 343,3	26 013,7
April	190 857,4	188 641,1	19 628,6	2 873,2	1 396,2	20 999,2	8 933,0	22 069,0	2 141,5	9 622,1	4 660,6	29 585,4
Mai	167 985,9	165 802,1	18 431,3	2 394,5	895,7	18 770,5	7 715,9	19 549,1	1 833,7	8 650,6	4 352,0	24 553,7
Juni	193 329,7	191 187,5	18 827,9	2 714,5	1 329,3	20 268,2	8 898,9	25 476,6	2 307,1	10 181,7	5 560,4	28 815,0
Juli	188 802,8	186 638,1	19 204,1	2 687,0	2 473,1	19 945,1	8 720,7	22 643,1	2 163,9	10 405,8	4 612,9	27 959,7
August	163 332,6	161 312,3	18 221,5	2 058,2	2 664,8	17 445,3	7 628,2	20 135,1	1 966,0	9 169,9	4 332,0	18 950,7
September	201 391,2	199 216,7	19 570,2	2 922,2	2 581,2	19 940,4	9 303,1	25 894,1	3 045,7	12 409,7	5 741,0	27 886,9
Oktober	196 103,7	193 780,1	20 177,4	3 030,8	1 611,7	20 683,1	9 315,9	23 452,6	2 052,6	9 697,3	5 318,6	28 145,3
November	193 114,3	190 766,4	18 812,8	2 806,3	1 454,9	18 968,3	8 787,1	24 473,7	2 653,3	10 772,0	5 064,8	30 138,1
Dezember	189 123,8	186 926,9	19 531,1	2 243,1	1 330,9	18 102,2	7 399,8	27 615,4	2 718,6	10 398,9	5 567,7	26 531,8
1998 ⁵⁾ Januar	169 411,1	167 460,9	18 086,8	2 652,0	2 294,4	19 225,1	8 745,0	19 360,8	2 160,1	9 222,3	4 161,8	24 122,4
Februar	174 443,0	172 700,8	17 799,4	2 678,7	2 403,3	19 049,3	8 629,9	20 509,5	2 174,7	9 773,5	4 452,4	28 218,4
März	203 863,2	201 887,8	19 661,4	3 006,0	2 202,2	21 096,6	9 740,7	24 990,9	2 760,2	11 742,2	5 283,2	33 784,7
April	187 688,5	185 697,8	19 527,3	2 776,3	1 364,9	19 815,1	9 069,4	22 326,6	2 221,1	10 222,6	4 833,1	30 757,8
Mai	181 401,9	179 419,6	19 099,4	2 585,5	1 044,6	18 683,4	8 646,2	21 434,4	2 346,9	9 975,3	4 539,8	29 828,6
Juni	196 085,2	194 112,5	19 067,4	2 691,8	1 355,5	19 779,4	9 092,2	27 342,6	2 274,0	10 917,2	4 896,4	31 903,9
darunter Auslandsumsatz ³⁾												
Mill. DM												
1996	617 254,7	615 060,1	23 165,5	8 872,8	5 242,9	93 562,9	32 338,8	114 485,5	9 545,4	43 111,5	15 098,9	141 336,8
1997 ⁴⁾	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1997 ⁴⁾ März	54 886,2	54 808,4	1 967,9	786,8	542,2	8 671,9	2 798,3	9 041,0	804,6	3 392,8	2 025,5	13 388,7
April	59 936,5	59 840,1	2 203,1	875,8	317,8	9 743,3	3 216,9	9 895,1	867,2	3 192,3	2 195,8	15 106,2
Mai	52 825,9	52 735,9	1 946,6	733,9	148,9	8 602,6	2 755,7	9 109,3	702,7	2 900,5	2 196,1	12 504,7
Juni	62 810,9	62 714,6	2 116,9	842,7	301,1	9 179,2	3 150,8	12 473,2	953,3	3 577,6	2 937,4	14 583,6
Juli	59 700,7	59 618,2	2 123,1	809,6	713,9	9 176,8	2 997,1	10 310,2	782,5	3 715,5	2 191,3	14 531,1
August	50 297,8	50 221,9	2 013,0	606,1	763,2	8 024,6	2 687,9	9 571,1	729,9	3 262,4	2 203,8	9 523,3
September	64 810,4	64 717,1	2 193,3	889,3	721,6	9 149,7	3 313,7	12 563,9	1 141,1	4 309,4	2 772,5	14 377,0
Oktober	63 122,6	63 034,0	2 404,3	939,4	344,3	9 432,2	3 370,3	10 809,9	838,0	3 230,1	2 592,9	15 131,3
November	63 348,7	63 261,4	2 239,3	870,3	353,8	8 540,8	3 162,7	11 699,0	1 148,2	3 779,3	2 534,6	15 959,1
Dezember	61 765,5	61 691,7	2 127,4	701,5	324,3	8 335,3	2 674,6	13 562,9	1 033,7	3 475,1	2 840,5	13 819,0
1998 ⁵⁾ Januar	54 879,0	54 808,1	2 133,0	861,5	672,2	9 129,6	3 212,9	8 597,5	921,2	3 175,2	1 932,4	12 939,0
Februar	58 683,3	58 611,7	2 146,6	867,7	662,0	9 072,0	3 106,7	9 586,2	949,6	3 475,3	2 102,8	14 816,2
März	67 363,4	67 279,0	2 338,5	958,9	608,6	9 990,5	3 510,9	11 478,6	1 136,1	4 174,6	2 627,2	17 021,0
April	62 104,1	62 023,2	2 176,1	891,3	316,6	9 302,4	3 241,7	10 448,4	986,7	3 557,4	2 396,1	15 860,3
Mai	59 763,8	59 670,1	2 125,6	830,8	201,1	8 663,4	3 088,2	9 948,7	984,4	3 638,7	2 271,6	15 456,7
Juni	67 804,9	67 718,9	2 216,3	872,2	332,8	9 236,7	3 262,6	14 315,5	902,5	4 046,9	2 467,3	16 646,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1.

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk. - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftszugruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren. - 4) Endgültige Ergebnisse. - 5) Vorläufige Ergebnisse.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat		Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energie- ver- sorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau		
				zu- sam- men	Bergbau und Ge- win- nung von Steinen und Erden	Ver- arbei- tendes Ge- werbe		Vorlei- stungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-	zu- sam- men	Hoch- bau-	Tief- bau-
		güterproduzenten												
Originalwert														
1995		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996		99,5	100,4	99,9	93,8	100,1	105,6	98,9	101,4	101,0	99,8	93,4	94,1	92,3
1997		102,1	103,7	103,7	90,7	104,0	104,6	104,3	106,0	99,6	99,8	89,7	90,0	89,2
1997	Februar	92,7	96,5	95,5	81,4	95,9	109,0	96,1	93,9	98,8	95,3	63,5	67,9	55,2
	März	98,7	100,7	100,0	82,6	100,5	109,6	100,6	100,1	97,5	97,5	83,6	84,8	81,3
	April	109,1	109,3	109,8	101,7	109,9	104,5	111,1	111,1	112,8	101,9	106,7	106,1	108,1
	Mai	94,8	95,4	95,5	88,5	95,7	95,1	98,1	94,9	88,3	92,6	90,3	90,2	90,5
	Juni	109,3	109,8	111,2	95,4	111,6	92,0	110,9	119,0	107,8	100,4	105,4	104,9	106,6
	Juli	106,8	106,7	107,8	95,9	108,2	92,3	109,4	111,0	101,2	101,6	107,5	106,9	108,6
	August	89,6	89,7	89,9	85,2	90,0	87,8	94,6	87,4	66,5	92,5	88,7	87,8	90,1
	September	110,9	111,1	112,5	92,9	113,1	94,1	112,0	118,2	111,1	104,9	108,9	107,3	111,7
	Oktober	113,1	113,8	114,2	98,6	114,6	108,8	116,5	113,4	112,0	110,3	107,2	105,3	110,6
	November	109,7	111,7	111,4	95,1	111,8	115,8	110,8	114,8	113,7	105,9	95,0	93,0	98,5
	Dezember	100,0	104,1	103,0	84,0	103,6	117,1	97,3	120,5	89,5	96,4	69,2	68,9	69,7
	1998	Januar	94,4	99,0	97,6	78,7	98,1	116,3	101,4	92,0	95,6	97,3	60,2	63,1
Februar		97,3	102,0	101,9	76,5	102,5	104,5	103,3	102,6	108,5	93,3	61,3	64,0	56,4
März		113,8	117,9	118,0	85,7	119,0	116,4	117,4	125,6	123,3	104,4	83,1	82,9	83,5
April		105,7	108,0	108,5	79,6	109,3	101,7	109,8	111,5	110,8	98,8	87,7	86,3	90,5
Mai		102,2	104,3	105,1	81,1	105,8	93,4	107,0	107,6	105,3	95,4	86,4	85,2	88,7
Juni		108,6	110,7	112,2	82,4	113,0	90,1	112,1	120,4	111,1	99,0	93,8	92,4	96,5
arbeitstäglich bereinigter Wert														
1995		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996		99,6	100,4	100,0	93,8	100,2	105,6	98,9	101,6	101,1	99,9	93,6	94,3	92,5
1997		102,2	103,9	103,8	90,8	104,2	104,6	104,4	106,1	99,7	99,9	89,9	90,2	89,4
1997	Februar	93,0	97,0	95,9	81,7	96,3	109,3	96,5	94,3	99,3	95,6	63,9	68,4	55,6
	März	104,2	105,8	105,5	86,5	106,0	109,8	105,2	106,4	105,3	102,5	92,1	93,4	89,6
	April	104,8	105,4	105,5	98,1	105,7	104,5	107,5	106,1	106,6	98,1	99,6	98,9	100,8
	Mai	97,3	97,7	98,0	90,5	98,1	95,2	100,2	97,8	91,9	94,9	94,3	94,2	94,5
	Juni	108,5	109,0	110,4	94,8	110,8	92,1	110,1	118,0	106,6	99,7	104,4	103,8	105,5
	Juli	104,9	104,9	105,9	94,3	106,2	92,1	107,7	108,7	98,5	99,7	104,1	103,5	105,2
	August	91,7	91,6	91,9	87,0	92,0	87,9	96,4	89,6	68,7	94,5	92,4	91,6	93,9
	September	110,1	110,4	111,7	92,3	112,3	94,1	111,3	117,2	109,9	104,2	107,4	105,9	110,3
	Oktober	111,4	112,3	112,6	97,4	113,0	108,6	115,2	111,5	109,8	108,8	104,6	102,8	107,9
	November	110,7	112,6	112,4	95,8	112,9	115,8	111,7	115,9	115,1	106,9	96,8	94,9	100,5
	Dezember	100,4	104,5	103,4	84,2	104,0	117,5	97,6	121,1	90,0	96,7	69,7	69,4	70,2
	1998	Januar	95,2	99,8	98,5	79,3	98,8	116,3	102,1	92,9	96,8	98,1	61,1	64,1
Februar		97,7	102,4	102,3	76,7	102,9	104,8	103,6	103,0	109,1	93,6	61,7	64,4	56,8
März		113,4	117,5	117,6	85,5	118,5	116,4	117,0	125,0	122,6	104,0	82,5	82,3	82,9
April		105,3	107,7	108,1	79,4	108,9	101,6	109,5	111,0	110,2	98,5	87,2	85,7	89,9
Mai		103,5	105,5	106,4	82,0	107,1	93,7	108,1	109,1	107,2	96,4	88,4	87,2	90,7
Juni		109,4	111,3	113,0	82,9	113,8	90,1	112,8	121,3	112,2	99,6	94,8	93,4	97,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsgewerbe			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewinnung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe		

Originalwert

1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996	93,0	92,3	101,4	96,1	101,6	101,8	97,0	91,5	90,9	92,5	89,8	96,1
1997	89,1	88,4	96,6	95,4	102,2	102,6	94,6	88,5	90,3	85,5	89,1	98,1
1997	Februar	88,4	87,0	105,3	61,0	92,9	93,3	85,6	97,0	92,0	105,0	94,6	86,3
	März	82,8	80,5	110,6	82,1	96,0	96,2	92,1	90,3	90,3	90,4	91,9	92,3
	April	98,6	99,2	90,6	110,7	103,9	104,1	99,1	88,6	99,9	70,4	95,9	104,0
	Mai	84,7	84,8	84,0	99,3	98,6	99,3	83,8	73,1	82,3	58,3	70,4	88,5
	Juni	88,3	89,7	71,8	115,9	101,7	101,7	100,2	91,9	97,4	82,9	92,4	105,7
	Juli	88,7	89,6	78,4	116,9	103,1	103,3	102,3	97,0	90,4	107,4	96,3	103,8
	August	81,7	82,1	76,5	95,7	97,2	97,5	90,3	74,1	64,7	89,1	71,5	83,6
	September	84,6	85,0	78,3	117,2	106,4	106,4	107,6	99,2	99,9	98,3	99,8	111,7
	Oktober	92,6	91,5	106,0	116,3	115,8	116,6	98,6	91,5	101,4	75,6	96,4	115,4
	November	90,8	88,8	113,1	107,7	109,6	110,1	97,4	88,1	96,2	75,2	91,3	109,4
	Dezember	87,2	84,4	120,5	74,6	102,4	102,9	90,0	74,5	76,4	71,5	76,0	92,6
1998	Januar	85,8	83,1	117,6	58,1	97,0	97,5	86,3	91,6	90,7	93,1	89,8	86,5
	Februar	81,8	80,0	104,5	60,8	92,4	92,3	94,2	92,8	90,4	96,5	91,7	90,5
	März	84,9	82,5	114,0	88,3	101,9	101,8	102,5	97,8	100,5	93,4	99,8	111,0
	April	75,1	73,8	90,5	92,9	101,0	101,0	101,9	81,4	92,3	64,0	86,7	98,8
	Mai	75,2	73,4	96,1	98,3	99,9	100,0	96,9	77,4	86,5	62,9	80,9	96,0
	Juni	74,9	75,1	72,2	104,2	100,9	101,2	93,6	86,6	92,8	76,6	83,7	101,5

arbeitstäglich bereinigter Wert

1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	93,0	92,3	101,5	96,3	101,7	101,9	97,0	91,5	90,9	92,5	89,9	96,2
1997	89,1	88,5	96,6	95,5	102,4	102,7	94,7	88,6	90,5	85,7	89,3	98,2
1997	Februar	88,7	87,3	105,4	61,2	93,3	93,6	85,9	97,5	92,5	105,5	95,2	86,7
	März	86,1	84,0	112,3	87,6	100,9	101,0	96,8	96,5	96,9	96,0	100,4	98,6
	April	95,6	96,2	89,4	105,6	100,1	100,4	95,5	84,3	94,9	67,4	89,9	99,1
	Mai	86,5	86,6	84,7	102,3	101,0	101,6	85,9	75,5	85,2	60,1	73,5	91,5
	Juni	87,8	89,1	71,6	115,2	101,1	101,2	99,4	91,1	96,6	82,2	91,4	104,8
	Juli	87,5	88,3	77,9	114,4	101,4	101,5	100,6	94,8	88,4	105,2	93,5	101,5
	August	83,1	83,5	77,1	98,4	99,3	99,7	92,3	76,3	66,7	91,4	74,3	86,0
	September	84,1	84,5	78,1	116,2	105,7	105,7	106,8	98,3	98,8	97,5	98,6	110,7
	Oktober	91,6	90,5	105,4	114,4	114,4	115,2	97,2	89,8	99,6	74,4	94,1	113,4
	November	91,2	89,4	113,4	109,0	110,6	111,1	98,2	89,1	97,4	76,0	92,7	110,7
	Dezember	87,4	84,6	120,6	75,0	102,7	103,2	90,3	74,8	76,7	71,9	76,5	93,1
1998	Januar	86,3	83,8	118,0	58,7	97,7	98,2	87,0	92,6	91,6	94,1	91,1	87,4
	Februar	82,1	80,3	104,6	61,0	92,7	92,7	94,5	93,2	90,8	96,9	92,3	91,0
	März	84,7	82,3	113,9	87,9	101,5	101,5	102,2	97,4	100,0	93,1	99,2	110,4
	April	74,9	73,6	90,4	92,5	100,7	100,6	101,5	81,1	91,9	63,8	86,2	98,4
	Mai	75,8	74,2	96,4	99,9	101,0	101,2	98,0	78,7	88,0	63,8	82,6	97,4
	Juni	75,3	75,5	72,4	105,0	101,5	101,8	94,2	87,3	93,6	77,2	84,7	102,2

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- ölver- arbei- tung H.u.v. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen		
	zu- sammen	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Daten- trägern	darunter			zu- sammen	darunter		zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunst- stoff- waren		zu- sammen	Metall- erzeugung und -bear- beitung	H. v. Metall- erzeug- nissen
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe			H.v. Chemischen Grund- stoffen	H.v. Chemie- fasern							
Originalwert																
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	100,9	99,1	101,6	105,1	98,7	104,5	101,5	105,7	99,9	94,6	101,7	92,2	95,7	97,6	94,6	99,1
1997	104,1	101,9	105,1	116,2	96,0	101,2	106,6	115,3	111,6	101,7	110,4	98,7	95,5	103,5	103,8	103,4
1997 Februar . . .	99,3	101,5	98,2	110,1	88,4	92,6	101,6	108,9	107,9	93,9	106,8	89,3	75,1	94,2	99,7	91,4
März	103,9	102,8	104,4	117,1	94,5	102,8	105,9	115,4	108,8	96,6	107,2	92,9	89,4	98,0	101,3	96,3
April	105,8	105,2	106,0	118,0	95,4	102,6	111,9	118,4	121,6	110,9	120,6	107,5	109,2	108,9	111,2	107,6
Mai	96,8	96,3	97,1	110,0	86,8	101,6	105,7	120,0	114,0	95,5	99,7	94,1	95,7	94,2	98,5	91,9
Juni	102,7	104,4	101,9	111,0	95,1	93,7	112,3	119,8	113,0	110,3	122,9	105,9	109,7	110,4	109,2	110,9
Juli	101,6	104,1	100,6	109,0	94,3	103,0	111,0	118,0	110,9	105,5	115,5	102,0	110,1	109,3	104,4	111,9
August	96,2	95,8	96,5	107,1	87,9	101,7	100,5	112,2	93,9	89,9	90,3	89,8	93,5	94,6	93,9	95,0
September . .	110,6	106,5	112,4	124,4	102,4	97,2	107,4	113,7	110,8	109,7	120,5	105,9	108,4	114,2	110,7	116,1
Oktober . . .	115,3	108,2	118,3	131,3	106,8	108,5	111,2	117,4	117,9	116,8	124,3	114,1	112,0	115,7	115,1	116,0
November . .	111,3	102,5	115,1	127,4	104,1	100,8	107,7	115,3	107,1	109,0	119,1	105,5	102,9	110,8	109,8	111,2
Dezember . .	105,6	90,1	112,4	117,1	108,4	111,9	100,8	115,3	113,7	89,5	93,9	88,0	76,6	99,6	93,5	102,8
1998 Januar	103,9	106,3	102,8	119,4	89,6	104,2	108,6	117,8	118,9	99,2	109,0	95,9	72,6	99,8	107,2	96,0
Februar	101,2	101,9	100,9	113,0	91,1	98,3	104,2	113,7	113,6	103,4	114,0	99,7	77,5	101,7	107,8	98,4
März	115,8	113,4	116,9	128,1	106,6	98,7	114,1	119,6	126,2	116,7	126,8	113,3	99,9	119,9	119,6	120,1
April	107,6	103,5	109,5	124,5	97,7	102,9	107,9	114,4	120,1	104,7	115,7	100,8	101,6	108,6	109,9	107,9
Mai	104,5	102,4	105,4	120,4	93,5	102,8	103,3	112,4	115,0	107,6	112,9	105,8	102,2	105,6	109,1	103,9
Juni	105,6	104,2	106,2	116,6	98,3	100,8	108,3	114,9	119,4	112,5	120,3	109,9	107,8	111,4	110,8	111,7
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	100,9	99,2	101,7	105,1	98,7	104,1	101,6	105,8	99,9	94,7	101,7	92,3	95,7	97,6	94,6	99,2
1997	104,2	102,1	105,2	116,3	96,0	101,3	106,6	115,3	111,8	101,8	110,5	98,8	95,6	103,6	103,8	103,5
1997 Februar . . .	99,5	101,8	98,5	110,4	88,6	93,7	101,5	108,4	108,4	94,2	107,2	89,7	75,8	94,5	99,8	91,7
März	107,4	106,8	107,6	120,5	97,5	102,8	108,9	115,4	116,7	102,2	113,5	98,3	94,6	101,5	101,3	101,7
April	103,1	102,2	103,6	115,4	93,2	102,6	109,7	118,4	115,5	106,3	115,6	103,1	104,6	106,0	111,2	103,3
Mai	98,5	98,1	98,6	111,8	88,1	101,6	107,1	120,0	118,1	98,3	102,6	96,7	98,4	95,8	98,5	94,4
Juni	102,1	103,8	101,4	110,5	94,7	93,7	111,8	119,8	112,0	109,4	122,0	105,1	108,9	109,9	109,2	110,1
Juli	100,5	102,8	99,6	107,9	93,3	103,0	110,0	118,0	108,3	103,5	113,2	100,1	107,9	108,0	104,4	109,8
August	97,7	97,5	97,8	108,5	89,0	101,7	101,7	112,2	96,8	92,2	92,5	92,0	95,9	96,1	93,9	97,3
September . .	110,1	106,0	111,9	124,0	102,0	97,2	107,0	113,7	109,7	108,8	119,5	105,1	107,5	113,7	110,7	115,3
Oktober . . .	114,2	107,2	117,3	130,2	106,0	108,5	110,3	117,4	115,6	115,0	122,4	112,4	110,4	114,6	115,1	114,3
November . .	111,9	103,3	115,6	128,0	104,6	100,8	108,2	115,3	108,4	110,0	120,2	106,5	103,9	111,5	109,8	112,3
Dezember . .	105,8	90,3	112,6	117,3	108,6	111,9	101,0	115,3	114,3	89,9	94,3	88,4	76,9	99,8	93,5	103,2
1998 Januar	104,4	107,0	103,4	119,9	90,1	104,2	109,0	117,8	120,1	100,1	109,9	96,8	73,2	100,4	107,2	96,8
Februar	101,4	102,2	101,2	113,1	91,3	99,5	104,2	113,4	114,2	103,8	114,4	100,1	78,2	101,9	107,9	98,8
März	115,6	113,1	116,6	128,0	106,4	98,7	113,9	119,6	125,6	116,3	126,3	112,9	99,5	119,6	119,6	119,6
April	107,4	103,2	109,2	124,3	97,5	102,9	107,7	114,4	119,5	104,3	115,3	100,4	101,2	108,3	109,9	107,5
Mai	105,2	103,3	106,1	121,2	94,1	102,8	103,9	112,4	116,8	109,1	114,4	107,2	103,5	106,6	109,1	105,3
Juni	106,0	104,7	106,6	117,0	98,7	100,8	108,7	114,9	120,5	113,3	121,2	110,7	108,5	111,9	110,8	112,5

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat		Ma- schinen- bau	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau				H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling		
			zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u. ä.	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sammen	Recycling
										zu- sammen	darunter			
											Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau		
Originalwert														
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	
1996	100,1	101,7	110,6	100,2	101,6	102,2	104,8	106,4	92,6	88,0	94,2	97,5	104,7
1997	104,0	105,6	130,8	103,1	104,1	103,6	111,9	114,6	92,0	77,3	93,9	96,1	134,0
1997	Februar . . .	89,7	97,6	120,7	95,2	97,2	95,4	108,5	111,2	88,8	80,5	90,5	92,8	116,7
	März	96,4	101,7	121,7	98,7	100,1	103,0	112,2	115,2	90,4	78,6	89,4	96,1	124,3
	April	106,5	109,8	133,5	108,2	107,2	106,9	126,2	129,8	99,8	86,5	100,0	104,0	137,9
	Mai	92,9	91,1	116,1	89,7	91,3	85,8	103,3	105,5	86,3	72,3	87,5	81,6	131,0
	Juni	122,1	111,6	132,0	108,3	115,3	109,8	122,2	126,0	94,1	82,6	94,8	97,6	141,3
	Juli	105,7	111,6	123,4	110,3	113,8	109,2	118,3	121,4	95,9	72,9	99,0	90,9	149,8
	August	84,3	91,6	107,7	91,8	87,9	88,0	80,4	80,2	81,3	69,4	80,9	72,3	135,8
	September . .	117,0	119,2	146,1	116,1	120,5	116,4	118,2	121,4	94,8	82,9	98,0	111,5	149,6
	Oktober	112,4	116,0	135,2	115,3	114,8	111,6	121,5	124,1	102,0	82,3	103,4	114,2	152,0
	November . . .	111,7	115,5	163,1	112,0	108,7	112,1	124,6	128,7	95,2	79,5	99,9	108,9	139,4
	Dezember . . .	127,9	107,1	149,2	100,5	98,7	113,6	103,6	105,6	88,7	63,7	91,1	93,9	131,7
	1998	Januar	86,9	100,0	132,4	99,0	88,6	98,3	110,0	113,4	84,9	76,0	92,1	86,2
Februar		98,3	106,4	138,4	104,1	102,8	103,2	124,5	128,7	94,2	85,4	96,3	93,8	137,5
März		121,2	124,3	173,7	119,5	115,2	124,6	141,3	146,6	102,6	88,5	104,4	113,8	150,0
April		106,8	112,5	150,9	110,0	106,0	109,4	131,2	135,6	98,7	83,6	100,0	100,3	144,4
Mai		103,2	106,7	150,0	102,7	101,5	104,8	125,2	129,4	93,4	79,5	94,2	92,6	134,2
Juni		121,7	114,8	148,2	110,6	111,6	115,4	132,7	137,5	97,6	86,2	97,0	96,8	143,6
arbeitstäglich bereinigt														
1995	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1996	100,2	101,8	110,7	100,3	101,8	102,4	104,9	106,5	92,6	88,0	94,2	97,6	104,8
1997	104,1	105,7	130,9	103,2	104,2	103,8	112,1	114,9	92,1	77,4	94,0	96,2	134,2
1997	Februar . . .	90,0	98,0	121,2	95,6	97,7	95,8	109,1	111,9	89,1	80,8	90,8	93,2	117,0
	März	101,7	107,7	127,4	104,3	107,5	109,0	122,8	126,6	95,0	82,7	93,8	102,3	129,8
	April	102,4	105,2	128,9	103,9	101,7	102,4	118,3	121,3	96,1	83,3	96,4	99,4	133,4
	Mai	95,3	93,8	118,9	92,2	94,5	88,4	108,0	110,6	88,4	74,1	89,6	84,1	133,5
	Juni	121,1	110,7	130,9	107,5	114,2	109,0	120,7	124,4	93,5	82,1	94,1	96,8	140,9
	Juli	103,8	109,4	121,5	108,2	111,0	107,1	114,9	117,6	94,3	71,6	97,4	88,9	147,6
	August	86,2	93,9	109,9	94,0	90,7	90,3	83,5	83,6	83,0	70,9	82,6	74,3	138,4
	September . .	116,1	118,3	145,2	115,3	119,3	115,6	116,7	119,9	94,2	82,4	97,3	110,6	148,7
	Oktober	110,8	114,2	133,6	113,6	112,6	109,9	118,6	121,1	100,7	81,2	102,1	112,3	150,3
	November . . .	112,6	116,6	164,2	112,9	110,1	113,2	126,3	130,5	96,1	80,4	100,7	110,1	140,8
	Dezember . . .	128,4	107,5	149,8	100,9	99,2	114,1	104,2	106,3	89,0	63,9	91,4	94,4	132,1
	1998	Januar	87,7	100,9	133,4	99,9	89,6	99,2	111,5	115,1	85,7	76,6	92,8	87,0
Februar		98,6	106,8	138,7	104,5	103,3	103,6	125,3	129,6	94,5	85,7	96,6	94,2	138,0
März		120,7	123,8	173,1	119,1	114,6	124,1	140,4	145,7	102,3	88,2	104,1	113,3	149,6
April		106,4	112,1	150,4	109,6	105,5	108,9	130,4	134,8	98,4	83,3	99,7	99,9	144,0
Mai		104,4	108,2	151,5	104,0	103,3	106,3	127,7	132,1	94,5	80,4	95,2	93,9	135,6
Juni		122,5	115,6	149,1	111,3	112,6	116,2	134,2	139,1	98,2	86,8	97,6	97,5	144,3

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte Deutschland Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt ⁴⁾
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen ²⁾	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds ³⁾	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1995	489 865	871	13 887	7 193	21 512	26 396	40 158	754 467	489 805	341 074	13 805	1 859 062
1996 ⁵⁾	492 850	801	15 045	6 796	20 215	25 337	39 531	791 321	497 476	331 977	13 025	1 878 401
1997 ⁵⁾	481 008	720	13 739	6 193	18 237	26 169	41 560	806 829	494 870	322 575	12 952	1 876 383
1995 3. Vj	125 477	164	3 145	2 049	4 998	6 243	6 845	189 592	112 119	72 429	.	439 479
4. Vj	131 424	176	3 352	822	6 848	8 364	10 711	196 158	140 375	87 534	.	487 477
1996 1. Vj	121 461	244	3 879	3 933	4 334	5 765	11 593	192 767	111 344	66 804	.	443 430
2. Vj	118 706	199	3 877	141	4 369	6 372	11 172	196 621	107 291	67 854	.	430 471
3. Vj	119 865	199	3 179	1 947	4 253	6 367	7 000	198 589	116 181	70 703	.	445 337
4. Vj	132 818	159	4 111	775	7 259	6 832	9 766	203 344	139 164	83 637	.	480 635
1997 1. Vj	126 668	213	2 744	3 321	4 431	5 628	14 642	200 338	112 012	64 181	.	454 821
2. Vj	116 436	187	3 671	145	4 089	6 090	8 820	202 939	108 481	65 700	.	435 831
3. Vj	115 005	178	3 309	1 911	4 543	6 573	10 819	198 931	113 921	68 522	.	444 854
4. Vj	122 899	142	4 014	817	5 174	7 878	7 279	204 620	138 579	81 458	.	474 259
1998 1. Vj	130 032	193	4 424	2 984	4 194	5 478	16 669	199 463	113 070	63 599	.	462 237

Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt ⁴⁾
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen ²⁾	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwick- lungs- fonds ³⁾	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1995	439 336	899	11 706	9 504	28 833	19 414	40 158	745 373	444 722	326 798	12 925	1 739 695
1996 ⁵⁾	414 347	752	14 805	9 504	29 762	25 557	39 531	780 698	449 587	324 407	12 536	1 745 513
1997 ⁵⁾	417 518	709	14 950	9 504	26 268	26 691	41 560	815 677	456 045	315 004	12 266	1 787 720
1995 3. Vj	111 004	179	2 594	2 376	9 500	4 855	6 845	187 869	100 578	69 613	.	411 832
4. Vj	128 371	291	5 800	2 376	4 775	6 290	10 711	212 598	122 855	85 821	.	481 602
1996 1. Vj	92 298	137	2 497	2 376	5 001	6 478	11 593	186 548	101 754	62 353	.	392 344
2. Vj	102 269	199	3 144	2 376	10 907	6 579	11 172	191 519	100 058	68 084	.	410 175
3. Vj	100 598	205	4 215	2 376	5 114	6 233	7 000	195 638	103 372	70 069	.	411 874
4. Vj	119 182	210	4 950	2 376	8 741	6 267	9 766	227 843	121 677	81 893	.	475 675
1997 1. Vj	86 948	159	2 212	2 376	6 352	5 343	14 642	193 624	102 155	60 354	.	394 806
2. Vj	103 281	174	4 487	2 376	8 419	5 828	8 820	198 157	99 444	65 686	.	415 946
3. Vj	98 553	186	3 626	2 376	4 584	6 597	10 819	197 620	108 707	66 957	.	421 167
4. Vj	128 736	190	4 626	2 376	6 913	8 923	7 279	226 276	123 776	80 916	.	491 411
1998 1. Vj	92 805	161	3 125	2 378	4 196	5 224	16 668	193 983	103 107	59 542	.	403 321

1) Bis 1995 Rechnungsergebnisse. Ab 1996 Ergebnisse der Kassenstatistik; Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen ab 1996 in den Jahresdaten enthalten (z. T. geschätzt), in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe- und Einnahmedaten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1 „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ und Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte“. – 2) Ab 1. Vj 1995 einschl. Entschädigungsfonds. Ab 1. Vj 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“. – 3) Ab 1. Vj 1995 Erbienstiftungsfonds. – 4) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene. – 5) Wegen nachträglicher methodischer Anpassung weicht das Jahresergebnis von der Summe der 4 Einzelquartale ab.

Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern

Deutschland

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ¹⁾							
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt ⁴⁾
		ERP- Sonder- vermögen ²⁾	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds ³⁾				
1995	+ 46 883	+ 6 177	- 2 310	- 10 223	+ 38 617	+ 8 522	+ 1 130	+ 95 777
1996	+ 78 277	+ 867	- 2 708	- 10 920	+ 35 646	+ 6 213	+ 1 243	+ 108 028
1997	+ 63 705	- 362	- 3 310	- 6 659	+ 36 463	+ 4 769	+ 883	+ 94 967
1995 3. Vj	+ 18 615	+ 2 892	+ 14	- 7 505	+ 11 403	+ 1 969	.	+ 32 295
4. Vj	+ 24 909	+ 1 083	- 511	+ 5 227	+ 25 086	+ 3 574	.	+ 61 440
1996 1. Vj	+ 11 195	- 66	- 9 190	- 4 890	- 2 638	+ 1 154	.	- 4 875
2. Vj	+ 9 894	- 552	+ 6 201	- 7 013	+ 3 188	+ 598	.	+ 11 426
3. Vj	+ 25 775	- 133	+ 450	+ 1 553	+ 12 019	+ 1 046	.	+ 40 886
4. Vj	+ 31 413	+ 1 082	- 168	- 570	+ 23 078	+ 3 218	.	+ 59 149
1997 1. Vj	+ 14 367	- 319	- 807	- 4 874	+ 4 066	+ 1 348	.	+ 13 883
2. Vj	+ 36 122	- 114	- 866	- 11 337	+ 8 400	+ 194	.	+ 32 895
3. Vj	- 10 278	- 101	- 562	- 2 564	+ 6 639	+ 1 119	.	- 5 857
4. Vj	+ 23 494	+ 172	- 1 075	+ 12 115	+ 17 389	+ 2 091	.	+ 53 176
1998 1. Vj	+ 13 693	+ 1 083	- 111	- 10 520	+ 3 719	+ 743	.	+ 10 096

Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte 5) 6)								
	Bund	Sondervermögen des Bundes				Länder	Gemeinden/ Gv.	Zweck- verbände	insgesamt
		ERP- Sonder- vermögen 7)	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds 3)	Bundes- eisenbahn- vermögen				
1994	712 488	27 938	89 483	102 554	71 173	460 680	159 570	21 256	1 645 142
1995	754 332	36 335	87 146	328 888	78 397	503 306	165 676	22 011	1 976 093
1996	833 232	37 161	83 547	323 528	77 783	547 367	169 166	21 767	2 093 552
1996 3. Vj	807 942	30 730	84 488	321 924	76 617	526 502	165 405	.	2 013 608
4. Vj	833 232	30 652	83 547	323 518	77 783	547 367	167 452	.	2 063 551
1997 1. Vj	854 341	30 707	82 739	321 167	77 973	554 713	165 855	.	2 087 495
2. Vj	886 187	29 489	81 870	321 740	78 060	563 424	165 965	.	2 126 735
3. Vj	884 129	29 158	81 333	320 773	78 076	571 648	166 826	.	2 131 943
4. Vj	899 068	29 594	79 663	322 032	77 252	586 244	167 775	.	2 161 628
1998 1.Vj	913 078	29 986	79 530	318 915	77 443	595 329	167 511	.	2 181 792

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage ⁸⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁹⁾	Grund- erwerb- steuer ¹⁰⁾	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ¹¹⁾	darunter Stadt- staaten
	A	B								
1995	613,6	13 130,5	42 151,8	- 8 312,7	33 839,1	45 525,7	296,1	1 130,2	94 535,2	8 669,5
1996	625,3	14 071,2	45 858,8	- 8 723,5	37 135,3	41 280,9	305,3	1 153,0	94 571,0	8 682,7
1997	642,8	14 860,1	48 601,1	- 8 503,7	40 097,6	39 421,6	336,7	1 171,9	96 530,8	8 996,3
1996 2. Vj	158,6	3 668,6	10 376,3	- 1 991,8	8 384,4	11 263,0	70,4	295,4	23 840,5	2 139,3
3. Vj	162,7	3 669,6	10 407,2	- 2 072,9	8 334,3	9 986,2	66,7	270,7	22 490,2	2 187,5
4. Vj	147,1	2 910,7	11 223,3	- 4 055,0	7 168,3	21 270,5	71,7	235,3	31 803,6	2 054,1
1996 1. Vj	148,4	3 126,6	11 053,8	- 217,9	10 836,0	3 391,7	88,2	336,2	17 927,0	2 164,3
2. Vj	158,1	3 887,2	11 372,6	- 2 096,6	9 275,9	10 599,5	72,2	314,5	24 307,5	2 208,4
3. Vj	175,8	3 968,4	11 393,8	- 2 165,5	9 228,3	8 971,2	73,3	263,2	22 680,3	2 171,2
4. Vj	142,9	3 088,9	12 038,6	- 4 243,5	7 795,1	18 318,5	71,5	239,2	29 656,1	2 138,8
1997 1. Vj	157,8	3 268,9	11 638,9	- 217,2	11 421,7	2 974,5	88,9	339,7	18 251,4	2 104,9
2. Vj	162,8	4 068,6	11 756,2	- 2 107,4	9 648,8	9 884,6	60,1	311,8	24 136,7	2 137,2
3. Vj	177,5	4 349,2	11 567,4	- 2 248,7	9 318,7	8 404,2	82,3	280,2	22 612,2	2 254,1
4. Vj	144,6	3 173,4	13 638,9	- 3 930,5	9 708,5	18 158,2	105,5	240,2	31 530,5	2 500,1

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. - 2) Ab 1. Vj 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“. - 3) Ab 1. Vj 1995 Erblastentilgungsfonds. - 4) Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen 3. Vj 1995: 4 908 Mill. DM; 4. Vj 1995: 2 074 Mill. DM; 1. Vj 1996: - 974 Mill. DM; 2. Vj 1996: - 888 Mill. DM; 3. Vj 1996: + 177 Mill. DM; 4. Vj 1996: + 1 094 Mill. DM; 1. Vj 1997: + 103 Mill. DM; 2. Vj 1997: + 497 Mill. DM; 3. Vj 1997: - 111 Mill. DM; 4. Vj 1997: - 1 011 Mill. DM; 1. Vj 1998: + 1 490 Mill. DM, einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“; 1. Vj 1996: + 536 Mill. DM; 2. Vj 1996: - 35 Mill. DM; 3. Vj 1996: + 108 Mill. DM; 4. Vj 1996: + 329 Mill. DM; 1. Vj 1997: + 27 Mill. DM; 2. Vj 1997: + 37 Mill. DM; 3. Vj 1997: + 49 Mill. DM; 4. Vj 1997: + 8 Mill. DM, 1. Vj 1998: + 12 Mill. DM. - 5) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten. - 6) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 7) Ab 1995 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und ab 1997 einschl. Entschädigungsfonds. - 8) An Bund/Länder abgeführt. - 9) Und am Zinsabschlag. - 10) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 11) Nach der Steuerverteilung.

Löhne und Gehälter

Indizes der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter der Arbeiter/-innen und Angestellten
in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr 1) Monat	Alle erfaßten Wirt- schafts- bereiche	Produ- zierendes Gewerbe, Handel (ohne Handels- ver- mittlung), Kredit- institute, Versiche- rungsge- werbe	Produ- zierendes Gewerbe	Elektri- zitäts-, Gas-, Fern- wärme- und Wasser- ver- sorgung	Berg- bau	Grund- stoff- und Produk- tions- güter- gewerbe	Investi- tions- güter produ- zierendes Gewerbe	Ver- brauchs- güter produ- zierendes Gewerbe	Nah- rungs- und Genuß- mittel- gewerbe	Bau- gewerbe (ohne Spezial- bau, Stukka- teur- gewerbe, Gipserei, Ver- putzerei)	Handel ²⁾ (ohne Handels- ver- mittlung), Kredit- institute und Ver- siche- rungs- gewerbe	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Friseur- gewerbe	Gebiets- körper- schaften
------------------	---	---	--------------------------------	---	--------------	---	---	---	---	--	---	--	---------------------	---------------------------------

Arbeiter/-innen Tarifliche Stundenlöhne

1995 D	117,9	-	118,9	114,9	106,2	118,8	120,8	118,7	118,6	117,9	118,0	113,3	130,9	112,5
1996 D	122,6	-	124,6	117,4	111,8	123,2	129,1	122,7	121,5	120,5	121,6	114,9	134,1	114,2
1997 D	124,3	-	126,3	119,3	112,6	125,0	130,4	125,1	123,9	122,1	123,7	116,4	137,1	115,8
1993 April	112,1	-	112,9	109,0	106,7	113,0	114,8	110,9	111,9	111,4	111,3	108,8	119,9	108,5
Juli	112,5	-	113,2	110,5	106,7	113,3	114,9	112,2	112,7	111,9	112,5	109,6	120,9	108,5
Oktober	112,6	-	113,3	110,8	106,8	113,4	114,9	112,6	113,4	112,0	112,5	109,7	121,5	108,5
1994 Januar	113,1	-	113,9	110,8	102,8	113,4	116,2	112,9	114,1	112,1	112,5	109,7	123,0	108,5
April	113,8	-	114,7	110,8	103,0	114,7	116,3	113,6	115,0	114,3	113,9	109,9	123,4	108,5
Juli	115,1	-	116,0	112,8	103,0	115,9	118,2	114,9	115,8	114,7	115,1	111,3	124,3	110,7
Oktober	115,2	-	116,0	112,9	103,0	115,9	118,2	115,0	116,4	114,8	115,2	111,6	125,0	110,7
1995 Januar	115,5	-	116,2	112,9	104,4	115,9	118,2	115,6	116,8	114,9	115,4	111,7	130,2	110,7
April	116,8	-	117,7	113,1	104,8	118,3	118,3	118,1	118,2	118,6	117,3	112,7	130,7	110,7
Juli	119,1	-	120,0	116,6	107,8	120,1	121,7	120,3	119,2	119,0	119,4	114,3	131,3	114,2
Oktober	120,3	-	121,6	116,8	107,9	121,0	124,8	120,7	120,1	119,1	119,7	114,5	131,3	114,2
1996 Januar	121,9	-	123,8	116,8	111,5	122,0	129,1	121,1	120,3	119,1	120,1	114,5	133,6	114,2
April	122,6	-	124,7	116,9	111,9	123,3	129,1	122,6	121,1	120,9	121,7	114,7	133,9	114,2
Juli	122,9	-	124,9	117,6	111,9	123,5	129,1	123,3	121,9	121,0	122,3	114,9	134,4	114,2
Oktober	123,1	-	125,0	118,1	111,9	123,8	129,1	123,8	122,7	121,0	122,4	115,6	134,6	114,2
1997 Januar	123,3	-	125,1	119,0	112,3	123,8	129,1	123,9	123,0	121,1	122,6	116,1	134,9	115,8
April	124,4	-	126,5	119,0	112,7	125,2	130,8	125,0	123,6	122,3	123,7	116,3	135,9	115,8
Juli	124,6	-	126,7	119,3	112,7	125,5	130,8	125,6	124,2	122,4	124,0	116,6	136,3	115,8
Oktober	124,8	-	126,8	119,8	112,7	125,5	131,0	125,7	124,6	122,5	124,3	116,6	141,3	115,8
1998 Januar	125,1	-	126,9	121,1	113,8	125,5	131,0	125,7	124,7	122,5	124,5	116,9	141,6	117,5
April	126,7	-	129,0	121,1	113,8	128,0	133,8	127,2	125,5	124,0	125,2	117,1	141,6	117,5

Angestellte Tarifliche Monatsgehälter

1995 D	114,7	115,4	115,2	114,8	107,1	114,7	115,2	115,2	117,1	117,8	115,7	114,2	-	112,5
1996 D	118,0	119,4	119,8	117,3	112,5	118,0	121,2	118,3	120,1	120,3	118,5	116,6	-	114,2
1997 D	119,5	120,8	121,3	119,0	113,0	119,8	122,5	120,1	122,1	121,9	119,8	118,0	-	115,7
1993 April	109,9	110,5	110,8	109,0	107,0	109,6	111,7	109,8	110,8	111,4	109,9	107,9	-	108,5
Juli	110,2	110,9	111,1	110,3	107,0	109,8	111,7	111,0	111,7	111,8	110,5	108,4	-	108,5
Oktober	110,3	111,0	111,2	110,8	107,3	109,9	111,7	111,1	112,5	112,0	110,6	109,1	-	108,5
1994 Januar	110,2	110,9	111,0	110,8	103,7	109,9	111,2	111,3	112,9	112,2	110,8	109,1	-	108,5
April	110,9	111,7	111,5	110,8	104,0	111,4	111,2	111,7	113,4	114,3	112,2	110,3	-	108,5
Juli	112,1	112,9	112,9	112,1	104,0	111,9	113,4	112,7	114,4	114,6	112,9	111,2	-	109,7
Oktober	112,5	113,1	113,0	112,9	104,0	111,9	113,4	112,9	114,9	114,8	113,2	112,7	-	110,7
1995 Januar	112,6	113,1	113,1	112,9	105,2	111,9	113,4	113,4	115,3	114,9	113,2	112,8	-	110,7
April	113,5	114,4	114,1	113,1	105,7	114,8	113,4	114,3	116,7	118,5	114,9	113,6	-	110,7
Juli	116,2	116,9	116,8	116,4	108,4	116,1	117,0	116,5	117,7	118,8	117,3	114,4	-	114,2
Oktober	116,3	117,0	116,9	116,8	109,0	116,1	117,1	116,7	118,7	118,9	117,3	116,1	-	114,2
1996 Januar	117,5	118,6	119,3	116,8	112,1	116,6	121,2	117,1	119,1	118,9	117,4	116,2	-	114,2
April	117,9	119,2	119,9	116,9	112,6	118,3	121,2	118,2	119,7	120,6	118,1	116,4	-	114,2
Juli	118,3	119,8	120,0	117,6	112,6	118,4	121,2	118,7	120,4	120,7	119,3	116,5	-	114,2
Oktober	118,4	119,8	120,1	117,8	112,6	118,6	121,2	119,1	121,0	120,8	119,3	117,4	-	114,2
1997 Januar	118,9	119,9	120,2	118,7	112,8	118,6	121,2	119,1	121,2	120,9	119,5	117,8	-	115,7
April	119,6	120,9	121,6	118,7	113,1	120,1	122,9	120,1	121,9	122,1	119,8	117,9	-	115,7
Juli	119,7	121,1	121,7	119,1	113,1	120,2	122,9	120,6	122,5	122,2	119,9	118,1	-	115,7
Oktober	119,7	121,2	121,8	119,3	113,1	120,2	123,0	120,7	122,9	222,2	120,1	118,1	-	115,7
1998 Januar	120,5	121,7	121,9	120,4	114,3	120,2	123,0	120,8	123,0	122,3	121,4	118,6	-	117,4
April	121,6	123,2	124,2	120,4	114,4	122,8	125,9	121,6	123,6	123,6	121,6	118,9	-	117,4

1) Durchschnitt aus 4 Monatswerten, Stand jeweils Monatsende. - 2) Nachweis für Arbeiter: nur Handel (ohne Handelsvermittlung).

**Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden-, Bruttowochen- und
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten männlichen Arbeiter
im Handwerk 1997¹⁾**

Gegenstand der Nachweisung	Alle ausgewählten Gewerbe des Handwerks	Maler und Lackierer	Metallbauer	Kraftfahrzeugmechaniker	Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	Davon		Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	Elektroinstallateure	Tischler	Bäcker	Fleischer
						Klempner	Gas- und Wasserinstallateure					
Deutschland												
Bezahlte Wochenstunden												
Gesellen	39,4	39,1	39,8	38,8	39,1	39,3	39,1	39,3	39,3	39,8	40,3	40,1
Übrige Arbeiter . . .	40,1	39,3	40,1	39,4	39,9	40,0	39,9	39,3	40,2	39,9	42,2	41,8
Alle Arbeiter	39,5	39,2	39,9	38,9	39,2	39,4	39,1	39,3	39,4	39,8	40,6	40,4
Bruttostundenverdienste in DM												
Gesellen	21,74	22,70	21,88	21,62	22,33	21,73	22,41	21,68	20,64	22,48	20,58	20,73
Übrige Arbeiter . . .	19,10	19,77	19,25	18,95	19,12	19,36	19,07	18,79	18,02	20,02	18,28	18,27
Alle Arbeiter	21,42	22,40	21,36	21,34	22,03	21,44	22,11	21,43	20,44	22,09	20,15	20,30
Bruttowochenverdienste in DM												
Gesellen	857	888	872	839	873	855	875	852	812	895	829	831
Übrige Arbeiter . . .	766	777	771	746	763	774	761	739	725	799	771	764
Alle Arbeiter	846	877	852	830	863	845	865	842	805	880	819	820
Bruttomonatsverdienste in DM												
Gesellen	3 724	3 863	3 789	3 650	3 796	3 718	3 806	3 704	3 530	3 893	3 604	3 614
Übrige Arbeiter . . .	3 329	3 380	3 354	3 243	3 317	3 365	3 307	3 214	3 151	3 472	3 352	3 321
Alle Arbeiter	3 677	3 813	3 703	3 609	3 752	3 676	3 762	3 662	3 502	3 827	3 559	3 565
Früheres Bundesgebiet												
Bezahlte Wochenstunden												
Gesellen	39,1	38,9	39,5	38,3	38,7	39,0	38,7	38,9	38,9	39,5	40,0	39,9
Übrige Arbeiter . . .	39,8	38,9	39,6	38,7	39,8	39,9	39,7	38,4	40,2	39,5	42,3	41,8
Alle Arbeiter	39,2	38,9	39,5	38,3	38,8	39,1	38,8	38,9	39,0	39,5	40,4	40,2
Bruttostundenverdienste in DM												
Gesellen	23,63	24,36	23,70	23,34	24,52	24,61	24,51	24,22	23,12	24,00	21,61	21,92
Übrige Arbeiter . . .	20,81	21,35	21,11	21,03	21,01	20,69	21,08	21,42	20,37	21,56	19,23	19,12
Alle Arbeiter	23,31	24,07	23,24	23,14	24,23	24,07	24,25	24,02	22,93	23,64	21,17	21,42
Bruttowochenverdienste in DM												
Gesellen	923	948	936	894	950	959	949	942	900	948	866	874
Übrige Arbeiter . . .	829	830	836	814	835	825	838	823	819	852	813	799
Alle Arbeiter	913	937	918	887	941	941	941	934	895	934	856	861
Bruttomonatsverdienste in DM												
Gesellen	4 014	4 122	4 071	3 888	4 130	4 168	4 125	4 097	3 914	4 121	3 764	3 801
Übrige Arbeiter . . .	3 604	3 611	3 637	3 538	3 632	3 585	3 643	3 579	3 562	3 706	3 535	3 473
Alle Arbeiter	3 968	4 074	3 993	3 857	4 090	4 090	4 089	4 061	3 891	4 060	3 723	3 745
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bezahlte Wochenstunden												
Gesellen	40,4	39,8	40,9	40,6	40,0	40,0	39,9	40,0	40,2	41,3	41,9	41,4
Übrige Arbeiter . . .	40,6	40,2	41,0	40,6	40,1	40,3	40,1	40,4	40,2	41,1	41,6	42,0
Alle Arbeiter	40,4	39,9	40,9	40,6	40,0	40,1	40,0	40,1	40,2	41,3	41,8	41,5
Bruttostundenverdienste in DM												
Gesellen	16,28	17,36	16,12	16,27	17,21	16,89	17,27	16,88	15,51	15,88	13,61	13,91
Übrige Arbeiter . . .	15,34	16,36	15,56	15,14	16,08	15,92	16,10	15,99	14,75	15,15	11,92	12,90
Alle Arbeiter	16,14	17,23	15,97	16,11	17,08	16,80	17,13	16,78	15,43	15,74	13,29	13,74
Bruttowochenverdienste in DM												
Gesellen	657	691	659	660	688	676	690	676	623	656	570	576
Übrige Arbeiter . . .	623	658	637	615	645	642	646	645	593	622	496	542
Alle Arbeiter	652	687	654	654	683	673	684	672	620	650	556	570
Bruttomonatsverdienste in DM												
Gesellen	2 858	3 006	2 866	2 870	2 990	2 939	2 999	2 939	2 708	2 853	2 478	2 505
Übrige Arbeiter . . .	2 711	2 862	2 772	2 675	2 806	2 791	2 808	2 806	2 579	2 704	2 156	2 355
Alle Arbeiter	2 837	2 987	2 842	2 843	2 969	2 925	2 976	2 923	2 695	2 825	2 417	2 480

1) Die Erhebung wird für den Berichtsmonat Mai durchgeführt.

Zum Aufsatz: „Ergebnisse der Lohnstatistik“
Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost				Ost-West-Verdienstrelation	
	1997	1996	1997 gegenüber 1996		1997	1996	1997 gegenüber 1996		1997	1996
	DM		Effektiv-verdienst	Index	DM		Effektiv-verdienst	Index		
			%				%			

Bruttomonatsverdienste der Arbeitnehmer/-innen

Produzierendes Gewerbe	5 118	5 035	+ 1,6	+ 1,5	3 746	3 651	+ 2,6	+ 3,1	73,2	72,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4 956	4 862	+ 1,9	+ 2,1	4 195	4 163	+ 0,8	+ 0,5	84,6	85,6
Verarbeitendes Gewerbe	5 133	5 049	+ 1,7	+ 1,5	3 657	3 540	+ 3,3	+ 3,7	71,2	70,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	4 595	4 526	+ 1,5	+ 1,5	3 231	3 127	+ 3,3	+ 3,5	70,3	69,1
Textilgewerbe	3 962	3 875	+ 2,2	+ 1,9	2 512	2 460	+ 2,1	+ 2,2	63,4	63,5
Bekleidungsgewerbe	3 605	3 534	+ 2,0	+ 1,8	2 255	2 196	+ 2,7	+ 5,9	62,6	62,1
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	4 325	4 264	+ 1,4	+ 1,4	3 083	2 976	+ 3,6	+ 4,2	71,3	69,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	5 089	5 007	+ 1,6	+ 1,6	4 128	4 000	+ 3,2	+ 3,1	81,1	79,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	6 649	6 456	+ 3,0	+ 2,6	4 478	4 212	+ 6,3	+ 4,6	67,3	65,2
Chemische Industrie	5 673	5 596	+ 1,4	+ 1,6	3 829	3 691	+ 3,7	+ 4,5	67,5	66,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	4 437	4 371	+ 1,5	+ 1,3	3 119	2 992	+ 4,2	+ 3,5	70,3	68,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4 644	4 593	+ 1,1	+ 1,2	3 371	3 322	+ 1,5	+ 1,8	72,6	72,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 770	4 687	+ 1,8	+ 1,5	3 612	3 506	+ 3,0	+ 3,7	75,7	74,8
Maschinenbau	5 344	5 253	+ 1,7	+ 1,4	4 010	3 876	+ 3,5	+ 3,8	75,0	73,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	5 559	5 468	+ 1,7	+ 1,5	4 058	3 943	+ 2,9	+ 4,0	73,0	72,1
Fahrzeugbau	5 668	5 593	+ 1,3	+ 1,1	3 966	3 773	+ 5,1	+ 6,8	70,0	67,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	4 240	4 188	+ 1,2	+ 1,3	2 953	2 869	+ 2,9	+ 3,3	69,6	68,5
Energie-, Wasserversorgung	5 656	5 582	+ 1,3	+ 1,4	4 569	4 426	+ 3,2	+ 2,8	80,8	79,3
Hoch- und Tiefbau	4 800	4 757	+ 0,9	+ 1,0	3 661	3 620	+ 1,1	+ 1,8	76,3	76,1

Bruttomonatsverdienste der Angestellten

Produzierendes Gewerbe	6 455	6 357	+ 1,5	+ 1,2	4 770	4 625	+ 3,1	+ 3,3	73,9	72,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	6 629	6 584	+ 0,7	+ 0,8	5 117	5 139	- 0,4	- 1,5	77,2	78,1
Verarbeitendes Gewerbe	6 479	6 379	+ 1,6	+ 1,2	4 680	4 502	+ 4,0	+ 4,3	72,2	70,6
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	5 774	5 671	+ 1,8	+ 1,7	3 761	3 575	+ 5,2	+ 5,1	65,1	63,0
Textilgewerbe	5 197	5 087	+ 2,2	+ 2,0	3 293	3 241	+ 1,6	+ 2,4	63,4	63,7
Bekleidungsgewerbe	4 809	4 724	+ 1,8	+ 1,8	3 144	3 022	+ 4,0	+ 6,1	65,4	64,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	5 380	5 299	+ 1,5	+ 1,7	3 864	3 737	+ 3,4	+ 3,4	71,8	70,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	5 951	5 817	+ 2,3	+ 2,0	4 828	4 647	+ 3,9	+ 4,0	81,1	79,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	7 672	7 435	+ 3,2	+ 3,4	5 150	4 794	+ 7,4	+ 4,3	67,1	64,5
Chemische Industrie	6 575	6 491	+ 1,3	+ 1,1	4 641	4 416	+ 5,1	+ 4,7	70,6	68,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5 840	5 746	+ 1,6	+ 1,8	4 095	3 952	+ 3,6	+ 3,3	70,1	68,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5 855	5 737	+ 2,1	+ 2,0	4 222	4 065	+ 3,9	+ 2,5	72,1	70,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	6 092	6 005	+ 1,4	+ 1,2	4 632	4 476	+ 3,5	+ 4,0	76,0	74,5
Maschinenbau	6 536	6 435	+ 1,6	+ 1,2	5 085	4 915	+ 3,5	+ 4,3	77,8	76,4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	6 956	6 873	+ 1,2	+ 0,9	5 415	5 206	+ 4,0	+ 4,9	77,8	75,7
Fahrzeugbau	7 384	7 285	+ 1,4	+ 0,9	5 174	4 907	+ 5,4	+ 5,7	70,1	67,4
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	5 390	5 293	+ 1,8	+ 1,6	3 744	3 564	+ 5,1	+ 4,5	69,5	67,3
Energie-, Wasserversorgung	6 138	6 052	+ 1,4	+ 1,2	4 913	4 767	+ 3,1	+ 2,2	80,0	78,8
Hoch- und Tiefbau	6 314	6 225	+ 1,4	+ 1,1	4 895	4 833	+ 1,3	+ 1,0	77,5	77,6

Bruttoverdienste der Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder und Berlin-Ost			Ost-West-Verdienstrelation	
	1997	1996	1997 gegenüber 1996		1997	1996	1997 gegenüber 1996	1997	1996
	DM	Effektiv-verdienst	Index	DM	Effektiv-verdienst	Index			
		%			%				

Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen

Produzierendes Gewerbe	26,74	26,39	+ 1,3	+ 1,3	19,32	18,92	+ 2,1	+ 2,9	72,3	71,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	26,16	25,79	+ 1,4	+ 1,4	21,79	21,05	+ 3,5	+ 3,7	83,3	81,6
Verarbeitendes Gewerbe	26,78	26,38	+ 1,5	+ 1,5	18,60	18,02	+ 3,2	+ 4,0	69,5	68,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung . . .	23,23	22,89	+ 1,5	+ 1,3	16,82	16,37	+ 2,7	+ 3,3	72,4	71,5
Textilgewerbe	20,82	20,48	+ 1,7	+ 1,4	13,10	12,81	+ 2,3	+ 2,5	62,9	62,5
Bekleidungsgewerbe	18,44	18,13	+ 1,7	+ 1,6	11,43	11,43	± 0,0	+ 1,5	62,0	63,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	23,50	23,13	+ 1,6	+ 1,6	16,04	15,63	+ 2,6	+ 2,5	68,3	67,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	27,17	26,96	+ 0,8	+ 0,8	20,26	19,84	+ 2,1	+ 2,3	74,6	73,6
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	33,20	32,60	+ 1,8	+ 1,5	22,04	21,11	+ 4,4	+ 4,0	66,4	64,8
Chemische Industrie	28,43	28,18	+ 0,9	+ 1,1	18,26	17,64	+ 3,5	+ 4,0	64,2	62,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren . .	23,46	23,17	+ 1,3	+ 1,2	16,13	15,55	+ 3,7	+ 3,2	68,8	67,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	24,15	23,99	+ 0,7	+ 0,6	17,76	17,57	+ 1,1	+ 1,1	73,5	73,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	26,27	25,96	+ 1,2	+ 1,1	19,09	18,61	+ 2,6	+ 3,4	72,7	71,7
Maschinenbau	28,10	27,80	+ 1,1	+ 1,0	20,31	19,44	+ 4,5	+ 4,6	72,3	69,9
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	25,60	25,32	+ 1,1	+ 1,0	19,36	18,82	+ 2,9	+ 4,6	75,6	74,3
Fahrzeugbau	32,69	32,00	+ 2,2	+ 2,4	21,40	20,36	+ 5,1	+ 6,5	65,5	63,6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	23,58	23,18	+ 1,7	+ 2,0	15,70	15,23	+ 3,1	+ 3,5	66,6	65,7
Energie-, Wasserversorgung	30,24	29,93	+ 1,0	+ 1,1	24,21	23,62	+ 2,5	+ 1,5	80,1	78,9
Hoch- und Tiefbau	25,87	25,86	+ 0,0	+ 0,2	19,80	19,60	+ 1,0	+ 1,6	76,5	75,8

Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen ¹⁾

Produzierendes Gewerbe	4 387	4 330	+ 1,3	+ 1,2	3 332	3 265	+ 2,1	+ 2,8	76,0	75,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .	4 426	4 327	+ 2,3	+ 2,4	3 688	3 649	+ 1,1	+ 0,9	83,3	84,3
Verarbeitendes Gewerbe	4 353	4 290	+ 1,5	+ 1,2	3 212	3 109	+ 3,3	+ 3,8	73,8	72,5
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung . . .	4 052	4 006	+ 1,1	+ 1,0	3 010	2 931	+ 2,7	+ 3,4	74,3	73,2
Textilgewerbe	3 446	3 371	+ 2,2	+ 1,8	2 276	2 210	+ 3,0	+ 3,1	66,0	65,6
Bekleidungsgewerbe	2 946	2 916	+ 1,0	+ 1,0	1 974	1 928	+ 2,4	+ 4,1	67,0	66,1
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) . . .	4 011	3 961	+ 1,3	+ 1,2	2 880	2 778	+ 3,7	+ 4,1	71,8	70,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	4 475	4 445	+ 0,7	+ 0,6	3 421	3 327	+ 2,8	+ 2,8	76,4	74,8
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen	5 558	5 442	+ 2,1	+ 1,2	3 877	3 699	+ 4,8	+ 4,2	69,8	68,0
Chemische Industrie	4 709	4 673	+ 0,8	+ 0,9	3 179	3 083	+ 3,1	+ 3,8	67,5	66,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren . .	3 943	3 887	+ 1,4	+ 1,2	2 822	2 702	+ 4,4	+ 3,2	71,6	69,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von und Erden	4 158	4 154	+ 0,1	+ 0,0	3 104	3 102	+ 0,1	+ 0,5	74,7	74,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 306	4 224	+ 1,9	+ 1,6	3 311	3 203	+ 3,4	+ 4,0	76,9	75,8
Maschinenbau	4 546	4 485	+ 1,4	+ 1,1	3 461	3 316	+ 4,4	+ 3,9	76,1	73,9
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	4 043	3 992	+ 1,3	+ 1,0	3 274	3 167	+ 3,4	+ 5,2	81,0	79,3
Fahrzeugbau	5 002	4 924	+ 1,6	+ 1,5	3 601	3 433	+ 4,9	+ 5,7	72,0	69,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten usw., Recycling	3 834	3 798	+ 0,9	+ 1,1	2 737	2 680	+ 2,1	+ 2,6	71,4	70,6
Energie-, Wasserversorgung	5 107	5 054	+ 1,0	+ 1,0	4 083	4 001	+ 2,0	+ 1,0	79,9	79,2
Hoch- und Tiefbau	4 443	4 436	+ 0,2	+ 0,1	3 417	3 389	+ 0,8	+ 1,8	76,9	76,4

1) Der Index der Bruttomonatsverdienste der Arbeiter bezieht sich auf die Bruttowochenverdienste.

Preise

Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Deutschland 1991 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in-	aus-	zusammen	in-	aus-	zusammen		Energie, Brenn- und Betriebs- stoffe	darunter
		ländischer Herkunft			ländischer Herkunft		zusammen	ländischer Herkunft		
1994 D	98,4	100,4	93,6	91,8	90,9	94,6	98,9	101,2	93,5	97,6
1995 D	101,1	103,4	95,6	91,1	90,9	90,9	102,0	104,5	95,9	98,9
1996 D	98,8	100,2	95,3	91,1	91,6	88,6	99,4	100,9	95,7	92,3
1997 D	100,7	101,0	100,1	97,6	93,6	109,4	101,0	101,6	99,5	93,5
1997 Mai	101,0	101,3	100,2	102,6	97,5	117,6	100,9	101,7	99,0	94,2
1997 Juni	100,9	101,2	99,9	98,0	93,6	111,2	101,1	101,9	99,2	94,3
1997 Juli	101,1	101,3	100,8	97,8	93,0	112,3	101,4	102,0	100,0	94,3
1997 August	101,5	101,3	102,1	99,3	94,4	114,2	101,7	101,9	101,2	92,7
1997 September	101,3	101,4	101,0	99,7	95,9	110,9	101,4	101,9	100,3	92,6
1997 Oktober	101,1	101,2	100,9	97,2	93,8	107,1	101,4	101,9	100,5	92,2
1997 November	100,8	101,1	100,2	96,9	93,2	107,9	101,1	101,8	99,7	92,2
1997 Dezember	100,5	101,0	99,5	97,5	93,2	110,6	100,8	101,7	98,7	92,1
1998 Januar	100,4	101,0	99,1	97,1	92,1	111,9	100,7	101,7	98,2	92,0
1998 Februar	100,1	100,8	98,4	97,6	92,7	111,7	100,3	101,6	97,5	91,6
1998 März	99,8	100,7	97,6	96,3	91,7	109,8	100,1	101,5	96,8	91,5
1998 April	99,6	100,5	97,3	94,3	89,8	107,7	100,0	101,4	96,6	91,5
1998 Mai	99,2	100,3	96,3	92,8	88,3	105,8	99,8	101,3	96,0	91,1
1998 Juni	98,7	100,3	95,1	92,5	89,2	101,9	99,3	101,2	94,6	90,8

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe						Halb- und Fertigwaren				
	zusammen	in-	aus-	für das Ernährungs- gewerbe ¹⁾	für das übrige Produ- zierende Gewerbe ¹⁾		zusammen	und zwar		für das	
		ländischer Herkunft			zusammen	dar. Alt- material und Reststoffe		in-	aus-	Ernäh- rungs- gewerbe ²⁾	übrige Produ- zierende Gewerbe ³⁾
1994 D	95,2	102,3	82,9	90,5	98,1	138,1	99,0	100,0	96,5	100,1	99,0
1995 D	97,3	106,8	80,9	89,0	102,6	172,4	101,9	102,8	99,6	99,3	102,1
1996 D	91,5	93,6	87,9	89,7	92,6	115,8	100,3	101,4	97,4	100,5	100,3
1997 D	98,5	97,3	100,5	95,8	100,1	129,3	101,2	101,6	100,0	102,5	101,1
1997 Mai	100,7	99,8	102,4	101,5	100,2	134,3	101,1	101,6	99,6	102,2	101,0
1997 Juni	98,9	98,3	100,0	96,3	100,5	136,4	101,3	101,8	99,9	101,9	101,2
1997 Juli	99,0	97,8	101,0	95,9	100,9	135,2	101,6	101,9	100,7	101,7	101,6
1997 August	100,3	98,6	103,4	97,6	102,1	137,3	101,8	101,8	101,7	102,9	101,7
1997 September	99,7	99,0	100,9	98,2	100,6	135,0	101,6	101,9	101,1	103,2	101,5
1997 Oktober	98,9	97,9	100,5	95,3	101,1	133,9	101,6	101,8	101,0	103,9	101,4
1997 November	97,9	97,3	98,9	95,0	99,7	130,9	101,4	101,8	100,6	104,5	101,2
1997 Dezember	96,9	97,0	96,8	95,6	97,8	130,5	101,3	101,7	100,3	103,9	101,1
1998 Januar	95,8	95,9	95,5	95,0	96,2	128,3	101,4	101,9	100,1	104,1	101,2
1998 Februar	94,6	95,4	93,3	95,4	94,1	125,1	101,3	101,9	99,8	104,2	101,1
1998 März	93,0	94,6	90,3	94,0	92,4	123,3	101,3	101,9	99,7	104,2	101,0
1998 April	91,8	93,3	89,0	91,8	91,7	122,7	101,2	101,8	99,7	104,1	101,0
1998 Mai	91,1	92,8	88,2	90,0	91,7	122,2	100,9	101,7	99,0	103,8	100,7
1998 Juni	89,6	93,1	83,6	89,5	89,7	120,0	100,7	101,6	98,3	103,1	100,5

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe ⁴⁾									
	zusammen	darunter						Waren- einsatz für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- und Treib- stoffe ⁶⁾	Betriebs- stoffe
		Nahrungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse	Erdöl, roh	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁵⁾	Wolle, Chemie- fasern und Textilien			
1994 D	97,4	95,9	76,2	95,9	88,1	99,7	98,0	105,2	97,2	97,8
1995 D	100,6	95,1	73,3	108,7	96,6	136,0	100,4	107,1	102,2	97,1
1996 D	98,7	96,2	90,9	98,4	89,5	95,4	97,9	106,7	101,1	87,7
1997 D	101,0	99,1	97,7	102,7	91,7	91,0	99,7	107,7	89,9	100,2
1997 Mai	101,3	101,0	93,1	103,3	91,8	90,5	99,9	107,4	91,0	100,3
1997 Juni	101,0	98,8	92,1	103,4	92,1	90,7	100,1	107,7	91,1	100,3
1997 Juli	101,3	98,5	93,7	103,4	92,2	91,9	100,6	107,9	91,0	100,5
1997 August	102,2	100,2	99,9	103,2	91,9	92,8	100,4	108,2	89,0	99,9
1997 September	101,9	101,2	97,5	103,5	92,5	93,0	100,3	108,1	88,7	99,9
1997 Oktober	101,8	99,9	100,9	103,7	92,7	94,3	99,9	108,0	88,1	100,0
1997 November	101,4	99,6	99,0	103,7	93,0	94,0	99,8	107,6	88,0	100,1
1997 Dezember	101,1	99,6	91,7	104,3	92,9	93,8	99,7	107,6	87,9	99,9
1998 Januar	100,9	99,3	86,1	103,9	93,5	93,3	99,7	107,7	87,8	100,0
1998 Februar	100,6	99,9	79,7	103,0	93,5	91,9	99,6	107,6	87,2	100,1
1998 März	100,2	99,4	74,3	101,9	92,9	90,8	99,7	107,7	87,1	99,9
1998 April	99,9	98,4	73,3	99,7	91,9	92,0	99,4	107,5	87,0	100,0
1998 Mai	99,5	97,4	74,4	98,7	90,7	92,5	99,1	107,5	86,6	99,8
1998 Juni	98,9	97,4	68,4	98,2	89,9	93,8	99,1	107,6	86,1	99,8

1) Einschl. Wasser. – 2) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. – 3) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. – 4) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser). – 5) Ohne Packpapier. – 6) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genuß- mittel) ²⁾	Elektrizität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes			
1995 D	104,0	104,6	104,7	102,7	105,5	105,7	104,1	106,1	107,1	105,3
1996 D	103,5	104,9	104,8	100,9	106,7	105,6	104,9	107,4	109,0	98,9
1997 D	104,7	105,6	105,6	102,1	107,2	105,5	106,7	108,0	109,8	99,6
1996 September . . .	103,6	104,9	104,8	100,6	106,8	105,5	105,3	107,5	109,5	98,9
Oktober	103,8	105,0	105,0	101,2	106,8	105,4	105,4	107,6	109,8	99,1
November	103,8	105,0	104,9	101,0	106,8	105,4	105,5	107,6	109,7	99,2
Dezember	103,8	105,0	105,0	101,0	106,8	105,4	105,5	107,5	109,8	99,1
1997 Januar	104,1	105,2	105,2	101,6	106,9	105,4	105,4	107,8	110,1	99,4
Februar	104,1	105,2	105,2	101,4	107,1	105,4	105,7	107,8	109,7	99,4
März	104,1	105,1	105,1	101,1	107,0	105,3	106,0	107,8	109,5	99,4
April	104,4	105,3	105,3	101,2	107,1	105,4	106,4	107,9	109,4	99,5
Mai	104,6	105,5	105,5	101,5	107,2	105,4	106,9	108,1	109,6	99,7
Juni	104,7	105,6	105,6	101,6	107,3	105,5	107,1	108,1	109,3	99,7
Juli	104,8	105,6	105,6	101,9	107,3	105,5	106,9	108,1	109,5	99,7
August	105,0	105,9	105,9	102,9	107,3	105,6	107,1	108,1	110,2	99,7
September	105,1	106,0	105,9	102,7	107,3	105,7	107,3	108,2	110,1	99,8
Oktober	105,0	106,1	106,0	103,1	107,3	105,7	107,4	108,2	110,3	99,6
November	105,0	106,0	106,0	102,9	107,3	105,7	107,3	108,2	110,2	99,5
Dezember	104,9	105,9	105,9	102,7	107,3	105,6	107,4	108,2	109,9	99,5
1998 Januar	104,8	105,8	105,8	102,2	107,4	105,6	107,3	108,2	109,3	99,6
Februar	104,8	105,8	105,8	102,0	107,3	105,7	107,2	108,2	109,2	99,7
März	104,7	105,7	105,7	101,6	107,4	105,7	107,2	108,3	109,0	99,7
April	104,7	105,7	105,7	101,5	107,5	105,7	107,1	108,4	109,1	99,7
Mai	104,7	105,7	105,8	101,1	107,7	105,9	107,2	108,7	109,4	99,7
Juni	104,6	105,5	105,6	100,7	107,7	105,9	107,1	108,7	109,1	99,7
Juli	104,4	105,5	105,6	100,7	107,7	106,0	107,0	108,7	109,4	99,5

Jahr Monat	Berg- bauliche Erzeug- nisse	Berg- bauliche Erzeug- nisse (ohne Erdgas) ⁴⁾	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Me- talle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walz- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlep- pern)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlep- per)	Boote und Jachten
1995 D	91,8	104,6	104,1	109,0	99,4	105,1	102,5	96,8	100,5	106,3	108,6	107,9	109,5
1996 D	92,7	.	111,5	109,0	92,8	96,1	103,6	95,7	101,4	107,7	110,7	109,3	112,6
1997 D	100,1	.	114,6	108,9	92,4	104,3	104,9	94,2	99,7	108,4	111,9	110,0	113,7
1996 September . . .	93,6	.	114,4	108,9	90,5	92,6	103,7	96,6	101,2	107,6	111,0	109,4	113,0
Oktober	95,2	.	117,9	108,7	90,4	92,2	103,6	95,2	100,5	107,8	111,1	109,5	113,0
November	95,2	.	116,6	108,8	90,2	93,5	104,0	95,5	100,4	107,9	111,1	109,5	113,0
Dezember	95,3	.	116,7	108,6	90,1	93,6	103,9	95,5	100,4	107,8	111,2	109,6	113,0
1997 Januar	97,2	.	119,1	109,1	89,3	96,6	103,5	94,8	100,3	108,0	111,5	109,5	113,3
Februar	97,5	.	116,3	109,6	89,3	100,3	103,9	92,8	100,3	108,1	111,7	109,6	113,4
März	97,6	.	114,2	109,4	89,6	101,6	104,1	92,6	100,2	108,2	111,6	109,4	113,4
April	100,6	.	112,6	109,1	90,5	101,6	104,6	92,8	99,9	108,2	111,8	109,4	113,4
Mai	100,6	.	112,5	108,9	91,4	105,1	104,8	93,2	99,8	108,1	111,9	110,1	113,8
Juni	100,5	.	111,2	108,9	92,3	108,0	104,7	93,1	100,0	108,3	112,0	110,1	113,8
Juli	101,2	.	111,7	108,9	93,1	108,8	105,2	94,5	99,5	108,3	112,0	110,1	113,8
August	101,9	.	116,4	108,9	93,5	109,6	105,5	95,1	99,5	108,4	112,1	110,1	113,8
September	102,2	.	114,7	108,7	94,0	107,9	105,4	95,7	99,4	108,5	112,0	110,4	113,8
Oktober	100,5	.	116,3	108,7	94,9	105,9	105,7	95,3	99,2	108,7	112,1	110,5	113,8
November	100,6	.	115,9	108,3	95,1	103,2	105,8	94,8	99,2	108,8	112,2	110,5	113,9
Dezember	100,3	.	113,9	108,3	95,5	103,4	105,8	95,3	99,2	108,9	112,2	110,5	113,9
1998 Januar	99,6	.	109,5	108,3	96,4	103,3	106,0	97,5	99,2	108,9	112,4	110,5	115,0
Februar	99,5	.	108,2	108,3	97,1	103,1	106,3	97,8	99,2	109,0	112,5	110,5	115,0
März	99,3	.	106,1	108,3	97,2	103,5	106,3	97,2	99,2	109,2	112,6	110,5	115,0
April	99,6	.	106,3	108,2	97,5	104,2	106,3	96,4	99,4	109,4	112,8	110,7	114,9
Mai	99,2	.	105,4	108,4	97,7	101,4	106,2	97,0	99,4	109,5	112,9	111,4	114,6
Juni	98,4	.	104,0	108,3	97,4	100,6	106,0	97,5	99,2	109,5	113,0	111,5	114,5
Juli	95,9	.	104,7	108,1	97,1	100,7	105,9	96,6	99,2	109,6	113,2	111,5	114,7

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. – 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist bis einschl. Dezember 1995 die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. – 4) Da einerseits die früheren Kostenpreise nicht mehr gelten, andererseits aber die ab Januar 1996 geltenden Preise noch nicht gemeldet werden konnten, muß vorübergehend auf eine Ergebnisaufschlüsselung verzichtet werden. Zur Berechnung der Indizes für zusammengefaßte Gütergruppen werden bis auf weiteres die zuletzt gemeldeten Preise für Steinkohle (für Dezember 1995) verwendet. Sobald rückwirkend ab Januar 1996 sämtliche Preise entsprechend den neuen Preisfindungsmechanismen vorliegen, werden mit ihnen ab Januar 1996 die Indizes neu berechnet.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz¹⁾)

Deutschland

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾
1995 D	101,5	109,7	104,2	104,7	102,0	93,3	111,0	97,9	95,8	111,9	99,5
1996 D	101,9	112,1	105,5	104,2	98,4	90,5	112,4	96,4	89,2	113,8	87,2
1997 D	102,0	113,8	106,1	103,7	99,5	85,6	112,8	93,4	89,5	115,0	82,8
1996 September	101,7	112,2	105,7	103,8	97,7	89,4	112,5	96,1	88,6	114,1	83,9
Oktober	101,5	112,3	105,7	103,7	98,0	89,4	112,6	96,2	88,0	114,0	83,6
November	101,6	112,4	105,7	104,0	97,8	88,8	112,5	95,8	87,7	114,1	83,7
Dezember	101,5	112,8	105,7	103,9	97,8	88,3	112,6	95,5	87,6	114,1	83,7
1997 Januar	101,9	113,3	105,5	104,0	98,4	88,0	112,5	95,7	87,8	114,4	82,1
Februar	102,0	113,6	105,8	103,8	98,6	87,5	112,8	95,4	87,9	114,5	81,7
März	102,0	113,6	105,8	104,1	98,5	86,5	112,6	94,4	88,2	114,6	82,1
April	102,2	113,9	106,0	103,9	99,2	86,2	112,8	93,7	88,8	114,7	82,4
Mai	102,1	114,0	106,0	103,8	99,4	85,2	113,0	93,0	89,6	114,8	82,4
Juni	102,2	114,0	106,1	103,8	99,4	85,5	113,3	92,6	90,0	115,0	82,1
Juli	102,2	114,1	106,2	103,2	99,6	85,3	113,2	92,6	90,1	115,1	82,0
August	102,1	114,1	106,2	103,2	99,7	84,9	112,9	92,6	90,2	115,1	82,6
September	102,0	113,9	106,4	103,1	100,0	84,6	112,9	93,1	90,3	115,2	83,0
Oktober	101,9	113,8	106,3	103,8	100,3	84,7	112,5	92,6	90,5	115,3	84,2
November	101,8	113,5	106,3	103,6	100,5	84,4	112,5	92,5	90,1	115,4	84,4
Dezember	101,7	113,5	106,3	103,7	100,6	84,1	112,3	92,4	89,9	115,4	84,9
1998 Januar	101,6	114,1	106,4	103,9	101,0	84,0	112,6	92,5	90,1	115,7	86,3
Februar	101,4	114,2	106,6	104,2	100,8	83,5	112,2	92,6	90,1	115,8	86,7
März	101,4	114,3	106,7	104,1	100,6	83,4	112,0	92,4	90,1	115,9	86,9
April	101,4	114,5	106,8	104,6	100,3	83,3	112,4	92,3	90,9	116,0	86,4
Mai	101,5	114,4	106,9	104,5	99,8	82,3	112,3	92,7	91,4	116,6	86,3
Juni	101,3	114,5	107,0	104,5	99,6	82,4	112,1	92,6	91,8	116,7	86,1
Juli	101,2	114,4	106,8	104,5	99,3	81,8	112,4	93,4	91,9	116,8	86,1

Jahr Monat	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren	Fertig- teil- bauten im Hochbau
1995 D	105,7	108,2	102,7	100,7	101,2	106,4	102,7	105,1	102,6	114,1	123,2
1996 D	102,4	110,0	101,8	100,0	101,0	107,5	101,7	105,1	103,4	114,9	125,9
1997 D	100,7	109,6	101,6	98,5	100,5	108,4	102,3	105,3	105,0	118,1	127,5
1996 September	101,4	110,2	101,7	100,5	100,5	107,4	101,3	105,2	103,9	114,3	126,2
Oktober	101,2	110,2	101,6	100,3	100,4	107,7	101,3	105,1	103,8	115,7	126,5
November	101,0	110,1	101,6	100,4	100,9	107,7	101,3	105,1	103,7	117,3	128,5
Dezember	101,0	110,2	101,6	100,4	100,7	107,7	101,2	105,2	103,7	117,6	126,4
1997 Januar	100,6	110,0	101,6	98,7	99,5	107,9	101,4	105,3	103,6	117,6	126,6
Februar	100,4	109,9	101,5	98,8	99,7	107,7	101,4	105,2	103,8	118,1	126,9
März	100,4	109,6	101,5	98,7	100,5	108,0	101,5	105,3	104,0	118,9	127,2
April	100,4	109,6	101,7	99,1	100,6	108,2	102,2	105,1	104,5	119,1	127,7
Mai	100,4	109,6	101,7	99,2	100,3	108,4	102,3	105,1	105,0	119,1	127,7
Juni	100,5	109,4	101,8	98,5	100,3	108,4	102,3	105,1	105,3	119,0	127,7
Juli	100,7	109,4	101,8	98,6	100,6	108,4	102,5	105,3	105,3	117,7	127,7
August	100,6	109,5	101,9	97,9	100,7	108,5	102,6	105,3	105,5	117,6	127,6
September	100,7	109,6	101,8	97,8	100,8	108,6	103,0	105,5	105,7	117,6	127,9
Oktober	100,8	109,8	101,5	98,2	101,1	108,8	103,1	105,7	105,8	117,6	128,2
November	101,3	109,9	101,4	98,2	101,1	108,8	102,9	105,5	105,8	117,5	127,7
Dezember	101,2	109,2	101,4	98,1	100,3	108,8	102,8	105,5	105,8	117,6	127,3
1998 Januar	101,0	109,4	101,3	98,2	100,4	109,0	102,7	105,6	105,7	117,6	127,2
Februar	101,3	109,7	101,3	98,2	100,5	109,0	102,8	105,6	105,6	117,7	127,3
März	101,3	109,5	101,3	98,4	100,4	109,0	102,8	105,5	105,6	117,6	128,1
April	101,5	109,5	101,3	98,4	101,0	108,9	102,7	105,3	105,5	117,7	128,1
Mai	101,4	109,7	101,2	98,8	101,7	108,9	102,7	105,5	105,4	119,4	128,1
Juni	101,4	109,7	101,3	98,9	101,5	109,1	102,6	105,4	105,2	119,8	128,1
Juli	101,6	109,8	101,3	99,1	101,6	109,0	102,5	105,4	105,1	119,9	128,1

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Investitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter	Grundstoff- und Produktions- güter
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes			
1995 D	103,7	104,6	104,6	102,3	105,6	105,5	104,1	106,1	106,8	102,1
1996 D	103,1	104,7	104,7	100,4	106,8	105,3	104,7	107,5	108,5	100,0
1997 D	104,2	105,5	105,4	101,5	107,4	105,2	106,6	108,2	109,2	101,1
1997 Juni	104,2	105,4	105,4	101,0	107,5	105,2	106,9	108,2	108,8	101,1
Juli	104,3	105,5	105,5	101,3	107,4	105,2	106,8	108,3	108,9	101,3
August	104,6	105,8	105,8	102,3	107,4	105,3	106,9	108,2	109,6	101,6
September	104,6	105,8	105,7	102,1	107,5	105,4	107,0	108,3	109,5	101,6
Oktober	104,6	105,9	105,9	102,5	107,5	105,4	107,2	108,4	109,7	101,4
November	104,5	105,9	105,8	102,3	107,5	105,4	107,3	108,3	109,6	101,4
Dezember	104,5	105,8	105,8	102,1	107,5	105,2	107,2	108,3	109,3	101,3
1998 Januar	104,4	105,7	105,7	101,7	107,5	105,3	107,2	108,3	108,8	101,4
Februar	104,3	105,7	105,6	101,5	107,5	105,4	107,1	108,3	108,7	101,3
März	104,3	105,6	105,6	101,1	107,6	105,4	107,1	108,4	108,5	101,2
April	104,3	105,6	105,6	101,1	107,6	105,4	107,0	108,5	108,7	101,2
Mai	104,3	105,6	105,7	100,6	107,9	105,6	107,2	108,8	108,9	101,1
Juni	104,2	105,5	105,6	100,3	107,9	105,6	107,1	108,8	108,7	100,9
Juli	104,0	105,4	105,5	100,2	107,9	105,7	106,9	108,8	108,9	100,5

Jahr Monat	Elektrizität, Fern- wärme, Wasser ³⁾		Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralölserzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	zusammen	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues ⁴⁾	zusammen	darunter Heizöle		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke		
1995 D	103,9	101,4	90,0	106,1	103,0	76,2	109,6	98,9	98,9	104,8	102,8
1996 D	95,7	91,7	90,7	.	110,5	91,9	109,7	92,4	91,4	95,8	103,6
1997 D	95,9	91,5	98,7	.	113,4	93,4	109,7	91,7	90,9	104,6	104,9
1997 Juni	96,0	91,6	99,2	.	111,0	88,1	109,7	91,6	90,9	108,2	104,7
Juli	96,0	91,5	100,0	.	110,5	90,1	109,7	92,4	91,8	109,2	105,2
August	96,0	91,5	100,8	.	115,1	95,0	109,7	92,6	92,0	110,1	105,5
September	96,0	91,5	101,1	.	113,5	90,4	109,5	93,1	92,5	108,3	105,4
Oktober	95,8	91,3	99,1	.	115,2	97,2	109,5	94,1	93,5	106,2	105,7
November	95,8	91,3	99,3	.	114,9	98,2	109,2	94,2	93,7	103,2	105,8
Dezember	95,8	91,3	99,0	.	112,8	91,4	109,2	94,6	94,1	103,5	105,8
1998 Januar	95,9	91,2	98,4	.	108,4	83,3	109,1	95,5	94,9	103,5	106,1
Februar	96,0	91,2	98,2	.	107,1	81,6	109,1	96,0	95,5	103,2	106,3
März	96,0	91,2	98,0	.	105,0	76,7	109,2	96,2	95,7	103,6	106,3
April	96,0	91,2	98,4	.	105,3	79,5	109,1	96,4	95,9	104,3	106,4
Mai	96,0	91,2	97,9	.	104,3	78,2	109,4	96,4	95,9	101,4	106,3
Juni	96,0	91,2	97,1	.	102,9	74,1	109,4	96,3	95,6	100,7	106,1
Juli	95,8	91,0	94,2	.	103,7	74,7	109,2	95,8	95,1	100,7	105,9

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
	darunter Eisen-, Stahl- und Temperguß	zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	Fertigteil- bauten über- wiegend aus Metall, Kon- struktionen aus Stahl und Aluminium	zusammen	darunter			
							gewerbl. Arbeitsmaschinen		Kraft- 5)	Land- maschinen
							zusammen	darunter Fördermittel		
1995 D	100,6	99,2	96,1	106,7	103,1	108,8	108,1	106,0	112,5	111,7
1996 D	102,6	99,4	94,9	108,1	104,0	111,0	110,2	108,6	115,7	113,3
1997 D	103,1	97,9	93,5	109,0	104,1	112,2	111,3	108,8	118,3	115,0
1997 Juni	102,8	97,8	92,4	108,9	103,7	112,3	111,4	108,7	118,7	114,8
Juli	102,7	97,9	93,9	109,0	103,9	112,3	111,5	108,7	118,7	114,8
August	102,8	98,0	94,5	109,1	104,1	112,4	111,5	108,8	118,3	114,8
September	103,0	98,1	95,1	109,1	104,1	112,3	111,5	108,7	118,3	114,8
Oktober	103,3	97,9	94,7	109,4	104,4	112,4	111,5	108,7	118,3	115,8
November	103,5	97,7	94,2	109,5	104,5	112,5	111,5	109,0	118,3	116,0
Dezember	103,6	97,9	94,7	109,5	104,4	112,5	111,5	109,0	118,3	116,1
1998 Januar	104,2	98,6	97,0	109,5	104,6	112,7	111,9	109,2	118,7	116,3
Februar	104,4	98,6	97,2	109,7	104,6	112,8	112,0	109,5	119,5	116,5
März	104,3	98,4	96,6	109,8	104,7	113,0	112,1	109,6	119,8	116,7
April	104,6	98,3	95,8	110,0	105,0	113,1	112,3	109,6	119,7	116,7
Mai	104,6	98,5	96,4	110,1	105,1	113,3	112,5	109,7	119,7	116,8
Juni	104,4	98,4	96,9	110,1	105,2	113,4	112,6	109,9	119,7	116,9
Juli	104,4	98,2	95,9	110,2	105,2	113,5	112,7	110,0	119,7	116,7

Fußnoten siehe folgende Seite.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Früheres Bundesgebiet

1991 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Chemische Erzeugnisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse					
		Kraftwagen, Straßenzug- maschinen und Krafträder	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen, Straßenzug- maschinen, Krafträder und deren Motoren									
1995	D	108,0	109,9	101,4	108,0	101,6	110,0	108,6	104,2	104,6	101,7	93,6
1996	D	109,4	111,9	101,3	109,8	102,0	112,4	110,9	105,5	104,1	98,1	90,4
1997	D	110,2	112,9	101,2	111,8	102,2	114,2	112,9	106,1	103,5	99,1	85,4
1997	Juni	110,3	113,1	101,2	111,9	102,3	114,3	113,6	106,2	103,6	99,0	85,3
	Juli	110,2	113,0	101,2	111,9	102,3	114,5	113,6	106,2	103,0	99,2	85,1
	August	110,2	113,0	101,2	111,9	102,3	114,5	113,6	106,3	103,0	99,2	84,7
	September	110,5	113,5	101,2	111,9	102,2	114,2	113,0	106,4	102,8	99,6	84,4
	Oktober	110,6	113,5	101,1	111,9	102,0	114,2	112,5	106,3	103,6	99,8	84,5
	November	110,6	113,6	101,0	112,2	101,9	113,9	111,4	106,3	103,4	100,1	84,3
	Dezember	110,7	113,7	101,0	112,2	101,9	113,9	111,4	106,3	103,5	100,3	83,9
1998	Januar	110,6	113,7	100,8	111,9	101,7	114,5	112,4	106,4	103,7	100,7	83,8
	Februar	110,7	113,7	100,7	111,9	101,5	114,6	112,4	106,6	104,0	100,4	83,4
	März	110,7	113,7	100,6	111,9	101,5	114,7	112,3	106,8	103,9	100,3	83,3
	April	110,8	113,9	100,7	111,7	101,5	114,9	112,8	106,8	104,3	99,9	83,1
	Mai	111,6	114,9	100,7	110,2	101,6	114,9	112,7	107,0	104,3	99,4	82,2
	Juni	111,6	115,0	100,7	109,9	101,4	114,9	112,7	107,1	104,2	99,2	82,3
	Juli	111,6	115,1	100,7	110,7	101,4	114,8	112,7	106,9	104,3	98,9	81,6

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ⁶⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse, Vervielfäl- tigungen	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1995 D	110,8	97,4	95,5	112,1	98,8	105,5	106,9	102,7	100,3	101,1
1996 D	112,1	96,0	88,9	114,0	86,8	102,2	108,4	101,8	99,6	101,1
1997 D	112,6	93,0	89,1	115,3	82,4	100,5	107,7	101,7	98,1	101,4
1997 Juni	113,1	92,3	89,7	115,4	81,7	100,4	107,5	101,8	98,1	101,2
Juli	113,0	92,3	89,7	115,4	81,5	100,6	107,5	101,8	98,2	101,5
August	112,8	92,2	89,8	115,4	82,1	100,4	107,6	101,9	97,5	101,6
September	112,8	92,7	90,0	115,5	82,5	100,6	107,7	101,8	97,4	101,8
Oktober	112,3	92,2	90,1	115,6	83,8	100,7	107,9	101,5	97,8	102,0
November	112,2	92,0	89,7	115,7	83,8	101,1	108,0	101,4	97,8	102,0
Dezember	112,0	92,0	89,5	115,7	84,4	101,1	107,3	101,4	97,7	101,2
1998 Januar	112,3	92,1	89,8	116,0	85,8	100,9	107,5	101,3	97,8	101,3
Februar	111,8	92,3	89,7	116,1	86,2	101,2	107,8	101,4	97,8	101,4
März	111,7	92,0	89,8	116,2	86,4	101,2	107,6	101,3	98,0	101,3
April	112,1	92,0	90,7	116,3	85,9	101,3	107,6	101,3	98,0	101,9
Mai	112,0	92,5	91,1	117,0	85,7	101,3	107,8	101,2	98,4	102,7
Juni	111,8	92,4	91,5	117,1	85,5	101,3	107,8	101,3	98,5	102,6
Juli	112,0	93,2	91,6	117,2	85,6	101,4	107,9	101,3	98,7	102,6

Jahr Monat		Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigteil- bauten im Hochbau	
		zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter					
							Mahl- und Schälmühlen- erzeugnisse	Milch und Milch- erzeugnisse	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse			
1995	D	107,1	106,3	102,6	105,1	102,6	86,7	102,3	96,7	114,0	123,2	
1996	D	108,1	107,7	101,6	105,1	103,2	88,1	100,9	98,7	114,8	125,9	
1997	D	109,0	108,4	102,3	105,3	104,8	86,7	100,8	103,0	118,1	127,5	
1997	Juni	109,1	108,5	102,3	105,1	105,0	87,4	100,3	104,7	119,0	127,7	
	Juli	109,0	108,4	102,5	105,3	105,1	86,9	100,3	105,0	117,7	127,7	
	August	109,1	108,5	102,6	105,3	105,3	86,4	101,0	105,0	117,5	127,6	
	September	109,3	108,5	103,0	105,5	105,4	85,6	101,1	104,9	117,5	127,9	
	Oktober	109,5	108,9	103,1	105,7	105,6	84,5	101,6	104,6	117,5	128,2	
	November	109,5	108,9	102,9	105,5	105,7	83,9	101,9	103,9	117,4	127,7	
	Dezember	109,5	108,9	102,7	105,4	105,6	83,5	102,1	103,5	117,4	127,4	
	1998	Januar	109,7	109,1	102,6	105,5	105,6	83,8	102,4	103,0	117,5	127,3
		Februar	109,7	109,2	102,7	105,5	105,5	83,6	102,4	102,6	117,5	127,3
		März	109,7	109,2	102,7	105,4	105,5	83,9	102,5	102,1	117,5	128,1
April		109,6	109,1	102,6	105,3	105,4	83,4	102,4	101,7	117,6	128,1	
Mai		109,6	109,1	102,6	105,4	105,3	83,0	102,3	101,1	119,4	128,1	
Juni		109,8	109,2	102,5	105,4	105,1	82,8	102,2	100,5	119,8	128,1	
Juli		109,7	109,1	102,5	105,3	105,0	82,3	102,3	100,2	119,6	128,1	

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. – 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist bis einschl. Dezember 1995 die Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. Bei Elektrizität, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverarbeiter. – 4) Da einerseits die früheren Kostenpreise nicht mehr gelten, andererseits aber die ab Januar 1996 geltenden Preise noch nicht gemeldet werden konnten, muß vorübergehend auf eine Ergebnisaufschlüsselung verzichtet werden. Zur Berechnung der Indizes für zusammengefaßte Gütergruppen werden bis auf weiteres die zuletzt gemeldeten Preise für Steinkohle (für Dezember 1995) verwendet. Sobald rückwirkend ab Januar 1996 sämtliche Preise entsprechend den neuen Preisfindungsmechanismen vorliegen, werden mit ihnen ab Januar 1996 die Indizes neu berechnet. – 5) Verbrennungsmotoren und Dampfturbinen. – 6) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					In- vestitions- güter ²⁾	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) ²⁾	Grund- stoff- und Pro- duktions- güter	Elektri- zität, herge- stelltes Gas, Fern- wärme, Wasser ³⁾
	ins- gesamt	ohne Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser	zu- sammen	Grundstoff- und Pro- duktions- güter- gewerbes	Investi- tionsgüter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genuß- mittel- gewerbes				
1995 D	107,0	105,6	105,8	108,2	102,9	111,1	104,2	104,7	112,4	107,1	112,3
1996 D	108,5	106,7	106,7	107,5	104,1	112,9	106,3	106,0	116,8	108,0	115,2
1997 D	110,5	107,8	108,1	109,8	104,0	113,4	108,7	105,7	119,3	110,1	118,2
1996 September . . .	108,9	107,0	107,2	108,0	104,1	113,3	107,2	106,0	118,4	108,0	115,5
Oktober	109,2	107,3	107,5	108,9	104,1	113,4	107,3	106,1	118,7	108,5	115,9
November	109,3	107,3	107,4	108,9	104,0	113,6	107,1	106,0	119,0	108,6	116,1
Dezember	109,3	107,3	107,4	109,2	104,0	113,6	106,8	106,0	119,2	108,7	116,2
1997 Januar	109,8	107,5	107,7	110,1	104,0	113,4	106,8	106,0	119,9	109,4	117,2
Februar	109,8	107,4	107,6	109,6	104,1	113,4	107,0	106,1	119,2	109,4	117,4
März	109,7	107,2	107,4	108,9	103,8	113,3	107,3	105,5	119,2	109,2	117,3
April	110,0	107,3	107,5	108,3	103,9	113,3	108,4	105,5	118,9	109,6	117,7
Mai	110,7	107,9	108,2	109,0	103,9	113,2	110,5	105,5	118,9	110,2	118,6
Juni	110,5	107,7	108,0	108,8	104,0	113,2	109,8	105,6	118,5	110,1	118,6
Juli	110,5	107,6	108,0	109,2	103,9	113,2	109,3	105,6	118,9	110,2	118,6
August	111,0	108,3	108,7	111,4	104,0	113,2	109,3	105,6	120,2	110,7	118,7
September	111,0	108,2	108,5	110,8	104,0	113,4	109,3	105,7	119,7	110,8	118,8
Oktober	110,9	108,2	108,5	110,9	104,0	113,5	109,2	105,8	119,8	110,6	118,8
November	110,8	108,2	108,5	110,8	104,1	113,6	109,0	105,8	119,3	110,6	118,5
Dezember	110,7	108,0	108,3	110,2	104,2	113,6	108,7	106,0	119,0	110,5	118,5
1998 Januar	110,3	107,6	107,9	108,9	104,3	113,6	108,6	106,0	117,8	110,2	118,6
Februar	110,3	107,5	107,8	109,0	104,1	113,6	108,4	105,9	117,6	110,1	118,5
März	110,1	107,3	107,6	108,1	104,3	113,7	108,3	106,2	117,0	109,9	118,4
April	110,0	107,3	107,5	108,0	104,4	113,7	108,1	106,3	117,0	109,9	118,4
Mai	109,9	107,1	107,4	107,6	104,5	113,6	107,9	106,4	116,9	109,8	118,4
Juni	109,7	106,8	107,2	106,9	104,6	113,5	107,8	106,4	116,6	109,5	118,4
Juli	109,7	106,8	107,2	107,0	104,6	113,5	107,8	106,5	116,9	109,4	118,4

Jahr Monat	Bergbau- liche Erzeug- nisse	Mineralöl- erzeug- nisse	Steine und Erden, Asbest- waren, Schleif- mittel	Eisen und Stahl	NE-Me- talle und -Metall- halbzeug (einschl. Edel- metallen und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeug- nisse	Erzeug- nisse der Ziehe- reien und Kalt- walz- werke	Erzeug- nisse der Stahlver- formung	Stahlbau- erzeug- nisse und Schienen- fahrzeuge	Ma- schinen- bau- erzeug- nisse (einschl. Acker- schlepp- ern)	Straßen- fahrzeuge (ohne Acker- schlepp- er)	Boote und Jachten
1995 D	102,8	111,5	101,7	105,9	107,8	99,5	110,1	105,7	103,7	105,7	.	110,2
1996 D	104,9	118,0	100,1	98,3	98,6	104,0	110,6	108,9	104,5	107,4	.	113,7
1997 D	108,0	122,2	98,9	101,5	102,1	104,6	108,3	101,2	103,8	108,0	.	114,5
1996 September . . .	105,0	122,1	100,3	94,1	95,6	103,9	110,6	107,1	104,4	107,7	.	114,2
Oktober	105,5	124,1	99,7	95,9	92,6	103,6	110,5	104,5	104,3	107,8	.	114,2
November	105,7	124,6	99,7	94,8	93,8	103,6	109,2	103,6	104,1	107,8	.	114,2
Dezember	105,8	125,3	99,8	95,1	94,2	103,6	109,3	103,1	104,2	107,7	.	114,2
1997 Januar	106,5	126,7	100,0	96,9	96,8	103,4	109,2	102,9	104,3	107,8	.	114,2
Februar	106,5	123,8	100,7	97,0	99,4	103,5	110,4	102,3	104,4	107,9	.	114,2
März	106,8	122,4	99,9	97,3	99,6	103,9	110,4	101,7	103,4	108,0	.	114,2
April	108,6	120,0	99,6	97,6	99,5	104,0	110,4	101,5	103,2	108,1	.	114,2
Mai	108,5	120,0	99,7	99,3	102,7	104,8	107,2	101,3	103,3	107,9	.	114,6
Juni	108,1	118,9	98,5	100,2	105,6	104,9	107,3	101,2	103,5	108,1	.	114,6
Juli	108,5	120,0	98,1	101,6	104,9	104,5	107,3	100,8	103,5	108,0	.	114,6
August	108,6	124,7	98,4	105,0	103,8	105,0	107,4	100,6	103,6	108,1	.	114,6
September	109,2	122,8	98,7	105,4	103,3	105,0	107,5	100,8	103,8	108,0	.	114,6
Oktober	108,3	123,2	98,5	105,1	103,1	105,1	107,6	100,5	103,8	108,0	.	114,6
November	108,2	122,8	97,1	106,4	103,6	105,2	107,7	100,8	103,9	108,1	.	114,6
Dezember	108,2	121,3	97,3	106,5	102,3	105,4	107,7	100,5	104,3	108,4	.	114,6
1998 Januar	107,1	116,5	97,4	108,9	102,0	105,4	108,2	100,4	104,2	108,4	.	116,2
Februar	107,0	115,5	98,4	111,9	102,1	105,2	108,7	100,6	103,8	108,3	.	116,2
März	107,0	113,4	98,1	110,1	102,9	105,1	108,8	100,6	104,7	108,3	.	116,2
April	106,9	112,8	96,8	111,9	103,5	105,1	109,0	101,2	104,9	108,5	.	116,1
Mai	106,9	112,4	96,2	113,5	101,2	105,1	109,1	101,6	104,9	108,6	.	116,1
Juni	105,9	111,3	95,3	112,1	100,2	105,1	109,5	102,0	105,1	108,7	.	116,1
Juli	105,5	111,8	94,3	112,7	100,5	105,1	109,5	102,0	105,2	108,8	.	116,1

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Zuordnung der Güter entsprechend ihrer vorwiegenden Verwendung. – 3) Bei Elektrizität, Gas, Wasser einschl. der Verkäufe der Weiterverteil.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat	Elektro- technische Erzeug- nisse	Fein- mecha- nische und optische Erzeug- nisse, Uhren	Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sport- geräte, Schmuck, belichtete Filme, Füll- halter u.ä.	Chemische Erzeug- nisse	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -ein- richtungen	Fein- keramische Erzeug- nisse	Glas und Glas- waren	Schnitt- holz, Sperrholz und sonstiges bearbei- tetes Holz	Holz- waren
1995 D	98,7	100,1	101,5	107,4	109,9	.	113,8	104,8	104,0	108,5
1996 D	98,8	99,2	103,5	109,3	105,4	.	114,7	102,0	98,5	109,5
1997 D	98,3	99,6	103,4	110,7	108,5	.	115,1	98,3	97,5	109,2
1996 September . . .	98,7	97,9	103,4	109,7	104,5	.	114,1	101,1	96,5	109,8
Oktober	98,4	99,0	103,4	109,7	106,2	.	115,1	101,2	96,8	109,0
November	98,5	99,0	103,3	109,7	106,1	.	115,2	101,2	94,3	109,2
Dezember	98,4	99,0	103,4	109,7	105,9	.	116,1	101,0	95,8	109,2
1997 Januar	98,2	99,4	103,5	110,2	106,5	.	114,9	100,2	96,0	109,3
Februar	98,6	99,2	103,7	110,4	107,0	.	115,7	100,0	95,9	109,3
März	98,1	99,2	103,3	110,4	106,6	.	114,6	98,8	95,3	109,3
April	98,1	99,2	103,2	110,6	107,4	.	114,3	98,0	96,2	109,2
Mai	98,2	100,1	103,3	110,6	109,2	.	114,7	97,8	95,5	108,9
Juni	98,1	100,1	103,5	110,6	109,0	.	115,2	97,2	96,2	109,0
Juli	98,1	100,0	103,5	110,7	108,5	.	114,9	97,2	97,8	109,0
August	98,2	100,4	103,5	110,7	109,7	.	114,7	97,5	98,9	109,1
September	98,3	99,9	103,4	110,8	109,5	.	114,8	98,2	98,4	109,1
Oktober	98,4	99,2	103,4	111,0	109,6	.	115,0	98,2	100,1	109,4
November	98,6	99,2	103,4	111,0	109,5	.	116,1	98,5	100,0	109,6
Dezember	98,6	99,2	103,2	111,0	109,4	.	116,0	98,1	99,5	109,7
1998 Januar	98,6	99,1	103,7	111,0	109,6	.	116,2	97,5	98,2	109,7
Februar	98,3	99,2	104,2	111,3	109,5	.	115,8	97,2	97,9	109,8
März	98,3	99,5	103,9	111,2	109,5	.	116,0	97,1	97,6	109,8
April	98,4	99,5	103,8	112,3	109,7	.	115,9	96,4	97,6	109,8
Mai	98,4	99,8	103,9	112,5	108,9	.	116,3	95,9	97,5	109,8
Juni	98,4	99,6	104,0	112,5	109,0	.	116,5	96,1	99,0	109,3
Juli	98,4	99,7	104,1	112,5	108,8	.	116,7	96,0	99,8	109,4

Jahr Monat	Holzstoff, Zellstoff, Papier und Pappe ²⁾	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeug- nisse, Vervielfältigungen	Kunst- stoff- erzeug- nisse	Gummi- waren	Leder	Leder- waren und Schuhe	Textilien	Be- kleidung und konfektio- nierte Textilien	Erzeug- nisse des Er- nährungs- gewerbes	Tabak- waren
1995 D	110,6	114,8	134,9	99,9	109,5	102,0	97,1	104,3	104,5	102,7	115,4
1996 D	94,9	109,1	145,8	99,6	110,0	100,7	98,5	104,1	105,8	105,0	116,0
1997 D	90,0	106,0	151,1	100,3	109,2	.	99,6	103,8	106,1	107,4	118,8
1996 September . . .	92,7	107,2	148,6	100,2	110,3	94,2	99,2	103,9	106,1	106,1	115,5
Oktober	92,3	106,2	151,1	99,9	110,3	94,2	99,3	103,6	106,1	106,0	116,9
November	92,1	106,1	151,1	100,0	110,3	99,6	99,6	103,8	106,1	105,7	117,8
Dezember	91,1	106,5	151,1	99,8	110,3	99,6	99,6	103,8	106,1	105,4	117,8
1997 Januar	89,0	106,9	151,0	100,1	109,6	.	99,5	103,8	106,0	105,3	118,4
Februar	88,6	106,4	150,9	99,9	109,6	.	99,5	103,7	106,0	105,5	118,4
März	87,5	105,9	150,8	100,2	109,6	.	99,5	103,6	106,0	105,8	118,7
April	87,8	107,1	150,9	100,2	109,7	.	99,5	103,6	106,1	107,1	118,7
Mai	88,8	106,4	151,0	100,4	109,5	.	99,5	103,7	106,1	109,4	118,9
Juni	89,1	105,8	151,3	100,3	110,1	.	99,5	103,7	106,1	108,6	118,9
Juli	89,4	105,6	151,3	100,2	110,1	.	99,6	103,7	106,1	108,0	118,9
August	90,1	105,4	151,3	100,1	109,3	.	99,6	103,7	106,1	108,0	118,9
September	91,1	106,0	151,3	100,2	107,5	.	99,6	103,9	106,1	108,1	118,9
Oktober	91,8	105,6	151,3	100,8	108,1	.	99,6	104,1	106,1	107,9	118,9
November	93,0	105,2	151,3	100,5	108,4	.	99,6	104,2	106,1	107,7	118,9
Dezember	93,6	105,2	151,3	100,5	108,5	.	99,6	104,3	106,1	107,4	118,9
1998 Januar	94,7	105,6	151,3	100,7	108,7	.	99,6	104,2	106,7	107,2	119,5
Februar	95,9	105,4	151,4	100,3	107,7	.	99,6	104,4	106,9	107,0	119,5
März	96,1	105,7	151,4	100,3	108,6	.	99,6	104,4	106,9	106,9	118,9
April	95,5	105,9	151,4	100,7	108,7	.	99,6	104,4	106,9	106,7	118,9
Mai	94,9	106,9	151,4	100,5	108,8	.	99,6	104,4	106,5	106,3	119,9
Juni	95,3	106,7	151,4	100,4	108,6	.	99,6	104,4	106,6	106,2	119,9
Juli	95,0	106,1	151,4	100,1	109,2	.	99,6	104,4	106,6	105,9	122,5

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Holzstoff.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Deutschland
1991= 100

Jahr Monat ¹⁾	Gesamt- index	Hauptgruppe/Gruppe ²⁾									
		Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit	die persönl. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
1995 D	114,8	108,4	107,7	126,9	133,4	104,9	109,3	112,7	113,4	110,5	122,5
1996 D	116,5	109,2	108,5	130,0	137,9	103,3	110,2	115,0	115,7	111,6	123,3
1997 D	118,6	111,0	109,0	133,3	141,6	105,1	110,8	119,1	116,6	114,3	125,9
1993 August	110,4	105,2	105,6	118,5	122,3	105,9	106,2	108,1	109,6	106,7	120,5
September	110,2	105,0	105,9	118,9	122,7	105,8	106,3	108,3	109,3	107,2	116,2
Oktober	110,2	105,0	106,1	119,3	123,1	106,3	106,4	108,4	109,5	107,5	113,9
November	110,4	105,2	106,4	119,5	123,5	106,2	106,6	108,6	109,6	107,8	114,1
Dezember	110,6	105,4	106,4	119,7	123,7	106,2	106,6	108,7	109,2	107,9	115,8
1994 Januar	111,4	105,6	106,4	121,1	125,7	105,9	107,0	110,1	111,5	108,4	114,8
Februar	112,1	106,3	106,4	121,6	126,2	105,8	107,3	110,3	111,8	108,7	119,1
März	112,2	106,5	106,6	122,0	126,9	105,7	107,4	110,5	111,7	108,7	118,2
April	112,3	106,9	106,7	122,5	127,4	105,8	107,6	110,5	111,9	108,8	115,4
Mai	112,6	107,3	106,8	122,7	127,7	105,8	107,7	110,6	112,2	108,8	117,1
Juni	112,9	107,6	106,8	122,9	128,0	105,7	107,8	110,8	112,4	108,7	119,5
Juli	113,2	107,4	106,7	123,1	128,4	105,5	107,8	110,9	112,3	108,6	124,5
August	113,4	107,2	106,8	123,4	128,7	105,6	107,9	111,0	113,0	108,7	124,5
September	113,2	107,2	107,0	123,6	129,0	105,4	107,9	111,1	112,3	109,1	121,1
Oktober	113,1	107,2	107,1	124,0	129,4	105,4	108,0	111,2	112,2	109,4	119,0
November	113,2	107,0	107,3	124,2	129,8	105,3	108,3	111,3	112,4	109,6	118,5
Dezember	113,4	107,1	107,4	124,4	130,1	105,2	108,3	111,4	112,5	109,7	120,3
1995 Januar	113,8	107,8	107,4	124,9	130,8	105,3	108,6	111,9	112,8	110,3	118,8
Februar	114,3	108,5	107,4	125,3	131,3	105,2	108,7	112,1	113,0	110,4	122,2
März	114,3	108,5	107,5	125,6	131,7	104,8	108,9	112,3	112,9	110,3	121,5
April	114,6	108,7	107,5	126,0	132,3	104,9	109,1	112,5	113,4	110,2	121,5
Mai	114,6	109,1	107,7	126,2	132,5	104,8	109,2	112,6	113,4	110,1	119,9
Juni	115,0	109,4	107,6	126,4	132,8	104,8	109,3	112,7	113,9	110,1	122,9
Juli	115,2	108,9	107,6	126,5	133,0	104,4	109,4	112,8	113,4	110,1	128,9
August	115,3	108,1	107,6	127,7	134,6	104,3	109,4	112,7	113,5	110,2	127,7
September	115,2	107,9	107,9	128,1	134,9	105,0	109,5	113,0	113,8	110,6	123,8
Oktober	115,1	107,8	108,0	128,3	135,3	104,7	109,6	113,2	113,5	111,0	121,8
November	115,1	107,8	108,1	128,5	135,5	104,9	109,8	113,2	113,5	111,2	119,9
Dezember	115,4	107,9	108,1	128,9	135,8	105,4	109,8	113,2	113,9	111,4	121,6
1996 Januar	115,5	108,5	108,1	128,5	136,4	102,0	109,9	113,7	114,9	111,3	119,9
Februar	116,1	109,0	108,2	129,0	136,8	102,6	110,1	114,1	115,3	111,5	123,3
März	116,2	109,3	108,3	129,1	137,0	102,5	110,1	114,4	115,5	111,5	122,0
April	116,3	109,6	108,3	129,4	137,2	103,1	110,2	114,8	116,0	111,4	119,8
Mai	116,5	109,7	108,5	129,5	137,6	102,1	110,2	115,1	116,2	111,4	122,0
Juni	116,6	110,0	108,4	129,6	137,8	101,9	110,2	115,1	115,6	111,3	123,9
Juli	117,0	109,9	108,3	129,9	138,1	102,4	110,2	115,3	115,5	111,3	128,8
August	116,9	109,3	108,4	130,0	138,2	102,4	110,3	115,3	115,7	111,4	129,1
September	116,8	108,8	108,7	130,7	138,5	104,4	110,3	115,3	115,8	111,7	124,9
Oktober	116,8	108,6	108,8	131,3	138,8	105,8	110,4	115,4	115,9	111,9	123,0
November	116,7	109,0	109,0	131,3	139,1	104,8	110,5	115,6	115,8	111,9	120,3
Dezember	117,0	109,1	109,0	131,6	139,4	105,3	110,5	115,6	115,7	112,2	123,0
1997 Januar	117,6	110,1	108,8	132,6	140,2	106,9	110,5	115,7	116,1	114,3	121,5
Februar	118,1	110,3	108,8	132,6	140,6	105,7	110,6	116,7	116,2	114,3	126,3
März	117,9	110,1	108,9	132,5	140,8	104,3	110,6	116,7	116,3	114,3	125,1
April	117,9	110,7	108,9	132,7	141,2	104,2	110,8	116,8	116,2	114,1	121,0
Mai	118,4	111,5	108,9	133,0	141,5	104,4	110,8	116,8	116,2	114,3	124,6
Juni	118,6	111,9	108,8	133,2	141,7	104,3	110,8	116,8	116,3	114,1	126,2
Juli	119,2	111,6	108,7	133,3	141,9	104,5	110,8	121,5	116,5	114,0	132,2
August	119,3	111,1	108,8	133,6	142,0	105,3	110,9	121,5	117,4	114,0	132,5
September	119,0	111,0	109,1	133,6	142,1	104,9	110,9	121,6	117,3	114,2	127,7
Oktober	118,9	111,0	109,2	133,9	142,3	105,8	110,9	121,7	117,1	114,4	124,7
November	118,9	111,2	109,3	134,1	142,6	105,7	111,0	121,7	116,9	114,6	123,5
Dezember	119,1	111,4	109,3	134,1	142,7	105,3	111,0	122,0	116,6	114,8	125,4
1998 Januar	119,1	112,0	109,1	134,2	143,1	104,2	111,1	122,0	116,3	115,1	123,9
Februar	119,4	112,1	109,1	134,4	143,4	104,1	111,2	122,2	116,2	115,3	127,7
März	119,2	111,9	109,2	134,4	143,6	103,3	111,3	122,2	115,8	115,1	126,3
April	119,5	112,5	109,4	134,7	143,8	104,3	111,6	122,6	116,5	115,1	124,2
Mai	119,9	113,7	109,5	134,8	143,9	104,0	111,8	122,8	116,6	115,1	125,3
Juni	120,0	113,7	109,4	134,7	144,0	103,3	111,8	122,8	116,8	115,0	126,8
Juli	120,3	113,2	109,3	134,8	144,2	103,1	111,8	122,8	117,3	115,0	132,2

1) Die Monatergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet
1991= 100

Jahr Monat ¹⁾	Hauptgruppe/Gruppe ²⁾										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
Alle privaten Haushalte											
1995 D	112,5	108,6	108,4	117,0	121,3	101,4	109,9	110,6	113,0	109,8	121,7
1996 D	114,1	109,6	109,3	119,3	124,8	99,6	110,9	112,9	115,1	110,7	122,3
1997 D	116,1	111,2	109,8	122,4	128,1	101,7	111,6	116,4	116,0	113,2	124,9
1997 Mai	115,8	111,7	109,8	122,1	128,0	101,0	111,6	114,5	115,6	113,2	123,6
Juni	116,1	112,0	109,7	122,3	128,3	100,9	111,6	114,5	115,7	113,0	125,2
Juli	116,6	111,8	109,6	122,4	128,4	101,0	111,6	118,3	115,9	113,0	131,2
August	116,8	111,3	109,7	122,7	128,5	101,9	111,7	118,4	116,8	112,9	131,5
September	116,5	111,2	109,8	122,7	128,6	101,4	111,7	118,4	116,7	113,1	126,7
Oktober	116,3	111,1	110,0	123,0	128,7	102,4	111,7	118,5	116,5	113,2	123,7
November	116,4	111,4	110,1	123,2	129,0	102,2	111,9	118,5	116,3	113,4	122,5
Dezember	116,5	111,7	110,0	123,2	129,1	101,8	111,9	118,8	116,0	113,6	124,4
1998 Januar	116,5	112,3	109,9	123,2	129,5	100,7	112,0	118,8	115,7	113,9	122,9
Februar	116,9	112,3	110,0	123,4	129,7	100,5	112,0	119,0	115,7	114,1	126,8
März	116,6	112,1	110,0	123,4	130,0	99,7	112,1	119,0	115,2	113,9	125,4
April	116,9	112,6	110,2	123,7	130,1	100,7	112,4	119,4	115,9	113,9	123,1
Mai	117,3	113,8	110,3	123,7	130,2	100,4	112,6	119,5	116,0	114,0	124,2
Juni	117,4	113,8	110,3	123,7	130,3	99,7	112,6	119,6	116,2	113,8	125,7
Juli	117,7	113,2	110,2	123,7	130,5	99,5	112,7	119,6	116,7	113,8	131,2
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen											
1995 D	112,7	107,8	108,4	117,8	121,3	102,7	109,7	107,9	113,3	110,4	124,7
1996 D	114,4	108,8	109,2	120,1	124,8	99,7	110,8	111,4	115,5	111,7	126,2
1997 D	116,2	110,3	109,8	123,2	128,1	101,8	111,5	113,3	116,3	113,5	129,0
1997 Mai	116,1	110,7	109,8	122,9	127,9	101,3	111,5	112,6	115,9	113,5	128,3
Juni	116,3	111,0	109,7	123,2	128,2	101,3	111,5	112,7	116,0	113,3	130,0
Juli	116,9	110,7	109,6	123,3	128,3	101,4	111,5	113,9	116,2	113,4	137,2
August	117,0	110,3	109,7	123,5	128,4	102,0	111,5	113,9	117,1	113,3	136,8
September	116,6	110,2	109,9	123,6	128,6	101,7	111,6	114,0	117,0	113,6	130,7
Oktober	116,5	110,1	110,0	123,8	128,7	102,5	111,6	114,0	116,8	113,8	128,4
November	116,4	110,4	110,1	124,0	129,0	102,3	111,7	114,0	116,7	114,0	126,0
Dezember	116,6	110,6	110,0	124,0	129,0	102,0	111,8	114,2	116,4	114,1	127,8
1998 Januar	116,7	111,3	109,9	124,1	129,4	101,2	111,8	114,3	116,0	114,5	127,2
Februar	117,0	111,3	110,0	124,4	129,7	101,1	111,9	114,4	116,0	114,7	130,1
März	116,8	111,1	110,1	124,4	129,9	100,5	112,0	114,4	115,5	114,6	128,7
April	117,1	111,7	110,2	124,7	130,0	101,6	112,4	114,7	116,2	114,6	128,4
Mai	117,3	112,5	110,3	124,8	130,2	101,3	112,6	114,8	116,2	114,7	128,9
Juni	117,5	112,5	110,3	124,8	130,3	100,8	112,6	114,8	116,4	114,5	130,5
Juli	118,0	112,0	110,2	124,9	130,4	100,7	112,7	114,9	116,9	114,5	137,0

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung
Früheres Bundesgebiet
1991 = 100

Jahr Monat ¹⁾	Hauptgruppe/Gruppe ²⁾										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen											
1995 D	112,9	108,1	108,4	117,8	121,6	102,6	109,2	114,7	113,0	111,2	123,8
1996 D	114,4	109,1	109,3	120,2	125,3	99,7	110,1	116,1	115,1	112,4	124,0
1997 D	116,6	110,7	109,9	123,5	128,9	102,0	110,6	126,0	115,9	114,9	126,0
1997 Mai	116,2	111,1	109,9	123,2	128,7	101,5	110,6	119,6	115,5	114,8	124,9
Juni	116,5	111,5	109,8	123,5	129,0	101,5	110,6	119,6	115,5	114,6	126,6
Juli	117,4	111,2	109,7	123,6	129,1	101,6	110,6	132,8	115,8	114,6	134,6
August	117,5	110,8	109,8	123,8	129,3	102,2	110,6	132,9	116,7	114,6	134,1
September	117,2	110,8	109,9	123,9	129,4	101,9	110,7	132,9	116,6	115,0	127,6
Oktober	117,1	110,7	110,1	124,2	129,6	102,7	110,7	133,0	116,4	115,1	125,2
November	117,0	110,9	110,2	124,3	129,8	102,5	110,8	133,0	116,2	115,3	122,4
Dezember	117,1	111,1	110,1	124,4	129,9	102,2	110,9	133,2	115,9	115,5	124,2
1998 Januar	117,2	111,6	110,0	124,5	130,3	101,4	110,9	133,2	115,5	115,8	123,3
Februar	117,4	111,7	110,1	124,7	130,5	101,3	111,0	133,4	115,4	116,1	126,0
März	117,3	111,5	110,2	124,7	130,7	100,6	111,1	133,4	115,0	116,0	124,4
April	117,6	112,0	110,3	125,0	130,9	101,6	111,5	133,7	115,6	116,0	124,5
Mai	117,9	113,0	110,4	125,1	131,0	101,4	111,6	133,8	115,7	116,1	124,5
Juni	118,0	113,0	110,4	125,1	131,2	100,8	111,7	133,9	115,9	115,9	126,2
Juli	118,4	112,5	110,3	125,2	131,3	100,7	111,7	134,0	116,3	116,0	133,0
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen											
1995 D	113,6	107,6	108,5	117,7	122,2	102,2	110,0	122,4	112,8	111,4	124,1
1996 D	115,0	108,5	109,4	120,1	126,1	99,2	111,0	124,0	112,7	112,5	124,5
1997 D	118,2	110,2	110,0	123,6	130,0	101,7	111,6	144,6	113,8	116,7	126,5
1997 Mai	117,6	111,0	110,0	123,4	129,8	101,2	111,6	130,8	113,4	116,7	125,6
Juni	117,8	111,5	109,9	123,6	130,1	101,2	111,6	130,8	113,5	116,5	127,0
Juli	119,5	111,0	109,8	123,7	130,2	101,3	111,7	159,3	113,7	116,4	133,4
August	119,4	110,3	109,9	124,0	130,4	101,9	111,7	159,3	114,4	116,3	133,1
September	119,2	110,0	110,1	124,1	130,5	101,7	111,7	159,4	114,5	116,5	127,8
Oktober	119,1	109,9	110,3	124,3	130,7	102,3	111,7	159,4	114,3	116,7	125,7
November	119,2	110,3	110,4	124,5	130,9	102,1	111,9	159,5	114,2	117,1	123,2
Dezember	119,4	110,8	110,3	124,5	131,0	101,9	111,9	159,9	113,7	117,3	124,8
1998 Januar	119,7	111,6	110,2	124,7	131,4	101,3	112,0	159,9	113,7	117,7	124,0
Februar	119,9	111,6	110,3	124,8	131,7	101,1	112,1	160,1	113,6	117,9	127,3
März	119,6	111,2	110,4	124,9	131,9	100,6	112,2	160,1	113,0	117,7	125,2
April	120,1	111,9	110,6	125,1	132,0	101,4	112,5	160,5	113,7	117,7	125,4
Mai	120,5	113,1	110,7	125,2	132,2	101,1	112,7	160,6	113,7	117,8	125,6
Juni	120,5	113,0	110,7	125,3	132,4	100,7	112,7	160,7	113,9	117,5	127,2
Juli	120,7	112,3	110,6	125,4	132,6	100,6	112,7	160,8	114,3	117,5	132,6

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost
1991 = 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
Alle privaten Haushalte											
1995 D	132,7	107,0	103,2	302,6	426,1	136,3	105,8	136,6	116,5	115,8	131,6
1996 D	135,6	107,6	103,5	319,5	455,0	137,3	106,2	138,9	119,1	118,2	133,7
1997 D	138,4	109,8	103,7	327,2	468,9	136,5	106,3	150,3	120,3	122,7	136,2
1997 Mai	138,2	110,7	103,5	326,6	468,2	136,0	106,4	143,1	120,0	122,3	135,3
Juni	138,4	111,3	103,4	326,7	468,4	136,0	106,3	143,1	120,0	121,9	136,5
Juli	139,3	110,9	103,1	327,1	469,0	136,2	106,3	157,9	120,4	122,1	142,3
August	139,2	110,2	103,0	327,4	469,5	136,1	106,2	158,0	121,2	122,4	142,2
September	139,1	110,1	103,9	327,7	469,8	136,4	106,3	158,0	121,1	122,7	138,0
Oktober	139,1	110,1	104,2	328,8	471,7	136,4	106,3	158,0	120,7	123,2	135,4
November	139,0	109,9	104,3	329,4	472,1	137,3	106,2	158,0	120,4	123,5	133,6
Dezember	139,1	110,1	104,3	329,4	472,3	137,2	106,2	158,2	120,2	123,8	135,0
1998 Januar	139,2	110,6	103,8	329,9	473,5	136,8	106,2	158,4	119,8	124,3	133,9
Februar	139,5	111,0	103,4	330,0	473,6	136,9	106,3	158,5	119,9	124,5	136,9
März	139,3	110,8	103,9	330,0	473,7	136,7	106,4	158,6	119,4	124,2	135,3
April	139,9	111,7	104,1	330,7	474,6	137,1	106,6	159,6	120,2	124,0	135,0
Mai	140,5	113,3	104,1	330,8	474,9	136,8	106,9	159,9	120,5	124,0	136,0
Juni	140,8	113,7	104,0	330,8	475,2	136,6	107,0	159,9	120,9	123,9	137,5
Juli	140,7	112,7	103,6	331,1	475,8	136,3	107,0	159,9	121,2	123,8	142,0
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen											
1995 D	129,7	107,8	102,9	323,0	425,8	143,4	105,3	121,4	113,5	115,0	128,2
1996 D	132,4	108,6	103,2	341,5	454,8	143,5	105,4	123,0	115,3	116,7	130,0
1997 D	134,4	110,7	103,3	349,9	468,8	142,3	105,4	124,6	115,8	120,0	132,2
1997 Mai	134,3	111,4	103,1	349,2	468,1	141,7	105,5	123,9	115,6	119,9	131,2
Juni	134,5	111,8	102,9	349,3	468,2	141,6	105,4	123,9	115,6	119,5	132,7
Juli	134,9	111,6	102,6	349,8	468,8	141,9	105,4	125,2	115,9	119,5	138,6
August	135,0	111,0	102,6	350,1	469,3	141,8	105,3	125,3	116,7	119,8	138,4
September	134,8	111,0	103,4	350,4	469,6	142,1	105,4	125,3	116,5	120,0	134,0
Oktober	134,7	111,1	103,8	351,6	471,6	142,1	105,4	125,3	116,1	120,3	131,3
November	134,5	110,8	103,9	352,2	472,0	143,2	105,2	125,3	115,8	120,3	129,6
Dezember	134,7	111,0	103,9	352,3	472,1	143,1	105,2	125,5	115,7	120,5	131,0
1998 Januar	134,6	111,5	103,4	352,9	473,3	142,7	105,2	125,7	115,2	120,8	129,8
Februar	134,9	111,9	103,0	353,0	473,4	142,7	105,2	125,8	115,2	120,9	132,6
März	134,7	111,7	103,5	353,0	473,5	142,5	105,3	125,9	114,8	120,7	131,3
April	135,2	112,6	103,7	353,6	474,4	142,8	105,5	126,8	115,6	120,5	130,5
Mai	135,7	113,8	103,6	353,8	474,7	142,5	105,9	127,1	115,9	120,4	131,7
Juni	135,9	114,1	103,5	353,8	475,0	142,3	105,9	127,1	116,1	120,3	133,2
Juli	136,0	113,3	103,1	354,1	475,6	141,9	105,9	127,1	116,5	120,1	138,2

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindex für die Lebenshaltung
Neue Länder und Berlin-Ost

1991 = 100

Jahr Monat 1)	Hauptgruppe/Gruppe 2)										
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
				zu- sammen	Woh- nungs- mieten	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen											
1995 D	129,4	107,5	103,1	290,9	425,8	133,6	105,6	136,8	114,3	122,0	134,5
1996 D	132,1	108,1	103,5	307,4	454,8	135,3	105,8	138,7	116,2	124,8	136,7
1997 D	134,7	110,3	103,6	314,6	468,8	134,8	105,8	153,4	116,9	130,0	139,5
1997 Mai	134,5	111,1	103,4	313,9	468,1	134,1	105,9	143,7	116,7	129,7	138,4
Juni	134,6	111,7	103,2	314,0	468,2	134,0	105,8	143,7	116,6	129,5	139,6
Juli	135,5	111,3	102,9	314,4	468,8	134,2	105,8	163,8	117,0	129,5	145,4
August	135,6	110,7	102,9	314,7	469,3	134,3	105,7	163,8	117,8	130,1	145,2
September	135,5	110,7	103,7	315,0	469,6	134,6	105,8	163,8	117,5	130,3	141,4
Oktober	135,5	110,7	104,1	316,1	471,6	134,7	105,8	163,8	117,2	130,7	138,9
November	135,3	110,4	104,2	316,7	472,0	135,5	105,7	163,8	116,8	130,9	137,4
Dezember	135,4	110,7	104,1	316,7	472,1	135,3	105,7	163,9	116,8	131,1	138,6
1998 Januar	135,4	111,1	103,7	317,1	473,3	134,8	105,7	164,1	116,2	131,4	137,5
Februar	135,6	111,5	103,2	317,1	473,4	134,8	105,7	164,1	116,3	131,8	139,8
März	135,4	111,3	103,7	317,1	473,5	134,5	105,8	164,3	115,8	131,7	138,7
April	136,0	112,2	103,9	317,7	474,4	134,9	106,1	165,0	116,6	131,6	138,3
Mai	136,6	113,6	103,9	317,8	474,8	134,6	106,4	165,3	116,9	131,6	139,2
Juni	136,8	114,0	103,8	317,8	475,0	134,3	106,4	165,3	117,2	131,5	140,5
Juli	136,8	113,0	103,4	318,0	475,6	134,0	106,4	165,3	117,5	131,4	144,6
2-Personen-Rentnerhaushalte											
1995 D	134,3	105,5	103,6	294,4	427,2	131,7	107,0	150,2	115,7	114,3	126,1
1996 D	137,3	105,7	104,0	310,7	455,5	133,5	107,6	153,0	117,8	117,0	127,8
1997 D	140,8	107,9	104,4	318,1	469,5	133,0	107,6	176,6	118,8	121,6	129,2
1997 Mai	140,1	109,1	104,2	317,5	468,8	132,4	107,7	161,2	118,5	121,0	128,5
Juni	140,5	109,9	104,0	317,6	469,0	132,3	107,6	161,3	118,6	120,5	129,9
Juli	142,5	109,5	103,7	318,0	469,6	132,6	107,6	193,2	119,0	120,8	136,2
August	142,3	108,4	103,8	318,3	470,1	132,5	107,5	193,2	119,5	121,1	136,4
September	142,0	108,0	104,5	318,6	470,4	132,9	107,6	193,3	119,6	121,5	130,7
Oktober	142,0	108,2	104,9	319,7	472,3	132,9	107,6	193,3	119,2	122,2	127,8
November	141,9	108,0	105,1	320,2	472,7	133,6	107,6	193,4	119,0	122,8	125,0
Dezember	142,1	108,3	105,0	320,2	472,8	133,6	107,6	193,7	118,8	123,2	126,9
1998 Januar	142,3	108,9	104,5	320,8	474,0	133,3	107,6	193,9	118,5	124,1	125,7
Februar	142,8	109,3	104,2	320,9	474,1	133,4	107,6	194,0	118,7	124,2	131,3
März	142,4	109,0	104,6	320,9	474,3	133,2	107,7	194,0	118,2	123,6	127,8
April	143,1	110,1	104,9	321,5	475,1	133,6	108,0	195,1	119,1	123,4	128,0
Mai	143,8	111,8	104,9	321,6	475,4	133,4	108,2	195,4	119,4	123,4	129,4
Juni	144,2	112,3	104,9	321,7	475,7	133,1	108,3	195,4	119,8	123,2	131,6
Juli	144,1	110,9	104,5	321,9	476,4	132,9	108,2	195,5	120,1	123,1	136,9

1) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte. – Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes. – 2) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck).

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)
Deutschland
1995 = 100

Jahr Monat	Neubau									
	Wohngebäude						Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Ein- familien- Gebäude	Mehr- familien- Gebäude	Gemischt- genutzte	vorgefertigte Bauart ²⁾			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
					mit Unterkellerung	ohne				
1995 D	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1996 D	99,8	99,9	99,7	99,9	100,7	101,2	100,1	100,3	100,1	100,4
1997 D	99,1	99,1	99,0	99,1	101,2	101,3	99,6	99,8	99,7	99,9
1995 Februar	99,2	99,2	99,2	99,2	–	–	99,2	99,2	99,2	99,2
Mai	100,2	100,2	100,2	100,2	99,6	99,7	100,2	100,1	100,2	100,1
August	100,3	100,3	100,3	100,3	–	–	100,3	100,3	100,3	100,3
November	100,2	100,2	100,2	100,2	100,4	100,3	100,3	100,4	100,3	100,4
1996 Februar	100,0	100,0	99,9	100,0	–	–	100,2	100,4	100,2	100,5
Mai	99,9	100,0	99,9	100,0	100,6	100,9	100,2	100,4	100,2	100,5
August	99,8	99,8	99,7	99,8	–	–	100,0	100,3	100,1	100,4
November	99,5	99,6	99,4	99,6	100,7	101,4	99,8	100,1	99,9	100,2
1997 Februar	99,3	99,4	99,2	99,4	–	–	99,7	100,0	99,8	100,1
Mai	99,1	99,2	99,1	99,2	101,0	100,9	99,6	99,8	99,7	99,9
August	99,1	99,1	99,0	99,1	–	–	99,6	99,8	99,7	99,9
November	98,7	98,8	98,6	98,8	101,3	101,6	99,3	99,7	99,5	99,8
1998 Februar	98,3	98,4	98,2	98,4	–	–	99,1	99,4	99,3	99,5
Mai	99,0	99,1	98,9	99,1	102,0	103,0	99,8	100,2	100,0	100,3

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden		
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Kläranlagen	Mehrfamiliengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
	insgesamt	Bundes- autobahnen	Bundes- und Landesstraßen				mit Schönheitsreparaturen	ohne	
1995 D	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1996 D	98,3	98,3	98,3	99,4	98,4	100,0	101,2	101,2	101,3
1997 D	96,6	96,5	96,6	98,0	96,6	99,3	101,7	101,7	101,8
1995 Februar	99,8	99,8	99,8	99,5	99,6	99,4	98,9	98,9	98,7
Mai	100,3	100,3	100,3	100,3	100,5	100,1	99,9	99,9	99,9
August	100,2	100,3	100,2	100,2	100,3	100,2	100,5	100,5	100,7
November	99,7	99,7	99,7	99,9	99,7	100,3	100,7	100,7	100,7
1996 Februar	99,0	99,0	99,0	99,7	99,0	100,1	100,8	100,8	100,8
Mai	98,4	98,4	98,4	99,6	98,5	100,1	101,1	101,1	101,1
August	98,1	98,1	98,1	99,5	98,2	100,0	101,4	101,3	101,6
November	97,7	97,7	97,7	98,9	97,7	99,8	101,4	101,4	101,5
1997 Februar	97,2	97,1	97,2	98,5	97,2	99,5	101,5	101,5	101,3
Mai	96,7	96,6	96,7	98,1	96,7	99,3	101,7	101,6	101,8
August	96,4	96,3	96,4	98,0	96,3	99,3	101,8	101,8	101,9
November	96,1	96,0	96,1	97,5	96,1	99,1	101,9	101,8	102,1
1998 Februar	95,6	95,6	95,6	97,2	95,4	98,9	101,9	101,9	102,0
Mai	96,0	96,0	96,0	97,7	95,8	99,5	102,8	102,8	102,7

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4.

1) Einschl. Umsatzsteuer. – 2) Einfamiliengebäude (Halbjahresergebnisse).